AGOMWBW-Rundbrief Nr. 798

vom 02. September 2021

Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V. Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Auflage: Verteiler von rund 1.800 Konten

www.ostmitteleuropa.de www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom-westpreussen.berlin@gmail.com
Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage
Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

Inhaltsverzeichnis ***Seiten I - XVIII***

- **18. Septemer 2021: Klavierkonzert von Maximilian Szadziul im Adolf-Kurz-Haus der Zwölf-Apostel-Gemeinde, Berlin-Schöneberg**
- **25. und 26. September 2021, Zwölf-Apostel-Kirche in Berlin-Schöneberg: Orgelkonzert der Extraklasse: Ryszard Stanislaw Kaczmarek (geb. 1987 Warschau). „Organist aus Leidenschaft. Die Orgel ist mein Leben!“ Mit Werken berühmter Komponisten**

Editorial *Seite 1*

Editorial: Wir begehen den „Tag der Heimat“ und „keiner“ erfährt es - oder: Pressefreiheit in der BR Deutschland im Spiegel?
Von Reinhard M. W. Hanke

Afghanistan ***Seiten 2 - 23***

01) Afghanen sollen im Rahmen einer EU-Richtlinie aus dem Jahr 2001 umgesiedelt werden. Von Loretta Tóth
02) Europa bereitet sich auf den Tsunami afghanischer Migranten vor
03) Afghanistan: Japan hat nur 15 von 500 Personen (Hunderte von Afghanen und einige Japaner) evakuiert
04) Lithium könnte Afghanistan reich machen. Afghanistans Mineralreichtum bringt der Taliban-Führung viel Geld ein. Von Orsolya Somogyi
05) Taliban an den Westen: „Hört auf, unsere Bürger zur Auswanderung einzuladen, der Krieg ist vorbei“
06) Abgeschobener Vergewaltiger und Dealer-Duo kehren per Evakuierungsflug zurück: stellen sofort Asylantrag

07) Invasion von falschen afghanischen „Flüchtlingen“ in Frankreich
08) Afghanische Kriminelle kommen mit Evakuierungsflügen zurück nach Europa

Themen global, die uns auch bewegen *Seiten 24 - 63*

01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden
02) „Niemand kann die Neue Weltordnung betreten, der nicht Luzifer die Treue geschworen hat.“
03) Fernando Paz: Wie die Eliten die Welt kontrollieren: „Wir sind uns des Ausmaßes der Unterwerfung, der wir ausgesetzt sind, nicht bewusst“. Von Javier Navascués
04) Wie man den CO2 Schwindel durchschaut
05) Ryszard Legutko: „Der Teufel in der Demokratie“. Buchbesprechung: Ryszard Legutko, Le diable dans la démocratie – Tentations totalitaires au cœur des sociétés libres (Der Teufel in der Demokratie – Totalitäre Versuchungen in freien Gesellschaften), L’artilleur, Februar 2021, 368 Seiten. Von Johan Rivalland
06) Fakten schaffen oder Meinungen ausprobieren? Faktenüberprüfung als politischer Diskurs. Von Daniele Scalea
07) Wir brauchen internationale Garantien zum Schutz von Familie und Ehe. Entwurf eines Übereinkommens über die Rechte der Familie
08) Fallbeispiele des Tiefen Staates: John McAfee und Julian Assange. Gewichtige Fragen an Alfred de Zayas
09) Der Islam hat den Krieg gewonnen: die verrückteste Operation seit dem Trojanischen Pferd

Sonderthema Corona-Pandemie *Seiten 64 - 81*

01) Französische Gesundheitsagentur schlägt Alarm: unerwünschte Impf-Nebenwirkungen wie Tod im Mutterleib
02) Dr. Sucharit Bakhdi: „Ausreichende Herdenimmunität ist bereits da“ Von Dr. Anat Kálmán
03) Impfplicht soll duchgepeitscht werden: Medien verbreiten Halbwahrheiten über Genehmigung der Pfizer-Impfstoffe
04) Australien baut erste „Quarantäne-Lager“ und lässt Tierheimhunde wegen Corona Erschießen
05) Der Weg in die Apartheit
06) Transbaltische Menschenkette „gegen die Coronadiktatur“
07) Pfizer und Moderna: Wirksamkeit im freien Fall, das Ende des Tricks?
08) Französische Impfpassgegner kritisieren McDonald’s als „Kollaborateure“

Wanderungen und Einwanderungen *Seiten 82 - 95*

01) Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel? (Wiederholung)
02) Umfrage: Mehrheit der Polen unterstützt den Bau der Mauer an der Grenze zu Weißrussland
03) Ein Transporter mit Migranten überschlug sich an der österreichisch-ungarischen Grenze
04) Wegen illegaler Einwanderer: Deutschkreutz will „zivile Patrouillen“ inführen
05) Nach Griechenland ist nun Polen dabei, seine Grenzen wirksam zu schützen

06) Lampedusa-Fähre nach Infektion an Bord gesperrt
07) Zusammenarbeit mit Tunesien zur Beendigung der Anlandungen in Sizilien. Von Nicola De Felice
08) Rechtsanwalt Dr. Miha Pogačnik: Brüssel kann den Ländern keine Migrantenquoten diktieren! Journalisten sollten die Texte der Gründungsverträge der EU lesen Von Domen Mezeg (Nova24tv)

Blick über Europas Grenzen: Politische Themen *Seite 96*

Keine Berichte

Europa, Europa und die Welt: Politische Themen *Seiten 97 - 98*

01) EU will gläsernen Menschen und plant Einführung von „Vermögensregister“ für Privatpersonen

Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen *Seiten 99 - 119*

01) Deutsche Anti-Einwanderungs-Aktivisten übernehmen die Kontrolle über soziale Medien. Von Éva Harangozó
02) Der der Muslimbruderschaft nahestehende Verein „Islamic Relief Germany“ soll 712.000 Euro von der EU erhalten haben
03) Deutschland: Somalier nach Messerangriff erschossen
04) Dramatischer demografischer Wandel in Deutschland bei Kindern im Schulalter: Mehrheit der Schüler in Hamburg hat Migrationshintergrund
05) Österreich: Die „Pandemie“ samt Schikanen ist vorbei! Aber nur für Kurz
06) Statistik Raubüberfälle Österreich 2018: 59,48 % Ausländer, bei „nur“ 15,3 % Bevölkerungsanteil – allen voran Afghanen
07) Der „Neger“ im österreichischen Recht – damals und heute
08) Christoph Blocher will seinen Kampf gegen die EU fortsetzen und lehnt jede andere Vereinbarung ab
09) Kanton Waadt: Anwalt appelliert im Namen eines Hundes

Ostmitteleuropa: Politische Themen *Seiten 120 - 141*

01) Polen: Soros-finanzierter Aktivist zusammen mit 12 anderen wegen Zerstörung des Grenzzauns verhaftet
02) Polen: Wird es vorgezogene Neuwahlen geben? Sprecher Terlecki spekuliert und weist auf den „Vorfrühling“ hin
03) Tschechischer Premierminister spricht in seinem neuen Buch über Konflikt und Freundschaft (Update)
04) Treffen Orbán-Meloni: Wir müssen dem wachsenden Migrationsdruck widerstehen
05) EU-Kommission: Vorerst kein Verfahren gegen Ungarn. Von Bettina Nemes
06) Tamás Fricz: Es ist Zeit, über den Huxit zu sprechen. Die rechte Seite: Kommentar zum Verhältnis Ungarn-EU. Von Tamás Fricz
07) Péter Szijjártó: „Wir sind Ungarn, keine Idioten!“

08) Jüdisches Kulturfestival in Budapest - Im angeblich „antisemitischen“ Ungarn. Vom 22.–30. August findet das Jüdische Kulturfestival unter dem Motto „Lasst uns erneut leben” an fünf Veranstaltungsorten mit 20 Programmen in Budapest statt
09) Rechtsstaatlichkeit: Jüdische Villa der slowenischen Sozialdemokraten noch immer nicht zurückgegeben, aber sie „dozieren“ über Gefahren des Nationalsozialismus
10) Polens Präsident Duda möchte Beitritt der Republik Moldawien zur Drei-Meere-Initiative

Osteuropa: Politische Themen ***Seite 142***

Keine Beiträge

Südosteuropa: Politische Themen ***Seite 143***

01) Bulgarien schickt wegen Migration Truppen an die Grenze zur Türkei und Griechenland

Süd- und Westeuropa: Politische Themen ***Seiten 144 -149***

01) Eric Zemmour: „Das Rassemblement National weiß, dass Marine Le Pen niemals gewinnen wird“
02) Wird Frankreich die Fehler der Migrationskrise von 2015 wiederholen? Von Paul Tormenen

Nordwest- und Nordeuropa: Politische Themen ***Seite 150***

Keine Beiträge

Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee ***Seite 151***

Hinweise

Aufruf zur Unterstützung ***Seiten 152 - 154***

1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
2) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes…“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56 *Seite 155*

Du musst denken …. *Seite 156*

A. a) Leitgedanken *Seite 157*

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ *Arthur Schopenhauer*
Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)
„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ *LW Berlin*

A. b) Forderungen und Grundsätze *Seite 158*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaetze.pdf>

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

01) SL Ergänzung zu SdP097: Das Recht auf Heimat

02) Charta der deutschen Heimatvertriebenen bleibt zukunftsweisendes Manifest. BdV erinnert an Charta-Verkündigung am 06. August 1950. Erklärung des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen Dr. Bernd Fabritius MdB

A. c) Mitteilungen *Seiten 159 - 173*

01) „Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“ Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen 2021
02) Der Bund der Vertriebenen hat ein neues Präsidium Dr. Bernd Fabritius mit 94,5 % als Präsident wiedergewählt
03) Entschließung der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen am 27. August 2021

A. da) Berichte *Seite 174*

01) Bundespräsident Steinmeiers dreitägiger Tschechien-Besuch

A. db) Berichte von Fachtagungen *Seite 175*

Keine Berichte

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen *Seiten 176 - 177*

01) Über den Gartenzaun gekuckt oder was gibts außerhalb der SL?
Von unserem Leser Franz Kühnel 28.08.2021

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen *Seite 178*

Die Berichte über die Umbenennungen von Mohrenstraße und Kaiser-Wilhelm-Platz in Berlin werden zurzeit für die Veröffentlichung in unseren Leitseiten vorbereitet!

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung: Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe *Seiten 179- 213*

01) 80 Jahre Stalin-Erlass zur Deportation und Verbannung der Russlanddeutschen
02) Gedenken an die polnischen Befreier
03) Alois Jahn: Die Deutschen der böhmischen Länder. Vergangenheit und Gegenwart. Ein Zeitzeuge erzählt

A. g) Fördermöglichkeiten *Seite 214*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen

02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.

03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<*http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf*>

A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten 215 - 217

01) Heilbad Jáchymov/Joachimsthal wurde von einem Investor aus den Emiraten gekauft
02) Carl Samuel von Brukenthal und die königliche Kunst. Von Josef Balazs

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)
Seiten 218 - 224

01) Westpreußen-Kongress 2021, 24. bis 26 September 2021
02) Westpreußischer Gesprächskreis, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin: 24.10. und 10.12.2021
03) 09.10.2021, Tagesfahrt, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin: Bus-Tagesfahrt zur Müritz, mit Schiffsfahrt von Röbel nach Waren usw.
04) 15.10.2021, AGOM-Wanderungen: Wanderung in Potsdam, Stadt und Park Sanssouci Leitung: Joachim M o e l l e r
05) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

A. i) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa
Seiten 225 - 226

01) Heimatkreis Wirsitz: Bericht zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021, in Vorbereitung
02) Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021 in Weißenhöhe / poln. Białośliwie: Wegen der Corona-Pandemie sind zurzeit alle weiteren Veranstaltungen im Haus Anna-Charlotte abgesagt
03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt, neuer Heimat-Brief
04) Treffen des Heimatkreises Schneidemühl im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin, am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

1) Sonnabend, 11. September 2021, 14:00 Uhr

2) Sonnabend, 11. Dezember 2021, 14:00 Uhr

B. a) Vortragsveranstaltungen *Seiten 227 – 240*

01) 11.09.2021, Gerhart-Hauptmann-Museum, Erkenr: Der Hase im Rausch. Von Eberhard Esche. Autobiographische Geschichten.
Es liest Esther Esche mit Cellobegleitung. Musikalisches Programm, Lesung

02) 16.09.2021, Gerhart-Hauptmann-Museum, Erkenr: Die Insel der Großen Mutter oder Das Wunder von Ile des Dames von Gerhart Hauptmann mit Stefan Rohlfs, Wolfgang de Bruyn und André Förster. Es liest Cora Chilcott. Buchvorstellung, Lesung

03) 03.09.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz:Unterwegs in der polnischen Woiwodschaft Schlesien. Online-Vortrag von Andrzej Paczos

04) 10.09.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: Eröffnung der Ausstellung „Inspiration Riesengebirge“

05) 14.09.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz. Einführung in die Ausstellung „Inspiration Riesengebirge“

06) 17.09.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: Vom „Karneval“ der Solidarność bis zum Runden Tisch. Die politische Opposition in Polen am Beispiel Schlesiens.
Vortrag von Dr. Katarzyna Zinnow

07) 24.09.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: Unterwegs in der polnischen Woiwodschaft Oppeln/Opole. Online-Vortrag von Andrzej Paczos

08) 26.08.2021, LGV, Histor. Verein Brandenburg, Kirchengem. Plau, in Plaue/Havel: Die Gräber der Grafen und Gräfinnen von Koenigsmarck bei ihrer Patronatskirche zu Plaue an der Havel, 1839 bis 1945. Referent: Dr. Ulrich Wiesner (Brandenburg an der Havel**)**

09) 04.09.2021**,** LGV**,** Geschichtskreis Borgsdorf, Borgsdorf/Nordbahn: Kirchenneubau in der DDR – eine Seltenheit und weitere Merkwürdigkeiten. Führung: Jürgen Rosinsky

10) 18.09.2021, LGV: Die Bodenschätze des Grunewalds – rund um das Postfenn
Ein neuer Versuch die verschobene 136. Weihnachtswanderung vom 26.12.2020 nachzuholen. Leitung: Ingrid Zache und Dr. Felix Escher (Berlin)

11) 07.10.2021, LGV: Friedrich Wilhelm I. von Preußen: ein Monarch mit vielen Gesichtern
Vortrag und Buchvorstellung: Prof. Dr. Frank Göse (Potsdam)

12) 10.09.2021, Literaturhaus Berlin: „Philosophische Bilderbuchwelten – Rebecca Dautremer im Gespräch“. In der Reihe Kinderbuch im Gespräch. In Kooperation mit dem Internationalen Literaturfestival

13) 16.09.2021, Staatsbibliothek zu Berlin PK: Wissenschaftsjahr – Visionen der Bioökonomie 2021. Abschlusspanel Bioökonomie mit Claudia Kemfert, Urs Mannhart und Eva Horn In Kooperation mit dem Internationalen Literaturfestival Berlin

14) 16.09.2021, Staatsbibliothek zu Berlin PK: Innocence is the Crime: Francesca Melandri im Werkstattgespräch. In Kooperation mit dem Internationalen Literaturfestival Berlin

15) 13.09.2021, Katholische Akademie Berlin: Digitale Welt und Künstliche Intelligenz – wie „unterlegen“ ist der Mensch?
Prof. Dr. Armin Grunwald, KIT Karlsruhe, Autor des Buches: Der unterlegene Mensch, Riva Verlag, München 2019; Markus Beckedahl, Gründer und Chefredakteur von netzpolitik.org, Mitbegründer von re:publica; Diana Kinnert, Politikwissenschaftlerin und Autorin: Die neue Einsamkeit: Und wie wir sie als Gesellschaft überwinden können, Hoffmann und Campe, Hamburg 2021 und Prof. Dr. Sabine Seichter, Pädagogin, Universität Salzburg.

Katholische Akademie Berlin: Vorschau Herbst 2021

B. b) Vorlesungsreihen, Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.

Seiten 241 – 329

01) 06. – 11.09.2021, Universität Greifswald, digital: Cieszyn, Těšín, Teschen. One region, one culture?

02) 10.09. – 11.09.2021, Zittauer Geschichts- und Museumsverein e.V.: Gemeinsam stark? 675 Jahre Oberlausitzer Sechsstädtebund

03) 10.09. – 12.09.2021, Arbeitskreis für Siebenbürgische Landeskunde e.V., Siebenbürgisches Museum Gundelsheim e.V.:. Wege der Aufklärung bei den Siebenbürger Sachsen. Facetten einer Provinz im Wandel

04) 15.09. – 17.09.2021, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg, FG Planen in Industriefolgelandschaften in Kooperation mit Serbski institut/Sorbisches Institut: KULTUR[tagebau]LANDSCHAFT – Strukturen der Tagebaufolge lesen, verstehen, gestalten, entwickeln

05) 19.09.2021, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Potsdam: Wissen aus der Region. Brandenburg im Jahr 1945

06) 20.09. – 21.09.2021, Poln. Histor. Mission, Univ. Würzburg, Haus des deutschen Ostens, Nikolaus-Kopernikus-Univ. Thorn usw.:"Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit".

07) 23.09.2021, Rosa-Luxemburg-Stiftung: Frauen als Vorkämpferinnen sozialer Gerechtigkeit? •Völlig vergessen – die oberschlesische Kämpferin Agnes Wabnitz Roswitha Schieb, Borgsdorf b. Berlin; • Stets gegenwärtig – die jüdische Intellektuelle Rosa Luxemburg, Holger Politt,

08) 30.09.2021 – 02.10.2021, Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung (Ostpreußisches Landesmuseum), Ausrichter Ostpreußisches Landesmuseum: Immanuel Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute

09) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen

10) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Mittelalterliche Geschichte

11) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Frühe Neuzeit

12) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Neuere und Neueste Geschichte

13) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

14) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Kulturgeschichte

15) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Podiumsdiskussionen

16) 13. bis 15.10.2021, Zentrum Mittleres und Östliches Europa (TU Dresden); Museum für Kohlebergbau in Zabrze / Hindenburg OS. Veranstaltungsort Digital; Zabrze /Hindenburg OS; Dresden: Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950

17) 14. bis 15.10.2021, Lehrstuhl für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt, Alex J. Kay, Historisches Institut, Universität Potsdam: Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte

18) 25. bis 26.10.2021, Forschungsverbund Neue Universität (Universität Kassel): Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität? Online-Abschlusstagung des Forschungsverbunds Neue Suburbanität (Universität Kassel)

19) November in Soest, Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.: Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern

20) 05.11.2021, Dr. John Gallagher (University of Leeds, UK) und Prof. Ulrike Krampl (université de Tours/CeTHiS, Frankreich), Online: Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800)

21) 08.11.2021 - 08.11.2021, Deutsches Historisches Institut Warschau: Der Todesmarsch von Palmnicken. Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive

22) 11. bis 14.11.2021, Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München: Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989 83730 Fischbachau

23) 18 .bis 21. Nov. 2021, Herrnhut, University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt, Ausrichter Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt: Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert

24) 24.11.2021 - 26.11.2021, Ievgeniia Voloshchuk (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Kirsten Möller (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Ryszard Kupidura (Adam-Mickiewicz-Universität Poznań) (Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań): Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs „Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs“

25) 26.11.2021, Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung Veranstaltungsort Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35: Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung

26) 02.12.2021 - 03.12.2021, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Veranstaltungsort Landesmuseum für Vorgeschichte 06114 Halle (Saale): Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung

27) 10.01.2022 - 14.01.2022, Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen (Prof. Dr. Beate Fieseler): Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren – unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und quellenmäßiger Zugänge. Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

28) 13. bis 14.01.2022, Wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historiker Deutschlands: Zeit in der Landesgeschichte

29) 19. – 20.01.2022, Deutsches Historisches Institut Paris, Veranstaltungsort Institut historique allemand: Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich

30) 22.03.2022 - 23.03.2022, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: „Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945

31) 31.03. bis 01.04.2022, Deutsches Historisches Institut Warschau: Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg

32) 06.04 – 08.04.2021, Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische

Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt, Veranstaltungsort Zentralinstitut für Kunstgeschichte München: Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland

33) 08.04.2022 - 10.04.2022, Schwabenakademie Irsee / Zentralinstitut für Kunstgeschichte: Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)

34) 11.05.2022 - 13.05.2022, Veranstalter Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

35) 21.09.2022 - 24.09.2022, Veranstalter Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum): Slavistiktag 2022

36) 19.10.2022 - 22.10.2022, Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau: War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923

C. a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland *Seiten 330 – 341*

01) 27.08. – 31.12.2021, Staatsbibliothek u.a**.:** Utopie Kulturforum. Transformation eines Stadtviertels. Eine gemeinsame ‚Wander'-Ausstellung der St. Matthäus-Kirche, der Philharmonie, der Neuen Nationalgalerie, der Kunstbibliothek, des Kunstgewerbemuseums und der Staatsbibliothek zu Berlin

02) Programme der Museen von Tempelhof-Schöneberg

03) „Kommt Schwimmen". Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950 Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021

04) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht 28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors

05) 05.09.2021, Kommunale Galerie Wilmerdorf: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland: Kommunale Galerie zeigt die Ausstellung „Hiersein, Being Here, ן להיו"

06) Brandenburg-Preußen Museum: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche…" Brandenburg-Preußen Museum Wustrau: Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021

C. b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin S. 342 - 370

01) 01. Juli bis 17. Oktober 2021, Westpreußischen Landesmuseum, Warendorf: Die schönsten Wochen des Jahres. Reise(n) einst und jetzt

02) 08.07. – 30.09.2021, Westpreußisches Landesmusuem, Warendorf: Natur in Farbe und Struktur. Malerei und Zeichnung von Friedrich Kreuzberg

03) Newsletter des Westpreußischen Landesmuseums vom 09. August 2021

04) 04.09.2021, Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen:„Kann Spuren von Heimat enthalten" „Grenze ist nur ein Wort" – Ausstellung zu tschechisch-deutschen Begegnungen während Corona. Ausstellungseröffnung

05) 09.08. – 21.11.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: »Meisterhaft wie selten einer «/»Mistrzowskie jak rzadko które …«

06) 11.09.2021 – 27.02.2022, Schlesisches Museum zu Görlitz: Inspiration Riesengebirge

07) 22.07. – 31.10.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: Streifzüge / Wędrówki – Fotografien von Jacek Jaśko

08) 12.08. – 02.10.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: Im Fluss der Zeit - Jüdisches Leben an der Oder

09) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums
10) 2021, Marionetten- und Zirkusmuseum in Prachatitz (tschech. Prachatice): „Grenze ist nur ein Wort“ – Ausstellung zu tschechisch-deutschen Begegnungen während Corona
11) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt
Seiten 371– 373

A. Besprechungen (*Seite 392)*

Wir lesen!

B. Besprechungen in Arbeit *(Seite 392)*

01) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe

02) Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

03) Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulz: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten).
Fünfte, überarbeitetete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.
Rezensent: Peter Börner, Siegburg

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen *(Seiten 393 – 394)*

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text).
(Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

03) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.

04) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

05) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90. PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

06) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.

07) Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen).
(Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.

08) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makała. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

09) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

10) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

11) Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten. = Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42. ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.

12) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.). Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten. = Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

13) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten. = Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17. ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00. ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.

14) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche). Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten. = Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.

15) Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6. € 179,10.

16) Wilfried Heller: Zwischen Herkunft und Neuanfang. Biographische Skizze eines Vertriebenen aus dem Egerland (Böhmen). (London/Berlin) Verlag Inspiration Un Limited (2021). 112 Seiten. ISBN 978-3-946127-322. € 12,90.

Briefe und Leserbriefe *Seiten 374 - 378*

01) „Sächsische Zeitung“ vom 11.08.2021: „Höchste Ehren für Görlitzer Denkmalschützer“. Wolfgang Liebehenschel Görlitz/Berlin, ein Lutheride, Schlesier durch und durch, versteht die Welt nicht mehr

01) Einbahnstraße Borstellstraße
Brief an das Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf

- Antwort weiterhin Fehlanzeige! –

Impressum *Seite 379*
Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz *Seite 379*
Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“ *Seite 380*
2 Karten zur Geschichte Westpreußens *Seite 381*
Freie Stadt Danzig: Wappen und Gebietskarte *Seite 382*
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten *Seite 383*
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920 *Seite 384*

Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 798 vom 02.09.2021: 01.09.2021, 13:00 Uhr

Der nächste Rundbrief Nr. 799 erscheint voraussichtlich wieder in zwei Wochen, am 16.09.2021.
Redaktionsschluss für AWR-799: 15.09.2021, 13:00 Uhr

Klavierkonzert mit Maximilian Szadziul

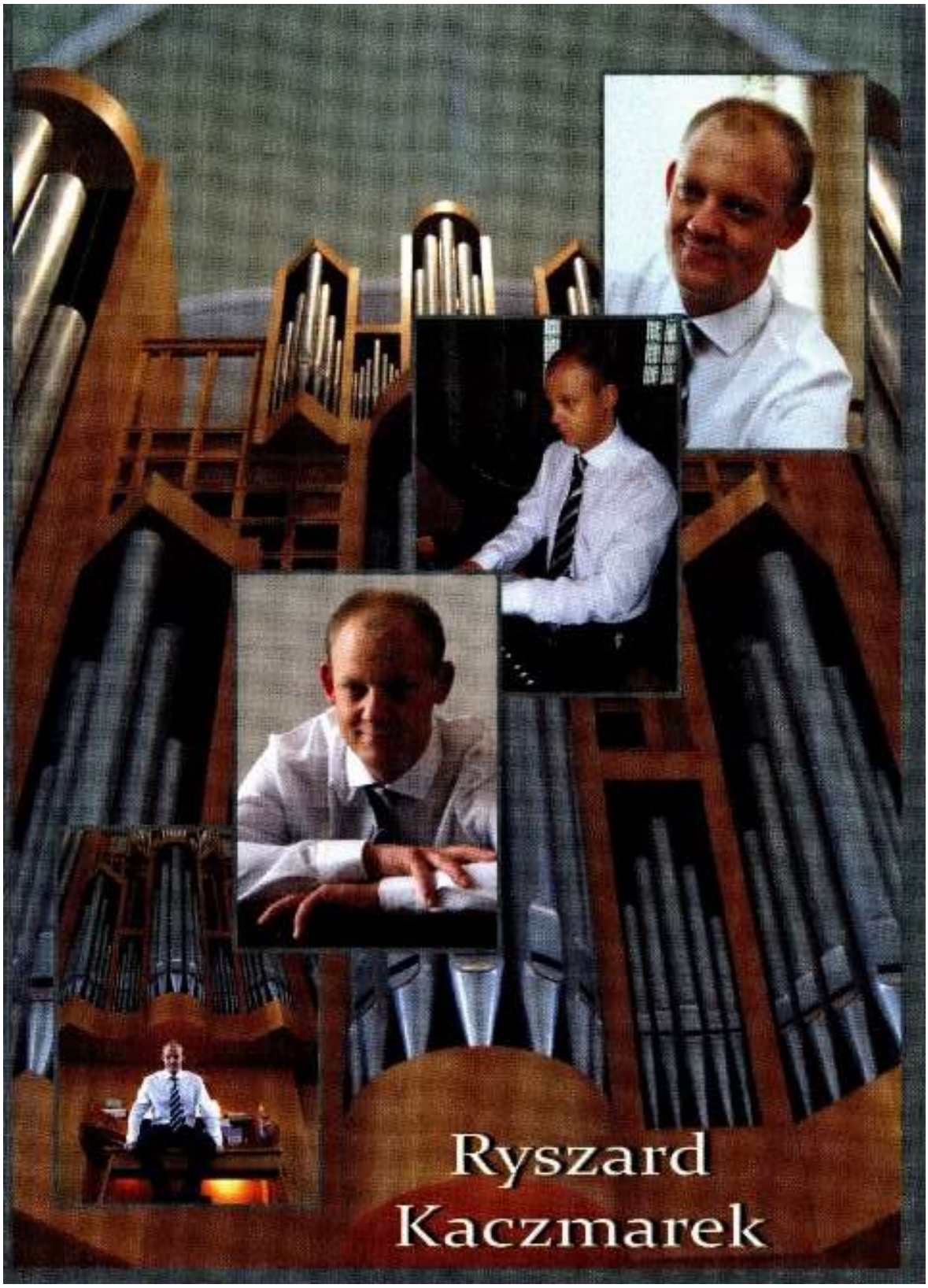
© 18 SEP

Sonnabend, 18. September 2021, 20:00 - 22:00 Uhr

Adolf-Kurz-Haus der Zwölf-Apostel-Gemeinde,
An der Apostelkirche 1, 10783 Berlin-Schöneberg

<u>Programm für das Konzert am 18. September 2021</u>:

F. Chopin Ballade Nr. 1 Op. 23 in g-Moll
F. Chopin Andante spianato et grande Polonaise brilliante op. 22 in Es-Dur
F. Chopin Scherzo Nr. 2 Op. 31 in b-Moll
- - - - - Pause- - - - - - - -
F. Liszt: Années de pèlerinage, deuxième année: Italie (aus den Pilgerjahren, zweites Jahr: Italien
Tre Sonetti del Petrarca (drei Sonette von Petrarca):
Sonetto 47 del Petrarca
Sonetto 104 del Petrarca
Sonetto 123 del Petrarca
F. Liszt: Grandes études de Paganini (große Etüden nach Paganini)
Nr. 1 g-Moll
Nr. 2 Es-Dur
Nr. 3 gis-Moll
Nr. 4 E-dur
Nr. 5 E-Dur
Nr. 6 a-Moll


Ryszard
Kaczmarek

Ryszard Stanislaw Kaczmarek

Organist aus Leidenschaft
Die Orgel ist mein Leben!

geboren 1987 in Warschau
studierte von 2004 – 2008
an der Salezjańska Musikschule in Lutomirsk in der Nähe von Łódź
im Fach « Kirchliche Orgelmusik »
Abschluß mit Diplom – Stufe II im Jahr 2008

Erleben Sie den fantastischen Kirchenorganisten
Ryszard Stanislaw Kaczmarek
bei einem Orgelkonzert der Extraklasse.
Ein breitgefächertes Repertoire nennt er sein eigen,
auch Improvisationen gehen ihm leicht von der Hand.

Hören Sie Stücke von
Johann Sebastian Bach, Jan Podbielski,
Georg Friedrich Händel, Charles Gounod,
Franz Schubert, Władysław Żeleński,
Dietrich Buxtehude, Léon Boëllmann, César Franck
und vielen anderen berühmten Komponisten.
Jeder Kenner und Liebhaber der Orgelmusik
wird bei seinen Konzerten auf seine Kosten kommen.

•••••

ZWÖLF APOSTEL KIRCHE

An der Apostelkirche 1, 10783 Berlin
U-Bahnhof Nollendorfplatz

25. September 2021 – 20 Uhr
26. September 2021 – 16 Uhr

Karten zu 12 € / ermäßigt 8 €

Hygienevorgaben
der evangelischen 12 Apostel Kirchgemeinde:
Zugang zur Kirche nur mit Test /
auch für vollständig Geimpfte!

•••••

Der Organist Ryszard Stanislaw Kaczmarek kann auch zu Hochzeiten, sowie für Beerdigungen und Trauerfeierlichkeiten gebucht werden.

Editorial: Wir begehen den „Tag der Heimat“ und „keiner“ erfährt es - oder: Pressefreiheit in der BR Deutschland im Spiegel?

Liebe Leser,
am Sonnabend, dem 28. August 2021 fand in Berlin die Auftaktveranstaltung zum bundesweiten „Tag der Heimat“ statt. Dieser Gedenktag wird in der Bundesrepublik Deutschland jährlich begangen und – so ist auch bei WIKIPEDIA (aufgerufen am 03.09.2021, 11:20 Uhr) zu lesen:

> *„Er geht zurück auf die Kundgebung vor dem Stuttgarter Schloss am 6. August 1950, bei der die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verkündet wurde. Die Verkündigung der Charta erfolgte bewusst in zeitlicher Nähe zum fünften Jahrestag des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945. Der Beschluss zur jährlichen Durchführung des Tages der Heimat wurde im November 1949 in Göttingen gefasst, er geht auf eine Initiative von Paul Wagner, des früheren Bürgermeisters von Neidenburg in Ostpreußen zurück.*
> *Seither findet meistens am ersten Sonntag im September eine zentrale Auftaktveranstaltung des Bundes der Vertriebenen (BdV) zum „Tag der Heimat“ in Berlin statt. In den folgenden Wochen finden zahlreiche dezentrale Veranstaltungen der Regionalverbände des Bundes der Vertriebenen zum Thema Vertreibung statt“*
> Und weiter heißt es in diesem Beitrag zum „Offiziellen Charakter*“: „Der Tag der Heimat hat in der Bundesrepublik Deutschland offiziellen Charakter. Auf den zentralen Kundgebungen sprechen regelmäßig hochrangige Repräsentanten von Staat und Regierung, in mehreren Bundesländern – darunter Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hamburg und Hessen – werden zum Tag der Heimat die öffentlichen Gebäude beflaggt“.*

Soweit also WIKIPEDIA im „amerikanischen Google“.

In jedem Jahr steht der Tag der Heimat unter einem bestimmten Motto. In diesem Jahr heißt das Motto „Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“.
An den Beginn des Gedenktages erinnert ein Film zur „Charta der Heimatvertriebenen“, der in der zentralen Gedenkveranstaltung vorgeführt wurde. Hauptredner dieses Jahres war der bayrische Ministerpräsident Markus Söder.
Und nun die große Enttäuschung! Wie in den vergangenen Jahren nahmen „die Medien“ von diesem zentralen Gedenken keine Notiz – oder haben wir uns geirrt? Vor Jahren fiel mir dieses Totschweigen schon auf und da ich nicht sicher war, bat ich den BdV um die Presseberichte hierzu. Auch hier großes Schweigen. Der einzige Schluss: Es gab keine Presse- und Medienberichte! Der Tag der Heimat wird totgeschwiegen“.

Ich habe den Tag der Heimat erstmals Ende der 1960er Jahre als Student und damaliger Vorsitzender des Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes (ODS) – Dachverband der landsmannschaftlichen Studentenbünde – in der Berliner Waldbühne besucht. Die Waldbühne fasst über 20.000 Besucher und sie war damals, wie man sagt, „knackenvoll“.

Heutzutage muss der Humboldsaal der Berliner URANIA mit seinen rund 1.000 Plätzen genügen. Trotz Corona war der Saal gut gefüllt. Auch die anschließende Kranzniederlegung an der „Ewigen Flamme“ auf dem Theodor-Heuß-Platz war gut besucht.

Wir fragen uns nun: warum waren unsere eigenen Mitglieder nur überschaubar wenig vertreten?
Wir hatten doch sichtbar zur Teilnahme aufgerufen. Und wenn wir nicht die Mitglieder einer anderen Landsmannschaft auf unsere Teilnehmerliste hätten aufnehmen können, dann hätte es auch für uns schlecht ausgesehen. Bei der „anderen Landsmannschaft“ war lediglich der Vorsitzende des AfD-dominierten Vorstandes erschienen, die „einfachen Mitglieder“ hatten sehen müssen, wo sie bleiben – wir haben sie betreut!

Es grüßt Sie herzlich Ihr Reinhard M. W. Hanke

01) Afghanen sollen im Rahmen einer EU-Richtlinie aus dem Jahr 2001 umgesiedelt werden

Von Loretta Tóth

31. 08. 2021

Afghanen, die ihr Land nach der Machtübernahme der Taliban verlassen wollen, versammeln sich am 19. August 2021 auf dem Flughafen von Kabul · *Foto: MTI/Magyar Nemzet*

Mehr als ein halbes Hundert Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) wollen, dass die Europäische Kommission (EK) ein EU-Gesetz durchsetzt, das vor 20 Jahren entworfen, aber nie in der Praxis angewendet wurde. Sie argumentieren, dass die so genannte Richtlinie über den vorübergehenden Schutz perfekt auf Krisensituationen wie den Massenzustrom von Afghanen, die vor der Taliban-Herrschaft fliehen, anwendbar wäre.

Bereits im Sommer 2001 hat der Europäische Rat im Einvernehmen mit der EG und dem EP eine Richtlinie über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und über die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Aufnahme dieser Personen angenommen. Die Rechtsvorschriften sollen Flüchtlingen helfen, die vor den Kriegen in Jugoslawien und im Kosovo geflohen sind, so dass die EU berechtigt ist, Menschen, die im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten ankommen, sofort Asyl zu gewähren, ohne dass sie in den repressiven Asylverfahren gefangen sind. Nach der Richtlinie ist der „vorübergehende Schutz“ ein Ausnahmeverfahren, das dazu dient, Vertriebenen aus Drittländern, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können, im Falle eines Massenzustroms dieser Personen sofortigen und vorübergehenden Schutz zu gewähren.

Dies ist insbesondere dann erforderlich, wenn die Gefahr besteht, dass das Asylsystem diesen Zustrom nicht bewältigen kann und somit nicht effizient funktioniert und die Schutzsuchenden nicht den Schutz erhalten, den sie benötigen.

Die Hauptverpflichtung der Mitgliedstaaten im Rahmen der Richtlinie besteht daher darin, den Personen, denen vorübergehender Schutz gewährt wird, einen sofortigen Aufenthaltstitel zu erteilen, wobei die ansonsten für ein solches Verfahren erforderlichen Formalitäten auf ein Mindestmaß reduziert werden, und die geschützten Personen dabei zu unterstützen, eine Arbeitserlaubnis, eine angemessene Unterkunft, eine medizinische Versorgung und das Recht von Kindern und Minderjährigen auf Zugang zum Bildungssystem unter denselben Bedingungen wie die Staatsangehörigen des betreffenden Mitgliedstaats zu erhalten. Alle EU-Länder außer Dänemark und Irland haben die Richtlinie unterzeichnet, die nach einem Beschluss des Europäischen Rates mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag des EuGH in Kraft treten wird.

Obwohl die Richtlinie noch nicht umgesetzt wurde, haben 76 Abgeordnete des Europäischen Parlaments kürzlich an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, und den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, geschrieben und darauf hingewiesen, dass die EU als Verteidigerin der Menschenrechte die Geschehnisse in Afghanistan nicht ignorieren kann, da „unsere Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht“. Die Abgeordneten der Fraktionen der Linken, der Liberalen, der Grünen und der EVP sagen, dass „die sofortige Aktivierung der humanitären Korridore in dieser Hinsicht von größter Bedeutung ist“ und dass die Richtlinie über den vorläufigen Schutz „perfekt“ auf die Masseneinwanderung anwendbar ist, die aufgrund der Situation in Afghanistan erwartet wird.

Obwohl die Richtlinie 2001 in Kraft getreten ist, wurde ihr Potenzial nie ausgeschöpft (…), so dass es an der Zeit ist, diese Untätigkeit zu beenden, und Afghanistan ist die perfekte Gelegenheit dazu

- heißt es in dem Schreiben. Die Ernsthaftigkeit der Forderung der aus der Sommerpause zurückkehrenden Europaabgeordneten wird durch die Tatsache unterstrichen, dass Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die Anwendung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz auf Afghanen als eine der möglichen Lösungen erwähnte, als er kürzlich sagte: „Dies könnte der Zeitpunkt sein, um sie endlich anzuwenden.“

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Europa bereitet sich auf den Tsunami afghanischer Migranten vor

30. 08. 2021

Bildquelle: Remix News

Von Soeren Kern

- Bundesinnenminister Horst Seehofer schätzt, dass bis zu fünf Millionen Menschen versuchen werden, Afghanistan in Richtung Europa zu verlassen.
- „Ich bin klar dagegen, dass wir jetzt freiwillig mehr Menschen aufnehmen – das wird's unter meiner Kanzlerschaft auch nicht geben." — Österreichischer Bundeskanzler Sebastian Kurz.
- „Als Innenminister bin ich in erster Linie verantwortlich für die in Österreich lebenden Menschen. Das bedeutet vor allem, den sozialen Frieden und den Sozialstaat langfristig zu schützen." — Österreichischer Innenminister Karl Nehammer.
- „Für uns ist auch klar, 2015 darf sich nicht wiederholen. Wir werden die Frage Afghanistan nicht durch Migration nach Deutschland lösen können." — Paul Ziemiak, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union (CDU) von Bundeskanzlerin Angela Merkel.
- Afghanische Kriminelle, darunter Vergewaltiger und Drogenhändler, die zuvor nach Afghanistan abgeschoben wurden, sind nun mit Evakuierungsflügen nach Deutschland zurückgekehrt. Nach ihrer Ankunft in Deutschland stellten sie sofort neue Asylanträge.
- „Unser Land wird für illegale afghanische Migranten kein Tor nach Europa sein." — Griechischer Minister für Migration und Asylum Notis Mitarachi.
- „Wir müssen unsere europäischen Freunde an diese Tatsache erinnern: Europa – das zum Anziehungspunkt für Millionen von Menschen geworden ist – kann sich nicht aus dem afghanischen Flüchtlingsproblem heraushalten, indem es seine Grenzen hart versiegelt, um die Sicherheit und das Wohlergehen seiner Bürger zu schützen. Die Türkei hat keine Schuldigkeit, Verantwortung oder Verpflichtung, Europas Flüchtlingslager zu sein." — Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan.

Die Eroberung Afghanistans durch die Taliban wird eine beispiellose Welle afghanischer Migration nach Europa auslösen, das sich auf die Ankunft von Hunderttausenden – möglicherweise sogar Millionen – von Flüchtlingen und Migranten aus dem vom Krieg zerrütteten Land vorbereitet.

Bundesinnenminister Horst Seehofer äußerte eine unheilvolle Vorahnung und schätzte, dass bis zu fünf Millionen Menschen versuchen werden, Afghanistan in Richtung Europa zu verlassen. Sollten solche Migrationszahlen eintreten, würde die bisherige Migrationskrise von 2015 – als mehr als eine Million Menschen aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten nach Europa kamen – im Vergleich dazu verblassen.

Seit 2015 haben nach Schätzungen der EU rund 570.000 Afghanen – fast ausschließlich junge Männer – Asyl in der Europäischen Union beantragt. Im Jahr 2020 war Afghanistan nach Syrien die zweitgrößte Quelle von Asylbewerbern in der EU.

Artikel weiterlesen (siehe nächste Seite):

https://de.gatestoneinstitute.org/17700/europa-afghanische-migranten

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

GATESTONE INSTITUTE
INTERNATIONAL POLICY COUNCIL

Dieser Beitrag erschien zuerst bei GATESTONE INSTITUTE, unserem Parntner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

العربية Čeština Dansk Deutsch Ελληνικά English Español Français עברית Italiano ქართული Nederlands Polski Português Русский Svenska

Europa bereitet sich auf den Tsunami afghanischer Migranten vor

von Soeren Kern

30. August 2021

Englischer Originaltext: Europe Braces for Tsunami of Afghan Migrants
Übersetzung: Daniel Heiniger

—

- Bundesinnenminister Horst Seehofer schätzt, dass bis zu fünf Millionen Menschen versuchen werden, Afghanistan in Richtung Europa zu verlassen.
- "Ich bin klar dagegen, dass wir jetzt freiwillig mehr Menschen aufnehmen – das wird's unter meiner Kanzlerschaft auch nicht geben." — Österreichischer Bundeskanzler Sebastian Kurz.
- "Als Innenminister bin ich in erster Linie verantwortlich für die in Österreich lebenden Menschen. Das bedeutet vor allem, den sozialen Frieden und den Sozialstaat langfristig zu schützen." — Österreichischer Innenminister Karl Nehammer.
- "Für uns ist auch klar, 2015 darf sich nicht wiederholen. Wir werden die Frage Afghanistan nicht durch Migration nach Deutschland lösen können." — Paul Ziemiak, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union (CDU) von Bundeskanzlerin Angela Merkel.
- Afghanische Kriminelle, darunter Vergewaltiger und Drogenhändler, die zuvor nach Afghanistan abgeschoben wurden, sind nun mit Evakuierungsflügen nach Deutschland zurückgekehrt. Nach ihrer Ankunft in Deutschland stellten sie sofort neue Asylanträge.
- "Unser Land wird für illegale afghanische Migranten kein Tor nach Europa sein." — Griechischer Minister für Migration und Asylum Notis Mitarachi.
- "Wir müssen unsere europäischen Freunde an diese Tatsache erinnern: Europa – das zum Anziehungspunkt für Millionen von Menschen geworden ist – kann sich nicht aus dem afghanischen Flüchtlingsproblem heraushalten, indem es seine Grenzen

hart versiegelt, um die Sicherheit und das Wohlergehen seiner Bürger zu schützen. Die Türkei hat keine Schuldigkeit, Verantwortung oder Verpflichtung, Europas Flüchtlingslager zu sein." — Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan.

Die Eroberung Afghanistans durch die Taliban wird eine beispiellose Welle afghanischer Migration nach Europa auslösen. Im Bild: Afghanische Asylbewerber steigen am 24. August 2021 auf dem Luftwaffenstützpunkt Torrejon de Ardoz in Spanien aus einem Evakuierungsflug aus Afghanistan aus. (Foto von Pierre-Philippe Marcou/AFP via Getty Images)

Die Eroberung Afghanistans durch die Taliban wird eine beispiellose Welle afghanischer Migration nach Europa auslösen, das sich auf die Ankunft von Hunderttausenden – möglicherweise sogar Millionen – von Flüchtlingen und Migranten aus dem vom Krieg zerrütteten Land vorbereitet.

Bundesinnenminister Horst Seehofer äußerte eine unheilvolle Vorahnung und schätzte, dass bis zu fünf Millionen Menschen versuchen werden, Afghanistan in Richtung Europa zu verlassen. Sollten solche Migrationszahlen eintreten, würde die bisherige Migrationskrise von 2015 – als mehr als eine Million Menschen aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten nach Europa kamen – im Vergleich dazu verblassen.

Seit 2015 haben nach Schätzungen der EU rund 570.000 Afghanen – fast ausschließlich junge Männer – Asyl in der Europäischen Union beantragt. Im Jahr 2020 war Afghanistan nach Syrien die zweitgrößte Quelle von Asylbewerbern in der EU.

Afghanische Männer, von denen viele besonders schwer zu assimilieren oder in die europäische Gesellschaft zu integrieren sind, waren in den letzten Jahren für Hunderte –

möglicherweise Tausende – sexueller Übergriffe gegen einheimische europäische Frauen und Mädchen verantwortlich. Die Ankunft von Millionen weiterer Afghanen in Europa deutet auf einen erheblichen zukünftigen sozialen Aufruhr hin.

Die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind wie üblich gespalten, wie sie sich auf die kommende Migrationsflut vorbereiten sollen. Die Staats- und Regierungschefs einiger Länder sagen, dass sie eine humanitäre Verpflichtung haben, eine große Zahl afghanischer Migranten aufzunehmen. Andere argumentieren, dass es an der Zeit sei, dass islamische Länder die Last tragen.

Ursula von der Leyen, Leiterin der **Europäischen Kommission**, der Exekutive der Europäischen Union, sagte, dass die EU eine "moralische Verantwortung" habe, diejenigen aufzunehmen, die vor den Taliban fliehen. Die Staats- und Regierungschefs vieler EU-Mitgliedstaaten sind anderer Meinung.

In **Österreich**, das in den letzten Jahren über 40.000 Afghanen aufgenommen hat (die zweithöchste Zahl in Europa nach Deutschland mit 148.000 Afghanen), hat Bundeskanzler Sebastian Kurz versprochen, dass sein Land keine weiteren aufnehmen wird. In einem Interview mit dem österreichischen Sender Puls 24 sagte er, dass Österreich bereits einen "unverhältnismäßig großen Beitrag" für Afghanistan geleistet habe:

"Ich bin klar dagegen, dass wir jetzt freiwillig mehr Menschen aufnehmen – das wird's unter meiner Kanzlerschaft auch nicht geben."

Der österreichische Innenminister Karl Nehammer forderte in einer gemeinsamen Erklärung mit Außenminister Alexander Schallenberg die Abschiebung von illegal in Österreich befindlichen Afghanen in islamische Länder, da sie nach EU-Recht nicht mehr nach Afghanistan abgeschoben werden können:

"Sollten Abschiebungen aufgrund der uns durch die Europäische Menschenrechtskonvention auferlegten Einschränkungen nicht mehr möglich sein, müssen Alternativen in Betracht gezogen werden. Abschiebungszentren in der Region um Afghanistan wären eine Möglichkeit. Das erfordert die Stärke und Unterstützung der Europäischen Kommission."

Nehammer bestand in einem Interview mit der Nachrichtenagentur APA darauf, dass Abschiebungen eher als Sicherheitsproblem denn als humanitäre Angelegenheit angesehen werden sollten:

"Es ist einfach, ein generelles Abschiebungsverbot nach Afghanistan zu fordern, aber andererseits die zu erwartenden Migrationsbewegungen zu ignorieren. Wer Schutz braucht, muss diesen so nah wie möglich an seinem Herkunftsland erhalten.

"Ein generelles Abschiebungsverbot ist ein Pull-Faktor für illegale Migration und befeuert nur das rücksichtslose und zynische Geschäft der Schmuggler und damit der organisierten Kriminalität.

"Als Innenminister bin ich in erster Linie verantwortlich für die in Österreich lebenden Menschen. Das bedeutet vor allem, den sozialen Frieden und den Sozialstaat langfristig zu schützen."

Schallenberg fügte hinzu:

"Die Krise in Afghanistan spielt sich nicht im luftleeren Raum ab. Konflikte und Instabilität in der Region werden früher oder später auf Europa und damit auf Österreich übergreifen."

Eine von *Österreich 24* veröffentlichte Meinungsumfrage zeigte, dass fast drei Viertel der Befragten die harte Linie der österreichischen Regierung zur afghanischen Migration unterstützen. Die Umfrage verknüpfte die Unterstützung mit einem hochkarätigen Kriminalfall, bei dem vier Afghanen in Wien ein 13-jähriges Mädchen unter Drogen setzten und vergewaltigten, das erwürgt wurde, das Bewusstsein verlor und starb.

In **Deutschland** ist die Migration aus Afghanistan zu einem wichtigen Thema vor den für den 26. September geplanten Bundestagswahlen geworden. Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU von Bundeskanzlerin Angela Merkel, sagte, dass Deutschland die Migrationspolitik der offenen Tür nicht weiterführen sollte, die Merkel 2015 verfolgte, als sie mehr als eine Million Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten ins Land ließ. In einem Interview mit dem deutschen Sender n-tv sagte er:

"Für uns ist auch klar, 2015 darf sich nicht wiederholen. Wir werden die Frage Afghanistan nicht durch Migration nach Deutschland lösen können."

CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet hat ebenso wie der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten (SPD) Olaf Scholz zur Afghanistan-Frage geschwiegen. Die Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, forderte dagegen, dass Deutschland weit über 50.000 Afghanen aufnehmen solle. "Das müssen wir aufarbeiten", sagte sie im ARD-Interview.

Inzwischen sind afghanische Kriminelle, darunter Vergewaltiger und Drogenhändler, die zuvor nach Afghanistan abgeschoben wurden, mit Evakuierungsflügen nach Deutschland zurückgekehrt. Nach ihrer Ankunft in Deutschland stellten sie sofort neue Asylanträge. "Es ist kein völlig neues Szenario, dass Menschen nach Deutschland kommen, die zuvor abgeschoben wurden", sagte ein Sprecher des Innenministeriums.

In **Frankreich** hat Präsident Emmanuel Macron eine koordinierte europäische Reaktion gefordert, um eine Massenmigration aus Afghanistan zu verhindern:

"Die Destabilisierung Afghanistans wird wahrscheinlich den Strom irregulärer Migration nach Europa verstärken ... Europa allein wird die Folgen der aktuellen Situation nicht tragen können. Wir müssen große irreguläre Migrationsströme, die diejenigen gefährden, die Teil davon sind, und den Menschenhandel aller Art anheizen, einplanen und uns davor schützen."

Marine Le Pen, die vor den für April 2022 angesetzten französischen Präsidentschaftswahlen in den Umfragen mit Macron Kopf an Kopf steht, sagte, Frankreich solle "Nein" zur massiven Migration afghanischer Flüchtlinge sagen. Eine Petition auf der Website ihrer Partei – "Afghanistan: NEIN zu einer neuen Migrationsautobahn!" – sagte:

"Wir sind uns der menschlichen Tragödien und der offensichtlichen Not einiger legitimer Flüchtlinge voll bewusst. Aber das Asylrecht darf nicht so bleiben, wie es jetzt ist, das Trojanische Pferd der massiven, unkontrollierten und aufgezwungenen Einwanderung, des Islamismus, und in einigen Fällen von Terrorismus, wie es bei bestimmten Dschihadisten der Fall war, die in die Anschläge vom 13. November 2015 involviert waren [Datum, an dem in Paris eine Reihe koordinierter dschihadistischer Angriffe stattfand, bei denen mehr als 130 Menschen getötet und mehr als 400 verletzt wurden].

"Die Bürgermeister einiger Großstädte haben bereits angekündigt, Flüchtlinge aufnehmen zu wollen. Dies ist unserer Meinung nach ein offensichtliches Risiko für ihre Mitbürger.

"Uns geht es in erster Linie um den Schutz unserer Landsleute."

Unterdessen wurden nach Angaben des französischen Innenministeriums fünf Afghanen, die nach Frankreich geflogen wurden, wegen mutmaßlicher Verbindungen zu den Taliban unter Anti-Terror-Überwachung gestellt. Einer der Männer, der für die französische Botschaft in Kabul arbeitete, gab im Verhör zu, zuvor einen Taliban-Checkpoint geleitet zu haben. Gegen weitere 20 nach Frankreich gebrachte Afghanen wird wegen Asylbetrugs ermittelt.

In **Griechenland** hat die Regierung aus Angst vor einer Wiederholung der Migrationskrise von 2015 einen 40 km langen Zaun errichtet und ein neues Überwachungssystem an der Grenze zur Türkei installiert, um afghanische Migranten davon abzuhalten, nach Europa zu gelangen. In den letzten Jahren war Griechenland ein wichtiges Tor nach Europa für Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten.

Der Minister für öffentliche Ordnung, Michalis Chrisochoidis sagte:

"Wir können nicht passiv auf die möglichen Auswirkungen warten. Unsere Grenzen werden sicher und unverletzlich bleiben."

Der griechische Minister für Migration und Asyl, Notis Mitarachi, fügte hinzu, die EU müsse "die richtigen Botschaften" senden, um eine neue Migrationskrise zu vermeiden, "die Europa nicht schultern kann". Er betonte: "Unser Land wird kein Tor nach Europa sein für illegale afghanische Migranten."

In **Italien** forderte Premierminister Mario Draghi die Gruppe der 20 großen Volkswirtschaften auf, einen Gipfel zur Lage in Afghanistan abzuhalten. Die italienische Zeitung *La Repubblica* vermerkte:

"Die G20 hat für Draghi einen strategischen Wert: In diesem Forum kann und muss man eine Verpflichtung eingehen, die nicht nur die Kräfte eines Westens bindet, der aus seiner zwanzigjährigen Mission in Afghanistan angeschlagen ist, sondern auch und vor allem jene Länder wie China, Russland, Saudi-Arabien und die Türkei, die Interessen und Einfluss auf den selbsternannten islamischen Staat haben."

In Großbritannien kündigte Premierminister Boris Johnson in einer Erklärung vor dem Parlament einen Plan zur Aufnahme von 20.000 afghanischen Migranten an:

"Wir müssen mit der Welt umgehen, wie sie ist, und akzeptieren, was wir erreicht haben und was wir nicht erreicht haben ...

"Wir werden weder Menschen nach Afghanistan zurückschicken noch werden wir wahllos zulassen, dass Menschen aus Afghanistan in dieses Land kommen.

"Wir wollen großzügig sein, aber wir müssen auf unsere eigene Sicherheit achten."

In der **Türkei** baut die Regierung eine 295 km lange Mauer entlang der Grenze zum Iran, um einen erneuten Zustrom von Migranten aus Afghanistan zu verhindern. Der türkische

Präsident Recep Tayyip Erdoğan sagte, eine neue Migrationswelle sei "unvermeidlich", wenn Afghanistan und der Iran ihre Grenzen nicht sicherten. Er fügte hinzu, dass die Türkei kein "Flüchtlingslager" für fliehende Afghanen werden wird:

"Wir müssen unsere europäischen Freunde an diese Tatsache erinnern: Europa – das zum Anziehungspunkt für Millionen von Menschen geworden ist – kann sich nicht aus dem afghanischen Flüchtlingsproblem heraushalten, indem es seine Grenzen hart versiegelt, um die Sicherheit und das Wohlergehen seiner Bürger zu schützen. Die Türkei hat keine Schuldigkeit, Verantwortung oder Verpflichtung, Europas Flüchtlingslager zu sein."

Inzwischen kommen Tausende afghanischer Migranten in Ländern in ganz Europa an, darunter Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Kroatien, Lettland, Luxemburg, Norwegen, Polen, Portugal, Serbien Schweden und Ungarn.

Albanien, **Mazedonien** und **Kosovo** (hier, hier und hier) haben zugestimmt, Hunderte von Afghanen, die mit westlichen Friedenstruppen zusammengearbeitet haben und jetzt von den Taliban bedroht werden, vorübergehend unterzubringen.

Spanien sagte, dass es vorübergehend bis zu 4.000 afghanische Migranten auf zwei von den Vereinigten Staaten genutzten Militärstützpunkten aufnehmen würde.

Slowenien, das derzeit die sechsmonatige rotierende EU-Ratspräsidentschaft innehat, sagte, dass die Europäische Union einen Anstieg der afghanischen Migration nicht zulassen werde. Premierminister Janez Janša twitterte:

"Die #EU wird keine europäischen 'humanitären' oder Migrationskorridore für #Afghanistan öffnen. Wir werden nicht zulassen, dass sich der strategische Fehler von 2015 wiederholt. Wir werden nur Personen helfen, die uns während der #NATO-Operation geholfen haben. Und den EU Mitgliedern, die unsere Außengrenze schützen."

Inzwischen sind Dutzende afghanischer Migranten entlang der Grenze zwischen **Polen** und Weißrussland gefangen. Polen und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sagten, dass die Praxis des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, Migranten über ihre Grenzen zu schicken, ein Akt der "hybriden Kriegsführung" sei. Lukaschenko wird vorgeworfen, Rache für Sanktionen zu suchen, die die EU wegen seiner umstrittenen Wiederwahl verhängt hat, und gegen abweichende Meinungen vorzugehen.

Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki sagte, obwohl er mit den afghanischen Migranten sympathisierte, sagte er, dass sie "ein Werkzeug in den Händen von Herrn Lukaschenko" seien und dass Polen "dieser Art von Erpressung" nicht nachgeben werde.

Soeren Kern ist ein Senior Fellow am New Yorker Gatestone Institute.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Afghanistan: Japan hat nur 15 von 500 Personen (Hunderte von Afghanen und einige Japaner) evakuiert

30. 08. 2021

Bildquelle: FDS

Fünfzehn Tage nach dem Fall der afghanischen Hauptstadt haben die Japaner nur etwa fünfzehn von 500 Personen evakuier.

Missverständnisse, mangelnde Vorbereitung und fehlende Ressourcen erklären diesen Misserfolg.

Ein Japaner und etwa 15 Afghanen, nicht mehr. Die Flugzeuge der von Japan nach Afghanistan entsandten Militärmission konnten Mitte der Woche auf dem internationalen Flughafen von Kabul landen, kehrten aber am Freitag mit insgesamt weniger als 20 Personen zu einer vorläufigen Basis in Pakistan zurück. Die C-2 und die beiden entsandten C-130 hofften, in mehreren Rotationen etwa 500 Personen (einige japanische Staatsangehörige und hauptsächlich Afghanen, die für japanische Agenturen gearbeitet hatten), die das Land verlassen wollten, zu evakuieren. Sie konnten jedoch nicht zum Flughafen gelangen. Tokio kam zu spät.

Die japanische Botschaft in Kabul wurde am 15. August geschlossen, und die japanischen Diplomaten wurden mit britischen Flugzeugen nach Katar ausgeflogen.

Libération

@libe

Rapatriements depuis Kaboul : l'énorme «mauvais calcul» du Japon Les Japonais n'ont évacué qu'une quinzaine de personnes sur 500. Méprise, impréparation et manque de ressources expliquent

ce ratage...

Rapatriements depuis Kaboul : l'«énorme mauvais calcul du Japon»
Quinze jours après la chute de la capitale afghane, les Japonais n'ont évacué qu'une quinzaine de personnes sur 500. Méprise, impréparation et manque de ressources expliquent ce ratage.

liberation.fr
3:01 nachm. · 29. Aug. 2021
Link zum Tweet kopieren

https://www.liberation.fr/international/asie-pacifique/rapatriements-depuis-kaboul-lenorme-mauvais-calcul-du-japon-20210829_NFQVD5LTUVGQNL5M4GQPDV46VU/?utm_medium=Social&xtor=CS7-51-&utm_source=Twitter#Echobox=1630238194-1

Quelle: Fdsouche

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Lithium könnte Afghanistan reich machen. Afghanistans Mineralreichtum bringt der Taliban-Führung viel Geld ein

Von Orsolya Somogyi

26. 08. 2021

Foto: 123rf

Obwohl die Vereinigten Staaten Hunderte von Millionen Dollar in die Entwicklung der afghanischen Bergbauindustrie gesteckt haben, haben sie fast nichts zurückbekommen. Dabei könnte eines der ärmsten Länder der Welt mit seinen Bodenschätzen eine Menge Geld verdienen, das nun der Taliban-Führung zugute kommen könnte.

In den letzten Wochen hat sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Afghanistan gerichtet und damit auch der internationale Diskurs über dessen Bodenschätze. Dieser riesige Mineralienreichtum ist nun den Taliban in den Schoß gefallen. US-Militär- und Geologieexperten schätzten 2010, dass eines der ärmsten Länder der Welt über Vorräte an Kupfer, Eisen, Lithium, Kobalt und seltenen Erden im Wert von tausend Milliarden Dollar (310 Milliarden Forint) verfügt.

Verpassen einer blühenden Zukunft

Bisher wurde fast nichts getan, um diese Reserven zu nutzen, obwohl der Wettbewerb um Rohstoffe zwischen den Herstellern in der Technologiebranche schon vor Jahren begonnen hat. Der Nachfrageschub hat auch den Wert der Vorräte in die Höhe getrieben, die die afghanische Regierung 2017 auf das Dreifache ihres früheren Wertes schätzte.

Lithium, der wichtigste Rohstoff für Batterien, ist zwar nicht selten, aber nur wenige Länder haben große Vorräte – Chile, China und Bolivien sind die größten – und Afghanistan könnte aufholen.

Das wäre ein gutes Geschäft gewesen, denn die Nachfrage nach Lithium steigt derzeit um 20 % pro Jahr, und einigen Schätzungen zufolge muss bis zum Ende des Jahrzehnts weltweit das Vierfache der derzeitigen Menge an Lithium gefördert werden.

Wenn das Land auf diesen Zug aufspringt, könnte Afghanistan das Saudi-Arabien des Lithiums werden.

Diversifizierung möglich

Erwähnenswert ist auch Kupfer, das für die Energiewende und die Elektrifizierung noch wichtiger ist. Rund dreißig Millionen Tonnen sind in den afghanischen Regionen verborgen. Die Bedeutung des Kupfers wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass für Windturbinen und die dazugehörige Infrastruktur 2,5 bis 6,4 Tonnen Kupfer pro Megawatt benötigt werden, verglichen mit 5,5 Tonnen für Solarzellen. Und während die Nachfrage nach Kupfer stetig steigt, wird das Angebot aufgrund von Konflikten um Minen und den hohen Kosten für die Erschließung neuer Vorkommen immer knapper. Um die Produktion bis 2030 um mindestens 4,7 Millionen Tonnen zu steigern, müsste die Branche rund 100 Milliarden Dollar investieren. Andernfalls könnte die Produktion um genau diesen Betrag sinken.

Afghanistan könnte auch eine Million Tonnen Seltene Erden produzieren, da sich die Nachfrage in den letzten fünfzehn Jahren auf 125.000 Tonnen pro Jahr verdoppelt hat. Unter dem afghanischen Territorium befinden sich außerdem zwei Milliarden Barrel Öl und erhebliche Mengen an Erdgas.

Und obwohl der Westen bereits das Ende des Ölzeitalters sieht – oder voraussieht -, besteht kaum ein Zweifel daran, dass die Taliban-Führung mehr an der Ausbeutung der immer noch wichtigen Ressource interessiert ist als an Klimaschutz und internationalen Trends.

Die Frage ist, ob die neue Führung über die materiellen und intellektuellen Ressourcen verfügt, um dies zu erreichen.

Ein moralisches und geschäftliches Dilemma

Die Vereinigten Staaten haben fast eine halbe Milliarde Dollar (155 Milliarden Forint) für die Regulierung der Bergbauindustrie in Afghanistan ausgegeben. Die Investitionen haben sich jedoch nicht ausgezahlt, nicht zuletzt, weil die afghanische Regierung zögerte, ernsthafte Verpflichtungen einzugehen – gerade weil die Region von Konflikten geplagt ist. Der Schlüssel zur Entwicklung jeder Grundstoffindustrie ist relative politische Stabilität, und es ist die Entschlossenheit der Taliban-Führung, die dem Land diese Stabilität bringen könnte, wenn auch nicht in idealer Form. Dies könnte ein ernsthaftes Dilemma für rohstoffhungrige Staaten und Unternehmen darstellen, von denen nur wenige gerne damit werben würden, dass sie mit ihren Käufen eine bewaffnete islamistische Gruppe unterstützen. In den letzten Jahren haben sich die Anleger zunehmend von nicht nachhaltigen oder sogar moralisch verwerflichen Optionen abgewandt.

Aber angesichts des Geschäftsbewusstseins, das derzeit mit dem Abbau von Rohstoffen verbunden ist – der Kinderarbeit, Sklaverei und ungezügelte Umweltzerstörung zulässt -, ist es vielleicht nicht ganz undenkbar, dass es der Taliban-Führung letztlich gelingt, den Bodenschatz Afghanistans auszubeuten.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Taliban an den Westen: „Hört auf, unsere Bürger zur Auswanderung einzuladen, der Krieg ist vorbei“

25. 08. 2021

Flughafen Kabul · *Bildquelle: VoxNews*

Die Taliban haben die Straße zum Flughafen Kabul blockiert, sagte der Sprecher der Terrorgruppe, Zabiullah Mujahid.

Der Sprecher fügte hinzu, dass von nun an nur noch ausländische Staatsbürger den Flughafen erreichen können, den einzigen Weg aus dem Land, der nicht über Taliban-Kontrollpunkte führt.

Mujahid rief die Afghanen, die in der Hoffnung, im Westen zu schnorren, auf den Flughafen Kabul, sein Gelände und sogar auf die Startbahn geströmt waren, zur Rückkehr auf. „Wir garantieren ihre Sicherheit“, fügte er hinzu.

Der Taliban-Sprecher forderte die Afghanen, insbesondere die Beschäftigten im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und bei der Verkehrsregelung, auf, an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren.

Zabihullah Mujahid sagte, das Ausland solle aufhören, Afghanen zur Ausreise zu ermutigen, da Afghanistan ihre Talente brauche. Er sagte, die afghanischen Bürger sollten zu ihren Häusern, ihrer Arbeit und ihrem normalen Leben zurückkehren, da für sie „keine Gefahr“ bestehe. „Wir leben zusammen. Der Krieg ist für uns vorbei“, fügte er hinzu.

Der Taliban-Sprecher verurteilte auch die Aufforderung der USA an die Afghanen, das Land zu verlassen, und forderte Washington auf, ein solches Verhalten nicht länger zu fördern.

Mujahid wandte sich insbesondere an die afghanischen Dolmetscher, die einst für die NATO arbeiteten und nun Vergeltungsmaßnahmen der Taliban fürchten und hoffen, dass die abziehenden Truppen sie evakuieren werden. Der Sprecher versicherte, dass die Dolmetscher nicht zu Schaden kämen.

Quelle: VoxNews

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Abgeschobener Vergewaltiger und Dealer-Duo kehren per Evakuierungsflug zurück: stellen sofort Asylantrag

25. 08. 2021

Bild: Shutterstock

Von SVEN REUTH | 2015 wiederholt sich nicht? Von wegen! Nach polizeilichen Erkenntnissen ist es am Flughafen Kabul schon mehreren Straftätern gelungen, mit Evakuierungsflügen von Afghanistan wieder nach Deutschland zu kommen.

Nach Angaben von *Focus Online* stoppte die Bundespolizei am Wochenende drei Männer, die zuvor wegen Straftaten wie Vergewaltigung und Rauschgifthandel aus Deutschland ausgewiesen worden waren. Die afghanischen Straftäter stellten selbstverständlich einen neuen Asylantrag, der nach der Machtergreifung der islamistischen Taliban-Milizen nun deutlich bessere Erfolgsaussichten haben dürfte als zuvor. Zumindest dürften deutsche Gerichte angesichts der Lage des Landes am Hindukusch eine erneute Abschiebung – selbst die eines schwerstkriminellen Sexualstraftäters – ablehnen.

Nur 576 Ortskräfte, aber Hunderttausende Zuwanderer?

In der *Welt am Sonntag* hatte der Journalist Marcel Leubacher unter Berufung auf einen hohen Beamten zuvor schon gemeldet, dass es einem aus Deutschland abgeschobenen Straftäter gelungen sei, mit einem Evakuierungsflug wieder zurückzukehren.

Selbst der Naivste wird über diese Meldungen kaum überrascht sein. Während in Medien und Politik in Dauerschleife von der nun notwendigen Evakuierung der Ortskräfte die Rede ist, wird gleichzeitig verschwiegen, dass deren Zahl laut einer Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion aus dem Jahr 2018 (Bundestagsdrucksache 19/5454) bei gerade einmal 576 liegt.

Schon jetzt wird also deutlich, dass das in Afghanistan herrschende und vom Westen verursachte Chaos von der Asyllobby unabhängig von der Frage der Ortskräfte dazu genutzt werden wird, um eine weitere große Zuwanderungswelle in Richtung der EU, vor allem aber nach Deutschland, zu initiieren. Und wieder – auch dazu muss man kein Prophet sein –

werden sich wie 2015/2016 auch islamistische Terroristen in die Migrationsströme mischen, um nach Mitteleuropa zu gelangen.

Nächstes Staatsversagen voraus

Das nächste Staatsversagen auf dem Feld der Zuwanderung nimmt jedenfalls schon konkrete Formen an. Die Politik scheint keinen Gedanken daran zu verschwenden, dass Afghanistan ein Land des Mittleren Ostens ist, das keine gemeinsame Grenze mit der EU aufweist. Auch in dem nahöstlichen und vorderasiatischen Zwischenraum zwischen Afghanistan und der EU herrscht größtenteils kein Krieg. Es stellt sich also die Frage, woher nun eigentlich eine Verpflichtung für Deutschland und die EU herrühren soll, in großer Zahl afghanische Flüchtlinge aufzunehmen?

Doch darum geht es – wenn man den Grundtenor der Afghanistan-Berichterstattung in den Medien verfolgt – schon längst nicht mehr. Deutschland hat nichts aus dem Asyl-Tsunami des Jahres 2015 gelernt, hier wird die Massenzuwanderung aus fremden Kontinenten weiterhin zum politischen Selbstzweck verklärt, der Jahr für Jahr unbedingt erfüllt und abgehakt werden muss.

Afghanische und irakische Flüchtlinge im November 2015 an der serbisch-kroatischen Grenze. Werden sich diese Bilder in den nächsten Monaten wiederholen? Foto: Ajdin Kamber I Shutterstock.com.

Import von Gewalttätern droht

Welche Kollateralschäden diese Politik in Deutschland selbst hinterlässt, scheint hinterher dann niemanden mehr zu interessieren. Dabei haben gerade Zuwanderer aus Afghanistan in den vergangenen Jahren immer und immer wieder mit den schrecklichsten Bluttaten auf sich aufmerksam gemacht – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich.

So wurde in der Nacht vom 26. auf den 27. Juni dieses Jahres das aus Niederösterreich stammende 13jährige Mädchen Leonie in Wien unter Drogen gesetzt, schwer misshandelt und missbraucht und schließlich erdrosselt. Als Täter wurden vier Afghanen festgenommen, die offiziell zwischen 16 und 23 Jahren alt sind.

Alterstests ergaben dann aber, dass der vermeintlich 16jährige Täter laut einem Gutachten schon mindestens 20 Jahre alt ist. Und auch das ist eben bei afghanischen Asylbewerbern wohl eher der Normal- als der Ausnahmefall – fast alle verweisen auf angeblich verlorene oder vernichtete Dokumente und machen sich dann erheblich jünger, als sie wirklich sind.

Neue Betrugswelle droht

So kommen sie in den Genuss einer Einstufung als MUFL (minderjähriger unbegleiteter Flüchtling) und sichern sich dadurch für den Steuerzahler sündhaft teure umfangreiche Leistungen, da ein Minderjähriger Anspruch auf Leistungen nach der Jugendhilfe hat und ein kostspieliges „Gesamtpaket“ aus Unterbringung, Ausbildung und Betreuung finanziert bekommt. Im Falle der Begehung schwerster Straftaten wird man außerdem praktischerweise nach Jugendstrafrecht verurteilt.

Der Fall Leonie erinnert an den Mordfall Mia, der sich am 27. Dezember 2017 im südpfälzischen Kandel zutrug, und bei dem ein angeblich 15 Jahre alter und ebenfalls aus Afghanistan stammender Asylbewerber die 15jährige Schülerin Mia mit zahlreichen Messerstichen in einem Drogeriemarkt ermordete. *Foto: privat*

Aber Grenzen der Belastbarkeit des Sozialsystems oder der natürlichen Ressourcen Deutschlands gibt es für die hiesigen Politiker bekanntlich nicht, wenn es darum geht, eine möglichst unregulierte Massenzuwanderung zu fordern. So ist es dann auch leider nur allzu wahrscheinlich, dass sich das Chaos des Asyl-Tsunamis der Jahre 2015/2016 im Laufe der nächsten Monate wiederholen wird.

Sven Reuth (*1973) ist Diplom-Ökonom und schreibt für COMPACT hauptsächlich zu wirtschaftspolitischen Themen. Seit Januar 2021 ist er zudem Online-Redakteur.

Dieser Betrag erschien zuerst bei COMPACT ONLINE, unserem Partner in de EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Invasion von falschen afghanischen „Flüchtlingen“ in Frankreich

25. 08. 2021

Nach Frankreich rückgeführter Afghane, der verdächtigt wird, Verbindungen zu den Taliban zu haben · *Bildquelle: MPI*

Afghanistan fällt nach dem Fiasko der westlichen Einmischung unter der Führung des amerikanischen „Imperiums des Guten“ seit 20 Jahren in die Hände der Taliban, und Frankreich „repatriiert“ Afghanen, die zufällig mit eben jenen Taliban in Verbindung stehen, vor denen diese Flüchtlinge eigentlich fliehen sollten…

Die ganze Heuchelei des Asylsystems, der Neusprech der politisch korrekten Behörden, der verrückte Humanismus des Gutmenschentums explodiert vor unseren Augen.

So wurden am Montag, dem 23. August, fünf Afghanen, die eigentlich unter dem Deckmantel einer missbräuchlichen „Rückführung“ als Flüchtlinge gelten wollten, unter Überwachung gestellt, sobald sie in Frankreich an Land gegangen waren. Diese fünf Männer wurden einer „individuellen Maßnahme der administrativen Kontrolle und Überwachung“ unterzogen, die in den Antiterrorgesetzen vorgesehen ist. Vor allem ein Mann hat die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich gezogen: „Auch wenn diese Person weitgehend bei der Evakuierung der französischen Botschaft geholfen hat, glauben wir, dass sie mit den Taliban in Verbindung stehen könnte“, erklärte Innenminister Gérard Darmanin gegenüber AFP.

Laut dem Innenminister gab der Mann seine Mitgliedschaft in der Bewegung zu und gestand, als Taliban-Straßensperrer in Kabul Waffen getragen zu haben. „Angesichts der extremen Schwierigkeiten bei der Durchführung von Sicherheitskontrollen bei Personen, die zurückgeführt werden müssen, haben sich die französischen Behörden bereit erklärt, diese Person und ihre Familie an Bord zu nehmen“, fügte der Minister hinzu. Als der Flug in Abu

Dhabi ankam, führte die Generaldirektion für Innere Sicherheit (DGSI) „die Sicherheitsbefragungen durch, die man in Kabul nicht durchführen konnte“, erklärte er.

Schon jetzt von „Rückführung“ zu sprechen, wie es der Innenminister und viele andere Politiker ohne Gewissen tun, ist ein Missbrauch der Sprache, dieser neuen Sprache, die die Worte verschleiert, um die Ankunft außergemeinschaftlicher Bevölkerungsgruppen mit muslimischen und talibanischen Bräuchen zu verschleiern: Afghanen nach Frankreich zu bringen, ist keine Rückführung, sondern ein Exil! Es sei darauf hingewiesen, dass eine „Rückführung“ nur Franzosen und keine Ausländer betrifft.

In einer Zeit, in der die Franzosen für die geringste ihrer Handlungen einen Gesundheitspass benötigen, in der ihr Haus zur Grenze wird, in der es verboten ist, einen Kaffee auf der Terrasse zu trinken oder mit dem Zug zu fahren, ohne Covid-Maßnahmen zu beachten, grenzt diese bedingungslose Aufnahme tausender ausländischer Afghanen, von denen einige Taliban sind, ohne Pass- oder Gesundheitskontrollen, ohne politische oder sonstige Kontrollen, an Wahnsinn und zeigt, in welchem Ausmaß die derzeitigen Regierungs- und politischen Behörden wissentlich daran arbeiten, ein Migrations-, Terrorismus- und Gesundheitschaos in Europa zu schaffen…

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Afghanische Kriminelle kommen mit Evakuierungsflügen zurück nach Europa

24. 08. 2021

Bildquelle: Remix News

Kriminelle und Taliban nutzen den verpfuschten Abzug des Westens aus Afghanistan aus

Ein weiteres Zeichen dafür, wie chaotisch die Evakuierung von Menschen aus Afghanistan geworden ist, ist, wie mehrere Medien berichten, dass sich unter den echten Flüchtlingen auch Islamisten und ehemals abgeschobene Kriminelle befinden, die in militärischen Transportflugzeugen zurück in den Westen geflogen werden.

Zwar sollen alle Evakuierten auf einer vorgegebenen Checkliste stehen, die von den Militärkommandanten, die den Prozess leiten, geführt wird, aber es scheint, dass die Kontrollen entweder lax gehandhabt werden oder angesichts des völligen Zusammenbruchs des verpfuschten militärischen Rückzugs aus dem Land nicht durchführbar sind. Sicher ist derzeit nur, dass die westlichen Gesellschaften nicht nur die Kosten für die Unterbringung und Integration Zehntausender afghanischer Bürger zu tragen haben, sondern auch mit dem Sicherheitsrisiko fertig werden müssen, das von Kabul aus eingeflogen wird, weil die Behörden kaum oder gar nicht wissen, wen sie da „retten".

Berichten zufolge sitzen zwar immer noch deutsche Staatsbürger und afghanische Beamte, die die Bemühungen der deutschen Regierung wirklich unterstützt haben, im Land fest, aber Menschen, die auf mysteriöse Weise die Warteschlange überspringen und in Bundeswehrflugzeuge einsteigen können, werden willkürlich nach Deutschland zurückgeflogen. In der vergangenen Woche wurde beispielsweise ein afghanischer Krimineller, der kürzlich wegen schwerer Straftaten aus Deutschland abgeschoben worden war, an Bord eines Evakuierungsfluges entdeckt, als dieser in Deutschland landete. Die Identität des Mannes wurde der Presse nicht mitgeteilt, aber es ist nun völlig unwahrscheinlich, dass er aufgrund eines Abschiebestopps in sein Herkunftsland zurückgeschickt werden wird. Das deutsche Verteidigungsministerium hat auf eine Medienanfrage zu dem Fiasko erklärt, dass aufgrund der katastrophalen Sicherheitslage vor Ort die Durchführung internationaler Datenbank- und Fingerabdruckkontrollen am Flughafen Kabul nicht möglich ist.

Obwohl das Verteidigungsministerium versprochen hatte, die Ausweise aller Evakuierten zu überprüfen und alle an Bord befindlichen Personen mit der Berechtigungsliste des Auswärtigen Amtes abzugleichen, wird dies vor Ort offensichtlich nicht durchgeführt. Eine andere, weniger wahrscheinliche Erklärung wäre, dass der Kriminelle auf einer offiziellen Evakuierungsliste stand, was angesichts des derzeitigen Zustands der deutschen Einwanderungspolitik nicht völlig ausgeschlossen werden kann.

Während die deutschen Botschaftsangehörigen in Kabul ihre eigene Evakuierung organisieren mussten, weil Berlin ihre Rettung verzögert hatte, werden die Evakuierungsflüge der Bundeswehr nun zu einer zweiten Chance für Schwerverbrecher, die sicher sein können, dass sie in absehbarer Zeit nicht nach Afghanistan zurückgeschickt werden.

Eine solche Unfähigkeit ist jedoch nicht auf die Bemühungen der deutschen Regierung beschränkt. Eine Person, die auf einer britischen Flugverbotsliste stand, durfte ebenfalls an Bord eines Militärflugzeugs gehen und hatte es bis zum Flughafen Birmingham geschafft, wo er von Grenzbeamten entdeckt wurde. Er war einer von fünf Verdächtigen, die auf der Flugverbotsliste standen, doch irgendwie war es ihm gelungen, an Bord eines Evakuierungsfluges zu gelangen. Nachdem er von der britischen Grenzpolizei festgehalten worden war, durfte er schließlich einreisen und sich in Großbritannien niederlassen. Ein anderer Verdächtiger, der ebenfalls eingeflogen wurde, wurde auf dem Frankfurter

Flughafen entdeckt, wo ihm die Weiterreise untersagt wurde, während seine Familie nach Großbritannien weiterfliegen durfte.

Über 7.000 der 20.000 Afghanen, die nach Großbritannien umgesiedelt werden sollen, sind bereits eingetroffen, doch berichten britische Beamte von Betrügern unter den Antragstellern und einer wachsenden Zahl von Pass- und Dokumentenfälschungen. James Heappey, der britische Verteidigungsminister, äußerte die Befürchtung, dass islamistische Extremisten die Situation in Kabul ausnutzen.

„Wir würden gerne die Tore öffnen und die Menschen noch schneller einreisen lassen, aber es gibt Leute, die versuchen, auf britische Flüge zu gelangen, die wir bei unseren Kontrollen als auf der britischen Flugverbotsliste stehend identifiziert haben“, sagte er.

Auch Frankreich hat einen Fall gemeldet, bei dem ein Verdächtiger mit einem Evakuierungsflug eingeflogen wurde, der im Verdacht stand, Verbindungen zu den Taliban zu haben. Er wurde von vier weiteren Personen begleitet, die unter Beobachtung gestellt wurden.

Quelle: Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden

02) „Niemand kann die Neue Weltordnung betreten, der nicht Luzifer die Treue geschworen hat."

31. 08. 2021

Mgr. Vigano · *Bildquelle: MPI*

Seit mehr als anderthalb Jahren müssen wir hilflos mit ansehen, wie sich eine Reihe von Ereignissen ereignet, für die die meisten von uns keine plausible Erklärung finden können. Der Pandemie-Notstand hat die Widersprüche und die Unlogik der Maßnahmen aufgezeigt, die nominell auf die Eindämmung der Ansteckung abzielen – Eindämmung, Ausgangssperren, Schließung von Geschäften, Einschränkungen der öffentlichen Dienste und der Gerichte, Aussetzung der Bürgerrechte -, die jedoch täglich durch widersprüchliche Gerüchte, eindeutige Beweise für die Unwirksamkeit und Widersprüche seitens der Gesundheitsbehörden selbst dementiert werden. Es erübrigt sich, die Maßnahmen aufzuzählen, die fast alle Regierungen der Welt ergriffen haben, ohne die versprochenen Ergebnisse zu erzielen. Wenn wir uns auf die angeblichen Vorteile beschränken, die das experimentelle genetische Serum der Gemeinschaft bringen sollte – in erster Linie Immunität gegen das Virus und Freizügigkeit -, stellen wir fest, dass eine in *The Lancet* veröffentlichte Studie der Universität Oxford (hier) besagt, dass die Viruslast von Geimpften mit doppelter Dosis 251-mal höher ist als bei den frühen Stämmen des Virus (hier), trotz der Erklärungen führender Politiker aus aller Welt, allen voran des italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi, dass „diejenigen, die sich impfen lassen, leben, und diejenigen, die sich nicht impfen lassen, sterben". Die Nebenwirkungen des genetischen Serums, die von den nationalen Gesundheitsbehörden geschickt verheimlicht oder absichtlich nicht erfasst werden, scheinen die Gefahr seiner Verabreichung und die beunruhigenden Unbekannten für die Gesundheit der Bürger zu bestätigen, mit denen wir uns bald auseinandersetzen müssen.

Von der Wissenschaft zum Szientismus

Die medizinische Kunst – die keine Wissenschaft ist, sondern die Anwendung wissenschaftlicher Prinzipien auf verschiedene Fälle auf experimenteller Basis – scheint auf ihre Klugheit verzichtet zu haben, im Namen einer Dringlichkeit, die sie zur Priesterschaft einer Religion – eben der Wissenschaft – gemacht hat, die sich, um eine solche zu sein, in einen an Aberglauben grenzenden Dogmatismus gehüllt hat. Die Diener dieser Sekte haben sich selbst zu einer Kaste von Unberührbaren gemacht, die von jeglicher Kritik ausgenommen sind, selbst wenn ihre Behauptungen durch die Fakten widerlegt werden. Die Grundsätze der Medizin, die bis Februar 2020 als allgemeingültig galten, sind der Improvisation zum Opfer gefallen, so dass man mitten in einer Pandemie Impfempfehlungen ausspricht, Masken vorschreibt, die für überflüssig erklärt werden, verworrene Distanzierungen vornimmt, wirksame Medikamente verbietet und experimentelle Gentherapien vorschreibt, die von den üblichen Sicherheitsprotokollen abweichen. Und so wie es neue Covid-Priester gibt, gibt es auch neue Ketzer, d. h. diejenigen, die die neue pandemische Religion ablehnen und dem hippokratischen Eid treu bleiben wollen. Der Nimbus der Unfehlbarkeit, der Virologen und andere mehr oder weniger hochrangige Wissenschaftler umgibt, wird nicht selten durch ihre Interessenkonflikte oder die beträchtlichen Vorlieben der Pharmaunternehmen nicht in Frage gestellt, was unter normalen Umständen skandalös und kriminell wäre.

Was viele nicht verstehen, ist die Diskrepanz zwischen den erklärten Zielen und den Mitteln, die gelegentlich eingesetzt werden, um sie zu erreichen. Wenn in Schweden das Fehlen von Eindämmungen und Masken nicht zu einer stärkeren Ansteckung führte als in Ländern, in denen die Menschen in ihren Häusern eingeschlossen waren oder in denen Masken auch in den Grundschulen vorgeschrieben waren, wird dies nicht als Beweis für die Unwirksamkeit der Maßnahmen angesehen. Wenn die Massenimpfungen in Israel oder Großbritannien zu einem Anstieg der Infektionen geführt haben und diese virulenter geworden sind, veranlasst ihr Beispiel die Verantwortlichen in anderen Ländern nicht dazu, bei der Impfkampagne vorsichtig zu sein, aber es veranlasst sie dazu, die Notwendigkeit der Verabreichung zu bewerten. Wenn sich Ivermectin oder Hyperimunne-Plasma als wirksame Behandlungen erweisen, reicht das nicht aus, um sie zuzulassen, geschweige denn, sie zu empfehlen. Und wer sich über den Grund für diese verwirrende Irrationalität wundert, der enthält sich schließlich eines Urteils, indem er die Erklärungen der kovidischen Priester mit einer Art fideistischem Gehorsam akzeptiert, oder umgekehrt, indem er die Ärzte als unzuverlässige Zauberer betrachtet.

Ein Szenario unter einer Leitung

Wie ich bereits gesagt habe, haben wir es mit einer kolossalen Täuschung zu tun, die auf Lügen und Betrug beruht. Bei dieser Täuschung wird davon ausgegangen, dass die von der Behörde zur Begründung ihrer Maßnahmen gegen uns angeführten Gründe echt sind. Der Fehler besteht einfach darin, anzunehmen, dass die Führungskräfte ehrlich sind und uns nicht anlügen. Wir versuchen daher immer wieder, mehr oder weniger plausible Begründungen zu finden, nur um nicht zu erkennen, dass wir uns in einer bis ins kleinste Detail geplanten Situation befinden. Und während wir versuchen, irrationales Verhalten rational zu erklären; während wir den unlogischen Handlungen derer, die uns regieren, Logik zuschreiben, führt die kognitive Dissonanz dazu, dass wir die Augen vor der Realität verschließen und die krassesten Lügen glauben.

Wir hätten verstehen müssen – wie ich in der Vergangenheit geschrieben habe -, dass der Plan für den Großen Reset nicht das Ergebnis des Geschwätzes einiger weniger „Verschwörungstheoretiker“ ist, sondern der eindeutige Beweis für einen kriminellen Plan,

der vor Jahrzehnten entwickelt wurde und auf die Errichtung einer universellen Diktatur abzielt, in der eine unermesslich reiche und mächtige Minderheit die gesamte Menschheit versklaven und der globalistischen Ideologie unterwerfen will. Denn der Vorwurf der „Verschwörung“ mag Sinn gemacht haben, als die Verschwörung noch nicht offensichtlich war, aber heute zu leugnen, was die Elite seit den 1950er Jahren vorhat, ist nicht zu rechtfertigen. Was Kalergi, die Rotschilds, die Rockefellers, Klaus Schwab, Jacques Attali und Bill Gates nach dem Krieg sagten, wurde in Büchern und Zeitungen veröffentlicht, von internationalen Organisationen und Stiftungen kommentiert und aufgegriffen und von Parteien und Regierungsmehrheiten präzise umgesetzt. Die europäischen Staaten, die unkontrollierte Einwanderung, die Lohnkürzungen, die Aufhebung der gewerkschaftlichen Garantien, der Verzicht auf die nationale Souveränität, die einheitliche Währung, die Kontrolle der Bürger unter dem Vorwand einer Pandemie, die Reduzierung der Bevölkerung durch den Einsatz von Impfstoffen mit neuen Technologien sind keine neuen Erfindungen, sondern das Ergebnis einer geplanten, organisierten und koordinierten Aktion. Eine Aktion, die offensichtlich perfekt in ein einziges Szenario unter einer einzigen Regie passt.

Die kriminelle Mentalität

Wenn man einmal verstanden hat, dass die gegenwärtigen Ereignisse darauf abzielen, bestimmte Ergebnisse zu erzielen – und damit bestimmte Interessen einer Minderheit der Menschheit zu verfolgen, mit unabsehbarem Schaden für die Mehrheit – muss man auch die Ehrlichkeit haben, die kriminelle Mentalität der Urheber dieses Plans anzuerkennen. Dieser kriminelle Plan lässt uns auch die Bösartigkeit der Autoritäten verstehen, die bestimmte Maßnahmen als unvermeidliche Reaktion auf unvorhersehbare Ereignisse darstellen, obwohl diese Ereignisse geschickt geschaffen und vergrößert wurden, um eine Revolution zu legitimieren – die Schwab als vierte industrielle Revolution bezeichnet -, die von der Elite auf Kosten der gesamten Menschheit angestrebt wird. Die Versklavung der Autorität ist im Übrigen das Ergebnis eines Prozesses, der bereits mit der Französischen Revolution begann und die politische Klasse nicht zu Dienern Gottes (dessen Herrschaft sie verachten) oder des souveränen Volkes (das sie verachten und nur zu ihrer Legitimation benutzen) gemacht hat, sondern zu Dienern der Wirtschafts- und Finanzmächte, der internationalen Oligarchie der Bankiers und Wucherer, der multinationalen Konzerne und der Pharmakonzerne. In Wirklichkeit werden alle diese Themen von einer kleinen Anzahl bekannter wohlhabender Familien kontrolliert.

Die gleiche Versklavung zeigt sich auch in den Nachrichten: Die Journalisten haben es ohne Gewissensbisse akzeptiert, sich für die Mächtigen zu prostituieren, indem sie sogar die Wahrheit zensieren und glatte Lügen verbreiten, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, ihnen einen Anschein von Glaubwürdigkeit zu verleihen. Während die Journalisten bis zum letzten Jahr die Zahl der Covid-„Opfer“ zählten, indem sie die Positiven als unheilbar krank darstellten, werden jetzt diejenigen, die nach der Impfung sterben, nur noch von der „Krankheit“ eingeholt, und noch vor der Obduktion entscheiden sie automatisch, dass es keinen Zusammenhang mit der Verabreichung des genetischen Serums gibt. Sie unterwandern ungestraft die Wahrheit, wenn sie nicht den Tatsachen entspricht, und biegen sie für ihre Zwecke um.

Was sich in den letzten anderthalb Jahren abgespielt hat, wurde von den Leuten von Great Reset selbst in allen Einzelheiten vorhergesagt, so wie uns auch gesagt wurde, was zu tun sei. Am 17. Februar 1950 sagte der berühmte Bankier James Warburg vor dem Senat der Vereinigten Staaten: „Wir werden eine Weltregierung haben, ob es Ihnen gefällt oder nicht. Die einzige Frage ist, ob diese Weltregierung im Konsens oder mit Gewalt errichtet wird. Vier Jahre später wurde die Bilderberg-Gruppe gegründet, der unter anderem Agnelli, Kissinger, Mario Monti und Mario Draghi, der derzeitige italienische Ministerpräsident,

angehören. Im Jahr 1991 schrieb David Rockefeller: „Die Welt ist bereit für eine Weltregierung. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und globaler Banker ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen." Er fügte hinzu: „Wir stehen an der Schwelle eines globalen Wandels. Alles, was wir brauchen, ist die „richtige" globale Krise, und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren. Wir können heute sagen, dass diese „richtige" Krise mit dem Pandemie-Notfall und mit dem Lock Step zusammenfällt, der seit 2010 in dem Papier der Rockefeller Foundation, Scenarios for the Future of Technology and International Development, beschrieben wird, in dem alle Ereignisse, die wir gerade erleben, vorhergesagt werden (hier).

Kurz gesagt, sie haben ein falsches Problem geschaffen, um als scheinbare Lösung Maßnahmen zur Bevölkerungskontrolle durchzusetzen, kleine und mittlere Unternehmen zugunsten einiger weniger internationaler Konzerne zu unterdrücken und die Bildung durch Fernunterricht zu unterdrücken, die Kosten der Arbeit und der bezahlten Arbeit durch intelligente Arbeit zu senken, die öffentliche Gesundheit zugunsten von Big Pharma zu privatisieren, den Regierungen die Möglichkeit zu geben, per Notstand Gesetze zu erlassen, die von den Gesetzen abweichen, und der gesamten Bevölkerung Impfstoffe aufzuerlegen, so dass alle Bewegungen der Bürger, die chronisch krank oder steril sind, verfolgt werden können.

Alles, was die Elite wollte, hat sie auch getan. Und es ist unbegreiflich, dass es angesichts der Beweise für den Vorsatz dieses großen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, bei dem die Führer fast der ganzen Welt als Komplizen und Verräter auftreten, keinen einzigen Richter gibt, der ein Verfahren gegen sie eröffnet, um die Wahrheit herauszufinden und die Schuldigen und Komplizen zu verurteilen. Der Andersdenkende wird nicht nur zensiert, sondern als Staatsfeind, als Verbreiter, als Unperson, der keine Rechte zugestanden werden sollen, bezeichnet.

Tiefer Staat und tiefe Kirche

Nun wäre es bei einem kriminellen Vorhaben zumindest logisch, es anzuprangern und bekannt zu machen, damit es verhindert und die Schuldigen verurteilt werden können. Die Liste der Verräter beginnt bei den Regierungschefs, Ministern und Abgeordneten und setzt sich fort bei den korrupten Virologen und Ärzten, bei den mitschuldigen Beamten, bei den Spitzen der Streitkräfte, die unfähig sind, sich dem Verfassungsbruch entgegenzustellen, bei den ausverkauften Journalisten, bei den feigen Richtern und bei den hofierenden Gewerkschaften. In dieser langen Liste, die vielleicht eines Tages erstellt wird, sollten wir auch die hohen Führer der katholischen Kirche aufführen, angefangen bei Papst Bergoglio, und viele Bischöfe, eifrige Vollstrecker des Willens des Fürsten gegen den von Christus empfangenen Auftrag. Diese Liste gibt Aufschluss über das Ausmaß des Komplotts und die Zahl der Beteiligten und bestätigt die Krise der Autorität und die Perversion der zivilen und religiösen Macht. Kurz gesagt, wir würden verstehen, dass der korrumpierte Teil der zivilen Autorität – der tiefe Staat – und die kirchliche Autorität – die tiefe Kirche – zwei Seiten derselben Medaille sind, beide Instrumente für die Errichtung der Neuen Weltordnung.

Doch um diese Allianz zwischen ziviler und religiöser Macht zu verstehen, muss man die geistliche und eschatologische Dimension des gegenwärtigen Konflikts erkennen und ihn in den Krieg einordnen, den Luzifer seit seinem Fall gegen Gott entfesselt hat. Dieser Krieg, dessen Folgen mit der unerbittlichen Niederlage Satans und des Antichristen und dem überwältigenden Sieg der Sternenfrau ab aeterno entschieden sind, nähert sich nun seinem Epilog: Deshalb sind die Mächte der Finsternis so entfesselt, so erpicht darauf, den Namen unseres Herrn von der Erde zu tilgen, nicht nur die greifbare Präsenz in unseren Städten zu

zerstören, indem sie die Kirchen niederreißen, die Kreuze abreißen, die christlichen Feste unterdrücken, sondern auch, indem sie die Erinnerung an ihn unterdrücken, die christliche Zivilisation auslöschen, ihre Lehre verfälschen, ihren Kult entwürdigen. Und dafür ist die Präsenz einer treuen und mutigen Hierarchie, die bereit ist, für die Verteidigung des christlichen Glaubens und der Moral den Märtyrertod zu sterben, sicherlich ein Hindernis. Deshalb war es von Beginn des globalistischen Plans an unabdingbar, die Hierarchie in Moral und Lehre zu korrumpieren, sie mit Kolonnen und Schläferzellen zu infiltrieren, sie jeglicher übernatürlicher Begierde zu berauben, sie durch Finanz- und Sexualskandale erpressbar zu machen, um sie nach Erreichen ihres Ziels auszuschließen und zu eliminieren, wie es die gängige Praxis ist

Ende der fünfziger Jahre, als das Projekt der Neuen Ordnung Gestalt annahm, begann diese Unterwanderung, die einige Jahre später mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil ihr eigenes Werk der Subversion begann, in dessen Zusammenhang die Wahl von Roncalli und die Absetzung des päpstlichen Siri, des „Dauphin“ von Pacelli, sowohl für die fortschrittliche und modernistische Komponente innerhalb der Kirche als auch für die kommunistische, liberale und freimaurerische Komponente der zivilen Welt einen Grund zur Begeisterung darstellte. Das Zweite Vatikanische Konzil war für die Kirche das, was der Jeu de Paume-Schwur für die Zivilgesellschaft war: der Beginn der Revolution. Und wenn ich wiederholt die stets subversive Haltung des Rates hervorheben wollte, so glaube ich, dass heute eine historische Analyse, in der scheinbar unzusammenhängende Fakten eine beunruhigende Bedeutung erlangen und vieles erklären, Aufmerksamkeit verdient.

Gefährliche Liebschaften

Wie Michael J. Matt kürzlich in einem Video auf The Remnant (hier) berichtete, beginnen wir heute, alle Mosaiksteine zusammenzusetzen und entdecken – nach dem Eingeständnis eines der Protagonisten – dass Erzbischof Hélder Câmara, Erzbischof von Olinda und Recife in Brasilien, sich mit dem jungen Klaus Schwab, dem Gründer des Weltwirtschaftsforums und Theoretiker der Großen Reinitialisierung, getroffen hat. Schwab, der den Prälaten wegen seiner Opposition gegen die traditionelle Kirche und seiner revolutionären und pauperistischen Thesen kannte, lud ihn zum Davoser Forum ein, da er seine Teilnahme an dieser Veranstaltung als äußerst wichtig für das Projekt der Neuen Ordnung erachtete. Wir wissen, dass Hélder Câmara einer der Organisatoren des Katakombenpaktes war, der einige Tage vor Abschluss des Konzils, am 16. November 1965, von etwa vierzig ultraprogressiven Bischöfen unterzeichnet wurde. Zu den ketzerischen Thesen dieses Dokuments gehört auch die Mitwirkung an der Errichtung einer „anderen, neuen Gesellschaftsordnung“ (hier, Nr. 9), die auf Gerechtigkeit und Gleichheit beruht. Und es überrascht nicht, dass unter den Unterzeichnern auch Bischof Enrique Angelelli, Weihbischof von Córdoba in Argentinien, „ein Bezugspunkt für den Vater der Zeit, Jorge Mario Bergoglio“ (hier), war. Bergoglio selbst hat zu Beginn seines Pontifikats erklärt, dass er die Instanzen des Katakombenpakts teilt. Am 20. Oktober 2019, anlässlich der Synode für Amazonien, wurde die Feier des Paktes zwischen den Verschwörern in den Katakomben von Santa Domitilla nachgestellt, was bestätigt, dass der auf dem Konzil gefasste Plan gerade in Jorge Mario Bergoglio seine Erfüllung gefunden hat. Weit davon entfernt, sich von den Ultra-Progressiven zu distanzieren, die ihn unterstützen und die seine Wahl beim letzten Konklave beschlossen haben, versäumt er es nicht, eine perfekte Kohärenz mit dem Plan der Neuen Weltordnung zu beweisen, beginnend mit der Zusammenarbeit vatikanischer Gremien und Dikasterien mit dem Umweltschützer Malthusian Matrix und mit der Teilnahme am Rat für integrativen Kapitalismus, einer globalen Allianz mit Rothschild, der Rockefeller Foundation und den großen Banken. So machen einerseits David Rockefeller mit der Trilateralen Kommission und andererseits Klaus Schwab, der mit den Rothschilds (hier) verbunden ist, beim Weltwirtschaftsforum mit

dem Oberhaupt der katholischen Kirche gemeinsame Sache, um die Neue Ordnung durch die seit den 1950er Jahren geplante Große Reinitialisierung zu errichten.

Der globale Plan zur Entvölkerung

Zu diesem pactum sceleris müssen auch einige Vertreter der Päpstlichen Akademie für das Leben gezählt werden, deren Organigramm gerade von Bergoglio umgestoßen wurde, der die lehramtstreuesten Mitglieder abgesetzt und durch Theoretiker der Entvölkerung, Verhütung und Abtreibung ersetzt hat. Kein Wunder, dass der Heilige Stuhl Impfstoffe unterstützt: Der Sovereign Independent vom Juni 2011 titelte: „Entvölkerung durch Zwangsimpfung: die Null-Kohlendioxid-Lösung“ (hier). Neben der Schlagzeile war ein Foto von Bill Gates zu sehen und der Kommentar: „Es gibt heute 6,8 Milliarden Menschen auf der Welt. Diese Zahl wird auf 9 Milliarden anwachsen. Wenn wir mit neuen Impfstoffen, Gesundheitsfürsorge und reproduktiven Gesundheitsdiensten [d.h. Abtreibung und Verhütung] wirklich gute Arbeit leisten, können wir die Bevölkerung um 10 oder 15 Prozent reduzieren. Vor elf Jahren war Bill Gates, der heute Anteilseigner der Black Rock Group ist, die die Pharmaunternehmen finanziert, die Impfstoffe herstellen, ein wichtiger Sponsor der WHO und einer Vielzahl öffentlicher und privater Gesundheitsorganisationen. An seiner Seite befindet sich interessanterweise George Soros, der „Philanthrop“ der Offenen Gesellschaft, der zusammen mit der Bill and Melinda Gates Foundation kürzlich in ein britisches Unternehmen investiert hat, das Tampons herstellt, um Covid zu enthüllen (hier). Und da wir gerade über wirtschaftliche Fragen sprechen, möchte ich Sie daran erinnern, dass der Heilige Stuhl Anteile im Wert von etwa 20 Millionen Euro an zwei Pharmaunternehmen hielt, die ein Verhütungsmittel herstellten (hier) und, in jüngerer Zeit, an einem anderen, in einen Fonds investiert, der im Falle einer geopolitischen oder pandemischen Krise sehr hohe Gewinne garantierte, indem er auf internationale Währungen spekulierte, den von der Investmentbank Merril Lynch verwalteten Geo-Risk, der nach den ersten Monaten der Pandemie mit explodierenden Renditen geschlossen werden musste (hier). Andere Gelder, die von der Obole de Saint Pierre stammen, wurden zur Finanzierung verschiedener Initiativen, auch in Zusammenarbeit mit Lapo Elkann, verwendet, darunter der autobiografische Film von Elton John. Ganz zu schweigen von den Immobilienspekulationen und dem Kauf der Londoner Villa in der Sloane Avenue 60, über die uns die Chronik reichlich informiert hat und die, wie ich aus zuverlässiger Quelle weiß, von Bergoglio selbst beschlossen wurde. Nochmals: Immer im Namen der Konsistenz und der „armen Kirche für die Armen“, die Bergoglio so sehr am Herzen liegt, gibt es diejenigen, die glauben, dass das von den Jesuiten und Ex-Kardinal McCarrick vorbereitete Abkommen mit China dem kommunistischen Regime in Peking beträchtliche Finanzmittel einbrachte, als Gegenleistung für das Schweigen des Vatikans über die Verfolgung von Katholiken und die Verletzung der Menschenrechte (hier).

Bei der Einwanderung ist es nicht viel anders: Zu den Profiteuren der Aufnahme gehören neben den linken Genossenschaften auch die vatikanischen Behörden und die Bischofskonferenzen, denen die Staaten erhebliche Mittel für die Aufnahme illegaler Einwanderer zur Verfügung stellen. Das schreckliche Denkmal mit dem bronzenen Boot, das Bergoglio auf dem Petersplatz errichtet hat, ist eine plastische Darstellung der Heuchelei, die das Markenzeichen dieses Pontifikats ist. In einer Mittwochs-Audienz hörten wir kürzlich diese Worte: „Der Heuchler ist ein Mensch, der simuliert, schmeichelt und täuscht, weil er mit einer Maske auf dem Gesicht lebt und nicht den Mut hat, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. […] Besonders verabscheuungswürdig ist die Heuchelei in der Kirche. Leider gibt es in der Kirche Heuchelei: Es gibt so viele heuchlerische Christen und Geistliche“ (hier). Meines Erachtens erübrigt sich ein Kommentar.

+ Carlo Maria Viganò, Erzbischof 28. August 2021

***Der zweite Teil wird in Kürze veröffentlicht**: Konferenzen des Tiefen Staates / Die luziferische Matrix der Neuen Weltordnung / Die gemeinsamen ideologischen Wurzeln der Ökumene / Der globalistische Pantheismus von Teilhard de Chardin / Unsere Antwort auf die Krise der Autorität / Fazit*

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Fernando Paz: Wie die Eliten die Welt kontrollieren

„Wir sind uns des Ausmaßes der Unterwerfung, der wir ausgesetzt sind, nicht bewusst".

Von Javier Navascués

31. 08. 2021

Bildquelle: El Correo de España

Fernando Paz ist Professor für Geschichte und Philosophie. Er ist Schriftsteller und hat folgende Bücher veröffentlicht: „Europa bajo los escombros", „El fracaso de una utopía", „Antes que nadie", „Nürnberg, juicio al nazismo" und zwei weitere Bücher in Zusammenarbeit: „Proceso a José Antonio" und „El libro negro de la izquierda". Sie können ihm auf Twitter folgen: @FernandoPazdice.

In diesem Interview analysiert er eingehend die grundlegenden Aspekte seines neuen Buches **¡Despierta! Cómo las élites están controlando el mundo. (Aufwachen! Wie die Eliten die Welt kontrollieren.)**

Im Oktober 2019 fand in New York das Event 201 statt, ein Treffen auf höchster Ebene, bei dem die wichtigsten globalistischen Organisationen zusammenkamen. Drei Monate später erklärte die WHO die Pandemie offiziell für 2019, und alles geschah genau so, wie sie es in der Simulation gesagt hatte. Würde diese Tatsache ausreichen, um zu beweisen, dass alles einem vorher ausgearbeiteten Plan gehorcht (den sie die Frechheit hatten, vorher anzukündigen)?

Event 201 simulierte den Ausbruch einer Pandemie, die sich weltweit ausbreiten würde und deren Erreger ein neuartiges und besonders ansteckendes Coronavirus wäre, das von SARS abstammt und von einer Fledermaus auf einen Menschen überspringt. Im ersten Jahr würde kein Impfstoff zur Verfügung stehen. Die Ähnlichkeiten mit den Ereignissen, die nur einen Monat später begannen, sind erschreckend.

Das ist natürlich kein schlüssiger Beweis. Aber gab es einen vorgefertigten Plan, dessen Ausführung dem folgte, was in New York im Oktober 2019 besprochen wurde? Chinesische Dissidenten, die die Kommunistische Partei natürlich hassen, würden gerne beweisen, dass die KPCh die Pandemie verursacht hat. Im Allgemeinen glauben sie jedoch nicht, dass das Entweichen des Coronavirus absichtlich herbeigeführt wurde. Zum jetzigen Zeitpunkt ist dies nicht bekannt. Ich persönlich neige zu der Ansicht, dass der Verlauf der Ereignisse trotz der oben erwähnten Ähnlichkeiten zufällig war. Das mag schwer zu glauben sein; ich messe dem jedenfalls keine große Bedeutung bei.

Wäre es nicht in einem Labor in Wuhan im Winter 2019–2020 gewesen, dann wäre es im Sommer 2022 in einem pharmazeutischen Forschungszentrum in Indien passiert. **Denn nach Angaben ehemaliger WHO-Beamter wurde von den Pharmaunternehmen jahrelang Druck ausgeübt, eine Pandemie auszurufen.** Die Eigentümer der pharmazeutischen Unternehmen stimmen mit den wichtigsten Vertretern der Globalisierung überein, aber sie sind auf Widerstand gestoßen, denn die Globalisierung ist keine homogene Welt. Andererseits haben sie die Situation genutzt, um, wie Pedro Sánchez sagte, „eine Reihe von Maßnahmen umzusetzen, die bereits in Kraft waren, die aber durch die Pandemie schneller umgesetzt werden können“.

Ob dieses Szenario – so wie es sich zugetragen hat – geplant war oder nicht, spielt keine Rolle. Früher oder später wäre etwas ganz Ähnliches passiert.

Von diesem Moment an wurden wir eingesperrt, maskiert und geimpft. Die Angriffe auf die Freiheit sind größer denn je. Warum gibt es kaum Widerstand?

In anderen Ländern hat es mehr Widerstand gegeben als bei uns, und dennoch haben sie weit weniger Einschränkungen hinnehmen müssen als wir in Spanien. Wir sind uns des Ausmaßes der Unterwerfung nicht bewusst, der wir in Spanien durch den jahrzehntelangen Prozess der Narkotisierung unterworfen sind. Nur an wenigen Orten sind die Einweisungen so radikal wie hier, und an diesen wenigen Orten hat es nicht an Protesten gefehlt.

Die Gründe für unsere These sind komplex. Wir sind ein Land ohne eine lebendige Zivilgesellschaft, ein Land mit wenig politischer Kultur, in dem die Moralvorstellungen stark angekratzt sind.

Unter diesen Bedingungen ist es ein Leichtes, sozialen Terror zu verbreiten, wie es sowohl in den öffentlichen als auch in den privaten Medien geschehen ist. Eine völlig homogene, nahtlose Botschaft, die die Verfolgung Andersdenkender als metaphysisches Mittel des Bösen beinhaltet.

Im Falle Spaniens haben die Medien systematisch verschwiegen, was in anderen Ländern geschah, so dass wir nicht vergleichen konnten. Sogar ein Gesundheitsbeamter der CAM forderte öffentlich die Zensur der Bilder von den Tribünen der Europameisterschaft in diesem Sommer, weil man sehen konnte, wie von St. Petersburg bis London, über Rom oder Kopenhagen, niemand in den Stadien eine Maske trug.

Sie machen sich nicht einmal mehr die Mühe, ihre Verachtung für uns zu verbergen. Die Bevölkerung soll nur wissen, was die Elite bestimmt (diese Elite, die uns regiert, als Oligarchie zu bezeichnen, ist sicher missbräuchlich).

Ähnlich wie Trump abgewählt wurde und der US-Präsident selbst sein Veto in den sozialen Medien eingelegt hat, haben die sozialen Medien noch nie so viel Macht gehabt. Leben wir bereits in einer Science-Fiction, die davon ausgeht, dass eine globale Macht bestimmen würde, was richtig und was falsch ist?

Zunächst einmal erleben wir eine Vereinnahmung des öffentlichen Raums durch private Interessen. Es ist paradox, dass die Linke gegen Privatisierungen protestiert, die vergleichsweise lächerlich sind, während sie mit den Interessen der mächtigsten Privatunternehmen der Welt kollaboriert, die die wichtigsten öffentlichen Organisationen und Institutionen übernehmen und die Staaten ersetzen und in ihren Dienst stellen.

Darüber hinaus können die sozialen Netzwerke – rechtlich und moralisch gesehen – nicht bestimmen, was auf ihren Portalen veröffentlicht wird und was nicht. Sie können keine Regeln aufstellen, die gegen das Gesetz verstoßen. Selbst die Europäische Union hat sie daran erinnert. Denn sie sind keine Medien, sondern Kommunikationskanäle. Sie haben daher nicht das Recht, sich selbst zu zensieren, und können nur Inhalte anprangern, die sie in einem bestimmten Wahlkreis als rechtswidrig ansehen. Und der Richter, nicht sie, soll nach dem Gesetz verfahren. Die sozialen Netzwerke sind sich dessen natürlich nicht bewusst; sie müssen im Falle einer solchen Verurteilung mit Zahlungen in Millionenhöhe rechnen.

Ihre natürliche Ergänzung sind die Überprüfer, eine der größten Peinlichkeiten in diesen unruhigen Tagen. Diese Unternehmen sind nicht selten die wahren Urheber von Betrügereien. Die Überprüfer wurden vom Poynter Institute, einem der sichtbarsten Zweige der Open Society Foundation von George Soros, ins Leben gerufen. Dank ihrer Verbindungen zu Big Tech können sie beispielsweise die Google-Suche anführen, so dass jeder, der sich für eine bestimmte Information interessiert, das Dementi in großer Zahl vor der ursprünglichen Behauptung findet, die es hervorgebracht hat; die große Mehrheit erhält also nur Zugang zu den Informationen der Faktenprüfer.

Bill Gates arbeitet nun an der Schaffung eines Verifizierungsnetzes, das Bilder umfasst und für den gesamten Planeten feststellt, was korrekt ist und was nicht.

Die Agenda 2030 zeichnet sich am Horizont ab, als etwas, das niemand in Frage stellen kann und das eine große globale Diktatur ankündigt. Warum gibt es nur wenige Stimmen, die diese abwegige Zumutung anprangern, die die elementarsten Freiheiten bedroht?

In diesem Frühjahr wurde in Großbritannien ein Buch mit dem Titel „State of Fear“ veröffentlicht, in dem die Autorin Laura Dodsworth über die Anschuldigungen einer Gruppe von Wissenschaftlern berichtet, die zugeben, der Bevölkerung absichtlich Angst eingejagt zu haben, um die Maßnahmen der Regierung gegen die Bevölkerung durchzusetzen. Die

Bevölkerung wurde absichtlich terrorisiert, um ihre Einsperrung und Einschränkungen jeglicher Art zu rechtfertigen.

Das Gleiche ist in Spanien geschehen, korrigiert und verstärkt. Die Angst ist irrational, und sie wird auch durch rationale Argumente nicht verschwinden. Nehmen wir das Beispiel der Maske: In offenen Räumen ist ihre Wirksamkeit schlichtweg null und nichtig. Die Abschaffung der Maskenpflicht hat jedoch keine Auswirkungen auf 60–70 % der Bevölkerung, die weiterhin Masken tragen, obwohl sie nicht nur nutzlos, sondern auch schädlich sind. Man kann mitten im Busch, zwei Stunden Fußmarsch vom nächsten bewohnten Ort entfernt, auf einsame Wanderer treffen, die Doppelmasken tragen. Es ist eine Anomalie, die nur erklärbar ist, weil die Angst ihr Leben übernommen hat.

Was diejenigen betrifft, die dies kritisieren könnten… Für jeden unparteiischen Beobachter ist die Einmütigkeit der Informationen unübersehbar, egal wie oft man den Kanal, die Digitaltechnik oder die Wählscheibe wechselt. Es gibt viele Fachleute aus dem Bereich Medizin und Information, die von Pharmaunternehmen bezahlt werden. Aber das Wesentliche ist, dass die Eigentümer der Geierfonds, die die wichtigsten Medien in Spanien besitzen (Atresmedia, PRISA, Mediaset), die Hauptaktionäre der wichtigsten Banken sind, die Hauptaktionäre des IBEX-35 und… die Hauptaktionäre der großen Pharmaunternehmen, Pfizer, Moderna, usw… Wie soll ein Medium die Pharmaunternehmen kritisieren, dessen Eigentümer auch der Eigentümer der Pharmaunternehmen ist?

Während China wächst und die Pharmakonzerne profitieren, nähern wir uns einem großen wirtschaftlichen Zusammenbruch. Werden wir den Ernst der Umstellung erst begreifen, wenn es soweit ist?

Seien Sie versichert. Wir werden zurückgesetzt, und die meisten Menschen werden glücklich sein. Wir werden nicht zu dem Leben zurückkehren, wie wir es bisher kannten. Sie haben auf die ersten Nutznießer hingewiesen: China und die Pharmaunternehmen. Der asiatische Riese hat sein exportorientiertes Wachstum wiederbelebt und macht Gewinne wie in seinen besten Zeiten; die Pharmakonzerne haben fabelhafte Gewinne gemacht, die es ihnen ermöglichen, unser Leben durch eine Diktatur der Bio-Gesundheit zu beherrschen, die sich bereits deutlich abzeichnet. China ist zu dem Modell geworden, zu dem uns die globalistischen Eliten führen wollen.

Andererseits ist der Westen durch die Chronifizierung von Krankheiten und die Übermedikation zur Beute der großen Pharmakonzerne geworden, die diesen sozialen Terror brauchen, um im Geschäft zu bleiben. Pfizer hatte seine Gewinne bis 2020 verdoppelt, bevor es Impfstoffe auf den Markt brachte; vielleicht können wir verstehen, warum sie von allem Abstand genommen haben, was mit der Prävention und Heilung von Covid-19 zu tun hat. Nichts von alledem, nur Impfstoffe. Kuren gelten nur für Kranke, Impfstoffe nur für alle. Man muss nicht besonders schlau sein, um zu wissen, wo das Geschäft läuft.

Der soziale Terror – der Grundpfeiler des Systems, in das wir eingetaucht sind – erklärt, warum die Bevölkerung, wenn auch widerwillig, ein Präparat eingenommen hat, das von den korruptesten Unternehmen der Welt hergestellt wird, die wiederholt wegen Betrugs, Bestechung und kommerzieller und beruflicher Verfehlungen verurteilt wurden. Ein Hersteller, der zudem jede Verantwortung für das ablehnt, was mit seinem Produkt passieren kann, einem Produkt, das in acht Monaten statt in acht Jahren hergestellt wurde und dessen mittel- und langfristige Auswirkungen nicht bekannt sind, weil einfach nicht genug Zeit verstrichen ist.

Wie kommt es, dass sich die Öffentlichkeit entschlossen hat, dieses Risiko einzugehen? Weil man ihnen gesagt hat, dass die Impfung die einzige Möglichkeit ist, diese Pandemie zu beenden; die globale Notsituation verlangt, dass sie das Risiko eingehen. Aber ist das wahr? Nun, Sie sehen, ganz und gar nicht. Offiziellen Angaben zufolge (und es gibt zwingende Gründe, diese in Frage zu stellen) ist in unserem Land im Jahr 2020 mit einer Übersterblichkeit durch COVID von etwa 50.000 Menschen zu rechnen. Das heißt, einer von neunhundert Spaniern. Nein, es ist kein Fehler. Rechtfertigt ein solcher Anteil das Risiko einer Massenimpfung unter den derzeitigen Bedingungen, unter denen der Impfstoff entwickelt wurde?

Offensichtlich nicht. Der Impfstoff sollte jedoch nicht unter gesundheitlichen, sondern unter ideologischen Gesichtspunkten interpretiert werden. Hier kommen China und die Pharmaunternehmen zusammen. Denn China ist, wie gesagt, das Vorbild der Globalisierer, deren Bestreben es ist, die Bevölkerung so zu kontrollieren, wie es die Regierung in Peking tut; die Regierung in Peking braucht sich nicht zu rechtfertigen, aber der Westen kann (zumindest vorläufig) nicht dasselbe tun. Die Folge der Impfung, der Impfpass, ist das Dokument, das uns die Einreise nach China ermöglicht. Natürlich nur zu unserem Besten und im Namen der Gesundheit, dem Hauptgott einer hedonistischen Gesellschaft.

Es wird sogar von einem Experiment eines weltweiten Internet-Crashs gesprochen, was sehr ernste Folgen hätte, man denke nur an das Geld in den Banken usw …

Die Abschaffung des Bargelds ist ein Ziel, das sich noch einige Zeit verzögern wird, wenn nichts Außergewöhnliches geschieht. Die spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) hat dies bereits im letzten Jahr im Abgeordnetenhaus vorgeschlagen. Sie wurde abgelehnt, und sogar Europa rügte sie, weil sie sich von übermäßigem Eifer hatte hinreißen lassen. Es war zu früh; die Experimente, die einige Jahre zuvor in Indien – unter der Hand von Bill Gates – durchgeführt worden waren, scheiterten ebenfalls kläglich.

Aber genau das ist das Ziel: das Ende des Geldes. Die PSOE musste sich damit begnügen, Bargeldtransaktionen auf 1.000 Euro zu begrenzen, natürlich nur uns zuliebe, um Betrug zu verhindern.

Es ist nicht abwegig zu vermuten, dass darüber hinaus die Absicht besteht, sich unsere Girokonten anzueignen. Ein massiver Systemausfall, ein rechtzeitiger russischer oder iranischer Hack, ein gigantischer Stromausfall, der vielleicht auf einen Sonnensturm zurückzuführen ist… darüber wird schon lange gemunkelt, und in Wahrheit häufen sich die Artikel darüber in den allgemeinen Medien. Ich weiß nicht, ob es dazu kommen wird oder nicht, aber das Davos-Forum hat uns versprochen, dass wir im Jahr 2030 nichts mehr haben werden. Ich glaube den Leuten.

Sind all diese Fakten nachweislich auf die Politik der Eliten zurückzuführen?

Nun, das ist eine Tatsache. Es handelt sich nicht um eine Spekulation. Es ist eine Binsenweisheit, dass die Eliten für das Geschehen in der Welt verantwortlich sind. Hierfür und für alles andere. Ob die Eliten in ihrem eigenen Interesse oder im Interesse ihres Volkes handeln, ist eine andere Frage. Darüber lässt sich trefflich streiten, denn es ist eine Frage des Urteils; manche Menschen werden die Agenda 2030 für eine großartige Idee halten, während andere darüber entsetzt sein werden. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wo ich stehe.

Aber es ist eine Tatsache, dass all dies eine Folge der Politik der Eliten ist. Sie haben natürlich einen Plan, um ihre Macht zu erhalten und zu stärken und die Welt nach ihren

Interessen zu gestalten. Die Menschen sollten verstehen, dass die Umsetzung der Agenda 2030 im Wesentlichen gegen sie gerichtet ist. Alle in dieser Agenda genannten Ziele gehen zu Lasten der Menschen, die die Rechnung bezahlen werden.

Um genauer zu sein, wer sind diejenigen, die für diese Eliten wirklich das Sagen haben?

Die Elite ist eher ein System als ein Name. Im Wesentlichen handelt es sich um eine Projektion der angelsächsischen Ordnung auf die gesamte Menschheit: ihre Weltanschauung, ihr ideologischer Rahmen, ihr politisches System, ihre Gesellschaftsordnung.

Verzeihen Sie die Abschweifung, aber in der Menschheitsgeschichte gibt es drei oder vier große Menschentypen mit ihren jeweiligen Vorstellungen von der Welt und der Moral: den Priester, den Krieger, den Künstler und den Kaufmann. Der Globalitarismus ist der Triumph des merkantilen Menschenbildes, der Triumph des Kaufmanns mit seiner perversen Vorstellung, dass alles einen Preis hat, mit seiner stumpfen Verwechslung von Wert und Preis und mit seiner gierigen Gefräßigkeit.

Früher waren die Eliten religiös oder militärisch, und man ging davon aus, dass sie einen gewissen aristokratischen Status besaßen; heute ist die Elite nicht viel mehr als eine rücksichtslose Bande von Ladenbesitzern, die sich einen Verdrängungswettbewerb um mehr Markt liefern. Der Planet ist ihnen entwachsen, und seine Bewohner sind ihrer merkantilen Größe nicht würdig. Wir verdanken ihnen das Internet…! Und Amazon! Und Google! Und Twitter und Facebook…!

Wir können nicht mehr ohne sie leben. Das ist eine Tatsache. Wir sind zu ihren Geiseln geworden. Das Ziel ist, dass wir für immer sein werden, und das jeden Tag mehr und mehr.

Wenn Sie Namen nennen wollen, können Sie Gates, Soros, Zuckerberg, Musk, Ted Turner, Kissinger … und Tausende mehr aufzählen. Und natürlich die Organisationen, denen sie vorstehen und von denen aus sie die Welt regieren.

Sind wir auf dem Weg zu einer Sklavengesellschaft?

Wir sind bereits dort. Die meisten Spanier leben in Angst vor einem Virus, der ihnen nie mehr als eine Erkältung oder eine einigermaßen erträgliche Grippe bescheren würde. Die Sklaverei hat sich in ihren Seelen eingenistet. Sie haben monatelang in quälendem Terror gelebt und leben nun in einem Terror niedriger Intensität, irgendwo zwischen Panik und einfacher Angst. Und er empfindet sogar eine gewisse Dankbarkeit.

Die Elite hat eine „Gesellschaft der zwei Geschwindigkeiten“ entworfen; sie ist nicht futuristisch, sondern wir leben schon seit langem in ihr. Darauf habe ich bereits hingewiesen.

Das Schlüsselelement ist jetzt die Technologie. Die Zuversicht, dass wir dadurch unsere Knechtschaft umgehen könnten, hat sich vorhersehbar als Torheit erwiesen. Im Gegenteil, wie der Visionär CV Gheorghiu schon vor vielen Jahren schrieb, wird die Technologie der Totalitarismus der Zukunft sein. Nicht die Technik im Dienste einer bestimmten Sache, nein, die Technik selbst.

Die Bevölkerung will nur Sicherheit. Und das wird durch ein Gesundheitssystem, ein System der sozialen Kontrolle, durch Kameras gewährleistet; sie wollen sich einbezogen fühlen. Sie würden sich lieber mit den meisten Dingen irren als mit den wenigsten richtig liegen. Sie

würden alles aufgeben, um sich geschützt zu fühlen. Alles. Jahrzehnte des Rausches und der Dekonstruktion unserer Identität haben zur Massenproduktion von Weicheiern geführt. So ist es nun einmal.

Können wir einen wirksamen Widerstand gegen diese globale Diktatur organisieren, die nicht nur auf uns zukommt, sondern bereits begonnen hat, ohne dass viele es zu merken scheinen?

Es ist eindeutig nicht einfach. Die Furcht ist frei. Wenn es nach unserer Bevölkerung ginge, wäre dies sicherlich verloren. Aber es gibt einen Protest in Europa, der ansteckend sein könnte. Ich glaube ja.

Andererseits wird es immer einen Kern des Widerstands geben. Es ist unsere Aufgabe, diesen Widerstand zu stärken. Verteidigung von Identität und Freiheit. Es gibt kein besseres Gegenmittel. Es gibt keine andere.

Javier Navascués

Stellvertretender Direktor von El Correo de España. Radio- und Fernsehmoderator, Sprecher und Drehbuchautor. Er war Sportredakteur bei El Periódico de Aragón und Canal 44 und arbeitete mit Medien wie EWTN, Radio María, NSE und Canal Sant Josep, Adelante la Fe, dessen Direktor er war, und Agnus Dei Prod. zusammen, wo er den Dokumentarfilm Cura de Ars und ein weiteres Werk gegen den kulturellen Marxismus, John Navasco, drehte. Er hat virale Videos wie El Master Plan und El Valle no se toca gedreht. Derzeit hat er einen Blog im renommierten Portal InfoCatólica und nimmt gelegentlich an den Sendungen Somatemps, Ahora Información, Español Digital und Radio Reconquista in Dallas, Texas, teil. Er arbeitet mit der Internationalen Vereinigung Johannes Paul II. zusammen.

El Correo de España Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Wie man den CO2 Schwindel durchschaut

30. 08. 2021

Von REDAKTION | Wir sind seit geraumer Zeit gewohnt, dass der politische Mainstream seine Ziele teilweise über eine Verhunzung der Sprache zu erreichen sucht. Beispiele gibt es dafür viele wie z.B. das Gender-Neusprech.

Manchmal kommt aber auch der Propaganda ein bestimmter überkommener Sprachgebrauch zu Hilfe. Da eine neue Sprachregelung gar nicht erfunden werden muss, ist die bestehende Sprechweise für die Propaganda dann besonders wirkungsvoll und nützlich. Die Rede ist von dem Begriff „Wärme“ im Zusammenhang mit der „Erklärung“ des sogenannten „Treibhauseffektes“, der uns die „Energiewende“ mit einer Billionenrechnung und anderen Dummheiten wie z.B. eine fluktuierende Stromerzeugung und das baldige Verbot von Benzin und Dieselfahrzeugen beschert.

„Wärme“ ist in der Umgangssprache aus mehreren Gründen ein sehr unpräziser Begriff, da ihm erstens umgangssprachlich ein zweiter Begriff, nämlich die „Kälte“ gegenübersteht. Streng physikalisch betrachtet gibt es keine „Kälte“. Es gibt nur mehr oder weniger „Wärme“! Der Kältebegriff wird auch durch die im Grunde willkürliche Festlegung der Celsius-Temperaturskala genährt. In dieser Skala ist bekanntlich der Gefrierpunkt von Wasser als Nullpunkt festgelegt. Über dem Nullpunkt ist es umgangssprachlich warm, darunter kalt.

Wenn jetzt im kommenden Winter trotz „Globaler Erwärmung“ wieder einmal die Außentemperatur kräftig unter den willkürlichen Nullpunkt der Celsiusskala sinkt, so sagt ein jeder Mensch, es ist kalt. Wenn wir dann um zu lüften ein Fenster öffnen, so sprechen wir davon, dass „Kälte“ hereinkommt. Physikalisch richtig wäre zu sagen, dass die Zimmerwärme nach draußen geht. Das sagt aber niemand, wodurch eine falsche Begrifflichkeit immer wieder zementiert wird.

Es gibt verschiedene Formen der „Wärme“:

Physikalisch richtig ist, dass es einen absoluten Nullpunkt der Temperatur bei -273,15 °C gibt. Ein Unterschreiten dieser Temperatur ist nicht möglich. Der Grund hierfür liegt in der Natur der Wärme: Diese ist einfach eine Energieform und Energie kann nicht weniger als null werden. Die Energie der Luft beispielsweise ist die Bewegungsenergie der Luftmoleküle. Die Energie eines Festkörpers ist der Energie seiner Molekülschwingungen gespeichert. Strahlungsenergie ist die Energie des elektromagnetischen Feldes. Am absoluten Nullpunkt steht alles still. Hinzu kommt, dass alle diese verschiedenen Energieformen in der realen Welt ständig interagieren.

Man kann sich die Luftmoleküle beispielsweise als Billardkugeln vorstellen. Trifft eine Billardkugel eine andere, so gibt sie zwangsläufig einen Teil ihrer Bewegungsenergie an die getroffene Kugel ab. Naturgemäß geben die schnelleren Kugeln (also die wärmeren Kugeln) Energie an die langsameren Kugeln (die kälteren Kugeln) ab. Wird beispielsweise beim Poolbillard beim Anstoß die ruhenden färbigen Kugeln von der weißen Spielkugel getroffen, so stoben die getroffenen Kugeln in alle Richtungen auseinander. Der umgekehrte Vorgang ist unmöglich. Somit folgt aus der Natur der Wärme ein ganz wichtiges Prinzip:

Die Wärmenergie fließt von selbst innerhalb eines Mediums von der höheren Temperatur zur niedrigeren Temperatur!

Ausgehend von der Natur der Wärme wäre dieses Prinzip eigentlich selbstverständlich. Nachdem allerdings die Natur der Wärme landläufig nicht jedem bewusst ist, ist dieses Prinzip auch nicht so selbstverständlich. Deshalb haben auch die Physiker des 19. Jahrhunderts dieses Prinzip zum „Zweiten Hauptsatz der Thermodynamik“ erhoben (siehe de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Hauptsatz_der_Thermodynamik) um seine Bedeutung zu unterstreichen. Dieses Prinzip gilt für jede Form der Wärme, insbesondere auch für die Wärmestrahlung!

Zwar kann sich jeder von diesem Prinzip im täglichen Leben selbst überzeugen, jedoch geht diese Erkenntnis nicht so tief in das Unterbewusstsein wie beispielsweise die Wirkung der Schwerkraft: Jedem Kind ist die Wirkung der Schwerkraft intuitiv klar. Ein Stein fällt immer nur von oben herunter, niemals von selbst hinauf. Will man ihn hochheben, so muss Energie aufgewendet werden. In dem Begriff „hochheben“ steckt schon drinnen, dass dies mit Anstrengung, also mit Energieaufwand verbunden ist.

Die Wirkung der Schwerkraft ist aber rein phänomenologisch ähnlich der Wirkung der Temperatur, wobei die Temperatur der potentiellen Energie der Schwerkraft entspricht. So wie der Stein nur von oben nach unten von selbst fällt, strömt Wärmeenergie nur von der höheren Temperatur zur tieferen Temperatur und nicht umgekehrt.

Der umgekehrte Vorgang ist in beiden Fällen mit einem Energieaufwand verbunden: Der Stein muss unter Energieaufwand hochgehoben werden und die Wärme muss mit Hilfe einer Wärmepumpe vom tieferen Temperaturniveau zu einem höheren Temperaturniveau angehoben werden, was auch wieder Energie erfordert.

Der „Treibhauseffekt“:

Der behauptete „Treibhauseffekt“ beruht jetzt auf einer sogenannten „Gegenstrahlung“ (siehe de.wikipedia.org/wiki/Atmosph%C3%A4rische_Gegenstrahlung), die durch sogenannte „Treibhausmoleküle“ verursacht werden soll. Diese „Gegenstrahlung“ entspricht aber einem Wärmestrom von niedrigerem Temperaturniveau (in großer Höhe) zu

einem höheren Temperaturniveau (in Bodennähe), was aber nach dem „Zweiten Hauptsatz“ unmöglich ist. Die sogenannten „Treibhausmoleküle“ müssten demnach wie eine Wärmepumpe funktionieren, allerdings ohne antreibende Energie. Die Treibhausmoleküle wären dann eine Art Perpetuum Mobile, was es bekanntlich nicht gibt (Erster Hauptsatz der Thermodynamik)!

Der suggerierte „Denkfehler“ des „Treibhauseffektes“ besteht darin, dass man so tut, als ob das CO2 in Wolkenform in großer Höhe vorkommt. Tatsächlich würde CO2 in Wolkenform eine ähnliche Wirkung wie Wolken bestehend aus Wassertropfen haben. Bekanntlich kann man diesen Effekt in der Nacht beobachten: ist es bewölkt, so bleibt es warm, weil die Wolken Wärme reflektieren, ist es hingegen in der Nacht wolkenlos, so wird mehr Wärme in das Weltall abgestrahlt. Der Grund wieso in diesem Fall scheinbar eine Verletzung des 2. Hauptsatzes vorliegt ist der, dass sich am Rand der Wolke die Zusammensetzung der Atmosphäre ändert, also kein homogenes Medium vorliegt. Der Vorgang an dieser Grenzschicht ist vergleichbar mit einem Lichtstrahl, der auf eine Wasseroberfläche trifft: der Hauptstrahl des Lichtes wird gebeugt und es entsteht gleichzeitig ein von der Wasseroberfläche reflektierter Strahl. Innerhalb eines homogenen Mediums ändert sich die Ausbreitungsrichtung des Lichtstrahls jedoch nicht.

Tatsächlich ist das CO2 aber gleichmäßig, entsprechend seines Anteils an der Atmosphäre, über die Höhe verteilt. Es ist daher auch nicht einzusehen, wieso die CO2-Moleküle Wärmestrahlung ausgerechnet nach unten reflektieren soll. Nehmen die Klimahysteriker vielleicht an, dass die Wärmestrahlung der Schwerkraft folgt? Tatsächlich ist es jedoch so, dass CO2 Moleküle die absorbierte Wärmestrahlung gleichmäßig in jede beliebige Raumrichtung re-emittieren. Jedes re-emittierte Strahlungsquant wird jedoch sofort wieder durch ein benachbartes CO2 Molekül absorbiert, usw. usf. Tendenziell werden die Strahlungsquanten eher weiter nach oben als nach unten diffundieren, da nach oben die Luft dünner und somit auch die Anzahl der CO2 Moleküle in der Volumeneinheit weniger werden. Der Wärmestrahlungsfluss findet also in der Atmosphäre auch im Einklang mit dem 2. Hauptsatz statt!

Würde irgendein „Wissenschaftler“ die Behauptung aufstellen, dass er Steine beobachtet hätte, die ganz von selbst in die Höhe gesprungen sind, oder Kugeln die von selbst bergauf gerollt wären, würde man sofort die Rettung verständigen. Erklärt hingegen ein Wissenschaftler, dass Wärme von großer Höhe nach unten fließt, so fällt dem Normalbürger nichts auf, da ihm der intuitive Begriff für die Wärme abgeht. Zwar weiß jeder grundsätzlich, dass die Temperatur in großer Höhe niedriger ist als in Bodennähe, aber die Relevanz dieses Umstandes ist dann den Wenigsten in diesem Zusammenhang klar. Die „Wissenschaftler“ hingegen, die diese Unsinnigkeit auffallen müsste, werden durch die Fördermittel korrumpiert. Wer heute als Naturwissenschaftler den Unsinn von der „Globalen Erwärmung“ öffentlich in Frage stellt, kann sich am nächsten Tag sofort beim Arbeitsamt melden!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Ryszard Legutko: „Der Teufel in der Demokratie“

Buchbesprechung: Ryszard Legutko, Le diable dans la démocratie – Tentations totalitaires au cœur des sociétés libres (Der Teufel in der Demokratie – Totalitäre Versuchungen in freien Gesellschaften), L’artilleur, Februar 2021, 368 Seiten.

Von Johan Rivalland

29. 08. 2021

Ryszard Legutko ist ein ehemaliger polnischer Bildungsminister und ein Mitglied des Europäischen Parlaments. Vor allem aber ist er der ehemalige Herausgeber der geheimen philosophischen Zeitschrift *Solidarität*, die zu Zeiten des kommunistischen Regimes erschien.

Als scharfsinniger Beobachter konnte er mit Erstaunen beobachten, wie es ehemaligen Kommunisten gelang, sich viel besser als Dissidenten und Antikommunisten an die liberal-demokratischen Regime anzupassen, die nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 in Osteuropa gegründet wurden… mit der passiven Komplizenschaft der privaten und öffentlichen Institutionen Westeuropas.

Dies ist eine erstaunliche Entdeckung, obwohl die liberale Demokratie als solche nach wie vor anderen Regimen überlegen ist, die in den letzten Jahrzehnten tiefgreifenden Missbräuchen ausgesetzt waren. In diesem Buch untersucht er eingehend die besonderen Mechanismen dieses Systems und zeigt die grundlegenden Ursachen und Symptome auf, die dafür verantwortlich sind.

„Kurz gesagt, wie der Marxismus von einst wird die liberale Demokratie zu einer allumfassenden Ideologie, die hinter dem Schleier der Toleranz nicht die geringste Gegenmeinung duldet“, fasst John O’Sullivan, Herausgeber der National Review und Vizepräsident von Radio Europe/Radio Liberty, im Vorwort zusammen.

Die Ähnlichkeiten zwischen Kommunismus und liberaler Demokratie

Die Ähnlichkeiten zwischen Kommunismus und liberaler Demokratie wurden Ryszard Legutko erst nach und nach bewusst. In den 1970er Jahren, auf seiner ersten Reise außerhalb Polens, war er beeindruckt von der relativen Versöhnlichkeit und dem Mitgefühl gegenüber dem Kommunismus im Westen, wo er eine scharfe Verurteilung erwartet hätte.

Aber erst 1989 wurde ihm wirklich klar, dass er mit seiner vagen Intuition richtig lag: Es sind einige gemeinsame Prinzipien und Ideale, die diese verwandtschaftliche Verbindung und die rasche Bekehrung ehemaliger Kommunisten erklären können, während Antikommunisten paradoxerweise stigmatisiert und als Bedrohung angesehen wurden und gewalttätigen Angriffen ausgesetzt waren.

Der Kommunismus und die liberale Demokratie wurden als Gebilde betrachtet, die die gesamte Gesellschaft vereinten und ihre Anhänger zwangen, auf die richtige Art zu denken, zu handeln, Ereignisse zu analysieren, zu sprechen oder zu träumen. Beide Regime hatten ihre eigenen Orthodoxien und Modelle des idealen Bürgers.

Die Vision der Geschichte

Die erste dieser Gemeinsamkeiten betrifft die Vision vom Sinn der Geschichte, die sich notwendigerweise in Richtung Fortschritt entwickeln würde.

Der Marx'sche Historismus – der nach Karl Popper nur zu politischer Gewalt führen kann – findet seinen Widerhall in den Idealen des Liberalismus auf der einen und der Demokratie auf der anderen Seite, die auch in historischer Perspektive als Horizont des Fortschritts gesehen werden. In beiden Fällen, so der Autor, wird jeder, der versucht, sich dieser Vision und dieser als unausweichlich angesehenen Entwicklung zu widersetzen, als Feind des Fortschritts betrachtet.

Die so hergestellte Parallele (Ryszard zitiert Denker wie Adam Smith, Immanuel Kant und Frédéric Bastiat) scheint mir ungerecht und falsch zu sein.

Das ist insofern ungerecht, als das liberale Denken im Gegensatz zum Marxismus kein Konstruktivismus ist und nicht von dem Wunsch ausgeht, Dinge autoritär durchzusetzen. Und falsch insofern, als die liberale Philosophie weder die Freiheit als Selbstzweck noch den ewigen Frieden (Immanuel Kant) als unübertreffliche Endgültigkeit oder eine Art Ende der Geschichte, das der Tyrannei ein endgültiges Ende setzt, darstellt.

Leider glaube ich nicht an einen solchen Optimismus und Unrealismus in Bezug auf die wünschen, dass die Grundsätze der Freiheit als ein besonders wirksames Mittel zur Erreichung der höchsten menschlichen Ziele angesehen werden könnten.

Obwohl der Ansatz des Autors faszinierend ist, habe ich andere Punkte, mit denen ich nicht einverstanden bin: liberale Autoren glauben weder an einen Unilateralismus der Geschichte noch an die Hoffnung, dass „aufgeklärte Führer oder Eliten" uns zu einer besseren Gesellschaft führen können.

Sie glauben nicht nur nicht an einen „Marsch der Geschichte", sondern es scheint mir, dass Toleranz Teil des liberalen Geistes ist. Liberale würden die osteuropäischen Länder niemals als „rückständig" bezeichnen, noch würden sie die Bereitschaft einiger Länder leugnen,

beispielsweise die traditionelle Familie oder andere Werte zu verteidigen, da der Liberalismus gerade in der Freiheit des Einzelnen besteht, nach den von ihm bevorzugten bösen Tendenzen der menschlichen Natur. Das hindert mich nicht daran, mir sehnlichst zu Prinzipien zu leben. Und auf keinen Fall werden echte Liberale einen gesetzgeberischen Eingriff eines Staates mit der Absicht befürworten, bestimmte Prinzipien durchzusetzen.

Dogma des Fortschritts und demokratischer Despotismus

Es ist jedoch anzumerken, dass der Autor klar zwischen Liberalen, Demokraten und liberalen Demokraten unterscheidet. Das ist nicht dasselbe und erklärt viele grundlegende Unterschiede. In vielen der vom Autor genannten Bereiche (Schule, Bildung, Kunst usw.) würden die Liberalen die von einer bestimmten liberalen Demokratie verursachten Fehler und Perversionen nicht leugnen.

Wenn wir anerkennen – und das tun Liberaldemokraten im Allgemeinen -, dass der Fortschritt durch das menschliche Streben nach Kreativität, Erfindungsreichtum, Vorstellungskraft und Gedankenfreiheit ermöglicht wurde – Qualitäten, die sich im Laufe der Geschichte oft verändert haben -, warum sollten wir dann plötzlich die selbstgefällige Vorstellung akzeptieren, dass dieselben Qualitäten uns nicht über den liberaldemokratischen Horizont hinausführen könnten?

Heute sehen wir bei den Menschen, die so leicht der totalitären Versuchung erlegen sind, eine wütende Ablehnung der geringsten Kritik, eine sorglose Akzeptanz aller Fehler des Systems, ein Schweigen gegenüber abweichenden Meinungen, eine absolute Unterstützung für das Monopol ihrer Ideologie in einem politischen System. Diese Vergötterung der liberalen Demokratie ist Teil der gleichen Krankheit, die Intellektuelle und Künstler leicht infiziert.

Die gleichen Exzesse der Begeisterung und ungezügelten Unterstützung, die nacheinander für den Kommunismus, den Faschismus, dann für den Nationalsozialismus und den Sozialismus zu beobachten waren, sind auch bei der liberalen Demokratie zu beobachten. Mit der gleichen Idee des Fortschritts, der Umgestaltung der Welt und der Empörung gegen jeden, der sich diesem Prozess widersetzt, indem er die Traditionen und alles, was die Vergangenheit repräsentiert, auf den Müllhaufen wirft.

Denn anstelle von Parlamentarismus, Mehrparteiensystem und Rechtsstaatlichkeit ist das System dogmatisch geworden und zielt auf die Umgestaltung der Gesellschaft und der menschlichen Natur ab, indem es versucht, „das Leben in all seinen Aspekten zu beeinflussen“. Dies erinnert an die vorausschauenden Warnungen von Alexis de Tocqueville vor demokratischem Despotismus.

Das Mehrparteiensystem hat allmählich seinen pluralistischen Charakter verloren, der Parlamentarismus ist zu einem Instrument der Tyrannei in den Händen einer ideologisch geprägten Mehrheit geworden, und die Rechtsstaatlichkeit entwickelt sich zu einer rechtlichen Willkür.

Ryszard Legutko zufolge ist das tief verwurzelte Übel vor allem darauf zurückzuführen, dass alte und uralte Werte wie die Würde durch einen Kult der Bequemlichkeit, der Nützlichkeit, des Vergnügens und der unmittelbaren Befriedigung ersetzt wurden. Dies hat zu Formen der Vulgarität und Oberflächlichkeit geführt, die die menschlichen Bestrebungen stark reduziert haben. Die Gleichheit wurde zum höchsten Wert, während Werte, die als aristokratisch galten, abgelehnt wurden. Das Gewöhnliche und das Mittelmäßige traten an

die Stelle höherer Bestrebungen, die als weniger attraktiv galten, als Teil dessen, was – ohne weitere Debatte – zu einem einfachen „Recht“ wurde.

Der Glaube an die Unvermeidbarkeit des historischen Fortschritts geht auf die Aufklärung zurück, deren Dogmen nach Ansicht des Autors von den Liberaldemokraten noch mehr geglaubt werden als von den Sozialisten.

Der Liberaldemokrat fühlt sich privilegiert und ist froh, anders zu sein als die armen Dummköpfe, die Taugenichtse, die das Offensichtliche nicht akzeptieren. All diese Faktoren zusammengenommen bestärken ihn in seiner Überzeugung, dass die Welt, wenn sie überleben und sich weiterentwickeln soll, nur in eine Richtung gehen kann – in seine eigene.

Wie von mächtigen, aber unsichtbaren politischen Magiern verzaubert, beugten sich die Osteuropäer sofort dem, was sie als das Gebot der historischen Entwicklung der westlichen Zivilisation ansahen. Die von einer neu befreiten Nation geforderte Haltung war nicht Kreativität, sondern Konformität.

Eine Utopie

Ryszard Legutko zieht dann eine interessante Parallele zwischen seinen Erfahrungen in der kommunistischen Welt und, nach dem Fall des Kommunismus, in der heutigen westlichen Welt, um zu zeigen, wie beide Systeme dasselbe Ideal verfolgen, das in beiden Fällen keine Alternative zu seinem Ergebnis vorsieht. In beiden Fällen werden die Sprachen der Moral und der Politik kombiniert.

Es gibt kein noch so triviales Thema, das ein Liberaldemokrat ansprechen oder diskutieren könnte, ohne Freiheit, Diskriminierung, Gleichheit, Menschenrechte, Emanzipation, Autoritarismus und andere damit verbundene Begriffe zu erwähnen. Keine andere Sprache wird verwendet oder akzeptiert.

Als ob die liberale Demokratie allein der Vertreter der Freiheit sein könnte. Der Autor zeigt, dass dies nicht stimmt, und erinnert uns daran, wie unsere westliche Zivilisation konkret begründet wurde, u. a. durch Institutionen, soziale Praktiken und mentale Gewohnheiten.

Die Freiheit ist ohne die klassische Philosophie und das Erbe der Antike, ohne das Christentum und die Scholastik, ohne die verschiedenen Traditionen der Rechtsphilosophie und ohne soziale und politische Praktiken, ohne den antiken und modernen Republikanismus, ohne eine starke Anthropologie und ohne eine Ethik der Tugenden und Pflichten, ohne den angelsächsischen und kontinentalen Konservatismus und ohne viele andere Bestandteile der westlichen Zivilisation schwer vorstellbar.

Was die Demokratie anbelangt, so wird sie trotz ihrer Mängel, die von den größten Denkern seit der Antike stets erkannt wurden, weiterhin über alle Maßen verehrt und lehnt jede Form der Anfechtung oder auch nur intellektuelle Spekulation ab. Dies definiert die Utopie in ihrem ursprünglichen Sinn.

Das Heilmittel für seine Schwächen wäre, noch mehr Demokratie zu verwalten. Aber kann man sich vorstellen, dass man, um die Mängel einer Oligarchie zu beseitigen, die Oligarchie noch mehr stärken müsste? fragt der Autor zu Recht. Oder dass man, um die Mängel einer Tyrannei zu beheben, die Tyrannei vertiefen muss? Das ist eine absurde Argumentation, die nur aufgrund dieser übermäßigen Bewunderung möglich ist, die eine Utopie darstellt.

In Wirklichkeit, so Ryszard Legutko, hatten die antiken Denker bereits eine mögliche Lösung für die jeweiligen Mängel der drei großen Systemtypen (Monarchie, Oligarchie, Demokratie) gefunden: die Kombination der drei Systeme zu betreiben. Die Vorteile des einen würden die Nachteile des anderen neutralisieren.

Wir hätten dann zum Beispiel eine demokratische Repräsentation, aber gleichzeitig aristokratisch-oligarchische Institutionen, die eine Form von Elitismus bewahren würden, sowie eine bestimmte Art von Monarchie, die die Effizienz des Regierens garantieren würde. Eine solche Kombination hing vom Geschick der Politiker und dem Charakter einer bestimmten Gesellschaft ab und konnte zur Entstehung einer Vielzahl von politischen Mischformen führen. Als Cicero dieses gemischte Regime erwähnte, benutzte er die Bezeichnung res publica. Dies war der Beginn einer sehr wichtigen republikanischen Tradition in der westlichen Zivilisation.

Selbst das amerikanische System, das heute als beispielhafte Verkörperung der repräsentativen Demokratie gilt, wurde als hybrides Konstrukt errichtet. Einige der Gründerväter sahen es als große Herausforderung an, den Einfluss des Demos zurückzudrängen, um dem aristokratischen Element eine wichtige Rolle zu sichern, da es seine Aufgabe blieb, die politischen und ethischen Tugenden zu propagieren und zu verteidigen. Tocqueville warf dieselbe Frage auf, die für ihn sogar noch dringlicher war, da er das Aufkommen der Demokratie als unwiderstehlich ansah. In den neuen Zeiten war es von größter Wichtigkeit, eine Art aristokratischen Geist in eine egalitärere Gesellschaft einzubringen.

Auf jeden Fall hat das Konzept des gemischten Systems, bevor es verschwand und durch den Götzendienst der Demokratie ersetzt wurde, eine kreative Rolle im politischen Denken und in der politischen Praxis gespielt und viele Politiker davor bewahrt, in Utopismus zu versinken.

Politiker zögern manchmal, das Wort „Republik“ zu verwenden, da es mit einer Form von repressivem Statismus assoziiert wird. Sie bevorzugen den Begriff „Demokratie“, den wir mit Freiheit, Offenheit und Vielfalt zu assoziieren gelernt haben. Diese Assoziationen sind natürlich falsch, denn eine Republik bietet eine weitaus größere innere Vielfalt als eine liberale Demokratie, da sie nicht-demokratische Institutionen (z. B. monarchischer oder aristokratischer Art) einbezieht und gleichzeitig nicht-demokratischen Empfindungen Rechnung trägt. Die liberale Demokratie ist restriktiver, weil sie stark mit egalitären Grundsätzen verbunden ist, die fälschlicherweise als Quelle der Vielfalt angesehen werden.

Die Liberaldemokraten geben sich also der Illusion hin, dass sie zur Vielfalt beitragen, während sie sich im Gegenteil monolithisch verhalten, indem sie versuchen, der Welt ihre Ideen aufzuzwingen und die Welt um sie herum in eine immer starrere Uniformität zu pressen, die nicht die geringste Kritik duldet.

Quelle: LesObs

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Fakten schaffen oder Meinungen ausprobieren? Faktenüberprüfung als politischer Diskurs

Von Daniele Scalea

28. 08. 2021

Bildquelle: Centro Machiavelli

Das vorherrschende Narrativ besagt, dass wir uns jetzt in einer „Politik der Postwahrheit" befinden, in der die Verbreitung von Fake News den Aufstieg der populistischen Rechten begünstigt. Dies hat zu einer Aufwertung der Rolle der „Faktenüberprüfung" und zu Maßnahmen sowohl auf Unternehmens- als auch auf gesetzlicher Ebene geführt, um Zensur und Bestrafung für angebliche Fake News einzuführen. Die Vorstellung, dass wir uns jetzt in einer neuen politischen Phase befinden, nämlich der „Post-Wahrheit", ist jedoch fragwürdig. Besorgniserregend ist jedoch die Praxis der Faktenüberprüfung: Statt einfach feststehende und unbestreitbare Fakten zu akzeptieren, werden dieselben Methoden angewandt, um Meinungen zu überprüfen und zu beurteilen, ob sie „wahr" oder „falsch" sind. Das Fact-Checking ist erkenntnistheoretisch und methodisch mangelhaft, da es sich weigert, wissenschaftliche Kriterien für die Auswahl der zu prüfenden Fälle und für die Prüfung selbst anzuwenden. Hinter der vermeintlich objektiven Bewertung der Fakten steht oft der Versuch, die legitimen Meinungsäußerungen einzugrenzen und andere als „falsch" zu delegitimieren. Daher ist bei der Bekämpfung von „Fake News" äußerste Vorsicht geboten, damit es nicht zu einer parteiischen Zensur kommt.

Das Postwahrheits-Narrativ

Oxford Dictionaries haben „post-truth" zum Wort des Jahres ernannt, definiert als Adjektiv, das sich auf Umstände bezieht oder diese bezeichnet, in denen objektive Fakten weniger Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung haben als Appelle an Gefühle und persönliche Überzeugungen. Nach dem vorherrschenden Narrativ wird diese Neigung zur „Postwahrheit" von der „populistischen" Rechten politisch ausgenutzt, die dank der Verbreitung von Fake News große Wahlerfolge wie den Sieg beim Brexit-Referendum und die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten erringen konnte. Es ist kein Zufall, dass die Formel der „Politik der Postwahrheit" im Jahr 2010 von dem Blogger David Roberts als Anklage gegen die Republikaner, die (schon damals) frischgebackene Gewinner von Volksbefragungen waren, entwickelt wurde [1]. Roberts zufolge denken die Wähler nicht auf der Grundlage von Fakten, sondern auf der Grundlage von Fraktionsdenken: Ein rechter Wähler wird daher Vorschlägen von links immer ablehnend gegenüberstehen. Roberts' Vorschlag lautet daher, dass die Linke sich jeder Vermittlung mit den Forderungen der Rechten verschließt und stattdessen auf eigene radikale Lösungen drängt.

Befinden wir uns wirklich im Zeitalter der Postwahrheit? – Nach Ansicht von Mario Pireddu [2] von der Universität Roma Tre basiert die These von der „Politik der Postwahrheit“ auf einer falschen Analyse der Funktionsweise der digitalen sozialen Medien. Es stimmt nicht, dass die Räume des Netzes eine selbstreferenzielle Isolation und eine fehlende Konfrontation mit anderen Meinungen schaffen (die These von den Echokammern und der Filterblase).

Im Gegenteil, noch nie war es so einfach wie heute, Zugang zu einer Vielzahl von Informationen und Meinungen zu erhalten und das Gelernte zu überprüfen. Sinnbildlich für die Macht der Suchmaschinen ist der Fall Stephen Glass, der auch Gegenstand einer Verfilmung war. Glass war in den 1990er Jahren ein aufstrebender Stern am US-Journalistenhimmel und begründete sein Vermögen mit dem systematischen Rückgriff auf erfundene Nachrichten. Seine Karriere fand 1998 ein jähes Ende, als ein Journalist ihn schließlich entdeckte: Das erste Werkzeug, das er benutzte, war eine Internet-Suchmaschine [3] . Das Internet mag die Verbreitung von Fake News beschleunigen, aber es verwässert sie inmitten einer großen Menge anderer Informationen, und vor allem erlaubt es, schnell Hinweise zu finden, die sie widerlegen. Für das neunzehnte und zwanzigste Jahrhundert sind größere Fälle von Fake News im Journalismus belegt [4] , aber diese Geschichten wären heute von kürzerer Dauer. Eine Fake News wie die Entdeckung von geflügelten Tieren und Menschen auf dem Mond, über die die New York Sun im Jahr 1835 berichtete, würde auch heute kaum Wochen [5] brauchen, um entlarvt zu werden. Im Gegenteil, der eklatante Fauxpas zahlreicher italienischer Medien, die im vergangenen November die satirische Darstellung einer Trump-Pressekonferenz, die eindeutig erfunden war, für wahr hielten, wurde dank der Leichtigkeit, mit der die Quelle (ein Blogger der „Huffington Post“) über das Internet ausfindig gemacht werden konnte, innerhalb weniger Stunden angeprangert [6] . Die Harvard University Library hat einen „Forschungsleitfaden“ veröffentlicht, der sich mit „Fake News, Desinformation und Propaganda“ beschäftigt [7]. Sie bezieht sich auf eine „informelle Liste“ [8], die von einem Forscher zusammengestellt wurde und in der „Wikileaks“ und „Breitbart“ neben echten Hoax-Seiten aufgeführt sind. Insbesondere Breitbart (die rechtsgerichtete Trump-Referenzseite) wird indiziert, weil sie „politisch“, „unzuverlässig“ und „parteiisch“ ist. Wenn Sie die Legende konsultieren, werden Sie feststellen, dass sich diese Kennzeichnungen auf die Tatsache beziehen, dass sie eine bestimmte politische Ansicht unterstützen und gleichzeitig nachprüfbare Informationen liefern, dass die Quellen zwar zuverlässig sein können, aber besser überprüft werden sollten, und dass die Quellen ihren eigenen Standpunkt vertreten. Grundsätzlich gelten die Hinweise für jede Informationsquelle, es sei denn, man vertraut auf eine absolute Objektivität, an die seit langem kein Journalist, Medienwissenschaftler oder Wissenschaftler mehr glaubt. Der modische Gegensatz zwischen „Fakten“ und „Fake News“, zwischen „Postwahrheit“ und „Wahrheit“, steht auch im Widerspruch zu etablierten Trends in der westlichen Erkenntnistheorie. Inspiriert von Nietzsche haben Denker wie Foucault und Derrida eine konstruktivistische Theorie der Wirklichkeit vorgeschlagen. Aus gnoseologischer Sicht wird die Zentralität des Erkenntnisakts gegenüber dem bekannten Objekt bekräftigt. Zwischen der Realität und dem Gegenstand der Erkenntnis gibt es immer eine Vermittlung durch die Sinne und den Intellekt. Letztere erwirbt und interpretiert ihr Wissen insbesondere auf der Grundlage von Vorurteilen, Annahmen und Apriori, die sich aus der Gesellschaft ergeben, in der sie sich befindet. Wissen ist also immer subjektiv, und es gibt, nach einer glücklichen, von Nietzsche wieder aufgegriffenen Formel, keine Fakten, sondern nur Interpretationen. Auch ohne den Rückgriff auf die konstruktivistische Erkenntnistheorie wird deutlich, dass der Begriff der Wahrheit in der Praxis schwer anzuwenden ist. Die wirklichen „Fakten“, die von allen in gleicher Weise wahrgenommen werden, ohne dass sie Anlass zu Kontroversen über ihre Natur geben, sind in Wirklichkeit nur ein kleiner Teil der Informationen und Ideen, mit denen wir zu tun haben. Dies scheint

den Verfechtern der neuen Sache zu entgehen, die von der herrschenden Erzählung verherrlicht werden: den Faktenprüfern.

Die Schwächen des Fact-Checking

Die Fact-Checking-Industrie entstand 2003 in den USA mit der Website „FactCheck.com“, 2007 folgten „PolitiFact“ (später mit einem Pulitzer-Preis ausgezeichnet) und „The Fact Checker“ der „Washington Post“. Diese sind, wie bis vor einigen Jahren belegt, die aktivsten im amerikanischen Fact-Checking [9]. Während diese drei von Journalisten und Akademikern gegründet wurden, gilt dies nicht für „Snopes.com“, eine weitere sehr beliebte Website zur Überprüfung von Fakten, die von „Facebook“ in seine Liste der Partner gegen Fake News aufgenommen wurde [10]. „Snopes“ wurde von David Mikkelson gegründet und befindet sich noch immer in seinem Besitz, einem Informatiker, der dank der Werbeeinnahmen die Überprüfung von Fakten zu seinem Geschäft gemacht hat. David Mikkelson wurde von seiner Ex-Frau und Mitbegründerin von „Snopes“ beschuldigt, Zehntausende von Dollar für persönliche Ausgaben, einschließlich Prostituierte, abgezweigt zu haben. Seine neue Frau, Elyssa Young, war bei Snopes angestellt, aber wie die Daily Mail herausfand, hatte sie bis vor kurzem als Escort gearbeitet [11]. Dies hat Fragen über die Integrität und Kompetenz der Mitarbeiter dieser beliebten Website zur Überprüfung von Fakten aufgeworfen. Abgesehen von den persönlichen Geschichten ist zu bemerken, dass die Gründer von „Snopes“ weder eine Ausnahme in der amerikanischen noch die Norm in der italienischen Fact-Checking-Szene sind. Eine schnelle Suche nach den Eigentümern der bekanntesten italienischen Faktencheck-Websites und ihren Mitarbeitern zeigt, dass die meisten von ihnen Amateure sind, die weder im Journalismus noch im akademischen Bereich tätig sind. Amateurhaftigkeit oder das Fehlen einer spezifischen Ausbildung bedeutet nicht, dass diese Seiten als völlig unzuverlässig abgetan werden können, aber es weckt einige Zweifel an ihrer Autorität und ihrer Fähigkeit, alle erkenntnistheoretischen und quellennützigen Kriterien zu erfüllen, die die Funktion erfordert. Unabhängig davon, wer sie durchführt, ist die Überprüfung der Fakten kritisch zu betrachten. Uscinski und Butler [12] haben eine Reihe methodischer Probleme aufgezählt: der Anspruch, Urteile über Behauptungen zu fällen, die keine Tatsachen und nicht überprüfbar sind; die erzwungene Reduktion der Komplexität der Realität auf das „Schwarz-Weiß“ von wahr oder falsch; das Fehlen von Kriterien für die Auswahl der zu untersuchenden Fälle sowie der zu verwendenden Quellen und Definitionen; die Unkenntnis der wissenschaftlichen Methoden, die für die Bewertung komplexer Kausalzusammenhänge im politisch-sozialen Bereich erforderlich sind; die Zugrundelegung von Bewertungen auf Zukunftsprognosen, die per definitionem nicht überprüfbar sind. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Faktenprüfer der Gesellschaft keinen guten Dienst erweisen, wenn sie die Vorstellung verbreiten, dass die Realität nicht mehrdeutig ist, sondern sich leicht in ein binäres Schema von wahr und falsch einordnen lässt. In einer anderen Studie wurden bei den drei größten amerikanischen Faktencheckern Unstimmigkeiten festgestellt, die auf eine Voreingenommenheit bei der Auswahl der zu bewertenden Nachrichten, auf das Fehlen einer wissenschaftlichen Methodik oder zumindest standardisierter Verfahren bei der Bewertung und auf unterschiedliche Bewertungen ein und derselben Behauptung schließen lassen [13]. Bei einem Vergleich der politischen Urteile zweier großer Fact-Checking-Sites wurde festgestellt, dass Fact-Checking „wie jede andere Form des Journalismus“ subjektive Urteile beinhaltet und dass daher „die Wähler immer noch selbst entscheiden sollten, welchen Fakten sie vertrauen“ [14].

Fact-Checking wurde als schlechterer Journalismus bezeichnet, als eine verschleierte Fortsetzung der Politik durch den Journalismus [16]. Die kraftvolle Sprache des Faktenchecks wird aus ihrem engen Bereich der objektiven Fakten herausgenommen und dazu benutzt, die bloßen Gegenargumente zu den Meinungen anderer zu veredeln [17]

Wenn es um Politik geht, wägt der Faktenprüfer eher die Argumente ab, als dass er die Fakten überprüft: Das ist die Aufgabe eines normalen Kommentators, der nicht die absolute Autorität von jemandem erwarten darf, der „die Fakten feststellt“ [18]. Die Meinungen des Faktenprüfers oder bestimmter Analysten stehen im Gegensatz zu denen des diensthabenden Politikers, aber die ersteren werden als unbestreitbare Wahrheit dargestellt [19]. Die Tendenz der Faktenprüfer, Politikern die Verwendung von Übertreibungen und anderen rhetorischen Mitteln nicht zu verzeihen, ist bedenklich. Sie konzentrieren sich eher auf die sprachlichen Feinheiten als auf die Bedeutung ihrer Behauptungen, um sie als „falsch“ zu bewerten [20]. In anderen Fällen werden Behauptungen, die buchstäblich wahr sind, als falsch beurteilt, weil die Faktenprüfer willkürlich zusätzliche Bedeutungen in sie hineinlesen [21]. In Bezug auf „Snopes“ gab es Beschwerden über die mangelnde Transparenz bei der Auswahl und Bewertung von Geschichten oder bei der Auswahl von Mitarbeitern, um Professionalität und Neutralität zu gewährleisten; es gab auch Beschwerden über die Praxis, die Autoren von Artikeln, die als falsch eingestuft werden, nicht zu kontaktieren, um ihnen die Möglichkeit zu geben, geheime Quellen vertraulich preiszugeben [22].

Partielle Urteile

Laut Greg Marx [23] ist die Faktenüberprüfung in der Praxis Teil der Bemühungen, den öffentlichen Diskurs zu gestalten: Sie entscheidet nicht nur, welche Behauptungen wahr sind, sondern vor allem, welche legitim sind. Dies führt direkt zu dem Punkt: Welche Ideologie oder Weltanschauung haben viele Faktenprüfer gemeinsam? Melissa Zimdars, die junge Forscherin, die hinter der oben genannten Liste der zu meidenden Websites steht, beschreibt sich selbst auf ihrem Twitter-Profil als „Feministin und Aktivistin“ [24] und hat es nicht versäumt, sich feindselig über Präsident Trump und Vizepräsident Pence zu äußern [25]. Dr. Zimdars befindet sich jedoch in guter Gesellschaft unter denjenigen, die die „Post-Wahrheit“ bekämpfen wollen und eine persönliche politische Ausrichtung nach links haben. Nehmen wir zum Beispiel das von der Marke Poynter gesponserte Fact-Checker-Netzwerk, auf das sich „Facebook“ stützt, um zu entscheiden, ob eine Nachricht falsch ist, sie entsprechend als „umstritten“ zu kennzeichnen und ihre Verbreitung automatisch einzuschränken. Poynter ist eine maßgebliche Instanz in der Welt des Journalismus, aber nicht unbedingt super partes. Am 9. November veröffentlichte sie beispielsweise einen Kommentar zur Wahl von Donald Trump von Kelly McBride (keine Gelegenheitsschreiberin, sondern eine ihrer leitenden Angestellten), der mit den Worten begann: „Manchmal passiert das Schlimmste“ [26]. Anschließend wurde der designierte Präsident als „umstrittener“ Präsident bezeichnet, und dann wurde er als „zweifelhafter“ Präsident bezeichnet. Sie beschrieb den designierten Präsidenten als jemanden, der „Ausländer als Sündenböcke benutzt, Frauen ausgrenzt, zu Gewalt gegen religiöse Minderheiten aufruft […] und ein größerer Lügner ist als seine Rivalen“. Und er forderte seine Journalistenkollegen auf, in ihrem Kampf nicht nachzulassen. In einem Artikel von Melody Kramer [27], der vor der Wahl veröffentlicht wurde, wurde bestritten, dass die Medien bei der Wahl zwischen Trump und Clinton voreingenommen waren, obwohl das Gegenteil bewiesen wurde [28]. Das Netzwerk hat verschiedene Unterstützer, darunter den nicht ganz so unpolitischen George Soros über die Open Society Foundation [29]. Verschiedene Komponenten des Poynter-Netzwerks wurden beschuldigt, politisch ausgerichtet zu sein und alle auf derselben Seite zu stehen. Dies ist beispielsweise bei ABC News der Fall, dessen politischer Chefkorrespondent während des jüngsten US-Präsidentschaftswahlkampfs, George Stephanapoulos, nicht nur Bill Clintons ehemaliger Pressesprecher war, sondern auch ein regelmäßiger Spender für die Clinton-Stiftung – eine Tatsache, die den Zuschauern nicht mitgeteilt wurde, wie es ein gutes ethisches Verhalten erfordert hätte. Nach Angaben des Pew Centers wird ABC von der Mehrheit der liberalen Zuschauer, aber nur von einer Minderheit der konservativen Zuschauer als zuverlässige Quelle angesehen [30]. „Politifact“ ist indirekt im Besitz des

Poynter-Instituts, das daraufhin prüfen sollte, ob es die ethischen Grundsätze einhält, die für die Aufnahme in das Netzwerk erforderlich sind. Poynter ist nämlich Eigentümer des Veranstalters von Politifact, der Tampa Bay Times, die bei den letzten Wahlen Hillary Clinton und den lokalen demokratischen Senatskandidaten unterstützte [31]. Es wurde berechnet, dass Politifact Mitglied des Netzwerks ist. Es wurde errechnet, dass „Politifact“ sich mehr auf die Behauptungen republikanischer Politiker konzentriert und diese häufiger als falsch bewertet als die der Demokraten [32]. Vielleicht lügen letztere tatsächlich mehr, aber Kritiker glauben, dass Politifact ihre Behauptungen wörtlicher auslegt und daher fast immer ein Komma findet, an dem man sich festhalten kann, um sie zu entkräften [33]. Politifact verteidigte ein Programm der Clinton-Stiftung in Afrika gegen bestimmte Vorwürfe, versäumte es aber, den Lesern mitzuteilen, dass einer ihrer Geldgeber dieses Programm ebenfalls subventionierte (die gute journalistische Ethik schreibt vor, dass mögliche Interessenkonflikte immer offengelegt werden sollten) [34].

Regulierungsvorschläge

Nicht nur Internetdienstleister, sondern auch Politiker werden mit Ad-hoc-Vorschlägen zum Thema Fake News aktiv. In Italien hat eine übergreifende Gruppe von Senatoren den Gesetzesentwurf S. 2688 zur „Verhinderung der Manipulation von Online-Informationen“ [35] vorgelegt. Schon der Bericht enthält problematische Aspekte. Die Unterzeichner halten „Meinungen, die […] Gefahr laufen, eher wie feststehende Fakten als Ideen zu erscheinen“, für „noch schlimmer“ als Hoaxes. Die vier Senatoren bewerten diese Meinungen als „legitim“, aber es ist dennoch ein Weckruf, dass in einem offiziellen Dokument Meinungen mit Fake News verglichen werden – unter anderem in einem Vorschlag, letztere als Straftat zu ahnden. Nicht minder problematisch sind die Verweise auf als „gefälscht“ eingestufte Inhalte, die geheimnisvolle „Software-Selektoren“ angeblich entfernen sollen. Die Senatoren scheinen sich darüber im Klaren zu sein, wie schwierig es oft ist, zwischen wahr und falsch zu unterscheiden, wenn sie beklagen, dass „Nachrichten, die sich auf sensationelle Ereignisse beziehen, selbst wenn sie chronologisch sind, als ‚Fake News‘ angesehen werden, was zu einer Verzögerung der entsprechenden Interventionen führt“, aber es scheint nicht so, als ob dieses Bewusstsein in eine selbstkritische Reflexion über ihre These mündet. Auf der Ebene der Regelungsvorschläge beginnen wir mit Artikel 656 des Strafgesetzbuches, der die Verbreitung falscher, übertriebener oder parteiischer Nachrichten regelt und in einem Zusatz, der sich ausdrücklich auf die Verwendung elektronischer/telematischer Mittel bezieht, verdoppelt wird. Allerdings wird ein grundlegender Unterschied beseitigt: Artikel 656 sieht den Straftatbestand nur dann vor, wenn „die öffentliche Ordnung gestört werden kann“, wohingegen das vorgeschlagene „bis“ diese Voraussetzung beseitigt. Die Hinzufügung eines Zusatzes und eines dritten Unterpunkts zu Artikel 265 des Strafgesetzbuches soll die Verbreitung von „falschen, übertriebenen oder tendenziösen Gerüchten oder Nachrichten, die die Öffentlichkeit beunruhigen“ oder „den öffentlichen Interessen schaden“ oder „Teile der öffentlichen Meinung irreführen“, mit Freiheitsentzug bestrafen. Es geht darum, dass der derzeitige Artikel 265 derjenige über „politischen Defätismus“ ist, der die Verbreitung solcher Gerüchte oder falscher, übertriebener oder tendenziöser Nachrichten unter Strafe stellt, allerdings „in Kriegszeiten“. Kurz gesagt, die Befürworter möchten eine für Kriegszeiten konzipierte Regelung auf Friedenszeiten übertragen. Auf diese Weise wird die „Untergrabung des Widerstands der Nation gegen den Feind“ im schwersten von den Befürwortern erwogenen Fall (mit einer Freiheitsstrafe von nicht weniger als zwei Jahren) in eine „Untergrabung des demokratischen Prozesses, auch zu politischen Zwecken“ umgewandelt. Diese Formulierung ist gefährlich zweideutig, wenn man die besorgniserregenden Verweise auf den (wenn auch demokratischen und legalen) Aufstieg populistischer Bewegungen im erläuternden Bericht bedenkt. Die letzte wichtige Bestimmung des Gesetzentwurfs besteht darin, die Betreiber von Computerplattformen zu einer Art Web-Sheriff zu machen. Sie

werden nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht haben, die von den Nutzern veröffentlichten Inhalte ständig zu überwachen, und sie werden das Recht bzw. die Pflicht haben, diese Inhalte unverzüglich zu löschen, wenn sie „ihre Unzuverlässigkeit feststellen". Mit einer solchen Regelung würde die Entscheidung darüber, was wahr und was falsch ist, von einem verfassungsrechtlich geregelten institutionellen Instrument wie den Gerichten auf Privatpersonen verlagert, über die es keine demokratische Kontrolle gibt. Maßnahmen wie die Kontrolle der eigenen Inhalte durch Facebook werden nicht nur gefördert, sondern sogar zwingend und extrem gemacht (nicht mehr die einfache Autorität). Eine Kontrolle, die, wie wir bei der Erörterung der Dritten, an die sie vergeben wird, gesehen haben, offenbar keine Garantie für Wissenschaftlichkeit und Neutralität bietet.

Kampf gegen Fake News oder abweichende Meinungen?

Der Diskurs über Fake News und Post-Wahrheiten basiert auf einer Reihe konkreter Elemente, wie der Verbreitung von Websites, die absichtlich falsche Nachrichten produzieren, die sich dank sozialer Netzwerke schnell verbreiten, oder der Polarisierung des politischen Spektrums in vielen Ländern mit dem daraus resultierenden „Tribalismus" der Wähler. Dieser Diskurs verrät jedoch seine eigene politische Instrumentalisierung, wenn er einer politischen Partei, der Rechten (insbesondere in ihrem „populistischen" Sinne), die ganze Schuld zuschreibt, während er die andere, die Linke (oder im Allgemeinen die „politisch korrekte" Linke) als unschuldiges Opfer solcher Mechanismen betrachtet [36]. Es wurde argumentiert, dass es im Falle der Linken keinen Grund gibt zu glauben, dass die Linke nicht das Opfer der Rechten ist. Der liberale Psychologe Jonathan Haidt hat argumentiert, dass die bloße Weiterverbreitung von Ideen aus den rechten Medien auch ohne Unwahrheiten nicht als „Information" definiert werden kann, sondern eher in einem abwertenden Sinne als „Re-Information" [37]. Der liberale Psychologe Jonathan Haidt ist in seinen Studien zu dem Schluss gekommen, dass Linke, die von ihrer Rationalität und Aufgeschlossenheit mehr überzeugt sind, tatsächlich weniger in der Lage sind, andere Positionen als die eigenen zu verstehen [38]. Die Reaktion auf die jüngsten Wahlerfolge der Rechten hat im Allgemeinen zu einer Entlegitimierung geführt, wobei die rechte Wählerschaft als ungebildetes Volk angesehen wird [39]. Obwohl neuere Studien darauf hindeuten, dass die rechte Wählerschaft aufgeschlossener und rationaler ist als die linke. Trotz neuerer Studien, die darauf hindeuten, dass das Ausmaß an Fehlinformationen bei Linken und Rechten gleich hoch ist [40], konzentriert sich die vorherrschende Darstellung auf die angeblichen Wissenslücken der Letzteren. Daraus folgt, dass ihre Entscheidung nicht rechtmäßig auf ihren eigenen Werten und Meinungen beruht, sondern objektiv „falsch" ist. Der nächste logische Schritt ist der Vorschlag, die Wahlfreiheit einzuschränken, was von führenden Medien und Journalisten auch getan wird [41]. Wenn man mit einer Meinung oder Entscheidung konfrontiert wird, die von der eigenen abweicht, kann man auf zwei verschiedene Arten reagieren: Die erste besteht darin, sie als Ergebnis legitimer Werte oder objektiver Interessen anzuerkennen, die sich von den eigenen unterscheiden; die zweite besteht darin, dass man der Meinung ist, dass nur die eigenen Werte legitim und nur die eigenen objektiven Interessen legitim sind und dass der andere daher entweder vom Bösen (illegitime Werte und Interessen) oder vom Unvermögen (er kann nicht verstehen, wer die richtigen Werte und Interessen am besten verteidigt) bewegt wird. Der Post-Wahrheits-Diskurs ist als Folge der letztgenannten Position der hegemonialen Kultur entstanden: Die Wähler liegen „falsch", weil sie „unfähig" sind, und es sind die von der Rechten kunstvoll verbreiteten Fake News, die sie in die Irre geführt haben. Dies ist eine egozentrische Sicht der Dinge, die so weit geht, dass sie den Anderen leugnet, es sei denn als irrtümliche und kontingente Abweichung vom Selbst (das ein vollkommener Parameter für Wahrheit und Gerechtigkeit ist). Es gibt auch eine implizite Verschwörungstheorie, da die weite Verbreitung von Fake News, die eine einzelne politische Partei begünstigen, ohne Richtung und Strategie nicht denkbar ist. Einige sind so weit gegangen, diese Verschwörung explizit

zu machen, indem sie den unfehlbaren Wladimir Putin als den Architekten der globalen Megaverschwörung identifiziert haben [42].

Schlussfolgerungen

Man kann die Verbreitung von sensationslüsternen Websites und Blogs oder von Fake News, die die Qualität der Informationen verschlechtern, nicht ignorieren und sich nicht damit abfinden. Allerdings muss man den Dingen die gebührende Bedeutung beimessen und anerkennen, dass diese bekannten Phänomene weniger schwerwiegende Auswirkungen haben als der Qualitätsverlust, von dem die Mainstream-Medien seit Jahren betroffen sind. Das Internet mag dabei eine Rolle gespielt haben, aber Clickbaiting ist lediglich die digitale Version des alten Rückgriffs auf reißerische Schlagzeilen, um die Aufmerksamkeit der Leser an den Zeitungskiosken zu erregen. Diesen Übeln kann begegnet werden, indem die Bürger dazu erzogen werden, sich für politisch relevante Themen zu interessieren (im Gegensatz zu Klatsch und Trivialitäten) und kritisch zu beurteilen, was sie lesen, sehen oder hören. In dem Bewusstsein, dass Manipulation, Propaganda und falsche Überzeugungen eine Konstante in der Geschichte der Menschheit sind und dass wir daher nicht vor einem Wendepunkt stehen. Diese Vorstellung einer epochalen Wende dient im Übrigen dazu, außergewöhnliche Maßnahmen und Thesen zu legitimieren, die kein Heilmittel, sondern ein echtes Gift für die Demokratie darstellen. Die Vorstellung, dass alle oder fast alle Gedanken und Äußerungen leicht entlang der binären Linie zwischen wahr und falsch unterschieden werden können und dass das, was eine Autorität für falsch hält, immer verboten oder schlimmer noch bestraft werden sollte, geht auf dunkle Zeiten in der Menschheitsgeschichte zurück. Theoretisch kann es akzeptabel sein, dies nur in Fällen anzuwenden, in denen die Falschheit einer Behauptung offenkundig, offensichtlich und offensichtlich ist. Alle unsere Rechtssysteme bestrafen bereits beispielsweise Verleumdungen, ohne dass neue Gesetze erforderlich sind. Das Problem ist, dass die Praxis des Faktenchecks bereits gezeigt hat, wie die Beurteilung in den Bereich der Meinung übergeht und wie die Beurteilung der Meinung sogar vorherrschend wird. Die Arbeit des Fact-Checking ist daher wertvoll und sollte in dem Maße geschützt und gefördert werden, in dem sie sich wirklich der Feststellung von Tatsachen widmet, aber ihre politische und ideologische Instrumentalisierung als falsch objektives Meinungsurteil sollte vermieden werden, und ihre Urteile sollten nicht in den Status des Gesetzes erhoben werden. Neben den offensichtlichen Zensureffekten besteht die Gefahr darin, dass die Politik nicht mehr als ein Wettstreit zwischen verschiedenen Werten und Meinungen, sondern zwischen Richtig und Falsch interpretiert wird. Ersteres ist das Merkmal der Demokratie, letzteres das der Religionskriege. Die Vermeidung der Delegitimierung des politischen Gesprächspartners ist ebenso wichtig wie die Gewährleistung einer möglichst korrekten Information.

Anmerkungen

[1] OBERTS, Post-truth politics, “Grist”, 1 Apr. 2010, <grist.org/article/2010–03-30-post-truth-politics/>.
[2] M. PIREDDU, Storia naturale della post-verità, “Doppiozero”, 1 Dic. 2016, <www.doppiozero.com/materiali/storia-naturale-della-post-verita>.
[3] A.L. PENENBERG, Lies, damn lies and fiction, “Forbes”, 11 May 1998, <www.forbes.com/1998/05/11/otw3.html>.
[4] D. UBERTI, The real history of fake news, “Columbia Journalism Review”, 15 Dec. 2016, <www.cjr.org/special_report/fake_news_history.php >.
[5] D.V. FALK, Thomas Low Nichols, Poe and the “Balloon Hoax”, “Poe Studies”, Vol. V, No. 2 (Dec. 1972), pp. 48–49.
[6] No, Trump non ha insultato la Statua della Libertà, “Il Post”, 20 Nov. 2016, <www.ilpost.it/2016/11/20/trump-statua-della-liberta/>.

[7] HARVARD LIBRARY, Fake news, misinformation, and propaganda, <guides.library.harvard.edu/fake>.
[8] M. ZIMDARS, False, misleading, clickbait-y, and/or satirical “news” sources, <docs.google.com/document/u/1/d/10eA5-mCZLSS4MQY5QGb5ewC3VAL6pLkT53V_81ZyitM/mob ilebasic>.
[9] A. WINTERSIECK, K. FRIDKIN, The rise of fact checking in American political campaigns, in AA.VV., The Praeger handbook of political campaigning in the United States, Praeger, New York, 2015.
[10] M. REYNOLDS, Facebook partners with Snopes and Associated Press to tackle fake news, “Wired”, 16 Dec. 2016, <www.wired.co.uk/article/facebook-tackles-fake-news>.
[11] A. GOODMAN, Facebook “fact-checker” who will arbitrate on “fake news” is accused of defrauding website to pay for prostitutes – and its staff includes an escort-porn star and “Vice-Vixen domme”, “Daily Mail”, 21 Dec. 2016, <www.dailymail.co.uk/news/article-4042194/Facebook-fact-checker-arbitrate-fake-news-accused-defrauding-website-pay-prostitutes-staff-include s-escort-porn-star-Vice-Vixen-domme.html>.
[12] J.E. USCINSKI, R.W. BUTLER, The epistemology of fact-checking, “Critical Review”, Vol. 25, No. 2 (2013), pp. 162–180.
[13] M. MARIETTA, D.C. BARKER, T. BOWSER, Fact-checking polarized politics: does the fact-check industry provide consistent guidance on disputed realities?, “The Forum”, Vol. 12, No. 4 (2015), pp. 577–596.
[14] CENTER FOR MEDIA AND PUBLIC AFFAIRS, PolitiFact hits GOP, but Wash Post faults both parties, George Mason University.
[15] J. TARANTO, The “fact checking” fad, “Wall Street Journal”, 7 Oct. 2008, <www.wsj.com/articles/SB122339946870411861>.
[16] J.E. USCINSKI, The epistemology of fact-checking (is still naive): rejoinder to Amazeen, “Critical Review”, Vol. 27, No. 2 (2015), pp. 243–252.
[17] G. MARX, What the fact-checkers get wrong, “Columbia Journalism Review”, 5 Jan. 2012, <archives.cjr.org/campaign_desk/what_the_fact-checkers_get_wro.php>.
[18] C. CROOK, Fact-checking: a clarification, “The Atlantic”, 4 Sept. 2012, <www.theatlantic.com/politics/archive/2012/09/fact -checking-a-clarification/261945/>.
[19] M. HEMINGWAY, Lies, damned lies, and “fact checking”, “Weekly Standard”, 19 Dec. 2011, <www.weeklystandard.com/lies-damned-lies-and-fact-checking/article/611854>; G. GREENWALD, PolitiFact and the scam of neutral expertise, “Salon”, 5 Dec. 2011, <www.salon.com/2011/12/05/politifact_and_the_sca m_of_neutral_expertise/>.
[20] K. RIDDELL, Eight examples where “fact-checking” became opinion journalism, “Washington Times”, 26 Sept. 2016, <www.washingtontimes.com/news/2016/sep/26/eig ht-examples-where-fact-checking-became-opinion-/>.
[21] B. SMITH, The facts about the fact checkers, “Politico”, 1 Nov. 2011, <www.politico.com/story/2011/11/the-facts-about-the-fact-checkers-067175>.
[22] K. LEETARU, The Daily Mail Snopes story and fact checking the fact checkers, “Forbes”, 22 Dec. 2016, <www.forbes.com/sites/kalevleetaru/2016/12/22/th e-daily-mail-snopes-story-and-fact-checking-the-fact-checkers/#1399ba71227f>.
[23] G. MARX, What the fact-checkers get wrong, cit.
[24] <twitter.com/mishmz>.
[25] M. BALAN, LA Times boosts Professors’s “fake news” list that smears conservative sites, “mrc News Busters”, 16 Nov. 2016, <www.newsbusters.org/blogs/nb/matthew-balan/2016/11/16/la-times-boosts-professors-fake-news-list-smears-conservative>.
[26] K. MCBRIDE, Journalists, it’s time to get back to work, “Poynter”, 9 Nov. 2016, <www.poynter.org/2016/journalists-its-time-to-get-back-to-work/438452/>.
[27] M. KRAMER, Is media bias really rampant? Ask the man who studies it for a living, “Poynter”, 24 Oct. 2016, <www.poynter.org/2016/is-media-bias-really-rampant-ask-the-man-who-studies-it-for-a-living/435840/>.

[28] D. SCALEA, “Vota Hillary”. Così i media americani sono diventati fazione politica, “Il Foglio”, 24 Ott. 2016, <www.ilfoglio.it/esteri/2016/10/24/news/vota-hillary-cosi-i-media-americani-sono-diventati-fazione-politica-105720/>.
[29] POYNTER, About the International Fact-Checking Network, <www.poynter.org/about-the-international-fact-checking-network/>.
[30] PEW RESEARCH CENTER, Where news audience fit on the political spectrum, 21 Ott. 2016, <www.journalism.org/interactives/media-polarization/>.
[31] EDITORIAL BOARD, At a glance: Tampa Bay Times general elections recommendations, “Tampa Bay Times”, 21 Oct. 2016, <www.tampabay.com/opinion/editorials/at-a-glance-times-general-election-recommendations/2297029>.
[32] E. OSTERMEIER, Selection bias? PolitiFact rates Republican statements as false at 3 times the rate of democrats, “Smart Politics”, 10 Feb. 2011, <editions.lib.umn.edu/smartpolitics/2011/02/10/sele ction-bias-politifact-rate/>; M. NASH, Assessing truth in the information age: evidence from PolitiFact, Master of Public Policy Essay, Oregon State University, 2012, <ir.library.oregonstate.edu/xmlui/bitstream/handle/1957/34542/michael_nash_mpp.pdf?sequence=1>; Center for Media and Public Affairs, Group rates democrats more truthful in campaign 2012, George Mason University, 2012, <cmpa.gmu.edu/study-politifact-rates-gop-as-biggest-liar/>.
[33] B. BOZELL, The Liberal tilt at PolitiFact, “Townhall”, 29 Jun. 2016, <townhall.com/columnists/brentbozell/2016/06/29/t he-liberal-tilt-at-politifact-n2185076>.
[34] L. CARROLL, FBI findings tear holes in Hillary Clinton’s email defence, “PolitiFact”, 6 Jul. 2016, <www.politifact.com/truth-o-meter/statements/2016/jul/06/hillary-clinton/fbi-findings-tear-holes-hillary-clintons-email-def/>.
[35] SENATO DELLA REPUBBLICA, Disegno di legge n. 2688, XVII Legislatura, <www.senato.it/japp/bgt/showdoc/17/DDLPRES/10 06504/index.html>. Cfr. D. SCALEA, Tutte le ambiguità contenute nella legge sulle fake news, “Il Foglio”, 17 Feb. 2017, <www.ilfoglio.it/politica/2017/02/17/news/fake-news-cosa-dice-la-proposta-di-legge-al-senato-121091/>.
[36] T. YOUNG, The truth about “post-truth politics”, “The Spectator”, 16 Jul. 2016, <www.spectator.co.uk/2016/07/the-truth-about-post-truth-politics/>.
[37] L. BIANCHI, La verità sul video “La verità sui migranti”, 14 Mar. 2017, <www.vice.com/it/article/analisi-video-verita-sui-migranti-luca-donadel>.
[38] J. HAIDT, The righteous mind, Pantheon, New York, 2012.
[39] Si veda, a puro titolo di esempio: D. GRASSUCCI, Brexit: hanno scelto i vecchi ignoranti, “Linkiesta”, 24 Giu. 2016, <www.linkiesta.it/it/blog-post/2016/06/24/brexit-hanno-scelto-i-vecchi-ignoranti/24397/>. Cfr. D. SCALEA, Brexit: rassegnatevi, il voto dei poveri e degli “ignoranti” vale quanto il vostro, “L’Huffington Post”, 27 Giu. 2016, <www.huffingtonpost.it/daniele-scalea/brexit-rassegnatevi-il-voto-dei-poveri-e-degli-ignoranti-conta-quanto-il-vostro_b_10664694.html>.
[40] E. THORSON, Identifying and correcting policy misperceptions, 23 Apr. 2015, <www.americanpressinstitute.org/wp-content/uploads/2015/04/Project-2-Thorson-2015-Identifying-Political-Misperceptions-UPDATED-4–24.pdf>.
[41] Cfr. D. HARSANYI, We must weed out ignorant Americans from the electorate, “Washington Post”, 20 Mag. 2016, <www.washingtonpost.com/opinions/we-must-weed-out-ignorant-americans-from-the-electorate/2016/05/20/f66b3e18-1c7a-11e6-8c7b-6931e66333e7_story.html>. Cfr. D. SCALEA, Contro i contestatori “à la page” del suffragio universale, 6 Giu. 2016, <www.huffingtonpost.it/daniele-scalea/contestatori-suffragio-universale_b_10286424.html>.
[42] R. OLIPHANT, R. MULHOLLAND, J. HUGGLER, S. BOZTAS, How Vladimir Putin and Russia are using cyber attacks and fake news to try to rig three major European elections this year, “Telegraph”, 13 Feb. 2017,

www.telegraph.co.uk/news/2017/02/13/vladimir-putin-russia-using-cyber-attacks-fake-news-try-rig/>.

Zum Autor

Daniele Scalea (Verbania, 1985) ist Mitglied des Centro Studi Politici e Strategici Machiavelli. L.M. in Historischen Wissenschaften (Universität Mailand). Generaldirektor des Instituts für Höhere Studien in Geopolitik und Hilfswissenschaften (IsAG). Co-Direktor von „Geopolitica. Magazin der IsAG“.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Wir brauchen internationale Garantien zum Schutz von Familie und Ehe

Entwurf eines Übereinkommens über die Rechte der Familie

27. 08. 2021

Bildquelle: Ordo Iuris

Das Übereinkommen über die Rechte der Familie ist eine Chance, Familien gerecht und würdevoll zu behandeln und schädlichen Ideologien Einhalt zu gebieten. Juristen des polnischen Ordo Iuris-Instituts haben den weltweit ersten Entwurf eines internationalen

Abkommens ausgearbeitet, das der am stärksten diskriminierten sozialen Gruppe – der Familie – Grundrechte und -freiheiten garantiert. Die im Konvent angenommenen Lösungen sind die Antwort auf aktuelle Probleme und Bedrohungen, mit denen viele Familien seit vielen Jahren zu kämpfen haben.

Textentwurf des Übereinkommens über die Rechte der Familie (Englisch, DOWNLOAD DER DATEI)

Warum brauchen wir die Konvention über die Rechte der Familie? (Englisch, DOWNLOAD DER ANALYSE)

Kommentar zum Entwurf des Übereinkommens über die Rechte der Familie, Prof. David Forte, Ph.D. (Englisch, HIER HERUNTERLADEN)

Was ist das Übereinkommen über die Rechte der Familie?

Das Übereinkommen über die Rechte der Familie kodifiziert grundlegende Werte, die allen zivilisierten Gesellschaften zugrunde liegen und von denen derzeit nur einige durch internationales Recht und nationale Verfassungen geschützt sind. Zu diesen Werten gehören u. a. der Schutz des menschlichen Lebens von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod, die Anerkennung der Familie als bestes Umfeld für die Entwicklung des Kindes und der Schutz der Identität der Ehe. Leider bleiben viele dieser Werte, obwohl sie in internationalen Rechtsakten zum Ausdruck gebracht wurden, oft leere Erklärungen. Es ist daher notwendig, ein neues globales Abkommen zu verabschieden, das die derzeitigen Standards anhebt und den Familien echte Garantien zum Schutz ihrer Rechte bietet.

„Der Zweck der Konvention ist es, Garantien für die rechtliche Identität und Autonomie der Familie zu schaffen, die in den letzten Jahren zunehmend untergraben wurden – auch durch internationale Institutionen, die kein Mandat dazu haben. Die Familie darf nicht länger als Quelle von Pathologie und Gewalt dargestellt werden. Um dies zu verhindern, bedarf es einer Koalition der Staaten auf der Grundlage eines Vertrages, der die Familie und die Ehe eindeutig schützt“, so Dr. Tymoteusz Zych vom Ordo Iuris Institut.

Was beinhaltet die Konvention über die Rechte der Familie?

Sie definiert die Begriffe Ehe, Familie, Geschlecht, Kindeswohl und Gewalt. Das Übereinkommen regelt auch die allgemeinen Grundsätze des Schutzes der Familie. Sie garantiert auch die wichtigsten Rechte von Ehegatten, Eltern und Kindern. Sie schützt die Familie auch vor unangemessenen Eingriffen des Staates. Darüber hinaus werden in dem Übereinkommen die Grundsätze für die Bekämpfung aller Formen von Gewalt, einschließlich häuslicher Gewalt, festgelegt.

Wichtig ist, dass das Dokument die Einrichtung eines Internationalen Ausschusses für die Rechte der Familie vorsieht, dessen Aufgabe es sein wird, die Aktivitäten der Vertragsstaaten bei der Umsetzung der Konvention zu überwachen.

Das Dokument soll eine **Alternative zur Istanbul-Konvention** darstellen, die oft irreführend als „Anti-Gewalt-Konvention“ bezeichnet wird. Denn unter dem Deckmantel der Bekämpfung der häuslichen Gewalt schwächt diese Konvention nämlich die Familie, die es als Quelle der Pathologie darstellt. In Wirklichkeit ist eine starke Familie der Raum, der alle seine Mitglieder am wirksamsten vor Gewalt schützt“. – betont Karina Walinowicz, Expertin am Institut Ordo Iuris.

Der Entwurf des Übereinkommens wurde bisher auf folgenden Tagungen vorgestellt:

- Pressekonferenz in der Zentrale der polnischen Nachrihtenagentur PAP in Warschau,

- Konferenz im Europäischen Parlament in Brüssel,

- Treffen zur Umsetzung der menschlichen Dimension in Warschau,

- Agenda-Gipfel in Wien.

Quelle: Ordo Iuris

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Fallbeispiele des Tiefen Staates: John McAfee und Julian Assange

Gewichtige Fragen an Alfred de Zayas

26. 08. 2021

Alfred de Zayas ist Professor für Völkerrecht an der *Geneva School of Diplomacy* und war in hohen Funktionen für die die Vereinten Nationen im Sekretariat des Hohen Kommissars für Menschenrechte tätig. Er gab *sputniknews.com* ein Interview, um jüngste Entwicklungen um den kommenden Prozess gegen Julian Assange zu besprechen.

Sigurdur Ingi Thordarson, ein wichtiger Zeuge US-Justizministeriums im Fall gegen Julian Assange, hat laut isländischer Zeitung *Stundin* zugegeben, wichtige Anschuldigungen zu vermeintlichen Hacker-Aktivitäten in Island gegen den WikiLeaks-Gründer erfunden zu haben. So war herausgekommen, dass einer der Hacker-Angriffe fälschlicherweise dem WikiLeaks-Gründer zugeschrieben worden war. Sie bildeten jedoch einen Bestandteil der Anklageschrift. Edward Snowden kommentierte die Entwicklung am 26. Juni auf Twitter: *„Dies ist das Ende des Verfahrens gegen Julian Assange".*

Die Übernahme des Interviews erfolgt mit freundlicher Genehmigung von *sputniknews.com*. Zum englischen Original weiter hier.

Frage: *Können jene Eingeständnisse dem WikiLeaks-Gründer noch helfen?*

Alfred de Zayas: Ich bin nicht so optimistisch wie Edward Snowden. Die Anklage gegen Assange wird wegen der Lügen von Thordarson nicht genügend an Substanz verlieren, um noch gestoppt werden zu können. Die USA fühlen sich verpflichtet, gegenüber allen Informanten ein Zeichen zu setzen. Der Fall gegen Assange war nie ein juristischer Fall, sondern stets ein politischer. Die Politik erhält dabei Vorrang vor dem Recht. Das US-Ministerium für „Justiz" wird einfach andere Aspekte des gegen Assange konstruierten Verfahrens intensivieren.

Die *UN-Arbeitsgruppe zum Thema „Willkürliche Inhaftierung"* hat wiederholt erklärt, dass die Inhaftierung und Verfolgung von Assange gegen Artikel 9 des Internationalen Pakts der bürgerlichen und politischen Rechte verstößt, den sowohl die USA als auch das Vereinigte Königreich ratifizierten. Die Arbeitsgruppe und mehrere UN-Berichterstatter, darunter Nils Melzer, der UN-Berichterstatter für Folter und ich haben die sofortige Freilassung von Assange gefordert. Melzer hat ein brillantes Buch geschrieben – Der Fall Julian Assange (Piper Verlag, München 2021), das den Verfall der Rechtsstaatlichkeit in den USA, Großbritannien und Schweden im Detail aufzeigt.

Was wir hier erleben, ist ein Krieg gegen den Journalismus und ein Krieg gegen alle Informanten. Das Problem wird durch die Komplizenschaft der Massenmedien, die vom ersten Tag an mitspielten, über eine Dämonisierung von Assange und Verbreitung falscher Anschuldigungen nur weiter verschärft.

So ist es den *„Meinungsmachern"* gelungen, ein negatives Image von Assange zu zeichnen und das bleibt hängen: *Calumniare audacter, sempre aliquid haeret – Verleumde ohne Rücksicht: Etwas bleibt immer hängen!*

Frage: *Anfang dieses Monats forderte eine parteiübergreifende Gruppe von 24 britischen Parlamentariern Joe Biden unter Berufung auf die Pressefreiheit auf, die Anklage gegen den WikiLeaks-Gründer fallen zu lassen. Wird Biden ihnen im Lichte seiner Menschenrechtsagenda ein offenes Ohr schenken? Wie könnte Bidens Weigerung, die Anklage gegen Assange fallen zu lassen, sich auf sein politisches Image auswirken?*

Alfred de Zayas: Ich bezweifle, dass Biden die Politik ändern wird, die bereits sein Mentor Barack Obama eingeführt hat – nicht nur gegen Assange, sondern auch gegen Chelsea Manning, Edward Snowden und viele andere. Biden wird ein paar Banalitäten sagen, um

sein Gesicht zu wahren, aber ich erwarte keine *„Pardon des Präsidenten“*, wie es Trump zuvor verurteilten Kriegsverbrechern zukommen ließ.

Ich persönlich denke, dass sich das politische Image von Joe Biden deutlich verbessern würde, falls er die moralisch notwendige und mutige Entscheidung treffen würde. Aber Biden ist von Falken umgeben, die es nicht zulassen werden das *„gute Image“* der US-Armee von einem *„Hacker“* besudeln, noch Strafverfolgungen von US-Soldaten für Kriegsverbrechen in Afghanistan oder im Irak zuzulassen.

Das Pentagon will jede Opposition, jeden Dissens ersticken und wird jeden verfolgen, der es wagt, US-Verbrechen aufzudecken. Sehen Sie, wir Amerikaner sind per Definition *„die Guten“.* Das habe ich im Gymnasium in Chicago gelernt und habe viele Jahre daran geglaubt – als Glaubensbekenntnis, als Religion. Jeder, der etwas anderes sagt, musste böse oder geistesgestört sein.

Frage: *Nach dem mysteriösen Tod von John McAfee in einem spanischen Gefängnis twitterte Snowden, dass Assange „der nächste sein könnte“, und verurteilte das US-Gerichtssystem, weil es unfair wäre, Angeklagte viel eher in den Selbstmord zu treiben als sie dem Verfahren auszusetzen. Würden Sie zustimmen, dass Assange sich am Rande der Verzweiflung befände? Wie passt das zum Umstand, dass die USA andere Länder über „Menschenrechte“ belehren?*

Alfred de Zayas: Ich glaube nicht, dass Assange jemals Selbstmord begehen würde. Zugegeben, es ist fünf Jahre her, dass ich Assange in der Botschaft von Ecuador getroffen habe, als ich über drei Stunden mit ihm zubrachte. Der Mann beeindruckte mich durch seinen scharfen Intellekt, seinen Mut und seine Belastbarkeit. Ich weiß, dass er von Natur aus ein Kämpfer ist. Außerdem ist er Vater von zwei kleinen Jungen und beabsichtigt, Stella Morris, die Mutter seiner Kinder zu heiraten.

Er hat überhaupt keinen Grund, Selbstmord zu begehen. Er ist sicher nicht am Rande der Verzweiflung – aber die Mainstream-Medien schaffen dieses „Narrativ“ so zu drehen, damit wir in der Zivilgesellschaft es demütig hinnehmen, falls er *„umgelegt“* würde und vergessen eine internationale Untersuchungskommission einzufordern.

Frage: *Einige argumentieren, dass McAfee nicht selbstmordgefährdet gewesen wäre, und verweisen auf seine frühere Warnung, dass wenn er „wie Epstein“ umkäme, dies zu bedeuten hätte, dass er „umgelegt“ worden wäre. Es gibt auch diejenigen, die argumentieren, dass Epstein sich nicht selbst umgebracht hätte. Würden Sie zustimmen, dass die USA und die EU es wiederholt verabsäumten, „Kronzeugen“ zu schützen? Könnte dies ein weiterer Grund sein, sich Sorgen um die Sicherheit von Assange zu machen?*

Alfred de Zayas: Wenn Assange im Belmarsh-Gefängnis tot aufgefunden würde, würde ich eine außergerichtliche Hinrichtung vermuten, für die die CIA bekannt und erfahren ist. Vielleicht nicht so *„scheußlich“* wie der Mord am *Dissidenten Jamal Khashoggi* durch saudische Gangster, aber genauso so sicher wie die Eliminierung von Jeffrey Epstein und John McAfee, die beide zu viel wussten.

McAfee war sicherlich nicht selbstmordgefährdet – wie seine Witwe wiederholt bestätigt hat. McAfee wusste, dass er ins Visier genommen wurde und dass die USA keine Minute zögern würden, ihn gezielt töten zu lassen. Ich gebe den spanischen Behörden die Schuld, die ihn festgenommen hatten, und den spanischen Richtern, die über seine Auslieferung entschieden. Spanien liefert nicht einmal Kriminelle aus, die in Venezuela Rassemorde

begangen hatten und Chavistas im Zuge von Protesten, den *„Guarimbas“,* verbrannten und dann nach Spanien flohen, um sich der Strafverfolgung zu entziehen.

In Wahrheit ist das ganze *„Geschäft“* um Auslieferungen ähnlich verpolitisiert wie das Völkerrecht und die Menschenrechte. Die USA und die EU haben die schlechte Gewohnheit absichtlich Kronzeugen nicht schützen zu wollen. Schlimmer noch, die USA und die EU handelten in Komplizenschaft im Zuge der *„illegalen Auslieferungen*“ im „Krieg gegen den Terror“. Niemand war schockiert, als der UN-Berichterstatter für Terrorismus, Ben Emmerson Q.S. CBE, das Netzwerk dieser offiziellen Kriminalität aufdeckte.

Der Menschenrechtsrat hörte höflich zu, ließ den Bericht schubladisieren und vergessen. Leider zählt die Menschenwürde heutzutage nur wenig. Alles gemäß Machiavelli: *„Der Zweck heiligt die Mittel“.* Was aber, wenn nicht nur die Mittel, sondern auch der Zweck ein Übel darstellt? Was, falls am Ende die Orwellsche Dystopie uns erwartet, auf die wir unaufhaltsam zubewegen?

Unser Mitteleuropa hat Alfred de Zayas noch zusätzliche Fragen gestellt:

Frage: Wurden Sie wegen Ihrer scharfen Kritiken als *„unpatriotisch“* beschimpft?

Alfred de Zayas: Natürlich – das bin ich gewöhnt, schon seit Jahren!

Frage: Was verstehen Sie unter Patriotismus?

Alfred de Zayas: Patriotismus bedeutet für verschiedene Menschen unterschiedliche Dinge. Für mich bedingt Patriotismus Bürgersolidarität, der Gerechtigkeit zu Hause fördert und Widerstand gegen offizielle Lügen, Apologetik, Beschönigungen sowie Verbrechen und Tyrannei leistet. Patriotismus erfordert ein Bekenntnis zur Wahrheit und Bereitschaft „*Fake News*“ und verdrehten politischen „Narrativen“ entgegenzuwirken.

Frage: Wie hätte Patriotismus auf staatlicher Ebene auszusehen?

Alfred de Zayas: Auf internationaler Ebene bedeutet Patriotismus, Schaden vom eigenen Land abzuwenden, indem man proaktiv Dialog und Verständigung sucht, um zu Frieden und Gerechtigkeit beizutragen – Pax et Iustitia.

Frage: Glauben nicht Staaten über dem Recht zu stehen?

Alfred de Zayas: Manche Heranwachsende und junge Soldaten meinen oft, Patriotismus lasse sich auf die Formel *„richtig oder falsch – es ist mein Land“* verkürzen, doch riskieren zugleich unwissentlich zum Kanonenfutter oder Opfern von Kriegstreibern und Kriegsgewinnlern zu werden. Letztere riskieren nicht ihre eigene Haut, doch lassen nur andere für ihre Profite sterben. Patriotismus kann und darf nicht das reflexartige Nachbeten von *„richtig oder falsch – es ist mein Land“* bedeuten, was Regierungen nur die faulen Ausreden liefert, unser Vertrauen zu missbrauchen, Steuergelder mit ausländischen Interventionen zu verschwenden, durch illegale Überwachung unsere Privatsphäre zu verletzen und uns in jede Art geopolitischer Verbrechen zu verstricken.

Frage: Wie lässt sich jene Problematik lösen?

Alfred de Zayas: Ein wahrer Patriot sagt: *„Nicht mit mir“ und* fordert von der Regierung eine Rechenschaftspflicht, sodass unsere Länder tatsächlich den Weg zu Frieden und Gerechtigkeit finden. Horaz edel klingende Maxime « dulce et decorum est pro patria mori

» – *Es ist süß und ehrenvoll, für sein Land zu sterben* – müsste konstruktiv umformuliert werden: ‚*Es ist süß, für sein Land zu leben!* , Genau das meinte Cicero mit *caritas patriae* – *Liebe zum Vaterland*.

Frage: Wer gilt als Patriot?

Alfred de Zayas: Für mich jeder Bürger, der die Demokratie ernst nimmt und von den Behörden Transparenz und Rechenschaftspflicht fordert. Zu den Patrioten des 21. Jahrhunderts zählen für mich Whistleblower, die kriminelle Aktivitäten sowohl der Regierung als auch des Privatsektors aufdecken. Sie sind die Torwächter der sozialen Ordnung.

Frage: Zählt Edward Snowden dazu?

Alfred de Zayas: Snowden ist sicherlich ein Patriot, da er wegen seines Gewissens Leben und Karriere riskiert hat. Wir können mehr dazu in seinem fesselnden Buch ‚*Permanent Record* ‚nachlesen. Wir alle sind ihm zu Dank verpflichtet.

Frage: Wer ist dagegen kein Patriot?

Alfred de Zayas: Jeder Opportunist, der seine Karriere auf Kosten des Gemeinwohls vorantreibt. Jeder, der die öffentliche Meinung durch Sensationsgier oder Anschuldigungen ohne Beweise und Säbelrasseln manipuliert und am Ende das Land und seine jungen Soldaten in verbrecherische Kriege stürzt. Die Sicherheit jedes Amerikaners wurde durch solche Falken aufs schwerste desavouiert, selbst wenn die Medien sie manchmal als „Patrioten“ feierten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Der Islam hat den Krieg gewonnen: die verrückteste Operation seit dem Trojanischen Pferd

26. 08. 2021

Bildquelle: VoxNews

Die islamischen Extremisten haben dem Westen nicht nur eine folgenschwere Niederlage zugefügt, sondern auch unter Ausnutzung unserer Selbstgefälligkeit die Verlegung ihrer Armee in unsere Heimat erzwungen.

Wie uns die Geschichte der letzten Jahre lehrt, entwickelt sich und wächst der islamische Terrorismus gerade unter Flüchtlingen oder sogenannten Flüchtlingen. Unter ihnen züchten islamische Milizionäre zukünftige Terroristen.

Man stelle sich vor, wie viele islamische Terroristen unter den hunderttausenden „Flüchtlingen“ sind. Aktuell können die in aller Eile und ohne jegliche Kontrolle nach Europa einsickern.

Und auch unbeachtlich des Terrorismus haben wir Menschen importiert, deren Vorstellung von Gesellschaft das Gegenteil der unseren ist: afghanische „Flüchtlinge“ stehen an der Spitze der Vergewaltigungsliste.

Seit Ende Juli wurden mehr als 101.300 Muslime vom Flughafen Kabul evakuiert. Davon 95.700 seit dem 15. August, als die Taliban in Kabul einmarschierten.

Die Selbstzerstörung des Westens scheint keine Grenzen zu kennen. Dies ist die verrückteste Operation seit dem Trojanischen Pferd. Quelle: VoxNews

Dazulassend hier noch eine Meldung die fassungslos macht und den ganzen Irrsinn dieser verlogenen „Humanität“ in einer Form aufzeigt, die nicht mehr zu toppen ist:

Michael Bauer
@Bundesheerbauer

"76 österreichische Staatsbürger mit afghanischen Wurzeln bzw. aus Afghanistan geflohene Schutzbedürftige, die auf Familienbesuch in der Heimat gewesen waren, wurden mit Hilfe des #Bundesheers aus Kabul ausgeflogen." @sn_aktuell

Afghanistan: Bisher 76 Personen ausgeflogen

Die Evakuierung läuft mithilfe deutscher und ungarischer Maschinen. Jagdkommando-Soldaten bringen Menschen zum Flughafen von Kabul.

ALEXANDER PURGER

WIEN. Am Ende dürfte es eine der größten Luftbrücken der Geschichte gewesen sein: Zwischen 70.000 und 100.000 Personen will der Westen bis Ende August aus Afghanistan ausgeflogen haben. Darunter befanden sich laut Angaben des Außen- und des Verteidigungsministeriums in Wien bisher auch 76 österreichische Staatsbürger mit afghanischen Wurzeln bzw. Afghanen mit gültigem Aufenthaltstitel für Österreich (zum Beispiel aus Afghanistan geflohene Schutzbedürftige, die auf Familienbesuch in der Heimat gewesen waren).

Aus diesem Personenkreis befinden sich nach Schätzung des Außenamtes derzeit noch einige Dutzend Menschen in Afghanistan. Sie sollen in den nächsten Tagen herausgeholt werden.

Eine eigene Evakuierungsmission mit Militärmaschinen – wie sie viele Länder derzeit durchführen – wird Österreich aber nicht starten. Stattdessen setzt man auf die Zusammenarbeit mit den befreundeten Nachbarstaaten. So wurden vergangene Woche vier Österreicher mit einer Transportmaschine der deutschen Bundeswehr ausgeflogen. Am Sonntag konnten acht Personen mit einem Flug der ungarischen Luftwaffe von Kabul via Usbekistan und Budapest nach Österreich gelangen. Insgesamt waren bei diesem ungarischen Flug 173 Personen an Bord gewesen.

Das Problem sind nicht die Flugzeuge

Warum holt Österreich seine Staatsbürger bzw. seine aufgenommenen Migranten nicht selbst aus Afghanistan zurück? Das wird bei den zuständigen Stellen in Wien so erklärt: Zwar verfüge das Bundesheer über Hercules-Transportmaschinen, die – mit Tankstopps – Kabul erreichen und bis zu 92 Personen transportieren könnten. Das Problem bei der Evakuierung Afghanistans sei aber nicht das Fehlen von Flugzeugen, sondern der Weg zum Flughafen. Wegen des in Kabul herrschenden Chaos sei es nicht möglich, alle infrage kommenden Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt (zu dem etwa eine österreichische Hercules warten würde) zum Flugplatz zu bringen. Das funktioniere jeweils nur in kleinen Gruppen, die man dann problemlos auf Flügen befreundeter Luftwaffen unterbringen könne.

Um die noch in Afghanistan befindlichen Österreicher an den Taliban vorbei zum Flughafen von Kabul zu bringen, befinden sich derzeit Mitarbeiter des Außenamtes und Elitesoldaten des Jagdkommandos in Afghanistan. Sie flogen mit der deutschen Bundeswehr via Taschkent nach Kabul.

Das österreichische Bundesheer war nach 9/11 rund 20 Jahre lang mit einem Kontingent in Afghanistan stationiert. Zuletzt waren es 15 bis 20 Mann. Im Zuge des allgemeinen Truppenabzugs kehrten diese Soldaten im Juni heim. Die Flüge der österreichischen Soldaten von und nach Afghanistan erfolgten in aller Regel in Maschinen der deutschen Bundeswehr.

7:37 vorm. · 26. Aug. 2021

Link zum Tweet kopieren:
https://twitter.com/Bundesheerbauer/status/1430766403716624385?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1430766403716624385%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fder-islam-hat-den-krieg-gewonnen-die-verrueckteste-operation-seit-dem-trojanischen-pferd%2F

01) Französische Gesundheitsagentur schlägt Alarm: unerwünschte Impf-Nebenwirkungen wie Tod im Mutterleib

29. 08. 2021

Bildquelle: MPI

Die französische Nationale Agentur für die Sicherheit von Arzneimitteln und Gesundheitsprodukten (ANSM) warnt in einem heute veröffentlichten, mehrere Dutzend Seiten umfassenden Bericht geimpfte Personen vor bestimmten unerwünschten Wirkungen, die von der Pharmakovigilanz von Impfstoffen überwacht werden.

Die vier experimentellen Injektionen gegen Covid sind aufgeführt, nämlich Janssen, ein viraler Vektorimpfstoff, Covid-19 Vaccine Moderna, ein mRNA-Impfstoff, Vaxzevria, der neue Name von Astrazeneca, ein viraler Vektorimpfstoff, und Comirnaty, der neue Name des Produkts von BioNTech und Pfizer, ein mRNA-Impfstoff.

Tod im Mutterleib und „spontane Fehlgeburt“

Zu den zahlreichen unerwünschten Wirkungen dieser verschiedenen „Impfstoffe“ gehören der Tod im Mutterleib, der nicht unerheblich ist, und die „spontane Fehlgeburt“, die „die Mehrzahl der im BNPV verzeichneten unerwünschten Ereignisse“ bei schwangeren Frauen darstellt.

Opfer primär jüngere Personen

Es ist auch festzustellen, dass die Altersgruppen mit den meisten Nebenwirkungen, sowohl schwerwiegenden als auch nicht schwerwiegenden, die unter 65- bis 70-Jährigen sind, d. h. die Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten Gefahr laufen, an Covid zu sterben. Die 30- bis 49-Jährigen sind von diesen Nachimpfungsereignissen besonders betroffen.

Seltsamerweise werden diese Warnungen an die Öffentlichkeit weder von den Behörden noch von den Mainstream-Medien sichtbar weitergegeben… Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Dr. Sucharit Bakhdi: „Ausreichende Herdenimmunität ist bereits da“

Von Dr. Anat Kálmán

28. 08. 2021

Bildquelle: Budapester Zeitung

Wie 2020 organisierte der ungarische Verband „Ärzte für Klarsicht“ auch in diesem August wieder einen internationalen Impfkritiker-Kongress.

Mit dabei waren so bekannte Impfkritiker wie Robert F. Kennedy Jr., Dr. Wolfgang Wodarg, Prof. Dr. Sucharit Bakhdi und Dr. med. Heiko Schöning. Aus insgesamt acht Ländern kamen Politiker, Ärzte und Rechtsanwälte in Budapest in den Räumen des Weltverbandes der

Ungarn zusammen, um zum Thema „Es ist vorbei, steht endlich auf!“ zu referieren und zu diskutieren.

Schwindende Zustimmung zu Corona-Maßnahmen

Seit diesem Januar stoßen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in allen europäischen und weiteren westlichen Staaten auf viel Kritik. Waren noch 2020 die meisten Bürger einverstanden mit den Lockdowns, mit den vorübergehenden Schließungen von Schulen und Restaurants sowie mit dem Tragen von Masken, so hat sich dies seit Beginn der Impfkampagnen massiv verändert. Denn immer drakonischer werden die Maßnahmen gegenüber jenen, die sich nicht mit experimentellen Impfstoffen impfen lassen wollen.

Impfunwilligen, die irgendwo am öffentlichen Leben teilnehmen, die ihrer Arbeit nachgehen oder sich in Krankenhäusern behandeln lassen möchten, droht der Ausschluss. Millionen Menschen gehen darum weltweit für ihre Grundrechte auf die Straße. Die Pandemie hat sich so in den letzten Monaten in einen Januskopf verwandelt, mit medizinischen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen.

Warnende Ärzte

Seit Beginn der Impfkampagne rufen viele renommierte Ärzte und Forscher zur Vorsicht im Umgang mit den experimentellen mRNA- und Vektoren-Impfstoffen auf. Zu ihnen zählen unter anderem die französisch-britische Genetikerin Alexandra Henrion-Caude, der französische Nobelpreisträger und Virologe Luc Montagnier, der thailändisch-deutsche Medizinprofessor Dr. Sucharit Bakhdi sowie der Deutsche Dr. Wolfgang Wodarg, Epidemologe, ehemaliges Mitglied des Europäischen Rates und ehemaliger Berater der Weltgesundheitsorganisation WHO. Sie warnen vor unbekannten Nebenwirkungen und Spätreaktionen, sowie vor einer möglichen ungewollten Sterilisierung junger Menschen und Jugendlicher.

Nichts davon durchdringt jedoch die geschlossene Meinungsdecke der Mainstreammedien, obgleich die EMA (Europäische Arzneimittelagentur) bisher mehr als 300.000 schwere Nebenwirkungen nach den Corona-Impfungen in der EU meldet. Auch die Politik scheint taub zu sein. Über die Impftoten und über diejenigen, die an der Impfung erkranken, wird eisern geschwiegen, abgesehen von vereinzelten Meldungen über Herzmuskelentzündungen, Thrombosen oder Tod durch allergische Schockreaktionen.

Entscheidungen gegen jedwede medizinische und wissenschaftlich fundierte Vernunft

Von daher stand für alle Beteiligten des Budapester Kongresses fest: Hier werden Entscheidungen gegen jedwede medizinische und wissenschaftlich fundierte Vernunft getroffen. Denn bislang wurde in keiner einzigen international anerkannten Studie bewiesen, dass die Impfungen eine sterile Immunität garantieren, dass also die Geimpften eine Infektion nicht weitergeben können. In Ländern wie Israel und dem britischen Überseegebiet Gibraltar, die teilweise bis zu 100 Prozent durchgeimpft sind, beginnt die Pandemie gerade von neuem.

Rund dreihundert ungarische Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer und Vertreter aus dem medizinischen Pflegepersonal nahmen an diesem Kongress teil, die Palette der vortragenden Spezialisten war ebenso bunt. Es sprachen der amerikanische Impfkritiker Robert F. Kennedy Jr., die Präsidenten der internationalen „World Freedom Alliance“, Dr. med. Heiko Schöning und Dr. Dolores Cahill, und der thailändisch-deutsche

Medizinprofessor Sucharit Bakhdi sowie israelische, amerikanische, argentinische und russische Ärzte und Forscher, die per Video zugeschaltet waren.

Der medizinische Aspekt der Impfungen stand selbstverständlich im Mittelpunkt der Tagung, vor allem eine erste wissenschaftliche Studie, die durchaus belegt, dass die Sorgen um die gesundheitlichen Spätfolgen der überall als einziges Allheilmittel angepriesenen Impfungen sicherlich nicht unbegründet sind. Dr. Stephanie Seneff, die amerikanische MIT-Forscherin und -Biologin, die lange im Bereich der Biotechnologie forschte, also in genau dem Bereich, in welchem die neuen experimentellen Impfstoffe produziert werden, hat zusammen mit dem Arzt und Klinikleiter Dr. Greg Nigh eine erste, von anderen Experten bereits begutachtete und akzeptierte Studie über die Technologie hinter den Vektoren- und mRNA-Impfstoffen und die damit verbundenen Folgen für die Gesundheit veröffentlicht.

S. Seneff and G. Nigh. Worse Than the Disease? Reviewing Some Possible Unintended Consequences of the mRNA Vaccines Against COVID-19. International Journal of Vac- cine Theory, Practice, and Research 2021; 2(1): 38–79. ijvtpr.com/index.php/IJVTPR/article/view/23

In einer fast einstündigen Vorlesung präsentierte sie die möglichen langfristigen Wirkungen sowohl der COVID-19-Infektion als auch der COVID-Impfungen. Sie bedauerte dabei ausdrücklich, dass viele Regierungen diesbezüglich bewusst falsche Informationen weitertragen, indem sie diese neuartigen Impfstoffe mit den aus der Kindheit bekannten Impfstoffen vergleichen.

„Bewusste Irreführung“

Das, so sagte sie, sei eine bewusste Irreführung und juristisch gesehen eigentlich ein Delikt. „Die Impfstoffe wurden aufgrund von völlig unzureichenden Studien zur Bewertung der Sicherheit und Wirksamkeit für den Notfall zugelassen“, kritisierte Dr. Stephanie Seneff.

So haben viele verschiedene Experimente mit rund 2.500 Personen gezeigt, dass diese Impfstoffe über ihre Spike-Proteine, die unkontrolliert in die menschlichen Zellen wandern und dort von den Lymphozyten angegriffen werden, zu schweren Erkrankungen führen können. Die Liste dieser Erkrankungen ist beeindruckend: Es handelt sich um Autoimmunerkrankungen, Gefäßerkrankungen, Fortpflanzungsprobleme und Herzmuskel- oder Gehirnentzündungen.

Bei Menschen mit einem geschwächten Immunsystem, etwa bei Krebs, können die Spike-Proteine sogar neue Virenstämme bilden, die nicht mehr auf die erworbenen Antikörper reagieren. All das beinhaltet vermehrt das Risiko für folgende Krankheiten: Gesichtslähmungen, Parkinson, Erblinden aufgrund neurologischer Störungen, Nieren- und Leberfunktionsstörungen, sowie Prionen-Krankheiten, also fortschreitende, tödliche und zurzeit nicht behandelbare Erkrankungen des Gehirns.

Impfkritiker warnen: „Lebensbedrohliche Impfpflicht“

Die Frage, die sich darum hier stellt, ist tatsächlich: Wie kann es sein, dass so viele europäische Regierungen solche massiven gesundheitlichen Bedrohungen einfach ausblenden, die Menschen mit Entzug von Grundrechten erpressen und zudem sogar noch eine für viele wohl lebensbedrohliche Impfpflicht ins Auge fassen?

An diesem Punkt endet jedwede vernünftige Debatte, denn gleichzeitig wird die Entwicklung von effizienten Medikamenten zur Behandlung der eigentlich Erkrankten in vielen Ländern

boykottiert oder zumindest nicht gefördert. Die Ausnahme bildet wohl Dänemark, dort wurden in den letzten Wochen alle Corona-Beschränkungen aufgehoben.

Professor Sucharit Bakhdi erklärte, anhand einer dänischen Studie sei bereits nachgewiesen worden, dass die Immunsysteme fast aller Bürger das COVID-19 Virus und dessen Varianten nachweislich „erkennen“ und adäquat darauf reagieren, egal ob diese geimpft waren oder nicht. „Eine ausreichend verbreitete „Herdenimmunität“ ist bereits da“, so Sucharit Bakhdi. Das wäre die gute Nachricht, auch wenn mittlerweile laut der Virusdatenbank GISAID weltweit schon 13 Millionen unterschiedliche Varianten und Mutationen von COVID-19 registriert wurden.

Alle Bürger dieser Welt impfen?

Warum wollen aber bestimmte Regierungen trotz dieser genannten und teilweise auch bekannten medizinischen Gefahren Bürger und sogar deren Kinder, von denen nur 0,001 Prozent überhaupt eine gefährliche Form dieser Krankheit entwickeln, unter allen Umständen in die Nadeln jagen? Und weshalb gehen sie sogar so weit, die Ungeimpften ab sofort für die zukünftige Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen? Wie aggressiv muss es denn noch werden?

Und wer hatte eigentlich diese Idee, alle Bürger dieser Welt impfen zu lassen? Die Antwort darauf ist denkbar einfach: der IT-Experte und Multimilliardär Bill Gates, der seit 2015 seine Milliarden vor allem über die Impfbranche multipliziert und auch offen darüber spricht. Wen wundert es also, wenn an diesem Punkt politische und geopolitische Debatten aufkommen, die man nicht einfach als angebliche Verschwörungstheorien zur Seite schieben kann.

Auch in dieser Hinsicht war die Budapester Konferenz hochinteressant. So zeichneten Robert Kennedy Jr. und die Ärzte Dr. Gábor Lenkei und Dr. Heiko Schöning ein Bild von den vorhergegangenen Pandemie-Inszenierungen. Ganz gleich ob Anthrax, Vogel- oder Schweinegrippe, ob SARSCov1 oder nun Covid-19, alle zehn Jahre sind es immer die gleichen mächtigen Männer und Familien, die damit viel Geld machen.

Dabei trat ein anderes, bislang unbekanntes Detail ans Licht. Dr. Heiko Schöning legte dar, dass die angeblich so unterschiedlichen westlichen Impfstoffe, Pfizer, AstraSeneca, Johnson und Johnson, Novavax alle von einer einzigen Firma stammen und zwar von der US-amerikanischen Firma Emergent Biosolutions, die zusammen mit der Firma Kentucky BioProcessing die Impfstoffe aus genmanipulierten Tabakpflanzen produziert. Dahinter stehen ganze Clans und staatliche Strukturen, wie etwa der Militärgeheimdienst der USA und der bekannte amerikanische Immunologe und Leibarzt des US-Präsidenten, Dr. Anthony S. Fauci, der als Direktor des National Institutes of Health in diesem Jahr über einen Staatsetat von rund 52 Milliarden US-Dollar (etwa 10 Milliarden USD mehr als im Vorjahr) verfügt und bestimmen kann, wer an welcher Universität und in welchem Forschungszentrum was erforschen darf.

Das große Geldverdienen

Dass Bill Gates neben der Charité in Berlin auch teilweise die Weltgesundheitsorganisation WHO finanziert, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist allerdings, dass seine Stiftung und die WHO um 2014 herum unter der Falschbezeichnung „Tetanus Impfung“ rund drei Millionen Frauen in Kenia sterilisiert haben, bis sieben kenianische Bischöfe den Skandal auffliegen ließen. Das zeigt, mit welchen unlauteren, ja gar kriminellen Kräften man es zu tun hat, erklärte Dr. Heiko Schöning, der hinter dem ganzen Corona-Geschehen vor allem das große Geldverdienen vermutet.

Was aber wäre eine solche Tagung ohne positive Aussichten, ohne den Versuch, einen Ausweg aus dieser verfahrenen Situation zu finden? In dieser Hinsicht war es spannend zu hören, dass nicht nur über Gefahren für Geimpfte gesprochen wurde, sondern auch über Methoden, wie man den eventuellen Nebenwirkungen und aufkommenden Beschwerden entgegenwirken kann. „Den Geimpften kann im Notfall geholfen werden," erklärte der Budapester Internist und Arzt für Naturheilkunde, Dr. József Tamási, einer der Mitbegründer der ungarischen Vereinigung „Ärzte für Klarsicht".

So können nachträgliche Untersuchungen zur D-Dimere Leben retten, denn sie weisen darauf hin, ob Mikrothrombosen existieren, was medikamentös behandelt werden kann und verhindert, dass es später zu lebensgefährlichen Thrombosen kommt. Des Weiteren geht es darum, wie man den kürzlich von französischen und spanischen Forschern in den Impfstoffen entdeckten Giftstoff Graphen Oxyd oder die in den Körper injizierten Spike-Proteine eventuell neutralisieren kann. Hier eröffnen sich wohl notgedrungen neue Forschungsansätze.

Nicht einschüchtern lassen!

Politisch gab es am Ende viele ermutigende Aufforderungen, sich nicht einschüchtern zu lassen – auch dann nicht, wenn angeblich eine allgemeine Impfpflicht eingeführt werden sollte. Denn die rechtlichen Grundlagen dafür sind dünn, die Impfstoffe bleiben solange experimentell, solange sie und ihre Nebenwirkungen nicht ausreichend erforscht und überarbeitet wurden, erklärte auch die russische Ärztin Dr. Lusavina Alina Alexandrovna.

Die Geimpften sind Studienteilnehmer, die nichts und niemand zwingen kann, weiterzumachen, wenn sie nicht mehr wollen. Die Nichtgeimpften haben Rechte, die sie laut und protestierend einklagen können, denn oft erlaubt die tatsächliche rechtliche Lage keine wirklichen Sanktionen oder, in Bezug auf die Arbeit, Entlassungen.

„Wehrt Euch", rief ein junger dänischer Politiker auf. Kauft nicht bei Amazon, vermeidet Supermärkte und sorgt dafür, dass die kleinen Unternehmen und Läden wieder verdienen. Gründet eure eigenen Kleinfirmen, organisiert ein Solidaritätssystem aus Ärzten, Rechtsanwälten und alternativen Versorgungsstrukturen. Baut eine Gegenwelt auf, eine positive „Wir-Kraft", der sich dann auch all jene anschließen können, die in den kommenden Monaten einsehen werden, dass es so nicht weitergehen kann.

Wer sich für die bei der Konferenz vertretene Sicht auf die Corona-Pandemie interessiert, findet under anderem hier weitere Informationen:

„Game Over" von Dr. Heiko Schöning (wirkraft.org/gameover/): Der Autor stellt die Seilschaften zwischen Macht und Wirtschaft/Pharma dar.

„Corona, Gen-Impfstoffe" von David O. Fischer, Edition Autonom: Das Buch ist rein medizinisch-populärwissenschaftlich aufgebaut. Der Autor stellt die einzelnen Impfvorgänge verständlich dar, ebenso die Gefahren der Spike-Protein-Produktion im Menschen.

„Falsche Pandemien" von Wolfgang Wodarg, Rubikon Verlag: Das Buch ist ein wissenschaftlich fundierter Rundschlag zu den Fragen der Pandemie und wie man mit ihnen umgeht oder umgehen sollte.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der BUDAPESTER ZEITUNG, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Impfplicht soll duchgepeitscht werden: Medien verbreiten Halbwahrheiten über Genehmigung der Pfizer-Impfstoffe

27. 08. 2021

Bild: s-ts / shutterstock

Sie haben vielleicht gehört, dass die Impfung COVID-19 von Pfizer-BioNTech am vergangenen Montag von der Food and Drug Administration (FDA) zugelassen wurde. Politiker, nationale Gesundheitsbeamte und Journalisten sind atemlos vor Aufregung darüber, wie diese Zulassung die verbliebenen „Impfmuffel“ endlich dazu bringen wird, sich impfen zu lassen. Die FDA hat dazu sogar eine Pressemitteilung auf ihrer Website veröffentlicht und eine Unzahl unterschiedlichster Medien berichte mehr oder weniger gleichlautend darüber, beispielsweise *tagesschau.de*, wo sich „Experten auf einen Schub für die US-Impfkampagne hoffen“. Auch dass die Pfizer-Aktien an der Wall Street mehr als fünf Prozent zulegten und die von BioNTech gleich um mehr als neun Prozent stiegen, erfährt man da. Wieder ein paar Milliarden Gewinn mehr für die Konzern inhaber. Im *aerztblatt.de* erfahren wir, dass die vollständige Zulassung den Erwartungen vieler Experten zufolge weitere Impfpflichten nach sich ziehen könnten – etwa von Stadtverwaltungen, Universitäten oder Gesundheitseinrichtungen, die unter anderem aus rechtlichen Gründen die vollständige Zulassung für einen solchen Schritt abwarten wollten. Mit einem Wort: jetzt könnte es erst so richtig losgehen mit dem Zwang sich dem Diktat der Politik zu unterwerfen.

Es gibt nur einen Schönheitsfehler dabei

Wenn man die Briefe liest, die die FDA am 23. August 2021 an Pfizer geschickt hat, stellt man fest, dass die FDA nichts dergleichen getan hat. In dem Sinne, wie der Begriff „FDA-Zulassung“ allgemein verstanden wird, ist dieses Medikament nicht von der FDA zugelassen. Es befindet sich noch unter EUA (Emergency Use Authorization). Es handelt sich immer noch um ein experimentelles Medikament, berichtet *The Jewish Voice.* Die FDA hat zwei Briefe verschickt. Das erste war ein Schreiben zur Genehmigung der BLA (Biologics License Application), das zweite ein Schreiben zur Verlängerung der EUA für COMIRNATY.

Mit dem BLA-Genehmigungsschreiben wird der Antrag von Pfizer auf Erteilung einer Lizenz zur Kennzeichnung des Arzneimittels COVID-19 mit dem Markennamen COMIRNATY genehmigt. In diesem Schreiben werden auch die Bedingungen und Anforderungen für neun zusätzliche klinische Studien über einen Zeitraum von fünf Jahren sowie jährliche Statusberichte festgelegt, um die anerkannten Fälle von Myokarditis und Perikarditis zu untersuchen, die nach der Verabreichung der Pfizer-Impfungen aufgetreten sind. Diese Lizenz zur Kennzeichnung und Herstellung ist keine vollständige Zulassung des Medikaments, das eindeutig noch viele Jahre klinischer Studien durchlaufen muss.

Mit dem EUA-Erweiterungsschreiben wird die Laufzeit der EUA für das derzeitige Medikament verlängert und die experimentelle Verwendung des Markenmedikaments COMIRNATY genehmigt (lizenziert). Im ersten Absatz auf Seite 2 verweist dieses Schreiben auf das Genehmigungsschreiben. Im zweiten Absatz auf Seite 2 wird die EUA vom 12. August neu herausgegeben, um das Markenarzneimittel in die Notfallgenehmigung einzubeziehen und um „Warnhinweise und Vorsichtsmaßnahmen im Zusammenhang mit Myokarditis und Perikarditis“ zu ergänzen. Im letzten Absatz auf Seite 4 wird der EUA-Charakter des Medikaments bekräftigt, und COMIRNATY wird zusätzlich für die Anwendung bei Personen im Alter von 12 bis 15 Jahren zugelassen.

Die mRNA-Gentherapie-Spritzen sind immer noch experimentell. Sie vorzuschreiben ist nach wie vor falsch – nach einer Vielzahl ethischer Standards.

Dr. Meryl Nass, M.D., fand die Wahrheiten, die die FDA im Geschwätz dieser Briefe verbarg, und stellt eine Theorie darüber auf, warum dies so gemacht wurde. Den Arzneimittelherstellern wurde für die im Rahmen der EUAs hergestellten Arzneimittel Immunität von der Haftung gewährt. Mit der Erteilung der Lizenz wird die übliche Haftung für Verletzungen und Todesfälle, die durch das Produkt verursacht werden, wieder eingeführt. Pfizer, die Gesundheitsbehörden und die Politiker können eine fiktive Siegesrunde für die „Zulassung“ drehen, während Pfizer-BioNTech weiterhin heimlich die Immunität von der Produkthaftung genießt, weil viele Millionen der nicht zugelassenen Dosen in den Regalen und in der Produktionspipeline stehen, die zuerst verabreicht werden. Die zugelassene Version wird erst in vielen Monaten in die Regale kommen oder „verimpft“ werden.

In Anbetracht des sachlichen Inhalts der EUA-Briefe der FDA an Pfizer ist es sehr besorgniserregend, dass in der Pressemitteilung auf der FDA-Website wiederholt die Worte „genehmigen“ und „Zulassung“ („“approve” and “approval”) in Bezug auf das Pfizer-

Medikament verwendet werden. Wenn es doch nur ein Wort dafür gäbe, der Öffentlichkeit absichtlich Dinge zu sagen, die nicht der Realität entsprechen, resümiert Carl Schwitzer, der Autor des Artikels im genannten online-Portal und auf *amercanthinker.com*.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Australien baut erste „Quarantäne-Lager“ und lässt Tierheimhunde wegen Corona erschießen

28. 08. 2021

In Australien dürften die dortigen Machthaber im Corona-Machtrausch jegliche Hemmungen verloren haben. Es werden die mitunter weltweit härtesten Maßnahmen und Strafen für die Bürger auferlegt, um die angeblich tödliche Pandemie in den Griff zu bekommen. Nun schreckt man auch vor der Errichtung von eigenen Lagern für Corona-Infizierte und der Tötung von Hunden in Tierheimen nicht zurück. Alles, um im blinden Wahn eine „Zero-Covid“-Politik ohne Rücksicht auf Verluste durchzupeitschen. Viele Beobachter meinen bereits, dass Australien als Versuchsballon für ähnlich diktatorische Maßnahmen in anderen westlichen Staaten dienen könnte.

„Quarantäne-Lager“ zum „Schutz der Bevölkerung“

Im Bundesstaat Queensland begann man kürzlich mit dem Bau einer sogenannten „Quarantäne-Einrichtungen“. Sinn und Zweck dieses Lagers ist es vordergründig, Menschen die mit der Delta-Variante des Coronavirus infiziert sind, dort zwangsweise (!) unterzubringen. Bis März 2022 sollen mindesten 1.000 Menschen in diesem Lager Platz haben. Vorerst sollen dort nur Reisende untergebracht werden.

Die Regierungschefin des Bundesstaates, Annastacia Palaszczuk, rechtfertig diesen Schritt wegen zwei (!) Covid-19-Fällen in ihrem Verwaltungsgebiet. Zudem seien spezielle Hotels, wo Reisende bisher ihre Quarantäne absitzen müssen, angeblich nicht für die Delta-

Variante ausgerüstet. Aber nicht nur das: dem Lager sollen weitere im ganzen Land folgen, um Corona „effektiv bekämpfen zu können“ und „künftige Lockdowns zu verhindern“. Und auch die Bevölkerung wünsche sich solche Einrichtungen angeblich:

Video-Player

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Der Weg in die Apartheit

26. 08. 2021

Bild: Screenshot ServusTV

Unser Leser E.P. übersandte uns folgenden interessanten Beitrag:

Vor eineinhalb Jahren begann die Schreckensherrschaft der neuen Corona-Religion. Praktisch über Nacht wurde aus einem altbekannten Virus eine Pandemie konstruiert, als größte Verschwörungstheorie der letzten Jahrzehnte. Die Inszenierung begann mit massiven Bewegungseinschränkungen der Bevölkerung, durch das Verhüllen von Gesichtern sollten soziale Kontakte verhindert werden.

Ziel der Corona-Politik ist die totale Kontrolle der Menschen. Diese müssen überall ihre Daten angeben. Die Daten werden gespeichert, mit anderen verknüpft, sind länderüberschreitend abrufbar. Ohne Zustimmung zur umfassenden Verarbeitung persönlicher Daten darf man nicht mehr mitspielen. Eine wichtige Rolle bei der Datenbeschaffung spielt das Contact Tracing, das Unschuldige zwingt, persönliche Daten abzuliefern.
Für sogenannte Gurgeltests wurden Video-Aufnahmen verlangt, die über eine Gesichtserkennungs-Software liefen. Ist es Zufall, dass die Gurgeltest-Firma an eine zum Gates-Konzern gehörende Firma verkauft wurde und alle diese Daten in den USA landeten?

Die nächste Stufe waren Impfungen und Tests, angeblich alles freiwillig. Geimpft wird mit Stoffen, die binnen weniger Monate „entwickelt“ wurden und völlig ungetestet sind. Geimpfte sind daher nichts weiter als Versuchstiere. Getestet wird mit unzuverlässigen Methoden, die allerhöchstens die Möglichkeit einer Infektionsgefahr feststellen können, mit einer Zuverlässigkeit von etwa zwei Drittel, aber nicht, ob jemand mit einem Corona- (oder sonstigen) Virus angesteckt ist.

Die World Health Organisation (WHO), eine politische Agentur der UNO und geleitet von einem Kommunisten aus Afrika, gab den Zähltakt vor. Als infiziert gelten alle, die positiv getestet werden, gleich ob erkrankt oder nicht. Als Corona-Tote gelten jene, die irgendwann, irgendwie mit Covid in Verbindung geraten sein könnten. Dadurch kam man weltweit auf viele Millionen „Infizierte“ und auf hunderttausende „Corona“-Tote. Wie viele tatsächlich AN dem Corona-Virus erkrankt sind und tatsächlich AN dem Corona-Virus gestorben sind, wird nicht gezählt. Mit Absicht, weil die Real-Zahlen nur Bruchteile von Promille-Werten ergeben würden, daher weit weg von jeder Pandemie wären. Die Todesopfer werden durchwegs verbrannt, um Obduktionen zu verhindern.

Die progressiven Kräfte der Europäischen Union holten zum nächsten Schlag aus. Ein sogenannter Grüner Pass wurde entwickelt (nomen est omen), für Menschen, die geimpft, negativ getestet oder genesen sind – das berüchtigte 3G. Geimpft heißt, sich auf ungetestete, teilweise hoch gesundheitsschädliche Stoffe einzulassen. Getestet ist nahezu irrelevant, weil nur eine nicht aussagekräftige Momentaufnahme. Genesen sei man dann, wenn positiv getestet, aber nach einer Quarantänezeit nicht erkrankt.

Zutritt zu Gastronomie, Hotellerie, Dienstleistungsbetrieben, Veranstaltungen seither nur mehr für Träger des Grünen Passes. Über 99 Prozent der Bevölkerung sind gesund. Das zählt nicht, sie müssen draußen bleiben.

Eine besondere Variante hat Österreich. Hier wurde 2014 das ELGA-System eingeführt, eine elektronische Zentralspeicherung aller Gesundheitsdaten, die dann europaweit abrufbar sind. Diese Daten sollen in einer weiteren Ausbaustufe mit allen Personendaten verknüpft werden, so dass interessierte Stellen jederzeit alle Einzelheiten über eine bestimmte Person abfragen können. Zwischen 500- und 800.000 Menschen meldeten sich von ELGA ab. Die Folge ist, diese Menschen können sich weder für Impfungen noch für Tests anmelden, weil die Anmeldedaten nur über ELGA laufen. Sie sind Pariahs.

Weil die Fiktion mit den Pseudo-Tests und den angeblich Genesenen nicht halten konnte, blieb die nächste Stufe unvermeidlich. Menschen werden dazu gedrängt, sich impfen zu lassen. Teilweise mit sehr unsauberen Methoden, wie das Hineintreiben in Impfbusse und Preise und Bezahlungen für Impfwillige. Jeder Medizinstudent lernt, Patienten vor Impfungen sorgfältig zu untersuchen, um festzustellen, ob die Impfung verträglich ist. Die Corona-Impfungen dagegen werden wahllos gestochen, meist von Mitarbeitern politischer Vereine. Ärztliche Untersuchungen würden das nur verzögern, also verzichtet man auf sie. Sogar ein Arzt als Minister wurde gesehen, als er nur zustach, ohne die Patienten zu untersuchen.

Diese Impfungen würden nur begrenzt schützen, von 5 Monaten „Schutz“ geht man jetzt schon auf 4 Monate herunter. Dann muss nachgestochen werden. Für diesen Zweck werden immer neue COVID-Varianten „entdeckt“, um Auffrischungen irgendwie zu erklären.

Geimpfte sind nicht nur in der Anfangszeit hochansteckend. Die Impfungen führen auch zu immer mehr Schäden. Die Zahlen der European Medicines Agency (EMA), einer EU-Behörde, von mehr als 23.000 Toten nach Impfungen, verschwanden rasch aus den

Medien, sie waren nicht systemkonform. Besonders ältere Menschen sterben sehr oft hilflos an den Impfstoffen, weil sie als Risikopatienten vorrangig geimpft werden. Das ist systemkonform, weil die Klima-Jünger schon gefordert hatten, Ältere als „Umweltschädlinge“ einfach wegsterben zu lassen.

Die nächste Etappe auf dem Weg in die Apartheit war nur folgerichtig. Erst kleine Lokalpolitiker, dann deren Parteichefs, dann höhere Stellen, fordern immer deutlicher, nur mehr Geimpften den Zugang zu allem zu erlauben. Von 3G auf 2G, jetzt auf 1G. Zuletzt waren es in Deutschland der dubiose Gesundheitsminister Jens Spahn und in Österreich die SPÖ-Chefin Joy Pamela Rendi-Wagner, die Kein Zutritt Ohne Impfung verlangten.

Der fanatische Präsident der österreichischen Ärztekammer – der Ärztekammer gehören alle Ärzte an, mit Pflichtmitgliedschaft – hatte mehr als 40 Ärzten die Berufserlaubnis entzogen, weil sie gegen seinen Willen Atteste gegen das gesundheitsschädliche Tragen von Gesichtsverhüllungen ausgestellt hatten. Nun verlangt Thomas Szekeres die Impfpflicht für alle. Minister Mückstein geht noch weiter. Er stellt nicht nur den Ausschluss aller nicht Geimpften vom gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in Aussicht, sondern bezieht auch den Zugang zum Handel mit ein. Shoppen nur mehr mit Corona-Impfung – samt deren Nachfrischung alle paar Monate?

Fortsetzungen werden schon angedacht, bald ist es keine Verschwörungstheorie mehr. Geimpfte und nicht Geimpfte seien gesondert zu kennzeichnen, mit Armbändern, Stempel oder Chips. Sie dürften nicht miteinander sprechen, nicht miteinander Geschäfte treiben. „Kauft nicht bei Ungeimpften“ – bekannt? Ehen und Partnerschaften zwischen Geimpften und nicht Geimpften sollen für ungültig erklärt werden. Heftig diskutiert wird über die Delogierung Ungeimpfter. Kinder nicht Geimpfter sollen abgenommen und zur Umerziehung in Heime mit geimpftem Personal gesteckt werden. Das alles ist noch ausbaufähig, Politiker können sich auf historische Erfahrungswerte stützen.

Die Apartheit – die Segregation der Bevölkerung – wäre dann komplett. Geimpfte sollen Sonderrechte genießen – und darauf warten, wie lange sie die Impffolgen überleben. Nicht Geimpfte dürfen bald nichts mehr. In Deutschland spricht man schon davon, sie zu internieren. Stacheldraht? Konzentrationslager? Ein neues Auschwitz? Schon seit Jahren müssen Schulklassen verpflichtend die KZ-„Gedenkstätten“ besuchen, um zu lernen, wie man mit unerwünschtem Leben umgeht.

Allwöchentlich demonstrieren in Europa Hunderttausende gegen diesen Corona-Terror. Bisher friedlich, bisher erfolglos. Ob das so bleibt, wenn die Polizei die Knüppel zieht, sobald ein Ungeimpfter die Straße betritt?

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Transbaltische Menschenkette „gegen die Coronadiktatur“

26. 08. 2021

Baltic Way 2021 · *Bildquelle: Youtube / Priit Roosileht*

Am 23. August, ab 19 Uhr, nahmen Zehntausende von Menschen am Baltischen Weg 2021 (*Baltic Way 2021*) teil, einer Menschenkette, die Tallinn (Estland) über Riga (Lettland) mit Vilnius (Litauen) verband. Diese transnationale Demonstration wurde weitgehend von der historischen Bewegung inspiriert, die am 23. August 1989 organisiert wurde und zur Unabhängigkeit der baltischen Länder führte.

„Wir weigern uns, uns gegenseitig zu bekämpfen“

Heute ging es nicht mehr darum, die Unabhängigkeit zu erlangen, sondern, wie die Initiatoren auf ihrer Website (www.balticway2021.com) ankündigten, zu zeigen, dass die Menschen im Baltikum, ob geimpft oder nicht, zusammenhalten, egal was passiert: „Es spielt keine Rolle, was Sie über die aktuellen Ereignisse denken – ob Sie glauben, dass wir einen medizinischen Notfall haben oder dass die Covid-Epidemie zum Zweck einer repressiven Politik und der bewussten Einschränkung unserer Freiheiten durch die Kontrollmächte hergestellt wird. Geimpft oder nicht geimpft, das spielt keine Rolle […]

Sie versuchen, einen Keil zwischen uns zu treiben, aber nein, das wird nicht passieren! Wir weigern uns, einander zu bekämpfen, sondern wir laden jeden von uns ein, zusammenzukommen, einander zu lieben und vereint zu sein”.

Die Organisatoren, Rūdolfs Brēmanis (Lettland), Robertas Vaišnoras (Litauen), Hando Tõnumaa und Mariann Joonas (Estland), erläutern die Forderungen dieser Volksbewegung wie folgt:

Für eine „Gesellschaft ohne Einschüchterung“

- „Wir sind für die Wahlfreiheit bei Impfungen. Jeder hat das Recht auf die Unversehrtheit seines Körpers.
- Wir stehen für Gleichheit und Einigkeit. Eine Gesellschaft, in der Menschen eingesperrt sind, schafft kein sicheres Lebensumfeld.

- Wir stehen für gezielten Schutz.
- Wir müssen gefährdete Gruppen vor jeder Krankheit schützen und dem Rest der Gesellschaft ein normales Leben ermöglichen, ohne die Menschenrechte und Freiheiten zu verletzen. Eine gefährdete Person hat auch das Recht, selbst zu entscheiden, welche Art von Leben sie will.
- Wir unterstützen die Bereitstellung von offenen und ehrlichen Statistiken und Daten. Transparente Wissenschaft, offenes Hinterfragen und Diskussion müssen die Grundlage für die Entscheidungsfindung sein.
- Wir wollen, dass der psychischen Gesundheit mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wir unterstützen positive, inspirierende und ermutigende Botschaften anstelle von negativen, bedrohlichen und einschüchternden Botschaften.
- Wir setzen uns für eine Gesellschaft ohne Einschüchterung ein.“

„Sie klauen diese Ideen aus der Vergangenheit“

Der Schritt löste auch einige negative Reaktionen von historischen Aktivisten der baltischen Unabhängigkeitsbewegungen aus, darunter Dainis Īvāns, der erste Vorsitzende der lettischen Volksfront, der am 24. August im lettischen Fernsehen erklärte: „*Das ist Ideenklau. Das ist eine ziemlich widerliche Sache. Offensichtlich sind diese Führer… keine Führer – sie sind Anti-Führer, die keine Ahnung von ihren merkantilistischen politischen Interessen haben, sie stehlen diese Ideen von irgendwo aus der Vergangenheit…*“, eine Kritik, die von Marju Lauristin, einer historischen Aktivistin für die estnische Unabhängigkeit, geteilt wird: „*Wir wären nicht unabhängig geworden, wenn wir uns so verhalten hätten* […] *diejenigen, die die Freiheit wollen, andere anzustecken* […] *das ist nicht der Baltische Weg*. *Es ist etwas ganz anderes. Das ist ein antibaltischer Weg*“, sagte sie.

Eine Bewegung der Hoffnung für einige

Jérémie Mercier, ein auf Gesundheit spezialisierter Umweltforscher und Influencer, lebt seit Beginn der Covid-Krise im Exil in Estland, wo die Maßnahmen weit weniger restriktiv sind als in den meisten anderen westlichen Ländern. Für den 39-jährigen Franzosen mit 36.000 Abonnenten auf Facebook, 20.000 auf Youtube und 6.500 auf Telegram ist diese Menschenkette im Baltikum kein Zufall. Vor Ort anwesend erklärt der Anti-Covid-Aktivist, dass es sich um Länder handelt, „*die den Preis der Freiheit kennen und die Einschränkungen und dummen Tricks des Kommunismus erlebt haben*“.

VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Pfizer und Moderna: Wirksamkeit im freien Fall, das Ende des Tricks?

26. 08. 2021

Bildquelle: MPI

Während der Covid-19-Impfstoff von Pfizer in den USA gerade vollständig zugelassen wurde und damit den Weg für eine obligatorische Impfung für alle ebnet, hat eine US-Studie ergeben, dass die Wirksamkeit der Impfstoffe von Pfizer und Moderna seit dem Erscheinen der Delta-Variante von 91 % auf 66 % gesunken ist.

Die Daten stammen aus einer Studie, bei der Tausende von Mitarbeitern von Gesundheitszentren und Krankenhäusern in sechs US-Bundesstaaten befragt wurden, um die Leistung der Impfstoffe unter realen Bedingungen zu untersuchen. Die Teilnehmer werden wöchentlich sowohl auf symptomatische als auch auf asymptomatische Infektionen getestet. Fast alle geimpften Beschäftigten im Gesundheitswesen erhielten entweder Seren von Pfizer oder Moderna. Zwischen Dezember 2020 und April 2021 lag die Wirksamkeit der Impfstoffe bei der Verhinderung von Infektionen bei 91 %. Dies geht aus den Daten hervor, die von den Centers for Disease Control and Prevention (CDC), der führenden Gesundheitsbehörde des Landes, veröffentlicht wurden. Doch in den Wochen, in denen die Delta-Variante dominierte, d. h. in denen sie laut Sequenzierung für mehr als 50 % der Fälle verantwortlich war, sank die Wirksamkeit auf 66 %.

Die Autoren der Studie warnen jedoch, dass dieser Rückgang möglicherweise nicht nur auf die Delta-Variante zurückzuführen ist, sondern auch auf eine im Laufe der Zeit nachlassende Wirksamkeit.

Äußerst beunruhigende Aussagen für neue, angeblich unverzichtbare und revolutionäre Impfstoffe!

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Französische Impfpassgegner kritisieren McDonald's als „Kollaborateure"

26. 08. 2021

No-McDo · *Bildquelle: MPI*

Französische Impfpassgegner mit Spruchbändern drangen in einen McDonald's-Laden ein und riefen „Collabos" („Kollaborateure"). Dieselbe Szene wiederholte sich in Einkaufszentren und großen Geschäften in mehreren französischen Städten, berichtet *MPI.*

Bildquelle: MPI

Bei McDonald's scheint als Großkonzern überhaupt ein Erfüllungsgehilfe in Sachen indirekter Impfzwang zu sein. So wird man in Italien, wenn man nicht geimpft ist mit einem roten Punkt auf der Platzkarte auf dem Tisch gekennzeichnet. Soziale Diskrimination, wie sie schlimmer nicht geht, wie *unser-mitteleuropa* in einem eigenen Artikel („McDonald markiert Ungeimpfte mit rotem Punkt") samt Video ausführte.

Und auch in Deutschland steht man tatkräftig hinter der Pharma-Lobby. Dort konnte man sich vor McDonald's-Filialen in einen Inpfbus „immunisieren" lassen. Nach dem „Impfen to go" gab's dann eine Sparmenü und die beruhigende Frohbotschaft mit auf dem Weg, wie schön Geimpftsein sein kann. Wir berichtete in underer beliebten Serie „Neueste Infos zum Corona-Wahn" (siehe 15.07.2021) ebenfalls.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Spenden und als Dankeschön Aufkleber erhalten:

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter: ***unser-mitteleuropa@protonmail.com***

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel? (Wiederholung)

28. 07. 2021

Dr. Norbert Freiherr van Handel (Foto: © Dr. Norbert van Handel)

Dieser vor fünf Jahren erschienene Gastbeitrag von Dr. Norbert van Handel hat seinerzeit im deutschsprachigen Raum und zum Teil weit darüber hinaus große Aufmerksamkeit und mediales Echo hervorgerufen. Wir wiederholen den Beitrag heute aus gegebenem Anlass: dem bevorstehenden Ende der Ära Merkel.

Vermerkt sei noch, dass einige der seinerzeitigen Medieninterpretationen soweit gingen, in dem Beitrag die Meinung oder eine Direktive des Hauses Habsburg-Lothingen erkennen zu wollen; ein besonders weitschießender Bericht titelte sogar „Ein offener Brief aus dem deutschen Kaiserhaus“ (sic!)

Um solchen Spekulationen entgegenzutreten und Missverständnissen vorzubeugen, möchte der Autor ausdrücklich darauf hinweisen, dass dieser namentlich von ihm gezeichnete Artikel lediglich seine Privatmeinung ist und somit nicht die Ordensmeinung des Europäischen St.Georgs-Ordens, dessen Prokurator er seinerzeit war, oder gar des Großmeisters des Europäischen St. Georgs-Ordens zum Ausdruck bringt.

Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel?

Von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen a.d. Traun)

- Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel, durch Ihre Politik die Identität Europas zu zerstören?
- Wer gibt Ihnen das Recht, Deutschland in ein Land der Unsicherheit mit brennenden Flüchtlingsheimen, Vergewaltigungen und ansteigender Ausländerkriminalität zu verwandeln?
- Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel, auch die angrenzenden Länder Österreich, Kroatien, Slowenien, Südtirol etc. durch Ihre Politik zu destabilisieren?
- Mit welcher Berechtigung, Frau Merkel, kritisieren Sie, wie erst kürzlich mit Ministerpräsident Renzi in Rom, die österreichische Grenzpolitik, wenn Sie andererseits sich in Deutschland freuen, dass – nur durch diese Grenzpolitik (!) – weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen?
- Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel, gemeinsam mit Herrn Schäuble, dafür verantwortlich zu sein Milliarden von Steuergeldern europäischer Bürger in Griechenland zu versenken, wobei gleichzeitig dieses Geld nicht den Menschen dort, sondern zu den deutschen und französischen Banken fließt, um deren Pleitepolitik zu sanieren?
- Wer gibt Ihrem Vizekanzler Herrn Gabriel das Recht, den demokratischen Staat Österreich zu kritisieren und sich dort in die Bundespräsidentenwahl einzumischen?
- Wie vereinbaren Sie, Frau Merkel, mit Ihrem eigenartigen Verständnis von Demokratie, ausgerechnet den undemokratischen Polizeistaat Türkei zu unterstützen, nur weil Ihre verfehlte Flüchtlingspolitik Sie nunmehr zwingt sich von Erdogan erpressen zu lassen?
- Mit welcher Berechtigung, Frau Merkel, vereinbaren Sie mit der Türkei eine Visa-Politik, die zusätzlich zu den Immigranten hunderttausende von Türken nach Europa bringt, wenn sie denn überhaupt funktioniert, was zunehmend weniger wahrscheinlich ist?
- Wer sind Sie eigentlich, dass Sie sich erlauben ganz Europa zu islamisieren, ohne Rücksicht auf die Interessen und den Willen der Bevölkerung?
- Wer gibt Ihnen das Recht TTIP zu unterstützen, das Europa immer mehr in die Hand der amerikanischen Großindustrie und -finanz bringt?
- Meinen Sie wirklich, dass eine in Mitteldeutschland sozialisierte Pastorentochter mit SED-Vergangenheit auch nur irgendein moralisches Recht hat unseren Kontinent zu ruinieren?
- Glauben Sie wirklich, dass Sie mit Ihrem „Muttigehabe“ Ihren hoffentlich baldigen Rücktritt abwehren können und glauben Sie tatsächlich, dass Ihr Bild in der Geschichte als Zerstörerin unseres Kontinents besonders glorreich werden wird?
- Glauben Sie wirklich, dass Sie mit Ihren willfährigen Regierungskollegen vermeiden können, dass in Deutschland und Europa der Widerstand so stark werden wird, dass bürgerkriegsähnliche Zustände, wie sie derzeit schon in manchen Teilen Europas zu beobachten sind, vermieden werden können?
- Sind Sie wirklich stolz darauf hauptverantwortlich dafür zu sein, dass der Frieden in Europa, die europäische Union und vor allem die kulturelle Identität unseres Kontinents zerfällt?

Nehmen Sie zur Kenntnis, Frau Merkel, dass immer mehr Menschen aus der christlichen Mitte, weder Nationalisten, noch ewig Gestrige, sondern Menschen, die an die Zukunft Europas, aber nicht an Ihre Zukunft glauben, sich in kleineren und größeren Gruppen zusammenfinden, die letztendlich Sie und Ihre katastrophale Politik zum Einsturz bringen werden!

Dr.iur. Norbert Freiherr van Handel ist Unternehmer und (ehem.) Prokurator des Europäischen St.Georgs-Ordens, eines Ordens des Hauses Habsburg-Lothringen. Der Orden ist christlich und wertkonservativ, bekennt sich zu einem geeinten, selbstbewussten Europa und unterstützt den multinationalen alt-österreichischen Staatsgedanken sowie das verstärkte Erfordernis der Kooperation mit den Staaten Zentral- und Südosteuropas. Im Internet: europaeischer-sanct-georgs-orden.org

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*

02) Umfrage: Mehrheit der Polen unterstützt den Bau der Mauer an der Grenze zu Weißrussland

30. 08. 2021

Polnische Soldaten beim Bau des Sicherheitszauns an der Grenze zu Belarus · *Bildquelle: TT/MON*

Mehrheit der Polen ist auch gegen die Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen in der aktuellen Krise

Das Institut für Sozialforschung und Markt (IBRiS) hat im Auftrag des Fernsehsenders Polsat eine Umfrage durchgeführt, um die Meinung der Polen zum Thema Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen in der aktuellen Krise zu ermitteln.

Die Frage, die in der Umfrage gestellt wurde, lautete: „Sollte Polen Migranten und Flüchtlinge aufnehmen?“ Die Ergebnisse zeigen, dass 38,3 Prozent der Polen diese Frage positiv beantworteten (7,4 Prozent antworteten, dass Polen sie „auf jeden Fall“ aufnehmen sollte, und 30,9 Prozent, dass es dies „wahrscheinlich“ tun sollte), und 33,8 Prozent der Polen waren „wahrscheinlich“ gegen die Idee, Migranten aufzunehmen. Weitere 21,1 Prozent antworteten, sie seien „auf jeden Fall“ gegen den Vorschlag.

Insgesamt waren mehr als die Hälfte (54,9 Prozent) der Befragten gegen die Idee, Migranten und Flüchtlinge nach Polen zu lassen.

Die Gruppe derjenigen, die gegen die Zulassung von Migranten sind, besteht hauptsächlich aus Männern (62 Prozent), Dorfbewohnern und Menschen mit geringerer Bildung. Weitere 6,8 Prozent der Befragten gaben an, dass sie es nicht wüssten.

Die zweite Frage lautete, ob eine Grenzmauer an der polnisch-weißrussischen Grenze errichtet werden sollte. Obwohl die Antworten in diesem Fall gleichmäßiger ausfielen, sprach sich die Mehrheit der Polen für eine solche Lösung der Krise aus.

Die Umfrage ergab, dass 47,7 Prozent den Bau einer Mauer befürworteten (20,2 Prozent antworteten mit „auf jeden Fall“ und 27,2 mit „wahrscheinlich“). Die Mehrheit dieser Gruppe bestand wiederum aus Männern (59 Prozent), Menschen mit geringerer Bildung und Bewohnern kleinerer Städte und Dörfer.

Im Gegenzug sprachen sich 43,4 Prozent der Polen gegen die Idee aus, wobei 21,1 Prozent „definitiv gegen“ eine solche Lösung waren und 22,3 Prozent „wahrscheinlich nicht“ dafür waren. Weitere 9,2 Prozent der Befragten waren nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten.

Mehr als 3.000 Versuche, die weißrussische Grenze illegal zu überschreiten, im August

Am Montag kündigte der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak an, dass ein Sicherheitszaun an der polnisch-weißrussischen Grenze errichtet werden soll.

Der polnische Grenzschutz teilte am Donnerstag mit, dass er seit Anfang August mehr als 3.000 Versuche, die weißrussisch-polnische Grenze illegal zu überschreiten, registriert hat. Grenzschutzbeamte vereitelten über 2.000 solcher Versuche und nahmen fast 900 illegale Migranten fest.

Quelle: DORZECZY.PL

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ein Transporter mit Migranten überschlug sich an der österreichisch-ungarischen Grenze

29. 08. 2021

Bildquelle: kroativ.at

An der österreichisch-ungarischen Grenze kippte ein Transporter mit österreichischen Kennzeichen, der Migranten transportierte.

Bei diesem Unfall wurden nach ersten Angaben mehrere Menschen verletzt, der Fahrer und mehrere Migranten flohen vom Unfallort.

Wie viele Menschen verletzt wurden oder wie viele vom Unfallort flohen, gibt die ungarische Nachrichtenagentur MTI nicht an, berichtet jedoch, dass die Verletzten ins Krankenhaus gebracht wurden.

Die ungarischen Behörden haben bisher 21 Personen befragt. Sie behaupten, syrische und irakische Staatsbürger zu sein, hatten aber keine Dokumente dabei.

Quelle: MIT

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Wegen illegaler Einwanderer: Deutschkreutz will „zivile Patrouillen“ einführen

Foto: ReinhardThrainer / Pixabay

Aufgrund der täglichen Belästigungen der Bewohner der österreichischen Stadt Deutschkreutz will deren Bürgermeister Manfred Kölly eine private Zivilpatrouille einrichten, die die Einreise illegaler Einwanderer nach Österreich verhindern soll.

„So kann es nicht mehr weitergehen“, sagte Kölly, der sich im burgenländischen Landkreis Oberpullendorf, in dem Deutschkreutz liegt, seit langem über die Zahl der illegalen Einwanderer und Flüchtlinge beklagt. Kolly fordert seit langem eine Lösung des Problems, doch seine Appelle an die Bundesbehörden haben keine Früchte getragen.

„Auch die Tatsache, dass die Zahl der Grenzschutzbeamten gestiegen ist, ändert nichts an der Situation, da sie im Grunde nur ein ‚Empfangskomitee‘ sind“, erklärt Kölly der österreichischen Tageszeitung KronenZeitung.

Aus diesem Grund erwägen die Behörden ernsthaft die Aufstellung privater Truppen, die an den Grenzen stationiert werden und illegale Einwanderer daran hindern sollen, die Grenze zu überschreiten. Es ist auch eine Forderung, die der Bürgermeister an höhere politische Ebenen stellt.

Aber die Einrichtung privater Patrouillen ist in dieser kleinen Stadt nichts Neues. Es war nämlich bereits eine „städtische Zivilpatrouille“ gebildet worden, die mehrmals wöchentlich durch die Stadt patrouillierte, um den Frieden zu gewährleisten und das Privateigentum zu schützen.

Quelle: Kroativ.at

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Nach Griechenland ist nun Polen dabei, seine Grenzen wirksam zu schützen

29. 08. 2021

Polnisch-ukrainischer Grenzzaun · *Bildquelle: MPI*

Während Griechenland gerade den Ausbau seiner Stahlmauer zum Schutz vor dem Zustrom afghanischer Migranten abgeschlossen hat, ist nun Polen an der Reihe, Grenzstrukturen zu errichten, wie Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak am 23. August ankündigte. Ziel ist es, eine physische Barriere zu schaffen, um das Eindringen von Migranten auf europäischem Boden zu bekämpfen. Der Minister machte deutlich, dass er gegen die „Schaffung einer neuen Route für die Schleusung von Einwanderern durch polnisches Gebiet“ ist.

Die geplante Anlage würde den ersten, bereits rund 130 Kilometer langen Einzeldrahtzaun verdoppeln: In Form eines 2,5 Meter hohen Stacheldrahtzauns soll er sich über 180 Kilometer erstrecken, was etwa der Hälfte der Gesamtlänge der bewaldeten Grenze Polens zu Weißrussland entspricht. Der Minister sagte auch, dass sich die Zahl der Militärs an der Grenze bald verdoppeln und rund 2.000 Soldaten zur Unterstützung der Grenzpolizei eingesetzt werden sollen.

In den letzten Monaten haben Tausende von Migranten, meist aus dem Nahen Osten, aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan, versucht, die Grenze zwischen Weißrussland und den östlichen Ländern der Europäischen Union – Estland, Lettland, Litauen und Polen – zu überqueren. Die vier Länder prangern gemeinsam einen von Weißrussland organisierten „hybriden Angriff“ an, der ihrer Meinung nach Migranten ermutigt, illegal in die EU zu gelangen. In einer gemeinsamen Erklärung erklärten sie, der Zustrom von Migranten sei „vom Regime Alexander Lukaschenkos geplant und systematisch organisiert“ worden, dem Präsidenten der so genannten „letzten Diktatur in Europa“, der sich wahrscheinlich für die immer strengeren Sanktionen der EU rächen wollte.

Auch wenn das Problem der Masseneinwanderung schon seit vielen Jahren besteht, so beunruhigt die Beschleunigung, die es derzeit erfährt, insbesondere durch die Afghanistan-Krise, viele Länder vor den Toren Europas, die die ersten Opfer dieses unkontrollierbaren Stroms sind. Wir können zwar das Leid vieler heutiger Migranten nicht leugnen, aber unsere Länder können weder das ganze Elend der Welt aufnehmen, noch können sie es sich leisten, Tausende von illegalen Einwanderern und anderen Migranten ohne Papiere durchzulassen, die das ohnehin schon prekäre Gleichgewicht unserer Gesellschaften gefährden.

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Lampedusa-Fähre nach Infektion an Bord gesperrt

27. 08. 2021

Bildquelle: VoxNews

Es handelt sich um das Fährschiff, das regelmäßig illegale Einwanderer von Lampedua nach Sizilien bringt

Die Fähre „Sansovino“, die seit Monaten Bootsladungen illegaler Einwanderer zwischen Lampedusa und Porto Empedocle befördert, musste gestern Abend vor Anker bleiben, weil erneut ein Besatzungsmitglied positiv auf Covid-19 getestet wurde.

Der infizierte Mann wurde offenbar verlegt und in einer speziellen Einrichtung isoliert untergebracht. Die übrigen Besatzungsmitglieder blieben in Quarantäne auf dem Schiff, das von den Gesundheitsbehörden effektiv blockiert wurde.

Natürlich gab es Beschwerden von Einwohnern und Touristen aus Agrigento, die am Kai von Porto Empedocle standen, um sich nach Linosa oder Lampedusa einzuschiffen. Auch die Polizei griff ein, um eine Eskalation der Unruhen zu verhindern.

Das Fährschiff „Sansovino“ wurde gestoppt und die für heute Vormittag geplante Überführung von weiteren 110 illegalen Einwanderern aus dem Hotspot Lampedusa abgesagt. Nach den gestrigen Transfers mit denselben Fähren und dem Quarantäneschiff „Aurelia“ befanden sich noch 691 illegale Einwanderer in der Erstaufnahmeeinrichtung, obwohl die maximale Kapazität bei 250 liegt. Im Morgengrauen transferierte jedoch ein Patrouillenboot der Guardia di Finanza 50 „Schutzsuchende“, die in Porto Empedocle an Land gehen werden.

Quelle: VoxNews

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Zusammenarbeit mit Tunesien zur Beendigung der Anlandungen in Sizilien

Von Nicola De Felice

26. 08. 2021

Bildquelle: Centro Machiavelli

Die Anlandung von illegalen Einwanderern auf Lampedusa geht unvermindert weiter. Seit Anfang des Jahres sind rund 35.700 Illegale in Italien gelandet, achtmal mehr als im gleichen Zeitraum 2019 mit Salvini als Innenminister. Es gibt etwa 10.000 Tunesier, 5.000 Bengalen, 3.000 Ägypter und dann all die anderen, meist Wirtschaftsmigranten, die den Menschenhändlern Schutzgeld zahlen.

Der Innenministerin Lamorgese fehlt nach wie vor die notwendige Strategie, um das Phänomen einzudämmen. Es stimmt, dass sich das Problem nicht auf das Innenministerium beschränken lässt, sondern einen systemischen Ansatz mit allen anderen Ministerien erfordert, und zwar im Rahmen der politischen Zuständigkeiten, die dem Präsidenten des Ministerrats zugewiesen sind. Es ist jedem klar, dass die Folgen der derzeitigen Politik der offenen Häfen zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Probleme führen.

In Sizilien hatten die energische Impfkampagne, zu der Präsident Musumeci nach Kräften beigetragen hat, und der damit verbundene Rückgang der Ansteckungen sowie die Aufhebung der Beschränkungen die Hoffnung auf einen starken Aufschwung des Tourismus wieder aufleben lassen, wobei die unbestrittene Schönheit der Landschaft und das historische und archäologische Erbe, das in unmittelbarer Zukunft die einzige glaubwürdige Ressource für die Entwicklung dieses Gebiets darstellt, zum Tragen kamen. All dies ist durch den gleichzeitigen exponentiellen Anstieg der illegalen Einwanderung ernsthaft bedroht. Es gibt keine Hoffnung auf ein positives Ergebnis, wenn die Grenzen weiterhin wie ein Sieb bleiben und die NGO-Schiffe zusätzlich zu den Booten aus Tunesien weiterhin einen Taxidienst von der afrikanischen Küste aus unter dem humanitären Deckmantel betreiben. Auch die von der italienischen Regierung bereitgestellen Quarantäneschiffe lösen die durch die Pandemie verursachten Probleme nicht, im Gegenteil, sie verschärfen sie noch. Andererseits gewährleisten überfüllte Hotspots, die weit über die zulässige Anzahl hinausgehen, nicht die notwendigen hygienischen Bedingungen und können sogar das Auftreten neuer Virenvarianten fördern.

All dies ist unwürdig für eine Nation, die sich rühmt, Souverän über ihr Territorium und ihr Meer zu sein. Sizilien darf nicht länger als Abladeplatz für illegale Einwanderer dienen, die Opfer eines verabscheuungswürdigen Menschenhandels sind und nach Europa gelangen wollen. Was Italien unter den gegenwärtigen Bedingungen mit schwerwiegenden Folgen für die Wirtschaft und die Lebensqualität erdulden musste, kann aufgrund der traditionellen Gastfreundschaft seiner Bewohner nicht länger hingenommen werden. Die internationalen Gesetze zur Seenotrettung können nicht herangezogen werden, um diesen Missbrauch zui rechtfertigen.

Die italienische Regierung hat die Verantwortung für diese Tragödie zu übernehmen. Andererseits muss sie die Kooperationsbeziehungen mit Tunesien und Libyen nicht nur diplomatisch, sondern auch militärisch und wirtschaftlich intensivieren, und zwar auf der Grundlage einer Strategie, die eine eigene Grenzsicherung im Süden dieser Länder vorsehen muss. Mit Präsident Saied, der einzigen verlässlichen Figur im derzeitigen politischen Chaos in Tunesien, muss eine umfassende Zusammenarbeit geschaffen werden, die es dem Land ermöglicht, aus der schweren politischen und wirtschaftlichen Krise, in der es sich befindet, herauszukommen, indem ein konstantes und strukturiertes wirtschaftliches (aber nicht welfaristisches) und sicherheitspolitisches Engagement gewährleistet wird, angefangen bei Patrouillen – in den Hoheitsgewässern und an Land – unserer Polizeikräfte gemeinsam mit der tunesischen Garde Nationale, um jeden Versuch der Ausreise im Keim zu ersticken. An der tunesischen Grenze müssen Kommando- und Kontrollzentren mit Radarüberwachungssystemen sowohl im Norden als auch im Süden in Anwesenheit italienischer Experten eingerichtet und in Betrieb genommen werden.

Die bezahlenden „Schiffbrüchigen“, die von den Menschenhändlern an Bord der NGO-Schiffe geschickt werden, müssen gemäß der Dublin-Verordnung der EU, die vorsieht, dass der Flaggenstaat des Schiffes die Verantwortung für den internationalen Schutz der illegalen Migranten übernimmt, unverzüglich per Luftbrücke, die Sizilien als Basis anbieten kann, nach Deutschland und Norwegen überführt werden. Radikal anders muss das Engagement der UNO in Afrika mit ihren UNHCR-Strukturen werden, damit Rückführungszentren vor Ort eingerichtet werden können.

Die Souveränität und die Verteidigung des Territoriums, einschließlich der italienischen Gewässer, müssen ebenso geschützt werden wie die soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Sicherheit der einzelnen Bürger, insbesondere unserer Fischer, die legal in internationalen Gewässern fischen.

Nicola De Felice
Senior Fellow des Centro Studi Machiavelli. Als Konteradmiral (a.D.) und ehemaliger Kommandant von Zerstörern und Fregatten bekleidete er wichtige diplomatische, finanzielle, technische und strategische Ämter im Verteidigungs- und Marinestab, sowohl im In- als auch im Ausland, zu Wasser und zu Lande, wobei er sich für eine effiziente italienische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik engagierte.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Rechtsanwalt Dr. Miha Pogačnik: Brüssel kann den Ländern keine Migrantenquoten diktieren!

Journalisten sollten die Texte der Gründungsverträge der EU lesen

Von Domen Mezeg (Nova24tv)

26. 08. 2021

Miha Pogačnik, Experte für internationales Recht · *Foto: STA*

„Die EU-Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, Migrantenkontingente zu akzeptieren, und die EU kann ihnen dies auch nicht rechtlich vorschreiben. Die Journalisten sollten einmal die Texte der beiden grundlegenden Verträge, des EU-Gründungsvertrages (EUV) und des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV), lesen und aufhören, mit „Brüssel erwartet, Brüssel fordert …“ Panikmache zu betreiben. Angst ist Unwissenheit“, schrieb der Völkerrechtler Dr. Miha Pogačnik.

Mit diesen Worten reagierte der internationale Rechtsanwalt Miha Pogačnik auf die Klarstellung von Premierminister Janez Janša zu den irreführenden Behauptungen der slowenischen Zeitung *Drevnik*. Janša: „Unglaubliche Irreführung! Nennen Sie mir die EU-Mitglieder, die zusätzliche Quoten von Migranten aus Afghanistan akzeptieren werden. Und selbst wenn dies der Fall sein sollte, wird es ihre souveräne Entscheidung sein und nicht die Entscheidung der EU, sie auf die Länder umzuverteilen. Die EU hat diese Kompetenz nicht, also wird es keinen EU-Korridor geben. Die Zeitung erinnerte an die Antwort Brüssels auf Janšas Tweet, dass die EU und die Länder die Pflicht hätten, sich um die bedrohten Menschen in Afghanistan zu kümmern.

Zur weiteren Klärung setzten wir uns mit Pogačnik in Verbindung, der sich wie folgt zu der Angelegenheit äußerte: „Der wichtigste Punkt ist, dass die EU so viele Befugnisse hat, wie ihr in den Gründungsverträgen zugestanden werden. Deshalb habe ich geschrieben, dass es für Journalisten eine gute Idee wäre, den EU-Gründungsvertrag und den Vertrag über die Arbeitsweise der EU zu lesen“. Es ist jedoch die souveräne Entscheidung der einzelnen Länder, zu entscheiden, wer sich im Hoheitsgebiet eines Landes aufhält. Die EU kann also nicht vorschreiben, welche Länder und welche Quoten diese Länder akzeptieren, wenn sie dem nicht zustimmen. „Ein Land kann sich weigern, Quoten zu akzeptieren. Es gibt einen Solidaritätsmechanismus, mit dem einzelne Länder die „Flüchtlingslast“ (Flüchtlinge, nicht Migranten!) teilen können, das tun sie auch, aber ohne die Zustimmung der einzelnen Länder ist das nicht möglich.“

Der Zustrom von Wirtschaftsmigranten · *Foto: Twitter*

Ein Flüchtling ist eine Person, die aus einem Gebiet flieht, in dem ihr Leben oder ihre Sicherheit bedroht ist, und die ein echtes Recht darauf hat, in einem ersten sicheren Land Zuflucht zu finden. „Von Afghanistan bis Slowenien gibt es eine ganze Reihe von sicheren Ländern“, erklärt der Völkerrechtler. Daher ist jemand, der Grenzen überschreitet, kein Flüchtling im klassischen Sinne mehr. Bisher handelte es sich weitgehend um so genannte „Wirtschaftsmigranten“, die sich ihr Zielland sogar frei aussuchen konnten, wo sie leben, arbeiten und von dessen Sozialsystem profitieren wollten. So gingen sie zum Beispiel nach Schweden, Deutschland usw. oder eben dorthin, wo es ihnen am besten passte. Es handelte sich um Migranten – Menschen, die beispielsweise aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa kamen. Im Falle Afghanistans muss nach Ansicht von Pogačnik jedoch unterschieden werden, wer die Menschen sind, die wirklich vor dem Krieg fliehen, und wer diejenigen sind, die die Besetzung dieses asiatischen Landes durch die Taliban auch für wirtschaftliche Zwecke ausnutzen.

Einige arabische Länder sind sicher, zivilisiert und reich und könnten Wirtschaftsmigranten aufnehmen, aber sie wollen sie nicht.
„Und das ist eine Trennlinie, die Europa im Moment nicht ziehen kann. Kriegsflüchtlinge haben das Recht, im ersten sicheren Nachbarland Zuflucht zu suchen, die übrigen sind Migranten. Aber es ist Sache der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu entscheiden, wer wen aufnimmt“, so Pogačnik. Das wirft auch die Frage auf, warum immer nur von Europa die Rede ist: Es gibt zum Beispiel ölreiche arabische Länder, und es gibt eine gewisse kulturelle Nähe zwischen diesen und Afghanistan. Gleichzeitig sind diese Länder sicher, geordnet, zivilisiert und haben einen sehr hohen Lebensstandard (Bahrain, Katar, Kuwait usw.). „Dies sind Länder, die das Potenzial haben, diese Menschen aufzunehmen.“ Der Grund, warum sie zögern, sie aufzunehmen, liegt laut Pogačnik darin, dass sich diese Länder der Probleme bewusst sind, die die Aufnahme dieser Migranten mit sich bringen könnte, die EU aber offenbar nicht.

„Die EU verhält sich wie ein unverantwortliches, gutherziges, dekadentes Kind. Sie hat ihre eigenen Institutionen und ihre eigene Bürokratie. Tatsache ist, dass das derzeit vorherrschende Denken der EU-Bürokratie von einer liberalen globalistischen Mentalität geprägt ist. Es ist am einfachsten, billigsten und schönsten, wenn irgendein Apparatschik in Brüssel den Gutherzigen spielt. Und er spielt Letzteres auf Kosten der nationalen, souveränen Staaten, die das hinnehmen, ertragen und bezahlen müssen.“ Das, so Pogačnik, ist das Problem internationaler Organisationen, denn sie haben kein Territorium und spielen mit den Budgets und dem Repertoire der Mitgliedstaaten. Ein gewisser David Sassoli etwa kann im Europäischen Parlament alles sagen, aber er wird nicht zur Rechenschaft gezogen und nicht dafür bezahlt. „Und am einfachsten ist es, den Speichellecker zu spielen“, meint Pogačnik. Es passt zu der multikulturellen Agenda, die die Menschen vorantreiben, und diese Agenda steckt sicherlich hinter den Kulissen. Nationalstaaten mit traditionellen Werten sind ein Hindernis für diese globalistische Agenda.

Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli ·© *European Union / Wikimedia CC-BY-4.0*

Dänemark wird Asylzentren außerhalb Europas errichten, aber wenn das Asyl gewährt wird, bleiben die Migranten in den Aufnahmeländern

Diese Agenda, so der Professor für internationales und europäisches Recht an der European Law School, zielt darauf ab, die Nationalstaaten zu „verwässern"; die Migration ist eine gute Gelegenheit, dies zu tun, und ein großer Teil der Bevölkerung fällt darauf herein. Der entscheidende Punkt ist jedoch, so Pogačnik, dass sich die EU mit all diesen Migrationsfragen, einschließlich der Auswahl und des Status dieser Menschen, außerhalb ihres Territoriums befassen sollte. Diese Probleme können in der Region gelöst werden. Ein Beispiel ist Dänemark, das ein Gesetz verabschiedet hat, das es dem Land erlaubt, Zentren für Asylbewerber außerhalb Europas einzurichten, in denen die Asylbewerber während der Bearbeitung ihres Antrags untergebracht werden können. In diesen Ländern würden die Migranten letztlich bleiben, wenn ihr Antrag genehmigt wird – d. h. im ersten (nahen) sicheren Nachbarland. Es ist unverständlich, dass Migranten so viele Länder, Kontinente und zahlreiche nationale Grenzen durchqueren müssen, bevor sie in ihre Heimat zurückkehren können. „All diese Fragen sollten dort behandelt werden, wo sie auftreten. Wenn nicht in dem Land, aus dem sie stammen, z. B. in Afghanistan, dann in einem ersten sicheren Nachbarland, das ein EU-Verbündeter ist.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Blick über Europas Grenzen: Politische Themen

Keine Berichte

01) EU will gläsernen Menschen und plant Einführung von „Vermögensregister“ für Privatpersonen

25. 08. 2021

Bild: pixapay

Weiterer Schritt in Richtung Überwachungsstaat droht – neues EU-Vermögensregister angedacht

Haben Sie Goldmünzen oder wertvolle Bilder zu Hause? Besitzen Sie Wertpapiere, wenn ja, welche, oder gar Bitcoins? Gehören Ihnen Immobilien oder Firmen irgendwo in der Europäischen Union?

All das soll in Zukunft in einem neu zu schaffenden Europäischen Vermögensregister zentral erfasst und gespeichert werden, geht es nach den Wünschen der EU-Kommission, die vor kurzem bekannt wurden. Unter der Nummer „2021/S 136–358265“ lässt die Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) in einer Studie untersuchen, wie hier die privaten Vermögensverhältnisse jedes einzelnen EU-Bürgers am besten durchleuchtet und an zentraler Stelle ausgewertet werden können.

Wörtlich sollen „aus verschiedenen Quellen des Vermögenseigentums (z. B. Landregister, Unternehmensregister, Trust- und Stiftungsregister, zentrale Verwahrstellen von Wertpapieren usw.) verfügbare Informationen gesammelt und miteinander verknüpft

werden“. Gesammelt werden sollen nicht nur Informationen aus Bankkonten und Wertpapierdepots in allen EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch „Daten über das Eigentum an anderen Vermögenswerten wie Kryptowährungen, Kunstwerken, Immobilien und Gold“, so die offizielle Wunschliste der Kommission.

Als Begründung muss wieder das abgedroschene Totschlagargument der „Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung“ herhalten. Übersehen wird dabei von der Datenkrake in Brüssel, dass die Besteuerung von Unternehmensgewinnen, Kapitalerträgen und Vermögen ein ausschließliches Recht der einzelnen Nationalstaaten ist – jedenfalls derzeit noch. Es geht daher, mit Verlaub gesagt, die EU-Kommission einen Dreck an, ob in meiner ein Picasso hängt oder ich mir einen wertvollen Oldtimer als Hobby leiste.

Freuen dürften sich über ein solches Zentralregister von Goldbarren und Kunstgegenständen allerdings Einbrecherbanden und Enkeltrick-Betrüger. Sieht man doch dort gleich, wo es was zu holen gibt. Für den normalen Bürger wäre es aber ein weiterer Schritt zu totaler Durchleuchtung und staatlicher Kontrolle.

zur ZEIT Unabhängig, unangepasst, politisch Unkorrekt!

Dieser Beitrag erschien zuerst bei *ZUR ZEIT*, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Deutsche Anti-Einwanderungs-Aktivisten übernehmen die Kontrolle über soziale Medien

Von Éva Harangozó

29. 08. 2021

Alice Weidel · *Foto: MTI / Clemens Bilan*

Die Alternative für Deutschland (AfD) erobert die Plattformen der sozialen Medien. In einem von der Deutschen Welle veröffentlichten Artikel heißt es, die Partei habe weit weniger Anhänger als ihre größeren Konkurrenten, dominiere aber die sozialen Medien und überhole die Sozialdemokraten (SPD) und die Christdemokratische Union (CDU) auf Facebook, Instagram und YouTube.

Bei der Analyse der Beiträge der Parteien in den sozialen Medien zwischen dem 12. Juni und dem 15. August stellte die Deutsche Welle fest, dass die AfD einer der Spitzenkandidaten ist,

Alice Weidel ist die bei weitem erfolgreichste Online-Politikerin mit rund 4,9 Millionen Aufrufen ihrer Videos auf verschiedenen Plattformen in diesem Zeitraum.

Während die AfD nur 32.000 Mitglieder hat, sind es bei der CDU immer noch fast 430.000. Die Social-Media-Performance des CDU-Kandidaten Armin Laschet ist jedoch dürftig, da seine Botschaften u.a. zum Klimaschutz in der Regel nur wenige Nutzer auf Social-Media-Plattformen mobilisiert haben und nicht mehr als ein paar hundert Likes oder Shares erhielten.

Marcus Schmidt, Pressesprecher der AfD, formulierte dies gegenüber der Deutschen Welle so:

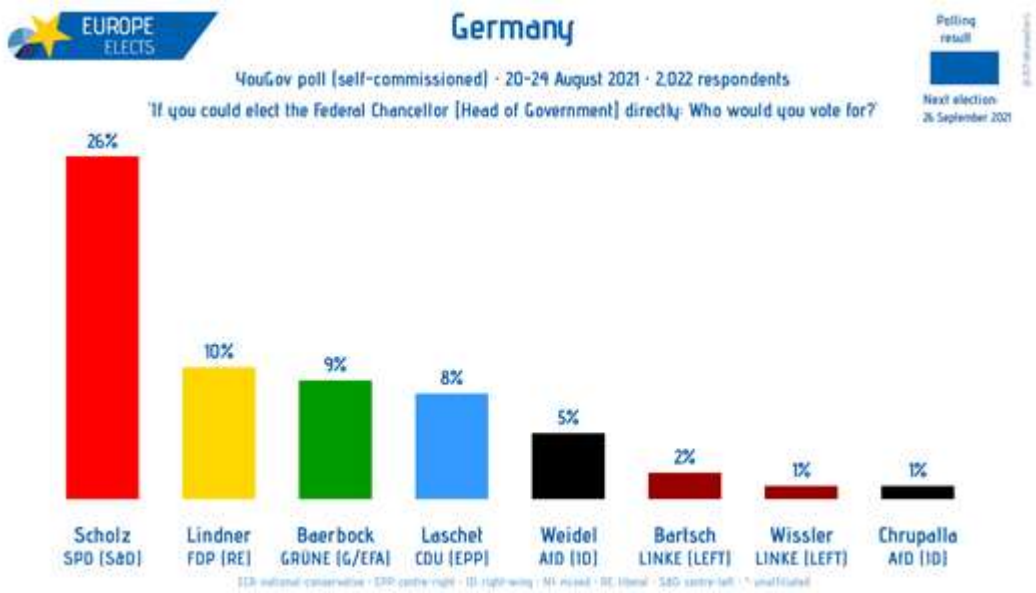
Ich glaube nicht, dass die AfD ohne Facebook so schnell erfolgreich gewesen wäre.

Die Dominanz der AfD in den sozialen Medien ist nicht neu: Eine vom Spiegel zitierte Umfrage vor zwei Jahren, vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, ergab, dass die Partei zwischen 11 und 15 Prozent Zustimmung erhielt,

doch 85 Prozent aller Online-Posts von deutschen politischen Parteien waren von der AfD.

Die restlichen 15 Prozent verteilten sich auf die SPD, die Grünen und die CDU/CSU.

Einem vom Spiegel befragten Experten zufolge ziehen die von der AfD aufgegriffenen Themen – wie Migration oder Kriminalität – deutlich mehr Reaktionen auf sich als Beiträge zu finanziellen oder kulturellen Themen. Außerdem reagiert die AfD viel schneller auf politische Ereignisse als andere Parteien.



Verschiedene Umfragedaten zeigen, dass die CDU/CSU trotzdem zwischen 22 und 30 Prozent, die SPD zwischen 15 und 24 Prozent, die Grünen zwischen 16 und 20 Prozent und die AfD als Sechstplatzierte nur rund 11 Prozent erreichen würde, wenn am kommenden Sonntag gewählt würde.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Der der Muslimbruderschaft nahestehende Verein „Islamic Relief Germany“ soll 712.000 Euro von der EU erhalten haben

28. 08. 2021

IRW-Logo · von Hamzaisa / *Wikimedia CC BY-SA 3.0*

28/08/2021

Antwort der Europäischen Kommission:

Die Kommission hat Kenntnis von den Antworten, die die Bundesregierung 2017 und 2019 gegenüber Bundestagsabgeordneten zu den „persönlichen Verbindungen“ zwischen einigen ehemaligen Vertretern von Islamic Relief Deutschland und der Muslimbruderschaft gegeben hat, sowie von dem Verbot von Islamic Relief World durch die israelischen Behörden im Jahr 2014(1).

Die Haushaltsordnung (HO)(2) enthält auf objektiven Kriterien beruhende Regeln für die Gewährung von Mitteln an Einrichtungen. Im Bereich der humanitären Hilfe müssen Nichtregierungsorganisationen ihre Systeme, Regeln und Verfahren bewerten lassen, um zertifizierte Partner der EU zu werden.

Die Kommission diskriminiert nicht aufgrund von Religion oder Weltanschauung und stuft Partnerorganisationen nicht nach ihrer religiösen Zugehörigkeit ein.

Die Kommission hat „null Toleranz“ gegenüber jeglichem unangemessenen Verhalten von Partnern, die EU-Mittel erhalten. Die EU ist fest entschlossen, den Terrorismus zu bekämpfen, und wendet sich gegen jede Aufstachelung zu Gewalt und Hass. Die Kommission kann und wird keinerlei Unterstützung für den Terrorismus dulden(3) und wird unverzüglich Maßnahmen ergreifen, wenn ihr Anzeichen dafür bekannt werden, indem sie über das Frühwarn- und Ausschlusssystem Einrichtungen, die Terrorismus finanzieren oder terroristische Straftaten begehen, von der EU-Finanzierung ausschließt(4). Die ordnungsgemäße Verwendung der EU-Mittel wird außerdem durch strenge Mechanismen

(wie die Aussetzung des Vertrags oder der Zahlungen, die Beendigung des Vertrags und die Rückforderung von EU-Mitteln und wirtschaftlichen Ressourcen) gewährleistet, die in der Haushaltsordnung und in den mit den Empfängern der EU-Mittel geschlossenen Vereinbarungen geregelt sind.

Einrichtungen, die EU-Mittel einsetzen, unterliegen ebenfalls den restriktiven Maßnahmen der EU(5). (5) In diesem Zusammenhang dürfen Personen und Einrichtungen, die von der EU als von Sanktionen betroffen bezeichnet werden, keine EU-Mittel erhalten. Die Kommission verweist auf die Antworten des für Haushalt und Verwaltung zuständigen Kommissionsmitglieds auf die schriftlichen Fragen im Rahmen des Entlastungsverfahrens 2019(7).

(1) www.theguardian.com/world/2020/jul/27/islamic-relief-to-contest-israeli-terrorism-allegations-in-court
(2) ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.
(3) KOM(2020) 795 endgültig vom 9.12.2020.
(4) Artikel 136 Absatz 1 Buchstabe d der Haushaltsordnung
(5) Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
(6) www.sanctionsmap.eu
(7) Insbesondere auf die schriftliche Anfrage Nr. 38: www.europarl.europa.eu/cmsdata/216929/Discharge%20Questionnaire_Hahn_Commission%20replies%20consolidated%20final%20clean.pdf

Frage: Finanzierung einer islamischen Vereinigung durch die Europäische Kommission

Die Kommission hat Islamic Relief Deutschland als humanitären Partner für den Zeitraum 2021–2027 zertifiziert und bereits 712.000 Euro an Zuschüssen gewährt.

Die Vereinigung gilt in Deutschland als der Muslimbruderschaft nahestehend und wird in Israel als terroristische Organisation geführt.

Wie kann die Kommission in einer Zeit, in der Europa eine beispiellose Terrorismuswelle erlebt, die fast dreihundert französische Bürger das Leben gekostet hat, eine Organisation finanzieren, die der Muslimbruderschaft nahesteht und fester Bestandteil der islamistischen Netzwerke ist?

Es ist nicht das erste Mal, dass die Kommission diese Art von Organisationen finanziert. So hat sie beispielsweise das European Muslim Network (gegründet von Tariq Ramadan), das Collectif contre l'islamophobie en France (CCIF, von der französischen Regierung aufgelöst), das Forum der europäischen muslimischen Jugend- und Studentenorganisationen (Femyso) und Empowering Belgian Muslims finanziert.

Kann die Kommission in Anbetracht dieser Informationen;

1. die Entscheidungen, die zu diesen Partnerschaften geführt haben, trotz der bekannten Verbindungen dieser Vereinigungen zur islamistischen Bewegung rechtfertigen?

2. Beabsichtigt sie, ihre Zusammenarbeit mit Islamic Relief zu beenden und keine Zuschüsse mehr zu zahlen?

3. Wird sie die Rolle der Muslimbruderschaft beim Aufstieg des Islamismus öffentlich anprangern und alle Subventionen für Organisationen der Muslimbruderschaft streichen?

04/07/2021

Nach Angaben deutscher Medien haben extremistische islamistische Vereinigungen Gelder aus Europa erhalten. Der der Muslimbruderschaft nahestehende Verein „Islamic Relief Germany“ soll 712.000 Euro von der Europäischen Kommission erhalten haben. Diese Organisationen können in der Regel den Deckmantel einer karitativen Organisation nutzen.

Atlantico: Wie mehrere Medien wie Die Welt in Deutschland aufgedeckt haben, haben extremistische islamistische Vereinigungen Gelder aus Europa erhalten. Allein im Jahr 2019 hätte der der Muslimbruderschaft nahestehende Verein „Islamic Relief Germany“ 712 000 Euro von der Europäischen Kommission erhalten. Die Generaldirektion für Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO) ist angeblich beteiligt. Ist es möglich, dass Verbände, deren Werte mit denen der EU unvereinbar sind, Schlupflöcher im System ausgenutzt haben, um solche Beträge zu erhalten? Wie haben sie das gemacht? Haben sie zum Beispiel den Deckmantel einer karitativen Organisation benutzt?

Florence Bergeaud-Blackler (Forscherin am CNRS): Zunächst einmal müssen wir uns über die Begriffe im Klaren sein. Wie stellt man fest, dass eine Vereinigung „extremistisch“ ist, dass ihre Werte nicht mit denen der EU vereinbar sind? Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (EU), die seit dem Vertrag von Lissabon (2009) verbindlich ist, enthält eine Reihe von Grundsätzen wie die Gleichheit von Männern und Frauen, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, zu der auch die Freiheit gehört, seine Religion nicht zu haben oder zu wechseln.

Eine NGO, die diese Kriterien nicht einhält, sollte theoretisch niemals von den europäischen Institutionen finanziert werden oder Unterstützung erhalten. Diese Finanzierung und Unterstützung fällt jedoch durch die Maschen, weil sie ihre Aktivitäten verbergen, aber auch, weil sie sich hinter karitativen Werken oder der Verteidigung der Menschenrechte verstecken.

Der Fall von „Islamic Relief“ ist besonders emblematisch. Dieser humanitären NGO (und ihren nationalen Büros) werden seit etwa zwanzig Jahren Verbindungen zu terroristischen Netzwerken vorgeworfen. Mehrmals wurde sie wegen antisemitischer Äußerungen angeprangert (US-Außenministerium). In Europa haben Länder wie Frankreich, die Schweiz, die Niederlande und Deutschland seit langem die Verbindungen von Islamic Relief zur Muslimbruderschaft erkannt. Dennoch erhielt Islamic Relief Deutschland“ Berichten zufolge 712.000 Euro von der Europäischen Kommission. In den Jahren 2019–2020 hat Schweden – ein Land, in dem die Bruderschaft einen gewissen Einfluss hat – Islamic Relief Worldwide 2,1 Millionen Dollar für „humanitäre Unterstützung“ in Gaza gewährt. Und das, obwohl die schwedische Agentur für zivile Notfälle 2016 berichtete, dass Islamic Relief eine „Schlüsselorganisation“ bei der Unterstützung der Muslimbruderschaft war, dass sie Milizen im Syrienkonflikt unterstützte und dass die Vereinigten Arabischen Emirate bereits 2014 Organisationen von Islamic Relief auf ihre Liste der terroristischen Organisationen gesetzt hatten.

Die Gründer von Islamic Relief haben enge Verbindungen zur Bruderschaft, wenn sie nicht gerade in leitender Funktion tätig sind, und sie waren stark an der Verbreitung der Bruderschaft in Europa beteiligt.

Essam El-Haddad, Mitbegründer von Islamic Relief Worldwide und ehemaliger Direktor von Islamic Relief Worldwide und Islamic Relief-UK war ein hochrangiger Funktionär der Muslimbruderschaft.

Ahmed Al-Rawi, ehemaliger Direktor von IRW, war Präsident der europäischen Bruderschaftsorganisation FIOE und Mitglied des Europäischen Fatwa-Rates unter der Leitung von Youssef el-Qaradawi.

Der Rest des Interviews auf Atlantico

05/09/2020

Nach Angaben des Berliner Senats und der Bundesregierung hat Islamic Relief Deutschland Verbindungen zu Organisationen aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft. Die Bundesregierung hat in einer schriftlichen Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion vom 15. April 2019 erneut „erhebliche personelle Verflechtungen" zwischen „Islamic Relief Worldwide" sowie „Islamic Relief Deutschland" mit der „Muslimbruderschaft" oder ihr nahestehenden Organisationen bestätigt. Gleichzeitig bestätigte die Bundesregierung, dass „aus den öffentlich zugänglichen Jahresberichten von ‚Islamic Relief Deutschland' und ‚Islamic Relief Worldwide' hervorgeht, dass ‚Islamic Relief Deutschland' den Großteil der Projektmittel an ‚Islamic Relief Worldwide' überweist".

Islamic Relief wird beschuldigt, Kontakte zur Muslimbruderschaft zu unterhalten. Dennoch unterstützte das Auswärtige Amt die Vereinigung. Nach einer Untersuchung der WELT AM SONNTAG stellt Aktion Deutschland Hilft die Zusammenarbeit nun ein.

Aktion Deutschland Hilft hat die Mitgliedschaft bei Islamic Relief Deutschland bis auf Weiteres ausgesetzt. Dies teilte eine Sprecherin des Bündnisses der Katastrophenschutzorganisationen der WELT AM SONNTAG mit. Diesem Treffen ging den Angaben zufolge eine außerordentliche Sitzung des Vereinsvorstands mit Vertretern von Islamic Relief am Donnerstag in Bonn voraus. Islamic Relief wird nun die Möglichkeit haben, „seine Strukturen und Systeme zu überprüfen", so die Erklärung.

Islamic Relief bezeichnet sich selbst als „Partner der Bedürftigen und Notleidenden in aller Welt". Der in Köln ansässige gemeinnützige Verein steht jedoch in der Kritik, Kontakte zu Vertretern des fundamentalistischen Islam zu unterhalten. Im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP erklärt, es gebe „erhebliche personelle Verflechtungen" zwischen Islamic Relief und der islamischen Muslimbruderschaft oder ihr nahestehenden Organisationen.

Das israelische Verteidigungsministerium betrachtet das internationale Büro der Organisation, Islamic Relief Worldwide, als Teil des Finanzierungsapparats der radikal-islamischen Organisation Hamas. Islamic Relief weist diese Vorwürfe zurück. Islamic Relief Deutschland und Islamic Relief Worldwide sind beide „reine Hilfsorganisationen und lehnen Terrorismus und jede Form von Gewalt entschieden ab", so ein Sprecher. Er sagte, die israelische Anschuldigung sei Gegenstand eines laufenden Gerichtsverfahrens.

Im Jahr 2019 hat Aktion Deutschland Hilft Spenden in Höhe von 36 Millionen Euro gesammelt. Von diesem Betrag gingen nach Angaben im Jahresbericht etwa 2,5 Millionen Euro an Islamic Relief. Die Spendenaufrufe werden u.a. von der ARD als offiziellem Medienpartner ausgestrahlt und erreichen ein Publikum von mehreren Millionen Menschen. Der Vorstandsvorsitzende des Bündnisses ist Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD). Auch das Auswärtige Amt unterstützt Islamic Relief seit Jahren direkt. Diese Subventionen in Höhe von mehreren Millionen Euro lösten eine Prüfung des Bundesrechnungshofes aus, die in diesem Jahr abgeschlossen wurde. Die Ergebnisse der Prüfung wurden als vertraulich eingestuft. Sie enthielt „zu einem großen Teil … verfassungsschutzrelevante Informationen".

Nach Angaben von German Islamic Relief ist ein Projekt mit dem Auswärtigen Amt im März 2020 ausgelaufen. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch eine Zahlung des Ministeriums. „Wenn es tatsächlich Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Förderung gegeben hätte, wäre Islamic Relief Deutschland mit Rückzahlungsforderungen und dem Vorwurf der illegalen Mittelverwendung konfrontiert worden“, erklärte ein Sprecher des Vereins. Die Wohltätigkeitsorganisation hofft, auch in Zukunft Mittel vom Auswärtigen Amt zu erhalten.

Vor kurzem sind zwei Mitarbeiter von Islamic Relief Worldwide wegen Antisemitismusvorwürfen zurückgetreten. In einer Presseerklärung kündigte die Organisation einen Reformprozess an.

Quelle. Fdsouche

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Deutschland: Somalier nach Messerangriff erschossen

26. 08. 2021

Symbolbild · *Bildquelle: LesObs*

Polizeibeamte haben in der hessischen Kleinstadt Groß-Gerau einen Mann erschossen. Gegen 21 Uhr waren mehrere Notrufe bei ihnen eingegangen.

„Bei der Festnahme wurden Schusswaffen gegen einen Verdächtigen eingesetzt“, teilte die Polizei mit. Der Mann wurde schwer verletzt und starb noch während der Behandlung durch einen Notarzt.

Mehrere andere Personen wurden schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht.

Es begann offenbar mit einem Familienstreit in einer Wohnung. Der 39-jährige somalische Vater griff seine Schwiegermutter und seine Frau (40) mit einem Messer an. Die Schwiegermutter wurde besonders schwer verletzt.

Der Frau gelang es, aus der Wohnung zu fliehen, doch der Ehemann verfolgte sie. Dann verletzte er zwei Nachbarn (43 und 46 Jahre alt), die seiner Frau zu Hilfe geeilt waren, mit dem Messer.

Die inzwischen alarmierte Polizei griff daraufhin zur Waffe und erschoss den 39-jährigen Mann.

Quelle: Bild

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Dramatischer demografischer Wandel in Deutschland bei Kindern im Schulalter: Mehrheit der Schüler in Hamburg hat Migrationshintergrund

25. 08. 2021

Fotoquelle: suedtiroler-freiheit.com (SYMBOLBILD)

An Hamburgs allgemeinbildenden Schulen haben von den rund 257.000 Kindern im Schuljahr 2020/2021 51,4 Prozent einen Migrationshintergrund. Während der demografische Wandel in Hamburg signifikant ist, vollzieht sich dieser Wandel auch im übrigen Deutschland, wenn auch langsamer.

Die Geburtenrate in Deutschland ist seit Jahren konstant. Im Durchschnitt bringen Frauen derzeit 1,53 Kinder zur Welt. Damit liegt Deutschland ziemlich genau im Mittelfeld der EU. **Eine Bevölkerung gilt als fortpflanzungsfähig, wenn die Geburtenrate mindestens 2,1 beträgt.**

„Ein Land mit Kindern ist ein Land mit Zukunft“, sagte der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU).

Dieses Deutschland ist weit entfernt von dem, was es war, als Kohl an der Macht war. Was sich seitdem deutlich verändert hat, ist die ethnische Zusammensetzung der Kinder und damit der zukünftigen Steuerbasis Deutschlands, was sich an der Zahl der Schüler unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund ablesen lässt. Die Junge Freiheit hat bei den Bundesländern Daten zur Demographie der schulpflichtigen Kinder angefordert und in den meisten Fällen die neuesten Zahlen erhalten.

Auffällig ist, dass in einigen Bundesländern junge Deutsche ohne ausländische Wurzeln nur eine knappe Mehrheit bilden. In Hamburgs allgemeinbildenden Schulen hat sich das Verhältnis bereits gegen sie gewendet. Von den rund 257.000 Kindern im Schuljahr 2020/2021 hatten 51,4 Prozent einen Migrationshintergrund. Nach der Definition der meisten Bundesländer ist dies der Fall, wenn ein Schüler im Ausland geboren wurde, ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist, das Kind eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt oder zu Hause eine „nichtdeutsche Herkunftssprache“ gesprochen wird.

In nordrhein-westfälischen Gymnasien liegt der Wert bei über 60 Prozent.

In Bremen hatten 44,8 Prozent der Kinder und Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen einen Migrationshintergrund. Wie in den meisten anderen Bundesländern lag der Anteil an den beruflichen Schulen mit 31,9 Prozent deutlich niedriger. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen lag der Anteil bei 39,3 Prozent. Betrachtet man jedoch die einzelnen Schularten, so gibt es erhebliche Unterschiede.

An den Gymnasien lag der Anteil der Schüler mit ausländischer Herkunft bei 62,5 Prozent, gefolgt von den Gesamtschulen (45,8 Prozent). An den Grundschulen lag dieser Anteil bei 44,9 Prozent. Dagegen machten Kinder und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln an den Gymnasien im westlichen Bundesland weniger als ein Drittel aus.

Knapp hinter Nordrhein-Westfalen folgt Berlin in der Rangliste mit dem höchsten Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. In der Hauptstadt lag der Wert bei den allgemeinbildenden Schulen bei 39,3 Prozent und bei den beruflichen Schulen bei 28 Prozent. In Hessen hatten 38,2 Prozent der Kinder und Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen ausländische Wurzeln.

In drei Bundesländern werden solche Daten nicht erfasst

In Schleswig-Holstein hatten im vergangenen Schuljahr 30 Prozent der 290.400 Kinder und Jugendlichen, die Grund-, Regional- und Gemeinschaftsschulen oder Gymnasien besuchten, ausländische Wurzeln. An den beruflichen Schulen lag der Wert mit 13 Prozent deutlich niedriger.

Baden-Württemberg belegt den siebten Platz. Von den rund 1.100.000 Schülern an allgemeinbildenden Schulen hatten 27,2 Prozent ausländische Vorfahren. Ähnlich hoch war der Wert an den beruflichen Schulen. Für Bayern lagen die Zahlen für das vergangene Schuljahr noch nicht vor.

In Rheinland-Pfalz liegt die Quote der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund auf einem ähnlichen Niveau. Sie liegt im Schuljahr 2020/2021 bei knapp über 23 Prozent in den allgemeinbildenden und 16,4 Prozent in den beruflichen Schulen. In den beiden übrigen

westdeutschen Bundesländern Niedersachsen und Saarland wird der Migrationshintergrund an den Schulen nicht ausgewiesen.

Eine Sprecherin des niedersächsischen Landesamtes für Statistik erklärte gegenüber der *Jungen Freiheit*, dass das Merkmal Migrationshintergrund zwar schon seit einigen Jahren in den entsprechenden Datensystemen vorhanden sei, die Werte aber noch nicht überprüfbar seien. Damit entsprächen sie nicht den qualitativen Anforderungen.

Dies sollte sich aber bald ändern. Im Saarland wird nur zwischen deutschen und ausländischen Studierenden unterschieden. Im vergangenen Jahr lag der Anteil nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher an den allgemeinbildenden Schulen dort bei 15,1 Prozent.

Erwartungsgemäß ist die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund in den neuen Bundesländern deutlich geringer als die der Schüler ohne ein entsprechendes Merkmal. Am niedrigsten ist der Wert in Brandenburg. Von den knapp 295.000 Kindern und Jugendlichen an allgemein- und berufsbildenden Schulen hatten im vergangenen Jahr 7,1 Prozent ausländische Wurzeln. In Mecklenburg-Vorpommern lag dieser Wert bei 7,4 Prozent an allgemeinbildenden Schulen und 8,7 Prozent an beruflichen Einrichtungen.

Es folgt Thüringen, wo dieser Anteil über alle Schulformen hinweg bei acht Prozent lag. In Sachsen lag der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund an den allgemeinbildenden Schulen bei 10,9 Prozent und an den beruflichen Schulen bei 7,3 Prozent. Wie das Statistische Landesamt in Sachsen-Anhalt mitteilt, unterscheidet das Land nicht zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, sondern nur zwischen deutschen und nichtdeutschen Schülern. 6,3 Prozent der knapp 200.000 Kinder und Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen waren demnach Ausländer. In den beruflichen Schulen lag der Anteil mit 7,1 Prozent etwas höher.

Deutschland ist nicht das einzige westliche Land mit einem dramatischen demografischen Wandel. In den Vereinigten Staaten stellen die Weißen inzwischen eine Minderheit der unter 18-Jährigen dar. Der Anteil der Weißen an der US-Bevölkerung ist von über 90 Prozent in den 1960er Jahren auf 57 Prozent gesunken.

Quelle: Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Österreich

05) Österreich: Die „Pandemie“ samt Schikanen ist vorbei! Aber nur für Kurz

29. 08. 2021

ÖVP-Parteitag | *Bild: Screenshot FB*

Es gehört schon ein gerüttelt Maß an Frechheit und Überheblichkeit dazu, für Herbst wieder neue Schikanen im Zuge der „Pandemiebekämpfung“ anzukündigen und gleichzeitig demonstrativ auf die selbst verordneten Maßnahmen zu pfeifen. So geschehen am Parteitag der ÖVP, wo Sebastian Kurz nach seiner an die obersten-sowjetartige 99,4-prozentigen Zustimmung sich von seinen Parteifreunden huldigen, küssen und herzen ließ, wie es älteren Leser von uns an Treffen zwischen Breschnew und Honecker noch in Erinnerung ist.

Die Klubobmann-Stellvertreterin des FPÖ und Ärztin Dr. Dagmar Belakowitsch findet dazu die passenden Wort:

„Die ÖVP hat heute ein deutliches Zeichen gesetzt: Kanzler Kurz und seine über 1.000 Parteifreunde haben vorgeführt, dass die Pandemie vorbei ist! Wenn die Schwarzen an ihrem Parteitag keine Regeln einhalten müssen (Abstand, Maske, Händeschütteln, Umarmen, Abbusseln), dann braucht das der Rest Österreichs wohl auch nicht mehr zu machen in den Supermärkten, am Arbeitsplatz, an den Universitäten und in den Schulen, oder?“

#

Inwieweit die Kurz'schen Versprechungen überhaupt noch ernst zu nehmen sind, beweist die Montage (hier unten). Vor genau zwei Monaten kündige Kurz noch an, dass die „Pandemie für Geimpfte" praktisch vorüber sei. Beim vor wenigen Tagen stattgefunden „Donauinselfest" entpuppten sich die Worte von Kurz einmalmehr als Lügen.

Wenn es gilt, Stimmung für Impfungen zu machen, werden im Dienst von ‚Big-Pharma' Lockerungen versprochen. Hingegen wird der Schalter von „Lockerung" wieder auf

„Disziplinierung“ umgelegt, wenn man den Weisungen von Gesellschaftskonstrukteuren wie dem Gründer des *World Economic Forum (WEF)*und Globalsten Klaus Schwab, zu folgen hat.

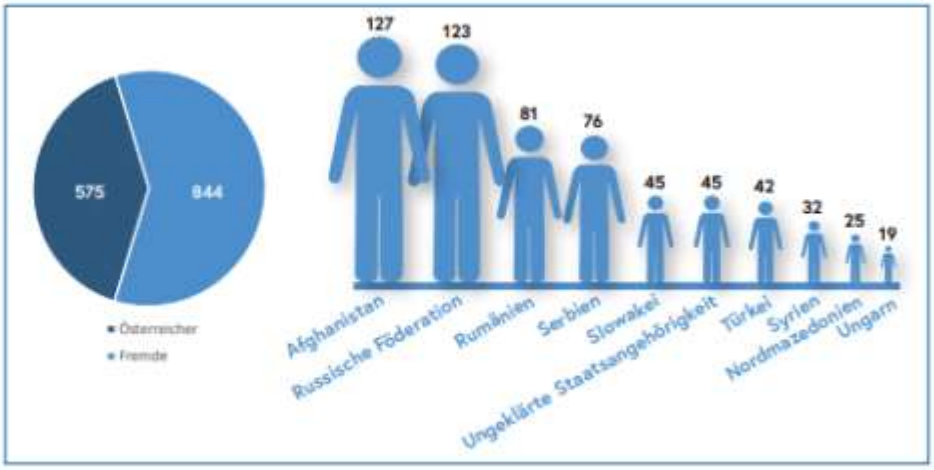
Erteilt hier Schwab dem jungen Kanzler Kurz Weisungen wie es lang zu gehen hat?

06) Statistik Raubüberfälle Österreich 2018: 59,48 % Ausländer, bei „nur“ 15,3 % Bevölkerungsanteil – allen voran Afghanen

26. 08. 2021

Bildquelle: FDS

844 Tatverdächtige waren Fremde. Davon stammten 127 aus Afghanistan, 123 aus der Russischen Föderation und 81 aus Rumänien.



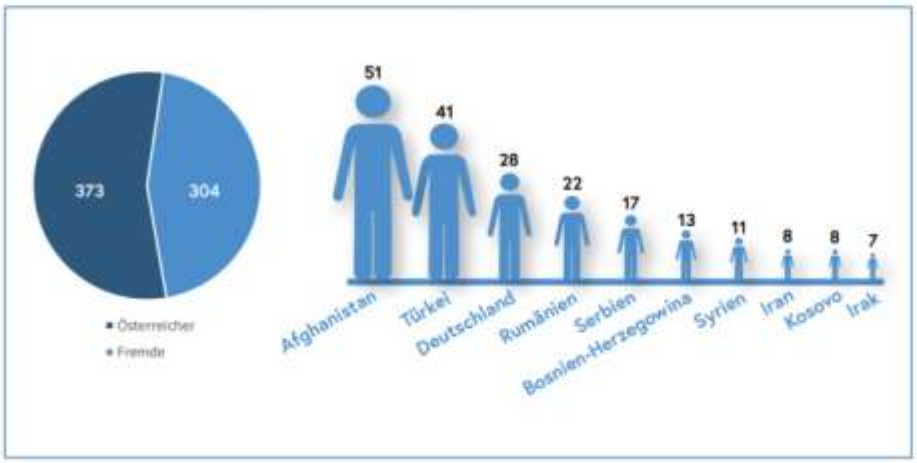
Raub vollendet: Tatverdächtige – Top-10-Nationalitäten 2018

Man geht sicher nicht fehl, unter den „Angehörigen der Russischen Föderation“ vor allem Tschetschenen zu verstehen, die in Österreich eine besonders hohe „Asylquote“ erreicht haben.

Ferner:

16,78% der ausländischen Vergewaltigungsverdächtigen sind Afghanen, während sie nur 0,48% (!) der Gesamtbevölkerung in Österreich ausmachen

373 der 677 Tatverdächtigen stammten aus Österreich, 51 aus Afghanistan und 41 aus der Türkei.



Tatverdächtige Vergewaltigung: Österreicher/Fremde – Top-10-Nationalitäten 2018

Quelle: Statista / Statistik / Österreichische Bundesregierung: Bundeskriminalamt 2018 – Bundesministerium für Inneres

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Der „Neger“ im österreichischen Recht – damals und heute

26. 08. 2021

Zeitungs aus 1965

In George Orwell's Klassiker der Weltliteratur „1984" erklärt der Protagonist der Handlung, Winston Smith, dass er im Wahrheitsministerium in dem er arbeitet, am Adaptieren der Vergangenheit an die Gegenwart mitwirke. Nicht dürfe an Relikten oder Wissen vergangener Zeiten übrigbleiben, was nicht dem zeitgeistkonformen Vorgaben des „Großen Bruders" entsprach. Die Begründung dazu liefert uns ebenfalls Orwell: „Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft; wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit."

Ein Musterbeispiel einer derartigen orwellschen Vorgangsweise, um nicht zu sagen Dokumentenfälschung, liefert uns das österreichische „Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS)".

Dazu ein Beispiel:

Im Jahre 1968 wurde behördlicherseits die Zustimmung zu einer Ehe einer Österreicherin mit einem, wir zitieren wörtlich, „Kongoneger" verweigert. Die Begründung dazu:

„Die Eheschließung einer minderjährigen Österreicherin mit einem Kongoneger ist mit einem vielfältigen Risiko belastet, für welches weder der Vormund noch das Gericht die Verantwortung übernehmen können, daher keine Ersetzung er einer verweigerten Zustimmung."

Das entsprechende Dokument wurde dann 1997 digitalisiert (seihe unten) uns für jeden zugänglich gemacht. Im Jahr 2013 (19.12.2013) fand dann eine „Aktualisierung" statt. Seitdem liest es sich so:

„Die Eheschließung einer minderjährigen Österreicherin mit einem 24-jährigen Kunststudenten (Staatsbürger der Republik Kongo) ist mangels hinreichender finanzieller Sicherheit und wegen erhöhter Konfliktsmöglichkeiten mit einem vielfältigen Risiko belastet, für welches weder der Vormund noch das Gericht die Verantwortung übernehmen können, daher keine Ersetzung einer verweigerten Zustimmung."

Die Originalversion aus 1968 findet sich noch im 1997 digitalisierten Dokument:

Justiz (OGH, OLG, LG, BG, OPMS, AUSL)

Druckansicht

Verweis auf diesen Rechtssatz: RIS - Justiz - Rechtssatz für 6Ob145/68

Gericht
OGH

Hauptdokument

Dokumenttyp
Rechtssatz

Rechtssatznummer
RS0056363

Geschäftszahl
6Ob145/68

Entscheidungsdatum
22.05.1968

Norm
EheG §3 Abs3

Rechtssatz

Die Eheschließung einer minderjährigen Österreicherin mit einem Kongoneger ist mit einem vielfältigen Risiko belastet, für welches weder der Vormund noch das Gericht die Verantwortung übernehmen können, daher keine Ersetzung einer verweigerten Zustimmung.

Entscheidungstexte

- 6 Ob 145/68
  Entscheidungstext OGH 22.05.1968 6 Ob 145/68
  Veröff: JBl 1968,570

Dokumentnummer
JJR_19680522_OGH0002_0060OB00145_6800000_001

Hier die „aktualisierte“ Version < https://ris.bka.gv.at/default.aspx> von 2013:

RECHTSINFORMATIONSSYSTEM DES BUNDES RIS

Justiz (OGH, OLG, LG, BG, OPMS, AUSL)

Gericht
OGH

Dokumenttyp
Rechtssatz

Rechtssatznummer
RS0056363

Geschäftszahl
6Ob145/68

Entscheidungsdatum
22.05.1968

Norm
EheG §3 Abs3

Rechtssatz
Die Eheschließung einer minderjährigen Österreicherin mit einem 24-jährigen Kunststudenten (Staatsbürger der Republik Kongo) ist mangels hinreichender finanzieller Sicherheit und wegen erhöhter Konfliktsmöglichkeiten mit einem vielfältigen Risiko belastet, für welches weder der Vormund noch das Gericht die Verantwortung übernehmen können, daher keine Ersetzung einer verweigerten Zustimmung.

Entscheidungstexte
- 6 Ob 145/68
  Entscheidungstext OGH 22.05.1968 6 Ob 145/68
  Veröff: JBl 1968,570

European Case Law Identifier (ECLI)
ECLI:AT:OGH0002:1968:RS0056363

Im RIS seit
15.06.1997

Zuletzt aktualisiert am
19.12.2013

Dokumentnummer
JJR_19680522_OGH0002_0060OB00145_6800000_001

Schweiz

08) Christoph Blocher will seinen Kampf gegen die EU fortsetzen und lehnt jede andere Vereinbarung ab

29. 08. 2021

Christoph Blocher · *Bildquelle: LesObs*

Der ehemalige Bundesrat Christoph Blocher (SVP) hat am politischen Tag der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Action pour une Suisse indépendante et neutre, ASIN) zum Kampf gegen ein neues Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU aufgerufen. Er will die Kräfte unter seiner Führung vereinen.

Christoph Blocher hat sich für einen Zusammenschluss der Kräfte zwischen der ASIN und dem Komitee „EU-Nein“ ausgesprochen, um die Kampfkraft zu stärken. Er selbst beabsichtigt, diese Arbeitsgruppe zu leiten: Da er viele Jahre lang den Vorsitz beider Organisationen innehatte, kennt er deren Stärken und Schwächen, sagte er in seiner schriftlichen Rede.

Die Gefahr einer institutionellen Anbindung der Schweiz an die EU sei zwar vorerst gebannt, aber nicht verschwunden, so Blocher. „Wir haben einen Schritt gemacht. Aber die Mehrheit der politischen Klasse will nach wie vor die automatische Übernahme des Rechts, das Entscheidungsrecht fremder Richter und die Unterzeichnung eines verräterischen Abkommens, das mit der ‚Guillotine‘-Klausel faktisch ein Kündigungsverbot bedeutet.“

Quelle: Les Observateurs

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Kanton Waadt: Anwalt appelliert im Namen eines Hundes

27. 08. 2021

Pomeranian (Symbolbild) · *Foto: Jpkollman / Wikimedia CC0*

Lokum, ein Pomeranian, wurde mit falschen Papieren aus der Türkei eingeführt, was sein Besitzer nicht wusste.

Das Waadtländer Veterinäramt hatte beschlossen, den Pomeranian einzuschläfern, da es den Verdacht hatte, dass er an Tollwut erkrankt war. Der Anwalt seines Besitzers, Romain Jordan, hatte im Namen seines Mandanten, aber auch des Hundes selbst, Einspruch gegen das Urteil eingelegt.

„Wenn ich mich nicht irre, ist dies der erste Fall in der Schweizer Justizgeschichte“, sagte Jordan. Das Interesse besteht darin, „den Hund als unmittelbaren Träger von Rechten als nicht-menschliche Person zu etablieren, ohne dass es auf den materiellen Besitz einer Sache durch seinen Besitzer ankommt“. Er argumentiert, dass Lokum als empfindungsfähiges Wesen gilt, und zitiert dazu ausländische Rechtsprechung: In

Argentinien wurde 2014 und in Kolumbien 2017 ein Orang-Utan und ein Bär als nichtmenschliche Personen anerkannt.

Der angefochtene Waadtländer Entscheid sah vor, dass Lokum bis zum 23. August in die Türkei (aus der er mit gefälschten Papieren eingeführt worden war) zurückgeschickt wird, falls der Tollwutverdacht bestehen bleibt. Andernfalls sollte er am 24. eingeschläfert werden. Am 25. wurde er eingeschläfert, allerdings aus einem anderen Grund: Er befand sich in einem kritischen Zustand, nachdem er sich vermutlich mit dem Parvovirus angesteckt hatte. Dieser Zeitplan „überrascht“ Herrn Jordan, der die rasche Verschlechterung des Gesundheitszustands des Hundes für „unerklärlich“ hält. Der Kantonstierarzt Giovanni Peduto, dem die Ergebnisse der Autopsie noch nicht vorliegen, weist darauf hin, dass die illegal eingeführten Tiere im Allgemeinen schlechten Zucht- und Transportbedingungen ausgesetzt waren, die sie geschwächt und dem Tod ausgesetzt haben. „Dieses Tierschutzproblem zeigt, wie wichtig es ist, illegale Einfuhren zu bekämpfen“.

Der Anwalt, ein Verfechter des Tierschutzes, will nun beantragen, dass seine Berufung trotzdem bearbeitet wird: Er möchte eine Entscheidung in der Sache.

Fachleute sind hingegen skeptisch gegenüber den Erfolgsaussichten des Antrags. François Bellanger, Professor an der Universität Genf, stellt fest, dass ein Tier „keine Person ist“. Es handelt sich um eine bewegliche Sache im Sinne des Zivilrechts, auch wenn diese Qualifikation seit einigen Jahren umstritten ist. Sie ist daher nicht rechtsmittelfähig. Thierry Tanquerel, Honorarprofessor an der UNIGE, stimmt dem zu: „Ich sehe es als eine Kommunikationsmaßnahme, um die Rechtsprechung in Gang zu bringen.

Quelle: 20min.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Polen

01) Polen: Soros-finanzierter Aktivist zusammen mit 12 anderen wegen Zerstörung des Grenzzauns verhaftet

30. 08. 2021

Der Nachrichtensender TVP Info hat ein Video von der polnisch-weißrussischen Grenze aufgenommen.

Ein von George Soros finanzierter Aktivist wurde wegen der Zerstörung des polnischen Grenzzauns zu Weißrussland verhaftet

Unter den 13 Personen, die wegen der Zerstörung des polnischen Grenzzauns zu Weißrussland festgenommen wurden, befindet sich Bartosz Kramek, ein bekannter Aktivist der Stiftung „Offener Dialog“ mit Verbindungen zu George Soros.

Der Vorfall, bei dem die Aktivisten laut Polizei den Stacheldrahtzaun an der polnisch-weißrussischen Grenze durchbrochen haben, wurde vom Grenzschutz in den sozialen Medien beschrieben.

„Beamte des Grenzschutzes haben zusammen mit polnischen Soldaten eine Gruppe von 13 Personen (12 polnische und 1 niederländischer Staatsbürger) festgenommen, die technische Blockaden an der Grenze zu Weißrussland zerstörten. Unter den Festgenommenen befindet sich Bartosz K. Gegen die Beteiligten wird ein Verfahren eingeleitet“, erklärte der polnische Grenzschutz.

Bartosz K. ist Bartosz Kramek – ein Aktivist der Stiftung „Offener Dialog“, die von George Soros mitfinanziert wird. Kürzlich rief Kramek in der polnischen *Gazeta Wyborcza* die Menschen dazu auf, die Befestigungen an der polnischen Grenze zu zerstören.

„Wir werden im Geiste des zivilen Ungehorsams protestieren“, schrieb er. Kramek betonte, dass man die Migranten nicht einfach an der Grenze verrotten lassen dürfe. „Lasst uns

hingehen und diese Drähte symbolisch niederreißen. Wir sollten protestieren, aktiv und entschlossen. Barrieren sind nur in unseren eigenen Köpfen“.

Leutnant Anna Michalska vom polnischen Grenzschutz sagte der Polnischen Presseagentur, dass auch zwei Fahrzeuge gefunden wurden, die den Zaun an der Grenze aufreißen sollten.

„Der Zaun sollte an den Fahrzeugen befestigt und dann aufgerissen werden“, erklärte sie und fügte hinzu, dass die Polizei nun weitere rechtliche Schritte gegen die Festgenommenen einleiten werde.

Innenminister Mariusz Kamiński erklärte auf Twiiter, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

„Die Situation, die sich an unserer Grenze ereignet hat, ist absolut inakzeptabel. Die Täter, die den Zaun durchbrochen haben, wurden vom Grenzschutz festgenommen und werden alle angemessenen rechtlichen Konsequenzen für ihre Handlungen tragen. Wir werden auf ähnliche Taten mit der gleichen Entschlossenheit reagieren“.

Andere Kommentatoren wiesen darauf hin, dass sich die Täter der Konsequenzen ihres Handelns durchaus bewusst waren und ihre Strafe für sie lediglich ein Mittel zum Zweck sein wird. Außerdem wurden mehrere Videos von dem Vorfall ins Internet gestellt.

„Putin und Lukaschenko sind nützliche Idioten. Jetzt stehen sie an der Grenze.“

Quelle: TVP.INFO

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Polen: Wird es vorgezogene Neuwahlen geben?
Sprecher Terlecki spekuliert und weist auf den „Vorfrühling“ hin

26. 08. 2021

Ryszard Terlecki · *Foto: Adam Chelstowski / Forum*

Nachdem die Sejm-Abgeordnete Elżbieta Witek (Pis) die Wiederaufnahme der Abstimmung über die so genannte TVN-Legislative angekündigt hatte, dank derer die Regierungspartei das Gesetz verabschieden konnte, stellte die Opposition einen Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen den Sejm-Präsidenten. Könnte der Verlust des Amtes eines PiS-Politikers vorgezogene Neuwahlen bedeuten? Der stellvertretende Parlamentspräsident Ryszard Terlecki kommentiert die Angelegenheit.

In *Głos Nowej Huty* verweist Ryszard Terlecki auf die rechtlichen und politischen Bedingungen des Misstrauensvotums zur Entlassung des Sejm-Präsidenten. Damit der Antrag die von der Opposition beabsichtigte Wirkung entfalten kann, „bedarf es eines so genannten konstruktiven Misstrauensvotums, d.h. einer Kombination aus einem Antrag auf Entlassung des Parlamentspräsidenten mit der gleichzeitigen Nennung eines Kandidaten für diese Funktion. Damit dies möglich ist und die Opposition eine Chance auf eine Mehrheit bei den Wahlen hat, müssen alle Oppositionsgruppen zusammenarbeiten, d.h. die Plattform, die Linke, die Partei von Holownia, die PSL und die Konföderation“.

Terlecki weist auf die Schwierigkeiten hin, mit denen die Opposition konfrontiert sein könnte, wenn sie sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen muss. „Ein Teil der Plattform würde gerne Kidawa-Błońska aufstellen, und Tusk ist bereit, diese Idee zu akzeptieren. Das

Problem ist jedoch, dass es eifrigere Kandidaten gibt: Budka, der um jeden Preis jemand Wichtiges sein möchte; Nitras, der von einer Karriere an der Seite Trzaskowskis träumte und dessen Pläne nun von Tusk durchkreuzt wurden; Tomczyk, dem der Vorsitz des PO-Klubs entzogen wurde, sowie mehrere weibliche Abgeordnete, die denken, wenn Kidawa es sein kann, warum nicht auch sie? – Wir können auf dem Facebook-Profil der PiS-Polik lesen. Laut Terlecki haben auch Władysław Kosiniak-Kamysz, Piotr Zgorzelski und Włodzimierz Czarzasty Ambitionen auf das Amt des Vorsitzenden.

Sollte der Misstrauensantrag jedoch angenommen werden, würde dies die Aussicht auf vorgezogene Neuwahlen bedeuten. Wie der stellvertretende Sejm-Sprecher anmerkt, wäre in einem solchen Fall „die PiS nicht in der Lage, im Sejm Gesetzesentwürfe einzubringen, die zur Umsetzung bestimmter Elemente der polnischen Ordnung notwendig sind, und die Opposition würde versuchen, nachfolgende Minister zu entlassen“.

„Angesichts eines solchen Szenarios wäre die einzige Lösung ein Antrag auf Selbstauflösung des Sejm, und die Wahlen würden wahrscheinlich im Frühjahr stattfinden. Solange die PiS jedoch die Mehrheit der Stimmen im Sejm hält, sollte man mehr an die Arbeit für die weitere Entwicklung Polens denken als an den Wahlkampf, der zwei Jahre vor dem Zeitplan liegt“, so Terlecki abschließend.

Quelle: PCh24.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien

03) Tschechischer Premierminister spricht in seinem neuen Buch über Konflikt und Freundschaft (Update)

31. 08. 2021

Andrej Babiš · *Foto: MTI/Martin Divisek*

Andrej Babiš ist stolz darauf, Migrantenquoten zu vereiteln und Familien zu schützen

In einem neu erschienenen E-Book mit dem Titel **„Sdílejte, než to zakážou" („Teilen Sie es, bevor es verboten wird!")** erinnert sich der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš an seine Kämpfe seit seinem Eintritt in die tschechische Regierung im Jahr 2014 und spricht über die Freundschaften, die er auf seinem Weg geschlossen hat. Das Buch, das in einem direkten und unprätentiösen Stil geschrieben ist, ist charakteristisch für Babiš' leicht exzentrische und egozentrische Herangehensweise an Zeitgeschichte und Politik, die ihn bei den einen so beliebt und bei den anderen unbeliebt macht.

Das Buch beginnt mit der Diskussion der Ereignisse rund um die europäische Migranteninvasion 2015 und wie die europäischen Institutionen versucht haben, den Mitgliedsstaaten Migrantenquoten aufzuzwingen. Er erwähnt, dass nach den Plänen der Kommission in der ersten Welle 120.000 Migranten aus dem Nahen Osten, die in griechischen und italienischen Lagern konzentriert waren, auf die Mitgliedsstaaten verteilt werden sollten, wobei die Tschechien 1863 aufnehmen sollten. Diese Zahl hätte sich innerhalb von zwei Jahren auf fast 3000 Migranten erhöht. Der Plan der EU wurde laut Babiš durch die gemeinsame Haltung der Visegrad-4-Länder (V4) vereitelt: Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen.

Er schreibt über tschechische linke Europaabgeordnete, die durch ihre Unterstützung der Migrantenquoten „gegen ihr eigenes Land gestimmt haben" und die sogar eine Petition an die Kommission gerichtet haben, um Tschechien für seine Ablehnung dieser Pläne zu bestrafen. Die Kommission hatte die Methode von Zuckerbrot und Peitsche gegen Andersdenkende angewandt und versucht, sie einerseits mit Vertragsverletzungsverfahren

einzuschüchtern und andererseits mit Subventionen für Migranten zu bestechen. Sie versuchten unerbittlich, den Mitgliedsstaaten Migrantenquoten aufzuzwingen, aber ihre Pläne scheiterten schließlich.

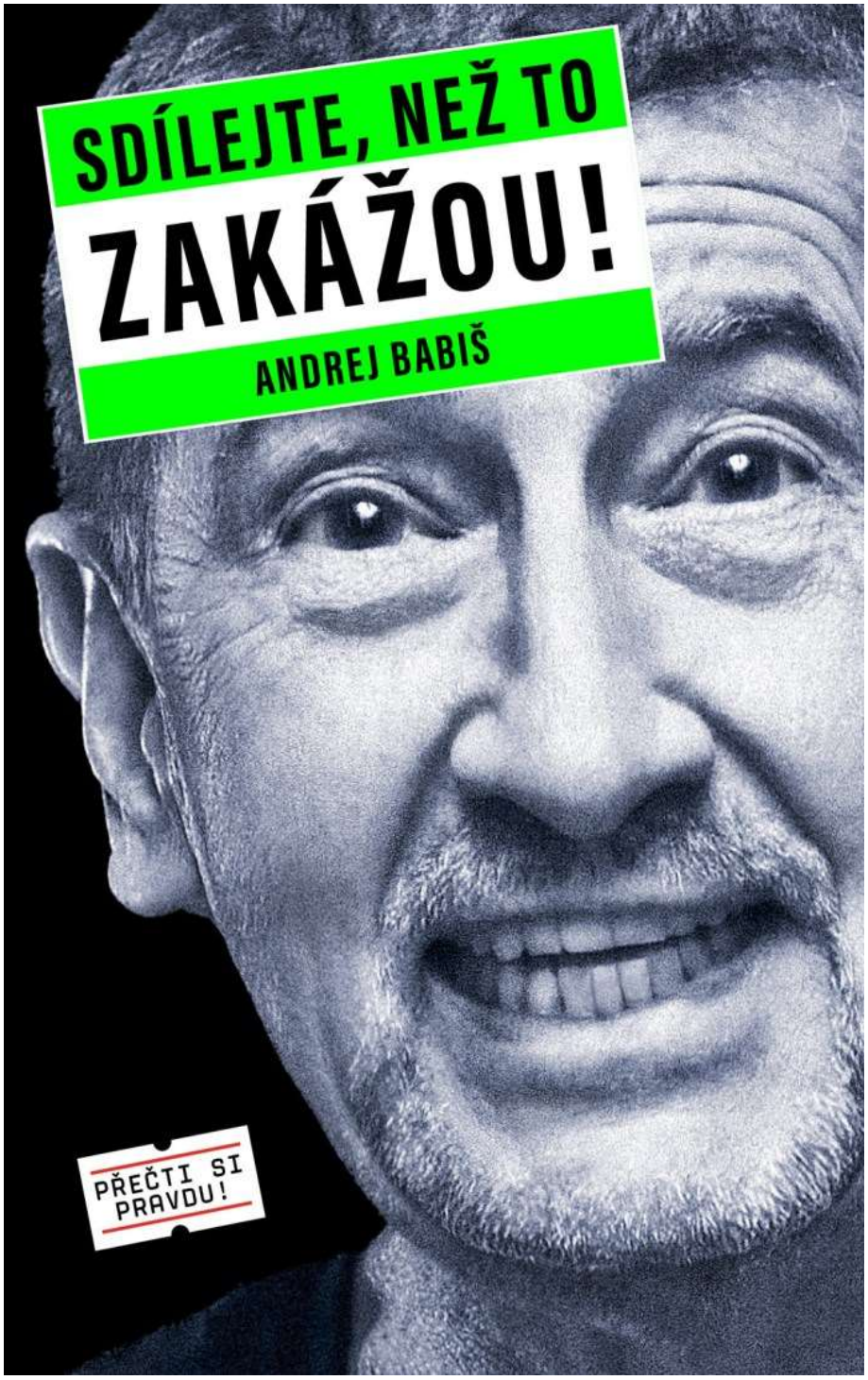
Babiš schreibt dieses Ergebnis der V4 zu und erwähnt den ungarischen Premierminister Viktor Orbán als denjenigen, der in diesem Kampf besonders aktiv war. Er beschreibt, wie der Kampf gegen illegale Migration eine Freundschaft zwischen den beiden Politikern schmiedete. Orbán hatte sogar mit ein paar eigenen Absätzen zu Babiš' Buch beigetragen und daran erinnert, wie sich mitteleuropäische Länder wie seines gegen die versteckten Pläne Brüssels, Europa mit muslimischen und afrikanischen Migranten zu überfluten, zusammengeschlossen haben. Er nennt seine Beziehung zum tschechischen Premierminister eine Freundschaft, die im Kampf geschmiedet wurde, und beschreibt Babiš als einen ungewöhnlichen Politiker, der nicht an messianischen Ideologien interessiert ist, sondern sich eher mit einfacheren Dingen wie Nation und Familie beschäftigt. Orbán glaubt, dass die gegenwärtige europäische Politik durch eine Verwässerung innerhalb des Mainstreams und durch obsessive politische Korrektheit gekennzeichnet ist, wo Akte der Tapferkeit selten sind. „Ungarn und die V4 können sich glücklich schätzen, einen mutigen Mann an der Spitze der Tschechischen Republik zu haben", so Orbán abschließend.

Der tschechische PM erinnert an Vorfälle in westeuropäischen Ländern, die seine schlimmsten Befürchtungen über die Migranteninvasion bestätigt haben. Er erwähnt die massenhaften sexuellen Übergriffe und Gewalttaten in Deutschland in der Silvesternacht 2015, als über 1200 Frauen überfallen und ausgeraubt wurden. Er erinnert auch an zwei tschechische Opfer von Verbrechen im Zusammenhang mit Migranten. Das erste war das sechzehnjährige tschechische Mädchen, das von einem Mann vergewaltigt wurde, der mit dem Zug aus Deutschland kam. All das, weil Europa seine Grenzen ignoriert, meint Babiš. Und jenen, die argumentieren, dass auch tschechische Täter Vergewaltigungen begangen haben, entgegnet er: Ich spreche von diesem Mädchen und ihrem Leid, das völlig hätte verhindert werden können, wenn der Schutz von Schengen funktioniert hätte. Babiš erinnert auch an Naďa Čižmár, eine tschechische Frau, die bei dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016 getötet wurde, als ein muslimischer Terrorist einen Lastwagen in eine Menschenmenge fuhr und zwölf Menschen tötete. Sie hinterließ ein fünfjähriges Kind.

Neben einer Reihe anderer Themen weist Babiš auf das Problem der negativen Demografie in seinem Land hin. „Kinder, die jetzt geboren werden, sind anders als wir", meint Babiš, „sie sind freier und offener." Die durchschnittliche tschechische Frau bekommt 1,7 Kinder und müsste mehr als zwei bekommen, um den Niedergang der Nation zu stoppen, wo das Durchschnittsalter der Bevölkerung derzeit bei 42,5 Jahren liegt. Babiš verweist auf das ungarische Modell der Familienpolitik als Vorbild, dem er folgen will, nämlich Steuererleichterungen für Familien mit Kindern und Hilfe bei Hypotheken oder beim Kauf eines Familienautos. Dennoch müsse seine Regierung weiter gehen als nur finanzielle Anreize, erklärt er. Babiš' Ziel ist es, ein System zu schaffen, in dem Mütter mit mehreren Kindern eine bessere Chance haben, sich auf ihre Karrieren zu konzentrieren. Babiš schlägt vor, Senioren, vor allem Großeltern, einzubeziehen, die eine zentrale Rolle bei der Kindererziehung spielen könnten, und er verspricht, dies durch finanzielle Anreize zu erreichen. Für Eltern, die es vorziehen würden, in den ersten Jahren bei ihren Kindern zu bleiben, verweist er auf die Tatsache, dass in Tschechien Frauen ein Elternsabbatical von vier Jahren haben, statt nur ein paar Monate wie in den meisten westlichen Ländern.

Quelle: Remix News

Das Buch in tschechischer Originalsprache ist in EPUB-, MOBI- und PDF-Format erhältlich hier:



Von UNSER MITTELEUROPA erstellte Übersetzungen: Deutsch und Spanisch.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn

04) Treffen Orbán-Meloni: Wir müssen dem wachsenden Migrationsdruck widerstehen

29. 08. 2021

Viktor Orbán und Giorgia Meloni · *Foto: Instagram*

Ministerpräsident Viktor Orbán hat sich in Rom mit der Vorsitzenden der italienischen Partei Fratelli d'Italia, Giorgia Meloni, über die Lage der europäischen Rechten und die erneute Bedrohung durch die Migration unterhalten, wie der Pressechef des Ministerpräsidenten, Bertalan Havasi, am Samstag gegenüber der ungarischen Presseagentur MTI erklärte.

Die beiden Parteivorsitzenden erklärten:

Ihr gemeinsames Ziel ist es, die Rechte wieder zur größten politischen Kraft in Europa zu machen.

Bei dem Treffen, an dem auch die stellvertretende Fidesz-Vorsitzende für internationale Angelegenheiten Katalin Novák teilnahm, wurde die Frage des zu erwartenden Migrationsdrucks infolge des Zusammenbruchs Afghanistans erörtert.

Man war sich einig, dass eine Massenüberführung nicht die Lösung ist, sondern dass man Hilfe ins Land bringen sollte.

Die europäischen Länder müssen sich dem zunehmenden Migrationsdruck aus verschiedenen Richtungen widersetzen, sowohl an Land als auch auf See, so Bertalan Havasi.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) EU-Kommission: Vorerst kein Verfahren gegen Ungarn

Von Bettina Nemes

28. 08. 2021

Quelle: MTI

Die EU-Kommission sollte aufgrund einer „Drohung“ des Europäischen Parlaments bis Ende August ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ungarn einleiten.

Die Kommission wird dies jedoch nicht tun, weil sie abwarten will, um sicher zu gehen, berichtet Euronews. Dies wiederum könnte zu einem Streit zwischen den beiden EU-Institutionen führen.

Das neue Verfahren zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit sieht vor, dass EU-Ländern Mittel aus dem Gemeinschaftsbudget gekürzt werden können, wenn wegen Rechtsstaatsverstößen ein Missbrauch der Gelder droht. Die Kommission beharrt darauf, dass es sich um ein „Instrument der letzten Instanz“ handelt, betonte ihr Sprecher Balázs Ujvári.

Im Juni hatte der Präsident des Europäischen Parlaments ein Schreiben an die Präsidentin der Kommission gerichtet, in dem er darum bat, den Mechanismus innerhalb von zwei

Monaten in Kraft zu setzen. Sollte dies nicht geschehen, drohe das Parlament mit der Einleitung eines Gerichtsverfahrens, um den Mechanismus auszulösen. Diese Frist ist nun abgelaufen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der BUDAPESTER ZEITUNG, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Tamás Fricz: Es ist Zeit, über den Huxit zu sprechen. Die rechte Seite: Kommentar zum Verhältnis Ungarn-EU

Von Tamás Fricz

27. 08. 2021

Tamás Fricz · *Foto: Derzsi Elekes Andor/ Wikimedia*

Ich weiß, es gilt als Tabubruch, aber jemand muss dieses Wort einmal nicht bloß zur Abschreckung niederschreiben: Huxit. Damit ist nach dem Vorbild des Brexit der freiwillige, souveräne Austritt Ungarns aus der EU gemeint.

Besonders nach den heftigen westlichen Angriffen in Zusammenhang mit unserem Kinderschutzgesetz sollte endlich begonnen werden, über die Frage nachzudenken, ob wir einen Huxit brauchen.

Scheideweg erreicht

Ich behaupte nicht, dass wir ihn brauchen würden. Im Juli 2021 ist es aber an der Zeit, einmal ernsthaft über unseren eventuellen Austritt aus der EU nachzudenken. Die Staatengemeinschaft blutet aus tausend Wunden, zeigt immer mehr imperiale Symptome und benimmt sich gegenüber den ost- und mitteleuropäischen Staaten zunehmend herablassender und arroganter. Wir haben einen Scheideweg erreicht.
Die globalistische Finanzelite und die von ihr geleiteten EU-Institutionen, also die EU-Kommission, das Europäische Parlament, der Europäische Gerichtshof und in Teilen der Europarat sind fest entschlossen, uns eine Lektion zu erteilen. Ja mehr noch: Sie wollen uns bestrafen. Sie wollen an unserem Lebensnerv sägen, wenn wir nicht tun, was sie uns diktieren.
Ihre Ultima Ratio ist der Entzug von uns zustehenden EU-Geldern. Katarina Barley, eine Vize-Präsidentin der Kommission, machte – neben George Soros und seinen Anhängern – kein Hehl daraus, als sie erklärte, dass man renitente Länder wie Ungarn und Polen finanziell aushungern müsse.Was spricht also für einen Verbleib in der Union und was spricht dagegen? Es ist sinnvoll, diese Frage aus politischer, wirtschaftlicher, kultureller, werteorientierter und militärischer Perspektive zu untersuchen.

Was spricht für einen Verbleib in der Union?

Aus politischer Perspektive spricht für einen Verbleib, dass die EU-Mitgliedschaft jedem ungarischen Bürger das gute Gefühl gibt, Mitglied eines entwickelten, demokratischen und auf der Gemeinschaft freier Nationen gründenden Westens zu sein, nach dem wir uns immer gesehnt haben und bei dem wir uns nach 40 Jahren Kommunismus endlich am Ziel wähnten. Es ist ein erhebendes Gefühl, zu einer der modernsten Gemeinschaften der Welt zu gehören. Sich nach gut 15 Jahren von diesem Gefühl zu verabschieden, ist nur angesichts sehr starker und nachdrücklicher Gründe akzeptabel.
Gibt es derzeit solche Gründe? Ganz klar: es gibt sie! Nämlich die Tatsache, dass die angebetete Staatengemeinschaft ihre Prioritäten zwischenzeitlich gründlich verändert hat. Die globalistischen, liberalen Eliten wollen die Union in ein völlig anderes Gebilde verwandeln, als sie bisher war.

Vor anderthalb Jahrzehnten traten wir einer Gemeinschaft freier und souveräner Staaten bei. Jetzt wiederum entsteht mit Hochdruck ein superföderales, sich die Nationalstaaten unterwerfendes imperiales Europa. Die Vereinigten Staaten von Europa sollen geschaffen werden.
Unser wichtigstes Ziel und unsere Hoffnung waren es, dass wir nach der sowjetischen Gewaltherrschaft unseren weiteren Weg als souveräne, unabhängige Nation gehen können. Genau das gerät nun aber in Gefahr. Wenn jetzt wieder jemand damit beginnt, uns zu diktieren, was wir tun sollen, dann verliert die EU-Mitgliedschaft für uns ihren Wert.

Das Interesse Ungarns …

Soeben hat eine einjährige Konferenz- und Diskussionsreihe über die Zukunft der Union begonnen. Schon jetzt ist allerdings klar zu erkennen, dass die Mainstream-Kreise die Verwirklichung des oben erwähnten Ziels in den Mittelpunkt der Diskussionen stellen. Ganz zu schweigen von den eingebauten Sicherungen, wonach die diese Diskussionsreihe leitenden EU-Institutionen die Diskussion moderieren und ihnen nicht genehme Meinungen einfach unter den Tisch fallen lassen können.

Es ist ein erschreckend klares Signal, dass das koordinierende Gremium der Diskussionsreihe von Guy Verhofstadt geleitet wird, der ein überzeugter, verblendeter Globalist und Orbán-Hasser ist. Die bezüglich der Diskussion entstandene sogenannte

Spinelli-Gruppe – benannt nach einem italienischen Erz-Kommunisten – hat sich offen die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa als Ziel gesetzt. Natürlich müssen wir uns mit größter Kraftanstrengung an dieser Diskussion beteiligen. Wenn jedoch das Endergebnis für uns unannehmbar ist, dann ist es nicht sicher, ob es das Interesse Ungarns ist, sich den imperialen und globalistischen Bestrebungen weiter zu beugen.

EU-Gelder sind auch Kompensationszahlungen

Aus wirtschaftlichem Blickwinkel spricht für unseren Verbleib in der Union, dass wir Nettoempfänger von EU-Geldern sind. Jetzt geht es gerade um den Zugang zu den Geldern des EU-Wiederaufbaufonds in Höhe von 2.500 Mrd. Forint. Den uns zustehenden Anteil will man uns jedoch vorenthalten.

Das Bild ist aber nur dann vollständig, wenn wir berücksichtigen, dass Ungarn parallel zum EU-Beitritt auf beträchtliche Zolleinnahmen und den Schutz der ungarischen Unternehmen verzichtet hat. Wir haben unseren Markt geöffnet für westliche Waren und Investoren, die regelmäßig einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Gewinne in ihre Heimatländer transferieren.
Wir sollten weiterhin nicht vergessen, dass die westeuropäischen Länder nach dem Krieg im Rahmen des amerikanischen Marshall-Plans riesige Finanzhilfen erhielten, die zum Aufblühen ihrer Volkswirtschaften beitrugen. Die in den 1970er und 80er Jahren aufgenommenen Länder, also Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und Dänemark, traten noch einer prosperierenden Union bei. Als wir jedoch 2004 zusammen mit neun weiteren Ländern beitraten, befand sich die Staatengemeinschaft nicht mehr in einem so guten wirtschaftlichen Zustand, was sich nicht zuletzt in verringerten Transferzahlungen äußerte.

Scheinargumente

Das vielleicht schwerwiegendste wirtschaftliche Argument gegen einen Austritt ist aber, dass sich die westlichen Firmen dann von uns abwenden und die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen leiden würden.

So könnte es angeblich dazu kommen, dass etwa Audi, BMW und Mercedes ihre hiesigen Fabriken wegverlagern würden. Das hört sich abschreckend an. Könnte es aber wirklich dazu kommen? Würde uns tatsächlich eine prekäre wirtschaftliche Lage bevorstehen und müssten wir zur Autarkie übergehen?

Ich glaube nicht. Einerseits deswegen, weil die westlichen Investoren zuallererst der Profit interessiert. Wenn sie in Ungarn preiswert produzieren können, dann werden sie nicht gegen ihre eigenen Interessen auftreten. Man schaue sich nur einmal an, wie gut westeuropäische Firmen mit den Chinesen und den Russen klarkommen. Und im Vergleich zu diesen beiden Ländern ist Ungarn für sie nun wahrlich ein vertrauteres Terrain. EU-Mitgliedschaft hin oder her, die westlichen Firmen wissen genau, woran sie sind, wenn sie in Ungarn investieren. Nicht zuletzt schätzen sie unsere Berechenbarkeit. Andererseits müssen die Länder natürlich auf mehreren Beinen stehen. Wir haben das schon vor ein paar Jahren erkannt und handeln dementsprechend. Man denke nur an die von der ungarischen Regierung forcierte Öffnung nach Osten.

Norwegen, Schweiz, Großbritannien …

Schließlich ist es drittens für mich offensichtlich, dass wir wie Norwegen und die Schweiz beziehungsweise jetzt auch Großbritannien parallel zum Austritt Verhandlungen mit der Union und einzelnen Mitgliedsstaaten aufnehmen müssten. Nach dem Vorbild dieser drei Länder müssten wir spezielle Verträge abschließen. Dazu sind wir jetzt schon wirtschaftlich stark genug und kein ausgeliefertes Land mehr, das nicht auf eigenen Beinen stehen kann.

Welche Probleme hat Norwegen, weil es kein EU-Mitglied ist? Kein einziges! Ein eventueller Austritt muss keine Konfrontation bedeuten, sondern die Neuverhandlung der Beziehungen zwischen der Union und nun souveränen Staaten. Das ist ganz sicher keine leichte Aufgabe, aber sie ist machbar.

Aus militärischem Blickwinkel wäre ein EU-Austritt Ungarns besonders deswegen irrelevant, weil wir seit 1999 Mitglied der NATO sind und das auch bleiben werden. So oder so müssen wir unsere Verteidigungsfähigkeit weiter stärken, und genau das tun wir ja bereits.

Bindung durch gemeinsame Wurzeln und Werte?

Und schließlich, was vielleicht das wichtigste ist: Aus kulturellem, werteorientiertem Aspekt spräche für unsere weitere Mitgliedschaft, dass uns angeblich die griechischen und römischen Wurzeln beziehungsweise die christlichen moralischen Normen zusammenhalten würden. Ist das aber noch so? Klare Antwort: Leider ist das nicht mehr so. Unsere Wege trennen sich, solange der Westen bewusst mit der christlichen Moral und Werteordnung bricht und stattdessen auf den hemmungslosen Selbstgenuss des Individuums setzt und sich den Aufbau einer auf Selbstvernichtung basierenden kosmopolitischen, gesichtslosen Weltgesellschaft zum Ziel setzt – siehe „Great Reset“. Im Gegensatz dazu hängen wir Ungarn, Polen und insgesamt die Mittel-Ost-Europäer an unseren Jahrtausende alten kulturellen und Glaubensgrundlagen. Wir hängen an unserem Leben! Und genau das stellt alle anderen Aspekte in den Schatten.
An dieser Stelle halte ich jetzt inne, die Konsequenz dieser Gedankengänge werde ich nicht aussprechen. Nur so viel sei erwähnt: Der Fidesz ist völlig richtig erst nach sehr gründlichem Abwägen und langem Abwarten aus der Volkspartei ausgetreten. Aber er ist erhobenen Hauptes gegangen und wurde nicht rausgeworfen. Das ist ein riesiger Unterschied. Dieses Vorgehen ist richtig. Denn wenn wir jetzt nachgeben, dann haben wir verloren. Es würde uns alles genommen, wofür wir bis jetzt gekämpft haben.

Der Autor ist Politologe und arbeitet als Berater beim Alapjogokért Központ (Ungarisches Institut für Grundrechte).

Magyar Nemzet

Dieser Beitrag erschien zuerst am 15. August in der regierungsnahen Tageszeitung MAGYAR NEMZET

BUDAPESTER ZEITUNG…

und in deutscher Übersetzung von Karl Frankenfeld in der BUDAPESTER ZEITUNG, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Péter Szijjártó: „Wir sind Ungarn, keine Idioten!“

27. 08. 2021

Youtube Screenshot

Auszug aus der Pressekonferenz von Ungarns Außenminister Péter Szijjártó über die Aufnahme von Afghanen

Außenminister Szijjártó klärte in der Frage der Aufnahme von außereuropäischen Migranten diejenigen auf, die noch Zweifel hatten:

„Wir sind Ungarn, keine Idioten!

Péter Szijjártó: Was die Afghanen betrifft, so werden wir keine Umverteilung von Flüchtlingen akzeptieren, Ungarn wird sich nicht an einem Verteilungsmechanismus beteiligen.

Ungarn wird nur Afghanen aufnehmen, die in den ungarischen Truppen gedient haben. Die ungarische Armee hat eine geschlossene Liste von Afghanen, die ihre Kameraden waren und deren Leben in Gefahr sein könnte, und wir beschlossen, sie und ihre Familien mitzunehmen. Aber niemand sonst wird von dieser Liste kommen.

Als die NATO die Notwendigkeit eines Rückzugs aus Afghanistan erklärte, stellten Szijjártó und mehrere andere Außenminister die Frage:

1) Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass Afghanistan nach dem Abzug nicht zu einem Rückzugsgebiet für Terroristen wird.

2) Es muss alles unternommen werden, um eine neue Welle der Massenmigration nach Europa zu verhindern.

Man muss nur einen Blick auf die Weltkarte werfen, um zu verstehen, was passieren wird. Verstehen Sie, dass niemand und kein Land in der Lage sein wird, diese Welle aufzuhalten.

Von der Türkei ist es nur ein Schritt zum Balkan. Und von dort aus einen Schritt nach Kroatien und Ungarn. Die Erinnerung an 2015 ist noch frisch, und es ist wichtig, sich daran zu erinnern, wer diese Zeit, diesen Druck durch die Massen illegaler Migranten, miterlebt hat. Denn einige Länder inspirierten, ermutigten, begünstigten diese Massen, nach Europa zu marschieren.

Ungarns Standpunkt hat sich nie geändert: Die Wellen müssen gestoppt werden, die Ankunft von Afghanen muss verhindert werden. Aus diesem Grund werden wir uns weder an einer Quote noch an einer obligatorischen oder freiwilligen Aufnahme beteiligen, wir werden nur denen helfen, die uns geholfen haben, und die Sache ist erledigt. Das haben wir immer deutlich gemacht.

Was die Verteidigung der EU-Grenzen betrifft:

Wer erinnert sich noch an die Reaktionen der europäischen Länder, der EU, als wir 2015 unsere Grenzzäune gebaut haben, um die Illegalen zu stoppen?

Es gibt einen Grund, warum sich niemand mehr daran erinnert. Das liegt daran, dass heute überall Zäune aufgestellt werden. Polen, Litauen, Griechenland… alle halten es für die richtige Entscheidung.

Wir erwarten nicht, dass die Bürokraten in Brüssel oder die Minister der Nachbarländer, die noch im Amt sind, sich daran erinnern, denn das ist Politik. Aber sie könnten sich dafür entschuldigen, dass sie die Ungarn als unanständig und entwürdigend bezeichnen. Sie könnten zugeben, dass sie Recht hatten.

Wir können keine Worte der Entschuldigung erwarten, aber Fakten sind Fakten.

Und wenn Brüssel im Jahr 2015 nicht in erster Linie damit beschäftigt gewesen wäre, die ungarische Regierung für den Bau dieses Zauns zu schikanieren und zu verleumden, sondern sich bereit erklärt hätte, gemeinsam mit uns das Notwendige zu tun, um die Wellen illegaler Migranten zu stoppen, hätten wir heute nicht solche Probleme.

Brüssel hat seine Haltung von 2015 gegenüber Ungarn vergessen, aber leider nicht die verbindlichen Quoten für die Verteilung illegaler Einwanderer. Sie wurden gerade in „Migrationspakt“ oder „Dynamische Migrantenverteilung“ umbenannt…

Aber wir sind Ungarn, keine Idioten, wir verstehen, was hinter dieser grammatikalischen Bravourleistung steckt, die Dinge nicht beim Namen zu nennen.

Obligatorische Neuansiedlungsquoten stehen weiterhin auf der Tagesordnung der EU.

Denken wir nur an die Masse der illegalen Einwanderer, die hier landen wollen. Es geht nicht nur um afghanische Migranten. Hinzu kommen alle außereuropäischen

Konfliktregionen, die gesamte Subsahara-Region. Aus all diesen Gebieten brechen sie in großer Zahl auf und tragen zu den Wellen bei, die über uns hereinbrechen werden.

Und zu allem Überfluss will Brüssel auch noch Quoten einführen!

Wie groß wird der Druck an den ungarischen Grenzen sein?

Wir Ungarn sprechen deutlich. Der Zaun steht, wir werden unsere Grenzen verteidigen, niemand wird illegal einreisen können.

Quelle: Youtube

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Jüdisches Kulturfestival in Budapest - Im angeblich „antisemitischen“ Ungarn

Vom 22.–30. August findet das Jüdische Kulturfestival unter dem Motto „Lasst uns erneut leben” an fünf Veranstaltungsorten mit 20 Programmen in Budapest statt.

27. 08. 2021

Bildquelle: Ungarnreal

Vom 22.–30. August findet das Jüdische Kulturfestival unter dem Motto „Lasst uns erneut leben” an fünf Veranstaltungsorten mit 20 Programmen in Budapest statt.

Das Festival gilt als eine der **größten jüdischen Kunstveranstaltungen Europas**. Die Veranstaltungsreihe öffnet von Jahr zu Jahr ihre Tore, weil sie unter kulturhungrigen Festivalbesuchern jedes Mal ein großer Erfolg ist, und bietet seit 1999 zum 23. sten Mal

fantastische Programme, Konzerte, thematische Spaziergänge, Buchlesungen und Diskussionen, international anerkannte Künstler und fabelhafte, sakrale Veranstaltungsorte für Festivalbegeisterte.

Ziel des Festivals ist die **jüdisch-ungarische Kultur**, aber auch die Traditionen anderer Völker vorzustellen. Mit der Vielfalt der Programme möchte man betonen, wie wichtig es ist, dass die verschiedenen Kulturen **friedlich nebeneinander leben**. Durch die Eventwoche soll vermittelt werden, dass **mit uns ein Volk lebt, dessen Sitten und Bräuche oft anders und noch immer recht fremd sind.**

Das Jüdische Kulturfestival möchte mit der Präsentation anspruchsvoller Kunst durch die außergewöhnlich reiche ungarische jüdische Kultur dieser Maxime gerecht werden. Wenn man dieses Festival besucht, kann zwischen Folk-, Klassik- und Unterhaltungskonzerten, Aufführungen literarischer Werke, Improvisationsvorstellungen und sogar besonderen Salonabenden wählen. Man muss nicht überlegen, welches Programm von höchster Qualität ist, denn das hohe Niveau ist bei jedem Programm garantiert.

Der 7. Stadtbezirk von Budapest war historisch das **Jüdische Viertel der Stadt**, die Veranstaltungen werden in den hiesigen Synagogen, in der Dohány Straße, in der Hegedűs Straße, und in der **historischen Synagoge in der Rumbachstraße** stattfinden. **Dieses 1872 eingeweihte Gebäude** stand nach dem Zweiten Weltkrieg leer und **verfiel zusehends**. Die **Rekonstruktionsarbeiten begannen vor vier Jahren und kosteten** rund 9 Mio. Euro.

Informationen über die Programme auch rückgängig: www.zsidokulturalisfesztival.hu/

Die Vereinigten jüdischen Gemeinden von Ungarn, die EMIH organisieren das Program "**Woche der Synagogen**" von 27. August bis 5. September 2021 in Budapest. Es werden durch die **Eröffnung alter und neuer Synagogen** die Möglichkeiten des Glaubens und des Gemeinschaftslebens für traditionelle Juden erweitern.

Die Jüdische Gemeinde fühlt sich heute sicher in Ungarn.

Nach Jahrzehnten werden die Synagoge in Újbuda und das Gebetshaus in der Vörösmarty-Strasse wiedereröffnet, die Erweiterung und Renovierung des "Schleusen" Gemeindezentrums in Újlipótváros ist abgeschlossen.

Am 27. August beginnen die Feierlichkeiten zum **zweihundertjährigen Bestehen der Alten Synagoge von Buda** und das traditionelle "**Sóletfes**t" (sólet= traditionelles jüdisches Gericht), bei dem internationale Stars auf der Musikbühne auftreten.

Informationen zum Programm: zsinagogakhete.hu/programok/

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Slowenien

09) Rechtsstaatlichkeit: Jüdische Villa der slowenischen Sozialdemokraten noch immer nicht zurückgegeben, aber sie „dozieren“ über Gefahren des Nationalsozialismus

28. 08. 2021

Tanja Fajon · *Foto: STA*

Obwohl die Vorsitzende der slowenischen Sozialdemokraten (SD) und Europaabgeordnete Tanja Fajon immer noch oft an der „Rechtsstaatlichkeit“ festhält, die ihrer Meinung nach von der jetzigen Regierung abgebaut wird, und über den Nationalsozialismus schimpft, muss sie erst einmal vor ihrer eigenen Haustür kehren und etwas gegen die gestohlene Villa unternehmen, in der die SD ihren Sitz hat. Hierfür gibt es viele Gründe.

Wir erinnern uns: Mitte April dieses Jahres schrieb die Europäische Jüdische Föderation in einem Brief an die Präsidentin des SD, Tanja Fajon, dass es angebracht wäre, die Villa des jüdischen Kaufmanns Feliks Moskovič, die derzeit Sitz der SD-Partei ist, an die slowenische jüdische Gemeinschaft zurückzugeben.

Die Villa in der Laibacher Levstikova-Straße 15 wurde unter fragwürdigen Bedingungen verkauft und dann verstaatlicht. Sie wurde von prominenten Mitgliedern der Kommunistischen Partei in Jugoslawien genutzt, heißt es in dem Schreiben. „Wir haben erfahren, dass es in der Vergangenheit Diskussionen über die Übergabe des Moskovič-Grundstücks in der Levstikova-Straße 15 an die Jüdische Gemeinde Sloweniens als Teil einer Entschädigung für die im Holocaust ermordeten slowenischen Juden gegeben hat“, schreiben sie in ihrem Brief an Tanja Fajon.

Sie vertraten auch die Ansicht, dass dies „angemessen, gerecht und moralisch“ sei. Sie riefen die SD-Partei und Fajon dazu auf, „historisches Unrecht“ zu korrigieren.

Es sei daran erinnert, dass auch die slowenische jüdische Gemeinde eine Rückgabe der beschlagnahmten Villa Moskovič für angebracht hält. Die Übernahme der Villa sei zwar nach dem früheren System legal gewesen, sei aber nach den Grundsätzen des Revolutionsrechts durchgeführt worden, was nicht den heutigen Rechtsauffassungen entspreche. „Die Rückgabe des Eigentums von Juden, die im Holocaust umgekommen sind und keine Erben hatten, ist in den meisten europäischen Ländern mit Ausnahme von Polen und Slowenien geklärt worden. Die Republik Slowenien ist diesen Fragen mehr als 20 Jahre lang erfolgreich ausgewichen“, erklärten Vertreter der slowenischen Juden auf eine Frage des Portals Domovina, die auf ein Schreiben der Europäischen Jüdischen Föderation zurückgeht. Sie hoffen daher auf eine faire Einigung mit dem Staat über den Besitz, der das Grundstück und die abgerissene Synagoge in Murska Sobota umfasst.

„Wir verstehen, dass sich die Führung der SD-Partei in diesem Gebäude unwohl fühlt, und wir sind bereit, ihnen im Rahmen einer umfassenden Lösung für die Rückgabe jüdischen Eigentums die Stirn zu bieten“, erklärte die Jüdische Gemeinde damals in ihrer Antwort.

Soweit wir wissen, ist in diesem Bereich jedoch noch nichts geschehen. Mehr als vier Monate nach dem Schreiben der Europäischen Jüdischen Föderation wird das Problem der Moskovič-Villa erneut vergessen und unter den Teppich gekehrt, während Vertreter der Rechtsnachfolgerin der Kommunistischen Partei Sloweniens Krokodilstränen über das Gedenken an den Holocaust vergießen, während der SD-Abgeordnete Matjaž Nemec jetzt sogar angebliche slowenische Neonazis verfolgt. So viel zu ihrer Vorstellung von Gerechtigkeit.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

MOLDAWIEN

10) Polens Präsident Duda möchte Beitritt der Republik Moldawien zur Drei-Meere-Initiative

27. 08. 2021

Präsident Andrzej Duda während seiner Gespräche mit Präsidentin Maia Sandu in Chisinau · *Quelle: Marek Borawski/KPRP*

Polen ist bereit, die Republik Moldawien dabei zu unterstützen, die notwendigen Reformen durchzuführen und ein wichtiger Partner und Mitglied der Drei-Meere-Initiative zu werden

Die Republik Moldawoen, das ärmste Land Europas, das in einen Krieg zwischen Russland und der EU verwickelt ist, sollte nach Ansicht des polnischen Präsidenten Andrzej Duda der Drei-Meere-Initiative beitreten.

Duda äußerte sich nach einem Treffen mit der moldawischen Präsidentin Maia Sandu in Chisinau, das Teil von Dudas Staatsbesuch in diesem Land war. Das polnische Staatsoberhaupt wird auch an den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit der Republik Moldawien am Freitag teilnehmen.

Sandu unterstrich die Bedeutung der Stärkung der polnisch-moldawischen Beziehungen und dankte für die Unterstützung Polens auf der internationalen Bühne.

„Wir werden unsere Teilnahme an der Östlichen Partnerschaft und den Dialog mit Brüssel fortsetzen. Die Östliche Partnerschaft ist nicht nur für Moldawien, sondern auch für die Ukraine und Georgien sehr wichtig“, sagte sie.

Präsidentin Sandu erklärte auch die Bereitschaft ihres Landes, sich an internationalen Initiativen wie der Drei-Meeres-Initiative zu beteiligen.

Glad to welcome Polish President @AndrzejDuda in an official visit to Chisinau today

as we commit to closer cooperation between and and working together to strengthen regional stability and security.

1:00 nachm. · 26. Aug. 2021

Link zum Tweet kopieren:
https://twitter.com/sandumaiamd/status/1430847664740962304?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1430847664740962304%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fpolens-praesident-duda-moechte-beitritt-der-republik-moldawien-zur-drei-meere-initiative%2F

Duda betonte, dass Polen die Republik Moldawien bei der Verwirklichung ihrer europäischen Ambitionen unterstützen wolle.

„Ich würde mir wünschen, dass die Republik Moldawien nicht nur ein Drei-Meere-Partner, sondern auch ein vollwertiges Mitglied wird. Es ist wichtig für uns, unser Land zu entwickeln

und einen Raum der Sicherheit in unserem Teil Europas zu schaffen“, sagte er. Die Drei-Meere-Initiative bringt 12 EU-Mitgliedstaaten zusammen, die zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und der Adria liegen.

Der polnische Präsident fügte hinzu, dass er „Präsident Sandu eine weit offene Tür angeboten hat, wenn es darum geht, Hilfe bei der Durchführung von Reformen zu leisten, die in Moldawien notwendig sind“.

Er erklärte, dass die Hilfe den Aufbau eines ehrlichen Staates beinhalten würde und die Bekämpfung der Korruption, die Verbesserung der Wirtschaft und die Unterstützung der Entwicklung der moldawischen Wirtschaft betreffen würde.

Quelle: TVP.INFO

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Osteuropa: Politische Themen *Seite 142*

Keine Beiträge

01) Bulgarien schickt wegen Migration Truppen an die Grenze zur Türkei und Griechenland

29. 08. 2021

Bulgarien kündigte heute an, seine Grenze zu Griechenland und der Türkei aus Sorge um eine neue Welle illegaler Migration aus Afghanistan mit 400 bis 700 Soldaten zu „verstärken“. An diesen Grenzen waren Anfang des Monats bereits tausend Soldaten stationiert.

„Der Druck auf die bulgarische Grenze wächst, das erfordert ein Handeln der Regierung, und genau das tun wir“, sagte Verteidigungsminister Georgi Panayotov. Die Soldaten werden der Polizei helfen, „Hindernisse aufzubauen und zu überwachen“, fügte er hinzu. Bulgariens Innenministerium sagt, der „Migrationsdruck“ an den Grenzen zur Türkei und zu Griechenland habe in den letzten Wochen „zugenommen“, berichtet AFP.

Auch die slowenische Vertretung in der EU hat zu diesem Thema für den 31. August ein Treffen der Innenminister in Brüssel angekündigt. Auch Griechenland und die Türkei verstärken die Grenzkontrollen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan sagte am 19. August, die Türkei habe keine Verantwortung, ein „europäisches Flüchtlingslager“ zu sein. Die Türkei hält bereits eine große Zahl von Migranten zurück, die nach Europa wollen. Allerdings bekommt die Türkei bereits Milliarden Euro von der EU, um sich um Flüchtlinge zu kümmern.

Quelle: Geoplitika.news
Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Eric Zemmour: „Das Rassemblement National weiß, dass Marine Le Pen niemals gewinnen wird“

29. 08. 2021

Eric Zemmour und Marine le Pen · *Bildquelle: le blog d'Eric Zemmour*

Eric Zemmour war diesen Samstag in Vaucluse, um an der politischen Wiedereröffnung von Objectif France, der politischen Bewegung von Rafik Smati, teilzunehmen. Er sprach über das Thema „Sauver La France“. Von BFMTV am Rande der Bewegung befragt, bekräftigte Zemmour seinen Wunsch, die Rechte für 2022 zu vereinen, ohne jedoch klar zu sagen, dass er kandidieren würde. Er sagte auch, dass „Marine Le Pen ursprünglich über eine große Basis verfügt hatte, aber sich nicht durchsetzen konnte und dass das Rassemblement National heute weiß, dass sie niemals gewinnen werde“.

Quelle: Le blog d'Eric Zemmour

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Wird Frankreich die Fehler der Migrationskrise von 2015 wiederholen?

Von Paul Tormenen

Während die Islamisten einen großen Teil Afghanistans und die Hauptstadt Kabul erobert haben, werden in Frankreich mehrere Stimmen laut, die sich dafür einsetzen, dass mehr Migranten aus Afghanistan aufgenommen werden sollen

26. 08. 2021

Bildquqlle: Breizh-info

Obwohl dieser Druck in den Medien breit und wohlwollend dargestellt wird, repräsentieren diejenigen, die ihn ausüben, nicht die Mehrheitsmeinung der Franzosen. In der derzeitigen Aufregung um dieses Thema werden mehrere Probleme im Zusammenhang mit der massiven Aufnahme von Migranten stillschweigend übergangen. Sie sind jedoch für das französische Volk von großer Bedeutung und müssen in Erinnerung gerufen werden. Das Risiko, die gleichen Fehler wie bei der Migrationskrise 2015 zu wiederholen, ist sehr real.

Eine auf die Linke beschränkte Meinungskampagne

Seit einigen Tagen häufen sich die Aufrufe der Befürworter einer groß angelegten Aufnahme afghanischer Migranten und die Artikel in der Presse. Mehrere Bürgermeister haben den Wunsch geäußert, eine mehr oder weniger große Zahl von Afghanen in der von ihnen verwalteten Stadt aufzunehmen. Die meisten befinden sich auf der linken Seite (Nantes, Lille, Straßburg, Tours usw.), seltener auf der rechten Seite (Saint Etienne).

Auch linke politische Parteien und subventionierte Migrantenverbände sprechen sich für die Ansiedlung vieler Afghanen in unserem Land aus. Eine von einigen Künstlern und Politikern unterzeichnete Petition, die am 20. August veröffentlicht wurde, fordert ohne jede Zurückhaltung „die Öffnung unserer Grenzen und die bedingungslose Aufnahme unserer Schwestern (afghanische Frauen, Anm. d. Red.) und ihrer Familien“.

Die Europäische Union ist nicht zu übertreffen. Die Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, forderte am 18. August die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Zusagen für die Aufnahme afghanischer Staatsangehöriger zu erhöhen. Der Sprecher der französischen Regierung sah sich sofort veranlasst, zu erklären, dass „Frankreich wie jedes Jahr Tausende von Afghanen willkommen heißen wird“.

Durch eine positive Reaktion auf diese Anordnungen könnte die französische Regierung die Einwanderung erheblich steigern, was ihr langjähriges politisches Ziel ist. Steht eine neue Migrantenkrise wie im Jahr 2015, als fast 1,5 Millionen illegale Einwanderer nach Europa kamen, bevor? Sollte Frankreich mehr für die Aufnahme von Migranten tun, wie es linke politische Parteien, Migrantenverbände und die Europäische Kommission wünschen? In diesem Zusammenhang können einige Elemente in Erinnerung gerufen werden.

Afghanistan, ein armes und von Konflikten geplagtes muslimisches Land Afghanistan ist ein Land mit 38 Millionen Einwohnern, die fast ausschließlich Muslime sind. Es ist eines der ärmsten Länder der Welt und hat eine sehr hohe Geburtenrate. Die durchschnittliche Kinderzahl pro afghanischer Frau beträgt 4,3. Die Produktion und der Verkauf von Opium sind eine wichtige Einnahmequelle, die die Taliban seit langem an sich reißen wollen.

Nicht alle Afghanen verlassen ihr Land aus politischen oder religiösen Gründen. Sie sind oft eng mit wirtschaftlichen Gründen verbunden. Die schlechte Verwaltung des Landes während des Taliban-Regimes von 1996 bis 2001 lässt vermuten, dass die Armut zunehmen wird. Die jüngste Aussetzung des IWF-Geldflusses wird das Land wahrscheinlich in eine wirtschaftliche Stagnation stürzen. Die steigende Bevölkerungszahl und der Mangel an Arbeitsplätzen verschärfen die Situation.

Afghanische Einwanderung nach Frankreich, ein ständig wachsendes Phänomen

Die afghanische Einwanderung nach Frankreich hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Während 2014 die Afghanen bei der Zahl der Asylbewerber in unserem Land auf Platz 31 lagen, sind sie seit 2019 die am stärksten vertretene Nationalität. Der Direktor des französischen Amts zum Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen (OFPRA) hat kürzlich festgestellt, dass „viele ihre Sprache nicht schreiben oder lesen können“.

OFPRA schätzt, dass fast 40.000 Afghanen in Frankreich den Flüchtlingsstatus oder subsidiären Schutz genießen. Nach Angaben eines von *Le Monde* am 20. August zitierten Vertreters der Vereinigung *France Terre d’asile* leben fast 100.000 Afghanen in unserem Land. Die Zahl der Afghanen, die in Frankreich internationalen Schutz erhalten, ist ein exponentielles Phänomen. Laut einem Vertreter des Ökumenischen Dienstes zur Unterstützung der Flüchtlinge (Cimade) haben zusätzlich zu den derzeit ankommenden Migranten fast 35.000 Afghanen Anspruch auf Familienzusammenführung.

Scharia wird von Afghanen bevorzugt

Eine 2013 von der amerikanischen Denkfabrik Pew Research Center durchgeführte Umfrage versuchte, die Überzeugungen und religiösen Vorstellungen der Afghanen zu ermitteln. Die Ergebnisse zeigen, dass :

- *die Scharia für 99 % der befragten muslimischen Afghanen das offizielle Recht des Landes sein sollte .*
- *Für 61 % der befragten muslimischen Afghanen sollte die Scharia sowohl für Muslime als auch für Nicht-Muslime gelten.*
- Steinigung sollte nach Ansicht von 85 % der befragten muslimischen Afghanen als Strafe für Ehebruch verhängt werden.
- Nach Ansicht von 79 % der befragten muslimischen Afghanen sollte die Todesstrafe für diejenigen verhängt werden, die den Islam verlassen.
- Gewalt gegen Zivilisten durch Selbstmordattentäter kann nach Ansicht von 39 % der befragten muslimischen Afghanen manchmal gerechtfertigt sein.

An dieser Stelle kann man sich fragen, warum auf die westeuropäischen Länder ein solcher Druck ausgeübt wird, Staatsangehörige aus einem sehr weit entfernten Land (mehr als 7.000 km) mit einer Kultur, die weit von unserer eigenen entfernt ist, aufzunehmen, während Afghanistan Nachbarländer mit derselben oder ähnlicher Zivilisation hat.

Es gibt mehrere Gründe, die für eine Begrenzung statt für eine Erhöhung der Zuwanderung sprechen

Es gibt noch weitere Argumente, die dafürsprechen, der Einwanderungslobby nicht nachzugeben:

- Seit dem Ende der Covid-Beschränkungen im Zusammenhang mit der Gesundheitskrise ist Europa mit einem sehr starken Migrationsdruck konfrontiert. Ein ungarischer Fidesz-Abgeordneter gab kürzlich an, dass sich fast 100.000 Migranten auf der Balkanroute befänden und weitere Ankünfte erwartet würden. Der italienische Innenminister erklärte am 18. August laut der Nachrichtenseite Breitbart, dass die Zahl der in Italien ankommenden Migranten in den ersten sieben Monaten des Jahres im Vergleich zu 2020 um 128 % gestiegen sei und mittlerweile 50.000 erreicht habe. Auf globaler Ebene stellte die Frontex-Agentur Ende Juli fest, dass die Zahl der illegalen Einreisen nach Europa seit Anfang des Jahres im Vergleich zu 2020 um 59 % gestiegen ist.
- Frankreich sieht sich mit einer wachsenden Zahl von Asylanträgen konfrontiert. Trotz der beträchtlichen Erhöhung der Zahl der ihnen zugewiesenen Unterbringungsplätze, die 110.000 übersteigt, konnten im Jahr 2019 fast 50 % der Asylbewerber nicht im nationalen Aufnahmesystem untergebracht werden. Die neu geschaffenen Plätze werden sofort von Neuankömmlingen besetzt. Eine Studie aus dem Jahr 2018 hat gezeigt, dass 40 % der obdachlosen Menschen in Frankreich Migranten sind.
- Ein ehemaliges Mitglied der Muslimbruderschaft weist auf die Gefahr hin, dass mit den ankommenden Migranten auch Terroristen und Söldner nach Europa eindringen. Die von der Zeitung *Valeurs actuelles* am Montag, dem 23. August, bekannt gegebene „verstärkte Überwachung“ von fünf Afghanen, die gerade in Paris gelandet waren, weil sie verdächtigt werden, Verbindungen zu den Taliban zu haben, zeigt, dass es sich hierbei nicht um ein Hirngespinst handelt. Ein Journalist des amerikanischen Senders NBC sendete Bilder von afghanischen Gefangenen, die von

den Taliban freigelassen wurden. Wollen wir die Fehler von 2015 wiederholen, als mangelnde Kontrolle und strenge Filterung der Einreise nach Deutschland es einer ganzen Unterwelt ermöglichten, ins Land zu kommen: Kriminelle, Salafisten, Betrüger usw.?

- Man kann sich auch fragen, welche Bedeutung die am 18. August angekündigte Initiative der Europäischen Kommission hat, „neue legale Einwanderungswege“ für Afghanen nach Europa zu schaffen. Es ist zu befürchten, dass diese von einigen europäischen Ländern organisierten Bevölkerungsbewegungen, anstatt die illegale Einwanderung einzudämmen, zu den bereits bestehenden hinzukommen und die außereuropäische Einwanderung erheblich verstärken würden.

Die Entscheidung mehrerer europäischer Länder, darunter auch Frankreich, Afghanen, deren Asylanträge abgelehnt wurden, nicht mehr zurückzuschicken, hat ebenfalls Konsequenzen. Das Ausländer-, Asyl- und Sozialgesetz (Asyl, Familienzusammenführung, unbegleitete Minderjährige usw.) erlaubt es den französischen Behörden nicht, die Zahl der jährlich in Frankreich ankommenden Einwanderer zu ermitteln. Die Festlegung zusätzlicher Beschränkungen erscheint völlig unmöglich.

Im Jahr 2018 erklärte der damalige französische Ministerpräsident angesichts der Ausschreitungen der Islamisten und der Gefahr einer Abwanderung der christlichen Bevölkerung des Ostens: „Frankreich wird sich seiner Pflicht zur Gastfreundschaft nicht entziehen. Aber die Zukunft der Christen des Ostens muss im Osten liegen“. Der ehemalige Leiter der französischen Mission bei den Vereinten Nationen, Dominique Trinquand, äußerte sich kürzlich in gleicher Weise über die Afghanen. Er betonte, wie wichtig es sei, dass „Afghanistan nicht seiner vitalen Kräfte beraubt wird“. Er schloss mit den Worten: „Das Problem des Gewichts der Taliban in Afghanistan ist vor allem das Problem der Afghanen“. Unsere Politiker wären gut beraten, über diese Worte nachzudenken.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei BREIZH-INFO, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Beiträge

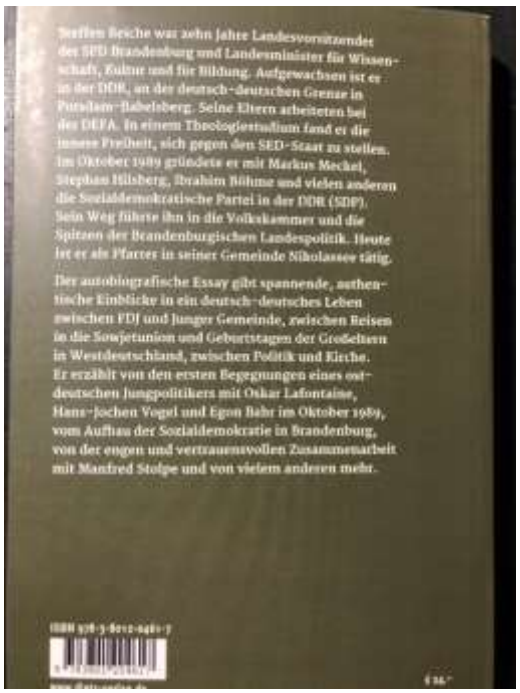
Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee *S. 151*

Steffen Reiche

Liebe Freunde und Freundinnen, ich habe gerade die Petition "Freiheit für alle politischen Gefangenen in Belarus!" unterzeichnet und möchte Dich fragen, ob auch Du Dich hinter dieses Anliegen stellen kannst. Dieses Anliegen bedeutet mir viel! Je mehr Unterstützung wir für diese Kampagne mobilisieren können, desto grösser sind unsere Chancen, die Kampagne zu gewinnen. Mehr über die Kampagne lesen und die Petition unterzeichnen:

https://act.campax.org/petitions/freilassung-aller-politischer-gefangenen-in-belarus?share=28716014-b5ba-45a3-ba6b-1fab6e0d6390&source=email-share-button&utm_medium=&utm_source=email

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen: Steffen-reiche@gmx.de



Zugleich biete ich Ihnen mein Buch "Tief träumen und hellwach sein" an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.

Aufruf zur Unterstützung *Seiten 152 - 154*

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC BNKDEFF

**) Unser erfolglosester Aufruf!!!*

2) Paten für Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022 gesucht

Jahrbuch-Paten für 2022 gesucht

Auch für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022“ werden wieder Jahrbuch-Paten gesucht. Durch diese Patenschaft sollen vor allem die Mehrkosten und der Versand an interessierte Personen und Einrichtungen in unseren Heimatgebieten im Posener Land, in Mittelpolen, Wolhynien und Galizien finanziert werden.

Nähere Einzelheiten zu der Übernahme der Jahrbuch-Patenschaft entnehmen sie bitte unseren entsprechenden Hinweisen in „Weichsel-Warthe“ sowie unserem „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2021“, S. 176.

Herausgeber: Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr. 35 III, Tel. 06 11 / 37 97 87, Fax 06 11 / 1 57 49 72, E-Mail: LWW@gmx.de
Bankverbindung der LWW: Spanla-Bank Südwest EG, IBAN: DE86 5509 0500 0000 9587 55, BIC: GENODEF1S01
Schriftleitung: Dr. Martin Sprungala. - Erscheint einmal monatlich. Redaktionsschluß am 1. des Vormonats. - Druckvorbereitung: mana-werbedesign, Kranenhöhe
ISSN 0509-9757 - Für unterzeichnete oder signierte Artikel trägt der Verfasser die Verantwortung. - Nachdruck gestattet, sofern 2 Belegexemplare zugesandt werden.
Die Herausgabe dieser Folge wurde durch eine Zuwendung der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk (NOKW) ermöglicht.

3) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

BdV Bund der Vertriebenen

„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss enzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEDK380

4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.
Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (http://ifl.wissensbank.com). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers

dpa/Kay Nietfeld Der dritte Amtseid: Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.12.2013 im Bundestag mit Parlamentspräsident Norbert Lammert.

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Du musst denken, dass du morgen tot bist,

musst das Gute tun und heiter sein.

Freiherr vom Stein

„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

A. b) Forderungen und Grundsätze *Seite 158*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaetze.pdf>

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG);

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

01) „Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“

Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen 2021

Live-Mitschnitt der zentralen Auftaktveranstaltung am 28. August 2021 in Berlin

---

Programm

Urania Berlin, Humboldt-Saal, 28. August 2021, ab 12 Uhr

"70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen"
Film anlässlich des Charta-Jubiläums 2020

Eurovisionsfanfare

Marc-Antoine Charpentier (1643-1704)

Ansprache

Dr. Bernd Fabritius MdB
Präsident

Rondeau

Jean-Joseph Mouret (1682-1738)

Festrede

Dr. Markus Söder MdL
Ministerpräsident des Freistaates Bayern

Spiritualgebet

Enrique Crespo (1941-2020)

Geistliches Wort und Gedenken

Weihbischof Dr. Reinhard Hauke
Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge

La paix *(aus der Feuerwerksmusik)*

Georg Friedrich Händel (1685-1759)

Nationalhymne

Im Anschluss an den Festakt findet um 15:00 Uhr die Kranzniederlegung auf dem Theodor-Heuss-Platz statt. Es sprechen
der Berliner BdV-Landesvorsitzende, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch,
der Berliner Innensenator, Andreas Geisel MdA und
BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius MdB.

Musikalische Gestaltung: Potsdamer Turmbläser, Leitung: Bernhard Bosecker

*

Rede zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen am 28. August 2021 in Berlin

28.08.2021 Presse

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius MdB

Sperrfrist: 28. August 2021, 12:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder,
sehr geehrter Herr Weihbischof Dr. Reinhard Hauke,
geehrte Exzellenzen und Eminenzen,
geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestags und der Landtage,
verehrte Ehrengäste aus Bund, Ländern und Gemeinden,
geehrte Vertreter der deutschen Minderheiten aus den Nachbarländern,
liebe Landsleute,
meine Damen und Herren,

zur diesjährigen Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat 2021 des Bundes der Vertriebenen heiße ich Sie ganz herzlich willkommen.

Ich bin sehr dankbar, dass Sie, Herr Ministerpräsident Dr. Söder, heute die Festrede halten werden und begrüße Sie ganz herzlich in unseren Reihen.

Herr Ministerpräsident, Sie sind bei den deutschen Heimatvertriebenen, den Aussiedlern und Spätaussiedlern nicht nur ein vertrautes Gesicht, nicht nur ein sehr gern gesehener Gast – Sie stehen zu uns, Sie sind durch Bekenntnis einer von uns, Sie sind Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft und natürlich auch des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland und wahrscheinlich noch so einiger Selbstorganisationen von uns – und dafür danken wir aus ganzem Herzen!

Ihnen, sehr geehrter Weihbischof Dr. Hauke, sind wir ebenfalls zu Dank verpflichtet. Sie werden mit dem geistlichen Wort als Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge – wie so oft – es ist schon Tradition – unseren Tag der Heimat würdig und angemessen beschließen.

Ich begrüße des Weiteren ganz herzlich:

- Ihre Exzellenzen, die Botschafter und Vertreter der Botschaften von Ungarn, Rumänien, Slowenien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Kroatien, Frankreich, der Ukraine sowie das gesamte anwesende Diplomatische Corps,

- und ich begrüße die Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, die aus den Ländern heute nach Berlin gekommen sind

Ich freue mich, dass traditionell die Potsdamer Turmbläser unter der Leitung von Bernhard Bosecker unsere Veranstaltung musikalisch umrahmen werden.

Zum ersten Mal übertragen wir unsere zentrale Auftaktveranstaltung live über unsere Internetseite – und werden so vielleicht auch den einen oder anderen erreichen, der heute wegen der Corona-Einschränkungen nicht mit im Saal sein kann.

Vielen Dank letztlich Ihnen, meine Damen und Herren, liebe Gäste, dass Sie alle heute hier sind.

Viele von Ihnen befinden sich noch – wie ich auch – im Nachhall der bewegenden Bilder, die wir vorhin gesehen haben. Auch wenn der Film hauptsächlich die Charta der deutschen Heimatvertriebenen in den Blick nimmt, so weckt er bei manchen die Erinnerungen an die eigene Flucht oder Vertreibung. Oder die Erinnerung an die zahllosen Gespräche und Erzählungen der Eltern und Großeltern, die Zeit ihres Lebens vom erlittenen Leid und den erlebten Gräueln geprägt blieben.

Wir alle hätten uns gewünscht, dass es die Charta der deutschen Heimatvertriebenen gar nicht erst hätte geben müssen!

Die Geschichte aber, liebe Landsleute, bleibt nicht stehen. Sie wird nicht gestundet und macht keine Pause. Sie geht nach jedem Ereignis, so unermesslich tragisch oder katastrophal es war, unweigerlich und augenblicklich weiter. Auch das hat uns der kurze Film veranschaulicht.

Auf den Verlust der Heimat folgt der Aufbruch: Jahre und Jahrzehnte, in denen jeder Einzelne, jede Familie und jede Gemeinschaft daran arbeitet, sich das neue Umfeld zur neuen Heimat zu gestalten.

Es trifft zu, dass der Aufbruch in die Zukunft für viele unter bitteren, ja bittersten Voraussetzungen gelingen musste.

Es trifft zu, dass viele Geflüchteten und Vertriebenen ihre neuen Heimatorte beinahe ein Vierteljahrhundert lang nur als Ersatzheimat betrachteten; gerade, weil ihre Hoffnungen genährt wurden, dass eine Rückkehr irgendwann möglich sei.

Es ist aber genauso richtig, heute mehr noch als vor 70 Jahren, zu erkennen, dass mit der verabschiedeten Charta ein Weg vorgezeichnet wurde, der die deutschen Heimatvertriebenen letztlich in ein vereintes Europa führte.

Dieses Europa war und ist und bleibt der Garant dafür, dass wir und unsere befreundeten Nachbarstaaten seit Jahrzehnten in einer langen Periode des Friedens leben.

In Europa hat Deutschland Partner und Verbündete. Europa hat einen Raum der Freiheit geschaffen, die auch unsere, die Freiheit der Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen, umfasst: wir können wieder in die alte Heimat fahren, dort Eigentum erwerben und – so wir das wollen – uns dort niederlassen.

„Geschichte lässt sich ja nicht zurückdrehen“, war die Aussage eines Donauschwaben, mit dem ich bei meinem Besuch im Juli im Haus der Donauschwaben in Sindelfingen ins Gespräch kam. Seine Eltern stammen beide aus dem Banat.

Nein, wieder zurückgehen wolle er bestimmt nicht, denn erstens hätte man sich in Deutschland eine neue Heimat erarbeitet und zweitens sei es völlig absurd, das Leben der Dorfgemeinschaften von vor 80 Jahren gedanklich ins 21. Jahrhundert übertragen zu wollen. „Man soll gedenken und erinnern, aber immer auch mit der Zeit Schritt halten“, war sein Resümee.

Es bleibt Aufgabe des Bundes der Vertriebenen und seiner Landsmannschaften, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den historischen deutschen Ostgebieten als das Unrecht zu bezeichnen, das von den Rache nehmenden Vertreiberstaaten im Osten an uns und an unseren Landsleuten verübt wurde!

Dabei vergessen wir niemals die entmenschlichte und entmenschlichende Kriegs- und Propagandamaschinerie der Nationalsozialisten mit ihren kaum vorstellbaren Menschheitsverbrechen – vor allem im Holocaust.

Die Völker im Osten haben Rache geübt: Büßen mussten dafür vor allem diejenigen Deutschen, die ihre Heimat im damaligen Ostdeutschland, jenseits von Oder und Neiße hatten. Aber auch unsere Landsleute in den deutschen Siedlungsgebieten wie z.B. in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn oder Jugoslawien. Sie mussten stellvertretend für alle Deutschen die bittersten Konsequenzen tragen.

Immer und immer wieder stellen wir andererseits der Benennung des geschehenen Unrechts unseren unbedingten Willen zur Verständigung und zur gemeinsamen Zukunft mit unseren osteuropäischen Nachbarn an die Seite – so, wie unsere Väter und Mütter es in der Charta niedergeschrieben haben.

Das ist glaubwürdig, weil wir Menschenrechte einfordern und grenzüberschreitende Verständigung anbieten.

Das ist christlich, weil es Verzicht auf Rache bedeutet.

Und das ist zukunftsweisend, weil wir – bei aller Kritik, die man an den europäischen Institutionen üben kann – gut beraten sind, Europa als schützendes Dach zu sehen und zu verstehen.

Verständigungspolitik, von der großen politischen Bühne bis hinein ins familiäre Private, ist unverzichtbare Voraussetzung für andauernden Frieden.

Dieser vermeintliche Zweiklang zwischen Benennen des Unrechts einerseits und Ausstrecken der Versöhnungshand andererseits verschmilzt bei näherem Betrachten: es sind zwei Aspekte, die sich beide aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs speisen.

Gerade, weil der Naziterror und der Zweite Weltkrieg die Welt derart aus den Fugen gehoben haben, brachen vielerorts die Schutzmauern, die Menschlichkeit von Unmenschlichkeit trennten.

Wo diese Dämme geschleift wurden, war es nur noch ein sehr kleiner Schritt hin zu den Vertreibungen und ethnischen Säuberungen, die damals schon Unrecht waren und auch niemals – ich betone: niemals! – ihren Unrechtscharakter verlieren werden.

Es liegt auch an uns, dafür zu sorgen, dass dort, wo wir es beeinflussen können, die Schutzmauern der Menschlichkeit zukünftig sicher und fest stehen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, lautet das diesjährige BdV-Jahresleitwort „Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“.

Das Leitwort versteht sich ebenso als bittere Erkenntnis aus der Geschichte wie auch als Forderung für das menschliche Miteinander in aller Zukunft. Es erfüllt mich mit Trauer, die aktuellen Tragödien an zahlreichen Schauplätzen auf der ganzen Welt verfolgen zu müssen.

Hat die Menschheit in ihrer Geschichte das Soll an Fluchtgeschehen und Vertreibungen nicht bereits mehr als erfüllt?! Müssen immer wieder aufs Neue Jahr für Jahr Millionen Menschen gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen?

Wo bleibt das von uns geforderte sanktionsbewehrte Instrument des Vertreibungsverbots, mit dem endlich die Vertreiber – und nicht länger die Vertriebenen – in die Knie gezwungen werden?

Wir deutschen Heimatvertriebenen, genauso wie die Spätaussiedler in unseren Reihen, haben am eigenen Leib erfahren müssen, was es bedeutet, Opfer und Leidtragende von Krieg, von ethnischen Säuberungen sowie von menschenverachtenden politischen und militärischen Schachzügen zu werden.

Wir im Bund der Vertriebenen würdigen zu jeder Zeit aber auch die schlimmen Jahre und Jahrzehnte, die unsere Heimatverbliebenen unter der Knute kommunistischer Regime zu erdulden hatten. Die Menschen, die dann als Aussiedler und Spätaussiedler nach Deutschland kamen – und nach wie vor kommen –, trugen während des Kalten Kriegs die schwere Bürde, in ihrer Heimat als Deutsche unter deutsch-feindlichen Regimen zu leben. Für sie war der Krieg zwar zu Ende, nicht aber die fortgesetzten Repressionen durch die Mehrheitsgesellschaften in ihren Ländern.

Selbst in einem heutigen grenzüberschreitenden Verständnis sind die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge und die heimatverbliebenen deutschen Minderheiten in den mittel- und osteuropäischen Ländern zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Gerade die Heimatverbliebenen und ihre Familien sind es, die vor Ort in unseren Nachbarländern einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur und einer guten Verständigung den Boden bereiten. Wir im Bund der Vertriebenen wollen sie noch stärker als bisher in unsere Arbeit und unsere Aktivitäten einbinden – ganz in dem Bewusstsein, dass wir für ein und dieselbe Sache einstehen!

Es ist gut, dass unsere Landsmannschaften einen intensiven Austausch mit den Heimatverbliebenen pflegen, denn sie tun es nicht nur für sich, sondern ganz im Sinne eines europäischen Gedankens für unser Land.

Das gewählte Leitwort greift somit zwei der menschenrechtlichen und verständigungspolitischen Forderungen des BdV auf. Jeder Mensch muss in seiner Heimat dauerhafte Lebensperspektiven vorfinden können – ohne Angst, Opfer von Zwangsmaßnahmen zu werden. Deshalb fordern wir nach wie vor die kodifizierte Verankerung eines weltweiten Vertreibungsverbots und damit die Sanktionierbarkeit von Vertreibungen.

Auch die Forderung nach mehr Verständigung unter den Völkern, die wir ins Leitwort aufgenommen haben, ist keine hohle Floskel!

Wie schön wäre es, wenn unser steter verständigungspolitischer Dialog mit den Nachbarn im Osten dort auch auf Spitzenebene der Politik Früchte tragen würde: Von einigen unserer östlichen Nachbarländer erwarten wir noch heute eindeutige Bekenntnisse zum Unrechtscharakter der Vertreibungen, die unsere Landsleute mit brutaler Härte trafen. Bis heute sind Unrechtsdekrete in einigen Ländern Teil der geltenden Rechtsordnung, wenn ich nur an Tschechien oder auch an Serbien denke.

Liebe Landsleute,

wir im Bund der Vertriebenen sind eine Schicksals-, zugleich eine Solidargemeinschaft. Unsere Landsmannschaften haben eigene Spezifika, sowohl in der Geschichte ihrer jeweiligen Heimatregionen als auch in ihren dort entwickelten und mitgebrachten Bräuchen – ihrer Kultur und ihren Eigenheiten.

Im Bund der Vertriebenen haben sich, gemeinsam mit den 16 Landesverbänden, 18 Landsmannschaften zusammengeschlossen

- von den Deutschbalten im Norden bis zu den Donauschwaben im Süden,
- von den Sudetendeutschen, deren Heimat vor der Vertreibung übrigens in Teilen westlicher liegt als Passau oder Deggendorf,
- bis hin zu der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, die für die Deutschen aus allen ehemaligen GUS-Staaten spricht.

Wenn der BdV seine Interessen artikuliert, dann sowohl im Namen der Ostpreußen als auch des Bundes der Danziger, ebenso für die Ostbrandenburger wie für die Schlesier und Oberschlesier.

Wenn es um die schreiende Rentenungerechtigkeit bei Aussiedlern und Spätaussiedlern geht, stehen neben den bereits genannten Deutschen aus Russland, die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, die Sathmarer Schwaben und Ungarndeutsche bis zu den Bessarabiendeutschen und den Karpatendeutschen und erfahren solidarische Unterstützung von allen anderen Landsmannschaften, deren Mitglieder nicht betroffen sind.

Frauenverband, Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen und Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen stehen als außerordentliche Mitglieder ebenfalls eng an unserer Seite.

Um es daher klar zu sagen: es ist ein Zwischenerfolg für den gesamten Bund der Vertriebenen, dass wir unserer Forderung bezüglich der Abmilderung der Altersarmut bei Spätaussiedlern in der parlamentarischen Debatte zumindest teilweise Gehör verschaffen konnten. Die Einbeziehung von Zeiten nach dem Fremdrentengesetz in die zum 1.1.2021 beschlossenen Grundrentenberechnung und Zuschlagzahlung ist ein wichtiger Erfolg, der in vielen Fällen eine Verbesserung bewirkt. Zu einer Beseitigung der Generationenungerechtigkeiten der 90er Jahre durch Kürzungen und Deckelungen für Aussiedler und Spätaussiedler konnte sich das zuständige Bundesministerium und der dort verantwortliche Koalitionspartner leider nicht durchringen, dort wurden alle Verbesserungsinitiativen beharrlich blockiert.

Zur Errichtung eines Fonds zur Abmilderung von Härtefällen im Bereich der Grundsicherung wurde durch die Bundesregierung eine Milliarde Euro in den Haushalt des kommenden Jahres eingestellt. Es ist als wichtiges Signal ein Meilenstein der Aussiedlerpolitik dieser

Wahlperiode und ein immenser Gestaltungsauftrag an die nächste Bundesregierung und den am 26. September zu wählenden Deutschen Bundestag, bei dem die Länder natürlich mitwirken sollen.

So oder so: von einer systematischen, strukturellen Beseitigung der Rentenungerechtigkeit bei Aussiedlern und Spätaussiedlern ist man trotz aller Signale leider noch weit entfernt. Diese Schlacht ist noch nicht geschlagen, denn: die Rentenbenachteiligungen für Spätaussiedler waren 1996 bei ihrer Einführung falsch, sie sind heute falsch und sie bleiben falsch. Ich bleibe an dem Thema jedenfalls dran, bis es zu aller Zufriedenheit erledigt ist, das verspreche ich Ihnen.

Meine Damen und Herren, liebe Gäste,

in meiner diesjährigen Ansprache will ich einen der Schwerpunkte auch auf die Deutschen aus Russland legen, weil das Bewusstsein für und die Solidarität mit ihrem Schicksal auch einer der Aspekte bei der Festlegung des Leitwortes für das Jahr 2021 war.

Genau heute vor 80 Jahre ließ Stalin den unglückseligen Erlass verabschieden, mit dem die Sowjetregierung am 28. August 1941 das Schicksal der Deutschen in Russland besiegelte und Hunderttausende in die Verbannung und zur Zwangsarbeit deportierte. Unterzeichnen musste Michail Iwanowitsch Kalinin, Vorsitzender des Obersten Sowjets.

Ich möchte diesen Vorgang historisch einbetten, um das Ausmaß der Zäsur für die Russlanddeutschen aufzuzeigen.

Es ist richtig, dass nach Kriegsende in Ostmitteleuropa, in Ost- und in Südosteuropa die größte Völkerverschiebung seit Menschengedenken stattfand. Flucht, Vertreibung und Deportation von rund 15 Millionen Deutschen aus ihren Wohnungen und Häusern, Dörfern und Städten – aus ihrer jahrhundertelangen Heimat. Mehr als zwei Millionen von ihnen kamen auf der Flucht, während der Vertreibung und infolge dieses Schicksals ums Leben, überstanden die Deportation nicht oder werden für immer vermisst bleiben.

Aber die Deutschen aus Russland traf das soeben beschriebene Schicksal bereits 1941. Und schon davor, in den Jahren 1937-1938, hatte es bereits die sogenannte „Große Säuberung“ gegeben, im Zuge derer 55.000 Deutsche exekutiert und erschossen wurden.

Das Jahr 1941 wird dann zum vernichtenden Schicksalsjahr für mehr als eine dreiviertel Million Russlanddeutsche. Es wird die sozialen, kulturellen, administrativen und in vielen Fällen auch familiären Strukturen dieser Volksgruppe nachhaltig zerstören! Mit der Deportation nach Kasachstan, an den Ural und nach Sibirien endete eine Epoche in der Geschichte der Deutschen in Russland.

Dort, wohin die Russlanddeutschen verbannt wurden, wartete bittere Armut, Unterdrückung und Knechtschaft auf sie. Die Zeugnisse der Überlebenden sprechen eine deutliche Sprache.

Dem Erlass-Unterzeichner Kalinin setzte man ein besonderes Denkmal mit der Umbenennung der ostpreußischen Stadt Königsberg und dem sie umgebenden Regierungsbezirk.

Mehr als 20 Jahre mussten vergehen, bevor der rechtliche – oder besser: Unrechts-Status der deutschen Bevölkerung in der Sowjetunion wieder geändert werden sollte.

Erst 1964 wurde der 1941 pauschal erhobene Vorwurf der Kollaboration mit Nazideutschland als unbegründet bezeichnet und durch eine Teilrehabilitierung zurückgenommen. Es war das Eingeständnis der Sowjetunion, seine deutsche Bevölkerung schuldlos der Heimat verwiesen zu haben. Dass dieses Eingeständnis eher klammheimlich als bedauernd verkündet wurde, sodass die Betroffenen es nur zeitverzögert und über Umwege erfuhren, entspricht durchaus dem Bild, dass man noch heute zu Recht mit einer kommunistischen Diktatur verbindet.

Tatsächlich wurde im entsprechenden „Wiedergutmachungs-Erlass“ von 1964 behauptet, dass nunmehr die Gegenden des früheren Wohnorts der Deportierten besiedelt seien und dass die deutsche Bevölkerung an ihren neuen Wohnorten in den Zielgebieten der Deportation Fuß gefasst habe.

Diese Verhöhnung besiegelte eines endgültig: die Russlanddeutschen sollten weder in ihre Heimat zurückkehren, noch sollten sie an ihr Leben vor dem Krieg anknüpfen. Sie waren und blieben Entwurzelte.

In der aktuellen Denkschrift der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland formuliert der Historiker Dr. Alfred Eisfeld wie folgt:

„Aus den Deportationen der Kriegsjahre wurde eine endgültige Vertreibung. Das kollektive und individuelle Eigentum, alle Bildungs- und Kultureinrichtungen gingen unwiederbringlich verloren. Auch Kirchengebäude (…) und Grundstücke (…) können nicht mehr an die Gemeinden zurückgegeben werden (…). Diese Gemeinden existieren nicht mehr.“

Es ist eine Tatsache der Geschichte, dass die Russlanddeutschen in der Sowjetunion sowohl im Ersten wie auch im Zweiten Weltkrieg zwischen die Räder der Diktaturen gerieten. Mit weitreichenden und verheerenden Folgen. Die Deportation markiert einen tiefen und bis in die Gegenwart nachwirkenden Einschnitt in der russlanddeutschen Geschichte.

Es ist daher nur folgerichtig, dass Deutschland bis heute ihr Kriegsfolgenschicksal anerkennt und garantiert, dass sie als Deutsche nach Deutschland kommen können.

Die repressive Politik gegen die deutsche Minderheit in der ehemaligen UdSSR ist ein nur wenig bekanntes Kapitel russland- und bundesdeutscher Geschichte. Aufklärungsarbeit leisten seit 2019 das Bayerische Kulturzentrum der Deutschen aus Russland in Nürnberg, gefördert vom Land Bayern, sowie in Nordrhein-Westfalen das Detmolder Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte, dem Staatsministerin Grütters anlässlich eines Besuchs vor Ort die Bereitschaft der Bundesregierung zur dauerhaften Förderung versichert hat.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder,

sicherlich werden Sie, wenige Wochen vor der Bundestagswahl, auch die eine oder andere politische Botschaft im Gepäck haben.

Aber auch ich möchte einige politischen Punkte ansprechen:

Wie kann es sein, dass in den Wahlprogrammen der meisten im Bundestag vertretenen Parteien die Vertriebenen und Spätaussiedler keine Rolle spielen? In einer Zeit, die geprägt ist von dem Ansatz, jeder gesellschaftlichen Gruppe, jeder Minderheit, jeder Meinung gerecht zu werden!?

Wie kann es sein, dass nur die CDU und CSU sich in ihrem Programm ausführlich und zukunftsorientiert dem Thema widmen?

Das Bekenntnis zur deutschen Geschichte in all ihren Facetten muss parteienübergreifend auch diejenigen ansprechen, die ein besonders schweres Kriegsfolgeschicksal erleiden mussten. Das Programm der Unionsparteien stellt richtigerweise fest, dass ohne die Heimatvertriebenen der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg so nicht gelungen wäre.

Ich stehe hier als Vertreter des Bundes der Vertriebenen – eines Verbands, der sich parteipolitisch dem Neutralitätsgebot verpflichtet hat und mit allen politischen Akteuren im Gespräch steht, die sich auf dem Boden unser freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen.

Unser Verband nimmt jedoch zur Kenntnis, dass beinahe allen Parteien der Wille oder gar das Vermögen fehlt, sich zur Wahrhaftigkeit der Geschichtsschreibung zu bekennen.

Nur die Unionsparteien stellen fest, dass „Vertriebene und ihre Nachkommen, Aussiedler und Spätaussiedler „mit ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer kulturellen Tradition ein Gewinn für unser Land“ sind. Man werde deshalb „den verständigungs- und erinnerungspolitischen Einsatz der Vertriebenen- und Aussiedlerverbände, den Kulturerhalt und die Kulturarbeit durch eine zukunftssichere Förderung stärken“. Richtig so, gut so!

Gerade auch der im Programm geäußerte Wille, „an der gesetzlich garantierten Aufnahme von Spätaussiedlern (…) festhalten und weiterhin Eingliederungshilfen leisten“ zu wollen, ist im 80. Jahr des Verbrechens an den Deutschen aus Russland ein wichtiges Zeichen.

Derartiges wollen wir in den Programmen aller Parteien lesen! Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sind ein Teil des Querschnitts der Gesamtbevölkerung – und haben den Anspruch, entsprechend wahrgenommen zu werden.

Der BdV steht seit fast sieben Jahrzehnten auf dem Fundament unserer Charta der Heimatvertriebenen. Die damals verkündeten Selbst-Verpflichtungen wirken für uns bis heute fort: der bewusste Austritt aus der Spirale von Gewalt und Gegengewalt, die Bekämpfung von Vertreibungen als Welt-Problem sowie eine nachhaltige Verständigungspolitik, um es eben nie wieder so weit kommen zu lassen.

Die Arbeit der Vertriebenenverbände ist nicht nur Selbstzweck – sondern bewusstes Engagement für unsere Gesamtgesellschaft und für das gute Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarländern.

Der Bund der Vertriebenen steht – und das, meine Damen und Herren, muss auch im Interesse unseres Landes sein! – nach wie vor für das Bestreben, Ehrlichkeit in der Erinnerungs- und Gedenkkultur durchzusetzen. Wir fordern die Sicherung des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen und bieten den verständigungspolitischen Dialog mit den Nachbarn im Osten.

Für uns umfasst die Sicherung des kulturellen Erbes auch die Sicherung des Wissens um die Umstände von Flucht und Vertreibung. Und das bringt mich unweigerlich zu dem im Juni dieses Jahres im Berliner Deutschlandhaus eröffneten „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Denn dieses ist ein wichtiger Baustein in der Erinnerungs- und Gedenkstättenlandschaft unseres Landes, mitten in der Bundeshauptstadt.

Die Eröffnung erfuhr medial hohe Aufmerksamkeit, nicht zuletzt, weil Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnahm und das Schicksal der Heimatvertriebenen würdigte. Die Bundesrepublik Deutschland hat – auf Initiative des Bundes der Vertriebenen und unserer Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN – einen Erinnerungs- und Lernort geschaffen, der – eingebettet in seinem historischen Kontext - schwerpunktmäßig die Geschichte der 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge darstellt – sich aber an die gesamte Gesellschaft, an eine breite, sogar internationale Öffentlichkeit richtet, die viel zu wenig vom Schicksal der Vertriebenen weiß.

Das Dokumentationszentrum ist damit, anders als die landsmannschaftlichen und Landesmuseen, der Vorgabe verpflichtet, den Gesamtprozess in allen betroffenen Ländern und Gebieten an einem Ort zu erforschen, zu präsentieren und öffentlich zu machen.

Es ist zu hoffen, dass besonders jüngere und zukünftige Generationen die Möglichkeiten nutzen, der eigenen Familiengeschichte auf die Spur zu kommen.

In der Einbettung in den historischen Kontext sowie in andere Flucht- und Vertreibungsgeschehen liegt für jeden Besucher die Chance zu erkennen, wie groß die Gefahren immer wieder zu beobachtender Kreisläufe von Rache und Gewalt gerade im Fall von Vertreibungen und ethnischen Säuberungen sind.

Daher – und ich wiederhole es gerne noch einmal – bleiben die zweifelsfreie Anerkennung des Heimatrechtes als Menschenrecht sowie die Einführung eines internationalen Vertreibungsverbotes zwei der wichtigsten Anliegen des BdV als Menschenrechtsorganisation!

Meine Damen und Herren,

ich ermutige Sie ausdrücklich, sich die Ausstellung anzusehen. Teilen Sie Lob und Kritik gerne auch mit dem Bund der Vertriebenen.

Egal ob Sie inhaltliche oder ausstellungstechnische Punkte ansprechen wollen, egal ob Sie rechtliche Hintergründe der Grenzziehungen detaillierter behandelt sehen wollen oder – wie ich – das Gendern dort unerträglich finden: Lassen Sie uns kritisch, aber konstruktiv sein – so, wie es auch die sechs Mitglieder seitens des BdV im Stiftungsrat weiterhin sein werden.

Wir bringen jede berechtigte Kritik und jeden Verbesserungsvorschlag konstruktiv in die dortige Arbeit ein.

Meine Damen und Herren, liebe Landsleute,

wie jedes Jahr spreche ich zum Schluss meinen herzlichen Dank aus: Ihnen persönlich, sowie allen unseren Mitstreitern in den Landes- und Kreisverbänden, in den Landsmannschaften und Kulturgruppen.

Ihre ehrenamtliche Arbeit kann nicht mit Gold aufgewogen werden!

Wir wollen das, was uns verbindet, gemeinsam mit Entschlossenheit in die Zukunft tragen. Und wir wollen zusammenhalten.

Ich danke Ihnen!

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius MdB

02) Der Bund der Vertriebenen hat ein neues Präsidium Dr. Bernd Fabritius mit 94,5 % als Präsident wiedergewählt

Am 27. August 2021 wurde auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in Berlin ein neues Präsidium gewählt.

Dabei wurde der bisherige **Präsident, Dr. Bernd Fabritius MdB**, mit hervorragenden 94,5 Prozent der Delegiertenstimmen wieder¬gewählt. Fabritius, der aus Siebenbürgen stammt und auch Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist, tritt damit seine vierte Amtszeit an.

Zu **Vizepräsidenten** wurden gewählt:

Stephan Grigat, Raimund Haser MdL, Christian Knauer, Stephan Mayer MdB, Egon Primas und Johann Thießen.

Zu weiteren Präsidialmitgliedern wurden gewählt:

Rita Hagl-Kehl MdB, Milan Horáček, Steffen Hörtler, Siegbert Ortmann, Brunhilde Reitmeier-Zwick und Editha Westmann MdL.

Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Dr. Maria Werthan, gehört kraft Amtes dem Präsidium an.

Auch zukünftig wird Arbeit und Zusammensetzung des Präsidiums somit die Vielfalt des Gesamtverbandes widerspiegeln. Außerdem ist erneut deutlich geworden, dass Erinnerungs- und Verantwortungstransfer innerverbandlich bereits gelungen sind.

Aufbruchstimmung ging vom Arbeitsbericht des Präsidenten aus, der sich gemeinsam mit den Delegierten freute, dass unter Einhaltung sämtlicher Corona-Auflagen Begegnung und Austausch der Delegierten nun „beim dritten Anlauf endlich wieder möglich“ sei.

Einen der inhaltlichen Schwerpunkte setzte Dr. Fabritius im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl. So gelte es für jede demokratische Partei, die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten in ihre politische Arbeit einzubeziehen. Hierzu fasste die Bundesversammlung einstimmig eine **Entschließung**.

BdV – Bund der Vertriebenen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Pressekontakt: Marc-P. Halatsch

Hauptstadtvertretung im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof
Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit
Stresemannstr. 94
10963 Berlin
Tel.: +49 (0)30 5858 443-50
Fax: +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail: presse@bdvbund.de
Internet: www.bund-der-vertriebenen.de

Bundesgeschäftsstelle Bonn
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Tel.: +49 (0)228 81007-28 (Pressestelle)
Fax: +49 (0)228 81007-52

Unterstützen Sie die Anliegen des Bundes der Vertriebenen durch eine Spende an die gemeinnützige Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Spendenkonto Deutsche Bank, Kontonummer 3 17 17 17, Bankleitzahl 380 700 24, IBAN DE76 3807 0024 0317 1717 00, BIC DEUTDEDB380. Informationen zum ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN finden Sie unter www.z-g-v.de.

Neues Präsidium des Bundes der Vertriebenen (v.l.): Raimund Haser MdL, Dr. Maria Werthan (kraft Amtes), Milan Horáček, Egon Primas, Dr. Bernd Fabritius MdB, Steffen Hörtler, Stephan Grigat, Brunhilde Reitmeier-Zwick, Stephan Mayer MdB, Christian Knauer, Siegbert Ortmann und Johann Thießen. Es fehlen: Rita Hagl-Kehl MdB und Editha Westmann MdL.

<u>Anmerkung der AWR-Redaktion:</u>

In den nächsten Ausgaben unseres „Rundbriefes“ werden wir ausführlich auf die Veranstatlung eingehen. Die öffentlichen Medien haben die Veranstaltung offensichtlich wieder einmal totgeschwiegen! (siehe Editorial).

BdV Bund der Vertriebenen

Pressemitteilung

BdV hat neues Präsidium

Dr. Bernd Fabritius mit 94,5 % als Präsident wiedergewählt

Am gestrigen 27. August 2021 wurde auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in Berlin ein neues Präsidium gewählt.

Dabei wurde der bisherige Präsident, Dr. Bernd Fabritius MdB, mit hervorragenden 94,5 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Fabritius, der aus Siebenbürgen stammt und auch Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist, tritt damit seine vierte Amtszeit an.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt:

Stephan Grigat, Raimund Haser MdL, Christian Knauer, Stephan Mayer MdB, Egon Primas und Johann Thießen.

Zu weiteren Präsidialmitgliedern wurden gewählt:

Rita Hagl-Kehl MdB, Milan Horáček, Steffen Hörtler, Siegbert Ortmann, Brunhilde Reitmeier-Zwick und Editha Westmann MdL.

Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Dr. Maria Werthan, gehört kraft Amtes dem Präsidium an.

Auch zukünftig wird Arbeit und Zusammensetzung des Präsidiums somit die Vielfalt des Gesamtverbandes widerspiegeln. Außerdem ist erneut deutlich geworden, dass Erinnerungs- und Verantwortungstransfer innerverbandlich bereits gelungen sind.

Aufbruchstimmung ging vom Arbeitsbericht des Präsidenten aus, der sich gemeinsam mit den Delegierten freute, dass unter Einhaltung sämtlicher Corona-Auflagen Begegnung und Austausch der Delegierten nun „beim dritten Anlauf endlich wieder möglich" sei.

Einen der inhaltlichen Schwerpunkte setzte Dr. Fabritius im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl. So gelte es für jede demokratische Partei, die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten in ihre politische Arbeit einzubeziehen. Hierzu fasste die Bundesversammlung einstimmig eine Entschließung.

28. August 2021

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:
Marc-P. Halatsch
Pressesprecher
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 5858 443-50
Telefax +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotive wünschen, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.

03) Entschließung der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen am 27. August 2021

BdV Bund der Vertriebenen

Entschließung

der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen am 27. August 2021

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen hat sich als höchstes Beschlussgremium des Verbandes auf ihrer Zusammenkunft in Berlin unter anderem mit aktuellen Themen und Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler beschäftigt. Dabei wurde folgende Entschließung gefasst.

Zukunftssichere Förderung für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten

Im Hinblick auf die am 26. September 2021 bevorstehende Bundestagswahl fordert die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen sämtliche zur Wahl stehenden Parteien auf, die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler und ihrer Verbände als Teil der bundesdeutschen Gesellschaft sowie der deutschen Minderheiten in deren Heimatgebieten weiterhin in ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen bzw. diese mit in ihre politische Arbeit einzubeziehen.

Siedlungs- und Schicksalsgeschichte der Deutschen in Ostmittel, Ost- und Südosteuropa sowie Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und die aus diesem Gesamtkomplex erwachsenen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge sind ein prägender Teil unserer gesamtdeutschen Geschichte und Erinnerungslandschaft. Der erinnerungs- und der grenzüberschreitende verständigungspolitische Einsatz sowie der lebendige Kulturerhalt durch die Kulturträger und ihre Verbände, durch nachkommende Generationen und durch eine Vielzahl an Menschen, die sich diesem kulturellen Erbe aus Überzeugung verpflichtet fühlen, sind daher gesamtgesellschaftlich relevante Anliegen, die eine zukunftssichere Förderung benötigen.

Gerade die Bundesförderung der Vertriebenen-Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes hat daran einen wesentlichen Anteil. Hier gilt es, den partizipativen Ansatz weiter zu stärken sowie sämtlichen geförderten Institutionen, ins-

Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Telefon +49 (0) 228 81007 0, Telefax +49 (0) 228 81007 52
Internet www.bund-der-vertriebenen.de, E-Mail info@bdvbund.de
als gemeinnützig anerkannt durch das Finanzamt Bonn Nr. 206/5853/0204
IBAN DE59 3804 0007 0111 7043 00, BIC COBADEFFXXX

besondere der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, eine dauerhafte Perspektive zu bieten. Kultur- und Erinnerungsarbeit muss in ihrer gesamten Vielfalt, von den zentralen Erinnerungsorten hervorgehobener Relevanz bis hin zu den lokalen Kleingruppen vor Ort, Wertschätzung und Förderung erfahren. Dezentrale Strukturen sind ein wesentliches Merkmal in der Arbeit der deutschen Vertriebenen und ihrer Verbände.

Angesichts der besonderen Geschichte und des Kriegsfolgenschicksals der Russlanddeutschen müssen zukünftige Bundesregierungen auch an der gesetzlich garantierten Aufnahme von Spätaussiedlern festhalten. Diese Volksgruppe wurde vor 80 Jahren, nach dem Überfall der Nationalsozialisten auf die Sowjetunion, aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit unter Generalverdacht gestellt und stellvertretend in Haftung genommen. Hunderttausende haben durch Verbannung und Deportation, Trudarmee und Zwangsarbeit aufgrund des sogenannten Stalin-Erlasses bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat und vielfach ihr Leben verloren. Bis heute wirken diese Ereignisse nach, zumal die Russlanddeutschen von Russland nach wie vor nicht vollständig rehabilitiert wurden.

Bis heute nutzen Jahr für Jahr viele Russlanddeutsche die Möglichkeit, als Spätaussiedler und somit als Deutsche nach Deutschland zu übersiedeln. Mit ihrer Eingliederungsbereitschaft, ihrem Fleiß und ihren Familienstrukturen sind sie ein wirtschaftlicher, kultureller und demografischer Gewinn für unser Land. Daher ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, rentenrechtliche Benachteiligungen endlich zu beseitigen und gesetzliche Regelungen dahingehend zu verbessern, dass auch Aussiedlern und Spätaussiedlern in Deutschland trotz langer und harter Erwerbsbiografien beim Renteneintritt nicht automatisch Grundsicherung und Altersarmut drohen. Darüber hinaus brauchen die zu uns Kommenden eine verlässliche Zusage, dass sie auch weiterhin in ihrem Bemühen unterstützt werden, in Deutschland heimisch zu werden.

Eine besondere Verpflichtung hat Deutschland außerdem für deutsche Minderheiten in unseren östlichen Nachbarländern sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die dort lebenden Deutschen sind das verständigungspolitische Gegenstück zu den Vertriebenen und Spätaussiedlern in Deutschland und natürliche Erben einer oft jahrhundertealten Kultur- und Siedlungsgeschichte. Daher ist es uns wichtig, dass diese Minderheiten weiterhin in ihrem Sprach- und Kulturerhalt gefördert und stärker in die Auswärtige Kulturpolitik einbezogen werden.

In all diesen Anliegen war und ist das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten stets ein wichtiger und kompetenter Ansprechpartner. Daher setzen wir uns für den Fortbestand und die Stärkung dieses Amtes ein.

01) Bundespräsident Steinmeiers dreitägiger Tschechien-Besuch

Der deutsche Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** traf gestern zu einem dreitägigen Besuch in Tschechien ein. Dazu reiste er von Berlin kommend mit dem Zug in Prag an. Noch am Abend kam er mit seinem tschechischen Amtskollegen **Miloš Zeman** auf dessen Sommersitz **Schloss Lahn** / Lány zu einem Abendessen zusammen. Der Großteil seiner offiziellen Gespräche ist für heute geplant, wie tschechische Zeitungen sehr ausführlich berichten.

Am Vormittag wurde der Bundespräsident zunächst mit militärischen Ehren von Miloš Zeman auf der **Prager Burg** empfangen. Zuvor besuchte er die **Gedenkstätte** in der **Kyrill- und Method-Kirche** in Prag, die zu Ehren der tschechoslowakischen Widerstandskämpfer, die im Jahre 1942 das Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor **Reinhard Heydrich** verübt haben, errichtet wurde. Steinmeier sei das erste deutsche Staatsoberhaupt, das die Gedenkstätte aufsuche, informierte der Chefdiplomat der Präsidialkanzlei, **Rudolf Jindrák.**

Steinmeiers Anreise mit dem Zug sollte symbolisch dokumentieren, dass der deutsche Bundespräsident im Kampf gegen die Erderwärmung ein umweltfreundliches Verkehrsmittel wählt. Gleichzeitig wird die Bedeutung der künftigen Bahnverbindung zwischen Berlin und Prag betont. Zwischen der tschechischen Hauptstadt und der sächsischen Metropole Dresden ist der Bau einer **Strecke für den Hochgeschwindigkeitsverkehr** (HGV) mit einem langem Tunnel unter dem Erzgebirge geplant.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.107, 2021

Wien, am 26. August 2021

A. db) Berichte von Fachtagungen *Seite 175*

Keine Berichte

01) Über den Gartenzaun gekuckt oder was gibts außerhalb der SL ?

Von unserem Leser Franz Kühnel 28.08.2021

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

in Zeiten der Corona-Restriktionen ist das Vereinsleben allgemein erheblich eingeschränkt und bei den Landsmannschaften leider ganz besonders. Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen aber Interesse an einem Film über die Gedächtnisstätte Guthmannshausen in Thüringen. Der "Verein Gedächtnisstätte" hat das ehenalige Ritterschloss dort samt großzügigem Park erworben und eine Begegnungsstätte geschaffen.

Den Film, der sich mit
https://kultur.verein-gedaechtnisstaette.de/weitersagen/detail/146/1629928800000

aufrufen lässt, empfehle ich deshalb auch denjenigen, die von dem Verein noch nie etwas gehört haben. Leider wurde das Gebäude im Frühjahr dieses Jahres durch Brandstiftung stark beschädigt, worüber in den Medien kaum Informationen zu finden waren. Es gibt aber bereits Pläne für die Wiederherstellung des Gebäudes. Da dafür eine größere Summe aufzubringen ist, erging ein Spendenaufruf. Das Filmmaterial zeigt die Gedächtnisstätte nach der Brandstiftung. Ich wünsche viel Vergnügen beim Ansehen des Films.

Die an meine Nachricht angehängten Fotos zeigen (*Anm. AWR-Red.: kleine Auswahl*):
- einige der Gedenksteine im Garten der Gedächtnisstätte Guthmannshausen und
- Innenansichten des Gebäudes vor der Brandstiftung

Ich wünsche Euch allen ein schönes Wochenende und endlich besseres Wetter.

Franz Kühnel

PS: Sehr informativ ist auch die Seite:
https://deutsches-gedenken.de/

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen S. 178

Die Beiträge zur Umbenennung von Straßen usw. werden zurzeit für unsere Leitseiten vorbereitet

01) 80 Jahre Stalin-Erlass zur Deportation und Verbannung der Russlanddeutschen

28.08.2021 Presse

Tiefer Einschnitt in der Geschichte der Volksgruppe

Zum heutigen 80. Jahrestag des Stalin-Erlasses zur Verbannung der Russlanddeutschen erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius MdB:

Genau heute vor 80 Jahre ließ Stalin den Erlass verabschieden, mit dem die Sowjetregierung am 28. August 1941 das Schicksal der Deutschen in Russland besiegelte und Hunderttausende in die Verbannung und zur Zwangsarbeit deportierte. Diese Vorgänge forderten zahllose Todesopfer. Die Russlanddeutschen traf das Vertreibungsschicksal somit schon zwei Monate nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion. Aber bereits zuvor, in den Jahren 1937-1938, hatte es die sogenannte „Große Säuberung“ gegeben, im Zuge derer 55.000 Deutsche exekutiert und erschossen wurden.

Das Jahr 1941 wurde dann zum vernichtenden Schicksalsjahr für mehr als eine dreiviertel Million Russlanddeutsche. Mit der Verbannung nach Kasachstan, an den Ural und nach Sibirien endete eine Epoche. Die sozialen, kulturellen, administrativen und in vielen Fällen auch familiären Strukturen der Volksgruppe wurden nachhaltig zerstört.

Dem Erlass-Unterzeichner Michail Iwanowitsch Kalinin, Vorsitzender des Obersten Sowjets, setzte man später ein besonderes Denkmal mit der Umbenennung der ostpreußischen Stadt Königsberg und dem sie umgebenden Regierungsbezirk.

Erst 1964 wurde der pauschal erhobene Vorwurf der Kollaboration mit den Nationalsozialisten als unbegründet bezeichnet und durch eine Teilrehabilitierung zurückgenommen. Es war das Eingeständnis der Sowjetunion, seine deutsche Bevölkerung schuldlos der Heimat verwiesen zu haben. Im „Wiedergutmachungs-Erlass“ von 1964 behauptete die Regierung, dass die Heimat der Deportierten nunmehr neu besiedelt sei und dass die deutsche Bevölkerung an ihren neuen Wohnorten in den Zielgebieten der Deportation Fuß gefasst habe. Damit wurden die Russlanddeutschen letztlich nochmals entwurzelt.

Es ist eine Tatsache der Geschichte, dass diese Volksgruppe sowohl im Ersten wie auch im Zweiten Weltkrieg zwischen die Räder der Diktaturen geriet. Die Deportation markiert einen tiefen und bis in die Gegenwart nachwirkenden Einschnitt in der russlanddeutschen Geschichte. Es ist daher nur folgerichtig, dass Deutschland bis heute das Kriegsfolgenschicksal der Russlanddeutschen anerkennt und garantiert, dass sie als Deutsche nach Deutschland kommen können.

02) Gedenken an die polnischen Befreier

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
von Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

BERLIN

Postanschrift	10617 Berlin	**Dienstgebäude**	Rathaus Charlottenburg, Zimmer 228 Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Telefon	9029-12203	**Internet**	www.charlottenburg-wilmersdorf.de
Telefax	9029-12908	**E-Mail**	presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

Pressemitteilung

Berlin, 31. August 2021

Gedenken an die polnischen Befreier*innen

Vor einem Jahr wurde im Beisein polnischer Veteranen, des polnischen Botschafters und Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann das Mahnmal vor der TU an der Ecke Ernst-Reuter-Platz und Straße des 17. Juni errichtet. Foto: BACW/Brühl

Anlässlich des 82. Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen und Beginns des Zweiten Weltkriegs wird Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann gemeinsam mit BVV-Vorsteherin Anne Hansen **am Mittwoch, 1. September 2021, um 10.30 Uhr** an der Gedenkstele vor der Technischen Universität (Ecke Ernst-Reuter-Platz und Straße des 17. Juni) einen Kranz für die polnischen Berfreier*innen niederlegen.
Der deutsche Vernichtungskrieg, beginnend mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939, kostete sechs Millionen Pol*innen das Leben, darunter drei Millionen im Holocaust ermordete polnische Jüd*innen. Die im vergangenen Jahr eingeweihte Gedenkstele erinnert an die polnischen Soldat*innen, die 1945 an vorderster Front für die Befreiung Berlins von der Herrschaft der Nationalsozialisten kämpften.

Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann:

> "Neben der Roten Armee hat auch die polnische Befreiungsarmee an der Eroberung der damaligen Reichshauptstadt und der Kapitulation des drittenReichs einen wichtigen Beitrag geleistet. Bei diesem gedenken werden wir in besonderer Weise mit unserer polnischen Partnerstadt Meseritz (Miedzyrzecz) verbunden sein, in der ebenfalls der unzähligen Opfer der Nazi-Barbarei gedacht wird."

Im Auftrag
Plath

<u>Anmerkung der AWR-Redaktion:</u>
Die Partnerstadt Meseritz des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf ist am 01.09.1939 – also bei Ausbruch des Krieges - eine deutsche Stadt innerhalb der von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs nachträglich anerkannten Grenzen vom 31.12.1937 des Deutschen Reiches … und gehörte 1939 zur Provinz Brandenburg.

03) Alois Jahn: Die Deutschen der böhmischen Länder. Vergangenheit und Gegenwart. Ein Zeitzeuge erzählt

Alois Jahn

Die Deutschen der böhmischen Länder

Vergangenheit und Gegenwart

Ein Zeitzeuge erzählt

Jahn, Alois: Die Deutschen der böhmischen Länder : Vergangenheit u. Gegenwart ; ein Zeitzeuge erzählt. - Wien : Selbstverl. d. Verf., 1986. - 31 S. ; 32 cm

Die Niederschrift verschweigt keineswegs Fehler, die auf deutscher Seite begangen wurden. Da unsere Gegner nur unsere Mängel sehen und unsere guten Werke leugnen, ist sie nicht für sie bestimmt, sondern für die Getreuen, die das vergangene Geschehen nicht miterlebt haben und als unsere Nachfahren das Erbe verwalten sollen.

Mögen sie selbst vor dem kleinsten Fehltritt bewahrt bleiben!

Inhalt

Einleitung 4
Die Völker der böhmischen Länder 5
Die erste Tschechoslowakische Republik (1918 - 1938) 6
Die Sprache im Wandel der Macht 9
Im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren (15. März 1939 - Mai 1945) 10
Zwangsverschickung der Juden (1941) 12
Wie der Haß entsteht 13
Das Ende an der Ostfront (1945) 15
Die deutschen Gräber in Sibirien 19
Das Ende in Böhmen (1945) 23
Menschliches und Unmenschliches 24
Die Heimatvertriebenen und das neue Österreich 25
Das Gedächtnisloch und der moderne Rufmord 27
Der Völkermord der tausend Schritte als Kriegsziel 29

Einleitung

Auf der Suche nach der Wahrheit und in der Entlarvung der Lüge wird hier durch *einzelne Bilder* der Schicksalsweg der böhmischen Deutschen beschrieben und ihre charismatische Aufgabe, für die Selbstbestimmung der Völker einzutreten, unterstrichen.

Die Arbeit rief traurige Erinnerungen wach, und in Gesprächen mit Landsleuten war zu hören, daß es sie zu sehr belasten würde, ihre Erlebnisse niederzuschreiben. Es entspricht einer gütig-weisen Strähne der menschlichen Natur, die alten Dinge ruhen zu lassen und einen klärenden Abstand zu ihnen zu gewinnen.

Wer hingegen durch grobe Beeinflussung gegensätzliches Verhalten zu erzwingen versucht, hat eigenen Vorteil im Sinn: Die abwegige Erfindung der *Vergangenheitsbewältigung*, die zu einer Plage geworden ist und mit dem gewaltsamen und einseitigen Aufrühren des Leids verbunden ist, entspricht den materiellen Süchten ihrer unersättlichen Betreiber. Der Einmaligkeit, die manche für das ihnen oder anderen - die sie zu vertreten vorgeben - zugefügte Unrecht beanspruchen, und dem nachfolgenden "Ablaßhandel" können Menschen, die nach Gerechtigkeit streben, nicht zustimmen.

Auf der Schaubühne der Kriegsgewinnler herrscht ein buntes Treiben: zahlreiche Personen werden allein wegen einer früheren Zugehörigkeit, der sie sich nicht entziehen konnten, erpreßt und müssen Reue zeigen für Dinge, von denen sie erst nach dem Kriegsende gehört haben und die mitunter nicht einmal bewiesen sind. Wenn selbsternannte Richter aus den Reihen einer Minderheit nur auf das ihnen widerfahrene Unglück hinweisen, dagegen die Greuel der Sieger nicht wahrnehmen wollen, das erlittene Leid der schweigenden Mehrheit - der die Medien nicht zur Verfügung stehen - in Abrede stellen und die Vergangenheit pausenlos verdrehen, fordern sie ein ganzes Volk heraus: es sind Lüge und Betrug, die die Völker entzweien, das Blut des Krieges in klingende Münze umwandeln und als Sendboten der Knechtschaft die Menschen erschrecken.

Wer hingegen die historische Wahrheit sucht, muß sorgfältig abwägen; wer einen bleibenden Frieden finden will, aus begangenen Fehlern lernen. Da das Gute und Böse quer durch die Fronten geht, ist blinder Fanatismus nicht geeignet, die Menschen zusammenzuführen. Alles über einen Leisten zu schlagen, die mannigfachen Wechselwirkungen im Ablauf der Geschichte zu mißachten, nur das Negative an dem Gegner zu sehen, ihn im allen schlecht zu machen, ist das Vorgehen von Agitatoren, die im Grunde genommen Beutejäger und Hasser sind, auch wenn sie sich Gerechte nennen.

Die Völker der böhmischen Länder

Noch im vorigen Jahrhundert brachte es die sprachliche Verteilung der Bevölkerung mit sich, daß in der Mitte der Länder der Böhmischen Krone (bestehend aus Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien) vor allem die bäuerlichen Bewohner des Deutschen nicht mächtig waren, während in den Randgebieten das Tschechische nicht einmal unter den Stadtbewohnern verbreitet war.

Die Sprachgrenze und -inseln mit ihren mannigfachen Lebensformen waren nicht zuletzt die Heimat von Menschen, wie Handwerkern und Geschäftsleuten, die durch den täglichen beruflichen und privaten Umgang in beiden Sprachen lebten. Sie waren in einem gewachsenen staatlichen System eingebettet, hörten am Sonntag die Predigt und arbeiteten fleißig: doch mit dem Begriff Nationalität, der sie nicht kümmerte, kamen sie nicht zurecht.

Da diese meist kleinen Leute einen gesunden Hausverstand besaßen - sie wußten, was es heißt, sich im Leben zu behaupten - waren sie wenig geneigt, ihre Kinder in die tschechischen Schulen (im 19. Jh. gegründet) zu schicken: sie wollten ihren Söhnen die Welt - das war im engeren Sinn das große Kaiserreich - öffnen und sie nicht in ein Ghetto eines kleinen Kulturkreises mit seinen beschränkten Möglichkeiten einschließen. Wenn reine Tschechen, denen die Zukunft ihrer Kinder nicht minder am Herzen lag, den gleichen Entschluß gefaßt hatten, führte es zu einem Aufschrei der nationalistischen Romantiker und Unruhestifter, die, nachdem ihre anfänglich maßvollen Forderungen erfüllt worden waren, immer mehr wollten und einen erbitterten Kampf auslösten, mit dem Ziel die deutsche Sprache zurückzudrängen - was ihnen bereits in dem "Völkerkerker" der Monarchie gelungen war -, und schließlich auszulöschen.

Die Böhmen und Mährer, die in beiden Sprachen lebten und die Vorstellungen als auch manche Vorurteile der böhmischen Völker kannten, waren geborene Vermittler, die leider sich vergeblich bemühten, dem neuen Fanatismus, die Schärfe zu nehmen. Die Enge der national-tschechischen Republik von 1918, die sie weder wünschten noch brauchten, war nicht ihr Werk.

Die erste Tschechoslowakische Republik (1918 - 1938)

Der am 28. Oktober 1918 ausgerufene Staat, der einen tschechischen Bevölkerungsanteil von 46 % hatte, bediente sich - während des zwanzigjährigen Kampfes gegen seine Minderheiten - des Hasses. Diese schlimmste menschliche Sünde ist das Merkmal unversöhnlicher Chauvinisten, die - wo immer sie auch leben - von einem blinden Verlangen nach fremdem Eigentum besessen sind.

Die um ihre Pfründe besorgten zahlreichen Nutznießer der neugeborenen "Demokratie" lehrten schon die Schulkinder zu hassen.

In den ersten Topf mit dem Etikett "Němci" warf man alle Deutschen und Österreicher mit der kaiserlichen Familie hinein. Einem Tschechen zu sagen, er sei ein Němec, war schlimmer, als ihn einen Dieb zu nennen.

In dem nächsten Topf befanden sich die Juden. Die älteren beherrschten nicht die neue Staatssprache, schickten ihre Kinder vielfach in die deutsche Schule und unterstützten die deutschen Kultureinrichtungen, die ohne diese Zuwendungen kaum überlebt hätten. Dieser Topf trug eine Bezeichnung, die nur in der hussitischen Hölle zu finden sein dürfte: Žid a Němec /Jud und Deutscher/.

In den anderen Töpfen waren es je nach Landesteil die Ungarn oder Polen. Auf die tiefgläubigen slowakischen Bauern und die andern östlichen Minderheiten sah man von oben herab.

Da die Kinderstube der Monarchie nachwirkte, erreichte die Verkündigung des Hasses nicht jene späteren Ausmaße. Der durch Verspottung und Verteufelung der Deutschen eröffnete Feldzug ließ keine Möglichkeit offen: Schule, Theater, Film und Druckerpresse standen ihm zur Verfügung. Hand in Hand mit den Geschichtsbüchern, die man nach dem Umsturz umschrieben hatte, überflutete eine meist minderwertige nationalistische Literatur den Buchmarkt. Jeder Zeitungskiosk führte Schundhefte, die ein gemeinsames Thema hatten: Die verabscheuungswürdigen Deutschen und die neuen Helden, die angeblich in den Tschechoslowakischen Legionen für ihr Volk gekämpft hatten. Eine Truppe, die selbst manchem Tschechen zuwider war und der neuen Herrschaft sicherste Stütze diente.

Die tschechischen Legionäre wurden vorwiegend in Rußland unter den Kriegsgefangenen des Ersten Weltkrieges angeworben. Es war nicht schwer, die Kriegsgefangenen für eine wohlversorgte Etappentruppe, die sich vor jeder größeren Feindberührung in den Weiten Sibiriens versteckt hielt, zu gewinnen. Soldaten ohne Überzeugung, Disziplin und Kampfmoral, aber stark genug, um das leidende Rußland zu plündern und bluten zu lassen. Das Gemetzel, das im März 1919 die Herren Legionäre (páni legionáři) unter der unbewaffneten deutschen Zivilbevölkerung des Sudetenlandes verübt hatten, entsprach ihrem vorigen Erscheinungsbild.

Es gab kriegsgefangene Tschechen, wenn auch in der Minderzahl, die mutig die Werber zurückwiesen und die Dinge beim Namen nannten: Hoch- und Landesverrat!

Nach der Errichtung der Republik wurden Stimmen laut, Beamte deutscher Volkszugehörigkeit aus dem Staatsdienst zu entlassen. Masaryk, dem das zu weit ging, soll erklärt haben, falls dies geschehe, würde er sein Amt niederlegen und nach London ziehen. Eine solche Kraftprobe schien den Jakobinern zu gefährlich, und die Sache wurde aufs Eis gelegt..

Doch die deutschen Beamten mußten die neue Amtssprache lernen und sich schwierigen Prüfungen unterziehen. Mit dieser Maßnahme gelang es im Laufe der Zeit, zehntausende Deutsche aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Diesmal schwieg Masaryk.

War ein deutscher Beamte nicht bereit, seine Kinder in die tschechische Schule zu schicken, wurde er an einen Ort versetzt, in dem es eine deutsche Schule nicht gab.

Die Tschechisierung wurde in allen Lebensbereichen und mit allen verfügbaren Mitteln vorangetrieben. Während der Weltwirtschaftskrise wurde auch der Hunger als Waffe benutzt. Die fürchterliche Not in den Sudeten - es herrschte der Leitsatz: keine Staatsaufträge an Deutsche! - ließ die Betroffenen verzweifeln. Menschen, deren Vorfahren den böhmischen Ländern die Kultur gebracht hatten, waren für die tschechischen Hasser Parias, die jede Demütigung zu erdulden hatten. Die deutschen Schulkinder waren in den landwirtschaftlich ertragsarmen Landesteilen derart unterernährt, daß sie dem Schulunterricht nicht folgen konnten.

+++

Kann sich ein Beschäftigungsloser seinen Dienstherrn aussuchen oder der Architekt den Bauherrn, der Schauspieler die Rolle, der Gastwirt die Gäste, die Fahnenfabrik die Fahne? Selbst in guten Zeiten ist der Spielraum gering.

Da die Sieger die große Heimat, das alte Österreich, zerstört hatten, war von dort Hilfe für die böhmischen Deutschen nicht zu erwarten. Die "Rettung" kam aus Deutschland. Eine andere Wahl hatten die Sudetendeutschen nicht, und es grenzt an Heuchelei, ihnen vorzuwerfen, sie hätten die kommende Entwicklung, an der der Westen nicht unschuldig war, voraussehen müssen.

Waren es nicht die Westmächte, die das neue Deutschland - das sie zuvor in den Abgrund gestürzt hatten - bewunderten, als ein Land, das die Arbeitslosigkeit und die Armut besiegt hatte und in das die Lebensfreude wiedergekehrt war? Und waren es nicht ein wenig später die Vereinigten Staaten und Churchills Großbritannien, die aus innenpolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus einen begrenzten europäischen Konflikt zu einem apokalyptischen Weltbrand entfachten? Hat man nicht die zahlreichen Bemühungen, den Krieg zu beenden, stets zurückgewiesen und im Namen des Mammons den Tod und das schreckliche Leid

von Millionen verschuldet?

Die Sprache im Wandel der Macht

Ein Volk kann mit einem anderen nicht zusammenleben, wenn es nicht bereit ist, dessen Sprache zu erlernen. Als in der ersten Republik die Zahl der Tschechen, die sich in der deutschen Sprache verständigen konnten, besonders im Landesinneren ständig, abnahm, bekamen die nationalen Gegensätze neuen Auftrieb.

Der Hochmut des Chauvinisten, der das andere Volk verachtet, verbietet es, sich dessen Sprache zu bedienen. Gar mancher Beamte des Masaryk-Staates, der in die Sudeten versetzt wurde, hätte es als unzumutbar und entehrend empfunden, im Parteienverkehr selbst ein einziges deutsches Wort über die Lippen zu bringen. Lediglich wenn es darum ging, den "Eingeborenen" den fremden Willen aufzuzwingen, fiel den Herren der Knebel aus dem Mund und sie wetteiferten, ihre Deutschkenntnisse zu zeigen.

Da die Behörden des Sudetenlandes es bis 1918 nur mit Deutschen zu tun hatten, war unter der Beamtenschaft die Kenntnis der tschechischen Sprache kaum erforderlich. Dem Machtanspruch der neuen Prager Zentralbehörde, die die tschechische Besiedlung des Sudetenlandes betrieb, stand die deutsche Verwaltung, die nicht bereit war, ihr eigenes Volk zu unterdrücken, im Weg. Mitte der Zwanzigerjahre wurden daher zu Zehntausenden die deutschen Beamten abgebaut.

Nach der Errichtung des Protektorats wurde es vielfatch zum Bedürfinis, das Tschechentum hervorzuheben. Dazu gehörte das Tragen rot-weiß-blauer Schleifen, wie die Weigerung, deutsch zu sprechen, was als Verrat galt. Es gab Beamte, die meinten, die deutschen Dienststellen seien fremdstaatlichen Einrichtungen gleichzusetzen und daher habe der gegenseitige Schriftverkehr gemäß den internationalen Gepflogenheiten in Französich zu erfolgen. Die Antwort der reichsdeutschen Verwaltung ließ auf sich nicht warten: deutsche Sprachkurse für tschechische Protektoratsbeamte oder Verlust der Stellung. Die Prüfungen waren derart schwer, daß selbst ein Deutscher einer intensiven Vorbereitung bedurft hätte.

Ein durch die Kriegswirtschaft bedingter harter Arbeitstag und ein vollkommener Freizeitverlust, z. B. durch ein Sprachstudium, sind geeignet, Personen, die dem System feindlich gesinnt sind, von unerwünschten Aktivitäten fernzuhalten. Die Beschäftigung der Fronttruppe mit Schanzarbeiten, die für die Verteidigung oft wertlos waren, entsprang ähnlichen Beweggründen.

1945 haben die Tschechen die Benutzung der deutschen Sprache verboten: die Sudetendeutschen sollten untereinander tschechisch sprechen.

Im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren (15. März 1939 - 5. Mai 1945)

Nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht und der Errichtung des Protektorats zeigte es sich, daß die landeseigenen Deutschen wenig Einfluß auf die Entwicklung ihrer Heimat nehmen durften. Ihre Vertreter wurden entmachtet, reichsdeutschen Gewährsleuten untergeordnet oder mit nur rein repräsentativen Posten kaltgestellt.

Die Schmähungen, mit denen die neuen Machthaber das alte Österreich und sein Kaiserhaus überhäuften, verletzten die Gefühle der deutschen Landesbewohner, die erkennen mußten, daß sie die Beute einer neuen Herrschaft geworden waren. Doch die Sehnsucht nach der alten österreichischen Heimat lebte in den böhmischen Deutschen fort, und man fühlte sich verbunden mit Menschen, die aus der neuen Ostmark kamen und von ähnlichen Erfahrungen zu berichten wußten.

Die neue Verwaltung gefiel sich in einem kleinkarierten Nationalismus. Deutsche Bezeichnungen dominierten im Straßenbild tschechischer Siedlungen. Anstatt die Sympathie der Tschechen, die sich von ihren westlichen Bundesgenossen verraten fühlten, zu gewinnen, trieb man sie in das Lager des Gegners. Die Ordnung, die manche Tschechen nach der zwanzigjährigen Mißwirtschaft für ihr Land erhofft hatten, war nicht das, was sie wollten. Marschierte die Wehrmacht in ein Land ein, wurde sie oft mit Jubel empfangen. Zwei Monate später - nachdem die vorgefundenen Vorräte aufgebraucht waren - wünschten die Leute, die Deutschen wären nie gekommen.

Die unbefriedigende Lage zahlreicher Gruppen (z. B. der Offiziere der aufgelösten tschechischen Armee; der tschechischen Lehrer, deren aufgelassenen Schulen sich im abgetretenen Sudetenland befanden), die Hoffnung auf eine Wende und Rückkehr zu den früheren Verhältnissen, die der Kriegsausbruch weckte, die Wühlarbeit der gescheiterten Politiker aus dem Londoner Exil, haben die Fronten verhärtet und dem tschechischen Widerstand Nahrung gegeben.

Die Deutschen im Sudetenland und die aus dem "Altreich", die nicht tschechisch sprachen und keinen tieferen Einblick in die Verhältnisse besaßen, wußten wenig davon, was sich im Protektorat unter der Oberfläche abspielte und merkten nicht, daß die äußerliche Ruhe durch die Anwesenheit des Militärs aufrechterhalten wurde. Sie lobten das bessere Warenangebot, übersahen, daß die Tschechen der Krieg des Reiches, der ihnen Eindeutschung, aber auch große wirtschaftliche Vorteile brachte, nichts anging, und sie meinten zurecht, die Tschechen brauchten nicht einzurücken, hätten keine Kriegsgefallenen und blieben von dem Bombenterror verschont. Das Ausbleiben der Luftangriffe wurde durch die Tätigkeit der Fallschirmagenten und den tschechischen Widerstand erkauft. Eine Reihe von Geheimsendern versorgte die Alliierten mit wertvollen Berichten. Die Gegenmaßnahmen der deutschen Befehlshaber blieben nicht aus und wurden von der Tätigkeit der Kriegsgerichte begleitet.

Die für die Sicherheit verantwortlichen Stellen bemühten sich, das Aufkommen eines organisierten Widerstandes, der Fronttruppen gebunden hätte, zu verhindern. Zu diesem Zweck wurden Tschechen, die als potentielle Gesinnungsgegner bekannt waren, vorbeugend verhaftet. Im Protektorat blühte die Denunziation. Die deutschen Polizeidienststellen staunten nicht wenig, daß die Informanten nicht die böhmischen Deutschen, sondern Tschechen waren.

Ende 1939 wurden nach Studentenunruhen die tschechischen Hochschulen geschlossen und der tschechischen Jugend der Aufstieg in die akademischen Berufe verwehrt. Die Beamten verrichteten weiter ihren Dienst, doch bei Neubesetzungen wurden ausschließlich Deutsche aufgenommen. Ein tschechischer Stabsoffizier mußte froh sein, in einer Bank als Bürodiener unterzukommen. Eine Handels- und Gewerbekonzession wurde nur an Deutsche erteilt. Man wollte verhindern, daß die Tschechen wichtige Posten besetzen, während die Deutschen Frontdienst leisten. Zahlreiche Tschechen waren in der Rüstungsindustrie beschäftigt.

Die Zwangsverschickung der Juden

Im Morgengrauen des Jahres 1941, als die Stadt Olmütz noch schlief, mußten die Juden ihre Wohnungen samt Inventar übergeben und anschließend durch die noch leeren Straßen in einen Vorort gehen. Einige kamen dort nicht an: sie verübten Selbstmord. In der Sammelstelle wurden sie einigen Prozeduren unterworfen: Kahlscheren des Kopfes u.a. In der späten Nacht brachte man sie zum Bahnhof und trennte sie in drei Gruppen: Männer, Frauen und Kinder. Es kam zu bewegenden Szenen. Schreiende Kinder, die sich an die Eltern klammerten, und verzweifelte Ehepaare, die von einander Abschied nehmen mußten. Nur mit Mühe gelang es den Polizisten, die ihre Ergriffenheit kaum zu verbergen vermochten, den Transport abzufertigen. Die Fahrt der Deportierten ins Ungewisse begann. War daran die hemmunslose Kriegspropaganda des Westens nicht ohne Schuld?

Im Laufe des neuen Tages wurde in der mährischen Stadt der Abtransport der Juden bekannt. Die Deutschen und Tschechen flüsterten es einander zu. Kein Jubel, sondern Mitleid, Sorge und Angst vor einem ähnlichen Schicksal.

Fehlte es bei der Aussiedlung der Juden an Zustimmung, war es bei der *Vertreibung der Deutschen* eine johlende Menge, die vor Folter und Mord nicht zurückschreckte. Während die hussitischen Greuel keine Richter finden, macht man die Deutschen für Dinge verantwortlich, die sie nicht verhindern konnten oder die der Krieg mit sich brachte. 1945 haben die Sieger die Schuldlosen auch der letzten Habe beraubt, und heute, Jahrzehnte danach, ist ihre Habgier neu entfacht.

Im Rahmen der politischen Geschichtsauslegung wird die Frage nach den Beweggründen der deutschen Maßnahmen übergangen. Welches kriegsführende Land kann die Tätigkeit von Widerstandsgruppen, Geheimsendern oder blutdürstigen Partisanen dulden? Sind es nicht zwingende Sicherheitsüberlegungen, wenn im Krieg bestimmten Personengruppen (Angehörige von Feindstaaten) interniert werden? Man vergleiche das Vorgehen der US-Regierung, die 1941 sofort nach Ausbruch des Krieges mit Japan eigene Bürger japanischer Herkunft - auch Frauen und Kinder - interniert, enteignet und zur Zwangsarbeit gezwungen hat.

Hier sei an die amerikanischen Pläne zur Dezimierung der Deutschen erinnert. Dahinter standen die Interessen der US-Hochfinanz, und sie fand im vergossenen Menschenblut den Ausweg.

Die für die Sicherheit verantwortlichen Stellen bemühten sich, das Aufkommen eines organisierten Widerstandes, der Fronttruppen gebunden hätte, zu verhindern. Zu diesem Zweck wurden Tschechen, die als potentielle Gesinnungsgegner bekannt waren, vorbeugend verhaftet. Im Protektorat blühte die Denunziation. Die deutschen Polizeidienststellen staunten nicht wenig, daß die Informanten nicht die böhmischen Deutschen, sondern Tschechen waren.

Ende 1939 wurden nach Studentenunruhen die tschechischen Hochschulen geschlossen und der tschechischen Jugend der Aufstieg in die akademischen Berufe verwehrt. Die Beamten verrichteten weiter ihren Dienst, doch bei Neubesetzungen wurden ausschließlich Deutsche aufgenommen. Ein tschechischer Stabsoffizier mußte froh sein, in einer Bank als Bürodiener unterzukommen. Eine Handels- und Gewerbekonzession wurde nur an Deutsche erteilt. Man wollte verhindern, daß die Tschechen wichtige Posten besetzen, während die Deutschen Frontdienst leisten. Zahlreiche Tschechen waren in der Rüstungsindustrie beschäftigt.

Die Zwangsverschickung der Juden

Im Morgengrauen des Jahres 1941, als die Stadt Olmütz noch schlief, mußten die Juden ihre Wohnungen samt Inventar übergeben und anschließend durch die noch leeren Straßen in einen Vorort gehen. Einige kamen dort nicht an: sie verübten Selbstmord. In der Sammelstelle wurden sie einigen Prozeduren unterworfen: Kahlscheren des Kopfes u.a. In der späten Nacht brachte man sie zum Bahnhof und trennte sie in drei Gruppen: Männer, Frauen und Kinder. Es kam zu bewegenden Szenen. Schreiende Kinder, die sich an die Eltern klammerten, und verzweifelte Ehepaare, die von einander Abschied nehmen mußten. Nur mit Mühe gelang es den Polizisten, die ihre Ergriffenheit kaum zu verbergen vermochten, den Transport abzufertigen. Die Fahrt der Deportierten ins Ungewisse begann. War daran die hemmunslose Kriegspropaganda des Westens nicht ohne Schuld?

Im Laufe des neuen Tages wurde in der mährischen Stadt der Abtransport der Juden bekannt. Die Deutschen und Tschechen flüsterten es einander zu. Kein Jubel, sondern Mitleid, Sorge und Angst vor einem ähnlichen Schicksal.

Fehlte es bei der Aussiedlung der Juden an Zustimmung, war es bei der *Vertreibung der Deutschen* eine johlende Menge, die vor Folter und Mord nicht zurückschreckte. Während die hussitischen Greuel keine Richter finden, macht man die Deutschen für Dinge verantwortlich, die sie nicht verhindern konnten oder die der Krieg mit sich brachte. 1945 haben die Sieger die Schuldlosen auch der letzten Habe beraubt, und heute, Jahrzehnte danach, ist ihre Habgier neu entfacht.

Im Rahmen der politischen Geschichtsauslegung wird die Frage nach den Beweggründen der deutschen Maßnahmen übergangen. Welches kriegsführende Land kann die Tätigkeit von Widerstandsgruppen, Geheimsendern oder blutdürstigen Partisanen dulden? Sind es nicht zwingende Sicherheitsüberlegungen, wenn im Krieg bestimmten Personengruppen (Angehörige von Feindstaaten) interniert werden? Man vergleiche das Vorgehen der US-Regierung, die 1941 sofort nach Ausbruch des Krieges mit Japan eigene Bürger japanischer Herkunft - auch Frauen und Kinder - interniert, enteignet und zur Zwangsarbeit gezwungen hat.

Hier sei an die amerikanischen Pläne zur Dezimierung der Deutschen erinnert. Dahinter standen die Interessen der US-Hochfinanz, und sie fand im vergossenen Menschenblut den Ausweg.

Wie der Haß entsteht

Ein deutscher Jugendführer veranstaltet in der Nähe eines Eisenbahndammes ein Geländespiel. Ein Teilnehmer wird von einer Lokomotive erfaßt. Sofort greift die politische Propaganda nach dem Toten, dessen Beerdigung dazu benutzt wird, den Tschechen die deutsche Präsenz zu zeigen.

Der Trauerzug sollte gesehen werden, und daher war die festgelegte Strecke ungewöhnlich lang. Mitten im Krieg müßten deutsche Schüler und Uniformierte zu einem zeitaufwendigen Schauspiel ausrücken, das mit Trauer nichts gemein hatte. Die Honorationen in ihren Uniformen und ein ganzer Wald von Fahnen voran. Es schien, die fehlende deutsche Bevölkerungsmehrheit sollte in Olmütz mit Fahnen ersetzt werden.

Den Tschechen und anfangs auch den Deutschen war der neue Fahnenkult fremd, und viele wußten nicht, daß bei der Begegnung mit einer Formation, die eine Fahne trug, dieses Symbol zu grüßen sei. Noch kurz zuvor gab es tschechische Militärparaden, doch keiner regte sich auf, wenn die vorbeiziehende Fahne nicht durch Lüften der Kopfbedeckung beachtet wurde. Es war auch nicht üblich.

Im Trauerzug wurden die Fahnen von jugendlichen Uniformträgern flankiert. Der gestiefelte Schwarm riß und schlug den verdutzten Passanten die Hüte vom Kopf und trat sogar noch darauf. Eine Gegenwehr war völlig ausgeschlossen. Die Erniedrigten ertrugen es schweigend, sie hoben ihre Hüte auf und versuchten sie zu reinigen. Es ist durchaus möglich, daß es auch Deutsche traf, die noch zu wenig geschult waren und ihre Hand nicht schnell genug zum deutschen Gruß in die Höhe rissen. Fußgehern, die sich nicht demütigen wollten und in den Häusern verschwanden, hetzte man nach und warf deren Kopfbedeckung auf die Straße hinaus.

Die Randalierer, es waren einige Repetenten dabei, bekamen von den anderen Jugendlichen harte Worte zu hören, und man hat sich ihrer geschämt. Merkwürdig, daß die etwas vorn marschierende Prominenz von den Vorfällen nichts bemerkte oder nichts bemerken durfte. Hat sich ein jeder vor dem anderen gefürchtet? Wer unliebsam auffiel, war in der Heimat nicht mehr unabkömmlich und konnte seinen Posten mit dem Schützengraben an der Ostfront vertauschen.

Man muß hier einflechten, daß in der Tschechoslowakei ähnliche Übergriffe gegenüber Deutschen nichts Ungewöhnliches waren: eingeschlagene Auslagen und geplünderte deutsche Einrichtungen.

Vor dem Friedhof blieb die Kolonne stehen und wartete, bis die kirchliche Zeremonie beendet war. Obwohl die Jugendlichen bis auf wenige Ausnahmen katholisch waren, hat sie eine Minderheit gehindert, den Friedhof gemeinsam mit den Priestern und den Eltern des Toten zu betreten. Als die drei geistlichen Herren den Friedhof in ihrem Ornat verließen, stürmte der Schlägertrupp, der das Ende

der Gebete kaum erwarten konnte, das Tor und ein uniformierter Strolch drängt sich an einem der Kleriker vorbei und versetzt ihm einen Stoß. Es gab deutsche Lehrer, die solche Dinge scharf zu verurteilen wagten.

Landesfremde Dilettanten, die alles besser wußten, übernahmen die Regie und benutzten dumme Lausbuben als Werkzeug.

Das Ende an der Ostfront (1945)

In dem Ringen des Zweiten Weltkrieges, dessen Ursachen vielfach in Geheimarchiven ruhen, konnte sich der Einzelne seinen Standort nicht aussuchen. Die allgemeine Wehrpflicht machte jeden Versuch zu nichte, das vorbestimmte Lager zu verlassen. Auch friedfertige und verständigungsbereite Menschen, die die Gewalt ablehnten, wurden von der Kriegsmaschine erfaßt und fanden den Tod.

Millionen von Soldaten und Zivilisten wurden sowohl zu den unfreiwilligen als auch irregeleiteten Opfern verbrecherischer Geschäftemacher, die den Weltbrand einfädelten und sich an den blutenden Völkern vortrefflich zu bereichern wußten.

Als die Kriegslage schwieriger wurde, beherrschten die Todesanzeigen der Gefallenen die Zeitungsseiten. Der Mangel an Waffen und die überlegene Feuerkraft des Gegners entschieden den Krieg. Gegen die weltweit mobilisierten Reserven an Rohstoffen, Menschen und Material konnten die Achsenmächte nicht aufkommen. Im Schützengraben kommandierten Feldwebel, umgeschulte Zahlmeister und frisch ernannte Offiziere, die auf die Verpflegungszulage für Jugendliche Anspruch hatten. Die Infanterie, die manchmal schon nach ihrem ersten Einsatz aufgerieben war, verschlang immer neue und größere Menschenopfer. Der Ersatz bestand aus Soldaten anderer Waffengattungen, jungen Burschen und älteren Jahrgängen, die sich insgesamt den Anforderungen nicht gewachsen zeigten. Mit Standgerichtsurteilen versuchte man die zurückweichenden Landser, die der hochgerüstete Gegner zuletzt wie Hasen abschoß, zu einem kläglichen Heldentod zu zwingen. Die gehängten Soldaten, Volkssturmmänner und Hitlerjungen säumten die Wege, die nach hinten führten, und sie trugen Schilder, die die Hinrichtung in abschreckenden Lettern verkündeten. Da trieben die einen die anderen zur Schlachtbank und hofften, ihr eigenes Leben zu verlängern. Die Alternative der russischen Kriegsgefangenschaft war gefürchtet, obwohl die Soldaten nichts Bestimmtes darüber wußten. Die oberste Heeresführung wußte hingegen von Folter und Mord an den kriegsgefangenen Deutschen, verschwieg es aber der Fronttruppe, um deren Moral nicht zu schwächen. Die am Leben gebliebenen Soldaten, die auf dem Marsch in die Kriegsgefangenschaft zusammenbrachen, empfingen zuerst Tritte und Hiebe - dann die Kugel. In den Lagern pochte weiter der Tod.

Im Lärm der Kanonen begegnete man jungen Menschen, die an die Wunderwaffen glaubten, Zweifler für Verräter hielten, Orden und Beförderung erstrebten und sich und andere ins Unglück stürzten.

Ein junger Leutnant erschoß bei einem Angriff Russen, die ihre Waffen niedergelegt hatten und sich ergeben wollten. Doch jetzt leisten die Verteidiger erbitterten Widerstand und schlagen die Deutschen.

Manchmal wurden sämtliche verfügbaren Truppen zusammengezogen und ein räumlich begrenzter Durchbruch in den Stellungen des Gegners erzwungen. Die russischen Soldaten, von den Sturmgeschützen überrascht, rannten davon. Ein junger Fähnrich schoß vergnügt auf die Fliehenden und freute sich über jeden Abschuß. In der Kriegsgefangenschaf begegnete man Rotarmisten, die sich rühmten, viele Deutsche getötet zu haben.

Menschen wagen ihr Leben, um andere zu retten, und andermal, um als Soldaten zu töten.

In der Etappe traf man Dienstgrade, die selbst einen hundertjährigen Krieg überdauert hätten. Da gab es Troßoffiziere, die sich während des Rückzugs im Osten immer neue Konkubinen zulegten. Nach jedem Stellungswechsel mußte die Mannschaft, die karg verpflegt und verlaust war, zuerst einen Bunker für den Chef und seine Begleiterin errichten. Ließ man die Infanteristen zwangsläufig unbehelligt - da vorn es gefährlich war -, gab es für die Truppe, die etwas dahinter lag, nur Gebrüll, Schinderei und Verlautbarungen von Strafbestimmungen und Führerbefehlen, deren Nichtbefolgung mit dem Tode bestraft wurde. Vorgesetzte, die zu Hause Frau und Kind hatten, verhielten sich im allgemeinen menschlich und drangsalierten nicht die Mannschaft.

Ein Führerbefehl aus den letzten Kriegstagen (sinngemäße Wiedergabe): Um den Sieg zu erringen, sind Soldaten, die während einer Kampfhandlung verwundet werden, erst bei Waffenruhe zu versorgen. Wen kümmert im Führerbunker ein hilfloser Soldat, der auf freiem Felde verblutet?

Ein anderer Führerbefehl (sinngemäße Wiedergabe): Russische Soldaten, die auf dem Reichsgebiet in die deutsche Kriegsgefangenschaft geraten, sind nach dem Verhör zu erschießen. Es wäre klarzustellen, ob dieser Befehl nicht als Antwort auf die gräßlichen Morde der Rotarmisten ergangen war.

Die volle Rechtlosigkeit dient als Vorbedingung für die Dressur eines Soldaten, der auf Befehl das Blut des andern, in der Zwangsjacke des Gegners, vergießt.

Mißfiel ein Mann, war es ein Kinderspiel, ihn unter einem billigen Vorwand über die Klinge springen zu lassen. Strafvollstreckungszug hieß der erste Grad einer Tortur, die für die Feldtruppe vorgesehen war. Das Ergebnis dieser Behandlung, die ein brutaler Kapo besorgte, war der Auspeitschung eines Sklaven gleich: ein erniedrigter und zertrampelter Mensch - ein williges Werkzeug in der Hand seiner Peiniger. Nicht anders erging es Soldaten, die den Anforderungen nicht gewachsen waren und aus denen man mehr herauszupressen versuchte. Unter den Feldbedingungen hatte kein Soldat die Möglichkeit gehabt, sein Seitengewehr parademäßig zu reinigen. Doch war der Vorgesetzte einem Mann schlecht gesonnen, genügten paar kleine Schmutzpartikel, um dem Untergeordneten die geballte Faust spüren zu lassen. Es gab immer wieder Gelegenheiten,

sich eines Soldaten zu entledigen. Etwa durch ein Todeskommando, einen Meldegang ohne Wiederkehr u.a. Nichtbefolgung galt als Befehlsverweigerung und wurde mit dem Tode bestraft.

Eine zweite Bestrafung, da Wiederholungsfall, war - auch bei einem Kleinvergehen - die Sache des Kriegsgerichtes, dem zuvor ein Tatbericht übermittelt wurde. Ein zumindest längerer Aufenthalt in der Hölle der Strafkompanie, wenn nicht Kugel oder Strang, war dem Beschuldigten sicher. Manche kamen mit grauem Haar zurück. Es gab brutale Militärrichter, die für das System durch harte Urteile als unentbehrlich galten und sich so der Front fernzuhalten wußten. Die Strafkompanie diente nicht nur zur Disziplinierung ihrer Insassen, sondern auch zur Aufbereitung eines eigenen "Kanonenfutters", das für die verlustreichsten Einsätze bestimmt war. Um die Soldaten der Strafkompanie besonders wirkungsvoll drillen zu können, war es üblich, ein Maschinengewehr auf sie zu richten.

Ein Bursch trifft eine Entscheidung, die durch seine Jugend zu erklären ist. Da er das stellungspflichtige Alter noch nicht erreicht hat, meldet er sich freiwillig zur Wehrmacht. Vergnügt hantiert er mit dem Gewehr und drückt am Abzug, was bei ungeladener Waffe verboten ist. Er hat Pech, und der Schlagbolzen bricht. Ein bornierter Offizier schreibt darauf den Tatbericht, der Halbwüchsige wird verurteilt und landet im Militärgefängnis. Es kam vor, daß dort verrohte Kommandanten und prügelnde Wärter das Sagen hatten.

Ein Artilleriebeobachter erfährt von zurückgehenden Soldaten, daß ein Stellungswechsel begonnen habe. Der junge Fähnrich ist zu wenig erfahren, er ruft in der Feuerstellung nicht an und marschiert mit den Funkern und Telephonisten nach hinten. Als sie in der Batterie ankommen, stehen die Geschütze auf ihrem alten Platz. Der Hauptmann, der von einem Rückzug nichts gehört hat, eilt zum Fernsprecher, doch einen diesbezüglichen Befehl gibt es nicht. Da der Vorfall das Kampfgeschehen nicht zu beeinflussen vermochte, denn die Front war vollkommen ruhig, hätte es genügt, dem jungen Mann einen Verweis zu geben und ihn schleunigst zurückzuschicken. Doch einige Herren, die im Herbst 1944 noch vom Ritterkreuz träumen, sind bemüht, ihre "vorbildliche" Dienstauffassung zur Schau zu stellen. Sie verhaften den Mann, und ein Unteroffizier mit geschultertem Gewehr bewacht den schlotternden Fähnrich.

Was die Eltern nicht sahen: Durchbruch, fliehende Divisionen marschieren zwei Tage lang je 50 km, angreifende Flieger, die junge Fußtruppe hat ihre erste Feuerprobe. Ein 17jähriger Infanterist trägt eine schwere Last in der glühenden Sonne, er ist dem Inferno der Hauptkampflinie für wenige Stunden entkommen. Die schlechtpassenden Schuhe baumeln auf seinem Rücken, er ist barfuß und weint. Selbst alte Soldaten sind von dem ungewohnten Bild betroffen.

Die Eltern sahen und hörten nicht, wie ihre Kinder litten und drangsaliert wurden, nach der Mutter riefen, verlassen und qualvoll starben und wie namenlose Hunde verscharrt wurden.

Die Hintergründe des Krieges und die Personen, die ihn verschuldet haben, sind dem Soldaten nicht bekannt. Er begegnet nur den unteren Vertretern der Macht. Da aber sein Verstand nicht stillsteht - er merkt, wie leichtfertig die Befehle des Todes erteilt werden -, ist ihm das Leben näher als der Wahnsinn.

Die deutschen Gräber in Sibirien

Ostern 1945 in Danzig. Die Kriegsgefangenschaft und der quälende Hunger beginnt. Die endlosen Kolonnen bewegen sich tagelang auf der Landstraße. Schreie und Schüsse der Wachen.

Ab und zu sieht man deutsche Frauen und Mädchen, die für die Russen Sklavendienste verrichten und schlimmer als das Vieh behandelt werden. Ihre Gesichter sind von Tränen überströmt. Besonders die jungen Mädchen sind durch die Roheit der primitiven Soldaten, die wie Schwerverbrecher wüten, arg geschockt und von Entsetzen gelähmt. Der russische Soldat kann jede deutsche Frau mißbrauchen und auch töten. Die Bewacher sind scharf darauf, jeden Wortwechsel zwischen den Frauen und den Kriegsgefangenen zu verhindern.

Westpreußen: ein Verladebahnhof, dessen Schienen bereits auf die russische Spurweite umgestellt sind. Die Russen, denen die Verfrachtung nicht schnell genug vor sich geht, treiben mit Fußtritten und Kolbenschlägen die Kriegsgefangenen in die Güterwagen. Die Schiebetüren werden verriegelt.

Da nicht alle Gefangenen am Fußboden Platz finden, ist die andere Hälfte auf Stockpritschen untergebracht. Die kleinen Oberluken sind mit Stacheldraht vergittert, im Boden ist ein Loch für die Notdurft.

Die Reise zu einem unbekannten Ziel beginnt. Einmal am Tag wird die Tür geöffnet: Tote hinaus, ein Eimer Suppe hinein. Der Zug steht oft tagelang. Ständiges Rätselraten, wohin die Reise führt. Verzweiflung, als der Ural überquert wird. Nach zwei Monaten dürfen die Gefangenen den Wagen endlich verlassen. Steppe, kein Baum, kein Strauch.

Ein kurzer Marsch, dann Wachtürme und ein hoher Bretterzaun. Was ist dahinter? Ein großes Tor geht auf. Auf der Innenseite des Zauns ein "Todesstreifen". Die Posten auf den Türmen haben den Befehl, auf jeden zu schießen, der ihn betritt. Ein großes Holzhaus - Verwaltung, Küche, Krankenstube - und eine Unzahl kleinerer Unterkünfte, die alle gleich aussehen, für die Gefangenen.

Die Wände der Gefangenenhäuschen bestehen aus zwei Schichten von Brettern, der Zwischenraum ist mit Sägespänen spärlich gefüllt. Der Wind bläst durch die Ritzen. Ein kleiner Zubau als Vorraum, dann der Schlafraum mit Pritschen auf beiden Seiten, gegenüber dem Eingang ein kleines Fenster, in der Mitte ein gemauerter Herd. Überbelag: die Insassen können nur auf der Seite liegen. Keine Decken. Als Kissen dienen die wenigen Habseligkeiten: Beutel, Geschirr und ein paar Lappen. Waschraum im Freien: ein eingezäunter Platz, aus mehreren Rohren sprudelt das Wasser. Latrine - kein Dach.

In unmittelbarer Nähe des Lagers - es liegt neben der Trasse der transsibirischen Bahn, auf der eine dichte Folge von Zügen verkehrt - befindet sich die Baustelle einer Fabriksanlage. Planwirtschaft: Die Mauern sind schief, die

Dächer undicht. Berge von Maschinen, die aus Deutschland stammen, rosten unter dem freien Himmel. Die Kriegsgefangenen sollen hier arbeiten und die fehlenden Kräne durch ihre Muskeln ersetzen.

Die Bauleiter erwarten kräftige Männer, doch sie bekommen hohlwanginge Gestalten. Der Verursacher wird schnell gefunden: Der Transportleiter, ein junger Leutnant, hat Lebensmittel, die für die Gefangenen bestimmt waren, auf dem Schwarzmarkt verkauft. Das vorgefundene Geld wird beschlagnahmt und der Urlaubschein, des aus dem Krieg heimkerenden Offiziers - er sollte anschließend in seinen sibirischen Heimatort reisen - zerrissen. Doch die Fabriksgewaltigen treiben es nicht anders, auch sie verschieben die Verpflegung, und der Hunger hält unvermindert an.

Die Begrüßung: Ein älterer Offizier hält eine Ansprache, die ein Kriegsgefangener ins Deutsche überträgt. Darin erfahren die Soldaten, daß sie Verbrecher seien, die ihre Schuld abzubüßen hätten. Der Redner hebt die großzügige Haltung des Sowjetstaates hervor: man schenke den Gefangenen das Leben, sie dürfen die Luft atmen, den Himmel sehen und sogar essen.

Die Verpflegung besteht aus Wassersuppe, Brot und ein wenig Zucker: Ab und zu gibt es etwas Tabak. Wer die schwere Arbeitsnorm erfüllt, bekommt eine kleine Portion Brei (Kascha). Der Mangel an fester und ausreichender Nahrung führt zu einem fortschreitenden Kräfteverfall. Die völlig abgemagerten Gefangenen bekommen Durchfall, den viele nicht überleben. In der Küche gibt es einen Handwagen auf dem die Lebensmittel herangebracht und am Abend die Toten hinausgeschafft werden. Ein Leichnam wiegt an die 30 kg.

Im Lager werden zwei- bis dreitausend Mann gefangengehalten. Bereits während der warmen Jahreszeit gibt es täglich drei Tote. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es auch den letzten Gefangenen ereilt. Eine Benachrichtigung der Hinterbliebenen gibt es nicht. Später, bei der Entlassung, werden den Soldaten sämtliche Aufzeichnungen abgenommen, auch über verstorbene oder gefallene Gefährten.

Man trifft hier einige Kranke, die zu den wenigen Überlebenden des sibirischen Winters zählen. Sie haben ihn in Erdlöchern ohne wärmendes Feuer verbracht.

Im Lager herrscht ein vollkommener Nachrichtenmangel. Täglich entstehen neue Gerüchte, doch keiner weiß, was zu Hause vor sich geht. Es gibt weder Zeitung noch Briefverkehr mit der Heimat.

Der Hunger, die schwere Fronarbeit, der Kampf ums Überleben, die täglichen Todesfälle, die Sorge, die Ungewißheit und andere Entbehrungen verwandeln die Menschen in Tiere, die aufs äußerste gereizt sind. Ein jeder ist des anderen Feind. Nur die Starken und Kräftigen bewahren Haltung und Würde.

Einen Ruhetag gibt es nicht, denn der Sommer ist kurz und der Arbeitsfortschritt ist den Russen wichtig. Alle paar Wochen führt man die Gefanggenen in eine Badebaracke, die zu anderen Stunden auch der Zivilbevölkerung offensteht. Die Temperatur der Entlausungsanlage ist zu niedrig, das Ungeziefer wird nicht vernichtet, sondern verteilt. Die schmutzige Leibwäsche wird gegen schlecht gewaschene Lumpen vertauscht. Trotz der geschorenen Köpfe gibt es vielfach Kopfläuse, die in den Haarwurzeln festsitzen.

Die ansässige Bevölkerung ist sehr arm und wohnt sogar in Erdbunkern. Die Gefangenen werden wiederholt durchsucht und jeglichen Eigentums beraubt. Die Schuhe müssen sie abgeben, sie erhalten Holzsandalen. Einen Pullover dürfen sie auch nicht behalten. Es gibt nichts, was die Russen von den Gefangenen nicht brauchen können. Den Marsch in die Gefangenschaft müssen die Offiziere in Pantoffeln antreten. Es sind die Stiefel, die die Russen selbst Generälen abgenommen haben. Man setzt dem Deutschen die Pistole an die Brust und raubt ihn aus. Uhren und Ringe sind besonders begehrt. Sitzt der Ring zu fest, findet der Russe nichts dabei, dem Gefangenen den Finger abzuschneiden. Die russische Bevölkerung träumt von den Reichümern, die in dem zerstörten Deutschland noch zu holen sind.

Für die medizinische Betreuung sind zwei deutsche Militärärzte zuständig, die keine Medikamente haben. Doch einmal bekommen sie Impfstoff, da Angst vor Seuchen herrscht.

Die Russen brauchen Arbeitskräfte und machen dabei unter den Gefangenen keinen Unterschied. Selbst eingefleischte Kommunisten, die von der Sowjetunion schwärmen - sie sind davon bald geheilt - erhalten keinerlei Begünstigung und zählen zu den Toten, die an Entkräftung sterben.

Nach einigen Monaten reiben sich die leitenden Techniker die Hände. Der Baufortschritt, der bereits Hunderten von Gefangenen das Leben gekostet hat, ist beachtlich. Einmal besichtigt - von den verlausten Gefangenen durch einen Respektabstand getrennt - ein gewaltiger Häuptling in großer Uniform samt Gefolge die Baustelle.

Sommer: ein langer Tag und eine kurze Nacht (55° nördl. Breite), Hitze und eiskalter Regen wechseln ab.

Neue Züge mit Kriegsgefangenen treffen ein. Zelte werden errichtet, denn die festen Unterkünfte sind überfüllt. Sogar japanische Kriegsgefangene sind angekündigt, und die Russen geraten in eine freudige Erregung. Sie sind sich sicher, daß die Japaner für eine Handvoll Reis wie die Stiere arbeiten werden. Die Fabriksherren wollen Kosten sparen und haben eine Idee: deutsche Unteroffiziere mit Gewehren auszurüsten und die Japaner bewachen zu lassen. Die Wachmannschaft bekommt mehr zu essen und ist dem langsamen Hungertod entronnen.

Der Herbst naht, ein Überwintern ist in den Zelten des überfüllten Lagers nicht möglich. Man hat die Erfahrung gemacht, daß die geschwächten Gefangenen unter den tiefen Temperaturen zu einer Belastung werden. Ihre Arbeitsleistung sinkt stark herab, man muß sie und die Bewacher versorgen, und während der winterlichen Sterbewelle ist das Begraben der Toten in der hartgefrorenen Erde ein mühsames Werk. Um diesen Widrigkeiten zu entgehen, dürfen Kranke und Kriegsgefangene aus den Nachfolgestaaten des Habsburger-Reiches einen Heimkehrer-Transport besteigen.

Selbst die kleinste Verletzung, die man sich in Sibirien zuzieht, wird von einer tagelangen Entzündung begleitet. Doch als der Zug das europäische Rußland erreicht, geht die Heilung rasch voran.

Wenn in einem kriegführenden Land Mangel herrscht, ist die Versorgung von Menschen, die in großen Massen gefangengehalten werden, erschwert. Ob es sich um Kriegsgefangene oder Zivilisten - die aus Gründen der Staatssicherheit inhaftieret sind - handelt, änderet nichts an der Sache: der Tod pocht an.

Das Ende in Böhmen (1945)

Mitten im Krieg den Widerstand eines Volkes durch eine Politik der Eindeutschung herauszufordern, widerspricht jeglicher Vernunft. Im Protektorat lebten die Deutschen mit den Tschechen Tür an Tür durch unsichtbare Mauern getrennt. Bei de überwacht, konnten sie ihr Schicksal nicht selbst bestimmen. Versuchte ein Vertreter der Deutschen eine Brücke zu schlagen, setzte er sich z. B. für inhaftierte Tschechen ein, war ihm die Einberufung zur Wehrmacht oder ähnliches sicher. Mit Sorge beobachteten die böhmischen Deutschen das Vorgehen der fremden Verwaltung, wissend, daß wenn es schief geht, die Urheber heimkehren, sie hingegen die Zeche begleichen werden. 1945 übertraf die Wirklichkeit die schlimmsten Befürchtungen.

Ist es ein weniger einmaliges Verbrechen, wenn ganze Familien an Kreuze geschlagen und in den Fluß geworfen werden, wenn ein machtbesessener und blutdürstiger Staatspräsident, der den politischen Bankrott von 1938 verschuldet hat, mit seiner Gemahlin einen schrecklichen Einzug in die Hauptstadt hält und von den Todesschreien lebender Fackeln - es sind an Laternenpfähle gefesselte Deutsche - empfangen wird?

In Prag wurden innerhalb von vier Tagen 30.000 Deutsche auf gräßlichste Weise zu Tode gefoltert.

Wagt es jemand zu behaupten, die Deutschen hätten jemals nur annähernd ähnliche Barbareien begangen? Soll verschwiegen werden, daß Deutsche, die kaum dem Konzentrationslager entronnen waren, in den Kerkern und Folterkammern des Humanisten Beneš einen qualvollen Tod fanden?

Die treibende Kraft der Vertreibung war Beneš. Er verstand es, die Alliierten gegeneinander auszuspielen und ihre Zustimmung zu seinem schrecklichen Vorhaben zu finden. Die Polen und die Südslawen waren seine Nachahmer, und sie versuchten die Tschechen an Grausamkeit zu überbieten. Zwischen der Ostsee und Adria wüteten die Mörder, und das Blut der Schuldlosen floß in Strömen.

Der Nationalstaat verdrängte die übergeordneten Reichsidee und öffnete damit der chauvinistischen Barbarei das Tür.

Menschliches und Unmenschliches

Ein russischer Werkmeister, dessen beide Söhne in der deutschen Kriegsgefangenschaft den Tod gefunden haben, überwacht die Arbeit der deutschen Kriegsgefangenen und beschuldigt sie, Übeltäter zu sein. Doch im Laufe der Zeit erkennt er, daß auch sie unschuldige Opfer des Krieges sind, und wird ihr gütiger Beschützer.

Ein Arbeitsunfall: ein deutscher Kriegsgefangener stürzt tödlich vom Fabriksdach. Die herumstehenden Russen empfinden kein Mitleid - sie lachen.

Ein deutscher Kriegsgefangener will im Lager Selbstmord begehen und läuft in den Todesstreifen (Sperrzone) hinein. Der Posten auf dem Turm schreit und schießt. Ein Offizier, ein aus Sachsen emigrierter Jude in russischen Diensten, springt ihm nach und holt den Verzweifelten heraus.

Heimkehrertransport: die Schiebetüren der Waggons sind offen, die Insassen können sich in den Stationen frei bewegen. Ein Heimkehrer erkrankt schwer. Aus einem Spital, das neben einem Bahnhof in Westungarn steht, holen die Kameraden den Arzt. Dieser sagt, der Mann müsse schleunigst operiert werden, und erklärt sich bereit, ihn im Krankenhaus aufzunehmen. Die Männer eilen zum russischen Transportkommandanten und bitten, er möge ihnen den Entlassungsschein des Schwerkranken ausfolgen. Doch der Offizier weigert sich, den fertiggeschriebenen Schein herauszusuchen und vertröstet auf morgen. In der Dämmerung des nächsten Tages ist der Kranke tot.

Verhielt sich die österreichische Bevölkerung zu den hereinströmenden Flüchtlingen hilfsbereit, waren es die Politiker, die die vertriebenen deutschen Altösterreicher abzuschieben versuchten. Auf Plakaten forderte ein Minister die russische Besatzungsmacht auf, die Volksdeutschen, die in Österreich Zuflucht fanden, nach Sibirien zu schaffen. Die Arbeitsmarktverwaltung hatte den Auftrag, die Eingliederung der Heimatlosen zu verhindern, und sie erteilte die Arbeitsgenehmigung nur an Volksdeutsche, die einen Mangelberuf (vor allem den des Hilfsarbeiters) gewählt hatten. Während in Deutschland der Pioniergeist der Vertriebenen eine blühende Industrie schuf, ließen Österreichs Politiker diese Gelegenheit meist verstreichen.

Sollte das Leben von 300.000 Vertriebenen normalisiert werden, war dazu die Mitwirkung zahlreicher Berufsgruppen (z. B. Lehrern, Handwerkern, Kaufleuten, Beamten) unumgänglich. Es mußte als diskriminierende Unterdrückung empfunden werden, wenn die qualifizierten und höher bewerteten Arbeiten, die für die elementaren Bedürfnisse der Neubürger nicht wegzudenken waren, nur von den Einheimischen ausgeübt werden durften, hingegen die erprobten Fachkräfte aus den Reihen der Vertriebenen mit Berufsverbot belegt und fast ausschließlich zu Kulidiensten verdammt wurden. Für volksdeutsche Erwerbstätige gab es in Österreich *keine Zulassungquote* zu einem Fachberuf entsprechend dem Bevölkerungsanteil ihrer Volksgruppe.

Volksdeutsche Arbeitsheere, die anders als gewisse bevorzugte Flüchtlingsgruppen mit Schwarzhandel nichts zu tun haben wollten, schufteten jahraus, jahrein auf unzähligen Baustellen und erbrachten einen gewaltigen, vergessenen Beitrag zum Aufbau des zerbombten Landes.

Die Vertriebenen waren von der öffentlichen Fürsorge weitgehend ausgeschlossen, selbst als die Fleischtöpfe der Verweigerer voll waren. Man klopfte bei den Vetriebenen an, um für die Armen des Landes zu sammeln. Später stellte sich heraus, daß die Spendengelder ausschließlich für die Einheimischen bestimmt waren.

Nach einem Dammbruch in den Niederlanden fuhren die Reklame-Wagen als "Holland-Hilfe" getarnt herum. Doch Vertriebenen-Hilfe wurde von unsichtbaren Lenkern verhindert. Für die Parteigewaltigen waren die Volksdeutschen einfach nicht vorhanden, diese hatten kein Wahlrecht, zahlten aber Steuern und wurden ausgenützt.

Kein Wunder, wenn in der Presse die Hunger- und Eliminierungspläne, die eine gefährliche Auseinandersetzung heraufbeschworen, nicht gebilligt wurden. Nachdem internationale Organisationen das österreichische Vorgehen wiederholt verurteilt hatten, wurde sechs Jahre nach Kriegsende die arbeitsrechtliche Gleich-

stellung für volksdeutsche Arbeitnehmer beschlossen.

Am Ende eines Zeitraums, welchere der Länge des Zweiten Weltkrieges entsprach, durfte vorerst ein Teil der Geschundenen endlich ihren erlernten Beruf an Stelle einer Hilfsarbeit ausüben. Akademiker, aber auch Lehrer, die in Prag oder Brünn ihr Studium abgeschlossen hatten, mußten in Österreich ihre "ausländischen" Diplome einbürgern lassen und allerlei Prüfungen ablegen. Es gab sogar ge- hässige Prüfer, die sie scheitern ließen.

Ärgste Not vermochte nicht, die Vertriebenen zu verproletarisieren, ließ sie hingegen einen deutlichen Abstand zu den Politfirmen und deren falschen Propheten finden. Selbst Vertriebene, die damals jung waren, konnten die wirtschaftlichen Folgen dieser Jahre nicht mehr verwinden, besonders wenn sie es nicht zuwegebrachten, sich ein Parteibuch zuzulegen und für ihre Unterdrücker von gestern zu werben.

Die gleichen Kreise, die damals gegen die Heimatvertriebenen agitiert haben, locken jetzt Wirtschaftsflüchtlinge aus fernsten Ländern und Kulturen ins dichtbesiedelte Land.

In den gleichgeschalteten Medien wird an den Sudetendeutschen immer wieder Rufmord begangen. Welch ein Abrund klafft zwischen den deutschen Altösterreichern, die auf Rache und Vergeltung verzichtet haben, und den Nachrichten-Machern, die in fremden Diensten stehen und üble Hetze betreiben.

Gelänge es, durch eine betrügerische Schuldzuweisung den Heimatvertriebenen das Kainsmal aufzudrücken, ihre Nachkommen zu verunsichern und diese durch Umerziehung und Verdummung noch zu ewiger Buße für das Unrecht, das man ihnen angetan hat, zu verdammen, wäre es das Ende ihres Stammes, der sich der Unterwanderung durch eine importierte Subkultur und den Abbau der von den Vätern überlieferten Moralbegriffe widersetzt.

Es war das heimatliche Erbe, das diesen Menschen den Rückhalt gab, in einer äußerst schwierigen Lage als ordnende Kraft zur politischen und wirtschaftlichen Festigung der europäischen Mitte beizutragen.

Die Erfahrungsreife eines Grenzvolkes - die aus Schicksalsschlägen gewachsen ist - verlangt, auf das Wohl und die politische Gesundung des neuen Zuhause zu achten und es vor dem Fangnetz einer neuen Knechtschaft zu bewahren.

Das Gedächtnisloch und der moderne Rufmord

Während die Sieger die Deutschen in Bausch und Bogen verdammen, schämen sie sich nicht ihrer eigenen Kriegs- und Nachkriegsverbrechen. Arroganz ist ihre Marke. Der uns aufgezwungene Lebensrahmen reicht nur den Falschen zum Vorteil. Ordnung, Disziplin, Arbeit für alle, wirksame Bekämpfung der Kriminalität und vieles andere zählen zu den Dingen, die uns abgehen. Heute kann am Abend eine Frau nicht allein auf die Straße gehen. Im Krieg hingegen war es trotz der Verdunkelung völlig unbedenklich.

Der Schutz des ungeborenen Lebens war früher voll gegeben. Den weniger Begüterten blieb der Kinderwunsch durch elementaren Mangel nicht verwehrt, denn eine saubere Wohnung und die Güter des Grundbedarfs waren bereits jedermanns Gut. Wenn ein System durch eine Reihe von Maßnahmen, wie hohe Wohnungsmieten, familienfeindliche Bedingungen schafft, steckt Absicht dahinter. Da die fremden Statthalter wohl wissen, daß völlig unterschiedliche Völker, in einem Staat vereint, einem Pulverfaß gleichen, siehe den Balkan und Naher Osten, wird Zuwanderung aus fernsten Kulturkreisen dem deutschen Land als Sprengstoff unter dem Mantel der Wohltat verordnet.

Um den Widerstand des Volkes zu brechen, haben die großen Prediger von Demokratie und Toleranz die gewaltige Faschismuskeule erfunden. Sie hängt drohend über dem Land und fällt tosend nieder, wenn sich freies Denken und eigenständiges Handeln zu erkennen gibt.

Obwohl es bei uns kaum Zeitzeugen gibt, die vor den früheren Fehlern die Augen verschlossen halten, werden sie dennoch verleumdet und beschimpft, besonders wenn sie dem Gewinde der Umerziehung nicht folgen und die Untaten der Sieger nicht bemänteln. Wer den geschäftstüchtigen Hassern nicht paßt, mühsam nach der Wahrheit sucht und an den einseitigen Bußübungen - noch dazu als völlig Schuldloser - nicht teilnimmt, muß damit rechnen, gebrandmarkt und verfemt zu werden. Kein Wunder, wenn die Menschen, durch die ständige Bedrängnis herausgefordert, sich verstärkt zu ihrem Volkstum bekennen.

Man hört es ständig: Niemals vergessen! Doch der Mehrheit ist der Blick in die eigene Vergangenheit nicht erlaubt, sie habe zu schweigen und zu vergessen.

Den Unterschied zwischen einem Weißen und einem Schwarzen zu erkennen und solchen ohne Einschränkung zu bezeichnen, war seit Menschengedenken weder ungewöhnlich noch anstößig. Doch plötzlich wird der Schöpfungsplan geleugnet und der Begriff Rasse aus dem Sprachgebrauch und als wissenschaftliche Disziplin, so auch aus den Museen, verdammt und die fehlende Wahrnehmung eines Farbenblinden als die neue Erkenntnis verkündet. Widerspruch wird mit Terror bestraft.

Es sind die Wegbreiter einer neuen Unfreiheit, die sich keine Pause gönnen, dem Volk die fremde Meinung einzuhämmern. Wer ihr entstelltes Geschichtsbild und politisches Glaubensdogma öffentlich zu bezweifeln wagt, hat die neue Inquisition und ihre Häscher am Hals. Selbst der brutalste Raubmörder darf auf Gnade hoffen, der durch politische Machenschaften unschuldig Verurteilte hingegen nie!

Der Völkermord der tausend Schritte als Kriegsziel

Es ist ein Plan dunklen Ursprungs - die Umerziehung ist sein Geschöpf -, der das Abendland und seine Kultur bedroht. Durch tiefgreifende Zersetzung in allen Lebensbereichen soll die Kraft der Völker gebrochen und ihre wirtschaftliche Abhängigkeit erzielt werden. Die Hintermänner des Geschehens - die vor keiner Untat zurückschrecken - gleichen Motten, die nichts mehr als das Licht fürchten - und unversehens wird ein Land zum Friedhof oder durch Zinsknechtschaft zum Faustpfand.

Der Übeltäter finstere Palette:

Als Gegner der christlichen Botschaft haben sie unauffällige, aber wirksame Mittel gefunden, den Glauben zu unterwandern und alle Moralbegriffe in Frage zu stellen. Die Freunde der Umstürzler sind nicht diejenigen, die in der Kindheit das Licht der religiösen Unterweisung und der sittlichen Gebote empfangen haben, sondern Menschen, die die Schule der neuen Immoralisten geprägt hat.

Den gesellschaftlichen Veränderern steht der Bauer, der seinen Acker liebt, und das gesunde Volkstum im Wege. Massive Einwanderung aus fernen Ländern soll uns schwächen und die politischen Mehrheiten im Staat verschieben.

Die Verwüstung der Sprache, die durch ihre Einmaligkeit als die Wiege der deutschen Wissenschaft und Dichtkunst gilt, schreitet voran. Eine Primitivsprache, die das Ende unserer Kultur bedeutet, soll sie ersetzen. Wer jagt die verantwortlichen Minister davon?

Ein besonderes Anliegen ist die Zerstörung der Familie und jeglicher Autorität. Während die Chaoten eheliche Treue, Opferbereitschaft und Pflicherfüllung als veraltet hinstellen, haben sie Promiskuität und hemmungslosen Genuß auf ihre Fahne geschrieben. Die Geborgenheit der Familie soll durch ein entmenschtes Kollektiv ersetzt werden.

Der verderbliche Einfluß auf das Erziehungs- und Bildungswesen ist unverkennbar. Das Ansehen des Lehrers - dem Wissen, Lebenserfahrung und Pflichtgefühl zugrundeliegt - wird untergraben. Den Erzieher zu beschimpfen ist das neue Vorrecht des Schülers, der die Strafe nicht zu fürchten braucht. Eine maßvolle Züchtigung führt sofort zu einem Aufschrei der "pädagogischen" Obermacher, die fern der Schule in ihrem Büro sitzen, und das alte Erziehungsmittel kriminalisieren, indem sie ihm eine schädigende Wirkung zu unterschieben versuchen. Ein unausgereifter Mensch, der nur das falsche Vorbild kennt, darf vorzeitig sein Schicksal bestimmen. Einschneidende Reformen im Unterrichtswesen haben das Bildungs- und Wissensniveau gesenkt und das Halbwissen vermehrt.

In der großen Hexenküche wird das Recht und Unrecht im Sinne eines angeblichen Fortschritts vertauscht. Eine mit dem neuen Gedankengut angesteckte Justiz sorgt, daß die Urteilsfindung selbst bei klarer Rechtslage offen bleibt. Der Schutz, den ein Krimineller genießt, nimmt groteske Formen an und begünstigt das Verbrechen. Da die körperliche Unversehrtheit eines Gewalttäters, der das Leben des Opfers bedroht, Vorrang genießt, wird wirksame Verteidigung als Notwehrüberschreitung geahndet. Selbst Polizeiorgane müssen diese falsche Rücksichtnahme mit ihrem Leben bezahlen. Der Kriminelle, als Bundesgenosse der Umerzieher, wird von der Eigenverantwortung freigesprochen und als das Ergebnis der Umwelt bejammert. Es sind die Klagen der Pharisäer, die mit Hilfe der Unmoral ein Treibhaus des Bösen errichten.

Ein auffälliges Merkmal der neuen Unkultur ist der Mangel an Ästhetik, der sich in einer widerlichen Fäkaliensprache bemerkbar macht. Diese ist besonders in den Jugend- und Gesellschaftsfilmen der Sieger und ihrer Schüler zu finden. Die höchst ordinäre Ausdrucksweise elegant gekleideter „Film-Damen" zeigt ein Frauenbild, das früher nicht einmal in den untersten Schichten zu finden war.

Farbkleckse, Verwirrspiel und Obszönitäten gehören zu den Mitteln moderner Kunst. Die Wände von Regierungsämtern, Spitälern und anderen Einrichtungen sind mitunter voller Absurditäten sogenannter Künstler, die als die Speerspitze der Zerstörung auf Kosten der Allgemeinheit ein privilegiertes Dasein führen. Ein Mensch muß an der Seele krank werden - das ist das Ziel der Hintermänner -, der in solchen Häusern ständig den Spiegel des Irrsinns vor dem Auge hat.

Es ist der Verderber großes Bemühen, das Volk von seiner Geschichte zu trennen, die Vergangenheit zu entstellen, die Vorfahren zu verteufeln, falsche Schuldgefühle zu wecken und die Menschen zu lehren, sich selbst zu hassen. Reichen Lohn erntet der Besiegte, der zu Schaden des Landes die Erwartungen der Umerzieher erfüllt und auf spektakuläre Weise ihren Standpunkt vertritt.

Nachdem man den Leitsatz der abendländischen Zivilisation "ora et labora" verdrängt hat, wird unser sittliches Fundament als überholt hingestellt und der tiefe Sinn der Arbeit geleugnet. Das gepriesene Ziel ist nicht zu dienen, daß heißt, eine höhere Form der Selbstverwirklichung anzustreben, sondern - gegebenenfalls durch Betrügereien - zu viel Geld zu gelangen und den Rest des Lebens in Bequemlickeit und im Nichtstun zu verbringen. Die Verkünder des Sozialstaates, der durch Bürokratie, ungerechtfertigte Begünstigungen, Barbarei und den Reichtum seiner Apostel gezeichnet ist, beschenken ihre gekauften Wählerbanden, indem sie die Schwachen ausrauben. Die forcierten Arbeitszeitverkürzungen bei gleichbleibendem Lohn lassen die Preise in die Höhe schnellen, statt sie zu senken. Wer Schulden hat, sollte erst recht arbeiten und nicht feiern

***

Die vorliegende Auswahl möge den Selbstzufriedenen aufrütteln und dem Blinden die Augen öffnen. Es ist nicht der Lärm der todbringenden Waffen, sondern die stille Hand des Würgers, die unsere Kehle schnürt. Es ist unser Karthago, und der neue punische Krieg ist voll entbrannt. Unser Name soll getilgt und auch der Letzte unseres Volkes in den tiefsten Abgrund fallen - so des Satans Traum.

<u>Anmerkung der AWR-Redaktion:</u>

Wir danken unserem Leser Georg Dattelböck für die Zusendung dieses Beitrags.

Eingang am 29.08.2021

A. g) Fördermöglichkeiten *Seite 214*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen

02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.

03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<*http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf*>

Böhmen

01) Heilbad Jáchymov/Joachimsthal wurde von einem Investor aus den Emiraten gekauft

27. 08. 2021

Bildquelle: PD

Das Unternehmen Léčebné lázně Jáchymov a.s. hat den Besitzer gewechselt. Hundert Prozent der Anteile wurden von einem Investor aus den Vereinigten Arabischen Emiraten erworben. Der Betrieb des Heilbads Jáchymov wird durch diese Änderung nicht beeinträchtigt, teilte der Vorstandsvorsitzende Eduard Bláha heute mit. Das Unternehmen machte keine weiteren Angaben zu den Bedingungen der Transaktion.

Nach Angaben des öffentlichen Unternehmensregisters ist Ali Fardán der neue Eigentümer des Heilbads Jáchymov. Eduard Bláha wird weiterhin für den Kurort verantwortlich sein und die Marketingkooperation mit Lázně Luhačovice, a. s. wird fortgesetzt.

Die Aktiengesellschaft Léčebné lázně Jáchymov besteht seit 1992 und knüpft an die jahrhundertealte Geschichte des Kurortes Joachimsthal an. Für die Behandlung wird das einzigartige Radonwasser der Region verwendet. Die moderne Tradition des Heilbads ist das medizinische Konzept der Kurpflege und das Streben nach einem hohen Niveau der Verpflegungs- und Unterkunftsdienstleistungen.

Quelle: Echo.cz

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Siebenbürgen

02) Carl Samuel von Brukenthal und die königliche Kunst

Von Josef Balazs

28. 08. 2021

Eine MEDAILLE der Freymäurer-Loge in der Magdeburgischen Stadt Halle von A. 1744.

STVDIO SAPIENTIA ET VIRTVTE

ET NON FVCATA AMICITIA QVID NOBILIVS

1. Beschreibung derselben.

Die erste Seite zeiget den auf einen Säulen-Fuß sitzenden, in der rechten Hand ein Senckbley haltenden, und mit dem lincken Arm sich auf eine nebenstehende grosse Erd-Kugel lehnenden Logen-Meister, in Land-Üblicher Kleidung, bedeckt mit dem Huth, und umgürtet mit einem Schurtzfell, worauf unten zween Ringe zu sehen. Am Halse hängt ein Winckelmaaß an einem Band. Um ihm herum liegt auf der Erden allerhand Mäurer Werckzeug, und ein Quaderstein, an welchem die Buchstaben C. S. v. BR. zu sehen sind. Zur rechten Seite ist ein zerbrochenes Säulen-Gebäude von Jonischer Ordnung. Uber

Ggg ihm

Avers und Revers der Medaille durch ein graphisches Verbindungselement zusammengehalten, die Einheit der beiden Medaillenseiten markierend. Erste Beschreibung der Brukenthal-Medaille in einer numismatischen Zeitschrift. · Foto: Archiv Balazs

Die Freimaurerei war und ist vielen ein Geheimnis. Der kluge Christian Morgenstern meinte: „Alle Geheimnisse liegen in vollkommener Offenheit vor uns. Nur wir stufen uns gegen sie ab. Es gibt kein Geheimnis an sich, es gibt nur Uneingeweihte aller Grade.“ Öffnet man das erste deutsche Freimaurer-Lexikon von 1818, erfährt man gleich im Vorwort: „Was schon gedruckt worden ist, kann strenggenommen, nicht mehr für ein Geheimnis gelten. Oder soll gar nichts gedruckt werden?“ Und gerade über die Freimaurerei wurde bereits in den Anfängen alles, aber wirklich alles gedruckt. In der ersten großen Enthüllungsschrift von

Samuel Prichard, „Masonry dissected“, im Jahre 1730 in London gedruckt, wurde der Welt das Ritual der free-mason „verraten“. Konsultiert man weiterhin das erste Freimaurer-Lexikon und sucht nach dem Stichwort Halle, findet man: „Joh. Loge zu den 3 goldnen Schlüsseln, gestiftet den 6. Dez. 1743 von der großen Loge zu den 3 Weltkugeln in Berlin.“

Samuel Brukenthals erster Biograph, Johann Georg Schaser, skizzierte 1848 in seinen „Denkwürdigkeiten“ die Jugendjahre des späteren Gubernators von Siebenbürgen in wenigen Sätzen: „bezog im Jahr 1743 die Universität Halle, wo er durch nicht volle zwei Jahre den juristischen Studien mit großem Fleiße oblag“. Gleich danach folgt die sinnreiche Mitteilung, die Grund für viele Spekulationen lieferte: „Hier war es auch, wo er in eine Freimaurerloge aufgenommen und auch zum Meister vom Stuhle gewählt wurde, wie dies eine in der B. Brukenthal´schen Münzsammlung befindliche Münze beweiset.“

Der zweite Brukenthal-Biograph, Georg Adolf Schuller, spricht (1967) von einer „Studentenloge“ und erwähnt in extenso die in Halle geprägte „Denkmünze“ (siehe Beitragsbild).

Kehrt man zurück zum Freimaurer-Lexikon von 1818 und vertieft sich beim Suchwort Halle, staunt man nicht wenig: „Im Jahr 1744 ließ der damalige Meister vom Stuhl, der Br. C.S. v. Br. eine Medaille prägen, auf deren erste Seite man einen gekleideten Freimaurer, an eine Weltkugel gelehnt, erblickt, welcher ein Senkblei hält, und der mit mehreren maurerischen Gerätschaften umgeben ist, mit der Umschrift: Studio sapientia silentio. Die andere Seite zeigt drei ineinander verschlungene Hände, welche den Lehr-Nähr- und Wehrstand bezeichnen; darunter die Stadt Halle. Die Umschrift ist: Et non fucata amicitia quid nobilius, und die Unterschrift: Halae MDCCXLIC d. XXIV. Jun.“

Es entsteht der begründete Verdacht, dass dem Autor dieses Lexikon-Artikels nur die Initialen des ersten Stuhlmeisters der Loge in Halle bekannt waren, der ausgeschriebene Name hingegen nicht. Nur die engsten Eingeweihten kannten die Identität des ersten Stuhlmeisters der Freimaurer-Loge in Halle. Zwanzig Jahre nach der Prägung in Halle wird das Rätsel um die geheimnisvollen Initialen auf der Hauptseite der Medaille in einer Register-Publikation gelöst. Unter dem Suchwort „Freymäurer, Free-Masons, Franc-Mason“ befindet sich die brisante Information: „hallische Loge […] der Großmeister derselben Carl Sam. von Brukenthal, ein Siebenbürger“.

Nun wusste die ganze Welt, dass Carl Samuel von Brukenthal, ein „Cibinio-Transylvanus (d. i. aus Hermannstadt in Siebenbürgen)“ seit dem 11. Mai 1743 als „Stud. jur.“, als Student der Rechte immatrikuliert in Halle, auch „Erster Meister vom Stuhl“ der neu gegründeten Freimaurer-Loge war. Brukenthal, ein Jünger der königlichen Kunst!

Abermals bemühen wir das erste deutsche Freimaurer-Lexikon, um Wesentliches zu erfahren: „Kunst oder auch königliche Kunst, ist es, Geheimnisse zu bewahren, und daher pflegt man wohl die jetzige Freimaurerei so zu nennen. […] Aber noch mehr ist es eine königliche Kunst, Menschen zum Guten zu führen, ohne weltliche Macht dabei anzuwenden.“

Brukenthal, der spätere Berater der Habsburger-Monarchin Maria Theresia, hat sich bemüht, den Anforderungen der hohen königlichen Kunst gerecht zu werden.

Quelle: Siebenbürgische Zeitung

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Westpreußen-Kongress 2021, 24. bis 26 September 2021

Einladung Westpreußen-Kongress 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich Sie auf unseren diesjährigen Westpreußen-Kongress aufmerksam machen, der vom 24 bis zum 26. September 2021 als Online-Veranstaltung stattfinden wird und übersende ich Ihnen das Einladungsschreiben sowie das dazugehörige Konferenz-Programm.

Esther Lüchtefeld

Sekretariat
Westpreußische Gesellschaft
Mühlendamm 1
D-48167 Münster
Tel: +49 (0) 25 06 / 30 57 50
Fax:+49 (0) 25 06 / 30 57 61
www.westpreussische-gesellschaft.de

Anmerkung der AWR-Redaktion zum Namen „Westpreußische Gesellschaft":
Die letzte Bundesversammlung der Lansdsmannschaft Westpreußen e. V. in Münster beschloss im Jahre 2021 neben umfangreichen Satzungsänderungen auch einen neuen Namen für die Organisation. Der Vorschlag des Vorstandsvorsitzenden Dr. Erik Fischer, den Verein künftig „Westpreußische Gesellschaft" zu nennen fand keine Zustimmung, stattdessen wurde der Kompromissvorschlag von Martin Stender, Bonn, angenommen, dem Verein den Namen „Westpreußische Gesellschaft / Landsmannschaft Westpreußen e. V." zu nennen.
Mit diesem Namen ist der Verein im Vereinsregister in Münster/Wf. auch registriert.
Landsmann Martin Stender hat sich um unser Thema Westpreußen verdient gemacht!

WESTPREUSSISCHE GESELLSCHAFT
DER VORSTANDSVORSITZENDE

Westpreußische Gesellschaft • Mühlendamm 1 • 48167 Münster

Geschäftsstelle
Mühlendamm 1
48167 Münster

T +49 (0) 2506 - 3057-50
F +49 (0) 2506 - 3057-61
info@westpreussische-gesellschaft.de
www.westpreussische-gesellschaft.de

Einladung zum Westpreußen-Kongress 2021

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren,

im Januar 1920 wurden die Bestimmungen des Versailler Vertrages umgesetzt, so dass in diesem Zuge auch die frühere Provinz Westpreußen aufhörte zu existieren. Gleichwohl bildet „Westpreußen" bis heute – und jetzt somit schon seit mehr als 100 Jahren – einen für Deutsche wie für Polen äußerst wichtigen historischen Orientierungsraum, der jeweils mit schwerwiegenden Konflikten und traumatisierenden Erfahrungen verbunden ist. Dazu zählen insbesondere:

- die Überführung großer Gebiete der preußischen Provinz als Teil des sogenannten „Korridors" in das Staatsgebiet des wiederbegründeten Staates Polen und
- die „Wiedergewinnung" Westpreußens durch den Überfall des nationalsozialistischen Deutschland auf Polen im September 1939 und die Errichtung des bis 1945 bestehenden „Reichsgaus Danzig-Westpreußen".

Fraglos gehören in diese historische Abfolge auch die Vertreibung der deutschen Bevölkerung sowie die nächste Transformation „Westpreußens" in einen landsmannschaftlichen Erinnerungsort. Dieser Komplex soll aber späterhin behandelt werden, so dass zunächst die Jahre von 1920 bis 1945 im Zentrum der Diskussion stehen werden.

Dieser Thematik widmet sich unser diesjähriger Kongress, der unter dem Titel

„Westpreußen" – Transformation einer preußischen Provinz

nach deren Untergang im Jahre 1920

vom 24. bis zum 26. September als **Online-Veranstaltung** durchgeführt werden soll und zu dem ich Sie hiermit herzlich einlade. Den aktuellen Stand der Programmplanung entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Dokument.

Konferenz-Sprachen sind Deutsch und Polnisch.

Ein Kongress, der im virtuellen Raum stattfindet, kann die seit Jahren vertraute Struktur der Westpreußen-Kongresse nicht unmittelbar im Internet abbilden, sondern muss in eine deutlich veränderte Form überführt werden.

Aus diesem Grunde wird dem Kongress eine 14-tägige Phase vorgeschaltet, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit einer individuellen Vorbereitung bietet. Dadurch lassen sich die Vortrags- und Diskussionszeiten dann stärker konzentrieren. Die entsprechenden Materialien werden **ab dem 10. September** auf unserer Kongress-Website für angemeldete Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreichbar sein.

Weitere Veränderungen ergeben sich dadurch, dass statt der Plenumsdiskussion schriftliche Kommentare erbeten werden, die von einer „Chat-Redaktion" referiert werden. Wir rechnen aber fest damit, dass sich alle Interessenten und Interessentinnen gutwillig auf dieses Experiment einlassen und ihren Beitrag dazu leisten, dass unser Kongress in diesem Jahr stattfinden kann – und nicht ein zweites Mal der Covid-19-Pandemie zum Opfer fällt.

Die Veranstalter übernehmen einen großen Teil der Kosten für die Durchführung dieser Online-Tagung, bei der sich der Aufwand ganz wesentlich von den Reise- und Unterbringungskosten hin zur technischen Ausstattung und Betreuung verschoben haben. Zudem müssen weiterhin Honorare für die Referenten und die Simultan-Dolmetscherin aufgebracht werden. Von diesen Gesamtkosten hat die Westpreußische Gesellschaft ebenso wie in den letzten Jahren freilich einen Eigenanteil zu erbringen.

Deshalb müssen wir von den deutschen Teilnehmern eine Tagungsgebühr in Höhe von **mindestens € 6,00** erheben und bitten dabei alle, die dazu bereit und in der Lage sind, diesen Betrag großzügiger Weise zu erhöhen.

Ein Vorteil dieser Veranstaltungsform liegt schließlich darin, dass die Teilnehmerzahl nicht begrenzt ist und **Anmeldungen, die wohlgemerkt erst mit der Zahlung der Teilnahmegebühr verbindlich werden**, bis zum **17. September** möglich sind.

Ihre Anmeldung erbitte ich über die Website des Kongresses. Das Online-Formular erreichen Sie direkt unter der Adresse https://kongress2021.westpreussische-gesellschaft.de/ oder auch über unsere Homepage in der Rubrik „Veranstaltungen".

Ich würde mich freuen, Sie am 24. September zur Eröffnung unseres virtuellen Westpreußen-Kongresses begrüßen zu dürfen, und bleibe

mit herzlichen Grüßen

(Prof. Dr. Erik Fischer)
Vorstandsvorsitzender

Westpreußische Gesellschaft

Westpreußen-Kongress 2021
vom 24. bis 26. September als Online-Veranstaltung

„WESTPREUSSEN" –
Transformationen einer preußischen Provinz nach deren Untergang im Jahre 1920

Programm der Konferenz

FREITAG, 24.09.2021

18:00 Uhr: Begrüßung der Teilnehmer und Eröffnung der Tagung
Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender der Westpreußischen Gesellschaft (WPG)

18:05 Uhr: Einführung in die technischen Voraussetzungen und Optionen der Online-Tagung
Alexander Kleinschrodt, WPG-Vorstandsmitglied und Moderator des Kongresses, Bonn

18:15 Uhr: Einführung in die Thematik der Tagung:
Deutsch-polnische Geschichtsschreibung – die Quadratur eines Kreises?
Prof. Dr. Erik Fischer, WPG-Vorsitzender und Tagungsleiter, Bonn

18:35 Uhr: Eröffnungsvortrag
Geschichte in Sippenhaft?
Von der Beharrlichkeit der Diskurse und der Widerständigkeit der Objekte
Dr. Katja Bernhardt, Lüneburg

19:20 Uhr: Chat-Beiträge und Diskussion
Chat-Redaktion: Dr. Joanna Szkolnicka, Elbing, und Tilman Asmus Fischer, Berlin

SAMSTAG, 25.09.2021

10:00 Uhr: ***Die Vermessung eines Korridors: Das untere Weichselland wird Teil des wiedererstandenen Staates Polen***
Dr. Jens Boysen, Warschau

10:25 Uhr: ***Gdynia und Danzig – politische und architektonische Konkurrenzen an der Ostsee***
PD Dr. Beate Störtkuhl, Oldenburg

10:50 Uhr: ***Eine unaufhörlich „blutende Wunde": Der deutsche „Kampf um die Weichsel" während der Zwischenkriegszeit***
Prof. Dr. Bettina Schlüter, Bonn

11:15 – 11:25 Uhr: Pause – anschließend: Chat-Beiträge und Diskussion

---

18:00 Uhr: Projekt-Abend
Leitung: Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgruppen

18:50 – 19:00 Pause

19:00 Uhr: ***Bilder aus einer zerklüfteten Geschichte***
Medien-AG der WPG

19:30 Uhr: Chat-Beiträge und Diskussion

Westpreußische Gesellschaft

Westpreußen-Kongress 2021
vom 24. bis 26. September als Online-Veranstaltung

„WESTPREUSSEN" –
Transformationen einer preußischen Provinz nach deren Untergang im Jahre 1920

Fortsetzung des Konferenz-Programms

SONNTAG, 26.09.2021

10:00 Uhr: ***Das „wiedergewonnene Gebiet" an der Weichsel:***
Die Errichtung des „Reichsgaus Danzig-Westpreußen"
N. N.

10:25 Uhr: ***Von „Czersk" nach „Heiderode": Das Entfernen slawischer Sprachwurzeln 1942***
Dr. Martin Sprungala, Dortmund

10:50 Uhr: **Die Eigenen und die Anderen – Kriterien der Bevölkerungspolitik im „Reichsgau"**
Dr. Magdalena Lemańczyk, Warschau

11:15 – 11:25 Uhr: Pause – anschließend: Chat-Beiträge und Diskussion

12:00 Uhr: **Schlussdiskussion**
Leitung: Prof. Dr. Erik Fischer

12:25 Uhr: **Schlusswort**
Ulrich Bonk

Änderungen vorbehalten
Stand: 31. August 2021

Westpreußische Gesellschaft
Mühlendamm 1 • 48167 Münster
T +49 (0) 2506 30 57-50
eMail:
info@westpreussische-gesellschaft.de
Homepage:
https://westpreussische-gesellschaft.de/
Link zur Anmeldung:
https://kongress2021.westpreussische-gesellschaft.de/anmeldung.html

Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 - Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin,
IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

02) Westpreußischer Gesprächskreis

Im „Ännchen von Tharau, Rolandufer 6, 10719 Berlin,
S- / U-Bahnhof Jannowitzbrücke
(Zur Teilnahme vorherige Anmeldung erbeten!)

1) Sonntag, 24. Oktober 2021, 15:00 Uhr
Thema: Märchen aus Ost- und Westpreußen
Lesung mit Ute Breitsprechern und Reinhard M. W. Hanke

2) Freitag, 10. Dezember 2021, 15:00 Uhr
Thema: Advent bleibt Advent: Westpreußen ist keine Insel!
Alle Teiknehmer (Wir bitten um telefonische Angebote)

03) Tagesfahrten:

Bus-Tagesfahrt zur Müritz, mit Schiffsfahrt von Röbel nach Waren usw.
Sonnabend, 09. Oktober 2021
Ernsthafte Interessenten bitten wir um Anmeldung!

04) AGOM-Wanderungen

Wanderung in Potsdam, Stadt und Park Sanssouci
Leitung: Joachim M o e l l e r

Freitag, 15. Oktober 2021.

Anmeldung zu dieser Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuopa e.V. bei Angelika Hanske, Ruf: 030-772 13 93.

Landsmannschaft Schlesien

Nieder- und Oberschlesien Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e. V.

Herausgeber: Landsmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien, Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e.V., Brandenburgische Str. 24, 12167 Berlin-Steglitz – Bürozeit: Donnerstag 14.00 – 17.00 Uhr und nach Vereinbarung

05) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

Die Landsmannschaft hat mit einer schriftlichen Wahl ihren Vorstand wieder vervollständigen können. Die Briefwahl war vom Amtsgericht angeordnet worden, nachdem die bisherige stv. Vorsitzende Frau M. Peters zurückgetreten war und Ihren Rücktritt dem Amtsgericht mitgeteilt hatte.

Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Bernd Schmieder, Vorsitzender,

Thomas Ruschin, 1. Stv. Vorsitzender,

David Peixoto, 2. Stv. Vorsitzender

Marcus Lausch, Schatzmeister

Wir informieren über den Vorstand zu gegebener Zeit!

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. Berlin-Brandenburg hat zurzeit eine Bürogemeinschaft mit der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin

A. j) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa) ***Seiten 225- 226***

Heimatkreis Wirsitz
Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert
Lange Straße 6 27211 Bassum
Tel.: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de

Seniorenhaus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21, PL 89-340 Białośliwie Pologne

01) Ein Bericht zur „30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021 ist in Vorbereitung!

02) Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021 in Weißenhöhe / poln. Białośliwie

Wegen der Corona-Pandemie sind zurzeit alle weiteren Veranstaltungen im Haus Anna-Charlotte abgesagt

Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html

03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt

Liebe Schneidemühlerinnen, liebe Schneidemühler,
liebe Bezieher des Schneidemühler Heimatbriefes,

hier nun die amtliche Mitteilung, auch auf Anraten unserer Patenstadt Cuxhaven, dass unser diesjähriges Patenschaftstreffen Ende August 2021, einschließlich der Mitgliederversammlung, wegen der Corona-Pandemie, nicht stattfinden kann.

So müssen wir uns damit abfinden und hoffen, dass wir im nächsten Jahr, Ende August 2022, auch noch fit genug sind, und eine Fahrt nach unserer Patenstadt Cuxhaven machen können.

Nun wünsche ich den Schneidemühler Landsleuten und auch unserer Patenstadt Cuxhaven alles Gute, bleiben sie munter und vor allem bleiben sie gesund.
Es grüßt im Namen des Vorstandes herzlich und in heimatlicher Verbundenheit Horst Vahldick.

04) Treffen im „Ännchen von Tharau“,

Rolandufer 6, 10179 Berlin, am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

1) **Sonnabend, 11. September 2021, 14:00 Uhr**

2) **Sonnabend, 11. Dezember 2021, 14:00 Uhr**

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!

Gerhart Hauptmann-Museum in Erkner
Gerhart-Hauptmann-Str. 1–2
D-15537 Erkner
Auskünfte
Ruf: 03362 36 63

01) Der Hase im Rausch

von Eberhard Esche Autobiographische Geschichten

Es liest **Esther Esche** mit Cellobegleitung.

Musikalisches Programm, Lesung

Sonnabend, 11. September 2021, 17:00 Uhr

Die Schauspielerin Esther Esche liest erfrischend komische Texte aus dem Leben ihres Vaters. Eberhard Esche gehört zu denen, deren Verlust mit den Jahren immer empfindlicher fühlbar wird. Mit seinen Büchern hat er sich einen bedeutenden Gedenkstein gesetzt und den Nachgeborenen ein Werk der lebendigen Erinnerung, einer gediegenen Kunstauffassung und unbeugsamen politischen Haltung hinterlassen.

Achtung nur wenige Tickets!

Aufgrund der bestehenden Beschränkungen stehen nur 25 Plätze zur Verfügung. Zur Teilnahme an den Veranstaltungen ist eine Anmeldung dringend erforderlich.

Tickets reservieren

Preis je Ticket: 7,00 €
Anzahl der Tickets
Vorname *
Nachname *
E-Mail *

Die reservierten Karten sind bis spätestens 1 Tag vor der Veranstaltung abzuholen. Andernfalls verfällt die Reservierung. Mit Absenden des Formulars erheben, speichern und verarbeiten Ihre Daten nur, soweit dies für die Abwicklung Ihrer Veranstaltungsreservierung und für die Korrespondenz mit Ihnen erforderlich ist.

02) Die Insel der Großen Mutter oder Das Wunder von Ile des Dames von Gerhart Hauptmann

mit Stefan Rohlfs, Wolfgang de Bruyn und André Förster
Es liest Cora Chilcott

Buchvorstellung, Lesung

Donnerstag, 16. September 2021, 17:00 Uhr

Gerhart Hauptmann karikierte mit diesem Roman die aus seiner Sicht übertriebene Frauenemanzipation. 1916 begonnen, setzte er den Schlachten des Weltkrieges das Bild der lebenserhaltenden mütterlichen Kraft entgegen. Dem Untergang folgt die Erschaffung einer neuen Kultur. Insofern greift der auf den ersten Blick utopische Romanstoff durchaus Fragen der Zeit auf.

Der zweite Band der Erkneraner Reihe von Gerhart Hauptmanns Werken enthält erstmals den Aquarell-Zyklus, den die Künstlerin Charlotte E. Pauly (1886–1981), vom Roman inspiriert, geschaffen hat.

Achtung nur wenige Tickets!

Aufgrund der bestehenden Beschränkungen stehen nur 25 Plätze zur Verfügung. Zur Teilnahme an den Veranstaltungen ist eine Anmeldung dringend erforderlich

Tickets reservieren

Die Insel der Großen Mutter oder Das Wunder von Ile des Dames

16.09.2021, 17:00 Uhr - Uhr

Preis je Ticket: 5,00 €
Anzahl der Tickets
Vorname *
Nachname *
E-Mail *

Die reservierten Karten sind bis spätestens 1 Tag vor der Veranstaltung abzuholen. Andernfalls verfällt die Reservierung. Mit Absenden des Formulars erheben, speichern und verarbeiten Ihre Daten nur, soweit dies für die Abwicklung Ihrer Veranstaltungsreservierung und für die Korrespondenz mit Ihnen erforderlich ist.

Schlesisches Museum zu Görlitz
Brüderstraße 8 bzw. Eingang Fischmarkt 5
02826 Görlitz
www.schlesisches-museum .de
kontakt@schlesisches-museum.de,
Tel. 0049 (0) 3581 8791-0.

Dr. Martina Pietsch

03) Unterwegs in der polnischen Woiwodschaft Schlesien.

Online-Vortrag von Andrzej Paczos

Freitag, 03.09.2021, 19:00 – 20:30 Uhr
Online-Vortrag, kostenlos

Die Woiwodschaft Schlesien/Śląsk umfasst den östlichen Teil Oberschlesiens. Hier leben fast 5 Millionen Menschen. Die Hauptstadt der drittkleinsten polnischen Woiwodschaft ist Kattowitz/Katowice, eine moderne Stadt inmitten eines der größten Ballungsgebiete Europas. Obwohl die Region sehr stark von Industrie geprägt ist, verfügt sie über viele Kulturdenkmäler
.
Interessierte erhalten einen Link zugeschickt, wenn sie sich mit Ihrer Mailadresse anmelden: Unterwegs in der polnischen Woiwodschaft Schlesien Online-Vortrag | vhs Görlitz e.V. (vhs-goerlitz.de)

Eine Kooperationsveranstaltung des Schlesischen Museums zu Görlitz und der vhs Görlitz.

04) Eröffnung der Ausstellung „Inspiration Riesengebirge“

Freitag, 10.09.2021, 19:00 Uhr
Eintritt frei

Unsere neue Ausstellung widmet sich der wildromantischen Riesengebirgslandschaft mit Kunstwerken aus zwei Jahrhunderten. Das Schlesische Museum präsentiert einen Schwerpunkt seiner Kunstsammlung. Mit der Entwicklung des Riesengebirges zu einer überregional bekannten Künstlerlandschaft im 19. und 20. Jahrhundert wurde in Schlesien Kunstgeschichte geschrieben.

Wir bitten um Ihre Anmeldung: kontakt@schlesisches-museum.de, Tel. 03581/8791-0. Die Zahl der Plätze ist auf 50 begrenzt.

05) Einführung in die Ausstellung „Inspiration Riesengebirge“

Dienstag, 14.09.2021, 18:00 Uhr
Eingang Fischmarkt 5
Eintritt frei

Ausstellungskuratorin Dr. Johanna Brade lädt zu der neu eröffneten Sonderausstellung mit Kunstwerken und Fotografien zum Riesengebirge ein. Der Vortrag informiert über die

Entwicklung des Gebirges als Reiseziel für bildende Künstler und Fotografen von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis ins 20. Jahrhundert.

Wir bitten um Ihre Anmeldung: kontakt@schlesisches-museum.de, Tel. 03581/8791-0.

06) Vom „Karneval“ der Solidarność bis zum Runden Tisch. Die politische Opposition in Polen am Beispiel Schlesiens

Vortrag von Dr. Katarzyna Zinnow

Freitag, 17.09.2021, 19:00 Uhr
Eingang Fischmarkt 5
Eintritt frei

Im August 1980 kam es in Polen erneut zum gesellschaftlichen Widerstand. Aus der landesweiten Streikwelle ging die freie Gewerkschaft Solidarność hervor. Die 16 Monate des sogenannten Karnevals der Solidarność endeten mit der Einführung des Kriegsrechts. Tausende von Gewerkschaftern und Oppositionellen wurden interniert, in Kattowitz und Lüben wurden Protestierende erschossen. Mit dem Motto "Euer Winter, unser Frühling" ging die Solidarność in den Untergrund. Im Jahr 1989 kam es zu Gesprächen zwischen den Oppositionellen und der kommunistischen Regierung. Sie führten zum „Runden Tisch“ und zu den ersten halbfreien und freien Wahlen in Polen seit 1945.

Wir bitten um Ihre Anmeldung: kontakt@schlesisches-museum.de, Tel. 03581/8791-0.

07) Unterwegs in der polnischen Woiwodschaft Oppeln/Opole

Online-Vortrag von Andrzej Paczos

Freitag, 24.09.2021, 19:00 - 20:30 Uhr
Online-Vortrag, kostenlos

Die Woiwodschaft Oppeln ist zwar flächenmäßig und gemessen an der Einwohnerzahl die kleinste in Polen, aber sie ist reich an Architekturdenkmälern. Zu den bekanntesten zählen das Piastenschloss in Brzeg (Brieg), die Basilika in Nysa (Neisse) und die Altstadt von Paczków (Patschkau). Einer der bedeutendsten Orte ist der Annaberg - ein bekannter Pilgerort, geologisches Naturschutzgebiet, Denkmal für die Schlesischen Aufstände und guter Aussichtspunkt zugleich. In der Region wohnt auch der größte Teil der deutschen Minderheit in Polen.

Interessierte erhalten einen Link zugeschickt, wenn sie sich mit Ihrer Mailadresse anmelden: https://www.vhs-goerlitz.de/programm/sprachen.html/kurs/595-C-21H417071/t/unterwegs-in-der-polnischen-woiwodschaft-oppeln

Eine Kooperationsveranstaltung des Schlesischen Museums zu Görlitz und der vhs Görlitz.

*Für die Präsenzveranstaltungen gelten die Hygienebestimmungen des Freistaates Sachsen.
*Die Ausstellung und die Veranstaltungen sind Teil des Projektes „Schlesien – gemeinsames Kultur- und Naturerbe“, das vom Schlesischen Museum zu Görlitz gemeinsam mit dem Nationalpark Riesengebirge im Rahmen des Kooperationsprogramms INTERREG Polen-Sachsen 2014-20 durchgeführt wird.

Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg

http://geschichte-brandenburg.de/lv-neu/veranstalt.html

Postanschrift: Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg e. V.
- Archiv und Bibliothek -
c/o Zentral- und Landesbibliothek Berlin
Postfach 610 179
10922 Berlin
Email: bibliothek@geschichte-brandenburg.de, archiv@geschichte-brandenburg.de

08) Die Gräber der Grafen und Gräfinnen von Koenigsmarck bei ihrer Patronatskirche zu Plaue an der Havel, 1839 bis 1945

Referent: Dr. Ulrich Wiesner (Brandenburg an der Havel)

Donnerstag, den 26. August 2021, 18.30 Uhr
Ort: in der Kirche zu Plaue/Havel.

Veranstaltung des Historischen Vereins Brandenburg/Havel e.V. und der Evangelischen Kirchengemeinde Plaue

Zum Inhalt: Ausgehend von den beiden Grabmälern für den jung und unter ungeklärten Verhältnissen verstorbenen Friedrich Wilhelm Hans (+1861) und für die unglückliche Lily (+1911) sowie dem Koenigsmarck-Mausoleum mit den dort vermauerten vier Särgen bietet der Vortrag einen Blick auf die spannenden Einzelbiographien der in Plaue bestatteten Grafen und Gräfinnen Königsmarck. So entsteht die Kontur einer Familiensaga von Aufstieg und Untergang der Dynastie der Plauer Majorats- und Patronatsherren für die Zeit von 1839 bis 1945.

09) Borgsdorf/Nordbahn: Kirchenneubau in der DDR – eine Seltenheit und weitere Merkwürdigkeiten

Führung: Jürgen Rosinsky (Geschichtskreis Borgsdorf)

Sonnabend, 04. September 2021
Treffen: 11.00 Uhr, S-Bhf Borgsdorf

Organisation: Ingrid Zache. Begrenzte Teilnehmerzahl (max. 20 Personen), Anmeldung erforderlich: Tel. (03303) 40 86 96 oder E-Mail (neu): ingrid-zache@web.de. Für die Teilnahme gilt die „3G-Regel“: Geimpft, genesen oder getestet. Bitte zeigen Sie das entsprechende Dokument unaufgefordert der Organisatorin, auch eine Übermittlung per E-Mail z.B. zusammen mit Ihrer Anmeldung ist möglich.

Anreise: Mit der S 1 aus Berlin Richtung Oranienburg, 20 Minuten-Takt, bitte aktuelle Fahrplanänderungen beachten. Dauer ca. 2,5 Stunden, Einkehrmöglichkeit am S-Bahnhof vorhanden.

Mit dem Ausbau des Vorortverkehrs Berlin – Oranienburg entstanden ab der Jahrhundertwende nahe den Bahnhaltestellen erste Landhauskolonien. Borgsdorf entwickelte sich aus einem Bauerndorf zu einer auch architektonisch ansehnlichen Vorstadtsiedlung.

Die Besonderheiten der 1953 von Bischof Otto Dibelius geweihten und heute unter Denkmalschutz stehenden evangelischen Kirche, ihre Architektur und Ausstattung bilden den Schwerpunkt des Ortsspazierganges und der Kirchenbesichtigung. Sie gehört zu den nur wenigen Kirchengebäuden, die zwischen 1945 und 1989 in der DDR neu errichtet wurden. Zu den Merkwürdigkeiten Borgsdorfs gehört die Nelke im Ortswappen und die Überlieferung der Aufklärung eines Post-Straßenraubes von 1789.

10) Die Bodenschätze des Grunewalds – rund um das Postfenn

Ein neuer Versuch die verschobene **136. Weihnachtswanderung** vom 26.12.2020 nachzuholen.

Leitung: Ingrid Zache und Dr. Felix Escher (Berlin)

Sonnabend, 18. September 2021

Treffen: 11.00 Uhr, Scholzplatz, Heerstraße Ecke Am Postfenn. ÖPNV: Bus M 49, 218 bis Scholzplatz oder S3 bis Pichelsberg mit 400 m Fußweg. Achtung! Die Busse X 34 und X 49 halten nicht am Scholzplatz. Dauer ca. 2 Stunden.

Begrenzte Teilnehmerzahl (max. 25 Personen), Anmeldung erforderlich: Tel. (03303) 40 86 96 oder E-Mail (neu): ingrid-zache@web.de. Für die Teilnahme gilt die „3G-Regel“: Geimpft, genesen oder getestet. Bitte zeigen Sie Frau Zache das entsprechende Dokument unaufgefordert , auch eine Übermittlung per E-Mail z.B. zusammen mit Ihrer Anmeldung ist möglich.

Im Grunewald wurden nicht nur Trümmer aufgeschüttet, sondern auch Flächen ausgeschürft. Was das für Folgen hatte, wollen wir uns am Nordrand des Grunewalds ansehen.

11) Friedrich Wilhelm I. von Preußen: ein Monarch mit vielen Gesichtern

Vortrag und Buchvorstellung: Prof. Dr. Frank Göse (Potsdam)

Donnerstag, 07. Oktober 2021
19.00 Uhr im Berlin-Saal der Berliner Stadtbibliothek, Breite Straße 36, Berlin-Mitte.

Für die Teilnahme gilt die „3G-Regel“: Geimpft, genesen oder getestet. Bitte zeigen Sie das entsprechende Dokument unaufgefordert beim Einlass. Bitte beachten Sie auch die geltenden Abstandsregeln, gegebenenfalls ist ein Mund- und Nasenschutz zu tragen,

König Friedrich Wilhelm I. (1688-1740), Wegbereiter für Preußens Vormachtstellung, war bereits zu Lebzeiten eine höchst kontroverse Herrscherfigur. Anders als sein Sohn Friedrich der Große, oder sein Großvater, der »Große Kurfürst«, nach dem er benannt ist, wurde er von Anfang an ambivalent beurteilt. Als Vater trat er despotisch auf und beschwor innerhalb der Familie schlimme Zerwürfnisse herauf. Als Herrscher ordnete er seinen »lieben blauen Kindern«, den Soldaten seines Königsregiments, alles unter. Mit cholerischen Charakterzügen, Geiz und Misstrauen ausgestattet weckte er beim Adel Ablehnung. Gleichzeitig stellten seine umfassenden Reformen im Bereich Bildung, Finanzen und Militär die Weichen für den oft deklarierten »preußischen Sonderweg«. – Frank Göse, Spezialist für die frühneuzeitliche preußische Geschichte und Stellvertretender Vorsitzender der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V., hat die erste umfassende Biographie des Monarchen vorgelegt und beurteilt ihn entschieden aus seiner Zeit heraus. Er zeichnet die Rolle des Königs an der Entwicklung Preußens nach und würdigt seine Leistungen in der Finanz-, Wirtschafts- und Militärpolitik.

Literaturhaus Berlin
Fasanenstraße 23
10719 Berlin
+49 (0)30 887 286 0
info@literaturhaus-berlin.de

In der Reihe Kinderbuch im Gespräch

12) „Philosophische Bilderbuchwelten – Rebecca Dautremer im Gespräch“

In Kooperation mit dem Internationalen Literaturfestival

Freitag, 10. September 2021, 17 Uhr

Eintritt frei

Um Anmeldung wird gebeten unter: kinderbuchabt@sbb.spk-berlin.de

Staatsbibliothek zu Berlin
Dietrich-Bonhoeffer-Saal
Potsdamer Str. 33
10785 Berlin

13) Wissenschaftsjahr – Visionen der Bioökonomie 2021

Abschlusspanel Bioökonomie mit Claudia Kemfert, Urs Mannhart und Eva Horn
In Kooperation mit dem Internationalen Literaturfestival Berlin

Donnerstag, 16. September 2021, 18 Uhr

Staatsbibliothek zu Berlin
Wilhelm-von-Humboldt-Saal
Unter den Linden 8
10117 Berlin

Wissenswerkstatt

14) Innocence is the Crime: Francesca Melandri im Werkstattgespräch

In Kooperation mit dem Internationalen Literaturfestival Berlin

Donnerstag, 16. September 2021, 20 Uhr

Eintritt: Tickets — internationales literaturfestival berlin

Staatsbibliothek zu Berlin
Wilhelm-von-Humboldt-Saal
Unter den Linden 8
10117 Berlin

Aktuelle Covid 19-Hygieneregeln für den Besuch in unseren Häusern: Covid-19 | Hygienekonzept | Staatsbibliothek zu Berlin (staatsbibliothek-berlin.de)

Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Corona-Situation. In unserem Blog halten wir Sie stets auf dem Laufenden.

15) Katholische Akademie Berlin: Vorschau Herbst 2021

KATHOLISCHE AKADEMIE IN BERLIN e.V.

Vorschau Herbst 2021

Das Fest „Maria Aufnahme in den Himmel" am 15. August ist in vielen mediterranen Ländern Höhe- und Wendepunkt der Sommerzeit. Der Blick geht in diesen Wochen auf den Alltag der nächsten Monate, in denen das normale Leben wieder beginnt. In diesen Zeiten hat die Rede vom „normalen Leben" einen eigenen Klang. Damit Sie sich auf das nächste Programm der Akademie einstimmen können, haben wir Ihnen eine Auswahl unserer Veranstaltungen zusammengestellt. Ob diese analog, online oder hybrid stattfinden werden, steht jetzt noch nicht bei allen Terminen fest. Den aktuellen Stand finden Sie jeweils auf unserer Homepage wie auch weitere Veranstaltungen im Herbst, zu denen wir Sie herzlich einladen.

Joachim Hake

Joachim Hake
Direktor

Vorschau | HERBST 2021

August 2021

23. August

Montag, 18:00 Uhr

Die Kirche von Berlin in der Ära Wilhelm Weskamms und sein Wirken zum Bau der St.-Hedwigs-Kathedrale.
BKF-Hedwigsvorträge

- ***mit Dr. Thomas Thorak, Kirchenhistoriker, Schönebeck / Elbe***

26. August

Donnerstag, 19:00 Uhr

Erzberger. Der gehasste Versöhner. Biographie eines Weimarer Politikers
Buchpremiere & Gespräch (Livestream)
in Kooperation mit dem Ch. Links Verlag

- ***mit Tobias Dürr, Biograph und Journalist; Prof. Dr. Siegfried Weichlein, Departement für Zeitgeschichte, Universität Fribourg***

30. August

Montag, 9:30 – 21:00 Uhr

100 Jahre Alfred Bengsch
Tagung mit Buchvorstellung
in Kooperation mit dem Erzbistum Berlin

- ***mit Erzbischof Dr. Heiner Koch, Berlin; Prof. Dr. Stefan Samerski, u. a.***

© Nachlass Pfarrer Probst

September 2021

13. September

Montag, 19:00 Uhr

Digitale Welt und Künstliche Intelligenz – wie „unterlegen" ist der Mensch?
Podiumsdiskussion (Livestream)
in Kooperation mit der Görres-Gesellschaft

→ *mit Prof. Dr. Armin Grundwald, KIT Karlsruhe; Prof. Dr. Sabine Seichter, Universität Salzburg; Markus Beckedahl, netzpolitik.org und re:publica; Diana Kinnert, Autorin und Politikwissenschaftlerin*

15. bis 16. September

Mittwoch bis Donnerstag

„Alle sollen eins sein". Ökumene in Mittel- und Osteuropa – Aufgabe und Bereicherung
25. Internationaler Kongress Renovabis
Zoom-Tagung und Livestream

→ *mit Kardinal Kurt Koch; Dr. Evgenij Pilipenko; Dr. Irina Paert; Abtissin Francesca Šimuniová u.v.a.*

Renovabis

The Berlin Center for Intellectual Diaspora

Eine Initiative der Katholischen Akademie in Berlin e.V.

https://intellectualdiaspora.org/ #intellectualdiaspora

31. August bis 2. September

Dienstag bis Donnerstag

Kulturkampf. Epochales Ereignis und aktuelle Denkfigur
Internationaler Workshop in Kooperation mit der Universität Halle/Saale

→ *mit Prof. Dr. Daniel Weidner, Halle/Saale; Prof. Dr. Karma Ben Johanan, Berlin; Prof. Dr. Georg Essen, Berlin; Prof. Dr. Lucian Hölscher, Bochum; Prof. Dr. Gerald Hartung, Wuppertal; Prof. Dr. Annette Langner-Pitschmann, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Thomas Pittrof, Eichstätt; Alexandra Kemmerer, Heidelberg; u. a.*

Öffentliche Abendvorträge im Rahmen des Workshops:

31. August

Dienstag, 19:30 Uhr

The War Against Catholicism: Liberalism and the Anti-Catholic Imagination in Nineteenth-Century
Vortrag in englischer Sprache

→ *mit Prof. Michael B. Gross, East Carolina University*

1. September

Mittwoch, 19:30 Uhr

The Culture War in America and Beyond
Vortrag in englischer Sprache

→ *mit Prof. James Hunter, University of Virginia*

25. bis 27. Oktober

Montag bis Mittwoch

Politische Theologie in Israel – Politische Theologie in Europa
Kolloquium in englischer Sprache

Newsletter

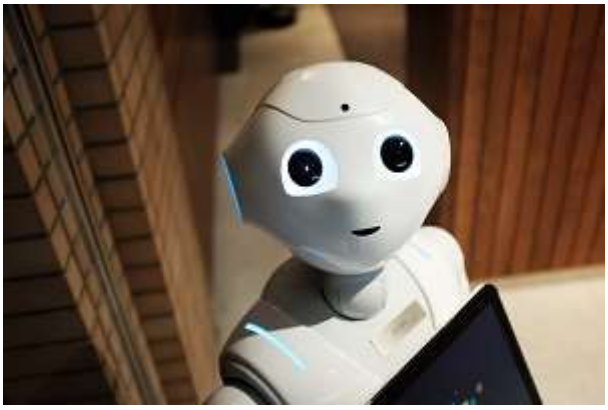
Auf Wunsch erhalten Sie per Mail unseren kostenlosen Newsletter, Informationen zu allen Veranstaltungen oder auch ganz individuell zu spezifischen Themen. Anmeldung unter: www.katholische-akademie-berlin.de/newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich laden wir Sie ein in die Katholische Akademie in Berlin zu einer abendlichen Diskussion am **Montag, dem 13.09.2021, um 19.30 Uhr** zum Thema:

Digitale Welt und Künstliche Intelligenz –

wie „unterlegen“ ist der Mensch?



Internetquelle: pexels.com

Die rasant fortschreitende Digitalisierung ist mit vielen Hoffnungen und Ängsten verbundenen. Der Erwartung größerer Freiheiten, wirtschaftlichen Wachstums und mehr Gesundheit stehen die Ängste vor Überwachung, der Manipulation der öffentlichen Meinung und der Ersetzung menschlicher Arbeitsplätze durch KI, Robotik usw. gegenüber. Wie „unterlegen“ ist der Mensch? Wie lässt sich der digitale Wandel gestalten? Über diese Fragen kommen ins Gespräch:

Prof. Dr. Armin Grunwald, KIT Karlsruhe, Autor des Buches: *Der unterlegene Mensch*, Riva Verlag, München 2019; **Markus Beckedahl**, Gründer und Chefredakteur von netzpolitik.org, Mitbegründer von re:publica; **Diana Kinnert**, Politikwissenschaftlerin und Autorin: *Die neue Einsamkeit: Und wie wir sie als Gesellschaft überwinden können*, Hoffmann und Campe, Hamburg 2021 und **Prof. Dr. Sabine Seichter**, Pädagogin, Universität Salzburg.

Zur Teilnahme vor Ort ist eine Anmeldung per Telefon unter: (030) 283095-0 oder E-Mail an: information@katholische-akademie-berlin.de erforderlich. Darüber hinaus gilt die 3-G-Regel, d.h.: vollständig Geimpften, negativ

Getesteten und Genesenen ist unter Vorlage eines gültigen Nachweises sowie unter Wahrung der notwendigen Fristen die Teilnahme möglich. Dies wird am Einlass kontrolliert.

Zur online-Teilnahme nutzen Sie folgenden Livestream-Link:
https://youtu.be/1zo7t3sEzkA

Der öffentliche Abend findet statt im Rahmen der 65. Jahrestagung des Instituts für Interdisziplinäre Forschung der Görres-Gesellschaft: Digitale Welt, Künstliche Intelligenz und ethische Herausforderungen.

Wir würden uns freuen, wenn wir Sie an diesem Abend begrüßen könnten.

Joachim Hake, Direktor der Katholische Akademie in Berlin e.V.

Dr. Martin Barth, Generalsekretär der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft e.V.

PS. Herzlich laden wir Sie auch zur Veranstaltung der Görres-Gesellschaft im Rahmen ihrer 123. Jahrestagung in die Katholischen Akademie ein:
Am **Samstag, dem 25. September findet ab 17:30 Uhr** ein Vortrag der Regensburger Historikerin Prof. Dr. Harriett Rudolph statt zum Thema: „Toleranzpraktiken in der frühen Neuzeit“.
Am **Sonntag, dem 26. September findet ab 11:00 Uhr** der Festakt statt, u.a. wird Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck zum Thema „Toleranz: Herausforderungen und Chance“ sprechen.

Weitere Information auf https://www.goerres-gesellschaft.de/
Anmeldung unter: verwaltung@goerres-gesellschaft.de

GÖRRES GESELLSCHAFT
Zur Pflege der Wissenschaft

01) Cieszyn, Těšín, Teschen. One region, one culture?

Veranstalter
Universität Greifswald
Veranstaltungsort
Greifswald (digital)

17489 Greifswald

06.09.2021 - 11.09.2021
Frist
15.07.2021
Von
Katja Kottwitz, Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald

IX. Greifswalder Polonicum.

Das Greifswalder Polonicum ist eine einwöchige internationale Sommerschule des Alfried Krupp Wissenschaftskollegs Greifswald und der Universität Greifswald zur Kultur und Sprache Polens. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wird das diesjährige Polonicum in Form einer digitalen Sommerschule stattfinden.

Cieszyn, Těšín, Teschen. One region, one culture?

Mit der Region Cieszyn steht im Fokus des diesjährigen Polonicums ein polnisch-tschechisches Grenzgebiet in den Sudeten, in dem sich drei kulturelle Traditionen treffen, interagieren, aber auch aneinander reiben. In Form von drei Fachseminaren und dem Eröffnungsvortrag zu den Themen Sprache, Gesellschaft, Politik und Literatur bietet das Greifswalder Polonicum die Möglichkeit, die Region Cieszyn in ihrer ganzen Vielfalt intensiv kennenzulernen. Alle Veranstaltungen werden von international renommierten Forschenden durchgeführt, die als Spezialist:innen für das jeweilige Thema ausgewiesen sind.

Die Fachseminare (und die voraussichtlichen Seminarsprachen) sind in diesem Jahr die folgenden:
- Zbigniew Greń (Warszawa): Sytuacja językowa na Śląsku Cieszyńskim w przeszłości i obecnie (auf Polnisch)
- Monika Brzezińska, Radosław Zenderowski (Warszawa): N.N.
- Miloš Řezník (Warszawa): N.N.

Für einen weiteren Vortrag konnten wir außerdem gewinnen: Renata Makarska (Mainz/Germersheim): "Polnisch, Tschechisch oder Lachisch? Über Hybridität der Literatur und Kultur aus Teschener Schlesien" (auf Deutsch)

BEWERBUNG

Voraussetzungen:
- gute Kenntnisse der englischen und polnischen Sprache
- ausgeprägtes Interesse an Polen und/oder Cieszyn
- bevorzugt Status als Student oder Doktorand

Bitte fügen Sie Ihrer Bewerbung die folgenden Unterlagen (zusammengefasst in einem pdf-Dokument) bei:

- einen tabellarischen Lebenslauf

- eine Übersicht über Ihr bisheriges Studium („Transcript of Records“)
- eine kurze Darstellung Ihres Interesses an Polen und/oder Cieszyn und Ihrer Motivation für die Teilnahme am Polonicum von nicht mehr als 2.500 Zeichen.

Kontakt

Melina Hubel M. A.
Betreuung Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa
Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald, 17487 Greifswald
Telefon: +49 3834 420 5014; Fax: +49 3834 420 5005
melina.hubel@wiko-greifswald.de

https://www.wiko-greifswald.de/programm/allgemeines/veranstaltungskalender/veranstaltung/n/cieszyn-tesin-teschen-one-region-one-culture/

Zitation
Cieszyn, Těšín, Teschen. One region, one culture?. In: H-Soz-Kult, 29.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98615>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

02) Gemeinsam stark? 675 Jahre Oberlausitzer Sechsstädtebund

Veranstalter
Zittauer Geschichts- und Museumsverein e.V.

Veranstaltungsort
Rathaus Zittau

Gefördert durch
Stiftung der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien

02763 Zittau

Vom - Bis
10.09.2021 - 11.09.2021
Frist
05.09.2021
Von
Daniela Schüler, Öffentlichkeitsarbeit, Städtische Museen Zittau

Aus Anlass des 675. Jubiläums der Gründung des Oberlausitzer Sechsstädtebundes findet ausstellungsbegleitend am 10. und 11.09. eine öffentliche Tagung im Zittauer Rathaus statt.

Organisatoren der Tagung sind der Zittauer Geschichts- und Museumsvereins e.V. in Zusammenarbeit mit der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften e.V., den Städtischen Museen Zittau und dem Verein für sächsische Landesgeschichte e.V.

Gemeinsam stark? 675 Jahre Oberlausitzer Sechsstädtebund

Gefördert wird die Tagung von Stiftung der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien. Neben Städtebünden im Vergleich stehen Themen wie Funktionen und Kommunikationsstrukturen, Kunst, Kultur und Architektur sowie kulturtouristische Perspektiven im Mittelpunkt der von renommierten Referenten gehaltenen Vorträge.

Das komplette Programm ist auf www.museum-zittau.de hinterlegt. Anmeldung bis 05.09. unter museum@zittau.de oder +49 3583 554790.

Programm

10.9.2021 / Rathaus Zittau, Bürgersaal

15.00-16.00 Uhr
Willkommen im Tagungsbüro

16.00-16.30 Uhr
Sektion I: Begrüßung und Einführung

Begrüßung
Thomas Zenker (Oberbürgermeister der Stadt Zittau)

Einführung in die Tagung
Dr. Lars-Arne Dannenberg (Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften) / Dr. Peter Knüvener (Städtische Museen Zittau): Der Oberlausitzer Sechsstädtebund in vergleichender Perspektive.

16.30-19.00 Uhr
Sektion II: Städtebünde im Vergleich
Moderation: Prof. Dr. Volkhard Huth (Institut für Personengeschichte Bensheim)

Dr. Bernhard Kreutz (Stadtarchiv Reutlingen): Städtebünde des 13. und 14. Jahrhunderts: Politische, juristische und militärische Implantationen und Perspektiven
Prof. Dr. Klaus Neitmann (Potsdam): Höhepunkt und Ausgang der märkischen Städtebünde unter der luxemburgischen und frühen hohenzollernschen Landesherrschaft
Dr. Gerold Bönnen (Stadtarchiv Worms): Der Rheinische Bund und seine Nachfolger

anschließend Diskussion

19.00 Uhr
Kleiner Empfang

11.9.2021 / Rathaus Zittau, Bürgersaal

9.30-10.45 Uhr
Sektion III: Der Sechsstädtebund. Funktionen und Kommunikationsstrukturen
Moderation: Dr. Lars-Arne Dannenberg (Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften)

Prof. Dr. Joachim Schneider (Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde Dresden / Verein für sächsische Landesgeschichte): Der Sechsstädtebund als Friedensinstrument?
Dr. Markus Bitterlich (Festung Königstein gGmbH): Botenwesen und Kommunikation zwischen den Sechsstädten

anschließend Diskussion und Pause

11.15-13.00 Uhr
Sektion IV: Kunst, Kultur, Architektur
Moderation: Dr. Jiří Fajt (Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa e.V.)

Kai Wenzel (Kulturhistorisches Museum Görlitz): Der Sechsstädtebund aus kunsthistorischer Sicht
Dr. Peter Knüvener (Städtische Museen Zittau): Hexapolis, Hanse und andere Städtebünde. Überlegungen zu Selbstdarstellung und Außenwahrnehmung
Dr. Sven Rössel (Kreismusikschule Dreiländereck): Divertissement beim Konvent - eine Rekonstruktion

anschließend Diskussion und Pause

14.30-16.00 Uhr
Sektion V: Kulturtouristische Perspektiven
Moderation: Dr. Marius Winzeler (Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften)

Dr. Gunter Oettel (Görlitz): Idee und Konzept der Zittauer Ausstellung „Gemeinsam stark? Zittau und der Sechsstädtebund“
Olaf Franke (Marketinggesellschaft Oberlausitz-Niederschlesien mbH): (Moderne) Städtebünde aus touristischer Perspektive

anschließend Diskussion und Schlussbetrachtung

Kontakt

museum@zittau.de

http://www.museum-zittau.de

Zitation
Gemeinsam stark? 675 Jahre Oberlausitzer Sechsstädtebund. In: H-Soz-Kult, 03.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-99029>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Wege der Aufklärung bei den Siebenbürger Sachsen. Facetten einer Provinz im Wandel

Veranstalter
Arbeitskreis für Siebenbürgische Landeskunde e.V., Siebenbürgisches Museum Gundelsheim e.V.

Veranstaltungsort
Fürstenhaus und Rathaus

Gefördert durch
Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

06667 Weißenfels

Vom - Bis
10.09.2021 - 12.09.2021
Frist
01.09.2021
Von
Irmgard Sedler

Die internationale Tagung „Wege der Aufklärung bei den Siebenbürger Sachsen. Facetten einer Provinz im Wandel“ findet vom 10. – 12. September 2021 in Weißenfels an der Saale anlässlich des 300. Geburtstags Samuel von Brukenthals statt.

Veranstaltet wird die Tagung vom Arbeitskreis für Siebenbürgische Landeskunde e.V. und dem Siebenbürgischen Museum Gundelsheim e.V., gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.
Wege der Aufklärung bei den Siebenbürger Sachsen. Facetten einer Provinz im Wandel

Vor dreihundert Jahren, am 26. Juli 1721, wurde in Leschkirch / Nocrich in Siebenbürgen Samuel von Brukenthal geboren, dessen Herkunft, Lebens- und Karriereweg ihn zur Ideal- und Symbolgestalt in der Vorstellung der Siebenbürger Sachsen von sich selbst, von ihrer gesellschaftlichen und kulturpolitischen Rolle im wandelbaren 18. Jahrhundert in dieser historischen Provinz am östlichen Rande des Habsburgerreiches gerinnen ließ.

Brukenthals Gestalt und sein Wirken in Politik, Verwaltung und Gesellschaft sowie sein Kunst- und bildungspolitisches Mäzenatentum eigneten sich zur Projektionsfläche für die vielschichtigen und breit gefächerten Veränderungen in Siebenbürgen vor dem Hintergrund geschichtlicher Entwicklungen im Donau-Karpatenraum im Kontext der Partizipation an der übergreifenden europäischen Geschichte.

Auf der Höhe theresianischer Macht- und Prachtentfaltung nahm in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine gesellschaftliche Entwicklung ihren Anfang, die eine zukunftsweisende, moderne Ausrichtung im Zeichen eines rationalistisch durchorganisierten Beamtenstaates anstrebte und letztlich der Verbürgerlichung der Gesellschaft im 19. Jahrhundert den Weg ebnen sollte. Verantwortlich für diese Entwicklung waren neben wichtigen Modernisierungsparametern, die sich dem wirtschaftlichen Aufschwung im imperialen Staatsgefüge eingeschrieben hatten (stellvertretend genannt der Merkantilismus und die zunehmende Mobilität), eine von der Aufklärung beeinflusste Weltsicht der handlungsbestimmenden Elite und in deren Folge eine den gesellschaftlich-kulturellen Raum verändernde Säkularisierungsbestrebung.

Für die protestantischen Sachsen in einem Staat, in dem sie ihre politische Selbstbestimmung und wirtschaftliche Führung verloren hatten, wo zugleich der Katholizismus deklarierte Staatsreligion war und in der Folge die Konfessionalisierung als politische Gegebenheit neue Erfahrungen mit sich brachte, bedeutete der Einzug in die Moderne eine widersprüchliche Erfahrung – Störfaktor für das neue Selbstbild im Zeichen des Nationalen und neue Möglichkeiten der Partizipation am wirtschaftlichen und gesellschaftlich-kulturellen Leben, das alles eingebettet in einen neuen, geistesgeschichtlichen Zusammenhang. Streiflichtartig lässt sich dieser Anpassungsprozess für den Betrachtungszeitraum erhellen: an der Ordnung der eigenen Welt auf der Basis abstrakter und wissenschaftlicher Begriffe, der Disziplinierung des Alltags, an einem neuen Naturverständnis mit Impulsen für Gartengestaltung und Landwirtschaft, der Mobilität und der räumlich wie geistigen Vernetzung (verdichtetes Postwesen, Zeitschriftenwesen und Reiseliteratur als enzyklopädisches Wissensangebot). Im Blickfeld stehen auch bevölkerungs- und gesundheitspolitische Maßnahmen, der Wandel der gesellschaftlichen und der kulturellen Institutionen im Hinblick auf säkulares und praxisnahes Wissen, die Bildung als pädagogischer Auftrag (Lesegesellschaften, Theater, Oper, Konversationskultur des Salons, Vorformen der wissenschaftlichen Vereinskultur, Museum), ein neues Komfortverständnis, die ästhetische wie kunsttheoretische Reflexion mit Niederschlag in einem neuen Stadtverständnis (Garnisonstadt Hermannstadt) mit Folgen für Stadthygiene, Architektur, Kunst und Repräsentation (Freizeitgestaltung, Tanzgesellschaften).

Letztlich stehen mit der Etablierung des modernen Nationsgedankens die Eigenreflexion bei allen Ethnien Südsiebenbürgens – Griechen, Rumänen, Armenier – sowie deren spezifische Darstellungsmechanismen im urbanen siebenbürgischen Städtebild im Raum.

Bitte reservieren Sie Ihre Unterkunft selbständig über die Webseite der Stadt (www.weissenfelstourist.de) oder über eines der üblichen Online-Portale.

<u>Programm</u>

Freitag, 10. September 2021

ab 13:00 Uhr Anmeldung im Tagungsbüro, Fürstenhaus zu Weißenfels, Leipzigerstraße 9, 06667 Weißenfels

14:00–15.30 Uhr Führung durch Weißenfels

16.00 Uhr Begrüßung durch den Oberbürgermeister mit kleinem Stehempfang, Fürstenhaus zu Weißenfels

16:30–17.00 Uhr Einführung in die Tagung und Eröffnung der Ausstellung „Samuel von Brukenthal – ein außerordentlicher Freiherr“: Dr. Harald Roth (Potsdam), Vorsitzender des AKSL e.V.

17.30 Uhr Grußwort: Prof. Dr. Sabin Adrian Luca (Hermannstadt), Generaldirektor des Brukenthalmuseums

17:35–18:15 Uhr Dr. Irmgard Sedler (Kornwestheim), Vorsitzende des Siebenbürgischen Museums e.V.: Das Brukenthalmuseum zwischen UNIVERSAL und NATIONAL
18:15–19:00 Uhr Dr. Ingrid Schiel (Gundelsheim): Siebenbürgisch-sächsische Selbstinszenierung zwischen Barock und Aufklärung

19.45 Uhr Abendessen Ristorante & Pizzeria CASTELLO, Fürstenhaus zu Weißenfels

Sonnabend 11. September 2021

09:00–09:45 Uhr Prof. Dr. Holger Jacob-Friesen (Karlsruhe): Die Kunstsammlung Brukenthal im Kontext zeitgenössischer Sammlungen

09:45–10:30 Uhr Dr. Attila Verók (Erlau/Eger): Auf dem Transportweg von Ideen und Büchern. Kulturelle Kontakte zwischen Halle und Siebenbürgen im Zeitalter der Aufklärung

10:30–11:15 Uhr Prof. Dr. Erika Schneider (Rastatt): Neue Ordnungskriterien für die Natur. Michael Gottlieb Agnethler (1719–1752) – seine Tätigkeit in Halle und die Herausgabe der Werke von Carl v. Linné

11:15–12:00 Uhr PD. Dr. Robert Offner (Regensburg): Siebenbürgische Studierende an der Aufklärungsuniversität Halle im 18. Jahrhundert und das Medizinstudium

12:45–12:45 Uhr Prof. e.h. Dr. Haino Uwe Kasper (Brühl): Ignaz Edler von Born (1742–1791) – Freimaurer – Aufklärer – Geognostiker

12:45–14:00 Uhr Mittagspause

14:00–14:45 Uhr Dr. Dana Dâmboiu (Hermannstadt): Die esoterische Symbolik ornamentaler Gestaltungselemente am Brukenthal-Palais

14:45–15:30 Uhr Dr. Iulia Mesea (Hermannstadt): Johann Martin Stock und die Malerei in Siebenbürgen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

15:30–16:15 Uhr Dr. Markus Lörz (Gundelsheim): Die Stiftung Samuel von Brukenthals im Kontext der historischen Entwicklung der Museumspädagogik

16:15–16:45 Uhr Kaffeepause

16:45–17:30 Uhr Dr. Robert Born (Leipzig): Rasse und Volk als Kategorien in den Diskursen des ausgehenden 18. Jahrhunderts

17:30–18:15 Uhr Dr. Frank Thomas Ziegler (Kronstadt): Impuls und Reaktion. Siebenbürgisch-sächsische Kunst im Zeitalter der Aufklärung.

18:15–19:00 Uhr Dr. Rodica Frâncu (Hermannstadt): Samuel von Brukenthal - un om, o istorie, un muzeu

20:00 Uhr Abendessen Restaurant Akropolis am Markt, Am Markt 12 zu Weißenfels

Sonntag 12. September 2021

08:30–09.15 Uhr Dr. Alexandru Chituţă (Hermannstadt): Samuel von Brukenthal und der Aufstand von Horea, Cloşca und Crişan

ab 09:15 Uhr Exkursion: Franckesche Stiftungen zu Halle, Schlachtfeld zu Lützen (Gustav II. Adolf von Schweden), Nietzsche Gedenkstätte (Geburtshaus, Grab) zu Röcken

Kontakt

E-Mail: info@siebenbuergen-institut.de

oder per Post an:

Arbeitskreis für Siebenbürgische Landeskunde e.V.
Schloss Horneck
74831 Gundelsheim / N.

Tel.: 06269 4215-0
Fax: 06269 4215-30

https://www.siebenbuergisches-museum.de/de/forschung/aktuelles/

Zitation
Wege der Aufklärung bei den Siebenbürger Sachsen. Facetten einer Provinz im Wandel. In: H-Soz-Kult, 16.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98888>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

04) KULTUR[tagebau]LANDSCHAFT – Strukturen der Tagebaufolge lesen, verstehen, gestalten, entwickeln

Veranstalter
Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg, FG Planen in Industriefolgelandschaften in Kooperation mit Serbski institut/Sorbisches Institut

Veranstaltungsort
Atelier Oestreich, BTU Cottbus-Senftenberg, Standort Cottbus, Zentralcampus, Konrad Wachsmann Allee, Lehrgebäude 2 C/D

Gefördert durch
Bundesministerium für Bildung und Forschung

03046 Cottbus

Vom - Bis
15.09.2021 - 17.09.2021
Frist
15.08.2021
Von
Madlen Domaschke, Sorbisches Institut / Serbski Institut

Transdiziplinäre Tagung über den besonderen Wert der Folgelandschaften der Lausitzer Tagebaue. Bergbaufolgelandschaften sind auf eine besondere Art und Weise durch ihre intensive Nutzung geprägt. Zugleich werden sie aber mit dem Blick auf heutige und zukünftige Nutzungsansprüche weiterhin in großem Umfang neugestaltet. Der Wunsch,

ausgewählte Elemente des Bergbaus zu bewahren, steht hierbei durchaus in einem Spannungsverhältnis zu neuen Nutzungen einer belebten (Industrie)Kulturlandschaft.

Ausgangspunkt der Tagung ist die Frage, welchen besonderen Wert die Folgelandschaften der Lausitzer Tagebaue haben. Bergbaufolgelandschaften sind auf eine besondere Art und Weise durch ihre intensive Nutzung geprägt. Zugleich werden sie aber mit dem Blick auf heutige und zukünftige Nutzungsansprüche weiterhin in großem Umfang neugestaltet. Der Wunsch ausgewählte Elemente des Bergbaus zu bewahren, steht hierbei durchaus in einem Spannungsverhältnis zu neuen Nutzungen einer belebten (Industrie)Kulturlandschaft.

Im Kontext dieses Spannungsfeldes unternehmen wir den Versuch, die Lausitzer Bergbaufolgelandschaft "lesen" zu lernen. Wir möchten einen kritischen Rückblick auf Vergangenes wagen und diesen mit handlungsleitenden Visionen für zukünftiges Verstehen, Moderieren, Planen, Entwerfen, Gestalten und Entwickeln verbinden.

Die Auseinandersetzung mit den vorliegenden Strukturen der Tagebaufolgelandschaft ist dabei ganz wesentlich vom der Haltung geprägt, dass die Entstehung und Entwicklung der betrachteten Kultur- und Siedlungsräume nicht nur durch die naturräumlichen Gegebenheiten und technischen Möglichkeiten, sondern ganz entscheidend auch von gesellschaftlichen Bedingungen abhängig sind und einen von vielen Ungleichzeitigkeiten begleiteten Prozess darstellen. Der Tagebau und die Gestaltung seiner Folgelandschaft sind somit nicht nur ein technisches Vorhaben, in dem Landschaften neugestaltet werden, sondern stellen eine umfassende gesellschaftliche Transformation dar. Neben strukturellen Veränderung der Arbeitswelt von überwiegend landwirtschaftlich geprägter Tätigkeit zur Beschäftigung in der Industrie stellt vor allem auch die Ansiedlung von Arbeitskräften und damit das Verhältnis von Einheimischen zu Zugezogenen, eine Verschiebung des Mehrheiten-Minderheiten-Verhältnisses einen ausschlaggebenden Wandel dar.

In der Lausitz ist hier insbesondere der Umgang mit der anerkannten Minderheit der Sorben/Wenden ein zentraler Aspekt. Nicht zuletzt resultiert aus dieser umfassenden Betrachtung eine Erweiterung des räumlichen Horizonts über das Kerngebiet der unmittelbaren Tagebauflächen hinaus auf die mit zu entwickelnden Siedlungen und Infrastrukturen.

Der planerische Prozess der Gestaltung der Tagebaulandschaft ist somit zum einen geprägt durch die zu einem bestimmten Zeitpunkt geltenden institutionellen Bedingungen, Werthaltungen und Wissensbestände. Zum anderen bewirkt er seinerseits einen umfassenden Wandel der demografischen und sozioökonomischen Verhältnisse sowie der regionalen Kultur.

Aufgrund dieser komplexen Wechselwirkungen zwischen naturräumlichen Gegebenheiten und menschlicher Einflussnahme im Laufe der Geschichte nähern wir uns der Lausitzer Bergbaufolgelandschaft aus unterschiedlichen Perspektiven, indem wir diese einerseits als Naturraum, Siedlungsraum und Kulturraum begreifen und andererseits überregionale, internationale sowie unterschiedliche disziplinäre Zugänge z.B. der Landschaftsplanung, der Architektur und Stadtplanung sowie der Kultur- und Sozialwissenschaften zusammenführen.

Ziel der Tagung ist, diese erweiterten Perspektiven auf Bergbaufolgelandschaften zur Diskussion zu stellen und im transdisziplinär-überregionalen Austausch zu erweitern. Auf dieser Grundlage sollen das Verständnis für die Spezifika historisch gewachsener Folgelandschaften diversifiziert und so Ansätze für eine zukunftsfähige, partizipative Landnutzung möglich werden.

Programm

Mittwoch, 15. September 2021:

16.00 Uhr, Grußworte von Gesine Grande (Präsidentin der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg)
16.30 Uhr, Keynote mit Uwe Rada (taz)
17.30 Uhr, Get-together

Donnerstag, 16. September 2021:

09.00 Uhr, Einführung in den Tag (Markus Otto, BTU Cottbus-Senftenberg, FG Planen in Industriefolgelandschaften)

09.30 Uhr, Block 1: Naturraum …vom Aneignen, Ausnutzen, Regulieren und Innovieren

- "Naturräume und Kulturlandschaften – Handlungsräume der Regionalentwicklung" (Ludger Gailing, BTU Cottbus-Senftenberg)
- "Rekultivierung von Braunkohletagebauen in der Lausitz – Voraussetzungen und Entwicklungen in den letzten 100 Jahren" (Jörg Schlenstedt, LMBV (Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH), Senftenberg)
- "Quellen, Teiche, Berge, Moore - neues Land nach altem Vorbild?"(Heidi Pinkepank, BTU/INIK (Institut für Neue Industriekultur INIK GmbH), Cottbus)

11.30 Uhr, Block 2: Siedlungsraum…vom Ansiedeln, Umsiedeln, Weggehen und Rückkehren

- "Neue Stadt – Neue Menschen. Ansiedlung von Industriearbeiter:innen für Schwarze Pumpe in der
'sozialistischen Stadt' Hoyerswerda-Neustadt zwischen Utopie und Realität" (Julia Ess, BTU Cottbus-Senftenberg
- "Aufbruch, Konflikt, Integration und Erinnerung. Die Ruhrpolen in Geschichte, Gedächtnis und Gegenwart" (Dietmar Osses, LWL-Industriemuseum, Zeche Hannover in Bochum, Westfälisches Landesmuseum für Industriekultur)
- "Landschaft, Laponia und LKAB. Beobachtungen zu Raumaneignungen im Spannungsfeld indigener Identitätszuschreibungen und extraktiver Industrien" (Judith Miggelbrink, TU Dresden)

14.00 Uhr, Block 3: Kulturraum…vom Erben, Erhalten, Wandeln und Inwertsetzen

- "Konstruktion von Kulturlandschaften" (Martin Baumert und Torsten Meyer, Deutsches Bergbau-Museum Bochum)
- "Von einer Landschaft ohne Kultur zu einer Kultur der Landschaft" (Karsten Feucht, IBA Studierhaus, Großräschen)
- "'Leben mit Umbrüchen'. Überlegungen, das kulturelle Erbe im Rheinischen Revier langfristig zu vermitteln" (Alrun Berger und Tilmann Bruhn, LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte, Bonn)
- "Welterbe als Chance für kulturelle Resilienz? Aspekte des Minderheitenschutzes bei der Erbe-Werdung Lausitzer Bergbaufolgelandschaften" (Jenny Hagemann, Fabian Jacobs und Lutz Laschewski, Sorbisches Institut Bautzen/Cottbus)

16.30 Uhr, Block 4: Verstehen, gestalten und entwickeln…moderierter Austausch von Innen- und Außenperspektiven (Moderation: Ellen Schweda, MDR Kultur)

Freitag, 17. September 2021

8:00 – 17:00 Uhr: Landschaft lesen in der Praxis - Exkursion durch die Lausitz in Transformation

Kontakt

Dipl.-Ing. M.A. Heidi Pinkepank, wiss. Mitarbeiterin, BTU Cottbus-Senftenberg, Institut für Stadtplanung, FG Planen in Industriefolgelandschaften, Heidi.Pinkepank[a]b-tu.de

https://www.b-tu.de/fg-industriefolgelandschaften/forschung/konferenz/anmeldung-1

Zitation
KULTUR[tagebau]LANDSCHAFT – Strukturen der Tagebaufolge lesen, verstehen, gestalten, entwickeln. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98930>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Wissen aus der Region. Brandenburg im Jahr 1945

Veranstalter
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten
Veranstaltungsort
Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt 9

14467 Potsdam

Vom - Bis
19.09.2021 - 19.09.2021
Frist
01.09.2021
Von
Mareike Otters, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Ein Workshop im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung „BRUCHSTÜCKE '45“ im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam.

„Wissen aus der Region. Brandenburg im Jahr 1945“

Das Wissen über regionale Geschichte ist häufig nicht in Geschichtsbüchern und Monografien bekannter Historiker:innen zu finden. Expert:innen vor Ort, wie Archivar:innen, Mitarbeitende kleiner Museen und zahlreiche ehrenamtliche Geschichtsinteressierte - auch Jugendliche - sind hier die wichtigeren Wissensträger:innen. Mit dem Workshop wollen wir lokale Expert:innen, Akteur:innen aus Gedenkstätten und der universitären Forschung miteinander ins Gespräch bringen. Wir tauschen unser Wissen über das Jahr 1945 in der Region aus und denken gemeinsam über neue Formen der Zusammenarbeit nach.

Es besteht die Möglichkeit zu kurzen Impulsvorträgen.

Bei Interesse melden Sie sich bitte unter veranstaltungen@gedenkstaette-sachsenhausen.de an und erläutern Sie kurz Ihren Hintergrund.

Kontakt

Maren Jung-Diestelmeier& Mareike Otters

E-Mail: veranstaltungen@gedenkstaette-sachsenhausen.de

https://www.hbpg.de

https://www.stiftung-bg.de

Zitation
Wissen aus der Region. Brandenburg im Jahr 1945. In: H-Soz-Kult, 11.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112200>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

06) "Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit"

Veranstalter
Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg; Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Institut für Geschichte und Archivkunde, Lehrstuhl für Geschichte der skandinavischen Länder sowie des Mittel- und Osteuropas; Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte
Gefördert durch
Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung (DPWS); Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München

97074 Würzburg
Vom - Bis
20.09.2021 - 21.09.2021
Frist
18.09.2021
Von
Renata Skowronska, Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń)

Am 20.–21. September 2021 findet online eine wissenschaftliche Tagung zur Geschichte der Staatsangehörigkeit statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Titel der Tagung: „Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit“. Geschichte der Zugehörigkeit des Einzelnen zur Gemeinschaft und der daraus folgenden Rechte und Pflichten.

Um den Link (für Zoom) zu erhalten melden Sie sich bitte per Mail bei Dr. Lina Schröder (lina.schroeder@uni-wuerzburg.de) bis spätestens 18. September 2021 an.

"Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit"

Die Geschichte des Konzepts der Staatsangehörigkeit reicht in die Antike und ist mit der privilegierten Rechtsstellung der Staatsbürger, verstanden als freie Bewohner der griechischen Polis, verbunden. Ihre Position wurde zu Beginn durch die Philosophen im Kontext der Verpflichtungen und erwünschten Tugenden thematisiert. Erst Aristoteles definierte den Begriffsinhalt der Staatsangehörigkeit etwas ausführlicher, insbesondere in Hinsicht auf die Sonderrechte der Gruppe: Die Staatsbürger sind also diejenigen Männer, die berechtigt sind, an der Gerichtsbarkeit und Herrschaft teilzunehmen. Die Staatsbürgerschaft bedeutete daher volle politische Rechte für eine bestimmte Gruppe innerhalb der Polis. In den privilegierten Kreis der Bürger konnten nur Söhne der bürgerlichen Familien gelangen. Die „Fremden“, auch wenn sie schon lange, etwa in Athen, ansässig oder sogar geboren waren, sowie zahlreiche Unfreie blieben ausgeschlossen. Das Konzept der Staatsbürgerschaft wurde im antiken Rom weiterentwickelt. Anfänglich durften nur die Einwohner der „Ewigen Stadt“ die Rechte der *cives Romani* genießen, später wurde es auch an weitere Personen oder ganze Gruppen verliehen. Mit dem Ende der Republik verloren die Bürger allmählich ihre politischen Rechte. In der Folge entwickelte sich ein Modell der Staatsbürgerschaft, in dem die Gleichheit (Gerechtigkeit) vor dem Gesetz vorrangige Bedeutung hatte. Noch bis zur *Constitutio Antoniniana*, einer Verordnung Kaisers Marcus Aurelius Severus Antoninus (genannt Caracalla) aus dem Jahre 212, in der allen freien Bewohnern des Reichs das römische Bürgerrecht verliehen wurde, hatte es einen geschlossenen und elitären Charakter. Mit dem Edikt resultierte die Staatsbürgerschaft wiederum zu einem Allgemeingut aller Einwohner des Reichs (ausgeschlossen waren Unfreie und „Fremde“), jedoch ohne Zusicherung der Garantie bezüglich einer Teilnahme an Regierung und Gerichtsbarkeit. Die Staatsbürgerschaft bedeutete also lediglich einen bestimmten Status des Untertanen.

Auf dieser Basis entwickelten sich in den nächsten Jahrhunderten verschiedene Konzepte der Rechtsbeziehung zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft, die mit veränderten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konstellationen konfrontiert wurden. Zu einer neuen Epoche in der Geschichte der Staatsbürgerschaft wurde das Mittelalter, mit einer ganz neuen, sich allmählich und ungleich entwickelten Ordnung: dem Feudalismus. Die Gesamtbevölkerung wurde zu Abhängigen, denen je nach sozialem Status verschiedene Freiheiten, Rechte und Pflichten zustanden, jedoch ohne Gewährung politischer Privilegien, die zunächst allein beim König bzw. den geistlichen und weltlichen Fürsten lagen. In einigen Territorien konnten sich Landstände (Adel, Klerus, Städte, aber nur in den seltensten Fällen auch Bauern) herausbilden, welche politische Begehren gegenüber dem Landesherrn vorbrachten. Die Ideen einer teilweisen demokratischen Regierung und der Bürgerschaft in antikem Sinne wurden in dieser Zeit nur in kleineren Gemeinschaften realisiert, bevorzugt in den Städten, aber auch in den Klöstern mit den etwa in der Benediktinerregel verankerten Rechten des Konvents gegenüber dem Abt.

Im Verlaufe der Moderne wurde der Begriff der „Staatsbürgerschaft“ allmählich durch „Staatsangehörigkeit“ ersetzt; mit diesem wurde die Zugehörigkeit zum Staat betont, ohne ausdrücklich auf die Rechte und Pflichten des Bürgers hinzuweisen. Diese Wahrnehmung der Staatsangehörigkeit bestätigten verschiedene internationale Konventionen. Sie konzentrierten sich zuerst, vom staatlichen Gesichtspunkt ausgehend, auf die Gesetzgebung der Länder. In einer Konvention des Völkerbunds aus dem Jahre 1930 wurde betont, dass jeder Staat allein bestimmen kann, wer sein Bürger ist. Eine deutliche Wende in der Legislative zu diesem Thema brachte die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

aus dem Jahre 1948. Im Artikel Nr. 15 wurde das Recht auf die Staatsangehörigkeit als unverzichtbares Menschenrecht beschrieben: „Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit“ und „Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln“.

Ziel der Tagung ist die Darstellung der Entwicklung des Konzepts der Staatsangehörigkeit als gegenseitiges Rechtsverhältnis zwischen dem Individuum und dem Staat unter besonderer Berücksichtigung der Situation in den polnischen und deutschen Gebieten vom Mittelalter bis um 1948 (Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Dabei sollen, ausgehend von Formen, die die Privilegierung bestimmter sozialer Gruppen und Schichten zum Ziel hatten (z.B. die Stadtbürgerschaft im Mittelalter und der Frühen Neuzeit), verschiedene Phasen der Entwicklung dieses Begriffes bis zu der Ausbildung eines modernen Konzepts der Staatsangehörigkeit (18.–19. Jahrhundert) und der Anerkennung dieser als eines der Grundrechte eines jeden Menschen aufgezeigt werden (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948). In diesem Zusammenhang soll auch der Entwicklung der Wahrnehmung von Rechten und Pflichten des Untertanen und des Bürgers, sowohl durch die Obrigkeit als auch die Bevölkerung bestimmter Gebiete, Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Der geographische Rahmen der Tagung umfasst zwei Bereiche – den historischen polnischen und den deutschen Kultur- und Geschichtsraum. Die politischen Grenzen dieser Gebiete decken sich weitgehend mit dem Territorium des Heiligen Römischen Reichs, Preußens, des Deutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichs sowie Polens (Königreich Polen, Polen-Litauen, Rzeczpospolita, Herzogtum Warschau, Kongress-Polen, Zweite Polnische Republik). Untersuchungszeitraum: epochenübergreifend, insbesondere vom Mittelalter bis um 1948.

Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme an der Tagung ein!

Die Tagung wird unter der Schirmherrschaft von Frau Staatsministerin Melanie Huml und Herrn Generalkonsul Jan M. Malkiewicz veranstaltet.

Die Tagung wird in Verbindung mit dem Kolleg „Mittelalter und Frühe Neuzeit” veranstaltet.

Veranstalter:
Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg – Dr. Renata Skowrońska
Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München – Prof. Dr. Andreas Otto Weber
Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Institut für Geschichte und Archivkunde, Lehrstuhl für Geschichte der skandinavischen Länder sowie Mittel- und Osteuropas – Prof. Dr. Andrzej Radzimiński
Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte – Prof. Dr. Helmut Flachenecker, Dr. Lina Schröder

Programm

Montag, 20. September 2021

9:00 – 9:30 Uhr Warteraum: Anmeldung

9:30 – 10:00 Uhr *Grußworte*

10:00 – 10:30 Uhr Einführungsvortrag (Moderation: Prof. Dr. Andrzej Radzimiński) Sven Altenburger M.A. (Georg-August-Universität Göttingen): Die Pflichten des Bürgers. Politische Ideen und Institutionen in Deutschland (ca. 1880–1930)

10:30 – 11:00 Uhr *Kaffeepause*

11:00 – 12:45 Uhr Vom Bürgerrecht zur Staatsangehörigkeit (Moderation: Prof. Dr. Helmut Flachenecker)

Dr. Heinrich Speich (Masarykova Univerzita Brno): Bürger, Stadt und Staat. Standortbestimmung einer Zwangsbeziehung

Dr. Oliver Landolt (Stadtarchiv Schaffhausen): Das Bürgerrecht als exklusives Privileg. Das Landrecht im Land Schwyz im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit und seine Auswirkungen bis in die Gegenwart

Dr. Winfried Romberg (Julius-Maximilians-Universität Würzburg): Vom Untertanen zum Staatsbürger. Zur Rechtsstaatlichkeitsentwicklung im aufgeklärten Fürstbistum Würzburg (ca. 1750–1802)

12:45 – 14:30 Uhr *Mittagspause*

14:30 – 15:30 Uhr Rechte, Pflichten und Ausnahmesituation (Moderation: Prof. Dr. Heinz-Dieter Heimann)

Dr. Lina Schröder (Julius-Maximilians-Universität Würzburg): „Item so eyn auswendiger frevelichen schaden thete im gemeinholcz...“ Der Seßlacher Bürgerwald und bürgerliche Rechte und Pflichten

Dr. Marek Starý (Univerzita Karlova v Praze): „Souveräne Untertanen.“ Die im Reich regierenden Fürsten als Untertanen der böhmischen Krone in der Frühen Neuzeit

15:30 – 16:00 Uhr *Kaffeepause*

16:00 – 17:00 Uhr Konfession als potenzieller Ausgrenzungsfaktor (Moderation: Prof. Dr. Caspar Ehlers)

Dr. Jiří Brňovják (Ostravská univerzita): The „right“ religion. Confessional affiliation and the estates in the Lands of the Bohemian Crown (from the early 17th century until the mid-19th century)
Thea Sumalvico (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg): Macht die Taufe zum Staatsbürger? Judentum, Christentum und Mechanismen des Ausschlusses im deutschsprachigen Raum des 18. Jahrhunderts

17:15 – 18:30 Uhr *Stadtbesichtigung*

Dienstag, 21. September 2021

9:00 – 10:00 Uhr Konzepte der modernen Rechtsbeziehung (Moderation: Prof. Dr. Wolfgang Wüst)

Prof. Dr. Alicja Kulecka (Uniwersytet Warszawski): The citizen in the ideology of political formations in the time of uprising 1863–1864

Dr. Mikołaj Banaszkiewicz (Sankt-Peterburgskij gosudarstvennyj universitet): The Northwestern Gubernias as a laboratory for social change. The contribution of Polish political thought to the development of the concept of citizenship in the Russian Empire

10:00 – 10:30 Uhr *Kaffeepause*

10:30 – 12:00 Uhr Elitär und egalitär (Moderation: N.N.)

Prof. Dr. Szymon Olszaniec (Uniwersytet Mikołaja Kopernika w Toruniu): The curiales (buleutai) in IV–VI century A.D.: social status, obligations and privileges
Dr. Jens Blecher (Universität Leipzig): Von der Landsmannschaft zum Bürger. Die nationale Selbstwahrnehmung und die Selbstorganisation von polnischen Studenten an der Universität Leipzig (1409–1919)
Dr. Marcin Jarząbek (Uniwersytet Jagielloński w Krakowie): Right to vote and the concept of citizenship in the Upper Silesian plebiscite in 1921. Conflicted understanding of belonging

12:00 – 13:30 Uhr *Mittagspause*

13:30 – 15:00 Uhr Zugehörigkeit und Ausgrenzung (Moderation: N.N.)

Prof. Dr. Wolfgang Wüst (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg): Arme als Staaten-, Herren- und Heimatlose. Zum Problem der Bettler-, Zigeuner- und Vagantenschübe in süddeutschen Territorien der Frühmoderne
Dr. Aleksandra Oniszczuk (Uniwersytet Warszawski): If neither citizens, nor foreigners, then what? Paradoxes of the Jewish community's civic and political status in the Duchy of Warsaw (1807–1815)
Dr. István Gergely Szűts (Habsburg Ottó Alapítvány Budapest): Flüchtlinge und Staatsbürgerschaft in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg

15:00 – 15:30 Uhr *Kaffeepause*

15:30 – 17:30 Uhr Im Spiel der totalitären Staaten (Moderation: Prof. Dr. Peter Hoeres)

Dr. Jonathan Voges (Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover): „Ich bitte höflichst zu prüfen, ob es möglich ist, die Ausbürgerung zu annullieren.“ Osteuropäische Juden und ihr Kampf gegen die Aberkennung ihrer deutschen Staatsbürgerschaft am Beispiel des Landes Braunschweig
Prof. Dr. Albin Głowacki (Uniwersytet Łódzki): Wille des Bürgers oder Stärke des Staates? Über die sowjetische Staatsbürgerschaft polnischer Staatsbürger in der Sowjetunion in den Jahren 1939–1945
Dr. Wojciech Marciniak (Uniwersytet Łódzki): The issue of Poles’s citizenship in Soviet Union in activity of Polish Embassy in Moscow in years 1945–1948

Schlussdiskussion

Kontakt

r.skowronska@uni-wuerzburg.de

http://pmh.umk.pl/de/tagung-jeder-hat-das-recht-auf-eine-staatsangehorigkeit-2020/

Zitation
"Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit". In: H-Soz-Kult, 22.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112348>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Frauen als Vorkämpferinnen sozialer Gerechtigkeit?

- **Völlig vergessen – die oberschlesische Kämpferin Agnes Wabnitz**
  Roswitha Schieb, Borgsdorf b. Berlin
- **Stets gegenwärtig – die jüdische Intellektuelle Rosa Luxemburg**
  Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Donnerstag, 23. September 2021, 18:00 Uhr

Im Mittelpunkt der Präsentationen stehen bewusst Akteure und Akteurinnen, die nichtdominanten ethnischen Gruppen des geteilten Polen angehörten. Auf diese Weise gehen Yvonne Kleinmann und Martin Rohde der Frage nach, welche sprachlichen und soziopolitischen Orientierungsoptionen sich Angehörigen der nichtpolnischen Bevölkerung in imperialen Zusammenhängen eröffneten. Anhand jüdischer und ukrainischer Schul- und Bildungswege untersuchen sie, welche Möglichkeiten der Partizipation es innerhalb der jeweiligen imperialen Bildungsinstitutionen in deutscher bzw. russischer Sprache gab, auf welches Echo diese bei Juden und Jüdinnen bzw. Ukrainern und Ukrainerinnen stießen und welche sprachlichen und institutionellen Alternativen sich im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts boten. In vergleichender Perspektive stellen sie die übergeordnete Frage, welche Bedeutung die jeweiligen Lernformen, Sprachen und Institutionen für die Selbstwahrnehmung für die beteiligten Personen und Gruppen hatten.

Mit:
Prof. Dr. Yvonne Kleinmann, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle
Dr. Martin Rohde, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Moderation:
Dr. Iwona Dadej, Agnieszka Zawadzka, Zentrum für Historische Forschung Berlin

Die Vortragsreihe wird aufgrund der pandemischen Lage zumindest vorläufig online stattfinden; Nachfragen bitte hier: info@cbh.pan.pl

Eine Kooperation zwischen dem Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften (ZFH), dem Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam.

Kontakt
Dr. Iwona Dadej
E-Mail: Iwona.Dadej@cbh.pan.pl
Ariane Afsari
E-Mail: afsari@kulturforum.info

Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-0
Fax +49 (0)331 20098-50
deutsches@kulturforum.info
www.kulturforum.info

Zernack-Colloquium 2021: Drinnen oder draußen?

Die sechsteilige Vortragsreihe zum Thema »Historische Debatten um politische und gesellschaftliche Teilhabe in Mittel- und Osteuropa« wird zumindest vorläufig online stattfinden

Anmeldung

Anmeldungen nehmen wir auch unter E-Mail: info@cbh.pan.pl gerne entgegen.

Donnerstag, 28. Oktober 2021, 18:00 Uhr
Vom Numerus Clausus zur Demokratisierung der Akademie?

- **Wissenschaft und Universitäten als Labore der Exklusion und Integration?**
  Annette Vogt, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte und Humboldt-Universität zu Berlin
- **Der polnische akademische Kontext am Beispiel des Lemberger Universitätsmilieus**
  Iwona Dadej, Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften
- ***Seite xx zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 792 vom 17.06.2021***

Donnerstag, 02. Dezember 2021, 18:00 Uhr
Zonen der Begrenzung – Aspekte von Grenzen in der Moderne

- **Epidemien und Quarantänen im 20. Jahrhundert als Mittel der ökonomischen Begrenzung am Beispiel Österreich-Ungarns und der Türkei**
  Christian Promitzer, Universität Graz
- **Grenzen und Gedächtnisdiskurs am Beispiel zweier Denkmäler in Graz und Ljubljana**
  Monika Stromberger, Universität Graz

Pressekontakt
Dr. Iwona Dadej: Iwona.Dadej[at]cbh.pan.pl
Ariane Afsari: afsari[at]kulturforum.info

08) Immanuel Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute

Veranstalter
Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung (Ostpreußisches Landesmuseum)
Ausrichter
Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungsort
Museum Lüneburg
21335 Lüneburg
Vom - Bis
30.09.2021 - 02.10.2021
Von
Kunze Tim, Immanuel Kant Abteilung, Ostpreußisches Landesmuseum

2021 widmet sich die Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung dem historischen Kontext des Philosophen Immanuel Kant. Eingeladen sind Historiker und renommierte Kantexperten aus Deutschland und Russland.

Immanuel Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute

Bis 2024 entsteht eine Dauerausstellung zu dem Philosophen Immanuel Kant am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Die historische Verbindung von Kant und Königsberg/Ostpreußen gerät somit wieder verstärkt in den Blick.

Die Tagung kontextualisiert Kant und sein Denken historisch im Königsberg des 18. Jahrhunderts. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf seinem Wirken an der Königsberger Albertus-Universität, an der er lebenslang als Dozent tätig war. Außerdem wird seine Nachwirkung thematisiert und angesichts des anstehenden Kant-Jubiläums (300. Geburtstag 2024) auch ein Blick auf die Kant-Erinnerung in Russland und Deutschland geworfen.

Programm

Donnerstag, 30. September 2021

14.30–15.00 Uhr Begrüßung

Panel 1: Kant – Bedeutung und Erinnerung heute
Museum Lüneburg

15.00–15.15 Uhr – Matthias Weber (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg): Aktivitäten zum Kant-Jubiläum 2024

15.15–16.00 Uhr – Tim Kunze (Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg): Kant – Philosophie und Königsberg im Museum. Das Potential einer Ausstellung

16.00–16.30 Uhr – Kaffeepause

16.30–17.15 Uhr – Matthias Weber (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg): Kant in der Kunst

17.15–18.00 Uhr – Nina Dmitrieva (Immanuel Kant Baltic Federal University Kaliningrad): Kants Bedeutung für die Intellektuellen Russlands früher und heute

ab 19.00 Uhr – Gemütliches Beisammensein im Bier- und Eventhaus Krone, Heiligengeiststraße 39, 21335 Lüneburg

Freitag, 01. Oktober 2021

Panel 2: Der historische Kant: Universität
Museum Lüneburg

09.00–09.45 Uhr – Hanspeter Marti (Arbeitsstelle für kulturwissenschaftliche Forschungen, Engi): Immanuel Kant und die Disputation als traditionelle Unterrichtsform

09.45–10.30 Uhr – Werner Stark (Philipps-Universität, Marburg): Ein historischer Blick auf die ersten Jahre des Privatdozenten Immanuel Kant

10.30–11.00 Uhr – Kaffeepause

11.00–11.45 Uhr – Agnieszka Pufelska (Nordost-Institut – IKGN e.V., Lüneburg) / Matthias Barelkowski (Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen, Berlin): Kants posthume Reisen: Kantiana aus Olsztyn/Allenstein in Lüneburg

11.45–14.00 Uhr Mittagspause

12.00–13.00 Uhr Mitgliederversammlung der Historischen Kommission im Ostpreußischen Landesmuseum

Panel 3: Der historische Kant: Geschichte
Museum Lüneburg

14.00–14.45 Uhr – Daria Barow-Vassilevitch (Arbeitsstelle für kulturwissenschaftliche Forschungen, Engi): Ostpreußen unter der russischen Herrschaft 1758-1762 und die Königsberger Albertina: Ausnahmezustand oder Normalität?

14.45–15.30 Uhr – Steffen Dietzsch (Humboldt-Universität zu Berlin): Königsberg 1789–1799: Der Alltag der Philosophie in Zeiten der Revolution

17.00–18.00 Uhr Führung durch das historische Rathaus der Hansestadt, Am Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg

Festakt im Rathaus Lüneburg
18.30–20.30 Uhr
Grußworte: Ulrich Mädge (Oberbürgermeister Lüneburgs), Björn Thümler (Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur)

Festvortrag: Volker Gerhardt (Humboldt-Universität zu Berlin): Kant als Theoretiker der Humanität

Sonnabend, 02. Oktober 2021

Panel 4: Wirkung Immanuel Kants
Museum Lüneburg

09.00–09.45 Uhr – Arno Mentzel-Reuters (Monumenta Germaniae Historica, München): Gerechtes Recht und echte Volksordnung - Die Königsberger Kant- und Copernicus-Wochen 1939–1942

09.45–10.30 Uhr – Johannes von Lüpke (Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel): Metakritische Anfragen und Antworten. Johann Georg Hamann im Wortwechsel mit Immanuel Kant

10.30–11.00 Uhr – Kaffeepause

11.00–11.45 Uhr – Cheryce von Xylander (Leuphana Universität): Die Charlottenschule in Berlin (1873–1929): Kant-Lektüre für Frauen in der Gründerzeit

11.45–12.30 Uhr – Nadezda Ermakova (Immanuel Kant Baltic Federal University Kaliningrad): Innovation an der Universität: von I. Kant und K.G. Hagen an der Albertus-Universität bis zum Institut für Bildung an der Baltic Federal Kant-Universität

12.30–13.15 Uhr – Schlussdiskussion

13.15–14.30 Uhr – Mittagspause

14.30–16.00 Uhr – Führung durch die neue Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung

Kontakt

T.Kunze@ol-lg.de

https://www.ostpreussisches-landesmuseum.de/termine/tagung-immanuel-kant-und-sein-wirkungsort-konigsberg-universitat-geschichte-und-erinnerung-heute/

Zitation
Immanuel Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute. In: H-Soz-Kult, 03.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112070>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians-Universität München

München, 05. bis 08.10.2021
Von Denise Reitzenstein

Sektionsübersicht Epochenübergreifende Sektionen

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Theorien, Konzepte, Grundbegriffe: Historiographische Kategorien als Streitgeschichte bei Mannheim, Cantimori, Foucault und Koselleck
Leitung: Bodo Mrozek (Berlin) - Philipp Felsch (Berlin)
Beteiligte:
Monika Wulz (Luzern): Freischwebende Intellektuelle? Karl Mannheim und die Frage nach den ökonomischen Grundlagen von Kopfarbeit im Kontext der Weimarer Republik (1920er / 20. Jh.)
Philipp Felsch (Berlin): Häretiker im Weltbürgerkrieg. Delio Cantimoris historische Methode (1930er-60er / 16. Jh.)
Magaly Tornay (Bern): Vom Dasein zur Transversalität: Michel Foucault und die Psychiatrie (1960er-70er / 16.-18. Jh.)
Bodo Mrozek (Berlin): Der Krieg als Vater aller Begriffe? Reinhart Kosellecks Historik im Kontext seiner Erfahrung (1980er– 90er Jahre/ 18.–19. Jh.)
Sven Reichardt (Konstanz): Impuls zur Diskussion

Wie zusammenleben? Zum Wandel europäischer Deutungen fremdkultureller Geschlechterverhältnisse
Leitung: Nadine Amsler (Bern) - Antje Flüchter (Bielefeld)
Beteiligte:
Antje Flüchter (Bielefeld)/Nadine Amsler (Bern): Einleitung
Almut Höfert (Oldenburg): Religion, Macht und Geschlecht in mittelalterlichen christlich-europäischen Reiseberichten über den Nahen Osten
Nadine Amsler (Bern): Chinesische Geschlechterverhältnisse und europäische Diskussionen über die Zivilisiertheit Chinas in der Frühen Neuzeit
Eva Bischoff (Trier): Sklaverei, Zivilisation, Selbstbestimmung: Indigene Frauen als Objekte und Akteure von Deutungskämpfen im siedlerkolonialen Australien
Ulrike Lindner (Köln): Kommentar

Borgen, Nutzen, Selbermachen. Versorgungsstrategien im Widerstreit konfligierender Ordnungsvorstellungen, 1300–2000
Leitung: Reinhild Kreis (Siegen) - Annette Kehnel (Mannheim)
Beteiligte:
Annette Kehnel (Mannheim): Sharing economy – eine ideale Versorgungsstrategie für

mobile, urbane Lebensstile. Konzepte aus dem 13. Jahrhundert
Daniel Schläppi (Bern): „Eine derer trefflichsten Wissenschafften“. Gutes Haushalten gut versorgter Haushalte als ökonomische Grundlage der Gemeinwirtschaft
Matthias Ruoss (Bern/Zürich): Umkämpfte Schlüsselgewalt. Dynamiken des Geschlechterregimes im liberalen Kapitalismus (1840 bis 1914)
Reinhild Kreis (Siegen): Zeit oder Geld? Die moral economy häuslicher Versorgungsstrategien im Konsumzeitalter
Ute Frevert (Berlin): Kommentar

Competitiveness Debates from British Imperialism to American Globalization: Studies on British, American and German Declinism
Leitung: Mario Daniels (Amsterdam) - Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.)
Beteiligte:
Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.): Einführung
James Stafford (Bielefeld/New York City): Ireland and the Crisis of British Competitiveness, 1748-1810
Marion Daniels (Amsterdam): “Economic Security”: How Competitiveness Became a U.S. National Security Concern in the 1980s and Early 1990s
Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.): Die Angst vor nachlassender Wettbewerbsfähigkeit: Wie aus dem „Exportweltmeister“ Bundesrepublik der „kranke Mann Europas“ wurde
Kärin Nickelsen (München): Comment

Christliche Deutungshoheit über jüdische Riten und Inhalte – Christen erklären Juden ihre Religion
Leitung: Eva Haverkamp-Rott (München)
Beteiligte:
Eva Haverkamp-Rott (München): Einleitung
Israel Yuval (Jerusalem): And the Rest is History: Schabbat versus Sonntag
Ulisse Cecini (Barcelona): Christen erklären Juden den Talmud. Lateinische Übersetzung und Verurteilung des jüdischen „mündlichen Gesetzes“ im 13. Jahrhundert
Robert Jütte (Stuttgart): Die Beschneidung: Eine jüdische Tradition im Spannungsfeld von Selbstbehauptung und Fremdbestimmung
Andreas Brämer (Hamburg): Tierschutzrecht und religiöse Schlachtpraxis. Schächten als umstrittenes Ritual in der jungen Bundesrepublik (1949–1965)

How can Citizens be made to pay their Taxes honestly? Debates about Causes of and Remedies for Tax Evasion from Antiquity to the 20th Century
Leitung: Assaf Likhovski (Tel Aviv) - Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Dorothea Rohde (Bielefeld): Diskussionen über Steuerprivilegien im 4. Jh. v. Chr. in Athen
Yves Huybrechts (Marburg/Paderborn): Solidarity, coercion and rebates. Dissension during fiscal reform negotiations in the Holy Roman Empire, 1719–1732: mere excuses or fundamental conflicts?
Assaf Likhovski (Tel Aviv): Education, Law and Tax Compliance: The Case of Constitutional Duties in 1950s Israel
Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main): Steuerhinterziehung als Argument für die Reform des Steuersystems in der spanischen Transición (1975-1980)
Jens Ivo Engels (Darmstadt): Comment

Aus Niederlagen lernen? Deutungskämpfe um die Antike nach 1918
Leitung: Richard Pohle (Halle an der Saale) - Christian Wendt (Bochum)
Beteiligte:
Richard Pohle (Halle an der Saale): Platon und der Krieg. Bedingungen und Dimensionen der Antike-Rezeption nach 1918
Oliver Schelske (München): Die Niederlage ahnen, mit ihr umgehen. Friedrich Meinecke, Ernst Troeltsch und Eduard Schwartz. Drei Perspektiven auf 1918
Christian Wendt (Bochum): La campagne avec Thucydide – der Weltkrieg als Antikeerfahrung bei Albert Thibaudet
Marian Nebelin (Chemnitz): Antikerezeption im Niederlagendiskurs. Deutsche Altertumswissenschaftler und die Bewältigung des Ersten Weltkriegs in der Zwischenkriegszeit

Zukunftswissen und Religion. Konkurrierende Praktiken und Diskurse von Zeit und Zeitlichkeit (1600–1900)
Leitung: Anne-Charlott Trepp (Kassel)
Beteiligte:
Lucian Hölscher (Bochum)/Anne-Charlott Trepp (Kassel): Einführung
Alexander-Kenneth Nagel (Göttingen): Offenbarung und Evidenz. Zur Produktion von religiösem Zukunftswissen in der Lorber-Bewegung
Anne-Charlott Trepp (Kassel): ‚Adams Wissen' als Zukunftsversprechen und Erkenntnisdispositiv
Mareike Böth (Kassel): Das Selbst zwischen Zeit und Ewigkeit. Zum dynamischen Wechselverhältnis von Immanenz und Transzendenz in Selbsttechnologien der Spätaufklärung
Rebekka Habermas (Göttingen): Das Säkulare als Zukunft: Globale Debatten im deutschen Kaiserreich
Arndt Brendecke (München): Kommentar

Zurück ins Reich? Konflikt, Legitimation und Identität in Grenzregionen
Leitung: Laura Potzuweit (Kiel) - Caroline E. Weber (Kiel)
Beteiligte:
Enno Bünz (Leipzig): Einleitung und Hinführung zum Thema
Laura Potzuweit (Kiel): Gotland – Mittelalterliche Besitznarrative zwischen Schweden, Dänemark und dem Deutschen Orden
Maximilian Groß (Paris/Heidelberg): Die Ré-union unter Ludwig XIV.: Saarregion, Elsass und die Pfalz
Caroline E. Weber (Kiel): Up ewig ungedeelt oder wiedervereinigt? Schleswig-Holstein und Dänemark zwischen Bürgerkrieg und demokratischer Volksabstimmung 1848 bis 1920
Andrea Di Michele (Bozen): Südtirol/Trentino zwischen italienischem Faschismus, Option und nationalsozialistischer Besatzung
Paul Srodecki (Kiel/Ostrava): Pommern und Schlesien als „wiedergewonnene Gebiete" in der nationalpolnischen Propaganda nach 1945
Steen Bo Frandsen (Sønderborg): Kommentar

Das umstrittene Wir: Auf der Suche nach neuen Wegen zur historischen Erforschung von Kollektiven
Leitung: Arndt Brendecke (München) - Lisa Regazzoni (Princeton)
Beteiligte:
Lisa Regazzoni (Princeton, NJ): Einführung
Valentin Groebner (Luzern): Seit wann kommt die eigene Identität aus dem Mittelalter?
Levke Harders (Bielefeld): Zugehörigkeit als Kategorie historischer Analyse. Exklusionen

Philipp Ther (Wien): Kollektive Zuschreibungen und individuelle Erfahrungen – zum Verhältnis von Makro- und Mikrozugängen in der Geschichtswissenschaft

Die Herausforderung der Genetic History
Leitung: Elsbeth Bösl (München) - Jörg Feuchter (Berlin) - Veronika Lipphardt (Freiburg im Breisgau)
Beteiligte:
Veronika Lipphardt (Freiburg im Breisgau): Einführung: Grundlagen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit: Methodische, konzeptionelle und rezeptionsbezogene Ansatzpunkte für den Dialog zwischen Geschichtswissenschaften und Genetic History
Patrick Geary (Princeton, NJ): Genetic History oder einfach Geschichte: die Integration genomischer Daten in die historische Forschung
Daniela Hofmann (Bergen): Archäogenetik als Chance – Möglichkeiten und Herausforderungen für die prähistorische Archäologie
Stephan Schiffels (Jena): Die Archäogenetik als neue Quelle zur Untersuchung menschlicher Mobilität am Beispiel der Populationsgeschichte Europas
Alfons Labisch (Halle an der Saale): Kommentar
Elsbeth Bösl (München)/Jörg Feuchter (Berlin): Moderation

Deutungskämpfe um historische Gewalt: Heterogenität eines Begriffs und einer Praxis
Leitung: Nicola Camilleri (Padua) - Catherine Davies (Zürich)
Beteiligte:
Nicola Camilleri (Padua): Bürger, die schießen. Staatliches Gewaltmonopol und private Waffennutzung in den Schützenvereinen um das 19. Jahrhundert
Marie Muschalek (Freiburg im Breisgau): Zwischen öffentlicher und privater Gewalt: Polizeiliche Alltagspraxis und Staatlichkeit in Deutsch Südwestafrika
Claudia Gatzka (Freiburg im Breisgau): Politische Alltagsgewalt in der jungen Bundesrepublik. Zu den Hintergründen des Versammlungsordnungsgesetzes
Catherine Davies (Zürich): Was ist „kriminell“, was ist „politisch? Deutungskämpfe um Gewalt zwischen Frauenbewegung und Linksterrorismus in den 1970er/80er Jahren
Sven Reichardt (Konstanz): Kommentar

Globale Wirtschaftsakteure und Staatlichkeit: Historische Perspektiven auf das Problem der Souveränität vom 17. bis zum 20. Jahrhundert
Leitung: Volker Depkat (Regensburg) - Susanne Lachenicht (Bayreuth)
Beteiligte:
Volker Depkat (Regensburg)/Susanne Lachenicht (Bayreuth): Einführung in das Thema
Susanne Lachenicht (Bayreuth): For the Benefit of the Mighty English Nation? Die englische East India Company, Souveränitätsrechte und das First British Empire (spätes 17. bis Mitte 18. Jahrhundert)
Emma Hart (St. Andrews): Interpreting Economic Sovereignty in Revolutionary North America
Volker Depkat (Regensburg): Cotton Kings und Föderalismus. Die Baumwollpflanzer des US-amerikanischen Südens und das Problem ökonomischer Souveränität im amerikanischen Bundesstaat, 1820-1861
Ulf Brunnbauer (Regensburg): Das Mantra des Exports und sozialistische Staatlichkeit in Jugoslawien
Peer Vries (Amsterdam): Commentary

Mobilität und Konnektivität: Quellen, Methoden und hermeneutische Deutungskämpfe im Spannungsfeld von analoger Quellenkritik und digitaler Forschung
Leitung: Simone Lässig (Washington, D.C.) - Ursula Lehmkuhl (Trier)
Beteiligte:
Andreas Fickers (Luxemburg): Einführung - Digitale Hermeneutik – Chancen und Herausforderungen des „digital turn“ für die Geschichtswissenschaft
Rosalind Beiler (Orlando, FL): „Sehr wehrte Freunde und Brüders in Christo“: Der Einfluss religiöser Korrespondenznetzwerke auf globale Migrationsflüsse und Mobilitätsmuster im 17. Jahrhundert
Katherine Faull (Lewisburg, PA): "Wenn du in das land kommst, so denke nicht an gros Reichthum zu gewinnen… ": Constructing a transatlantic digital hermeneutics through 18th Century Moravian Memoirs
Ursula Lehmkuhl (Trier): Sprechen über die Wunder der Neuen Welt: Kulturelle Übersetzungspraktiken als kommunikative Konnektivitätsinstrumente in den Briefen deutscher Auswanderer im 19. Jahrhundert
Simone Lässig (DHI Washington): Transatlantische Mobilität und Wissensproduktion im 19. Jahrhundert: Perspektiven der „Daheimgebliebenen“

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen. In: H-Soz-Kult, 24.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98536>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Historikertag 2021: Mittelalterliche Geschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München
Vom - Bis
05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Mittelalterliche Geschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Umkämpfte Grenzziehungen. Mittelalterliche Kirchenstrafen im Aushandlungsprozess
Leitung: Christian Jaser (Klagenfurt)
Beteiligte:
Christian Jaser (Klagenfurt): Einführung
Kerstin Hitzbleck (Ahrensburg): Submissa voce, ianuis clausis – Das Interdikt als Prüfstein päpstlicher Wirksamkeit im Spätmittelalter
Emir O. Filipović (Sarajevo): Ecclesiastical Censures on the Margins of the Catholic world: the Example of Medieval Bosnia
Christian Jaser (Klagenfurt): Abgrenzen und Strafen. Exkommunikation und Marginalisierung an der englisch-schottischen Grenze im späteren Mittelalter
Thomas Woelki (Berlin): Interdikt und Territorium. Eine Kirchenstrafe als Movens der flächenhaften Konzeption weltlicher Herrschaft
Johannes Helmrath (Berlin): Schlusskommentar

Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit
Leitung: Philipp Höhn (Halle an der Saale): Einführung - Ulla Kypta (Hamburg): Moderation - Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Zusammenfassung
Beteiligte:
Gadi Algazi (Tel Aviv)
Eva Brugger (Zürich)
Sebastian Kolditz (Heidelberg)
Alexander Engel (Göttingen/Basel)

Deutung von Grenzen – Grenzen der Deutung: Der Umgang mit herrschaftlichen Transformationsphasen im mittelalterlichen Europa
Leitung: Julia Burkhardt (München) - Sandra Schieweck (Heidelberg)
Beteiligte:
Julia Burkhardt (München)/Sandra Schieweck (Heidelberg): Einführung in das Sektionsthema
Sandra Schieweck (Heidelberg): Grausamer König und legitimer Bastard. Die kastilischen Grenzen in der Frühphase der Trastámara-Dynastie
Judit Majorossy (Wien/Budapest): Divided in War, Connected in Peace? Forms of Urban Interaction along the Austro-Hungarian Border during the Late Middle Ages
Wolf Zöller (Heidelberg): Reform und Rückkehr. Deutung und Legitimation der lateinischen Herrschaftsübernahme im Heiligen Land
Christian Neumann (Rom): Die Reintegration des Königreichs Mallorca im Vergleich

Japan, Korea und Mitteleuropa. Sozialer Wandel in mittelalterlich-frühneuzeitlichen Gesellschaften im Vergleich
Leitung: Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld) - Andreas Rüther (Bielefeld)
Beteiligte:
Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld): Moderation
Daniel Schley (Bonn): Erzählen, wie es eigentlich gewesen? Anmerkungen zur

Entwicklung der japanischen Geschichtsschreibung im 11. Jahrhundert
Andreas Rüther (Bielefeld): Der Adel macht die Klöster reich … Soziale Antriebe zur Differenzierung von Dynastie und Orden im spätmittelalterlichen nordöstlichen Europa
Marion Eggert (Bochum): Debatten, Konfliktbewältigungsstrategien und „öffentliche Meinung (kongnon)" am koreanischen Königshof der mittleren Chosôn-Zeit
Ulla Kypta (Hamburg): Konsens unter Kaufleuten: Regeln und Normen für wirtschaftliches Handeln

Interpretations of Paul and the Dynamic of Christian-Jewish Interaction in the Later Middle Ages and the Early Modern Period
Leitung: Katrin Kogman-Appel (Münster) - Wolfram Drews (Münster)
Beteiligte:
Jeremy Cohen (Tel Aviv): From Scholastic Synthesis to Puritan Judeo-Centrism: Eschatological Jewry in the Writings of Thomas Aquinas and Thomas Brightman
Ram Ben Shalom (Jerusalem): Paul in the Eyes of Profayt Duran: Constructing a Jewish Paul
Yosi Yisraeli (Jerusalem): How Jewish was Paul? A “new perspective” on Paul in 15th century Spain
Claude Stuczynski (Tel Aviv): Father Antonio Vieira’s Paulinian Judeo-Gentile Interactions and the Conversos

Deutungsstreitigkeiten in der jüngeren Mediävistik
Leitung: Hans-Werner Goetz (Hamburg)
Beteiligung:
Hans-Werner Goetz (Hamburg): Historische Einführung
Steffen Patzold (Tübingen): Der Streit um die "mutation de l´an mil"
Amalie Fößel (Essen): Mediävistische Geschlechtergeschichte – immer noch ein Reizthema?
Walter Pohl (Wien): Frühmittelalterliche Migrationen und Identitäten im Spiegel naturwissenschaftlicher DNA-Analysen
Thomas Ertl (Berlin): Streit ums Globale. Die Grenzen der mittelalterlichen Geschichte

---
Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Mittelalterliche Geschichte. In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98604>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Historikertag 2021: Frühe Neuzeit

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Frühe Neuzeit

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit
Leitung: Philipp Höhn (Halle an der Saale): Einführung - Ulla Kypta (Hamburg): Moderation - Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Zusammenfassung
Beteiligte:
Gadi Algazi (Tel Aviv)
Eva Brugger (Zürich)
Sebastian Kolditz (Heidelberg)
Alexander Engel (Göttingen/Basel)

Deutungskämpfe um die Rus’: Erinnerungsorte der Frühen Neuzeit
Leitung: Sandra Dahlke (Moskau)
Beteiligte:
Natalija A. Sinkevich (München): Die Taufe der Rus’ als umstrittener ostslawischer Erinnerungsort
Petr S. Stefanovich (Moskau): „Moskau“ als Topos gemeinsamer Erinnerung der Rus’?
Ludwig Steindorff (Kiel): Das Geschichtsbuch „Sinopsis“ von 1674 und 1681 – ein gemeinsamer Erinnerungsort im russischen und ukrainischen Geschichtsbewusstsein
Andrej V. Doronin (Moskau): Die Rus‘ der Frühmoderne auf der Suche nach ihren „Urvätern“

Das Alte Reich und die Schweiz in globaler Perspektive
Leitung: Rebekka von Mallinckrodt (Bremen)
Beteiligte:
Ulinka Rublack (Cambridge): Philipp Hainhofers (1578–1647) globale Welten
Renate Dürr (Tübingen): Nürnberg als Nullmeridian – Böhmen auf den Marianen: Globale Wissenszirkulation und (proto)-koloniale Identitätsdiskurse in Joseph Stöcklein’s (1675–1733) Neuer Welt-Bott
Susanna Burghartz (Basel): Ökonomie, Krieg und Kommunikation. Globale und lokale Verflechtungen der Basler Elite im 18. Jahrhundert

Rebekka von Mallinckrodt (Bremen): Aktualisierung und/oder Transformation des Rechts? Ansichten deutscher Juristen zur Frage der Sklaverei im Alten Reich

Deutungskämpfe um die Gegenwart: Zeitgenossenschaft und Zeitdiagnostik um 1800 in der Kontroverse
Leitung: Susan Richter (Kiel) - Sebastian Schütte (Heidelberg)
Beteiligte:
Sebastian Schütte (Heidelberg): Von Nachtwandlern und Traumfängern. Aufklärerische Zeitkritik im (vor)revolutionären Paris
Susan Richter (Kiel): Von der Seife und dem Besteck des Zeitgenossen. Formen und Analyseinstrumente der Zeitdiagnostik
Theo Jung (Freiburg im Breisgau): Augenblick und Durchblick: Zeitgeistdiagnosen und ihre Kritik um 1800
Uwe Justus Wenzel (Zürich): Auf der Höhe der Zeit und in ihren Niederungen. Einige Probleme philosophischer Zeitgenossenschaft
Helge Jordheim (Oslo): Kommentar

„…dieser unmenschliche Handel unter britischer Flagge … war durch ganz Deutschland verabscheut“. Die angebliche Abwesenheit deutscher Akteure im transatlantischen Sklavenhandel
Leitung: Magnus Ressel (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Rebekka von Mallinckrodt (Bremen): Einleitung und Chair
Anka Steffen (Frankfurt an der Oder): Schlesien und die Sklaverei – Eine Beziehungsgeschichte vom 17. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg
Josef Köstlbauer (Bremen): Zwischen Unsichtbarkeit und Repräsentationsfunktion: Versklavte Menschen und die Herrnhuter Brüdergemeine im 18. Jahrhundert
Sarah Lentz (Bremen): Deutsche Sklavenhalter und -profiteure in Surinam und der Transfer von Wissen über eine deutsche Involviertheit in die Sklavenwirtschaft im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert
Magnus Ressel (Frankfurt am Main): Zwischen Altem Reich und atlantischer Plantagenwirtschaft: Das Handelsimperium des Friedrich Romberg (1727–1819)
Klaus Weber (Frankfurt an der Oder): Kommentar

Japan, Korea und Mitteleuropa. Sozialer Wandel in mittelalterlich-frühneuzeitlichen Gesellschaften im Vergleich
Leitung: Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld) - Andreas Rüther (Bielefeld)
Beteiligte:
Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld): Moderation
Daniel Schley (Bonn): Erzählen, wie es eigentlich gewesen? Anmerkungen zur Entwicklung der japanischen Geschichtsschreibung im 11. Jahrhundert
Andreas Rüther (Bielefeld): Der Adel macht die Klöster reich … Soziale Antriebe zur Differenzierung von Dynastie und Orden im spätmittelalterlichen nordöstlichen Europa
Marion Eggert (Bochum): Debatten, Konfliktbewältigungsstrategien und „öffentliche Meinung (kongnon)" am koreanischen Königshof der mittleren Chosôn-Zeit
Ulla Kypta (Hamburg): Konsens unter Kaufleuten: Regeln und Normen für wirtschaftliches Handeln

Interpretations of Paul and the Dynamic of Christian-Jewish Interaction in the Later Middle Ages and the Early Modern Period
Leitung: Katrin Kogman-Appel (Münster) - Wolfram Drews (Münster)
Beteiligte:
Jeremy Cohen (Tel Aviv): From Scholastic Synthesis to Puritan Judeo-Centrism:

Eschatological Jewry in the Writings of Thomas Aquinas and Thomas Brightman
Ram Ben Shalom (Jerusalem): Paul in the Eyes of Profayt Duran: Constructing a Jewish

Paul
Yosi Yisraeli (Jerusalem): How Jewish was Paul? A “new perspective” on Paul in 15th century Spain
Claude Stuczynski (Tel Aviv): Father Antonio Vieira’s Paulinian Judeo-Gentile Interactions and the Conversos

---
Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Frühe Neuzeit. In: H-Soz-Kult, 30.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98600>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Historikertag 2021: Neuere und Neueste Geschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Neuere und Neueste Geschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

My Home is Your Castle? Embattled Property from the Third Reich to the Present
Leitung: Sagi Schaefer (Tel Aviv) - Iris Nachum (Jerusalem) - Kerstin Brückweh (Berlin)
Beteiligte:
Ute Schneider (Essen-Duisburg): Einführung und Moderation
Iris Nachum (Jerusalem): Absent but Not Gone: The Role of Land Registries in the Practice of the Lastenausgleich
Sagi Schaefer (Tel Aviv): Saving the Past for the Future: West German Land Registry Projects as Cold War Arsenal
Kerstin Brückweh (Berlin): Repositories of Knowledge: Land Registries Before, During, and Afer 1989
Kornelia Kończal (München): Kommentar

Fotografien im Spannungsfeld von Öffentlichkeit und Privatheit im 20. Jahrhundert
Leitung: Michael Wildt (Berlin)
Beteiligte:
Michael Wildt (Berlin): Einführung
Ofer Ashkenazi (Jerusalem): Home and Heimat in Times of Crisis: German-Jewish Family Albums, 1928–1938
Sylvia Necker (Minden): Mann vor Auto vor Berg. (Selbst)Repräsentationen deutsch-jüdischer Familien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Ulrich Prehn (Berlin): Zwischen öffentlicher (Re-)Präsentation und privater Erinnerung: Fotografen von Arbeitswelten im Nationalsozialismus
Sandra Starke (Potsdam): Private Fotoalben in der DDR
Annette Vowinckel (Potsdam): Kommentar

Getäuschte Erinnerung: Innerjüdische Deutungskämpfe über die „Vorgeschichte“ des Holocaust nach 1945
Leitung: Anna Ullrich (München) - David Jünger (Sussex) - Stefanie Schüler-Springorum (Berlin)
Beteiligte:
Stefanie Schüler-Springorum (Berlin): Einleitung und Kommentar
Anna Ullrich (München)/David Jünger (Sussex): Analysen aus dem Exil – Deutsche Juden und der erklärende Blick ‚zurück‘
Marija Vulesica (Berlin): „Von Opfern und Helden“ – Jugoslawische Juden und ihr Umgang mit dem Holocaust
Gaëlle Fisher (München): „Vertrieben aus dem Paradies“ – Überlebende aus der Bukowina und die Erinnerungen an die ‚verlorene‘ rumänische Heimat nach 1945

Straßen im Ausnahmezustand. Besatzung, Widerstand und Gewalt im 20. Jahrhundert
Leitung: Martin H. Geyer (München) - Nicolai Hannig (Darmstadt)
Beteiligte:
Martin H. Geyer (München)/Nicolai Hannig (Darmstadt): Einführung zu Straßen im Ausnahmezustand
Martin H. Geyer (München): Umkämpfte Straßen und Ausnahmezustandsmentalitäten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs
Nicolai Hannig (Darmstadt): Straßen der Strafe. Gewalt, Überwachung und Feme im „Ruhrkampf“
Tanja Bührer (Bern): Aufruhr und Ausnahmezustand im kolonialen öffentlichen Raum: Das Massaker von Amritsar 1919
Julia Wambach (Berlin): Besatzung als Ausnahmezustand. Kollaboration und Widerstand in der französischen Besatzungszone 1945–1949

Und das soll gesund sein? Deutungskämpfe um Gesundheit 1850–2000
Leitung: Nina Mackert (Leipzig) - Peter-Paul Bänziger (Basel)
Beteiligte:
Peter-Paul Bänziger (Basel): Überfülle des Erlebens oder notwendige Abwechslung? Deutungskämpfe um Konsum und Gesundheit, ca. 1850-1930
Nina Mackert (Leipzig): Eat Your Way to Health. Zur Entstehung von Gesundheit als Fähigkeit in den USA des frühen 20. Jahrhunderts
Yvonne Robel (Hamburg): Leben Faule länger? Diskurse über gesundheitliche Folgen von Müßiggang und Nichtstun seit den 1960er Jahren
Pascal Germann (Bern): Gesundheit als Lebensqualität. Zum Aufstieg eines neuen Deutungsmusters in Medizin und Gesellschaft, 1960-2000
Maren Möhring (Leipzig): Chair/Kommentar

Vom Hambacher Fest 1832 bis zum rechtskonservativen „Neuen Hambacher Fest“ 2018/19 – Deutungskämpfe um einen demokratiegeschichtlichen Erinnerungsort
Leitung: Henning Türk (Potsdam/Bonn) - Pia Nordblom (Mainz)
Beteiligte:
Henning Türk (Potsdam/Bonn): Die Schenkung des Hambacher Schlosses an die Wittelsbacher 1842: Eine konservative Überschreibung des Hambacher Fests?
Pia Nordblom (Mainz): Das Hambacher Fest und die Sprache der (Alltags)Künste
Meike Hensel-Grobe (Mainz): Phantasten, Rädelsführer, Vordenker – Repräsentationen des Hambacher Festes und seiner Akteure in Schulgeschichtsbüchern
Wilhelm Kreutz (Mannheim): Das Neue Hambacher Fest und die Deutungen durch den Rechtskonservatismus
Ewald Grothe (Gummersbach/Wuppertal): Kommentar und Moderation

Contested Visions of Europe in Israeli History
Leitung: Daniel Mahla (München)
Beteiligte:
Miriam Rürup (Hamburg): Chair
Orit Rozin (Tel Aviv): Having a European Identity in Mind
Jenny Hestermann (Frankfurt am Main): From Europe but not in Europe? Changing images of Europe in Israeli discourse from the 1950s to the 1970s
Daniel Mahla (München): A Member of the Euro(trash) Family? European-Israeli Relations through the Lens of the Eurovision Song Contest
Johannes Becke (Heidelberg): It ain’t Europe Here: A Creolization Perspective on Jewish-Israeli Indigenization

Deutungskämpfe über Reichtum im 20. Jahrhundert: Die feinen Unterschiede der feinen Leute
Leitung: Eva Maria Gajek (Gießen) - Alexandra Przyrembel (Hagen)
Beteiligte:
Eva Maria Gajek (Gießen)/Alexandra Przyrembel (Hagen): Die feinen Unterschiede der feinen Gesellschaft(en) – eine Einführung
Christiane Reinecke (Osnabrück): Alphawissen oder: das Problem mit den feinen Leuten. Zur Wissensproduktion über „die Oberen“ und „Reichen“ seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert
Juliane Hornung (Köln): Gesellschaftsformierung im Zeichen der Massenmedien. Die New Yorker High Society in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Jens Gieseke (Potsdam): Reich sein im Staatssozialismus. Lebensstile zwischen Arbeiterlichkeit und Distinktion

Hubertus Büschel (Kassel): Der (nicht) erlaubte Reichtum: Deutungskämpfe, Moral und Schuld in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika
Jürgen Kocka (Berlin): Kommentar

Wahr, legitim und moralisch? Terroristische Gewalt in Osteuropa und ihre transnationalen Öffentlichkeiten, 1881–1917
Leitung: Moritz Florin (Erlangen) - Felicitas Fischer von Weikerstahl (Heidelberg)
Beteiligte:
Moritz Florin (Erlangen): Ikonen der Gewalt. Eine visuelle Geschichte spektakulärer Gewaltereignisse im Russischen Reich, Westeuropa und den USA, 1881–1914
Felicitas Fischer von Weikerstahl (Heidelberg): Legitime Gewalt? Der russische Terrorismus im Kontext transnationaler Diskurse
Vitalij Fastovskij (Gießen): Weißer Terror, roter Terrorismus? Der sozialistische Blick auf staatliche und rechte Gewalt im späten Zarenreich
Anke Hilbrenner (Göttingen): Kommentar und Moderation

Konkurrierende Heilsversprechen im säkularen Staat: Anti-/Religiöse Deutungsansprüche zwischen Konflikt und Kooperation 1870–1930
Leitung: Johannes Gleixner (Prag)
Beteiligte:
Carolin Kosuch (Göttingen): Konkurrierende Sinnstiftungen und vereinter Kulturkampf? Italienische Säkularismen im liberalen Staat
Friedrich Wilhelm Graf (München): Sakralisierung von ‚Ordnung'. Die Theologische Ethik des Politischen im deutschen Protestantismus um 1900
Martin Schulze Wessel (München): Neue Kirchen für einen neuen Staat? Die Tschechoslowakische Kirche in der CSR und die Lebendige Kirche in Sowjetrussland als religiöse Deuter eines säkularen Umbruchs
Johannes Gleixner (Prag): Der Kampf um die revolutionäre Seele: Die sowjetischen Gottlosen als religiöser Akteur wider Willen

Deutungskämpfe am Lebensende – Zur Dialektik von Individualisierung und Standardisierung beim Sterben, Trauern und Erben im 20. Jahrhundert
Leitung: Jürgen Dinkel (Leipzig) - Anna-Maria Götz (München) - Florian Greiner (Augsburg)
Beteiligte:
Jürgen Dinkel (Leipzig)/Florian Greiner (Augsburg): Einleitung – Perspektiven einer Geschichte des (St)Erbens und Todes im 20. Jahrhundert
Anna-Maria Götz (München): Der Friedhof als Bühne – Bestatten, Tod und Trauer in Hamburg um 1900
Jürgen Dinkel (Leipzig): Das vertauschte Testament – Erbpraktiken zwischen Individualisierung und Routinisierung in Frankfurt am Main, 1900–1960
Florian Greiner (Augsburg): Ein moderner „Religionskrieg"? Der Kampf um das richtige Sterben in München, 1978–1997
Simone Derix (Nürnberg-Erlangen): Kommentar
Dietmar Süß (Augsburg): Kommentar

Die Sprache des Feindes: Deutschsprachige Akten in israelischen Archiven
Leitung: Michael Brenner (München/Washington, D.C.) - Yfaat Weiss (Jerusalem/Leipzig)
Beteiligte:
Tom Segev (Jerusalem): Die Akten des Feindes. Dokumente aus dem Konsulat des Deutschen Reichs in Jerusalem während der NS-Zeit im Israelischen Staatsarchiv
Yfaat Weiss (Jerusalem/Leipzig): Unter sich: Jerusalemer Gelehrte und die deutsche Sprache. Aus dem Archiv der Hebräischen Universität Jerusalem

Stefan Litt (Jerusalem): Der Prager Kreis in Jerusalem. Die Bedeutung deutschsprachiger Nachlässe in der Israelischen Nationalbibliothek
Michael Brenner (München/Washington, D.C.): Moderation/Kommentar

Die Selbstbeschränkung der Diktatur – Polizeigewalt und Polizeibrutalität im Staatssozialismus
Leitung: Immo Rebitschek (Jena)
Beteiligte:
Evgenia Lezina (Potsdam): The Soviet State Security: From Mass Terror to Mass Social Control
Joachim von Puttkamer (Jena): Dienst unter Aufsicht: Die „Behörde zum Schutz der Beamten“ und der Umgang mit Polizeibrutalität in der späten Volksrepublik Polen
Immo Rebitschek (Jena): Vom Ende der Unantastbarkeit. Die sowjetische Kriminalpolizei nach Stalins Tod 1953–1956
Gerhard Sälter (Berlin): Norm, Rechtsbindung und Klientele: Die rechtliche Normierung des Schusswaffengebrauchs an den Grenzen der DDR und ihre permissive Implementation

(Be-)Deutungskämpfe? Provenienzforschung, ihre Teilbereiche und die Geschichtswissenschaft
Leitung: Katrin Hammerstein (Stuttgart) - Marie Muschalek (Freiburg im Breisgau)
Beteiligte:
Marie Muschalek (Freiburg im Breisgau): Moderation
Jan Scheunemann (Halle an der Saale): Bodenreform – Aktion „Licht" – Enteignung privater Kunstsammler. Kulturgutentziehungen in der SBZ und DDR
Kristin Weber-Sinn (Berlin): Perspektiven einer postkolonialen Provenienzforschung – Kooperation, Dekolonisierung und die Persistenz kolonialer Wissensordnungen
Ulrike Saß (Bonn): Unter Freunden. Der Kunsthändler Wilhelm Grosshennig und sein Netzwerkß
Katrin Hammerstein (Halle an der Saale): Grundlagenforschung (nicht nur) für die Provenienzforschung. Anmerkungen zu einem Quellenerschließungsprojekt des Landesarchivs Baden-Württemberg
Uwe Hartmann (Magdeburg): Kommentar

Renitente Sündenböcke. Widersprechen und Aufbegehren in Hafenstädten im 19. und 20. Jahrhundert
Leitung: Sören Urbansky (Washington, D.C.) - Andrea Wiegeshoff (Marburg)
Beteiligte:
Christina Reimann (Stockholm): Deviantes Vergnügen. Binnen- und Transmigration in Göteborgs Hafen- und Vergnügungsviertel
Andrea Wiegeshoff (Marburg): Medical Scapegoats. Arbeitsmigranten und Seuchenausbrüche in kolonialen Hafenstädten um 1900
Sören Urbansky (Washington, D.C.): White Slavery. Prostitution und sinophobe Stereotype in den Chinatowns von San Francisco, Singapur und Wladiwostok
Stefanie Schüler-Springorum (Berlin): Kommentar

Global Histories of Anarchism: Communal Life, Concepts, and Education Between Asia, Europe and Russia in the 19th and 20th Century
Leitung: Robert Kramm (München)

Beteiligte:
Robert Kramm (München): Radical Utopian Communities: Japan, Jamaica, South Africa
Shakhar Rahav (Haifa): “Realizing a New Life”: Comparing Communes in Post-WWI Asia
Yotam Ronen (Vancouver): Anarchist Education: Between Ideology and Educational Practice
Ana Maria Spariosu (Florenz): Alternative Communal Living: Non-urban Experiments in Russia and Italy
Pascale Siegrist (London): Chair and Comment

„Von unten“. Deutungskämpfe um die historiographischen Aufbrüche von den 1960er zu den 90er Jahren
Leitung: Brigitta Bernet (Basel) - Benjamin Zachariah (Trier) - Lutz Raphael (Trier)
Beteiligte:
Lutz Raphael (Trier): Einführung und Moderation
Brigitta Bernet (Basel): Mikrogeschichte. Die Politik einer historiographischen Perspektive
Benjamin Zachariah (Trier): Arguing with Gramsci in India: The Struggle Around Subalternity
Etta Grotrian (Bremen): Barfuß oder Lackschuh? – Die alltagsgeschichtliche Perspektive in den bundesdeutschen Geschichtswissenschaften und der „neuen Geschichtsbewegung“ der 1980er Jahre

Umweltdebatten als Deutungskämpfe. Internationale Expertise seit dem 19. Jh.
Leitung: Daniel Speich Chassé (Luzern) - Karolin Wetjen (Kassel)
Beteiligte:
Karolin Wetjen (Kassel): Die drohende Apokalypse. Das wissenschaftliche Reden über Umweltprobleme seit dem 19. Jahrhundert
Daniel Speich Chassé (Luzern): Quantifizierungstechniken und die Verfestigung von Expertise in der globalen Umweltproblematik (19., 20. und 21. Jh.)
Anna Katharina Wöbse (Gießen): Wem gehört der Sumpf? Ökologisches Expertenwissen seit 1950
Simone Schleper (Maastricht): Die ‚Umwelt des Menschen‘: Expertenstreit und Diplomatie bei der Stockholm Konferenz, 1972
Simone Müller (München): Kommentar

Wem gehört die Unternehmensgeschichte? Deutungskämpfe in einem Forschungsfeld zwischen Wissenschaft und Public Relations
Leitung: Ingo Köhler (Berlin) - Michael C. Schneider (Düsseldorf)
Beteiligte:
Johannes Bähr (Frankfurt am Main): Unternehmensgeschichte zwischen guter wissenschaftlicher Praxis und Kommunikationsstrategien
Manfred Grieger (Göttingen): Geschichtsforschung und/oder History Consulting – zur wissenschaftlichen und kommunikationspolitischen Funktion der aktuellen Unternehmensgeschichtsschreibung
Hans-Diether Dörfler (Eichstätt/Erlangen): Wie wa(h)r das nochmal? Marke und Moral in der Historischen Kommunikation
Eva-Maria Roelevink (Mainz): Vom „armen Treue“: Thyssen und die Arbeit an der Vergangenheit in den 1960er Jahren

Was treibt die Geschichte im 20. Jahrhundert? Kausalität und Kontingenz in jüngeren Forschungsdebatten
Leitung: Sonja Levsen (Freiburg im Breisgau) - Franka Maubach (Jena)

Beteiligte:
Sonja Levsen (Freiburg im Breisgau)/Franka Maubach (Jena): Einführung
Ute Daniel (Braunschweig): Das schwierige Verhältnis von Kontingenz und diachroner Erklärung: Demokratiegeschichte als Beispiel
Benjamin Ziemann (Sheffield): War der 30. Januar 1933 ein Zufall?
Petra Terhoeven (Göttingen): Reiz – Reaktion? Über Zufall, Eigendynamik und hinreichende Gründe in der historischen Terrorismusforschung
Martin H. Geyer (München): Über das „Warum“ und das „Wie“ in historischen Beschreibungen der Gegenwart – Zeitreise in das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts

Deutungskämpfe um das Digitale. Selbstverständigungsprozesse in der digitalen Wirklichkeit
Leitung: Martina Heßler (Darmstadt) - Nora Thorade (Darmstadt)
Beteiligte:
Daniela Zetti (Lübeck): Computergeschichte und die Stolpersteine vergangener Zukünfte
Nora Thorade (Darmstadt): Arbeitskampf. Deutung und Organisation von Arbeit in der digitalen Fabrik der 1970er und 1980er Jahre
Lucas Böhme (Dresden): Wer findet den Täter? Deutungskämpfe um die Rolle von „Kommissar Computer“ in polizeilichen Diskursen der Bundesrepublik und der DDR
Martina Heßler (Darmstadt): Digitale Haustiere: Kann das Liebe sein? Deutungskämpfe um Emotionen in den 1990er Jahren

Raumimagination und Regionalplanung in Lateinamerika (19. und 20. Jh.)
Leitung: Teresa Huhle (Köln) - Katharina Schembs (Köln)
Beteiligte:
Antonio Carbone (Rom): Imaginierte Städte: Vorstellungen der modernen Stadt in Buenos Aires in den 1860er und -70er Jahren
Teresa Huhle (Köln): Sozialpolitik als zivilisatorische Messlatte: Geopolitische Selbstverortungen im ‚Modellland‘ Uruguay im frühen 20. Jahrhundert
Frederik Schulze (Münster): Umkämpfte Peripherien: Staat, Staudammbau und Zivilgesellschaft in Lateinamerikas 20. Jahrhundert
Georg Fischer (Aarhus): Projektionsraum Savanne. Agrarkolonisierung und modernisierte Landschaft in Südamerika, 1950–1985
Katharina Schembs (Köln): ‚Die Erfindung‘ der lateinamerikanischen Stadt. Stadtplanung in Lateinamerika in den 1960er und -70er Jahren
Angelika Epple (Bielefeld): Kommentar

The (Post-)Ottoman Mediterranean: Struggles over Diversity between Imperial Aspirations and Local Affirmations, 1860–1960
Leitung: Malte Fuhrmann (Berlin) - Esther Möller (Mainz)
Beteiligte:
Malte Fuhrmann (Berlin): Mediterranean Cosmopolitanism: Empty Construct or Model for the 21st Century?
Eyal Ginio (Jerusalem): Boycott and Exclusion: The Retracing of Communal Borders in Eastern Thrace following the Balkan Wars
Jasmin Daam (Kassel): Mapping Nations: History, Modernity, and Space in Mediterranean Tourism, 1920s–1930s
Raed Bader (Ramallah): The Afro-Palestinian Community of Jerusalem: Challenges of Integration in a Transforming World (1860–1960)
Esther Möller (Mainz): Claiming Arab Sovereignty in the Mediterranean. Egyptian and Lebanese Relief in the Period of Decolonization

Erfahrung und Erinnerung. Israel, die deutschsprachige Linke und der Holocaust
Leitung: Jan Gerber (Leipzig) - Philipp Graf (Leipzig)
Beteiligte:
Jan Gerber (Leipzig): Israel, die deutschsprachige Linke und der Holocaust: Drei Erinnerungsorte (Einführung)
Philipp Graf (Leipzig): Mexiko-Stadt, Heinrich-Heine-Klub, 1944. Kommunisten entdecken das jüdische Volk
Kristina Meyer (Jena): Bonn, Bundeskanzleramt, 1969. Die SPD und die Dialektik der Normalisierung
Zarin Aschrafi (Jerusalem): Frankfurt am Main, Verlagshaus Neue Kritik, 1982. Abschied von der Neuen Linken
Gerd Koenen (Hamburg): Erfahrung und Erinnerung. Ein Kommentar

Palestine in the Era of the British Mandate – Conflicting Interpretations of Places, Objects and Symbols
Leitung: Mara Albrecht (Erfurt/Beirut)
Beteiligte:
Johann Büssow (Bochum): Introduction
Mara Albrecht (Erfurt/Beirut): Realm of imaginations - conflicting interpretations of (sacred) urban space in Jerusalem in the early 20th century
Roberto Mazza (Limerick): When the sacred fosters violence: the Western Wall in Jerusalem from 1900 to 1929
Maayan Hillel (Evanston, IL): Claiming national ownership of the urban space - the struggle for establishing Palestinian cinema in Mandatory Haifa

---
Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Neuere und Neueste Geschichte. In: H-Soz-Kult, 05.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98605>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Historikertag 2021: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Sozialdaten für die zeitgeschichtliche Forschung: Wie bauen wir die digitale Infrastruktur aus?
Leitung: Christina von Hodenberg (London)
Beteiligte:
Lutz Raphael (Trier)
Nicole Mayer-Ahuja (Göttingen)
Eva Schlotheuber (Düsseldorf)
Pascal Siegers (Mannheim)
Sabine Reh (Frankfurt am Main)

Deutungskämpfe über Reichtum im 20. Jahrhundert: Die feinen Unterschiede der feinen Leute
Leitung: Eva Maria Gajek (Gießen) - Alexandra Przyrembel (Hagen)
Beteiligte:
Eva Maria Gajek (Gießen)/Alexandra Przyrembel (Hagen): Die feinen Unterschiede der feinen Gesellschaft(en) – eine Einführung
Christiane Reinecke (Osnabrück): Alphawissen oder: das Problem mit den feinen Leuten. Zur Wissensproduktion über „die Oberen“ und „Reichen“ seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert
Juliane Hornung (Köln): Gesellschaftsformierung im Zeichen der Massenmedien. Die New Yorker High Society in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Jens Gieseke (Potsdam): Reich sein im Staatssozialismus. Lebensstile zwischen Arbeiterlichkeit und Distinktion
Hubertus Büschel (Kassel): Der (nicht) erlaubte Reichtum: Deutungskämpfe, Moral und Schuld in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika
Jürgen Kocka (Berlin): Kommentar

Behinderung im späten Staatssozialismus. Alltagsgeschichte von behinderten Menschen in osteuropäischen Gesellschaften
Leitung: Sebastian Barsch (Kiel) - Gabriele Lingelbach (Kiel) - Claire Shaw (Warwick)
Beteiligte:
Gabriele Lingelbach (Kiel): Moderation
Ulrike Winkler (München): „Für ‚Unsere Menschen'!?" – Wohnen, Arbeiten und Mobilität im Alltag von Menschen mit Behinderungen in der DDR
Pia Schmüser (Kiel): Familien mit behinderten Angehörigen in der DDR zwischen Arbeitsalltag, Rehabilitation, staatlicher Fürsorge und Teilhabebarrieren
Claire Shaw (Warwick): Making Space(s) for the "People of Silence". Deaf Culture and Everyday Life in Late Soviet Socialism
Sebastian Barsch (Kiel): Kommentar

How can Citizens be made to pay their Taxes honestly? Debates about Causes of and Remedies for Tax Evasion from Antiquity to the 20th Century
Leitung: Assaf Likhovski (Tel Aviv) - Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Dorothea Rohde (Bielefeld): Diskussionen über Steuerprivilegien im 4. Jh. v. Chr. in Athen
Yves Huybrechts (Marburg/Paderborn): Solidarity, coercion and rebates. Dissension during fiscal reform negotiations in the Holy Roman Empire, 1719–1732: mere excuses or fundamental conflicts?
Assaf Likhovski (Tel Aviv): Education, Law and Tax Compliance: The Case of Constitutional Duties in 1950s Israel
Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main): Steuerhinterziehung als Argument für die Reform des Steuersystems in der spanischen Transición (1975-1980)
Jens Ivo Engels (Darmstadt): Comment

Kinder in prekären Verhältnissen. Deutungskämpfe um Zugehörigkeit und Identität nach 1945
Leitung: Bettina Hitzer (Berlin) - Benedikt Stuchtey (Marburg)
Beteiligte:
Bettina Hitzer (Berlin)/Benedikt Stuchtey (Marburg): Einführung
Barbara Stelzl-Marx (Graz): Eine Frage der Identität. Besatzungskinder in Österreich und ihre Suche nach dem unbekannten Vater
Friederike Kind-Kovács (Dresden): Displaced Childhoods: Children's Transports in the Face of Europe's International Wars
Silke Hackenesch (Köln): Colorblind Love oder Racial Responsibility? Transnationale Adoptionen von Deutschland in die USA nach 1945
Frank Henschel (Kiel): Adoption in der sozialistischen Tschechoslowakei als Spiegel der Vorstellungen von Kindheit, Familie und Nation
Thomas Lindenberger (Dresden): „Zwangsadoptionen" und „gestohlene Kinder": Ostdeutsche Deutungskämpfe um den Kindesentzug im SED-Staat
Andreas Gestrich (Trier): Kommentar

Unsettled Heterotopias? Israel's New Social History
Leitung: Norbert Finzsch (Köln)
Beteiligte:
Areej Sabbagh-Khouri (Jerusalem): Deliberating Neighbors' Fate and Their Property: The Present Past after 1948 in Socialist Kibbutzim
Leena Dallasheh (Arcata, CA): Shaping Citizenship from Below: Palestinians in Israel's First Years
Gadi Algazi (Tel Aviv): Immigrants on the Frontier: Living in a Transit Camp, 1951–1953
Daniel de Malach (Aschkelon): Kibbutzim in Israel from a Socio-Historical Perspective:

Agricultural Settlement and Communal Arrangements
Norbert Finzsch (Köln): Comment

„…dieser unmenschliche Handel unter britischer Flagge … war durch ganz Deutschland verabscheut“. Die angebliche Abwesenheit deutscher Akteure im transatlantischen Sklavenhandel
Leitung: Magnus Ressel (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Rebekka von Mallinckrodt (Bremen): Einleitung und Chair
Anka Steffen (Frankfurt an der Oder): Schlesien und die Sklaverei – Eine Beziehungsgeschichte vom 17. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg
Josef Köstlbauer (Bremen): Zwischen Unsichtbarkeit und Repräsentationsfunktion: Versklavte Menschen und die Herrnhuter Brüdergemeine im 18. Jahrhundert
Sarah Lentz (Bremen): Deutsche Sklavenhalter und -profiteure in Surinam und der Transfer von Wissen über eine deutsche Involviertheit in die Sklavenwirtschaft im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert
Magnus Ressel (Frankfurt am Main): Zwischen Altem Reich und atlantischer Plantagenwirtschaft: Das Handelsimperium des Friedrich Romberg (1727–1819)
Klaus Weber (Frankfurt an der Oder): Kommentar

Globale Wirtschaftsakteure und Staatlichkeit: Historische Perspektiven auf das Problem der Souveränität vom 17. bis zum 20. Jahrhundert
Leitung: Volker Depkat (Regensburg) - Susanne Lachenicht (Bayreuth)
Beteiligte:
Volker Depkat (Regensburg)/Susanne Lachenicht (Bayreuth): Einführung in das Thema
Susanne Lachenicht (Bayreuth): For the Benefit of the Mighty English Nation? Die englische East India Company, Souveränitätsrechte und das First British Empire (spätes 17. bis Mitte 18. Jahrhundert)
Emma Hart (St. Andrews): Interpreting Economic Sovereignty in Revolutionary North America
Volker Depkat (Regensburg): Cotton Kings und Föderalismus. Die Baumwollpflanzer des US-amerikanischen Südens und das Problem ökonomischer Souveränität im amerikanischen Bundesstaat, 1820-1861
Ulf Brunnbauer (Regensburg): Das Mantra des Exports und sozialistische Staatlichkeit in Jugoslawien
Peer Vries (Amsterdam): Commentary

Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation

Historikertag 2021: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. In: H-Soz-Kult, 07.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98607>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Historikertag 2021: Kulturgeschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Kulturgeschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Wie die Tiere? Analogien und Differenzierungen zwischen Animalischem und Humanem im 20. Jahrhundert
Leitung: Rüdiger Graf (Potsdam)
Beteiligte:
Nina Verheyen (Essen/Köln): Moderation
Georg Toepfer (Berlin): Wie die Menschen! Wann und warum die Tiere im 20. Jahrhundert zu „Sprache“, „Geist“ und „Kultur“ fanden
Rüdiger Graf (Potsdam): Animal Spirits und Decision-Making Organisms. Tierische Perspektiven auf wirtschaftliches Verhalten.
Marcus Böick (Bochum): Das Tier im Täter: Kriminologische Diskurse über menschliches Gewaltverhalten
Sophia Gräfe (Marburg): Streitfall Verhalten – Verhaltensbiologie zwischen Tierforschung und Sozialhygiene

Deutungskämpfe über Reichtum im 20. Jahrhundert: Die feinen Unterschiede der feinen Leute
Leitung: Eva Maria Gajek (Gießen) - Alexandra Przyrembel (Hagen)
Beteiligte:
Eva Maria Gajek (Gießen)/Alexandra Przyrembel (Hagen): Die feinen Unterschiede der feinen Gesellschaft(en) – eine Einführung
Christiane Reinecke (Osnabrück): Alphawissen oder: das Problem mit den feinen Leuten. Zur Wissensproduktion über „die Oberen“ und „Reichen“ seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert

Juliane Hornung (Köln): Gesellschaftsformierung im Zeichen der Massenmedien. Die New Yorker High Society in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Jens Gieseke (Potsdam): Reich sein im Staatssozialismus. Lebensstile zwischen Arbeiterlichkeit und Distinktion
Hubertus Büschel (Kassel): Der (nicht) erlaubte Reichtum: Deutungskämpfe, Moral und Schuld in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika
Jürgen Kocka (Berlin): KommentarKörper-Märkte: Kontroversen zum Umgang mit Körpern und Leben in modernen Marktgesellschaften
Leitung: Jan Logemann (Göttingen)
Beteiligte:
Denise Lehner-Renken (Göttingen): Zwischen Macht, Markt und Moral. Praktiken der Reproduktionsmedizin und das Arzt-Patientin-Verhältnis in der Bundesrepublik
Mischa Honeck (Kassel): „Buying Young“: Transatlantische Verjüngungsökonomien in den 1920er Jahren
Nicole Kramer (Köln): Als der Respirator zum Haushaltsgerät wurde: Alter, Gebrechlichkeit und die Vermarktlichung der Intensivpflege
Jan Logemann (Göttingen): Pietät und Recht am eigenen Körper: Bestattungen zwischen Markt und Moral im 20. Jahrhundert
Hannah Ahlheim (Gießen): Kommentar

Geschichte spielen, wie es eigentlich gewesen ist – Das Digitale Spiel im Spiegel seiner Authentizitätsdebatten
Leitung: Eugen Pfister (Bern) - Tobias Winnerling (Düsseldorf) - Felix Zimmermann (Köln)
Beteiligte:
Charlotte Jahnz (Bonn): Moderation
Eugen Pfister (Bern): Keine Atempause! Geschichte wird gemacht. Es geht voran! – Zum teleologischen Geschichtsverständnis in digitalen Spielen. Geschichte als Konstrukt
Tobias Winnerling (Düsseldorf): Es war einmal im Jahre Quersumme Neun – oder nicht? Zwei Jahrzehnte wissenschaftlicher und populärkultureller Diskussionen um die Deutung der „Anno“-Serie
Felix Zimmermann (Köln): Das Digitale Spiel und seine Atmosphären: Wie Vergangenheitsatmosphären hergestellt werden und wie sie Authentizitätsbedürfnisse befriedigen
Kathrin Trattner (Bochum): #NotMyBattlefield: Zur ‚historischen Authentizität‘ als Kampfbegriff in Gamerdiskussionen

Interpretations of Paul and the Dynamic of Christian-Jewish Interaction in the Later Middle Ages and the Early Modern Period
Leitung: Katrin Kogman-Appel (Münster) - Wolfram Drews (Münster)
Beteiligte:
Jeremy Cohen (Tel Aviv): From Scholastic Synthesis to Puritan Judeo-Centrism: Eschatological Jewry in the Writings of Thomas Aquinas and Thomas Brightman
Ram Ben Shalom (Jerusalem): Paul in the Eyes of Profayt Duran: Constructing a Jewish Paul
Yosi Yisraeli (Jerusalem): How Jewish was Paul? A “new perspective” on Paul in 15th century Spain
Claude Stuczynski (Tel Aviv): Father Antonio Vieira’s Paulinian Judeo-Gentile Interactions and the Conversos

Wessen Erbe? Deutungskämpfe um europäisch-jüdisches Kulturgut in Israel, den USA und Deutschland nach 1945
Leitung: Anna-Carolin Augustin (Washington, D.C.) - Miriam Rürup (Hamburg)
Beteiligte:
Irene Aue-Ben-David (Jerusalem): Aus der Ferne. Neue Bezugnahmen auf die Geschichte des deutschen Judentums nach der Shoah (1960er/1970er Jahre)
Anna-Carolin Augustin (Washington, D.C.): „Aus dem Brande gerettete Reste“ – Der Wettlauf um Zeremonialobjekte europäisch-jüdischer Provenienz nach 1945
James McSpadden (Reno, NV): Beschlagnahmte Bücher, NS-Raubgut und Bibliotheken in den USA

Miriam Rürup (Hamburg): Zwischen Hamburg und Jerusalem: Diskussionen um den Umgang mit dem jüdisch-archivalischen Erbe als Beispiel für den Konflikt zwischen Diaspora und Israel
Moshe Zimmermann (Jerusalem): Kommentator
Elisabeth Gallas (Leipzig): Moderation

Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Kulturgeschichte. In: H-Soz-Kult, 08.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98603>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Historikertag 2021: Podiumsdiskussionen

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021

Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Podiumsdiskussion

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit
Leitung: Philipp Höhn (Halle an der Saale): Einführung - Ulla Kypta (Hamburg): Moderation - Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Zusammenfassung
Beteiligte:
Gadi Algazi (Tel Aviv)
Eva Brugger (Zürich)
Sebastian Kolditz (Heidelberg)
Alexander Engel (Göttingen/Basel)

Wissenschafliche Zeitschriften in der Krise?
Leitung: Frank Rexroth (Göttingen): Moderation
Beteiligte:
Rudolf Stichweh (Bonn)
Martin Rethmeier (München)
Jan-Hendryk de Boer (Duisburg-Essen)
Barbara Stollberg-Rilinger (Berlin)
Julia Hillner (Sheffield)

Resolution zur Mitgliederversammlung: Neue Konzepte für ein altes Problem – befristete Verträge und Karrierewege
Leitung: Eva Schlotheuber (Düsseldorf)
Weitere Informationen folgen

Sozialdaten für die zeitgeschichtliche Forschung: Wie bauen wir die digitale Infrastruktur aus?
Leitung: Christina von Hodenberg (London)
Beteiligte:
Lutz Raphael (Trier)
Nicole Mayer-Ahuja (Göttingen)
Eva Schlotheuber (Düsseldorf)
Pascal Siegers (Mannheim)
Sabine Reh (Frankfurt am Main)

Wirklich so besonders? Neue Ansätze und Erkenntnisse zur Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen
Leitung: Lorena De Vita (Utrecht) - Moshe Zimmermann (Jerusalem)
Beteiligte:
David Witzthum (Jerusalem)
Hubert Leber (Marburg/Haifa)

Perspektiven und Herausforderungen der israelisch-palästinensischen Zusammenarbeit in den Altertumswissenschaften
Leitung: Johannes Wienand (Braunschweig) in Kooperation mit der Gerda Henkel Stiftung
Beteiligte:
Johannes Wienand (Braunschweig): Einführung
Hans-Joachim Gehrke (Freiburg im Breisgau): Moderation
Yuval Baruch (Jerusalem)
Yonathan Mizrachi (Jerusalem)
Dieter Vieweger (Jerusalem/Amman)

Nachhaltige Internationalisierung: Wissenschaft und Reisen in Zeiten des Klimawandels
Leitung: Reinhild Kreis (Siegen) - Frank Bösch (Potsdam)
Beteiligte:
Frank Bösch (Potsdam): Moderation
Reinhild Kreis (Siegen): Initiatorin
Claudia Althaus (Bonn)
Thomas Maissen (Paris)
Frederik Schröer (Berlin)
N.N.

NFDI4Memory – Community-Treffen auf dem Historikertag und Vergabe des Peter-Haber-Preises für Digitale Geschichte
Leitung: Johannes Paulmann (Mainz)

Klio vor dem Kadi. Geschichtsschreibung zwischen Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsrecht
Leitung: Winfried Süß (Potsdam) - Martin Sabrow (Berlin/Potsdam)
Beteiligte:
Martin Sabrow (Berlin/Potsdam): Moderation - Ablauf: Zwei Diskussionsrunden mit juristischen Perspektiven auf das Verhältnis von Äußerungsrecht und Geschichtsschreibung in der ersten Runde und Fallbeispielen in der zweiten
Wolfgang Schulz (Hamburg)
Christian Schertz (Berlin)
Kerstin Skiba (Potsdam)
Rüdiger Hohls (Berlin): Rezensionskritik auf dem Rechtsweg. Das Beispiel H-Soz-und-Kult
Volkhard Knigge (Buchenwald): Ein Mythos vor Gericht: Stefan Jerzy Zweig, das „Kind von Buchenwald“
Stephan Malinowski (Edinburgh): Geheime Gutachten. Die Hohenzollern und der Nationalsozialismus
Winfried Süß (Potsdam): Der Streit um das Preußenerbe

Covid-19 und die Folgen für historische Forschung in Archiven und Bibliotheken
COVID-19 and Archives – Exploring the Impact of a Global Pandemic on the Profession
Moderation: Eva Schlotheuber (Düsseldorf) und Simone Lässig (Washington, D.C.)
Beteiligte:
Frank Bösch (Potsdam)
Andrea Hänger (Koblenz)
Anna Catherina Hofmann (Halle)
Christoph Mackert (Leipzig)

Fateful Election 2020: American Foreign Policy and Transatlantic Relations from George H. W. Bush to Joe Biden
Leitung: Axel Jansen (Washington, D.C.) - Michael Kimmage (Washington, D.C.)

Beteiligte:
Axel Jansen (Washington, D.C.): Moderation
Beverly Gage (New Haven, CT)
Britta Waldschmidt-Nelson (Augsburg)
Christian Caryl (Washington, D.C.)
Michael Kimmage (Washington, D.C.)

Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Podiumsdiskussionen. In: H-Soz-Kult, 15.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98606>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950

Veranstalter
Zentrum Mittleres und Östliches Europa (TU Dresden); Museum für Kohlebergbau in Zabrze / Hindenburg OS.
Veranstaltungsort
Digital; Zabrze/Hindenburg OS; Dresden

Gefördert durch
Bundesbeauftragten für Kultur und Medien

13.10.2021 - 15.10.2021
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Steffen Heidrich, Institut für Geschichte/ Zentrum Mittleres und Östliches Europa, Technische Universität Dresden

Das Zentrum Mittleres und Östliches Europa an der Technischen Universität Dresden und das Museum für Kohlebergbau in Zabrze laden ein zur Mitarbeit an dem von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) geförderten Forschungsprojekt „Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950".

Kein Prozess prägte die „Verwandlung der Welt" im 19. Jahrhundert stärker als die Industrialisierung Europas, die sich zunächst nur in einzelnen Regionen der Textil- oder Schwerindustrie vollzog. Oberschlesien war eine Pionierregion der Industrialisierung, in der die rapide wachsende industrielle Produktion die zuvor überwiegend agrarisch genutzte Landschaft durch die Errichtung von Gruben- und Hüttenanlagen, Arbeitersiedlungen und ihre Verbindung mit Eisenbahnlinien transformierte. Der Grenzraum der deutschen, russischen und österreich-ungarischen Kaiserreiche prägte die ethnische Zusammensetzung der Arbeiterschaft ebenso wie die ökonomischen Praktiken der oberschlesischen Unternehmerdynastien, die aus dem großgrundbesitzenden Adel hervorgingen.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert war die Region entscheidend für die Schwerindustrie- und Rüstungsproduktion. Mit der 1922 wirksam gewordenen Teilung infolge des Ersten Weltkriegs wurde Oberschlesien zum Streitobjekt zwischen Deutschland und Polen. Nach dem Überfall auf Polen 1939 annektierte das nationalsozialistische Deutschland den Ostteil und verwandelte ihn in einen weiteren Schauplatz seiner Bevölkerungspolitik und gleichzeitig in eine „Waffenschmiede" des Reiches. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die gesamte Region Teil des staatssozialistischen Volkspolen, das die Industriekonzerne verstaatlichte. Ein großer Teil der deutschsprachigen Bevölkerung wurde vertrieben oder ausgewiesen, somit auch die meisten Personen, die bis dahin zum Kreis der Besitzenden und der Führungskräfte der Montanindustrie gehörten.

Das Projekt verschränkt wirtschaftsgeschichtliche mit kulturhistorischen Perspektiven und Methoden, um die Geschichte der industriellen Prägung Oberschlesiens im deutsch-polnischen Grenzraum zu rekonstruieren und die Wirtschaftsgeschichte in eine allgemeine Kulturgeschichte zu integrieren. Am Fallbeispiel des Ballestrem-Konzerns lassen sich Fragestellungen der Unternehmensgeschichte als Mikrohistorie der oberschlesischen Schwerindustrie mit der materiellen und immateriellen Ausprägung von Industriekultur über die Brüche des 20. Jahrhunderts hinweg verbinden. In den Blick genommen werden die kommunikativen, repräsentativen, erzieherischen und traditionsstiftenden Dimensionen der Arbeiterwohlfahrt, der Kirchen-, Siedlungs- und Firmensitzarchitektur, Sammlungstätigkeiten und Mäzenatentum ebenso wie die Erschließung von Rohstoffen und Absatzmärkten, technische Innovationen, die Nutzung von Zwangsarbeit oder der Umgang mit Umweltzerstörung. Die Untersuchung von ökonomischer Resilienz und Krisenrobustheit, internationaler Netzwerkbildung, politischem Engagement und Anpassung in sich verändernden politischen und wirtschaftlichen Kontexten sollen Wandel und Kontinuitäten adligen Führungsanspruchs im „Zeitalter der Extreme" anschaulich werden lassen.

Das Forschungsprojekt läuft beginnend mit einem Auftaktworkshop, der vom 13. bis 15. Oktober 2021 online stattfindet, bis Oktober 2023. Am Ende steht eine interdisziplinäre Publikation bestehend aus Beiträgen zu unterschiedlichen Aspekten der oberschlesischen Industriegeschichte. Durch stetigen Austausch, Projekttreffen und einen beratenden Kreis von Expert:innen verschiedener Disziplinen sollen Kohärenz und eine interdisziplinäre Perspektive der Forschungsergebnisse erhöht werden. Den Bearbeiter:innen steht der Zugang und Beratung im Ballestremschen Familienarchiv in Berlin und in den Staatsarchiven der Woiwodschaft Schlesien zur Verfügung.

Wir bitten um Beitragsvorschläge zur methodisch reflektierten Untersuchung sämtlicher ökonomischer, sozialer, religiöser, politischer, baulicher, philanthropischer und mäzenatischer Betätigungen der Familie Ballestrem und deren Auswirkungen im genannten Untersuchungszeitraum oder zu vergleichenden Perspektiven auf die oberschlesische Industriegeschichte bzw. die adligen Industriemagnaten, die das Wirken der Ballestrems in Oberschlesien in ihren internationalen Bezügen verständlich werden lassen.

Bitte schicken Sie eine Skizze (max. 3000 Zeichen) welche Gegenstand und Forschungsperspektive erläutert, und einem kurzen Lebenslauf mit Publikationsliste bis zum 31. Juli 2021 an oberschl@tu-dresden.de.

Mit den Autorinnen und Autoren, die zur Mitwirkung ausgewählt werden, wird ein Werkvertrag über den geplanten Forschungsbeitrag geschlossen. Vorgesehen ist ein Autorenhonorar in Höhe von 1500,- Euro sowie die Möglichkeit zur Erstattung von anfallenden Reisekosten für Bibliotheks- und Archivrecherchen, Zeitzeugen-Interviews oder Ähnliches. Das Honorar wird bei Vertragsabschluss zu einem Drittel ausgezahlt, die restlichen zwei Drittel werden bei Textabgabe zum 31. März 2023 fällig.

Beiträgerinnen und Beiträger verpflichten sich außerdem zur Teilnahme an Projekttreffen, die für März 2022 in Zabrze und Oktober 2022 in Dresden anvisiert sind. Workshops und Konferenz werden in deutscher und englischer Sprache durchgeführt. Spätestens zwei Wochen nach Anmeldeschluss ergehen Einladungen zu einem digitalen Workshop zum Projektstart im Oktober. Wir freuen uns auf Ihre aktive Teilnahme!

Anmeldung und Rückfragen
Steffen Heidrich
E-Mail: oberschl@tu-dresden.de
Telefon: 0351 463-37865 (Sekretariat)

Kontakt

Steffen Heidrich
E-Mail: oberschl@tu-dresden.de

Zitation
Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98007>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

17) Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte

Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte
Veranstalter

Lehrstuhl für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt, Universität Potsdam

14469 Potsdam

14.10. bis 15.10.2021

Von

Alex J. Kay, Historisches Institut, Universität Potsdam

Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr – vertreten durch den wissenschaftlichen Beirat des Förderpreises für Militärgeschichte und Militärtechnikgeschichte – veranstaltet in Kooperation mit der Universität Potsdam, dem Arbeitskreis Militärgeschichte, dem Arbeitskreis Militär und Gesellschaft der Frühen Neuzeit und dem ZMSBw Potsdam am 14. und 15. Oktober 2021 an der Universität Potsdam ein Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte.

Das Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte wendet sich gezielt an Doktorandinnen und Doktoranden. Ihnen soll hier die Gelegenheit gegeben werden, Ihre Studien mit einem international und interdisziplinär besetzten Auditorium epochenübergreifend zu diskutieren. Die Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch.

Die Veranstaltung ist für alle methodischen, thematischen oder zeitlichen Perspektiven von der Antike bis zur Zeitgeschichte offen.

Die Fahrt- und Übernachtungskosten der Vortragenden (Bahnfahrt 2. Klasse / Flugklasse Economy) werden von den Veranstaltern übernommen. Eine kurze Skizze (1 Seite) des Vortragsthemas und einen kurzen Lebenslauf schicken Sie bis zum 7. August 2021 per E-Mail bitte an folgende Adresse:

Dr. Alex Kay
Universität Potsdam
Am Neuen Palais 10
14469 Potsdam
E-Mail: alex.kay@uni-potsdam.de

Kontakt

Dr. Alex Kay
Universität Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
alex.kay@uni-potsdam.de

Zitation
Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte. In: H-Soz-Kult, 28.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98593>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität?

Veranstalter: Forschungsverbund Neue Universität (Universität Kassel)

Kassel/Online

25.10. bis 26.10.2021

Anmeldefrist:
22.07.2021
Von
Henriette Bertram, Institut für urbane Entwicklungen, Universität Kassel

Ich möchte gerne auf die Abschlusstagung unseres Forschungsverbunds "Neue Suburbanität" hinweisen, für die Beiträge noch herzlich willkommen sind.

Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität? Online-Abschlusstagung des Forschungsverbunds Neue Suburbanität (Universität Kassel)

Nach fast zwei Jahrzehnten der überwiegenden Reurbanisierung mit all ihren positiven wie negativen Aspekten verändern sich sowohl die fachlichen Debatten als auch die Stadtentwicklungspraxis wieder hin zu einer verstärkten Bautätigkeit am Stadtrand. In mehreren deutschen Großstädten entstehen neue Stadtteile für bis zu Zehntausend zukünftige Bewohner:innen. Dabei ist davon auszugehen, dass veränderte Lebensstile, Haushaltsstrukturen und Arbeitsmärkte, die Ausdifferenzierung von Wohn- und Wohnungstypen, von Trägerformen sowie die Infragestellung klassischer „Schlafstädte“ neue Formen von Suburbanität hervorbringen. Die sich hierbei herausbildenden Milieus, stadt- und freiraumplanerischen Leitbilder, Quartierstypen, Governancearrangements und Umsetzungsstrategien sind bislang im Hinblick auf ihre Wirkungen für die Stadtproduktion noch wenig erforscht.

Fragen, die sich in Bezug auf die neuen Quartiere stellen, sind z. B.:

- Wer lebt eigentlich heute im suburbanen Raum, und unterscheidet sich dieses Leben von dem in älteren Siedlungen? Findet eine Ausdifferenzierung in verschiedene Suburbanitäten statt? Welche Zielgruppen sprechen die neuen Quartiere wodurch an? Wie organisieren die Bewohner ihren Alltag? Welche (sozial-) räumlichen Strukturen unterstützen sie dabei?

- Wie entsteht suburbanes Leben durch Planung und Aneignung von Gebäuden und ihrem Umfeld? Unterscheiden sich die Arten der Vergemeinschaftung in den neuen Quartieren von denen in gewachsenen (innerstädtischen) Umfeldern?

- Welche Immobilienangebote werden von welchen Akteuren geschaffen? Welche (neuen) Akteure übernehmen welche Aufgaben und haben welche Kompetenzen? Wie werden Nutzungsinteressen in die Planungsvorhaben einbezogen? Wie entsteht soziale und nutzungsbezogene Mischung?

- Wie sind suburbane Siedlungen heute strukturiert? Wie gestaltet sich der Bezug zur Landschaft, welche freiraumplanerischen Leitbilder lassen sich erkennen? Welche Freiraumbedingungen werden erzeugt?

- Wo am Stadtrand werden suburbane Quartiere überhaupt entwickelt? Was sind die Suchkriterien, und welchen planerischen Leitbildern folgen die Planer der suburbanen Siedlungen derzeit?

Die Tagung wird vom Forschungsverbund „Neue Suburbanität“ am Fachbereich Architektur Stadtplanung Landschaftspanung der Universität Kassel veranstaltet und findet online als Videokonferenz am 25. und 26. Oktober statt. Wir freuen uns über Vorschläge für Beiträge zu den oben genannten oder ergänzenden Fragestellungen aus den Disziplinen der Stadt- und Landschaftsplanung, Architektur, Geographie, Soziologie, Politik-, Kulturwissenschaften und darüber hinaus. Es sind Beiträge von Nachwuchs- oder etablierteren Wissenschaftler sowie aus der Praxis willkommen. Abstracts von maximal 400 Wörtern bis zum 22. Juli 2021 senden Sie bitte an Henriette Bertram (henriette.bertram@asl.uni-kassel.de) und Arvid Krüger (arvid.krueger@asl.uni-kassel.de).

Kontakt

henriette.bertram@asl.uni-kassel.de
arvid.krueger@asl.uni-kassel,de

https://www.uni-kassel.de/projekte/suburbanitaet/forschungsverbund-neue-suburbanitaet.html

---

Zitation
Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität?. In: H-Soz-Kult, 20.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98436>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern. Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.
in Soest, November 2021

Bundesarbeitsgemeinschaft für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.

1. Vorsitzender

Gerhard Wonner, Jahnstr 8, 83368 St. Georgen, Telefon: 08669-4742, E-Mail: wonner-g@gmx.de

Geschäftsstelle: Norbert Tarsten
Frohnhofstr. 20
50765 Köln
Tel.: 0221-5903793
Mail: nortar@web.de

St. Georgen, 22.04.2021

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

hoffe sehr, dass Sie/Du die „Corona"-Zeit bisher gesund und munter gemeistert haben/hast! Noch hat uns die Pandemie aber fest im Griff! Dieses macht eine verbindliche Planung unmöglich.

Sollten die Umstände es erlauben, würde sich für die BAG in diesem Herbst folgende Veranstaltung anbieten:

- Im November 2021 **Tagung der LAG NRW**, in Soest
  Thema: **„Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern?"**

Ob die Rumänienreise im Oktober durchgeführt werden kann, ist eher unwahrscheinlich. Außerdem stehe ich in Verbindung mit dem „Heiligenhof", mittelfristig gibt es dort nur Onlineangebote.
Sollten gemeinsame Veranstaltungen wieder möglich sein, werden wir entsprechende Einladungen versenden.

Nach einer weitern "Unendlichen Geschichte" hat die BAG eine neue Kontonummer – siehe unten. Damit verbunden die freundliche Bitte um eine Jahresspende von mindestens 30,- € für Einzelmitglieder und 50,- € für Ehepaare. Vielen Dank!

Mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen

Gerhard Wonner
Erster Vorsitzender der BAG

Für Mitgliederbeiträge das Konto der **BAG – Tarsten, IBAN:**
DE85 3705 0198 1935 7844 29, BIC: COLSDE33XXX

20) Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800)

Veranstalter
Dr. John Gallagher (University of Leeds, UK) und Prof. Ulrike Krampl (université de Tours/CeTHiS, Frankreich)

Veranstaltungsort
Online
37000 Tours / France

05.11.2021 - 05.11.2021
Frist:
20.07.2021
Von
Ulrike Krampl, Département d'histoire et d'archéologie, Université de Tours

Städte waren und sind Räume der Mehrsprachigkeit. Bislang haben Historiker:innen der vormodernen Stadt ihre Aufmerksamkeit jedoch kaum darauf gerichtet, wie Sprachen die städtische Gesellschaftsordnung mitbestimmten. Auch die Sozialgeschichte der Sprache(n), wie sie sich seit den 1990er-Jahren entwickelt, hat die räumliche Dimension von Mehrsprachigkeit nur wenig berücksichtigt.

Doch befördert gerade die Stadt als Ort von Macht, von kulturellem Austausch sowie als Schnittstelle ökonomischer und symbolischer Zirkulation den Kontakt zwischen Sprachen und damit auch, wie die historische Soziolinguistik unterstrichen hat, von Sprachwandel. Der Workshop möchte nun Historikern des Mittelalters und der frühen Neuzeit dazu einladen, in einer sozial- und kulturhistorischen Perspektive die Interaktionen zwischen Mehrsprachigkeit und städtischem Wandel zu diskutieren.

Der veranschlagte Zeitraum ist sowohl vom Aufschwung des europäischen Städtewesens als auch von der Konsolidierung der modernen bzw. Nationalsprachen gekennzeichnet. Nicht zuletzt angesichts des medialen Wandels, der konfessionellen Spannungen und der Intensivierung globaler Vernetzung ist von einem offenen Sprachenbegriff auszugehen, der Sprachen in ihrer sozialen, regionalen, institutionellen und medialen Differenzierung gleichermaßen berücksichtigt, auf Gesten und Gebärden beruhende Praktiken mit einbezieht und damit potenziell ein breites Spektrum kommunikativer Fähigkeiten (abilities) ausschöpft.

Ziel des Workshops ist es danach zu fragen, wie sprachliche Differenz dazu beigetragen hat, das städtische Leben der Vormoderne zu gestalten. Erwünscht sind vorzugsweise Beiträge, die eine systematische Herangehensweise an die städtische Sprachenvielfalt versuchen, und dabei sowohl den Zusammenhang von Sprachen und Macht als auch die mit Sprachenverwendung verbundene Agency im materiellen und sozialen Raum der Stadt reflektieren. Die Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht erscheint dabei als ein besonderes Forschungsdesiderat.

Folgende Themenfelder können Anregungen liefern:
- Sprachendifferenz und Machtbeziehungen (sozialer bzw. institutioneller Art, Geschlecht, Ethnie, etc.)
- Mobilität, Migration und städtische Sprachenvielfalt
- mehrsprachige Stadträume (Haus, Werkstatt, Schule, Straβe, etc.)
- übersetzen und sprachliche Mittlertätigkeit in der Stadt

- Spracharbeit und städtische Gesellschaft
- Regierungs- und Herrschaftspraktiken (in) einer mehrsprachigen Stadt
- mehrsprachige städtische Schreibpraktiken
- mehrsprachige Mündlichkeit und städtische Kommunikation
- städtische Mehrsprachigkeit im Kontext kolonialer Expansion und imperialer Verflechtung

Die Tagungssprachen sind Deutsch, Französisch und Englisch. Bitte senden Sie Ihren Beitragsvorschlag in Form eines Abstracts (max. 2.000 Zeichen / 300 Wörter) und einer Kurzvita (max. 2 Seiten) bis zum 20. Juli 2021 an Ulrike Krampl (ulrike.krampl@univ-tours.fr) und John Gallagher (j.gallagher1@leeds.ac.uk).

Kontakt

ulrike.krampl@univ-tours.fr, j.gallagher1@leeds.ac.uk

Zitation
Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800). In: H-Soz-Kult, 13.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98853>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

21) Der Todesmarsch von Palmnicken

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive

Veranstalter
Deutsches Historisches Institut Warschau

Veranstaltungsort
Warschau

Gefördert durch
Deutsches Historisches Institut Warschau
00-540 Warschau

Vom - Bis
08.11.2021 - 08.11.2021
Frist:
31.08.2021
Von
Ruth Leiserowitz, DHI Warschau

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive, Workshop Deutsches Historisches Institut Warschau, 8. November 2021

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive

Trotz langjähriger und umfassender Studien sind manche Verbrechen des Holocaust noch wenig bekannt und kaum erforscht. Mehrere Tausend jüdische Frauen vor allem aus Polen, Ungarn und dem Baltikum wurden von SS-Bewachern und ihren Helfern aus unterschiedlichen Ländern im Januar 1945 in Ostpreußen ermordet. Ein Todesmarsch von verschiedenen Außenlagern des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig (heute poln. Gdańsk) endete in einem Massaker am Strand in Palmnicken (heute russ. Yantarny) an der ostpreußischen Küste. Der Ort des Massakers liegt seit Kriegsende in der heute russischen Exklave Kaliningrader Gebiet. Das Massaker war bis Mitte der 1990er Jahre weitgehend unbekannt. Weder die Arbeit einer sowjetischen Untersuchungskommission nach dem Krieg, umfangreiche Vorermittlungen in Deutschland zwischen den 1950er bis 1970er Jahren, noch Ehrungen in Yad Vashem für sechs RetterInnen als „Gerechte unter den Völkern“ führten zu näherer Beleuchtung des Geschehens. Erst der 1995 veröffentlichte Bericht eines Zeitzeugen, eines Zuschauers aus der Gruppe der deutschen Täter (Bergau 1995), führte zu einer begrenzten öffentlichen Wahrnehmung und erster wissenschaftlicher Erwähnung des Massakers (Kossert 2004, Blatman 2011). Mit dem gegenwärtigen Forschungsvorhaben von Dr. Claudia Vollmer, angesiedelt an der Fernuniversität Hagen und durch ein Langzeitstipendium gefördert vom DHI Warschau wird eine bislang ausstehende, vertiefende und systematische Studie zu diesem NS Endphase-Verbrechen in Angriff genommen.
Die mikrogeschichtliche Annäherung an das Geschehen, basierend auf Unterlagen von vor allem Ermittlungsbehörden aber auch der Zivilgesellschaft in verschiedenen Ländern, bildet Ansatzpunkte für eine makrogeschichtliche Einordnung. Nachgegangen werden soll auch der Frage, was dazu beitrug, dass das Massaker von Palmnicken bis Mitte der 1990er Jahre der Öffentlichkeit und der Wissenschaft praktisch unbekannt bleiben konnte. Mittels einer transnationalen Perspektive sollen neue Einsichten auf das Geschehen und die Nachgeschichte möglich werden, mit Fokus auf Deutschland, Polen und Sowjetunion/Russland. Die unterschiedlichen Interessen der drei Länder in Bezug auf die Aufarbeitung von NS Verbrechen im jeweiligen nationalen Kontext, aber auch im Zusammenhang mit dem beginnenden „Kalten Krieg“, sind für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant.

In einer interdisziplinären Auseinandersetzung mit den Phänomenen „Zwangsarbeit und Endphasenverbrechen in Ostpreußen“ sollen im Rahmen des Workshops verschiedene Beispiele und Fragestellungen diskutiert werden.

Dabei sind folgende Fragestellungen von besonderem Interesse:
- Aufgrund welcher Faktoren lässt sich 1944/45 von einem transnationalen Geschehen im ostpreußischen Raum sprechen?

- Inwiefern bedingte die geographische Situation Ostpreußens Ausnahmesituationen bezüglich der nahenden Front und der dann folgenden Endphasenverbrechen?
- Welche besonderen Akteurskonstellationen lassen sich nachzeichnen?

- Inwiefern wurden in Polen, Ungarn, Litauen und Lettland Lebenswege von Opfern des Massakers nachverfolgt?

- Welche neuen Erkenntnisse gibt es bezüglich der juristische Aufarbeitung und Erinnerungskultur zu dem Massaker in den jeweiligen landes- und zeitgeschichtlichen Kontexten?

Der Workshop richtet sich sowohl an NachwuchswissenschaftlerInnen (Bachelor- und Masterstudierende, Promovierende) als auch an Post-Docs und Habilitierende unterschiedlicher Disziplinen und Arbeitsweisen, sowie an MitarbeiterInnen von Museen und Archiven. Für ReferentInnen des Workshops können Reise- und Übernachtungskosten im üblichen Rahmen erstattet werden.
Aufgrund der unsicheren Corona-Lage planen wir den Workshop zum jetzigen Zeitpunkt in hybrider Form. Genaue Informationen folgen zeitnah. Der Workshop wird zweisprachig angelegt sein (Deutsch und Englisch).
Bitte senden Sie ein Abstract (ca. 1/2 DIN A4-Seite, deutsch oder englisch) und Kurzinfos zu Ihrer Person (bio- und bibliographische Angaben) bis zum 31. August 2021 bitte an: vollmer@dhi.waw.pl UND leiserowitz@dhi.waw.pl

Kontakt

vollmer@dhi.waw.pl UND leiserowitz@dhi.waw.pl

https://www.dhi.waw.pl

Zitation
Der Todesmarsch von Palmnicken. In: H-Soz-Kult, 03.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112050>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989

Veranstalter
Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München
83730 Fischbachau

11.11. bis 14.11.2021
Anmeldefrist
15.07.2021
Von
Judith Brehmer
1989 schienen die Staaten Ostmitteleuropas wie unter Laborbedingungen in einer sehr ähnlichen Situation zu sein: Sie teilten die Erfahrungen einer sozialistischen Diktatur, die alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens einschneidend verändert hatte. Die Revolution von 1989 schuf - bei aller Unterschiedlichkeit der vorangehenden Prozesse - einen Moment der Gleichzeitigkeit in den ostmitteleuropäischen Ländern. Die 1993 von der EU eröffneten Beitrittsperspektiven nach den Kopenhagener Kriterien (Konditionalität) ließen einen gleichgerichteten und gleichzeitigen Prozess der Annäherung Polens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns an die EU erwarten.

Doch zeichnete sich bald eine unterschiedliche Entwicklung ab, als sich in der Slowakei bereits Mitte der neunziger Jahre autoritäre Tendenzen unter dem Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar zeigten, die 1997 zunächst zum Ausschluss des Landes aus dem Kreis der für den Beitritt zu NATO und EU vorgesehenen Länder führten. Heute erscheint die

Slowakei paradoxerweise als das Land Ostmitteleuropas, in dem die verfassungsmäßige Ordnung am meisten gewahrt wird. Andere Divergenzen kommen hinzu: So kann man in Polen und Ungarn eine Regierungspolitik beobachten, die gegenüber der EU-Kommission kritisch ist, während in der Bevölkerung nach wie vor EU-freundliche Stimmung vorherrscht. Dagegen hat sich in Tschechien bei einer insgesamt mehr an den Vorgaben der EU orientierten Politik in der Bevölkerung eine Skepsis gegenüber der EU verbreitet. Auch im wirtschaftlichen Bereich tun sich bei genauerer Betrachtung zahlreiche Divergenzen auf.

Das Ziel der Tagung ist es, die Entwicklungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den ostmitteleuropäischen Staaten vergleichend zu betrachten und auf ihre Unterschiede hin zu untersuchen. Als Fluchtpunkt der Diskussion soll die Frage dienen, ob die Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen aus dem Prozess der Transformation erklärt werden können oder die Berücksichtigung von länger angelegten, historischen Spezifika erfordern, die im revolutionären Prozess von 1989 zunächst nicht sichtbar waren.

Die Vorträge mit einer Länge von 20 Minuten können in deutscher oder englischer Sprache gehalten werden. Reise- und Unterbringungskosten werden übernommen. Die Herausgabe eines Tagungsbandes in englischer Sprache ist beabsichtigt.

Konzeption: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel (München), Dr. Darina Volf (München)

Themenvorschläge für Vorträge sind willkommen! Bei Interesse reichen Sie bitte eine Skizze Ihres geplanten Vortrags (ca. 1 Seite) in deutscher, tschechischer, slowakischer oder englischer Sprache bis zum 15.07.2021 ein bei Miroslava Valicek: miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de

Kontakt

Miroslava Valicek: miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de

Zitation
Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98143>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert

18. - 21. November 2021, Herrnhut

Veranstalter
University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt)
Ausrichter
Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt

Veranstaltungsort
Komensky Gäste- und Tagungshaus

Gefördert durch
Deutsche Forschungsgemeinschaft, Historische Kommission zur Erforschung des Pietismus, Graf Zinzendorf Stiftung, Axel Springer Stiftung

02747 Herrnhut

18.11.2021 - 21.11.2021
Von
Wolfgang Breul, Evangelische Theologie Kirchengeschichte, Universität Mainz

Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte zur Herrnhuter Brüdergemeine des 18. und frühen 19. Jahrhunderts - mit ihren theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen sowie ihrem hohen Grad an Aktivität und Mobilität - verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Die Herrnhuter Brüdergemeine (engl.: Moravian Church) ist innerhalb der internationalen Reformbewegung des Pietismus im 17. und 18. Jahrhunderts die vermutlich wichtigste Gemeindebildung. Ihre bis heute anhaltende Prägekraft verdankt die unter der Leitung des Reichsgrafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf (1700–1760) gegründete Brüdergemeine wesentlich dem hohen Grad an Aktivität und Mobilität einerseits und einer Reihe von attraktiv wirkenden theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen andererseits. Dazu gehören insbesondere ein innovativer, transkonfessioneller Kirchenbegriff, die Ausbildung einer eigenständigen religiösen Sozialordnung, die auch eine Neubestimmung des Geschlechterverhältnisses beinhaltete, die zugespitzte Formulierung theologischer Positionen in Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Aufklärung, ein Verständnis von Mission, das die kulturelle und soziale Identität ihrer Adressaten in einem für das 18. Jahrhundert beachtlichen Maß akzeptierte, und eine große Zahl neuer religiöser Praktiken und Gottesdienstformen. Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Programm

Keynotes:

Peter Zimmerling: Doch ein Luther redivivus? Der Einfluss Luthers auf Zinzendorfs Ekklesiologie.

Markus Matthias: Empfindsame Religion – Zinzendorfs theologie- und kulturgeschichtliche Bedeutung

Peter Vogt: Herrnhut als christliche Sozialutopie

Wolfgang Breul: Zinzendorfs ekklesiologisches Konzept als Grundlage von Diasporaarbeit und Mission

Gisela Mettele: Transit und Transformation. Die Gemeine auf der Reise

Detailliertes Programm: siehe Homepage

Kontakt
Prof. Dr. Wolfgang Breul, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, breul@uni-mainz.de
https://moravianconference2021.uni-mainz.de/

Zitation
Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98133>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

24) Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs

„Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs“

Veranstalter
Ievgeniia Voloshchuk (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Kirsten Möller (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Ryszard Kupidura (Adam-Mickiewicz-Universität Poznań) (Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań)
Ausrichter
Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań
Veranstaltungsort
online
Gefördert durch
Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung
15230 Frankfurt/Oder
Vom - Bis
24.11.2021 - 26.11.2021
Frist:
08.10.2021
Von
Ievgeniia Voloshchuk, Axel Springer-Lehrstuhl für deutsch-jüdische Literatur- und Kulturgeschichte, Exil und Migration, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Die Tagung rückt literarische Darstellungen der Migrationserfahrungen jener Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt, die zwischen Polen, Deutschland und der Ukraine wander(te)n.

„Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs“

Die Tagung greift die vielfältigen Herausforderungen für Europa auf, die im Zusammenhang mit gegenwärtigen Migrationsbewegungen entstanden sind. Das aktuelle „Metanarrativ“ der Migration wird nicht zuletzt durch die Gegenwartsliteratur geprägt, in der die (Auto)Biografien der Migrant:innen, die Migrationserfahrungen verschiedener sozialer und ethnischer Gruppen sowie die (verflochtenen) Geschichten von Regionen und Ländern erzählt werden. Die Tagung rückt literarische Darstellungen der Migrationserfahrungen jener Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt, die zwischen Polen, Deutschland und der Ukraine wander(te)n.

Diese räumliche Konstellation geht auf den aktuellen Anstieg der Migrationsbewegungen zwischen diesen Ländern zurück. Seit einigen Jahren bilden polnischstämmige Menschen – nach den Menschen türkischer Herkunft – die zweitgrößte Gruppe mit eigenen oder familiären Migrationserfahrungen in Deutschland; die ukrainische Diaspora in Polen beträgt heutzutage über eine Million; auch in Deutschland nimmt die Zahl der Ukrainer:innen zu. Jede dieser Gruppen nimmt Einfluss auf das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in den Aus- und Zuwanderungsländern. Zudem verfügen die Migrationsbewegungen in diesem Teil Europas über eine lange Geschichte, die durch die Nachbarschaft und (Verflechtungs-)Geschichten der genannten Länder erheblich geprägt wurde. Eine nicht geringe Rolle spielten dabei mehrfache Verschiebungen der Staatsgrenzen in diesen Regionen (z. B. bei den Teilungen Polens im 18./19. Jahrhundert zwischen dem Habsburger Reich, dem Russischen Zarenreich und dem Preußischen Königreich oder im Zuge der Veränderungen der politischen Karten Deutschlands, Polens und der UdSSR infolge des Zweiten Weltkriegs). Jede dieser Umkartierungen ging mit Transformationen der Diaspora-Konfigurationen und einem massiven Anstieg der Migrationen einher. Der in Polen geborene und in Deutschland lebende Schriftsteller Artur Becker betonte die Bedeutung einer gemeinsamen Perspektive, die nicht nur Erkenntnisse über die benachbarten, sondern auch über eigene Kulturen liefern kann: „Ich gehe gegen Stereotype und Vorurteile vor und möchte zeigen, dass weder Polen noch Deutschland ohne seinen direkten Nachbarn im Westen und im Osten seine eigene Kultur, Sprache, Literatur begreifen kann“. Literatur kann solche Erkenntnis befördern.

Im Rahmen dieses Themenfeldes sollen auf der Tagung folgende Fragen diskutiert werden:

- Wie werden deutsche, polnische und ukrainische Räume aus der Migrationsperspektive in der Gegenwartsliteratur (neu)kartiert?

- Welchen Einfluss haben intergenerationelle Beziehungen auf die Darstellungen der Kulturräume (z. B. Beziehungen zwischen verschiedenen Generationen ukrainischer Migrant:innen in Polen oder polnischer Migrant:innen in Deutschland)?
- Wie zeigen sich inter- und transkulturelle Zusammenhänge, Prozesse des Kulturtransfers oder der Konfrontation zwischen kulturellen Traditionen in literarischen Repräsentationen der Migrationserfahrungen?

Die Tagung fokussiert sich vor allem auf literarische Repräsentationen kultureller Topografien deutscher, polnischer und ukrainischer Räume, die nach dem Paradigmenwechsel 1989/1991 entstanden sind, der eine Wende für die europäische Migrationsgeschichte und für die sie reflektierende Literatur bedeutete. Dabei sollen Möglichkeiten ausgelotet werden, die Migrationen mit ihren verschiedenen Destinationen und Überschneidungen aus einer trikulturellen Perspektive zu erschließen.

Die Tagung wird durch deutsch-polnische Simultanübersetzung begleitet werden.

Im Anschluss an die Tagung ist eine gemeinsame Publikation der Beiträge geplant.

Wir bitten um Themenvorschläge und ein erläuterndes Exposé in Deutsch oder Polnisch mit einer Länge von max. 2.000 Zeichen inkl. Leerzeichen bis zum 8. Oktober 2021.

Kontakt

Prof. Dr. Ievgeniia Voloshchuk (für deutschsprachige Exposés): voloshchuk@europa-uni.de

Dr. Ryszard Kupidura (für polnischsprachige Exposés): ryszardk@amu.edu.pl

Zitation
Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs. In: H-Soz-Kult, 04.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-99017>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

25) Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung

Veranstalter
Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung (Konrad-Adenauer-Stiftung)
Ausrichter
Konrad-Adenauer-Stiftung
Veranstaltungsort
Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35

10785 Berlin

26.11.2021
Anmeldefrist
01.07.2021
Von
Barbara Nowak

In den vergangenen Jahren hat die Forschung erhebliche Fortschritte beim Verständnis der sich über weit über ein Jahrhundert hinweg entwickelnden völkischen Ideologie gemacht. Während die völkischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts mittlerweile gut erforscht sind, ebenso die völkischen Ideologien der Zwischenkriegszeit, die in den Ideologien des nationalsozialistischen Regimes aufgingen, lag ein Bereich bislang im Schatten: die unmittelbare Nachkriegszeit.

Bereits während des Krieges gab es auf alliierter Seite verschiedene Überlegungen, wie die deutsche Bevölkerung nach dem absehbaren Ende des NS-Regimes demokratisiert werden könne. Zu den Ergebnissen zählten die Arbeiten Kurt Lewins ebenso wie das German Educational Reconstruction Committee, die Entnazifizierungsverfahren, die Spruchkammern, die Amerika-Häuser, aber auch in Teilen Aufbauprogramme wie der Marshall-Plan, die Diskussionen um die Entstehung und Durchsetzung des Art. 131 GG und vieles mehr.

Zu den Akteuren der Reeducation gehörte Ernst Cramer (1913-2010). Der gebürtige Augsburger, vor der NS-Verfolgung nach mehrwöchiger KZ-Haft in die USA entkommen, während seine Eltern und sein jüngerer Bruder in Sobibor ermordet wurden, gehörte ab 1945 zu den Presseoffizieren der US-Militärregierung und wirkte wesentlich an der Neugründung deutscher Zeitungen mit. Später machte er Karriere bei Axel Springer, dessen engster Vertrauter er viele Jahre lang war. Cramer, dessen Nachlass viele hundert Aktenbände umfasst, personifiziert die praktische Seite der Reeducation.

Wie er versuchten weitere Protagonisten mit unterschiedlichen Maßnahmen auf vielen Ebenen, das Völkische aus den Köpfen zu bekommen. Zu diesen Protagonisten zählten staatliche Akteure auf alliierter Seite, aber auch Nichtregierungsorganisationen. Ebenso zählten dazu die deutschen Kommunen, die Länder und die Bundesregierung.

Ziel der Tagung ist es, besser zu verstehen, welchen Stellenwert völkische Ideologie und weitere ideologische Strömungen für die Akteure besaßen um ihre Umerziehungsgedanken erfolgreich umzusetzen.

Die internationale, interdisziplinäre Tagung findet am 26.11.2021 statt und richtet sich sowohl an Wissenschaftler der Germanistik, Rechtswissenschaften, Geschichte, Sozialwissenschaften und Politologie, als auch an Experten, aus dem politischen Betrieb. Die Vorträge sollen nicht länger als 20 Minuten sein.

Die Konferenz wird organisiert von Geschichte und Zukunft e.V. (www.ge-zu.org) und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Veranstaltungsort ist die Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin.

Die Kosten der An- und Abreise, Mahlzeiten während des Tagungsprogramms und erforderlichenfalls der Übernachtung übernehmen die Veranstalter. Am Vortag findet die pandemiebedingt verschobene 4. Jahrestagung zum Thema „Von völkischem Aufbruch zu mörderischer Politik. Die völkischen Ursprünge nationalsozialistischer Ideologie“ statt. Für eine begrenzte Anzahl an Referenten werden die Übernachtungen vom Vortag zur Ermöglichung der Teilnahme an der 4. Jahrestagung ebenfalls übernommen.

Interessierte reichen bitte Abstracts im Umfang von 300 Worten nebst Kurz-CV (10 Zeilen) bis zum 01.07.2021 ein.

Die Beiträge der Referenten sollen im Jahresband 2022 der neuen Reihe „Politik – Ideologie - Wissenschaft“ beim Verlag Walter de Gruyter erscheinen, Herausgegeben von Dirk Rupnow et al.

Programm

08:30h Frühstück

09:00h Grußwort der Konrad-Adenauer-Stiftung: Dr. Michael Borchard

09:10h Begrüßung und Einführung: Prof. Dr. Dirk Rupnow

09:30h Panel I: Die Vorbereitungen der Re-education bis zum 09.05.1945, Kulturgutschutz und Wiedergutmachung. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Lynn Rother

11:00h Kaffeepause

11:30h Panel II: Zuckerbrot und Peitsche: Die Re-education-Programme als Teil eines Gesamtkonzepts: German Educational Reconstruction Committee, Spruchkammern, Marschallplan. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Bernd-A. Rusinek

13:20h Mittagspause

14:20h Panel III Die Teile des Ganzen: Das Wirken von Ernst Cramer, Matthias Walden und die Nachkriegspresse als Teil der re-education. Moderation: PD Dr. Matthias Oppermann

16:00h Kaffeepause

16:30h Abschlussdiskussion mit Gästen: Die Re-education, Ernst Cramer und die Deutschen. Moderation: Sven-Felix Kellerhoff (Die WELT).

17:45h Ende der Veranstaltung / Umtrunk

Kontakt

Geschichte & Zukunft Wissenschaftsplattform ©
c/o History & Dokumentation e.V.
Geschäftsstelle Berlin
Theklastr. 20
12205 Berlin

ge.zu.tagung@hhu.de

https://ge-zu.org/

Zitation
Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung. In: H-Soz-Kult, 11.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98267>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

26) Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung

Veranstalter
Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt
Veranstaltungsort
Landesmuseum für Vorgeschichte

06114 Halle (Saale)

02.12. bis 03.12.2021
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Jan Kellershohn, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Das anvisierte Ende des Braunkohlenbergbaus wirft die Frage nach der Historisierung dieses Industriezweigs auf. Auf dem Workshop sollen zunächst Ansätze zur Erforschung der Geschichte des Braunkohlenbergbaus diskutiert werden. Darüber hinaus dient der

Austausch dazu, die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur auszuloten. Zuletzt steht der Mehrwert transregionaler Perspektiven für die Erforschung und Vermittlung der Geschichte der Braunkohlenreviere im Mittelpunkt.

Der geplante Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung in Deutschland bis Ende der 2030er Jahre stellt die Landes- und Regionalgeschichte sowie die entsprechenden Kulturinstitutionen vor große Herausforderungen. Der Braunkohlenbergbau ist das hässliche Entlein sowohl der Montan-, Wirtschafts-, Sozial-, Landes- und Umweltgeschichte; die Erforschung seiner Geschichte steckt noch in den Kinderschuhen. Vor allem die Geschichtsschreibung zum Mitteldeutschen Revier und zur Verflechtung von Braunkohle- und Chemieindustrie ist von Desiderata geprägt. Dass erste Historisierungsversuche abgebrochen sind, erstaunt umso mehr, als sich die Geschichte dieses Industriezweigs durch Problemkonstellationen auszeichnet, die gängigen Zäsuren und Erzählungen verschiedener historiographischer Subdisziplinen entgegenläuft: Arbeitshistorisch lässt die frühe Vollmechanisierung die Diagnose einer „Carbon Democracy“ (Timothy Mitchell) fragwürdig werden. Wirtschaftshistorisch handelt es sich um eine verschleppte Deindustrialisierung, die selbst mit dem geplanten Auslaufen Ende der 2030er Jahre noch in weiter Ferne liegt. Landes- und regionalhistorisch zeigt sich ein Industriezweig, dessen regionales Identifikationspotential zumindest strittig war und ist und der immer auch als Bedrohung des Eigenen wahrgenommen wurde. In vergleichender Perspektive scheint es sich bei dem Braunkohlenbergbau um einen Industriezweig zu handeln, dessen Entwicklung ein Proprium der deutschen Geschichte darstellt. Darüber hinaus verteilte er sich auf mehrere Reviere – vor allem das Mitteldeutsche, das Lausitzer sowie das Rheinische Revier – und fungierte damit, zum Beispiel im Gebiet um Helmstedt, sowohl als verbindenden als auch als trennendes Element zwischen DDR und BRD.

Auch auf Vermittlungsebene bleibt der Braunkohlenbergbau hinter vergleichbaren Industriezweigen zurück. Anfang der 2000er Jahre diagnostizierte Rainer Slotta, dass sich das „minderwertige Mineral“ – auch nach einer ersten Historisierungswelle im Mitteldeutschen und vor allem im Lausitzer Braunkohlenrevier – durch eine „minderwertige Geschichte“ auszeichne. Trotz erster Erfolge steht die industriekulturelle Inwertsetzung der Hinterlassenschaften der Braunkohle und die Einbettung in ein übergreifendes Narrativ noch am Anfang; die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur für die Geschichte dieser Branche wurden noch nicht hinlänglich ausgelotet; die durch die deutsche Teilung bedingten Wahrnehmungs- und Erinnerungsasymmetrien nicht hinreichend reflektiert.

Vor diesem Hintergrund sollen auf dem Workshop Forschungs- und Vermittlungsperspektiven zur Geschichte der Braunkohleindustrie diskutiert werden. Folgende drei Komplexe stehen dabei im Mittelpunkt:

Erstens soll nach Ansätzen zur Erforschung der Geschichte der Braunkohlenindustrie gefragt werden. Inwieweit ergab sich die Bedeutung dieses Industriezweiges nie ausschließlich aus seiner Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im engeren Sinne, sondern aus seiner Funktion als Medium gesellschaftlicher Selbstthematisierung? Inwieweit wurden über diese umstrittene Industrie immer auch weiterreichende Fragen verhandelt: nach dem Verhältnis von Mensch und der Gestaltbarkeit seiner Umwelt; nach der räumlichen Zugehörigkeit von Menschen und der Bedeutung von Eigentum und Besitz (Umsiedlung/Enteignung); nach Ansprüchen räumlicher Identität, Natürlichkeit und Authentizität (Rekultivierung); nach Bewahrung und Zerstörung; nach dem Verhältnis von Mensch und Maschine sowie nach der Bedeutung energiepolitischer Souveränität? Welche Möglichkeiten bietet vor diesem Hintergrund eine Erinnerungs- und Erfahrungsgeschichte der Braunkohle?

Zweitens steht die Frage nach dem Potential des Paradigmas der Industriekultur im Mittelpunkt. Eignet sich ein Konzept, das aus dem spezifischen Kontext des westdeutschen Ruhrgebiets der 1960er/70er Jahre stammt, als Blaupause für die kulturellen

Herausforderungen des Braunkohlenausstiegs? Welche Schwerpunkte produziert dieses Konzept? Wo ist es erforderlich, den Blick zu weiten? Welche Erweiterungen wie eine Erfahrungs- und Kulturgeschichte des Industriellen lassen sich aus den Perspektiven der

Drittens soll das Konzept der Transregionalität auf sein Vermittlungs- wie historiographisches Potential für die Geschichte der Braunkohlenreviere befragt werden. Das Wirken von Individuen wie Walther Rathenau, Hermann Gruhl, Carl Adolf Riebeck oder Konrad Piatscheck oder die Geschichte des Petschek-Konzerns belegen beispielsweise, dass das Mitteldeutsche mit anderen Braunkohlerevieren vielfältig verwoben war. Wie lässt sich dem Ineinandergreifen von regionaler Verankerung und transregionaler Verflechtung historiographisch wie geschichtskulturell Rechnung tragen? Welche Raumwahrnehmungen und Weltbeziehungen prägten diesen Industriezweig? Inwieweit erfordert der Braunkohlenbergbau also eine grundsätzlich neue Perspektive auf die Geschichte schwerindustrieller Ballungsräume?

Um Beitragsvorschläge im Umfang von max. 500 Wörtern mit knapper biographischer Notiz wird bis zum 31. Juli 2021 an jkellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de gebeten. Eine Publikation der Beiträge ist in der Reihe des Instituts für Landesgeschichte Sachsen-Anhalts geplant. Die Kosten für Reise und Übernachtung werden übernommen.

Kontakt

Dr. des. Jan Kellershohn
Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt Landesmuseum für Vorgeschichte
Abt. 6: Institut für Landesgeschichte
Wissenschaftlicher Referent
Richard-Wagner-Straße 9
06114 Halle (Saale)

Tel.: 0345-2939796
E-Mail: JKellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de

https://archlsa.de/

Zitation
Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung. In: H-Soz-Kult, 15.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98346>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

27) Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren – unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und quellenmäßiger Zugänge

Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Veranstalter
Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen (Prof. Dr. Beate Fieseler)

Ausrichter
Prof. Dr. Beate Fieseler
Veranstaltungsort
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
40225 Düsseldorf

Vom - Bis
10.01.2022 - 14.01.2022
Frist:
31.08.2021
Von
Lena Radauer, Nordost-Institut - Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN)

Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Leitung: Prof. Dr. Beate Fieseler
Kooperationspartnerin in Russland: Prof. Oksana Nagornaja, Staatliche Pädagogische Universität Jaroslawl
10. – 14. Januar 2022
Tagungsort: Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Der Zerfall der Sowjetunion sowie das Ende der DDR sind Ereignisse von welthistorischer Bedeutung. Sie haben nicht nur die internationale Mächtekonstellation, sondern auch das Leben der „einfachen Menschen“ nachhaltig verändert. In sehr kurzer Zeit erlebte die Bevölkerung beider Staaten einen radikalen Wandel des ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Systems, die bisherigen Regeln und Sicherheiten verloren ihre Gültigkeit. Die wissenschaftliche Kommunikation, politische Diskussionen und nostalgische Erinnerungspraktiken, die sich über 30 Jahre in medialen Räumen entwickelt haben, zeigen einen signifikanten Unterschied in den nationalen Narrativen, die sowohl die innenpolitischen Praktiken als auch die internationalen Beziehungen beider Länder beeinflussen. Solche Lücken erklären sich unter anderem durch den "heißen" Charakter des Gedächtnisses an die jüngste Vergangenheit und durch die Unzugänglichkeit vieler Kategorien von Quellen. Unter diesen Voraussetzungen versteht sich der geplante Workshop als Versuch, die bilaterale Kommunikation zwischen jungen Wissenschaftler*innen aus Deutschland und Russland über diese historischen Zäsuren in

Gang zu bringen und ist besonders interessiert an der Vorstellung von Projekten, die den Systemwechsel in Russland und Deutschland mittels innovativer methodischer Zugänge und neuer Quellen untersuchen.

Der geplante Nachwuchsworkshop schließt an die beiden vorausgegangenen Nachwuchstagungen der deutsch-russischen Historikerkommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen in Heidelberg (2017) und Jaroslawl (2019) an. Nachdem die Pandemie diesen bereits für September 2021 geplanten Nachwuchsworkshop vereitelt hat, sollen nun Anfang 2022 junge Wissenschaftler*innen aus beiden Ländern zusammenkommen, um über den Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren zu diskutieren.

Die Veranstaltung richtet sich vor allem an DoktorandInnen und Post-Docs aus Deutschland und Russland (insgesamt 20 Personen, je 10 TeilnehmerInnen aus jedem Land), die sich mit Projekten befassen, die sich in den thematischen Kontext einfügen und zudem neuen methodischen und/oder quellenmäßigen Zugängen verpflichtet sind. Auch komparativ angelegte Projekte sind willkommen.
Das Programm umfasst neben den Vorträgen der ausgewählten Kandidat*innen auch Zeitzeugengespräche mit je einem Historiker/einer Historikerin aus der ehemaligen Sowjetunion sowie aus der DDR, die den Systemwechsel und dessen Implikationen für das Fach unmittelbar erlebt haben.
Ein Bericht über den Workshop sowie ausgewählte Beiträge der Vortragenden werden in den Mitteilungen der deutsch-russischen Historikerkommission veröffentlicht.
Die Reise- und Aufenthaltskosten werden von den Veranstaltern getragen. Arbeitssprachen des Workshops sind Deutsch und Russisch (mit Simultan-Übersetzung).

Bewerbungsfrist: 31. August 2021
Bewerbungsunterlagen:
- ausführlicher Lebenslauf (2 Seiten)
- Projektskizze (bis zu 3 Seiten)

Kontakt

Prof. Dr. Beate Fieseler
Email: beate.fieseler@hhu.de

Проф. Оксана Нагорная
Email: nagornaja.oxana@mail.ru

http://www.deutsch-russische-geschichtskommission.de/

Zitation
Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren – unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und quellenmäßiger Zugänge. In: H-Soz-Kult, 02.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98910>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

28) Zeit in der Landesgeschichte

Veranstalter
Martin Göllnitz (Marburg), Markus Müller (München) und Evelien Timpener (Gießen)

Veranstaltungsort
Just-Liebig-Universität Gießen

13. bis 14.01.2022
Anmeldefrist:
31.07.2021

Von
Markus Christopher Müller

Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Zeit in der Landesgeschichte

Zeit kann und muss als eine der zentralen Kategorien der Geschichtswissenschaft bezeichnet werden: sowohl methodisch als auch thematisch. Ohne Zeit oder ohne eine gewisse Konzeption von Zeit gäbe es keine Vorstellung von Geschichte und so nicht einmal die Möglichkeit, diese wissenschaftlich zu untersuchen. Trotzdem ist immer wieder von einer gewissen „Zeitvergessenheit“ die Rede, da die Geschichtswissenschaft ihren Umgang mit Zeit zu wenig bewusst reflektiere. Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs hat die Chance, sich schon in den akademischen Qualifikationsarbeiten kritisch mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt deshalb Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Gerade die Landesgeschichte hat sich solchen Fragen stärker zu stellen, da sie den Anspruch erhebt, bei ihrem Blick auf bestimmte unterhalb der staatlichen Ebene liegende Länder oder Regionen epochenübergreifende Perspektiven einnehmen zu können. Es fehlt der Landesgeschichtsforschung bisweilen am Austausch, gerade junger LandeshistorikerInnen über die „Länder“grenzen hinaus.

Drei thematische Schwerpunkte bieten sich neben weiteren sicherlich an, eine solche Reflexion zu begleiten:
Zentrale Bedeutung kommt bei der Frage nach der methodischen Bestimmung der Zeit zunächst der Chronologie zu, die bereits Jean Bodin als „Ariadnefaden“ der Geschichtswissenschaft bezeichnete. Die oft mit Blick auf ihre Sinnhaftigkeit hinterfragte und doch nie wirklich abgelöste chronologische Gliederung historiographischer Darstellungen gerät gerade vor dem Hintergrund einer global denkenden Geschichtswissenschaft neu in den Blick. Diese Erkenntnis kann auch in der Landesgeschichte zu einer Sensibilisierung in Bezug auf lokale oder regionale Chronologien führen, die oft vom politischen oder kulturellen Zentrum her konzipiert werden und wurden. Direkt wird so die Frage nach der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen aufgeworfen, die sich gerade in der räumlichen Konkretisierung der Landesgeschichte fassen lässt.

Zweitens lässt sich das Zeitverständnis der historischen AkteurInnen rekonstruieren, was mentalitäts- und sozialhistorische Fragestellungen impliziert, da Zeit und ihr Erleben und Wahr-nehmen als soziale Kategorien sowohl aus der individuellen Perspektive als auch aus der Perspektive von Gruppen in den Blick genommen werden können. Religiöse Vorstellungen spiegeln sich hierin gesellschaftlich normiert genauso wider wie naturwissenschaftliche Erkenntnisse.

Die Analyse von Kontinuität und Wandel führt drittens zu Fragen nach Dekadenz und Rückschritt, nach Progression und Fortschritt – während Veränderung häufig leichter zu fassen ist, bereitet die Identifikation von Kontinuitätslinien oft methodische Schwierigkeiten: Die diachrone Perspektive der Landesgeschichte kann hier gängige Narrative in Frage stellen und mit ihrem Blick auf die Vielfalt historischer Entwicklungen vermeintliche Teleologien aufbrechen.

Diese und weitere Anfragen lassen sich bereits in der Qualifikationsphase an konzipierte oder bereits begonnene Forschungsarbeiten herantragen. Die Tagung lädt zur Reflexion darüber ein, wie dies konkret funktionieren kann.

Daneben soll sie NachwuchswissenschaftlerInnen Gelegenheit zur Vernetzung und zum Austausch geben, aber auch Raum lassen, um zukunftsweisende Themen und neue Positionierungen der Landesgeschichte zu diskutieren.

NachwuchswissenschaftlerInnen in und um die Promotionsphase sind sehr herzlich eingeladen, sich mit einem kurzen, aussagekräftigen Exposé für einen Workshop-Beitrag zu bewerben.

Kontakt

Dr. Markus Müller, Ludwig-Maximilians-Universität München
mueller.markus@lmu.de

Zitation
Zeit in der Landesgeschichte. In: H-Soz-Kult, 18.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97702>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

29) Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich

Veranstalter
Corine Defrance (CNRS, SIRICE Paris), Jürgen Finger (DHIP), Ulrich Pfeil (Université de Lorraine), Annette Weinke (Universität Jena), Agnieszka Wierzcholska (DHIP) (Deutsches Historisches Institut Paris)
Ausrichter
Deutsches Historisches Institut Paris
Veranstaltungsort
Institut historique allemand
75003 Paris
19.01.2022 - 20.01.2022

Frist
20.09.2021
Von
Jürgen Finger, Abteilung 19.-21. Jahrhundert, Deutsches Historisches Institut Paris

In jüngerer Zeit sind die europäischen Archivlandschaften in einem zusehends gespannten politischen Umfeld in Bewegung geraten. Das Bewusstsein bei Forscherinnen und Forschern wächst, dass der Zugang zu Archivalien keine Selbstverständlichkeit zu sein scheint. An Beispielen aus Deutschland und Frankreich, ergänzt um andere europäische Erfahrungen, wollen wir den Stand der Dinge erkunden und die normativen, administrativen und arbeitspraktischen Einschränkungen des Archivzugangs analysieren.

Am 20. Februar betitelte "Le Monde" einen längeren Artikel Guerre "de tranchées sur l'accès aux archives". Gibt es in Frankreich einen Grabenkrieg um den Archivzugang zwischen Forschenden, Archiven und Politik? Wie sieht es in Deutschland und in anderen europäischen Ländern aus?

Die Situation in Frankreich ist ambivalent. Der französische Präsident, Emmanuel Macron, pflegt eine Rhetorik der historiografischen Offenheit auch bei sensiblen Themen wie dem Algerienkrieg und der diplomatischen und militärischen Intervention in Rwanda während des Völkermords 1994. In beiden Fällen verfassten Historiker in offiziellem Auftrag Berichte mit allerdings unterschiedlicher Stoßrichtung: Benjamin Stora legte Anfang 2021 einen Bericht und Empfehlungen zum kollektiven Gedenken zu Algerien vor. Vincent Duclert, der bereits 2018/19 mit einer Kommission einen Bericht über die Erforschung von Genoziden und Massenverbrechen verfasst hatte, soll die französische Rolle in Rwanda aufklären; der Bericht wurde im April 2021 dem Präsidenten übergeben. Gerade im zweiten Fall war damit auch ein außergewöhnliches und exklusives Recht auf Aktenzugang verbunden. Dabei stellt sich auch die Frage nach einem privilegierten Zugang zu Archivmaterialien bei staatlich gewollter Forschung. Die verwendeten Akten sollen zwar weiterhin der Forschung zugänglich bleiben.

Darüber hinaus bleibt jedoch alles beim Alten, soweit der Zugang nicht sogar erschwert wird. Konkrete und massive Proteste ruft nämlich seit vorigem Jahr die Instruction générale interministérielle 1300 (IGI) hervor. Forschende fürchten, dass diese interministerielle Anordnung, die unter anderem Fragen der Geheimhaltung regelt, im Namen der nationalen Sicherheit den Zugang zu Archivalien für die zeitgeschichtliche Forschung grundsätzlich erschweren wird, da die relativ liberalen Fristen des Archivrechts durch aufwändige Freigabeverfahren für klassifizierte Dokumente ausgehebelt werden können. Selbst bereits bekannte, gar edierte Dokumente sollen plötzlich wieder gesperrt werden. Die Motive für den Erlass der »IGI 1300« sind unklar, umso mehr als sie mit der seit François Hollande betriebenen präsidialen Erinnerungspolitik zu kollidieren scheinen.

Ist die Situation in Frankreich einzigartig? Der Blick auf andere Länder zeigt schnell, dass Fragen des Archivzugangs auch dort von erheblicher Aktualität sind. Ihr mediales Echo geht über den Kreis der Forschenden hinaus und spiegelt einerseits die Forderung nach Transparenz in unseren heutigen Gesellschaften und andererseits den Stellenwert von – nicht immer konfliktfreier –wissenschaftlicher und juristischer Aufarbeitung und Vergangenheitspolitik im Europa des 21. Jahrhunderts. In Deutschland hat zuletzt die Übergabe der Stasi-Unterlagen an das Bundesarchiv Debatten über dessen Rolle ausgelöst; der französische Forscher Fabien Théofilakis will den Zugang zu Eichmann-Akten des Bundesamts für Verfassungsschutz gerichtlich einklagen.

Mit dem Aufstieg illiberaler Demokratien in Ostmitteleuropa wurde eine staatlich gesteuerte Geschichtspolitik zunehmend zum Instrument der Macht. Die gezielte Einflussnahme betraf zunächst die Museumslandschaft sowie die Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen. Zum Teil müssen sich Historikerinnen und Historiker, deren Forschung unliebsame Ergebnisse produziert, vor Gericht verantworten, wie in Polen. Doch inwiefern, für wen und bei welchen Themen der Archivzugang beschränkt wird, bleibt weiterhin zu untersuchen. In Westeuropa wirft insbesondere der Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und entsprechenden Restitutions- und Kompensationsforderungen die Frage auf, wie weit historische Forschungen und journalistische Recherchen in Archiven uneingeschränkt möglich sind.

Die Beispiele zeigen, dass die Archivlandschaften in einem zusehends gespannten politischen Umfeld in Bewegung geraten sind und die gegenwärtigen Veränderungen auf verschiedenen Ebenen erfasst und analysiert werden müssen:

1. normativ: die explizite Gesetzgebung und die Verordnungen zur Regelung des Archivzugangs; politische Willensbekundungen (von oberster Stelle), die unter Umständen mit den Verordnungen im Widerspruch stehen, also offiziöser Diskurs und Öffentlichkeit, Gewährung von privilegiertem Zugang zu Archivalien

2. administrativ: Einschränkungen des Archivzugangs durch Rechtsvorschriften und Verfahrenswege jenseits der Archivgesetze, sowie aufgrund konkurrierender schützenswerter Rechte, über deren Abwägung i.d.R. innerhalb der Verwaltungen entschieden wird (insbes. Geheimschutz, Schutz der Urheber- und Persönlichkeitsrechte);

3. praktisch: Einschränkungen von Dienstleistungen in den Archiven (Digitalisierung, Öffnungszeiten, Aushändigung von Dokumenten), Personalreduktion, etc.

Die geplante Tagung will diese Problemkreise vergleichend und interdisziplinär diskutieren (Geschichtswissenschaft, Archivwissenschaft und -praxis, Rechtswissenschaft, u.a.). Neben Frankreich und Deutschland soll auch die Situation in anderen Ländern der EU berücksichtigt werden. Darüber hinaus fragen wir danach, inwieweit nationale Erfahrungen und Praktiken Ausgangspunkt für transnationale Transferprozesse bei der Vergangenheitsaufarbeitung, möglicherweise aber auch bei deren Blockade sein können.

Bitte schicken Sie ein Abstract von maximal 500 Wörtern in einer der drei Konferenzsprachen (französisch, deutsch oder englisch) bis zum 20. September 2021 an Agnieszka Wierzcholska: awierzcholska@dhi-paris.fr.

Kontakt

awierzcholska@dhi-paris.fr

https://www.dhi-paris.fr/newsroom.html

Zitation
Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich. In: H-Soz-Kult, 12.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98812>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

30) „Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945

Veranstalter
Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Veranstaltungsort
Deutsches Rundfunkarchiv (DRA)
60320 Frankfurt am Main

Vom - Bis
22.03.2022 - 23.03.2022
Frist:
15.12.2021
Von
Hans-Ulrich Wagner, Wissen für die Mediengesellschaft, Kompetenzbereich Mediengeschichte, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut

Die Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik und in der DDR werden auf dem Workshop ausgelotet. Der Workshop bringt am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort Frankfurt/Main mit Archivmitarbeiter:innen der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges flohen viele deutschsprachige Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa in die vier Besatzungszonen, aus denen 1949 die Bundesrepublik und die DDR entstanden. Mit ihrer literarischen und publizistischen Arbeit reagierten sie auf die Erfahrungen von Krieg und Flucht, von Verlust der Heimat und vom Start in einer neuen Umgebung. Der Arbeit für die Rundfunksender kam dabei eine besondere Bedeutung zu, bildeten diese doch sehr schnell zentrale Orte der Literaturproduktion und der Literaturvermittlung und übernahmen eine wichtige Rolle in den neu entstehenden Literaturbetrieben.

Diese rundfunkliterarische und rundfunkpublizistische Tätigkeit von Autorinnen und Autoren, aus „dem Osten“ ist insgesamt bislang wenig erforscht, auch wenn es Ausnahmen gibt, wie etwa die des in Estland geborenen Hörspielautors Fred von Hoerschelmann (1901–1976) oder die des in Schlesien geborenen Friedrich Bischoff (1896–1976). Er war Schriftsteller und vor 1933 Intendant der Schlesischen Funkstunde in Breslau; nach dem Krieg startete er eine zweite Rundfunk-Karriere beim Südwestfunk. Bis 1965 war er Intendant der Rundfunkanstalt und prägte mit den Redakteuren in Baden-Baden das Programm nachhaltig. Ein weiteres Beispiel verdeutlicht die verschlungenen Wege, die mitunter gegangen wurden. So arbeitete der in Prag in einer deutschsprachigen jüdischen Familie aufgewachsene Dr. Vilém Fuchs (1933–1990) zunächst bis 1965 als Chefredakteur der deutschsprachigen Sendungen von Radio Prag, bevor er 1971 Leiter der Abteilung Kultur und Gesellschaft bei Radio Bremen wurde. Schließlich kamen viele Schriftsteller der sogenannten „jungen Generation“ nach 1945 zum ersten Mal mit dem Rundfunk in Kontakt. Dies konnte wie im Fall des in Ostpreußen geborenen Siegfried Lenz zu einer lebenslangen Medienarbeit führen.

Diese Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in

der Bundesrepublik und in der DDR sollen auf dem Workshop ausgelotet werden. In den Archiven der ARD-Landesrundfunkanstalten und im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) gibt es Hörfunkaufnahmen von deutschsprachigen Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg „im Westen“ eine neue Existenz aufbauen mussten. Diese Stimmen im Rundfunk der ersten Nachkriegsjahrzehnte in der Bundesrepublik und in der DDR sollen wiederentdeckt und die Kontexte der Aufnahmen erforscht werden.

Dazu bringt der Workshop am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort Frankfurt/Main mit Archivmitarbeiter der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch. Die Teilnehmer erhalten Gelegenheit, Skizzen mit Forschungsinteressen und geplanten Projekten vorzustellen und zu diskutieren sowie einen Einblick in vorhandene Archivbestände zu bekommen.

Ein damit verbundenes Ziel des Workshops ist es, Forschungen im Schnittfeld von Rundfunk- und Literaturgeschichte, von Programm- und Zeitgeschichte anzustoßen. Im Zusammenhang mit einem geplanten Forschungsprojekt der Veranstalter besteht die Möglichkeit, eigene Fragestellungen aus diesem Themenfeld einzubringen und diese im Rahmen einer Dissertation und/oder eines Post-Doc-Projekts zu bearbeiten. Ein entsprechender Antrag kann gemeinsam mit den ausgewählten Nachwuchskräften entwickelt und eingereicht werden.

Der call for papers richtet sich an Masterabsolventen mit Promotionswunsch, Doktoranden und Post-Docs. Sie sind eingeladen, laufende Arbeiten bzw. Projektideen zum oben genannten Themenfeld und den damit verknüpften Fragestellungen vorzustellen. Auf der Grundlage der eingegangenen Exposés werden die Archivare gebeten, speziell zu den Themenvorschlägen eine kleine Auswahl von passenden Dokumentenbeispielen aus ihren jeweiligen Archiven zu präsentieren.

Fragestellungen

Im Fokus steht die Medienarbeit von Autoren aus dem östlichen Europa und speziell ihre Arbeit für die Radioprogramme in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Folgende Fragestellungen sollen angegangen werden:

- Wie gingen Literat:innen und Journalist:innen aus dem östlichen Europa mit dem Ankommen in einer neuen Umgebung/Region um?

- Wie gestalteten sie den beruflichen und literarischen Neubeginn in einer anders geprägten Kulturlandschaft?

- Wie verhielten sie sich zu Traumata der Kriegs- und Nachkriegszeit?
- Welche Themen wählten sie für ihr Schreiben?

- Welche medialen Strategien der Bewältigung ihrer neuen Situation entwickelten sie, und welche Rolle spielte dabei das Medium Rundfunk?

- Wie nahmen sie selbst und die neuen Zuhörer:innen ihre andere Sprachfärbung / ihren Dialekt wahr? Wie veränderte sich ihre Sprache?

- Wieviel „Osten“ steckte in ihrer neuen Tätigkeit im „Westen“ (Kontinuitäten, Brüche)?
- Gab es Unterschiede zwischen Westdeutschland und der DDR im medialen Umgang der

Literaturschaffenden mit ihrer neuen Situation, bzw. in ihrer Rezeption durch die neue Umgebung?

Bitte senden Sie Ihr Exposé (ca. 2.500 Zeichen), einen kurzen Lebenslauf mit E-Mail- und Postanschrift (ca. 1.000 Zeichen) bis spätestens 15.12.2021 an:

Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut Hamburg
Dr. Hans-Ulrich Wagner (E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de)

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
Maria Luft (E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de)

Die Fahrt- und Unterkunftskosten für die wissenschaftlichen Workshop-Teilnehmer:innen werden vorbehaltlich vorhandener Haushaltsmittel erstattet.

Projektpartner:

- Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Oldenburg
- Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg
- Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv
- Historische Kommission der ARD
- Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam

Kontakt

Dr. Hans-Ulrich Wagner
E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de

Maria Luft
E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de

Zitation
„Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autor:innen aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98894>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

31) Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg

Veranstalter
Konzeption /Organisation: Venessa de Senarclens, Humboldt Universität Berlint (Deutsches Historisches Institut Warschau)

Ausrichter
Deutsches Historisches Institut Warschau
Veranstaltungsort
Deutsches Historisches Institut Warschau

Gefördert durch
Max Weber Stiftung

31.03. bis 01.04.2022
Anmeldefrist
01.09.2021
Von
Dorota Zielinska, Palac Karnickich, Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie (DHI Warschau)

Das „Bibliomigratorische“ im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg Konzeption / Organisation: Vanessa de Senarclens (senarclv@hu-berlin.de)

Der Historiker Robert Darnton hat die Geschichte eines Buches als einen lebendigen Kommunikationskreislauf – „a communication circuit“ – beschrieben, an dessen materieller Produktion, Vertrieb und Wirkung zahlreiche Akteure und Institutionen beteiligt sind: vom Autor zum Drucker und Buchhändler, über viele private wie öffentliche Räume wie Salons, Kaffee, Bibliotheken, in denen das Buch vom Leser interpretiert, diskutiert und adaptiert wird. Im 18. Jahrhundert, das Darnton untersucht, bilden diese Kommunikationskreise lebendige Netzwerke, die oft unter dem Radar der staatlichen Kontrolle interagieren. Auf verschlungenen und oft auch verbotenen Wegen werden Bücher durch ganz Europa transportiert, von Paris nach Warschau, von Dresden bis London, von Genf nach Leipzig. Der Titel dieses Kolloquiums – Das Bibliomigratorische im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg – rückt Bücher als Träger materieller aber auch immaterieller Geschichte im einen Kontext, in dem der Kreis der Kommunikation stark von der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg geprägt ist. Mit dem Angriff Nazi-Deutschlands auf Polen 1939 wurden bis Kriegsende 1945 rund 70 bis 75 Prozent der polnischen Bibliotheksbestände dezimiert, zerstört oder verstreut. Gemäß einer Berechnung von 2015 überlebten von den 22, 6 Millionen Bänden der polnischen Bibliotheken vor 1939 nur ein knappes Drittel. Nach der Verlegung der deutsch-polnischen Grenze entlang der Oder-Neiße-Linie im August 1945 gelangten hingegen Millionen von Büchern aus privaten, kirchlichen und auch ausgelagerten öffentlichen Sammlungen der Preußischen Staatsbibliothek in einen neuen nationalen Kontext. Aus polnischer Perspektive wurden diese „zurückgelassenen“ Bücher aus deutschen Bibliotheken als Staatseigentum betrachtet und als solches vor weiteren Plünderungen und Zerstörungen geschützt. Polen hat auch versucht, den Abtransport von „Trophäenbücher“ in die Sowjetunion zu verhindern. Laut einem polnischen Gesetz vom 6. Mai 1945 waren sie „verlassen und aufgegeben“. Entsprechend bezeichnet man diese Bücher aus ehemaligen deutschen Bibliotheksbeständen als „sichergestellte Büchersammlungen“ und betrachtet sie als „Kompensation“ für die absichtliche Zerstörung von polnischen Archiven und Bibliotheken während des Krieges – wenn auch eine gänzlich unzureichende und unverhältnismäßige. In der Bundesrepublik wie auch in der DDR und vielleicht erst recht im wiedervereinigten Deutschland sind diese Bücher mit Begriffen wie „Verlust“, „schmerzliche Lücke“ oder „Zerrissenheit der Nachlässe und Sammlungen“ verbunden. Sinnbild dieser Zerrissenheit ist sicher die 8. Sinfonie von Beethoven: Die Handschrift des ersten, zweiten und vierten Satzes sind in der Staatsbibliothek zu Berlin aufbewahrt, der dritten Satz Tempo di menuetto indessen in der Biblioteka Jagiellońska in Krakau.

In Anlehnung an den Begriff der „Bibliomigrancy“ von B. Venkat Mani, wollen wir auf dieser Tagung Geschichten von Büchermigrationen zwischen Deutschland und Polen ab 1939 in den Mittelpunkt stellen. Die Wortneuschöpfung, die auf dem englischen Wort „Migrancy“ abgeleitet ist, deutet nicht so sehr auf ein Ereignis hin – die Migration von einem Land in ein anderes oder von einer Sprache in eine andere – als vielmehr auf einen Zustand, der

andauert und sich fortentwickelt. Bei dem Begriff „Bibliomigratorisch“ geht es ebenso um die Reise der Bücher in Raum und Zeit, wie auch um ihre sich wandelnde Semantisierung innerhalb geografischer, politischer, institutioneller und sprachlicher Räume. Neben der Migration der Bücher geht es auf unserer Tagung auch um ihre Stellung in den Institutionen, in die sie integriert oder in denen sie auch nur aufbewahrt werden. Wir wollen den wechselnden Status der Bücher erkunden wie auch das Verhältnis von Gedächtnis, Erinnern und Vergessen, das bis heute zwischen Polen und Deutschland brisant bleibt. Seit nunmehr 75 Jahren sind diese Bücher Gegenstand zweier völlig verschiedener nationaler Erzählungen. Von einigen Initiativen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern abgesehen, sind sie auf eine politisch-symbolische Dimension der Kriegsfolgen reduziert. Die Bücher sind in Universitätsbibliotheken (Łódź, Kraków, Wrocław, Warszawa) aufbewahrt, doch oft ohne erklärenden Zusammenhang, unzureichend katalogisiert, ohne Eingabe von Provenienz, „Verlegt, verwahrt und vergessen“, wie ich an einer Voltaire-Ausgabe der Philosophie de l’Histoire von 1765 zeigen konnte. Und doch haben diese Bücher etwas Gemeinsames: Auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Linie geht es um Verlust- und Trauergeschichten. In ihrem programmatischen Aufsatz von 2017 mit dem Titel Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe plädierte Bénédicte Savoy für einen offenen Umgang mit der Provenienz kunsthistorischer Objekte auf ihren Wegen im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts in die europäischen Sammlungen. Sie zeigte, wie Trauer dadurch überwunden werden kann, dass man die Geschichte von wechselseitiger Wirkung und Verflechtung als gemeinsames europäisches Erbe erzählt und teilt. Die Bücher, die uns hier interessieren, sind im Gegensatz zu den Objekten der Kunstgeschichte, die Savoy behandelt, selten in einer Museumsvitrine vorzufinden, sondern oft vernachlässigt und vergessen. Doch sind sie gleichermaßen Zeugnis einer gemeinsamen europäischen Geschichte, die in eine Zeit weit vor 1939 zurückreicht. Der fast wahrgewordene Traum einer umfassenden erhabene Weltbibliothek, in der alle Bücher über die digitalen Medien friedenstiftend, überall zugänglich sind, hat auch etwas Abstraktes. Die Wiederentdeckung der „Lust am Buch“, wie Michael Hagner ausweist, geht mit Erzählungen, Provenienzforschung und subjektiver Aneignung einher. Auf dieser Tagung wollen wir die Bücher aus ihrem politischen toten Winkel herausholen und sie als lebendiges „Geschichtsding“ betrachten, samt ihrer „Biographie“ mit ihren kulturellen, sozialen und politischen Aspekten.

Avisierte Fragen und Themen

- Beispiele einzelner Bände aus polnischer oder deutscher Sammlungen, die im Krieg aus ihren institutionellen Kontext gerissen oder gar vollkommen zerstört wurden.

- Geschichte der Wege und der Wirkung einzelner Bände – auch als „vermisste“, abwesende, zerstörte Objekte im polnischen und deutschen kulturellen Gedächtnis.

- Stellenwert dieser Bücher im politischen und diplomatischen Diskurs sowohl in Polen wie auch in Deutschland. Können wir Schlüsselmomente in der Behandlung dieser diplomatischen Angelegenheit seit 1945 ausmachen, sowohl zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen wie auch zwischen Polen und der Bundesrepublik?

- Was machen die wandelnde Kontexte mit dem Buchobjekt, aber auch, was bewirkt ein solches Buch in verschiedenen wechselnden sozialen und politischen Umfeldern?

Die Tagung wird in Kooperation mit und in den Räumen des Deutsches Historisches Instituts Warschau (DHIW) stattfinden. Das Deutsches Historisches Institut Warschau (DHIW) wird während der Tagung auch einen Übersetzungsdienst anbieten. Sprachen: Deutsch/ English/ Polnisch.

Frist für die Einreichung der Abstracts ist der 01. September 2021

Kontakt

dhi@dhi.waw.pl

Zitation
Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg. In: H-Soz-Kult, 21.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98476>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

32) Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland

Veranstalter
Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt
Veranstaltungsort
Zentralinstitut für Kunstgeschichte München

80333 München

06.04.2022 - 08.04.2022
Frist
08.08.2021
Von
Anna Baumgartner, Ludwig-Maximilians-Universität München

Ziel der Tagung ist zum einen, den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland zu reflektieren. Zum anderen werden aktuelle theoretische und methodische Ansätze diskutiert. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln. Die Tagung ist interdisziplinär angelegt und richtet sich an Kunsthistoriker:innen sowie Forschende aus den Osteuropa- und Polenstudien. Auch Beiträge aus weiteren Disziplinen sind willkommen.

Konzeption und Organisation: Anna Baumgartner, Christian Fuhrmeister, Nerina Santorius, Marta Smolińska

Die Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung in München plant vom 25. März bis zum 31. Juli 2022 in Kooperation mit den Nationalmuseen in Warschau, Krakau und Posen eine groß angelegte Ausstellung zur polnischen Malerei: „Stille Rebellen. Polnischer Symbolismus um 1900“. Diese Ausstellung ist Ausgangspunkt und Resonanzraum einer Tagung, in der wir zum einen den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland reflektieren und zum anderen aktuelle theoretische und methodische Ansätze diskutieren wollen. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln.

Gerade in den letzten Jahren waren Initiativen zur Erforschung der Rezeption der polnischen Kunst außerhalb Polens, Tendenzen der stärkeren Vernetzung mit polnischen Kunsthistoriker:innen sowie Projekte zur Geschichte der deutsch-polnischen Kunstbeziehungen zu beobachten. Diese stehen oft in Zusammenhang mit Forschungen zur „Globalisierung osteuropäischer Kunstgeschichten“ (Vgl. Beáta Hock / Anu Allas (Hg.): Globalizing East European Art Histories. Past and present, London / New York 2018) und der Hinterfragung des kunsthistorischen Kanons. Im Fokus stand dabei zuletzt die Kunst(geschichte) des 20. Jahrhunderts mit Themen aus der Performance-Kunst, der Architekturgeschichte, Denkmalpflege und seit Kurzem auch der Provenienzforschung. Transnationale und auf die Untersuchung von Verflechtung und Austausch ausgerichtete Theorie- und Methodenansätze wurden fruchtbar gemacht und lenkten den Blick auch auf Abgrenzungs- und Entflechtungsmechanismen, die gerade im spannungsreichen deutsch-polnischen Kontext immer wieder zu beobachten sind.

Nichtsdestotrotz nimmt die polnische Kunst(geschichte) in der deutschen Forschungs- und Museumslandschaft nur einen Nischenplatz ein. In Anbetracht der in Deutschland nur selten öffentlich rezipierten polnischen Kunst vergangener Epochen ist die kommende Ausstellung in der Kunsthalle München ein wichtiges Ereignis, zumal die Malerei des 19. und frühen 20. Jahrhunderts auch in den auf Osteuropa insgesamt ausgerichteten Initiativen bisher nur wenig Beachtung fand. Eine gewisse Aufmerksamkeit erhielten jedoch die in München zahlreich tätigen polnischen Maler:innen, die zuletzt aussagekräftig als Phänomen künstlerischer Migration untersucht worden sind. Eine gezielte Untersuchung der hochgradig transnational vernetzten und auch in anderen deutschen bzw. europäischen Kunstzentren tätigen polnischen Künstler:innen innerhalb der global zirkulierenden visuellen Kulturen des 19. Jahrhunderts ist bislang dennoch ein Desiderat, ebenso wie das zeitgenössische Kunstgeschehen in Polen jenseits des internationalen Galeriewesens.

Vor diesem Hintergrund soll der erste Teil der Tagung – mit Blick v.a. auf das 19. Jahrhundert – der Diskussion dieser Leerstellen gewidmet sein. Der Fokus liegt auf der deutsch-polnischen Perspektive, die aber in den europäischen und/oder globalen Kontext gesetzt werden soll. Die Beiträge aus der Kunstgeschichte oder den Polen- und Osteuropastudien sollten dezidiert das Potential neuer Forschungsansätze ausloten und sich beispielsweise mit Spannungen zwischen dem nationalen und transnationalen Paradigma, mit der Ver- und Entflechtung oder mit der (De-)Essentialisierung von Begrifflichkeiten oder Alterisierungs- bzw. (Selbst-)Exotisierungsmechanismen befassen. Auch infrastrukturelle Aspekte oder die Auswirkungen aktueller Kultur- und Ausstellungspolitik können thematisiert werden.

Im zweiten Teil der Tagung möchten wir das Untersuchungsfeld zeitlich ausweiten und neue theoretische Kontexte, Methoden und kuratorische Strategien diskutieren, die zur Überwindung jahrzehntelang tradierter Deutungsmuster beitragen können. Hierfür begrüßen wir erneut ausdrücklich interdisziplinäre Beiträge, die anhand innovativer werkorientierter Analysen alternative Sichtweisen auf das Schaffen polnischer Künstler:innen durch die Epochen hindurch bis heute entwickeln: Border (art) studies / Migration studies und Erinnerungsräume / Memory studies / Visual culture und Postcolonial studies / (Post)feminismen / Posthumanismus / Postanthropozentrismus / Ökologische Strömungen / Material turn und neuer Materialismus / Jenseits des Visuellen: Tastsinn, Geschmacksinn, Geruchsinn, Propriozeption, kinästhetischer Sinn / Körperlichkeit und Somästhetik / Kartographisches und geopoethisches Denken / Kritische Geographie etc.

Abschließend wollen wir das Potential dieser neuen methodischen Herangehensweisen evaluieren und sondieren, ob und wie diese Ansätze auch für die polnische Kunst früherer

Epochen, insbesondere das 19. Jahrhundert, fruchtbar gemacht werden können. Welche neuen Perspektiven könnte dies für die deutsch-polnischen Kunstbeziehungen bringen?

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (maximal 2.500 Zeichen) samt einem kurzen Lebenslauf (maximal 500 Zeichen) bis zum 08. August 2021 an: polishart@zikg.eu.

Geplante Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. In Ausnahmefällen werden auch Beiträge in anderen Sprachen akzeptiert. Die Vorträge sollen die Dauer von 20 Minuten auf keinen Fall überschreiten.
Die Veranstalter:innen haben Zuschüsse für Reise und Übernachtungskosten der Referent:innen beantragt. Werden diese bewilligt, können die Kosten übernommen werden.
Es ist geplant, ausgewählte Beiträge der Tagung in einem Sammelband zu veröffentlichen.

Die Tagung findet in Kooperation zwischen dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung, München, der Universität der Künste in Posen/Poznań, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft München sowie dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt statt.

Kontakt

polishart@zikg.eu

Zitation
Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland. In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98653>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

33) Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)

Veranstalter
Schwabenakademie Irsee / Zentralinstitut für Kunstgeschichte
Veranstaltungsort
Schwabenakademie Irsee, Klosterring 4

87660 Irsee

08.04.2022 - 10.04.2022
Frist
30.09.2021
Von
Susanne Spieler, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Zentralinstitut für Kunstgeschichte

IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium der Schwabenakademie Irsee, 08. bis 10. April 2022, in Kooperation mit dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte

„Herrliche schöne, wolgezierte und nutzbare Gärten“, so formulierte Johann Peschel in seiner „Garten-Ordnung“ (1597) pointiert die Funktion und Wahrnehmung von Gärten im semantischen Feld zwischen Zierde und Nutzen: eine in der Gartentheorie um 1600 häufig anzutreffende Polarisierung. Sie drückt den Aufstieg der Gartenkunst aus der Landwirtschaft aus und lässt zugleich in der Betonung der Zierfunktion die angestrebte Eingliederung der Gartenkunst in ein bestehendes theoretisches und Gattungssystem der Künste erkennen. Die Polarisierung von Nutzen und Zierde, von Natur und Kunst kann jedoch nur als ein Rahmensystem verstanden werden, in dem sich ein breiteres Spektrum von Gestaltungen und höfischen, städtischen, religiösen und wissenschaftlichen Nutzungskonzepten der Gärten im behandelten Zeitraum entwickelt. Befasst sich die internationale Forschung seit langem intensiv mit den Gärten italienischer Villen oder französischer Schlösser, so lassen sich in der Erforschung der deutschen Gartenkunst der Frühen Neuzeit Desiderate erkennen, sieht man von einzelnen gut bearbeiteten Anlagen wie etwa dem Heidelberger Schlossgarten (Hortus palatinus) ab. Die Desiderate sind sicherlich auch auf spärliche Überlieferung und mangelnde Auseinandersetzung mit vorhandenen Quellen zurückzuführen. Die Tagung nimmt daher die Reise- und Sammlungsbeschreibungen von Philipp Hainhofer zum Anlass, um die deutsche Gartenkunst in einem Zeitraum zu behandeln, der im mittleren 16. Jahrhundert mit einer gesteigerten Würdigung und Wertigkeit von Gärten und Pflanzenkultur einsetzt und etwa mit dem Erscheinungsdatum von Joseph Furttenbachs „Architectura Recreationis“ (1640) endet.

Beispielsweise könnten folgende Themengebiete aufgegriffen werden:
- Entwurf, Gestaltung, Bepflanzung und Ausstattung höfischer Residenzgärten und bürgerlicher Gärten in den Städten
- Pflanzenkultur und Pflanzenverwendung
- Handel, Tausch von Pflanzen und Samen
- Ausbildung und berufliche Situation von Gärtnern
- Gartentheorie
- das Verhältnis von Architektur und Garten
- Verbindung mit religiösen Praktiken (Einsiedeleien)
- der Garten als Ort wissenschaftlicher Zusammenkünfte
- der Blick auf und die Wahrnehmung und Beschreibung von Gärten (etwa in Reisejournalen)

- die Auseinandersetzung deutscher Reisender und Gärtner mit europäischen Modellen
- Gärten in der bildenden Kunst, Literatur oder Musik

Themenvorschläge (in deutscher oder englischer Sprache) für bislang unpublizierte Beiträge mit einer Zusammenfassung (maximal 2.000 Zeichen) und einem CV (mit Angaben der einschlägigen Publikationen) werden erbeten bis zum 30. September 2021 an: Hainhofer-Kolloquium-4@t-online.de.

Die Reise- sowie Übernachtungs- und Verpflegungskosten werden vom Veranstalter übernommen. Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Doktoranden sowie Wissenschaftler:innen der Post-doc-Phase werden ausdrücklich zur Bewerbung ermutigt.

Die Tagungsbeiträge sollen in einem von Andreas Tacke, Iris Lauterbach und Michael Wenzel herausgegebenen Sammelband in der Hainhoferiana-Schriftenreihe der Schwabenakademie Irsee beim Michael Imhof Verlag (Petersberg) im Frühjahr 2023 gedruckt vorliegen.

Den Rahmen der Philipp-Hainhofer-Kolloquien der Schwabenakademie Irsee bildet das Langzeitvorhaben der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) „Kommentierte digitale Edition der Reise- und Sammlungsbeschreibungen Philipp Hainhofers (1578–1647)“. Für das IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium der Schwabenakademie Irsee konnte Prof. Dr. Iris Lauterbach vom Zentralinstitut für Kunstgeschichte (München) als Kooperationspartnerin gewonnen werden.

Kontakt

Hainhofer-Kolloquium-4@t-online.de

https://www.zikg.eu/aktuelles/nachrichten/call-for-papers-aspekte-deutscher-gartenkunst-irsee

---

Zitation
Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640). In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98663>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

34) "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Veranstalter
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

40225 Düsseldorf

11.05.2022 - 13.05.2022
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Gero Faßbeck, Institut für Romanistik, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Im Mittelpunkt der Tagung steht die Frage, welche wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ästhetischen Dynamiken durch Flüsse in Gang gesetzt werden. Neben konkreten Flussräumen (z.B. Rhein, Donau, Oder, Rhône, Ebro, Tiber) soll es dabei auch um Fragen des methodischen Zugriffs auf räumliche Flussdynamiken gehen. Flüsse, so die leitende These, sind nicht nur passive Objekte wissenschaftlicher Beschreibung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstituierung von Räumen beteiligt.

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Flüsse sind (genauso wie Meere oder Gebirge) seit jeher ein prägender Bestandteil von Räumen. Sie dienen als natürliche Grenzen, formen den Charakter einer Landschaft und prägen das Bild ganzer Regionen. Für die Wahrnehmung eines geografischen Raumes spielen Flüsse daher eine ganz wesentliche Rolle. Entsprechend werden ihre Lage und ihr Verlauf aufs Genaueste beschrieben, vermessen und kartografiert. Als natürliche Gebilde konfrontieren sie den Menschen mit Gefahren (Hochwasser, Dammbrüche, usw.), deren Risiken durch Eingriffe in die Natur (z.B. Staudämme, Kanäle, Begradigungen) minimiert werden. Umgekehrt macht sich der Mensch das natürliche Potenzial von Flussräumen auch zu Nutze (z.B. Wasserkraft, Landwirtschaft). Flüsse sind jedoch nicht nur das passive Objekt wissenschaftlich-technischer Naturbeherrschung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstitution von Räumen beteiligt. Begreift man Flüsse als eigenständige Akteure im Rahmen einer Netzwerk-Theorie, so stellt sich die Frage, welche Dynamiken durch sie in Gang gesetzt werden.

In ökonomischer Hinsicht dienen Flüsse als wichtige Transport- und Verkehrswege. Sie sind Lebensadern der Wirtschaft, die zur Verflechtung von Wirtschaftsräumen beitragen. Ihre verkehrstechnische Nutzung zieht eine Vielzahl von juristischen Diskursen nach sich, die ihrerseits wieder neue Dynamiken erzeugen, indem sie (supra-)staatliche Gesetzgebungen anregen, aus denen neue Institutionen hervorgehen. In politischer Hinsicht sind Flüsse oftmals umkämpfte Grenzen oder Orte kriegerischer Auseinandersetzungen. Mitunter werden sie zur Projektionsfläche für nationale Diskurse, an denen sich langlebige Feindschaften ausbilden (z.B. Rhein, Oder-Neiße). Gleichzeitig bilden sie aber auch Räume des Kontakts, in denen kulturelle Transfer- und Austauschprozesse stattfinden. Flussräume sind somit exemplarische Räume der Abgrenzung und der Verflechtung. Als solche tragen sie entscheidend zur Herausbildung von Raumkulturen bzw. zur Entstehung von Kulturräumen bei (z.B. Donau, Rhein, Oder, Rhône, Tiber, Ebro). Nicht zufällig gilt der Fluss seit der Antike (Heraklit) als Sinnbild für Identitätsproblematiken schlechthin. Denn Flüsse konstituieren Räume mit erheblicher Beharrungskraft, die gerade deswegen konstant bleiben, weil sie immer in Bewegung sind.

Das paradoxe Verhältnis von Konstanz und Veränderung eignet sich auch für ästhetische Diskurse. Bereits im Mythos wird der Fluss als metaphorische Schwelle bzw. Ort des Übergangs markiert (z.B. Lethe, Rubikon). In der Bibel ist er ein Symbol für Reinigung und Heilung (z.B. Jordan). Überaus häufig begegnet man Fluss-Symboliken in Sagen, Märchen und Legenden (z.B. Loreley). Überhaupt scheinen Flussräume in besondere Weise anschlussfähig für eine Imagologie des Wassers zu sein. Daneben spielt der Fluss aber auch eine Rolle bei der Entstehung von Kulturtechniken (z.B. Baden, Schwimmen, Waschen, Kuren) und künstlerisch-diskursiven Praktiken (z.B. Rhein-Romantik). Letztere verbinden sich auffällig häufig mit Flussabschnitten, die als Knotenpunkte für Transferprozesse zwischen einzelnen Regionen dienen (z.B. Furten, Zusammenflüsse). Oftmals bilden diese Räume schon nach kurzer Zeit eigene „Kulturlandschaften“, d.h. räumliche Einheiten, die über bestimmte Merkmale verfügen und an denen sich ein einheitlicher „Stil“ (im Unterschied zu kurzfristigen Moden) entwickelt. Bezeichnenderweise haben sich Orte des Wissens (z.B. Bibliotheken, Klöster, Stifte) im Mittelalter bevorzugt an solchen Flussabschnitten angesiedelt, deren begünstigende Faktoren auch dazu beigetragen haben, künstlerische Praktiken zu verbreiten.

Im Rahmen der Tagung sollen sowohl konkrete Flussräume als auch einzelne der hier vorgestellten Flussdynamiken aus einer geistes- und kulturwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet werden. Das Verhältnis von Flussdynamiken und Raumkulturen soll dabei aus einer längeren historischen Perspektive untersucht werden, die den Zeitraum vom Mittelalter bis zum 19. und 20. Jahrhundert abdeckt. Neben thematisch-inhaltlichen Aspekten sind insbesondere auch Beiträge erwünscht, die sich mit methodischen Fragen auseinandersetzen.

Mögliche Themen oder Fragestellungen der Beiträge könnten u.a. sein:

- Wie lassen sich Flussräume mit ihren spezifischen Eigenheiten und Verflechtungen über (nationale) Grenzen hinweg beschreiben?

- Wie lassen sich der Fluss und seine dazugehörigen Elemente (Strom, Quelle, Mündung Fließen, usw.) für eine Analyse von Raumkulturen / Kulturräumen operationalisieren?
- Welche Rolle spielen Flüsse für die Konstitution von Räumen? Welcher kulturellen Anstrengungen bedarf es, um Flüsse als räumliche Einheiten zu konstituieren?
- Inwiefern wird die Wahrnehmung von geografischen Räumen durch Flüsse gelenkt und welche Faktoren tragen dazu bei, dass sich die Raumwahrnehmung verändert?
- Welche Art von wirtschaftlichen, politischen, ästhetischen und künstlerisch-diskursiven Dynamiken entstehen entlang von Flussläufen?

Die Tagung wird organisiert vom Forschungsverbund "Fluide Räume" der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu den beteiligten Fachdisziplinen gehören das Institut für Geschichte, germanistische Mediävistik, Romanistik und Kunstgeschichte.

Beiträge aus anderen als den genannten Disziplinen sind jedoch explizit erwünscht.

Die Tagung beginnt am Mittwoch, den 11. Mai 2022, und endet am Freitag, den 13. Mai 2022, jeweils gegen Abend. Veranstaltungsort ist das Haus der Universität Düsseldorf, Schadowplatz 14, 40212 Düsseldorf. Die Anwesenheit der Tagungsteilnehmer an allen drei Veranstaltungstagen ist erwünscht. Kosten für Unterkunft und Reise werden erstattet. Honorare können nicht gezahlt werden.

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (max. 2500 Zeichen) bis zum 31.07.2021 an Fluide.Raeume@hhu.de.

Veranstalter: Geographie Fehlanzeige! Warum?

Prof. Dr. Achim Landwehr
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Gebäude 23.32
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Guido Thiemeyer
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 23.31
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ricarda Bauschke-Hartung
Institut für Germanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.54
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Andrea von Hülsen-Esch
Institut für Kunstgeschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ursula Hennigfeld
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Dr. Gero Faßbeck
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Kontakt: Fluide.Raeume@hhu.de

Zitation
"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken. In: H-Soz-Kult, 03.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98109>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

35) Slavistiktag 2022

Veranstalter
Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum)

Ausrichter
Ruhr-Universität Bochum
44780 Bochum

21.09.2022 - 24.09.2022
Anmeldung bis:
15.01.2022

Von
Thomas Skowronek, Seminar für Slavistik / Lotman-Institut für russische Kultur, Ruhr-Universität Bochum

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende.

Der Deutsche Slavistiktag ist die zentrale Tagung der deutschsprachigen Slavistik. Alle drei bis vier Jahre versammelt er Forschende, die sich mit der slavischen Welt und ihrer Erkundung im Bereich der Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaft, der Linguistik und der Fachdidaktik auseinandersetzen.

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende. Ihre Bewerbung schicken Sie bitte an: slavtag2022@rub.de

Programm
- bis 15. Januar 2022: Bewerbung für aktive Teilnahme, Einreichung der Abstracts
- bis 15. Februar 2022: Information über die Annahme des Themenvorschlags
- 15. Februar – 1. Juni 2022: Nach Zusage Zahlung des Kongressbeitrags (verbindliche Anmeldung)
- bis 1. September 2022: Anmeldung für passive Teilnahme
- 21.–24. September 2022: 14. Deutscher Slavistiktag

Kontakt
slavtag2022@rub.de
https://slavtag2022.blogs.ruhr-uni-bochum.de

Zitation
Slavistiktag 2022. In: H-Soz-Kult, 06.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97428>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

36) War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923

Veranstalter
Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau

Veranstaltungsort
31007 Krakau
Vom - Bis
19.10.2022 - 22.10.2022
Frist
01.08.2021
Von
Kamil Ruszala, Institut für Geschichte, Jagellonen-Universität-Krakau

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: “War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923”.

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. Each of these remarkable events has brought together hundreds of scholars from all over the world to share their interest in Poland’s history, culture, and language. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. We have now begun planning for the continuation of this project, and we warmly

invite you to be part of this, the fourth International Congress of Polish History. In spite of the uncertainty and unpredictability that the pandemic has brought, we are going ahead with the organization of the Congress, firm in the belief that it will be possible for us all to meet safely in Kraków in October 2022. The theme of the Congress will be 'Cultural Encounters'. We set out to look at the history of the Polish lands through the lens of mutual relations and interaction and of the multiple cultural currents and models that have circulated in the country for centuries. Ideas, customs, identities and languages, have come together as if in a crucible, a laboratory, or a transhipment port. Cultural, ethnic, linguistic, religious, economic, demographic, and social diversity has always been a dominant note in Poland's past, and has left lasting traces in its cultural legacy and collective identity. As we invite our fellow scholars with research interests in Poland to Kraków, we hope to explore the dynamics, scale, and complexity of these interactions, probe the main channels of transmission and retransmission, and consider the outcomes for Poland of these cultural encounters. We have pledged to adopt the broadest possible definition of culture, to take account of both its elevated and popular registers.

As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: "War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923". Within this framework, we seek to reconsider the Polish territories as a meeting point of cultures and nations during the First World War and the early post-war periods. This extended historical moment saw the last gasp of land empires that died on the battlefield and the birth of a multi-cultural, post-imperial Polish state from the remnants of three empires. The process of imperial collapse and the construction of new nation states was accompanied by multiple cultural clashes in a context of lingering influences from pre-war times. We invite presentations examining various aspects of these cultural encounters including:

-The experience of non-Polish members of imperial armies stationed in Galicia or Congress-Poland (e.g., Austrians, Hungarians, Slovenes, Slovaks, Czechs, Romanians, Germans, Russians) and their interactions with local populations;

-Impressions of non-combatants during World War I and the border conflicts that followed it, including the experiences and observations of war reporters, politicians, diplomatic staff, intellectuals, artists etc.;

-Post-war realities, including the observations of staff and representatives (of non-Polish background) from international foreign missions after 1918 in the newly-created Second Republic of Poland;

-Post-war transitions such as shifts in a sense of belonging after the rise of new states, changes in self-identification on cultural grounds before and after 1918;

-People on move: wartime migrations (refugees, exile, internment, repatriations) and a cultural encounters;

-The remnants and cultural memory of empires and war, including the repurposing of physical remains such as fortresses, internment and POW camps, sites of memory such as monuments and cemeteries, artistic renderings of memory, or residual administrative practices carrying over from imperial rule and wartime, trying to ask where we find continuity and where we see rupture after 1918 with the earlier systems of rule;

-Cultural encounters in the early years of newly-created Poland after 1918, dominated by Poles but inhabited by other nations (Ukrainians, Jews, Belarussians and Germans), whose

sense of belonging was different (especially those arising as a consequence of long-lasting conflicts).

Any other potential contributions linking cultural encounters and Polish territory in WW1 are warmly welcome.

The 4th Congress is scheduled for October 19–22, 2022 and will be held in Kraków. The languages of the Congress will be English and Polish. For our panel "War and Diversity" we invite up to 8 speakers and discussants, all contributions should be approximately 20 minutes in length. Please submit proposals of approximately 250 words to Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu) and Kamil Ruszała (kamil.ruszala@uj.edu.pl) by August 1, 2021. The complete roster of speakers will be announced by the end of Summer 2021. Congress organisers are seeking funds for lodging in Kraków and to cover travel expenses (especially for non-European scholars). Further details will be provided later.

Panel moderators plan to follow-up after the Congress and collect contributions to publish in a journal as a special issue.

Kontakt

Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu); Kamil Ruszała (kamil.ruszala@uj.edu.pl)

Zitation
War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98951>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

C.a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland *Seiten 330 - 341*

Ausstellung

01) Utopie Kulturforum. Transformation eines Stadtviertels

Eine gemeinsame ‚Wander'-Ausstellung der St. Matthäus-Kirche, der Philharmonie, der Neuen Nationalgalerie, der Kunstbibliothek, des Kunstgewerbemuseums und der Staatsbibliothek zu Berlin

27. August – 31. Dezember 2021
Montag – Sonnabend, 08 – 22 Uhr
Sonn- und Feiertage geschlossen

Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Besuch aktuell in unserem Ausstellungsblog unter http://sbb.berlin/ausstellungen über die tägliche Öffnungszeit und die Zugangsbedingungen.
Eintritt frei

Staatsbibliothek zu Berlin
Foyer
Potsdamer Straße 33
10785 Berlin

Alle Informationen finden Sie hier: **<*https://blog.sbb.berlin/termin/ausstellung-utopie/*>**

Im Augenblick ist es uns leider nicht möglich, Führungen in unseren Häusern anzubieten.
Die in Berlin geltenden Vorschriften zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie sind im Hinblick auf Personenzahl und Abstandsmaße nicht mit unserem regulären Führungsangebot einzuhalten.
Bitte achten Sie auf unsere Webseiten - wenn Führungen wieder möglich sind, werden wir dort informieren.

Aktuelle Covid 19-Hygieneregeln für den Besuch in unseren Häusern: Covid-19 | Hygienekonzept | Staatsbibliothek zu Berlin (staatsbibliothek-berlin.de)

Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Corona-Situation. In unserem Blog halten wir Sie stets auf dem Laufenden.

02) Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg

Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat ereichen Sie zur Zeit:
Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr
Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163
museum@ba-ts.berlin.de

+++ *Aktuell* +++

Ab Samstag 24. April 2021 sind alle Standorte der Museen Tempelhof-Schönerg im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes bis auf Weiteres geschlossen!

Wir freuen uns darauf, Sie hoffentlich bald wieder in unseren neuen Ausstellungen zu begrüßen zu können, sobald die aktuelle Lage in Berlin eine Wiedereröffung der Kultureinrichtungen ermöglicht.

Bleiben Sie zuversichtlich.
Ihr Team der Museen Tempelhof-Schöneberg

KUNST KULTUR GESCHICHTE

AUGUST BIS OKTOBER 2021

ab AUGUST
DEZENTRALE KULTURARBEIT
PSCODE – Searching for Passing Sounds
Installation

noch bis SO 8.8.
SCHÖNEBERG MUSEUM
Enthüllte Schätze – 101 Jahre Schöneberger Kunstdepot
Kunstausstellung

noch bis SO 8.8.
HAUS am KLEISTPARK | Projektraum
Dark Whispers – Fotografien von Beatrice Minda
Ausstellung

noch bis SO 15.8.
HAUS am KLEISTPARK
Deceleration
Ausstellung zum Kunstpreis des Haus am Kleistpark

noch bis MI 25.8.
GALERIE im TEMPELHOF-MUSEUM
10. Tempelhofer Kunstausstellung

noch bis MI 29.9.
GEDENKORT SA-GEFÄNGNIS PAPESTRASSE
Ausgeblendet – Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin | Sonderausstellung

noch bis DO 30.9.
WIR WAREN NACHBARN
Von der Stadt zur City – 100 Jahre Großberlin
Am Beispiel des Ausstellungssaals im Rathaus Schöneberg

noch bis SO 10.10.
TEMPELHOF MUSEUM
»Kommt schwimmen« – Das Seebad Mariendorf 1876–1950
Sonderausstellung

noch bis SO 31.10.
INFORMATIONSORT SCHWERBELASTUNGSKÖRPER
Nägel
Eine Installation von Sonya Schönberger

DO 5.8.
19 UHR
INFORMATIONSORT SCHWERBELASTUNGSKÖRPER
Fritz Feilcke – Vom NS-Werksdirektor zum Träger des Großen Verdienstkreuzes | Vortrag von Kathrin Misterek

FR 6.8.
10–12 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Etwas wagen (Herz, Hand, Verstand)
Ökofeministische Vorlesereihe

SA 7.8.
12–19 UHR
JUGEND MUSEUM
Das Jugend Museum beim **Nachbarschaftsfest** am Rathaus Schöneberg

SO 8.8.
14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

FR 13.8.
10–12 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Etwas wagen (Herz, Hand, Verstand)
Ökofeministische Vorlesereihe

SO 15.8.
14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

FR 20.8.
18 UHR
– SA 21.8.
12 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Polterabend
Theater

FR 20.8. – SO 17.10.
HAUS am KLEISTPARK | Projektraum
Living Room – Jana Sophia Nolle
Ausstellung

SA 28.8. – SO 31.10.
HAUS am KLEISTPARK
Junimond – Fotografien von Anna Lehmann-Brauns
Ausstellung

SA 28.8.
14–20 UHR
KINDERMUSEUM | ALTE MÄLZEREI
Sommerfest in der Alten Mälzerei Lichtenrade
Feiere mit und iss dich schlau!

SA 28.8.
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Hassan Elmalik – Mit der Oud durch die Welt
Konzert

MI 1.9.
IM STADTRAUM
Stolperstein-Verlegungen
Gedenkveranstaltung

MI 1.9. – DO 30.9.
JUGEND MUSEUM
Mitbestimmung jetzt! | Aktionen zum Superwahljahr im Rahmen von »Discover History – Act now!«

FR 3.9. – SO 14.11.
GALERIE im TEMPELHOF-MUSEUM
Dear Käthe – Claudia Balsters und Hannah Goldstein
Ausstellung

FR 10.9.
19 UHR
SCHÖNEBERG MUSEUM
Loretta Walz und **Sonya Schönberger** im Gespräch über die Arbeit mit Zeitzeugenarchiven

SO 12.9.
14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

SO 12.9.
20:30 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Terra Madre – Un Inno alla Vita
Körper-Performance, bewegte Bilder und Musik

SO 19.9.
14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

FR 24.9. + SA 25.9. + SO 26.9.
19:30 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
WILD ACCESS
Performance

ab OKTOBER
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Briefe aus Nahariya
Fotoausstellung

DO 7.10. – SO 10.4.22
SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel – Fotografien von André Kirchner im Dialog mit historischen Aufnahmen | Ausstellung

SA 9.10. + SO 10.10.
13–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Film ab! Dreh deinen eigenen Trickfilm
Workshop im Rahmen des KinderKulturMonats

SA 9.10. + SO 10.10.
jeweils 18:30 + 20:30 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
LIGHT
Konzert

SO 10.10.
14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

ab MO 11.10.
JUGEND MUSEUM
Herbstferien im Jugend Museum
Kreative Workshops für Groß und Klein

SO 17.10.
14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

SA 23.10.
19 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Weggehen – Ankommen – verwandelnd Erhalten
Musikalisch-literarische, deutsch-israelische Erkundung

FR 29.10. – SO 12.12.
HAUS am KLEISTPARK | PROJEKTRAUM
Woman – Fotografien von Birgit Kleber
Ausstellung

SA 30.10.
13–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Reise in die Vergangenheit
Workshop im Rahmen des KinderKulturMonats

SA 30.10.
16 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Meine Schwester saß den ganzen Tag am Cembalo
Szenisches Familienkonzert für jedes Alter

Thälmannplatz, Berlin, 1949, Foto: Schumann (Postkartendetail)

Eine Ausstellung des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

GEDENKORT SA-GEFÄNGNIS PAPESTRASSE

SA 29.5. – MI 29.9.

Ausgeblendet
Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin

Sonderausstellung

Im Stadtbild Berlins finden sich heute zahlreiche Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Mahnmale, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern. Der Einrichtung vieler dieser Orte – gerade, wenn es sich um sogenannte Täterorte handelt – ging jedoch eine lange Geschichte des Ausblendens und Verschweigens sowie politischer Auseinandersetzungen voraus.

Die Ausstellung **Ausgeblendet** erzählt von diesem schwierigen Prozess der Sichtbarmachung in Ost-Berlin vor und nach der deutschen Wiedervereinigung.

Ort: Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße, Werner-Voß-Damm 54 a, 12101 Berlin

03) <u>„Kommt Schwimmen“. Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950</u>
Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021

04) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht
28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors

Sonderausstellung | Special Exhibition

FRITZ BAUER. DER STAATSANWALT.
NS-VERBRECHEN VOR GERICHT

FRITZ BAUER. DISTRICT ATTORNEY.
PROSECUTING NAZI CRIMES

28. April – 17. Oktober 2021
täglich | daily 10 – 20 Uhr
Eintritt frei | Admission free

Dokumentationszentrum Topographie des Terrors
Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin

Weitere Informationen | Further information
www.topographie.de

Eine Ausstellung von | An exhibition of

Fritz Bauer Institut
Geschichte und Wirkung
des Holocaust

JÜDISCHES MUSEUM FRANKFURT

Die Ausstellung wurde gefördert von | Exhibition supported by
Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur
Dr. Nicolaus und Dr. Christiane Weickart
und | and

FAZIT-STIFTUNG

Das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors wird gefördert von | The Topography of Terror Documentation Center is supported by

Ausstellung

Fritz Bauer gehört zu den bedeutendsten und juristisch einflussreichsten jüdischen Remigranten im Nachkriegsdeutschland. Gegen erhebliche Widerstände brachte er als Staatsanwalt wichtige Strafverfahren gegen NS-Täter auf den Weg, insbesondere den Frankfurter Auschwitz-Prozess. Einen entscheidenden Anteil hatte er auch an der Ergreifung Adolf Eichmanns, dem als ehemaligen Leiter des „Judenreferats" im Reichssicherheitshauptamt in Israel der Prozess gemacht wurde.

Die Ausstellung dokumentiert mit vielen Originalobjekten sowie Ton- und Filmaufnahmen Fritz Bauers Lebensgeschichte im Spiegel der historischen Ereignisse. 1930 zum jüngsten Amtsrichter der Weimarer Republik ernannt, wurde er während der NS-Zeit als Jude und Sozialdemokrat verfolgt. Er floh aus Deutschland und kehrte 1949 zurück. Fritz Bauers Auffassung, ein Staatsanwalt habe in erster Linie die Menschenwürde zu schützen, gerade auch gegen staatliche Gewalt, revolutionierte das überkommene Bild dieses Amtes – ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Demokratisierung in der frühen Bundesrepublik.

Exhibition

Fritz Bauer was one of the most important and legally influential returned Jewish emigrants in post-war Germany. As a district attorney, he initiated important criminal proceedings against Nazi perpetrators, in particular the Frankfurt Auschwitz trial, despite considerable opposition. He also played a decisive role in the capture of Adolf Eichmann, who was put on trial in Israel for his crimes as former head of the "Jewish Affairs Section" at the Reich Security Main Office.

This exhibition documents Fritz Bauer's life history in the context of broader historical events, using original exhibits, sound and film recordings. A Jew and Social Democrat who, in 1930, became the youngest district judge in the Weimar Republic, he was subject to persecution in the Nazi period. He escaped Germany, returning only in 1949. Fritz Bauer's view that a district attorney is first and foremost responsible for protecting human dignity, especially against state violence, revolutionized the traditional view of this office – an important step forward in democratization in the early Federal Republic.

Begleitprogramm

DIENSTAG, 13. JULI 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Umgang mit der NS-Vergangenheit
Vorträge und Lesung
Prof. Dr. Lena Foljanty, Wien
Dr. David Johst, Halle
Moderation: Dr. Stephanie Bohra, Berlin

DIENSTAG, 31. AUGUST 2021, 19 UHR
Diener des Rechts und der Vernichtung. Das Verfahren gegen die Teilnehmer der Konferenz von 1941 oder: Die Justiz gegen Fritz Bauer
Buchpräsentation: Christoph Schneider, Frankfurt/M.
Moderation: Dr. Tobias Freimüller, Frankfurt/M.

DIENSTAG, 12. OKTOBER 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Auschwitz-Prozess
Vortrag: Prof. Dr. Sybille Steinbacher, Frankfurt/M.
Moderation: PD Dr. Annette Weinke, Jena

Ob die Veranstaltungen, wie geplant, im Auditorium des Dokumentationszentrums stattfinden können oder als Livestream angeboten werden, steht derzeit noch nicht fest. Bitte informieren Sie sich kurzfristig unter www.topographie.de.

Titelfoto | Title photo
Fritz Bauer, 1965
© fotografie stefan moses, München

05) 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland: Kommunale Galerie zeigt die Ausstellung „Hiersein, Being Here, להיו ן"

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
von Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

BERLIN

Postanschrift	10617 Berlin	**Dienstgebäude**	Rathaus Charlottenburg, Zimmer 228 Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Telefon	9029-12203	**Internet**	www.charlottenburg-wilmersdorf.de
Telefax	9029-12908	**E-Mail**	presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

Pressemitteilung

Berlin, 31. August 2021

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland: Kommunale Galerie zeigt die Ausstellung "Hiersein, Being Here, להיו כאן"

Paula Elion, »Magda and the children«, 2019, Filzstift und Farbe auf einer Secondhand-Tischdecke, 91cm x 52 cm, Credit Fotografie: Paula Elion

Anlässlich des Festjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland" eröffnet Birgit Szepanski (Kuratorin der Ausstellung und Künstlerin) **am Sonntag, 5. September 2021, um 12 Uhr** die Gruppenausstellung "Hiersein, Being Here, להיו כאן" in der Kommunalen Galerie Berlin.

Die Ausstellung möchte einem breiten Publikum zeitgenössische Perspektiven auf das deutsch-jüdische Stadtleben zugänglich machen. Sieben zeitgenössische Künstler*innen präsentieren mit Zeichnung, Malerei, Fotografie, Konzeptkunst und Comic ihre individuellen und kritischen Sichtweisen auf Familie, Herkunftsorte, Identitäten und die jüdische und deutsche Geschichte. Die inhaltliche Vielfalt spiegelt sich in der Spannbreite der künstlerischen Medien wider. Arbeiten von Olaf Kühnemann (Zeichnung, Skulptur), Michal

Fuchs (Zeichnung, Skulptur), Paula Elion (Installation mit Objekten), Atalya Laufer (Installation, Zeichnung, Fotografie), Elke Renate Steiner (Comic/Bücher), Heike Steinweg (Fotografie) und Birgit Szepanski (Installation, Objekte, Artists Book) und ihre Zusammenstellung sollen den Besucher*innen inhaltliche, kritische und ästhetische Anstöße geben, über jüdisches und deutsches Leben und Kultur in Berlin nachzudenken.

Kulturstadträtin Heike Schmitt-Schmelz:

> "Ziel des Festjahres ist es, jüdisches Leben sichtbar und erlebbar zu machen und dem erstarkenden Antisemitismus etwas entgegenzusetzen. Wir wollen mit dieser Ausstellung etwas dazu beitragen, dass nicht nur jüdisches Leben, sondern kulturelle und religiöse Vielfalt generell bei uns wertgeschätzt werden. Die künstlerische Auseinandersetzung mit einem Thema kann dazu beitragen, Menschen hierfür zu senisibilisieren."

Zur Ausstellung gibt es ein vielfältiges Bildungs- und Vermittlungsprogramm der Kommunalen Galerie Berlin. Weitere Informationen zum Festjahr 1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland finden sich unter https://2021jlid.de.

Die Ausstellung ist bis 21. November in der Kommunalen Galerie Berlin, Hohenzollerndamm 176 in Wilmersdorf an folgenden Tagen zu sehen: Di. bis Fr. von 10-17 Uhr, Mi. von 10-19 Uhr, Sa. und So. von 11-17 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Pressekontakt und weitere Informationen:
Elke von der Lieth, Leiterin Fachbereich Kultur und Kommunale Galerie Berlin
Gudrun Schaeffer, Öffentlichkeitsarbeit Kommunale Galerie Berlin
Tel. (030) 9029-16704 (Galerie), (030) 9029-16710 (Durchwahl)
E-Mail: info@kommunalegalerie-berlin.de, Internet: www.kommunalegalerie-berlin.de

Im Auftrag
Brühl

Brandenburg-Preußen Museum
Wustrau

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

06) (K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung, bis 05.12.2021

Besucherinformation Mai 2021 - Museum öffnet wieder ab 7. Mai 2021

Liebe Freunde und Freundinnen des Brandenburg-Preußen Museums,

wenige Tage nach Eröffnung einer der schönsten Sonderausstellungen unseres Museums haben wir leider wegen der Corona-Infektionszahlen in unserem Landkreis wieder schließen müssen.
Nun haben die Maßnahmen offenbar Erfolg gezeigt, ab Freitag und auch am kommenden Wochenende ist das Brandenburg-Preußen Museum wieder offen und hoffentlich auch darüber hinaus. Und wir freuen uns, Ihnen die Sonderausstellung

(K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung

zu zeigen.

Es gibt noch eine gute Nachricht aus Wustrau: Gemeinsam mit der Gemeinde Fehrbellin haben wir zwei sehr schöne und ganz unterschiedliche Rundwanderwege ab und nach Wustrau entwickelt, die nun ausgeschildert sind und der Wanderer harren, die den Frühling in der Natur genießen wollen. Der Zieten-Rundweg ist 5,8 km lang, er führt über den Rhin und dann nach links durch Wald und Wiese nach Altfriesack und entlang dem Ruppiner See zurück. Der Constanze-Rundweg ist 8,5 km lang und führt durch den historischen Dorfkern, knickt dann am preußischen Meilenstein links ab nach Buskow und führt in einer Schleife zum See und dann am See entlang zurück nach Wustrau – besonders für Vogelliebhaber zu empfehlen. In den Bäumen und Büschen herrscht Hochbetrieb. Für jeden der beiden Wanderwege hängt eine Karte dieser E-Mail an.

Auf Ihrer Wanderung können Sie täglich Fischbrötchen in der Fischerei Pfefferkorn bekommen und am Wochenende auch Kaffee und Kuchen im Café Constance. Sonntags bei schönem Wetter gibt es Essen im Theodors und voraussichtlich ab Pfingsten Eis im Birdegg´s. Wir hoffen sehr, dass ab Pfingsten die Gastronomie zumindest außen wieder öffnen kann.

Da wir nur eine begrenzte Zahl von Besuchern gleichzeitig ins Museum lassen dürfen und für Museen eine Anmeldepflicht angeordnet ist, buchen Sie bitte über unsere Homepage ein Zeitfenster oder rufen Sie uns bitte vorher unter 033925 / 70 798 an bzw. senden Sie bitte eine E-Mail, damit wir Ihnen Ihre Besuchszeit reservieren.

Herzliche Grüße, und bleiben Sie gesund!
Ihr Brandenburg-Preußen Museum

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de

Das Brandenburg-Preußen Museum
wird getragen von der
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand:
Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach
Steuernummer 27/643/03936

„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche…“ Brandenburg-Preußen Museum Wustrau:
Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021

C. b) Ausstellungen außerhalb des Raumes von Berlin

WESTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
  Franziskanerkloster
  Klosterstraße 21
  48231 Warendorf

- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
  02581 92777-13

- Das Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
  02581 92777-0
- *per Fax:*
  02581 92777-14
- *per E-Mail:*
  sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

01) Die schönsten Wochen des Jahres. Reise(n) einst und jetzt 01. Juli bis 17.Oktober 2021

Plakat „Dieses Jahr Danzig Zoppot“. Farbdruck von Bruno Paetsch, Danzig o. J. (1930er Jahre).

Reisen – der Deutschen liebstes Hobby. Jahrzehntelang war der Tourismus zudem ein stetig wachsender Wirtschaftszweig – allein 2019 unternahmen die Deutschen insgesamt 70,1 Millionen Urlaubsreisen – bis die Corona-Pandemie dieser Entwicklung 2020 und 2021 erst langsam, dann umfassend ein Ende bereitete. Aber das Reisen an sich war auch in vergangenen Zeiten durchaus schon ein Massenphänomen – wenn auch oft aus anderen Gründen als heute.
Wer sich in früheren Jahrhunderten auf eine Reise in weiter entfernte Regionen begab, tat dies oftmals aus klar definierten oder von außen vorgegebenen Gründen: Pilger des Mittelalters suchten ihr Seelenheil durch Vergebung ihrer Sünden, Hansekaufleute reisten in Erwartung eines lohnenden Geschäfts, Adelige begaben sich für Ruhm und Ansehen auf Kreuzzüge in den östlichen Teil Europas und Wissenschaftler verschiedenster Fachrichtungen suchten das Neue, bisher Unentdeckte oder Unpublizierte.

Kahlberg/Krynica Morska ist heute der Hauptferienort auf der Frischen Nehrung. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts zog es Urlauber und Ausflügler aus Elbing und Frauenburg hierher. Postkarte, 1928.

Erst mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts begann eine Entwicklung, die das Reisen auch für den „normalen“ Bürger interessant machte – sofern man die nötigen finanziellen Mittel hierfür aufbrachte. Mit dem „Reisen um des Reisens willen“ war der Grundstein für den heutigen Massentourismus gelegt.

So kam auch die frühere preußische Provinz Westpreußen im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts mehr und mehr als Reiseziel in Betracht – Bädertouristen suchten die Seebäder an der Ostsee auf, Kunst- und Kulturinteressierte zog es in die alten Hansestädte Danzig und Thorn oder zu den mittelalterlichen Baudenkmälern des Deutschen Ordens, während die Naturfreunde die wald- und seenreiche Kaschubei aufsuchten.

Die Ausstellung im Westpreußischen Landesmuseum folgt ihren Spuren, präsentiert aber vor allem Impressionen der heutigen attraktiven Reiseziele, die von mittelalterlichen Altstädten, UNESCO-Welterbestätten, beeindruckenden Landschaften bis zu den Stränden entlang der Frischen Nehrung und des Frischen Haffs reichen.

BEGLEITVERANSTALTUNGEN ZUR SONDERAUSSTELLUNG:

Das Begleitprogramm zur Ausstellung umfasst unter anderem Vorträge zu „Ostpreußen als Reiseland“ und „Das Ziel ist der Weg – Auf den Spuren mittelalterlicher Jakobspilger*innen durch Westfalen“.

Die genauen Termine entnehmen Sie bitte unserer Homepage und der Tagespresse.

Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Museumsbesuch über die aktuell gültigen Coronaschutzauflagen unter

www.westpreussisches-landesmuseum.de und www.mags.nrw.

Das Westpreußische Landesmuseum wird gefördert durch:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

LWL Für die Menschen. Für Westfalen-Lippe.

WARENDORF DIE STADT

Trägerin des Museums:
KULTURSTIFTUNG WESTPREUSSEN

02) Natur in Farbe und Struktur. Malerei und Zeichnung von Friedrich Kreuzberg

08.07. bis 30.09.2021, Westpreußisches Landesmuseum

Das Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen präsentiert in Zusammenarbeit mit dem Westpreußischen Landesmuseum aktuelle Werke des Warendorfer Künstlers Friedrich Kreuzberg.

Termine (mit Voranmeldung):

08. August 2021, 15.00 Uhr
12. September 2021, 15.00 Uhr

Auf Anfrage sind während der Ausstellungsdauer weitere Führungen mit Friedrich Kreuzberg möglich.
Tel.: 02581 92 777 0

info@westpreussisches-landesmuseum.de

03) Newsletter des Westpreußischen Landesmuseums vom 09. August 2021

Pilgerweg in Warendorf. *Foto: Steinkrüger*

Die Archäologin **Ulrike Steinkrüger** führt das Publikum auf historischen Wegen in eine ganz spezielle Art des Reisens ein: das Pilgern. Am Beispiel der Wege, die mittelalterliche Jakobspilger*innen nach Santiago de Compostela durch Westfalen genutzt haben, kommen auch zahlreiche Spuren zutage, die die Pilgernden damals hinterlassen haben. Wie sahen solche Wege im Mittelalter eigentlich aus? Und wie können sie rekonstruiert werden? Innerhalb eines Projekts der Altertumskommission für Westfalen (LWL) hat Ulrike Steinkrüger dies jahrelang erforscht und für heutige Pilgernde wieder sichtbar gemacht. Auch Warendorf ist seit 2015 an das Netz der europäischen Jakobswege angeschlossen. Also machen auch Sie den Weg zu Ihrem Ziel und begeben Sie sich mit uns auf die Spuren mittelalterlicher Jakobspilger*innen durch Westfalen.

Reiseprospekt Ostpreußen. *Foto: Ostpreußisches Landesmuseum*

Erst im ausgehenden 18. Jahrhundert begann man, andere Regionen und weiter entfernt liegende Orte wegen ihrer Geschichte, Bauwerke, Bibliotheken usw. zu besuchen. Diesen „Gelehrten-Reisen“ gesellten sich im 19. Jahrhundert Erholungsreisen hinzu, die zunehmend auch nach Ostpreußen führten. Der Erste Weltkrieg bildete eine Zäsur, doch in den 1920er und 1930er Jahren entwickelte sich der Tourismus zu einer wichtigen Einnahmequelle im geographisch abgetrennten und v.a. landwirtschaftlich geprägten Ostpreußen.

Ostpreußen warb mit guter Infrastruktur, moderaten Preisen für Reisen im Land ebenso wie für Übernachtungen und deutschlandweit bekannten Reisezielen. Innerhalb des Landes gelangte man mit Kleinbahnen, der Kraftpost und anderen Omnibusverbindungen sowie dem PKW zum Ziel. Für letztere gab die Mineralölfirma Shell die besten Straßenkarten heraus. Zwölf Gebiete bildeten den Schwerpunkt der Reiseziele: das Weichselland, die Frische Nehrung, Stadt und Landkreis Königsberg, das Samland, die Kurische Nehrung, das Ermland, das Oberland, Masuren, das Pregeltal, der Nordosten, die Rominter Heide sowie die immer mitberücksichtige Freie Stadt Danzig. Ferner lockten die größeren und attraktiveren Städte mit ihren Besonderheiten und ihrem Umland ebenso wie wichtige Gedenkstätten, z.B. die Abstimmungsdenkmale oder das „Reichsehrenmal“ Tannenberg, die an die Kämpfe im und die Volksabstimmung nach dem Ersten Weltkrieg erinnerten, Bildungsreisende und „Sommerfrischler“ in die entlegene Provinz. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs endete diese Epoche.

Bereits eine Woche später, am **09. September**, präsentieren wir in Kooperation mit dem **Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen** die Diareportage „Pommern, Westpreußen und Danzig“.

Das Rathaus in Breslau. *Foto: Kulturreferat Westpreußen*

Das hintere Pommern bildet den Ausgangspunkt der Dia-Reportage des Berliner Journalisten und Fotografen Roland Marske. Die Reise führt von Stettin entlang der Ostsee an die untere Weichsel, in die ehemalige preußische Provinz Westpreußen mit seiner Hauptstadt, dem tausendjährigen Danzig.

Traumhaft schöne Bilder nehmen die Betrachtenden auf diese Reise mit: An die pommersche Küste, wo sich malerische Steilküsten mit endlosen weißen Stränden abwechseln, in die traditionsreichen Ostseebäder mit ihrem heiteren, fast mediterranen Treiben, zu den alten Schlössern des pommerschen Landadels, in alte Hansestädte und zu den mächtigen backsteinernen Burgen der Deutschordensritter zwischen Thorn und Danzig.

Die Wege zu all diesen Höhepunkten führen immer wieder über alte, schattige Alleen, vorbei an verschlafenen Dörfern, durch die schier endlose pommersche Weite. Es ist ein stilles Land, wie geschaffen, die Seele baumeln zu lassen und sich mit dem Zug der Wolken in den Himmel zu träumen…

Bereits eine Woche später, am **09. September**, präsentieren wir in Kooperation mit dem **Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen** die Diareportage „Pommern, Westpreußen und Danzig“.

Den Abschluss unserer kleinen Reihe bildet am **14. Oktober** eine weitere Diareportage. Diesmal nehmen das Museum und das **Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen** Sie mit auf eine Reise in eine andere ehemals preußische Provinz: Schlesien.

Der Lange Markt in Danzig. *Foto: Kulturreferat Westpreußen*

In seiner wechselvollen Geschichte gehörte das Land reihum zu Polen, Böhmen, Österreich und Preußen. Seit 1945 gehört es zur Republik Polen. Nach den schweren Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg erstrahlen vielerorts die frisch restaurierten, historischen Ensembles von Marktplatz, Rathaus und Bürgerhäusern heute wieder im alten Glanz. Und Breslau, der alte kulturelle Mittelpunkt Schlesiens, zählt inzwischen gar zu den schönsten Städten Europas. Auf mehreren Reisen machten der Berliner Journalist und

Fotograf Roland Marske und Magdalena Oxfort, Kulturreferentin am Westpreußischen Landesmuseum immer neue Entdeckungen und neue Fotos.

Wir würden uns freuen, wenn diese Angebote Ihr Interesse finden würden. Der Eintritt beträgt jeweils 2,50 Euro.

Pandemiebedingt dürfen wir pro Vortrag nur 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zulassen. Wir bitten daher um Voranmeldung unter Tel.: 02581 / 92 777-0. Teilnehmen dürfen geimpfte, genesene und getestete Personen. Da sich während dieser Pandemie auch kurzfristig so manches ändern kann, bitten wir Sie, sich auch kurzfristig über die Tageszeitung, unsere Homepage oder auf der Seite mags.nrw über die tagesaktuellen Coronavorschriften zu informieren.

Herzliche Grüße aus dem Westpreußischen Landesmuseum!

04) „Kann Spuren von Heimat enthalten“.

Ausstellungseröffnung

Sonnabend, 04. September 2021, um 10:30 Uhr

am Samstag, 4. September 2021, um 10.30 Uhr
sind Sie und Ihre Freunde herzlich eingeladen

Begrüßung
WOLFGANG FREYBERG
Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen

Einführung
LILIA ANTIPOW
Haus des Deutschen Ostens, München

Wichtige Information: Aufgrund der Abstandsregeln ist die Teilnehmerzahl begrenzt (Anmeldungen sind erwünscht). Es gelten die dann aktuellen Verordnungen auf Bundes- und Landesebene: FFP2-Maske, Kontaktdatenerfassung (auch mit der Luca App), allgemeine Hygienestandards, Schutzmaßnahmen entsprechend der Aushänge, ggf. 3G-Regel.

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Literatur zur Ausstellung
Zur Ausstellung ist ein gleichnamiges Kochbuch erschienen, das zum Nachkochen einlädt.
„Kann Spuren von Heimat enthalten – Typische Rezepte der Deutschen aus dem östlichen Europa", Volk Verlag, 156 Seiten, ISBN: 978-3-86222-217-9

Kann Spuren von Heimat enthalten

Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstraße 9, 91792 Ellingen / Bay.
Tel.: 09141/86 44-0
info@kulturzentrum-ostpreussen.de
www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Öffnungszeiten:
Dienstag bis Sonntag 10–12 und 13–17 Uhr
Dienstag bis Sonntag 10–12 und 13–16 Uhr (Okt.–März)

Abbildung auf der Titelseite: „Liegnitzer Bombe, schlesischer Bienenkorb, Königsberger Marzipan", Copyright © C. M. Wonk

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Eine Wanderausstellung von:

Haus des Deutschen Ostens

Das Kulturzentrum Ostpreußen wird gefördert von:

Eine Ausstellung über
Essen und Trinken, Identität und Integration
der Deutschen des östlichen Europa

4. September bis 28. November 2021

Ob böhmische Knödel, Königsberger Klopse, Karlsbader Oblaten, Königsberger Marzipan, Liegnitzer Bomben, Bärenfang und Kroatzbeere oder das berühmte Schlesische Himmelreich – mit solchen Speisen und Getränken verbinden die Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler ein Stück Heimat. Sie brachten nach dem Zweiten Weltkrieg als „ideelles Gepäck" nicht nur eigene Küchentraditionen und Rezepte, sondern auch unternehmerisches Wissen mit.

Mehr als 800 Jahre zurück reicht die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Über die Jahrhunderte entwickelten die deutschen Bewohner in jedem Land und jeder Region eigene Rezepte für Speisen und Getränke. Vielerorts ließen und lassen sich die kulinarischen Grenzen nicht mehr eindeutig ziehen. Die gegenseitige Beeinflussung in der Küche ist in den Erzählungen, den Rezeptheften und Kochbüchern spürbar.

Wie viel von dieser kulinarischen Vielfalt, aber auch von Produkten und Firmen, hat nach Flucht und Vertreibung den Weg ins Deutschland der Nachkriegszeit gefunden? Was wird heute bei uns gekauft, gegessen, genutzt, ohne dass über Herkunft oder ursprüngliche Produktionsstätten nachgedacht wird? Wie viel hat das jeweilige kulinarische Erbe zum Erhalt der Identität der Deutschen aus dem Baltikum, aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Russland, Schlesien, Böhmen, Mähren, der Slowakei, Ungarn, Jugoslawien oder Rumänien beigetragen?

Nicht wegzudenken aus den Küchen in Ostpreußen: „Doennigs Kochbuch". Hier die 25. Auflage (161.–170. Tausend), Königsberg 1938

Die Sonderausstellung „Kann Spuren von Heimat enthalten" vom Haus des Deutschen Ostens in München geht diesen Frage nach. Sie befasst sich mit dem breiten Thema Esse und Trinken, Alltag, Identität und Integration. I geht um die Lebenswirklichkeit der Flüchtling und Vertriebenen nach 1945 sowie der Aussiedl in späteren Jahren. Viele heute noch bekannte F mengründungen der Nahrungs- und Genussmitt herstellung gehen auf Deutsche aus dem östliche Europa zurück. Damit haben diese Unternehme wesentlichen Anteil am wirtschaftlichen Aufba Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ur darüber hinaus. Ein genauer Blick in die Rega der Supermärkte zeigt, dass heute noch viele „o deutsche Spuren" in den Auslagen zu finden sin Präsentiert werden Familienrezepte, typisch Gerichte, selbst gebaute Möbel, mitgebrach Küchengeräte und vieles mehr.

Eine Garnitur mit erlesenem Königsberger Marzipan der Fa. Schwermer in einer Holzschatulle

„Bärenfang" – ostpreußischer Honiglikör

Dr. Martina Pietsch
Wissenschaftliche Mitarbeiterin / Öffentlichkeitsarbeit

Schlesisches Museum zu Görlitz
Brüderstraße 8 / Verwaltung: Untermarkt 4
Tel. +49 3581 8791 132
E-mail: mpietsch@schlesisches-museum.de
www.schlesisches-museum.de

Kulturreferat für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz

05) »Meisterhaft wie selten einer ...«/»Mistrzowskie jak rzadko które …«

09.08. - 21.11.2021, Haus Schlesien | Ausstellung

06) Inspiration Riesengebirge

Ausstellung vom 11. September 2021 bis 27. Februar 2022

Das Schlesische Museum zu Görlitz lädt mit seiner neuen Ausstellung zu einer künstlerischen Reise in das wildromantische Riesengebirge ein. Schon zu Beginn

des 19. Jahrhunderts entdeckten Künstler die Schönheit des alpin anmutenden Grenzgebirges zwischen Schlesien und Böhmen. Sie blickten mit Schaudern in die 200 m tiefen Schneegruben und genossen den Weitblick von der 1603 m hohen Schneekoppe aus. Später folgen ihnen Fotografen, Literaten und Kunsthandwerker, um hier Anregung zu finden. So entwickelte sich das Gebirge zu einer Künstlerlandschaft mit überregionaler Anziehungskraft.
Die Zahl der Kunstwerke mit thematischem Bezug zum Riesengebirge ist heute kaum überschaubar. Bei ihrer Entstehung spielten landeskundliche Interessen eine Rolle, die Suche nach Sensation und Abenteuer, romantische Natursehnsucht oder die Suche nach Identifikation, Heimat und Erinnerung.

Schwerpunkt der Schau werden rund 150 Arbeiten von Künstler*innen sein, die zwischen 1900 bis 1945 eng mit der Region verbunden waren. Einige ortansässige Künstler schlossen sich 1922 zur Vereinigung bildender Künstler St. Lukas in Schreiberhau zusammen und bildeten damit den Kern einer Malerkolonie. Ihr Erbe ist bis heute in der Region lebendig.

Zur Ausstellung erscheint ein reich bebilderter Katalog mit umfangreichen Hintergrundinformationen zur Zeitgeschichte und zu den Künstlern*innen.

Die Ausstellung ist Teil des Projektes „Schlesien – gemeinsames Kultur- und Naturerbe“, das vom Schlesischen Museum zu Görlitz gemeinsam mit dem Nationalpark Riesengebirge im Rahmen des Kooperationsprogramms INTERREG Polen-Sachsen 2014-20 durchgeführt wird.

Carl Ernst Morgenstern (1847–1928): Der große Teich im Riesengebirge, um 1920*, © Foto: SMG*

07) Streifzüge / Wędrówki – Fotografien von Jacek Jaśko

Ausstellung des Schlesischen Museums im Museum der Fotografie in Görlitz, Löbauer Str. 7
22.07. – 31.10.2021
Eröffnung am 22.07.2021 um 19 Uhr
Öffnungszeiten: Di-Do 12-16, Fr-So 12-18

Kulturreferat für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz | Pressemitteilung

Streifzüge / Wędrówki – Fotografien von Jacek Jaśko
Ausstellung des Schlesischen Museums im Museum der Fotografie in Görlitz, Löbauer Str. 7
22.07. – 31.10.2021
Eröffnung am 22.07.2021 um 19 Uhr
Öffnungszeiten: Di-Do 12-16, Fr-So 12-18

In der Ausstellung ***Streifzüge / Wędrówki*** werden schwarz-weiße Fotografien von Jacek Jaśko präsentiert. Thematische Schwerpunkte bilden das Riesengebirge und das Dorf Kopaniec (Seifershau), wo der Künstler 20 Jahre lang gelebt hat und heute immer wieder zurückkehrt. Die Fotografien stammen aus drei Bilderzyklen: „Riesengebirge 20./21. Jahrhundert", „Kopaniec 1955-2005" und „Kopaniec. Im Gehen". Einerseits entführen sie den Betrachter in eine zeitlose Landschaft der Berge, andererseits in die veränderbare Welt eines Dorfes. Das Göttliche und das Menschliche, das Unendliche und das Vergängliche, das Universelle und das Konkrete stehen hier kontrastreich nebeneinander, dringen ineinander und ergeben so ein sinnliches Ganzes. Für diese Aufnahmen wurde der Fotograf mehrfach auf der Polnischen Biennale der Bergfotografie in Jelenia Góra ausgezeichnet.

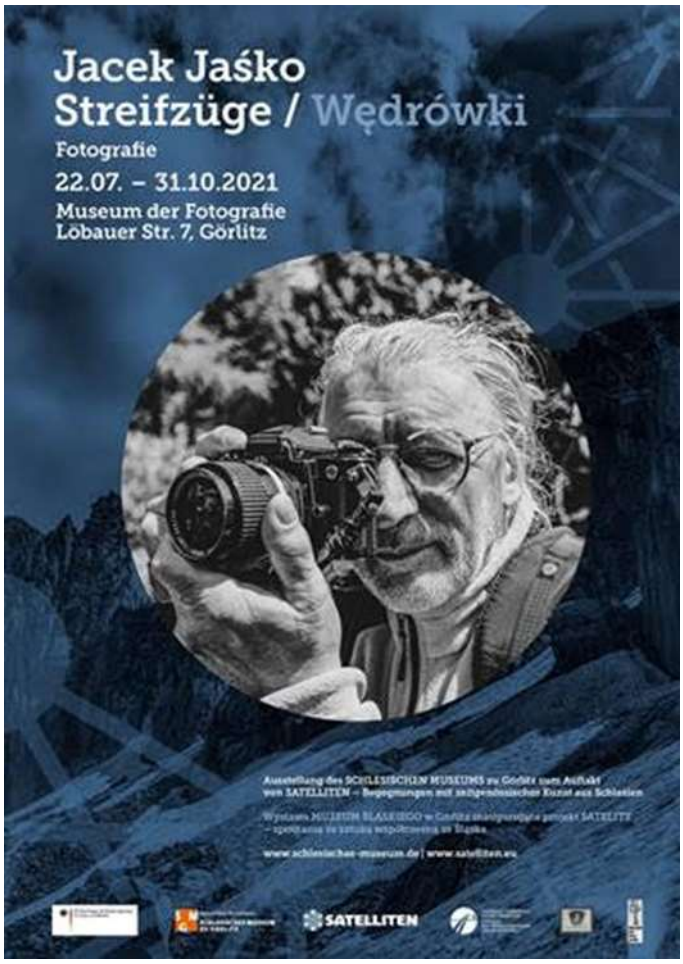
Begleitend zur Ausstellung veröffentlicht das Schlesische Museum zu Görlitz einen Katalog (60 Seiten, 8 Euro) mit Textbeiträgen vom Künstler, der Ausstellungskuratorin Romy Czimmernings und der Projektleiterin Agnieszka Bormann sowie mit einer großen Auswahl an Fotografien von Jacek Jaśko.

Jacek Jaśko, geb. 1955 in Jelenia Góra (Hirschberg), verbrachte seine Kindheit in der Hampelbaude (poln. Schronisko Strzecha Akademicka) im Riesengebirge – eine prägende Erfahrung fürs Leben. Er war mehrere Jahre Journalist der "Gazeta Wyborcza", „Nowiny Jeleniogórskie" und Chefredakteur der Zeitschrift "Karkonosze". Seine fotografische Ausbildung erhielt er an der Hochschule für Fotografie in Jelenia Góra. 2008/2009 leitete er in Kooperation mit der Stadtbibliothek "Książnica Karkonoska" das Fotoprojekt „Jelenia Góra. Pamięć Miasta" (Hirschberg. Gedächtnis einer Stadt). Seine Werke wurden zum Beispiel auch in Aarhus (Dänemark), Berlin, Dresden und Weißwasser gezeigt. Heute lebt Jaśko in Prag und immer wieder auch in Kopaniec.

SATELLITEN – Begegnungen mit zeitgenössischer Kunst in und aus Schlesien

Mit der Ausstellung *Streifzüge / Wędrówki* eröffnen wir das Projekt SATELLITEN zur Präsentation zeitgenössischer Kunst in und aus Schlesien. Mit einer Reihe von geplanten Ausstellungen ermöglicht das Projekt eine Auseinandersetzung mit ausgewählten künstlerischen Positionen, die aktuell in Schlesien sichtbar sind. Diese Annäherung findet im zweiten Teil von SATELLITEN ihre Fortsetzung in Schlesien – mit Exkursionen zu den Künstlerinnen und Künstlern an den Orten ihres Lebens und Schaffens. Hier steht neben der Kunst auch die Region im Fokus. Denn durch die Begegnungen mit den Kunstschaffenden in ihren Ateliers lernen wir nicht nur ihre künstlerische Handschrift und konkrete Werke kennen, sondern auch ihre Lebenswirklichkeit, ihre Bezüge zu ihren Wirkungsorten, ihrer Geschichte und Gegenwart, die sie nicht selten aktiv beeinflussen und gestalten.

Die Ausstellung sowie das gesamte Projekt „SATELLITEN – Begegnungen mit zeitgenössischer Kunst aus und in Schlesien" werden gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz sowie durch die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit. Weitere Informationen unter www.satelliten.eu.



Schneekoppe, *Fotografie und © Jacek Jaśko*

Kopaniec, *Fotografie und © Jacek Jaśko*

08) Im Fluss der Zeit - Jüdisches Leben an der Oder

Donnerstag, 12. August bis Sonnabend, 02.10.2021, Görlitz | Ausstellung:

»Im Fluss der Zeit – Jüdisches Leben an der Oder«
»Z biegiem rzeki – Dzieje Żydów nad Odrą«

Kulturforum Neue Synagoge
Otto-Müller-Straße 2
02826 Görlitz

Die Landschaft an der Oder mit ihren wechselnden herrschaftlichen und nationalen Zugehörigkeiten war über Jahrhunderte ein Begegnungsraum. Hier kreuzten sich auch die deutsch-jüdische und die polnisch-jüdische Kultur. In der Neuzeit bedrohte der Nationalismus, gepaart mit dem Antisemitismus, diese kulturelle Vielfalt an Oder, Obra und Warthe. Der Nationalsozialismus zerstörte sie. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden weite Abschnitte der Oder zur deutsch-polnischen Grenze und die deutsche Bevölkerung aus den Regionen östlich des Flusses vertrieben. Polinnen und Polen fanden hier eine neue Heimat und für kurze Zeit schien es, dass in Niederschlesien und Pommern jüdisches Leben heimisch werden könnte. Mehrere Zehntausend polnisch-jüdische Holocaustüberlebende siedelten sich hier an, doch die meisten wanderten bis Ende der 1960er Jahre wieder aus. Die jahrhundertelange Anwesenheit von Jüdinnen und Juden an der Oder fiel dem Vergessen anheim, ihre Spuren wurden oft zerstört.

Die deutsch- und polnischsprachige Ausstellung widmet sich Momenten der jüdischen Geschichte beiderseits der Oder. Sie will zum Nachdenken und zum Gespräch zwischen den ehemaligen und heutigen Bewohnerinnen und Bewohnern der Region anregen. Sie ist zugleich eine Einladung zur Neuentdeckung des deutsch-polnisch-jüdischen Kulturerbes dieser Landschaft.

Öffnungszeiten

Die Ausstellung ist von Montag bis Sonntag, auch an Feiertagen, zwischen 10 und 18 Uhr im Kulturforum Neue Synagoge zu sehen. Der Eintritt ist kostenpflichtig.

Aufgrund von Veranstaltungen kann es zu verkürzten Öffnungszeiten oder Schließzeiten kommen. Wir bitten Sie darum, sich im Vorfeld Ihres geplanten Besuches unter der Telefonnummer +49 (0)3581-672410 zu informieren.

Kontakt

Dr. Magdalena Gebala
Arbeitsbereich Polen
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-18
Fax +49 (0)331 20098-50
gebala@kulturforum.info
www.kulturforum.info

09) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums

Im Sudetendeutschen Museum in München sind mehr als tausend Ausstellungsstücke zu sehen. Weniger bekannt ist das Depot des Museums, das rund 40.000 weitere Objekte beherbergt. Im Depot findet ein wesentlicher Teil der musealen Arbeit statt: Hier werden neue Exponate aufgenommen, digital inventarisiert, konservatorisch behandelt und für eine spätere Präsentation - zum Beispiel im Rahmen von Sonderausstellungen - aufbewahrt. Mit diesem Kurzfilm erhalten Sie einen exklusiven Einblick in das Depot des Sudetendeutschen Museums, begleitet von Sammlungsleiter **Klaus Mohr**:

https://www.youtube.com/watch?v=lAM3t3udysM

Übrigens: bis zum 31. Juli 2021 ist der Eintritt ins Museum – nach vorheriger Anmeldung – gratis!

https://www.sudetendeutsche-stiftung.de/sudetendeutschesmuseum/index.html

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2021

Wien, am 27. Mai 2021

Ausstellung zu deutsch-tschechischen Begegnungen während der Pandemie

10) „Grenze ist nur ein Wort“

Zum Arbeiten, Einkaufen oder Tanken über die Grenze fahren, Familienbesuch im Nachbarland oder Kultur und Natur genießen. Eigentlich ist das selbstverständlich für alle Menschen, die in einem Grenzgebiet leben. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Grenzschließungen trafen sie deshalb besonders hart. Mit der Aktion „Samstage für Nachbarschaft“ versuchten einige von ihnen, die Begegnungen aufrechtzuerhalten. Die Ausstellung „Grenze ist nur ein Wort“ / „Hranice je jen slovo“ dokumentiert die Treffen, wie Radio Prag hier berichtet.

https://deutsch.radio.cz/grenze-ist-nur-ein-wort-ausstellung-zu-tschechisch-deutschen-begegnungen-8726723

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.107, 2021

Wien, am 26. August 2021

„Grenze ist nur ein Wort“ – Ausstellung zu tschechisch-deutschen Begegnungen während Corona

25.08.2021

Dreiländereck Trojzemí DE-CZ-PL|Foto: Eva Prokop Trubačová, Marionetten- und Zirkusmuseum in Prachatitz (tschech. Prachatice)

Zum Arbeiten, Einkaufen oder Tanken über die Grenze fahren, Familienbesuch im Nachbarland oder Kultur und Natur genießen. Eigentlich ist das selbstverständlich für alle Menschen, die im Gebiet zwischen Tschechien und Deutschland leben. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Grenzschließungen trafen sie deshalb besonders hart. Mit der Aktion „Samstage für Nachbarschaft“ versuchten einige von ihnen, die Begegnungen aufrechtzuerhalten. Die Ausstellung „Hranice je jen slovo“ (deutsch: Grenze ist nur ein Wort) dokumentiert die Treffen.

•

Treffen zwischen den Dörfern Oelsen und Krásný Les|*Foto: Roland Lubiger, Marionetten- und Zirkusmuseum in Prachatitz*

Der 12. März 2020 änderte schlagartig das Leben von vielen Menschen, die im gemeinsamen Grenzgebiet von Tschechien und Deutschland leben. An diesem Tag verkündete die Regierung in Prag, dass zur Eindämmung des Corona-Virus die Binnengrenzen des Landes geschlossen werden. Ab da war es für Ausländer nicht mehr möglich einzureisen und für die Einheimischen eine Straftat, die Republik zu verlassen. Um die persönliche Begegnung mit den Nachbarn trotzdem aufrecht zu erhalten, riefen Jan Kvapil und Stephan Messner die Facebook-Gruppe „Samstage für Nachbarschaft“ ins Leben. Das war der Start für Grenzbegegnungen an 18 Orten im Mai vergangenen Jahres. Die Ausstellung „Grenze ist nur ein Wort“ präsentiert im tschechischen Marionetten- und Zirkusmuseum (Muzeum české loutky a cirkusu) in Prachatice / Prachtitz Fotos und Exponate, die die Nachbarschaftstreffen zeigen. Lenka Šaldová hat die Schau organisiert:

„Wir erzählen die Geschichte der geschlossenen Grenze vom vergangenen Jahr. Es war für viele Menschen unnormal, dass sie nicht ins Nachbarland konnten. Die Leute, die an der Grenze leben, sind Nachbarn. Sie unterscheiden nicht zwischen Nationalitäten und nehmen die Grenze nicht wahr.“

Lausitzer Gebirge|*Foto: Gregor Illguth, Marionetten- und Zirkusmuseum in Prachatitz*

Seit dem Eintritt Tschechiens ins Schengen-Abkommen im Jahr 2007 waren die Grenzen offen. Umso ungewöhnlicher war es für die Menschen, an der Fahrt ins Nachbarland gehindert zu werden. Die Facebookgruppe fand immer größeren Anklang, und die Treffen weiteten sich von Woche zu Woche aus.

„Hunderte von Menschen haben sich an unterschiedlichen Orten getroffen. Ins Lausitzer Gebirge kamen bis zu 200 Personen. Ich war oft bei den Treffen am Göhrener Tor dabei. Das liegt zwischen Litvínov und Neuhausen. Dort sind jedes Mal 30 bis 40 Menschen zusammengekommen, die gemeinsam gezeigt haben, dass sie Normalität zurückwollen.“

Eschlkam (Všeruby)|*Foto: Václav Bernard, Marionetten- und Zirkusmuseum in Prachatitz*

Diese historische Verbindung zwischen Deutschland und Tschechien im Erzgebirge, eigentlich ein Wildgatter, war einer der Orte, an dem die Menschen sich trafen. Auch an der Grenze zu Bayern, Österreich oder Polen fanden Begegnungen statt. Die Menschen sind gemeinsam spaziert, haben gepicknickt und gesungen. Fahnen und Transparente mit Aufschriften wie „Wir vermissen euch“ schmückten die Umgebung. Für Lenka Šaldová waren es ganz besondere Stunden:

„Als ich am 16. Mai 2020 zum ersten Mal zu einem der Treffen kam, hatte ich das Gefühl, dass die Welt doch in Ordnung ist. Wenn wir uns in dieser Form treffen und positive Zeichen in die Welt senden, lässt sich auch daran glauben, dass alles gut wird.“

Belastung für Familien und Pendler

Göhrener Tor (Klínská brána)|Foto: Mario Ulbrich, Marionetten- und Zirkusmuseum in Prachatitz

Die Treffen sollten jedoch nicht nur die freundschaftlichen Beziehungen pflegen, sondern waren auch als Protest gedacht gegen die Grenzschließungen. Gerade die Trennung von Familien und das Aussperren der Pendler wurde von den Teilnehmern kritisiert.

Briefe, die Teilnehmer für die Ausstellung geschrieben haben, berichten vom Verlust des Arbeitsplatzes oder persönlichen Schicksalen. Kristina Kautská hatte gerade erst zusammen mit ihrem Lebenspartner auf der deutschen Seite ein Haus gekauft – nur 200 Meter von der Grenze entfernt. Nachdem bekannt geworden war, dass die Grenze geschlossen wird, packten sie die nötigsten Sachen zusammen und fuhren in dieses Haus – ohne Warmwasser, Waschmaschine oder Herd.

Göhrener Tor (Klínská brána)| *Foto: Lars Helbig, Marionetten- und Zirkusmuseum in Prachatitz*

Ein anderer Fall ist der von Stefan Köcher. Er konnte nicht zu seiner schwangeren Frau nach Böhmen fahren. Immerhin war die Grenze wieder geöffnet, als dann ihr Sohn in

Dresden zur Welt kam. Neben den Briefen, die solche Erlebnisse dokumentieren, lebt die Ausstellung in Prachatice auch von Fotos.

„Ich habe von mehr als 50 Teilnehmern über 1500 Fotos von allen Orten für die Ausstellung bekommen. Natürlich kann man nicht alle Bilder zeigen. Ich habe rund 300 ausgewählt. Die Besucher können dadurch die Atmosphäre der Treffen spüren. Außerdem zeigen wir authentische Gegenstände, die die Menschen mitgebracht haben. Das sind zum Beispiel Transparente mit der Aufschrift ‚Wir sind Nachbarn' oder ‚Wir vermissen euch'. Aber auch jeder bemalte Stein mit einem Gruß hat für uns eine Bedeutung."

Für die Autorin der Ausstellung war es eine besondere Situation, sich des Themas anzunehmen:

Göhrener Tor (Klínská brána)|*Foto: Edvard D. Benes, Marionetten- und Zirkusmuseum in Prachatitz*

„Für mich war es eine ganz persönliche Herausforderung. Ich bin auf der einen Seite die Autorin, die die Ausstellung organisiert. Es ist aber nicht normal, dass man das auch selbst miterlebt hat. Da ist es schwierig, den nötigen Abstand zu wahren. Aber es macht natürlich auch viel Spaß."

Im Übrigen haben auch Politiker die Treffen genutzt, um sich über das weitere Vorgehen während der Corona-Beschränkungen zu beraten. Václav Bernard Piraten und Bürgermeister von Všeruby bei Plzeň / Pilsen, setzte sich besonders für die Pendler ein. Im Dreiländereck zwischen Mittelhammer und Trojmezí im Ascher Ländchen weihten Jürgen Schnabel, Christoph Stölzel und Pavel Klepácek eine Handschüttelwippe ein. Sie symbolisiert die Verbundenheit zwischen den Ländern. Das Čojč-Theaternetzwerk veranstaltete am Grenzübergang Aš / Asch einen Open-Air-Workshop mit Sprachspielen, Liedern und Tänzen.

Die Ausstellung ist noch bis Ende November in Prachatice zu sehen. Danach zieht sie an andere Orte weiter.

Eulenthor (Soví brána), Grenzübergang zum Schneeberg|*Foto: Petra Morvay, Marionetten- und Zirkusmuseum in Prachatitz*

„Es war schon von Anfang an klar, dass die Ausstellung von Prachatice nach Jablonec nad Nisou ins Haus der deutsch-tschechischen Verständigung wandert. Zudem hat mich das Centrum Bavaria Bohemia in Schönsee kontaktiert, weil es sich ebenfalls für die Ausstellung interessiert. Wir hoffen, dass die Ausstellung weitergeht.“

Menschen verbinden

Die Ausstellung erzählt auch die Geschichte des Klubs Tschechisch-Deutsche Partnerschaft. Dieser wurde 2018 gegründet und half im Frühjahr vergangenen Jahres, die Treffen zu organisieren. Die Mitglieder pflegen die Städtepartnerschaft zwischen Litvínov / Leutensdorf und Olbernhau und veranstalten Sprachkurse, Reisen und Stadtführungen. Obwohl die Treffen an den Grenzübergängen nicht mehr stattfinden, führt der Klub weiterhin die Menschen zusammen und lässt die nachbarschaftlichen Beziehungen aufleben. Lenka Šaldová ist Mitglied im Klub.

Lenka Šaldová|*Foto: Olga Tlapáková*

„Der Klub hatte vor der Corona-Pandemie eine Facebook-Gruppe mit etwa 700 Abonnenten. Jetzt sind es 3000. Wir haben inzwischen eine Interessengemeinschaft gegründet. Es sind immer weitere Leute dazugekommen. Wir machen in regelmäßigen Abständen gemeinsame Ausflüge und wollen eine Plattform sein für alle, die sich für die Nachbarn auf der anderen Seite der Grenze interessieren. Unser Motto lautet: ‚Wir verbinden Menschen'."

Lenka Šaldová hofft, dass die Grenze zwischen Tschechien und Deutschland in Zukunft nicht wieder geschlossen wird.

„Ich habe Angst, dass viele Menschen die Grenze nur als Linie sehen, die sie überschreiten, wenn sie in den Urlaub fahren. Aber für jemanden im Grenzgebiet endet das Leben nicht einfach an der Landesgrenze. Und wenn die Grenze geschlossen wird, ist das normale Leben aber zerstört. Wir wollen dieses Thema in die Öffentlichkeit bringen. Die Menschen sollen verstehen, wie wichtig es ist, dass die Grenze offen bleibt."

Die Ausstellung „**Hranice je jen slovo**" ist im „**Muzeum české loutky a cirkusu**" in **Prachatice** zu sehen. Sie ist **von Dienstag bis Sonntag** jeweils **von 9 bis 17 Uhr** geöffnet. Der **Eintritt kostet 65 Kronen** (2,50 Euro).

Autor: Lisa Gerth

11) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

MUSEUM FÜR RUSSLANDDEUTSCHE KULTURGESCHICHTE

Liebe Museumsfreunde!

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserem Veranstaltungsangebot. Leider ist damit zu rechnen, dass wir auch in diesem Jahr immer wieder neu aushandeln müssen, ob und in welcher Weise unsere Veranstaltungen stattfinden können. Bitte besuchen Sie uns regelmäßig auf unserer Homepage www.russlanddeutsche.de, um zu erfahren, in welcher Form die jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Alles Gute und beste Grüße

Ihr Museumsteam

Georgstraße 24
32756 Detmold
Ruf: 05231-921 6900
museum@russlanddeutsche.de
https://www.russlanddeutsche.de

Kulturreferat:
Ruf: 05231-921 6913
Mobil: 0162-646 2913
e.warkentin@russlanddeutsche.de

E. a) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt *Seiten 371 - 373*

A. Besprechungen

Wir lesen!

B. Besprechungen in Arbeit

01) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe

02) Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

03) Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulz: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten).
Fünfte, überarbeitetete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.
Rezensent: Peter Börner, Siegburg

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text).
(Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

03) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975).
(Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.

04) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

05) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

06) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.

07) Maria Werthan (Hrsg.): Heimat in bewegten Zeiten. Beiträge der verständigungspolitischen Tagung Frauen schaffen Heimaten in Europa, 14. – 16. August 2020, Heiligenhof. Frauenverband im Bund der Vertriebenen e. V. (mehrere SW-Abb.).
(Berlin) OsteuropaZentrum Berlin Verlag (2021). 128 Seiten.
ISBN 978-3-89998-371-5. € 9.90.

08) Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen).
(Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.

09) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makała. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

10) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

11) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

12) Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42.
ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.

13) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

14) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.

15) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.

16) Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6.

17) Wilfried Heller: Zwischen Herkunft und Neuanfang. Biographische Skizze eines Vertriebenen aus dem Egerland (Böhmen). (London/Berlin) Verlag Inspiration Un Limited (2021). 112 Seiten. ISBN 978-3-946127-322. € 12,90.

Briefe und Leserbriefe *Seiten 374 - 378*

Lesen und schreiben!

01) Sächsische Zeitung: „Höchste Ehren für Görlitzer Denkmalschützer“.

Wolfgang Liebehenschel Görlitz/Berlin, ein Lutheride, Schlesier durch und durch, versteht die Welt nicht mehr

Lieber Herr Hanke!

Sie haben ja am Rande mitbekommen, dass ich durch die Gründung des Fördervereins zur Denkmalspflege des Heiligen Grabes Görlitz e.V. zu Westberlin ab 1986 die Rettung des Heiligen Grabes in Görlitz und seine Brkanntmachung zur 500-Jahrfeier energisch und ehrenamtlich betrieben habe. Das Artikelchen vom 11.8.21 sagt über diese Opferleistung gegen die DDR-Ideologie nichts aus. Ganz andere werfen sich in die Brust, um den Erfolg für sich zu verbuchen. - Wer die Häuser im Umfeld vor der Sprengung bewahrt hat, wer die 500Jahresfeier initiierte, der schreibt Ihnen diese Zeilen. Aber Schwamm drüber: Ich trete aus der Kirche aus. Herzliche Grüße!

Ihr Liebehenschel

(weiter nächste Seite)

SÄCHSISCHE ZEITUNG

11.08.2021

Höchste Ehren für Görlitzer Denkmalschützer

Die Evangelische Kulturstiftung Görlitz erhält die höchste Ehrung für ehrenamtliches Engagement beim Denkmalschutz in Deutschland. Die Silberne Halbkugel des Deutschen Preises für Denkmalschutz soll ihr am 22. Oktober in Berlin verliehen werden, wie das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz (DNK) nach Angaben des Regionalentwicklungsministeriums in Dresden am Dienstag mitteilte.

Das sei die „verdiente Würdigung der Leistungen der Stiftung für den Erhalt herausragender Kulturdenkmale" in der Stadt, sagte Minister Thomas Schmidt (CDU). Sie habe sich seit der Gründung vor 25 Jahren für den Erhalt kulturellen Erbes wie des Heiligen Grabs, der Nikolaikirche und des Nikolaikirchhofs mit Grufthäusern und über 800 Grabmalen engagiert.

Das Ministerium verwies zudem darauf, dass die Stiftung nicht mehr gottesdienstlich genutzte und gefährdete Sakralbauten durch kluges Ehrenamt und Nutzung von Fördermöglichkeiten erhalten, pflegen sowie nutzbar und in ihrer Bedeutung bekannt gemacht hat. Sie habe zudem Forschungen und wissenschaftliche Arbeiten zu Denkmalen gefördert, um Anregungen für bessere zeitgemäße sowie nachhaltige Nutzungen zu geben. (dpa)

02) Einbahnstraße Borstellstraße – eine Fehlentscheidung. Brief an die Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf

Verkehrszeichen Richtzeichen...

§ 42 Richtzeichen:
Richtzeichen geben besondere Hinweise zur Erleichterung des Verkehrs. Sie können auch AnordnunSehr geehrte Damen und Herren,

tiefbauamt@ba-sz.berlin.de

Ccc: bzbm@ba-sz.berlin.de

Bcc: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

13.04.2021, 10:40 Uhr

wegen einer Baustelle ist seit einigen Wochen u.a. der Abschnitt der Borstellstraße zwischen Brandenburgischer Straße und Albrechtstraße zur Einbahnstraße umgewidmet worden. Ich halte das nach meinen Beobachtungen nicht für klug!

Es ist ein verhältnismäßig kurzer Straßenabschnitt von etwa 20 Metern. Nach meinen Beobachtungen ignorieren nicht nur große Lastfahrzeuge diese Regelung und fahren von der Brandenburgischen Straße in Richtung Albrechtstraße der Einbahnstraße-Regelung entgegen. Den großen Lastfahrzeugen ist das auch nicht zu verdenken, denn andernfalls müssten sie sich im Zuge der Borstellstraße durch die mit Autos enggestellten Straßen quälen, sofern sie überhaupt von der Brandenburgischen Straße her nach rechts in die Borstellstraße Richtung Stephanstraße (auch eine Einbahnstraße zwischen Albrechtstraße und Borstellstraße) einbiegen können: es ist dort aufgrund einer Baustellenabsperrung sehr eng. Aber nicht nur Laster-, sondern auch PKW-Fahrer ignorieren die o.g. Einbahnstraßenregelung.

Ich halte es daher für sinnvoller, wenn statt der Beschilderung als „Einbahnstraße“ Richtzeichen nach § 42 der Straßenverkehrsordnung aufgestellt werden: so weit mir bekannt roter bzw. weißer Pfeil auf blauem Grund (waren die früher nicht anders gestaltet?).

Ich freue mich auf die Umsetzung meines Vorschlags und Ihre Eingangsbestätigung zu meinem Vorschlag, den Sie bitte an die zuständige Stelle weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke,
Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

19.04.2021

Sehr geehrte Damen und Herren vom Tiefbauamt usw.,

zu meinem bislang unbeantworteten Schreiben vom 13. April 2021 ergänze ich:
nach meinen Beobachtungen wird auch die Einbahnstraßen-Ausschilderung der Borstellstraße zwischen Brandenburgische Straße und Stephanstraße nicht nur von LKW-Fahrern, sondern auch von PKW-Fahrern ignoriert. Sie Sollten handeln.

In Erwartung Ihrer freundlichen Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke

Anmerkung von Reinhard M. W. Hanke am 02.06.2021:

Das Tiefbauamt hat am 19.04.2021 meinen Brief zuständigkeitshalber an die Straßenverkehrsamt des Bezirks weitergeleitet.

Eine Antwort ist bis heute – 26. August 2021 - ausgeblieben….!!!!!!!!!!!!!!!

Vielleicht sollten wir noch ein paar Fotos von zerstörten Mosaiksteinpflastern und anderen Straßenschäden bringen!

Borstellstraße, Blick Richtung Albrechtstraße von Ecke Brandenburgische Straße

Vom selben Standort: Borstellstraße Richtung Stephanstraße. *Aufnahmen (2): Reinhard M.W. Hanke*

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeit: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>

Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglit
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!

P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png *https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png*

<u>Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.</u>

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

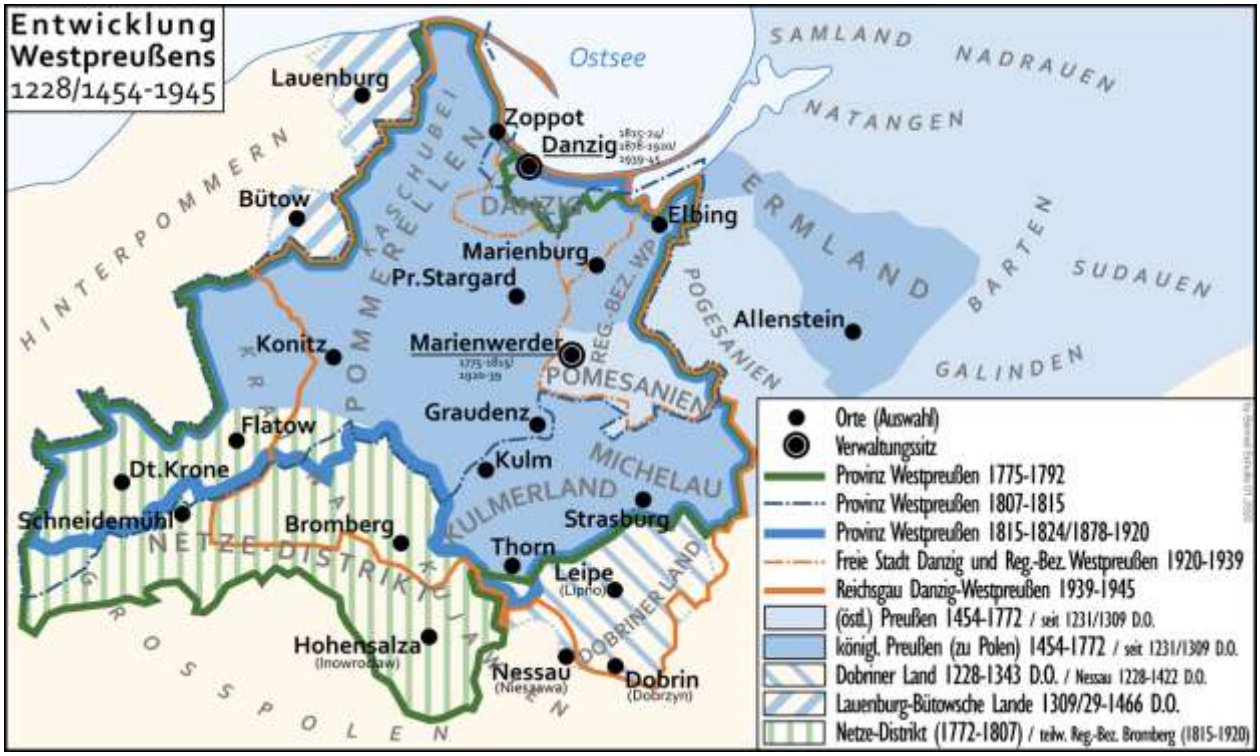
West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

<u>Quelle: WIKIPEDIA „Ostmtteieuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr: https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa</u>

<u>s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im</u>
Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa

Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

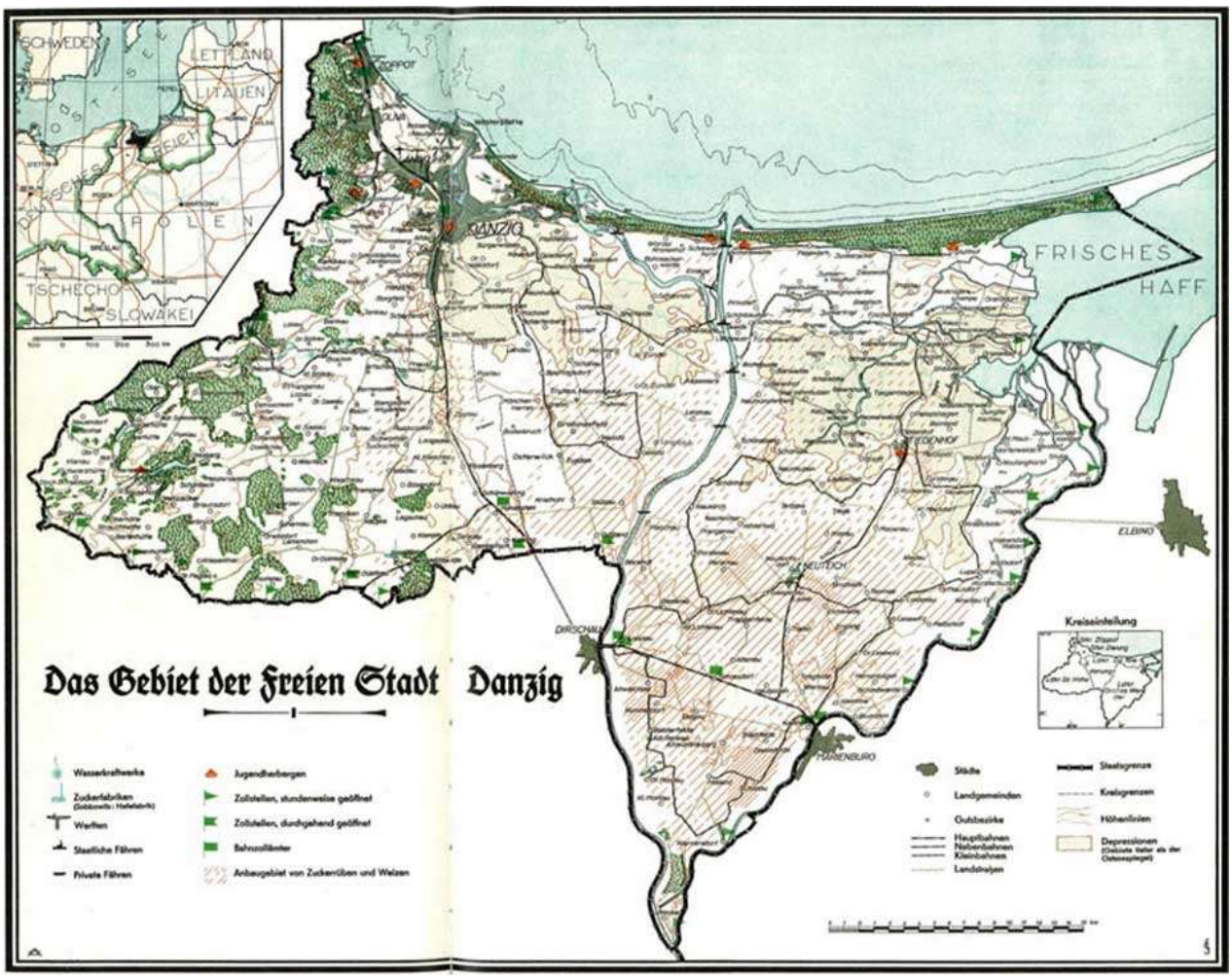
Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:
https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png

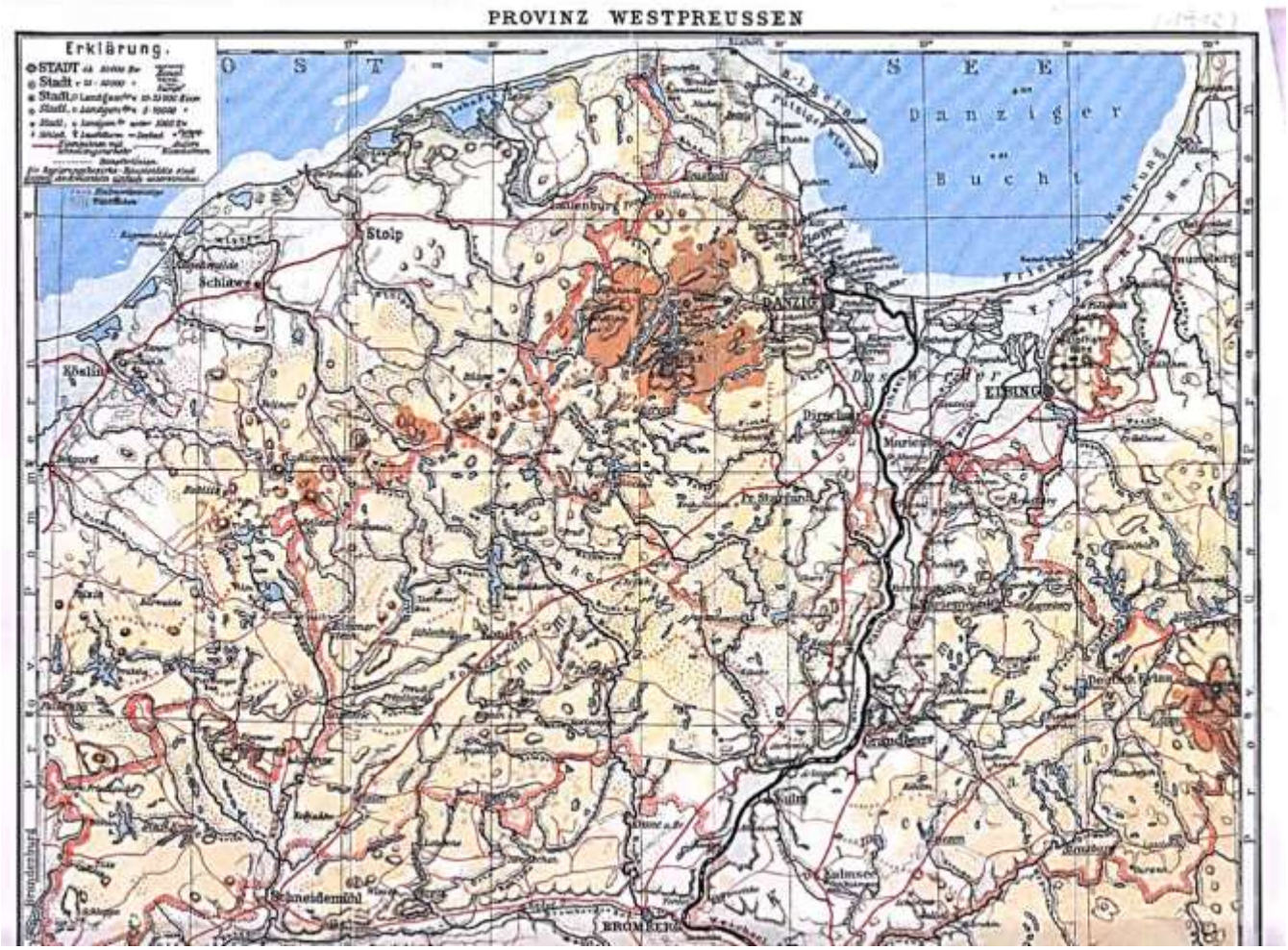


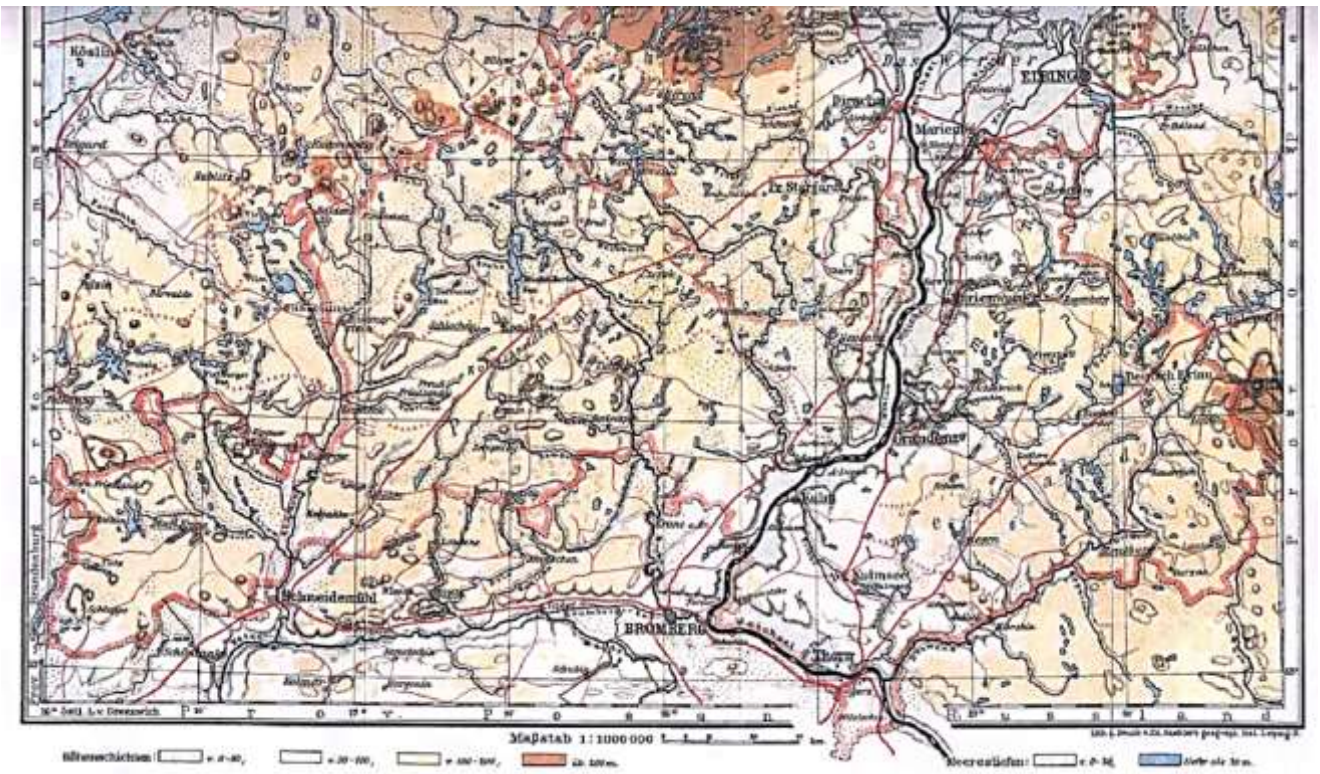
Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945

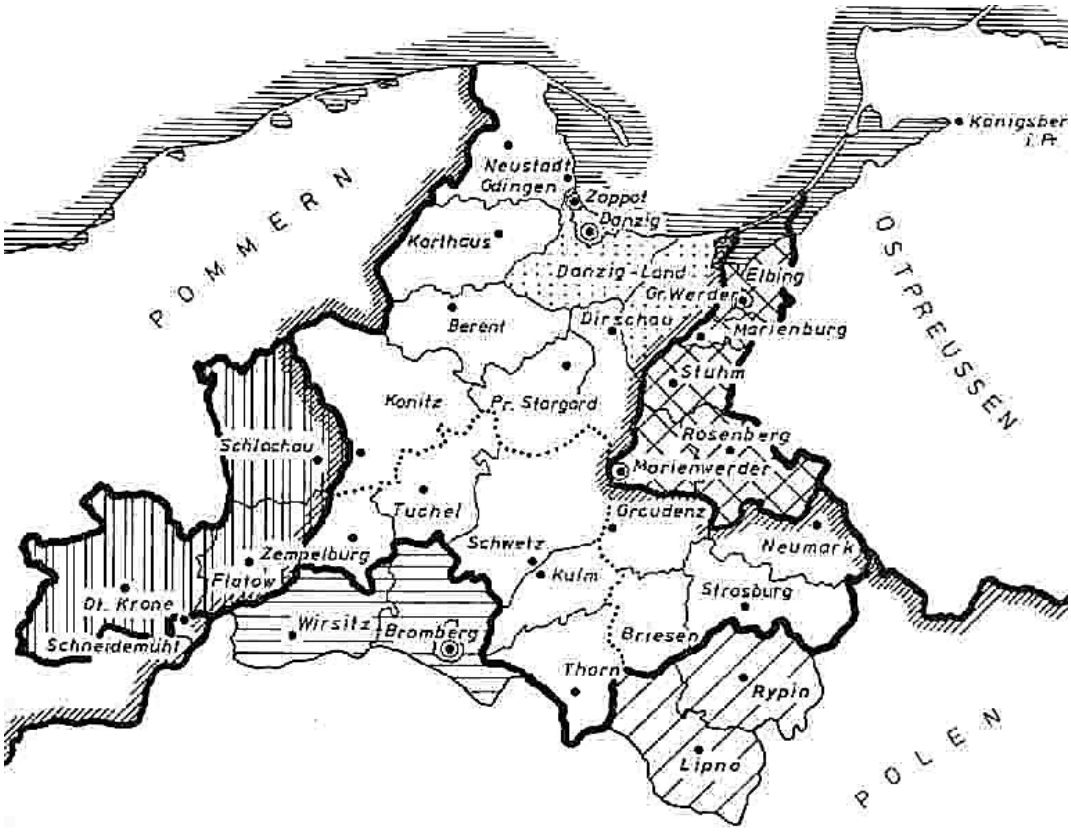
Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt Danzig –




PROVINZ WESTPREUSSEN
Erklärung.
O S T S E E
Danziger Bucht
Stolp
Schlawe
Köslin
DANZIG
ELBING
Pirschau
Marienburg
Graudenz
Culm
Kulmsee
Schneidemühl
BROMBERG


Köslin
ELBING
Pirschau
Marienburg
Graudenz
Culm
Kulmsee
Schneidemühl
BROMBERG
Thorn
Maßstab 1:1000000



Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920